

Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten

**Dissertation zur Erlangung
des Doktorgrades (Dr. rer. soc.)
des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Justus-Liebig-Universität Giessen**

vorgelegt von

**Dörthe List
aus Herborn**

2004

Inhaltsverzeichnis

Landkarte von Zentralasien	5
Vorwort	6
1. Einleitung	9
1.1. Analytische und methodische Vorgehensweise	12
1.1.1. Forschungsgegenstand und zentrale Fragestellungen	12
1.1.2. Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit	15
1.1.3. Grenzen und Möglichkeiten des Forschungsansatzes.....	18
1.1.4. Quellenlage.....	20
1.2. Einige grundlegende Daten und Fakten zum besseren Verständnis des Untersuchungsgegenstands	22
1.2.1. Kurzer Überblick über die wichtigsten historischen Entwicklungen in Zentralasien bis zur Unabhängigkeit.....	22
1.2.2. Die fünf zentralasiatischen Länder: Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan	27
2. Grundlegende Entwicklungen in Zentralasien seit der Unabhängigkeit	38
2.1. Nationale Transformationen.....	39
2.1.1. Der Begriff der „Transformation“	40
2.1.2. Ebenen der nationalen Transformation	42
2.1.2.1. Nationbuilding.....	42
2.1.2.2. Politische Transformation: Vom autoritären Regime zur Demokratie?.....	44
2.1.2.3. Wirtschaftliche Transformation: Vom Plan zum Markt?.....	47
2.1.2.4. Gesellschaftlicher Wandel: Herausbildung einer Zivilgesellschaft?	50
2.1.3. Nationale Transformation im Ansatz stecken geblieben?.....	53
2.2. Regionalisierung.....	59
2.2.1. Regionale Kooperation.....	63
2.2.2. Regionale Integration	67
2.2.3. Einordnung des Untersuchungsgegenstands	71
2.3. Einflussnahme auf die Architektur des zentralasiatischen Systems durch internationale Akteure	74
2.3.1. Russland	77
2.3.2. China	91
2.3.3. USA	99
2.3.4. Förderung regionaler Kooperation durch internationale Geldgeber	107
2.3.4.1. Europäische Union (EU)	108
2.3.4.2. Asiatische Bank für Entwicklung (ADB).....	109
2.3.4. Zentralasien als „Spielfeld“ internationaler Akteure?.....	111
2.4. Regionalisierung im Spannungsfeld nationaler Transformation und internationaler Einflussnahme	113

3. Regionale Kooperation in Zentralasien zwischen Anspruch und Wirklichkeit.....	117
3.1. Voraussetzungen und Hindernisse für Kooperation in Zentralasien.....	119
3.1.1. Haben die Staaten einen ähnlichen historischen, kulturellen Hintergrund?.....	121
3.1.2. Ist die regionale Geographie kooperationsförderlich und existiert ein gewisser Grad an wirtschaftlicher Verflechtung und gemeinsamer Infrastruktur?.....	122
3.1.3. Sind gemeinsame Interessen und Ziele zum gegenseitigen Vorteil erkennbar? ..	124
3.1.4. Verfügen die Verantwortlichen über den politischen Willen und das gegenseitige Vertrauen zur Zusammenarbeit?	125
3.1.5. Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Kooperation und Konfrontation..	126
3.2. Organisationen und Initiativen der regionalen Zusammenarbeit	127
3.2.1. Organisationen im Rahmen der GUS unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten	131
3.2.1.1. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).....	131
3.2.1.2. Collective Security Treaty Organisation (CSTO)	140
3.2.1.3. Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC).....	148
3.2.1.4. Common Economic Space (CES)	154
3.2.1.5. Central Asian Cooperation Organisation (CACO).....	158
3.2.1.6. GUUAM.....	170
3.2.2. Andere regionale Zusammenschlüsse unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten	180
3.2.2.1. Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)	180
3.2.2.2. Economic Cooperation Organisation (ECO).....	190
3.2.2.3. Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)	197
.....	197
3.2.3. Kooperations-Initiativen der zentralasiatischen Staaten	202
3.2.3.1. Gemeinsames Wassermanagementsystem in Zentralasien	202
3.2.3.2. Atomwaffefreie Zone in Zentralasien	208
3.2.4. Die Regionalorganisationen zwischen Konkurrenz und Komplementarität?	211
4. Sicherheit in Zentralasien.....	224
4.1. Der Sicherheitsbegriff	227
4.2. Sicherheitsrisiken in Zentralasien	231
4.2.1. Externe Faktoren	234
4.2.1.1. Internationaler Terrorismus und politischer Islam	235
4.2.1.2. Drogenhandel	243
4.2.2. Zwischenstaatliche Unstimmigkeiten	248
4.2.2.1. Grenzstreitigkeiten	249
4.2.2.2. Wassernutzungskonflikte	255
4.2.3. Interne Faktoren	260
4.2.4. Interdependenz der Sicherheitsrisiken	263
4.3. Zentralasien: Sicherheitskomplex oder regionales Sicherheitssystem?	265

5. Schlussbetrachtung: Bestandsaufnahme und Perspektiven regionaler Kooperation in Zentralasien	268
5.1. Regionalorganisationen als Gegenstand regionaler Kooperation in Zentralasien.....	269
5.2. Regionale Kooperation als ambivalenter, unvollendeter Prozess und Herausforderung	271
5.3. Regionale Kooperation in Konkurrenz zu nationalen Entwicklungswegen?	274
5.4. Die internationale Dimension regionaler Kooperation in Zentralasien	275
5.5. Regionale Kooperation in Interdependenz mit regionaler Sicherheit	278
5.6. Perspektiven regionaler Kooperation in Zentralasien	280
5.6.1. Szenario A: Konzentration auf genuin zentralasiatische Kooperation.....	281
5.6.2. Szenario B: Fortsetzung des Trends zur Kooperation im erweiterten regionalen Kontext	282
5.6.3. Szenario C: Abkehr von der multilateralen Kooperation und Konzentration auf bilaterale Beziehungen	284
5.6.4. Szenario D: Gänzliche Abkehr von kooperativen Politiken	284
5.6.5. Multilaterale Kooperation als Schlüssel für Sicherheit und Entwicklung	285
Abkürzungsverzeichnis	288
Abbildungsübersicht.....	290
Appendix A: Wichtigste Daten und Fakten über Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan auf einen Blick	291
Appendix B: Mitgliedschaft in Organisationen der regionalen Zusammenarbeit.....	294
Appendix C: Entwicklung und Charakterisierung der Organisationen der (über-) regionalen Zusammenarbeit	295
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	297
Aufsätze und Berichte, Monographien und Sammelbände	297
Dokumente, Reden, Abkommen	310

Landkarte von Zentralasien

The Caucasus and Central Asia



802559AI (R00455) 1-00

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist Teil des Forschungs- und Kooperationsprojekts am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Giessen „Security, conflict management, and economic cooperation in Central Asia“ unter Leitung von Prof. Dr. Reimund Seidelmann. Das Projekt (Laufzeit: Frühjahr 2002 bis 2005) verfolgt drei Hauptziele:

- Unterstützung für die zentralasiatischen Staaten (aufgrund der Herkunft der Projektmitarbeiter liegt der Fokus primär auf Usbekistan, sowie Kirgisistan) im Aufbau qualifizierter wissenschaftlicher personeller Expertise im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, zur Unterstützung der Entscheidungsträger und akademischen Ausbildung;
- Heranführung zentralasiatischer außen- und sicherheitspolitischer Experten an die deutsche Friedens-, Sicherheits- und Konfliktforschung, sowie die europäischen Erfahrungen mit der Schaffung von Frieden und Sicherheit, regionaler Kooperation und Integration;
- Erweiterung der deutschen wissenschaftlichen Expertise über die zentralasiatische Region; Beitrag zur deutsch-usbekischen Wissenschaftskooperation in den Bereichen Friedens-, Sicherheits- und Konfliktforschung.

Meine Dissertation soll im Verbund mit den Dissertationen meiner Projekt-Kollegen¹ zur Erreichung des dritten Projektziels beitragen, also die (politik-) wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der zentralasiatischen Region erweitern, die bis dato eher eine Außenseiterrolle im akademischen Diskurs spielt. Zwar findet seit dem Zerfall der Sowjetunion in fünfzehn unabhängige Staaten eine intensive Debatte und Analyse der nationalen Transformationsprozesse statt, doch sind die daraus gewonnenen Erkenntnisse in erster Linie für den europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion anwendbar. Den spezifischen Voraussetzungen und Entwicklungen in den fünf neuen zentralasiatischen Ländern Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, werden diese Forschungsansätze in der Regel nicht gerecht. Hier ist also eine deutliche Forschungslücke auszumachen.

¹ Voraussichtlich erscheinen 2005 folgende Dissertationen: „Die Außen- und Sicherheitspolitik Usbekistans“ von Khurshid Inomjonov, „Die Außen- und Sicherheitspolitik Kirgisistans“ von Ainura Asakeeva, „Religious Fundamentalism and Extremism in Central Asia“ von Azamat Nurmatov, „Regional Economic Cooperation and Energy Policy in Central Asia“ von Dakhangir Sagdullaev.

Die vorliegende Arbeit erhebt nicht den Anspruch, diese Lücke zu füllen, vielmehr bezieht sie sich in ihrer Analyseebene auf die regionale Dimension, für die aber die fünf nationalen Ebenen konstituierend sind. Ziel der Arbeit ist es, die multilateralen Beziehungsmuster der fünf zentralasiatischen Staaten untereinander zu analysieren, die sich in einem breiten Spannungsfeld zwischen Kooperation und konfrontativen Tendenzen vollziehen. Regionale Kooperation manifestiert sich in Zentralasien in der Existenz verschiedener institutioneller Staatenbündnisse, die die fünf zentralasiatischen Staaten und weitere in der Nachbarschaft befindlichen Staaten involvieren. Die Umsetzung von regionaler Kooperation ist jedoch kein unproblematisch und stringent verlaufender Prozess, sondern unterliegt vielfältigen Hindernissen, und steht in Wechselwirkung mit diversen anderen Einflussfaktoren. Regionale Kooperation ist also kein „Selbstzweck“, kein Prozess, der sich im „luftleeren Raum“ vollzieht, sondern vielmehr ein Prozess, der von unterschiedlichen, teils konfligierenden nationalen Interessen, internationalen Konstellationen, sich schnell ändernden Rahmenbedingungen, unterschiedlichen Sicherheitsrisiken, etc., beeinflusst wird.

Da seit den tragischen Ereignissen des 11.9.2001 der in der Nachbarschaft von Afghanistan befindlichen zentralasiatischen Region als Partner der von Amerika geführten „Antiterror-Koalition“ eine besondere Bedeutung zukommt, erhält der Untersuchungsgegenstand aktuelle Bedeutung. Sicherheit und Stabilität Zentralasiens liegt nunmehr nicht nur im Interesse der Länder selbst, sondern als „Pufferzone“ gegenüber den von Afghanistan ausgehenden Bedrohungen wie internationalem Terrorismus und Drogenhandel, auch im Interesse der benachbarten Großmächte Russland und China, sowie der USA und Europas. In diesem Kontext erfährt das Ideal einer funktionierenden regionalen Kooperation eine Aufwertung, indem es als Voraussetzung für, bzw. gleichgesetzt mit regionaler Sicherheit betrachtet wird.

Die Arbeit unterliegt zwei großen Herausforderungen. Erstens, zwischen Anspruch (sowohl der Entscheidungsträger, als auch der Autorin selbst) und Wirklichkeit zu differenzieren und zweitens, den Mittelweg zu finden, um die breitere regionale, zentralasiatische Situation widerzuspiegeln, dabei jedoch nicht die vielen nationalen Spezifika zu übergehen, und analytisch unscharf zu werden.

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie konzentriert sich auf die Entwicklungen seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten 1991 bis heute, mitunter ist es zum Verständnis der gegenwärtigen Situation jedoch notwendig, Anlehnung an historische

Entwicklungen oder Gegebenheiten zu nehmen. Es werden Entwicklungen bis einschließlich Juli 2004 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt dem Forschungsprojekt Zentralasien und allen daran beteiligten Personen und Institutionen, unter Leitung von Prof. Dr. Reimund Seidelmann, der sich stets um das Projektteam und den wissenschaftlichen Fortschritt jedes Teammitglieds bemüht hat. Meinen usbekischen Kollegen Khurshid Inomjonov, Azamat Nurmatov, Djakhangir Sagdullaev, sowie meiner kirgisischen Kollegin Ainura Asakeeva danke ich für die zahlreichen, spannenden Diskussionen in Giessen, die mir den wichtigen Zugang zu der „zentralasiatischen Sichtweise“ ermöglicht haben, und für ihre Bemühungen während meines Forschungsaufenthaltes vor Ort in Usbekistan/ Kirgisistan. Danken möchte ich des Weiteren der Volkswagen Stiftung für die finanzielle Unterstützung des Projekts, und meiner Forschungsarbeit im Speziellen.

Giessen, im November 2004

Dörthe List

1. Einleitung

Die Sowjetunion konstituierte sich aus fünfzehn Republiken, die mit den weltpolitischen Umwälzungen von 1991 zu unabhängigen Staaten wurden. Fünf dieser jungen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan - sind durch eine starke Interdependenz gekennzeichnet und teilen eine Vielzahl soziokultureller Parallelen und gemeinsamer Wurzeln; infolgedessen werden sie heute als eine zusammenhängende, natürliche Region wahrgenommen. Die Annahme einer zentralasiatischen Regionsbildung und gemeinsamen Identität erfolgt sowohl seitens der internationalen Gemeinschaft, als auch seitens der fünf Staaten selbst.

Während der fast 70 Jahre währenden Sowjetherrschaft über die Region waren die zentralasiatischen Republiken weitestgehend abgeschnitten vom Rest der Welt; es existierten weder eigenständige Außenpolitiken mit (benachbarten) Staaten außerhalb der Sowjetgrenze, noch direkte Verbindungen bezüglich Kommunikation, Transport oder Handel. Gleichzeitig fand aber auch der Austausch zwischen den zentralasiatischen Republiken nur in begrenztem Umfang statt, da sämtliche Politiken zentral über Moskau gesteuert wurden.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion, mit dem die zentralasiatischen Republiken völlig unerwartet und unvorbereitet konfrontiert worden waren, stellten sich den neuen, unabhängigen Staaten eine Vielzahl von Herausforderungen, die alle gleichzeitig angegangen werden mussten, ohne dass auf einen entsprechenden Erfahrungsschatz oder Expertise zurückgegriffen werden konnte. Die Staaten mussten nicht nur ihre nationalen Interessen und Politiken definieren und entwickeln, sondern darüber hinaus einen außenpolitischen Kurs finden, um die Beziehungen mit den Nachbarn auf regionaler Ebene auszugestalten, aber auch um in der internationalen politischen Arena einen Platz zu finden, Partnerschaften und Allianzen zu etablieren, außenpolitische Prioritäten zu setzen, etc.

Zu Beginn der Unabhängigkeit hatte ein starker Wille zu regionaler Integration vorgeherrscht, entsprechende Abkommen und institutionelle Arrangements waren getroffen worden. Regionale Integration, erstrangig in ökonomischer Hinsicht, und die nachhaltige ökonomische Entwicklung auf nationaler Ebene, wurden als die zwei Seiten einer Medaille wahrgenommen, da nur in gemeinschaftlicher Anstrengung die vielen gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme bewältigbar erschienen. Auch fand diese Sichtweise große Unterstützung durch internationale Berater und Geberorganisationen,

in deren Augen die Ökonomien der einzelnen Staaten zu schwach waren, um ihre Interessen auf dem Weltmarkt geltend zu machen, und ausländische Investitionen anzuziehen.

Allen regionalen Gemeinsamkeiten und Vorhaben zum Trotz, schlugen die Staaten jedoch relativ schnell ihre eigenen Entwicklungswege ein, und setzten ihre Prioritäten eher hinsichtlich nationaler, denn regionaler Erfordernisse und Interessen. Nach Jahrzehnten sowjetischer zentralistischer Politik, war nun der Spielraum und das Bedürfnis vorhanden, eine eigene nationale Identität und Interessen zu identifizieren und artikulieren. Auch wenn die Vorteile regionaler Integration herausgestellt wurden, war gleichzeitig ein Unwillen vorhanden, die neu gewonnene nationale Souveränität wieder einzuschränken, und Teile an eine supranationale Institution abzutreten. Zwar bekannte man sich rhetorisch und „auf dem Papier“ weiterhin zu regionaler Kooperation und Integration, in die Umsetzung wurde jedoch kaum Energie investiert. Hinzu kam, dass die Staaten anfangen, sich nicht nur als Partner, sondern gleichermaßen als Konkurrenten zu sehen, und zwischenstaatliche Unstimmigkeiten durch unabgestimmtes Vorgehen hervorgerufen wurden, die eine Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens schufen.

Zusätzliche Herausforderungen für das „Projekt“ der regionalen Integration stellte die Ungleichheit zwischen den fünf Staaten dar. Zwar wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit im Allgemeinen von *der* zentralasiatischen Region die Rede sein, dies darf jedoch nicht über die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen den Staaten hinwegtäuschen. Turkmenistan deklarierte sich bald nach der Unabhängigkeit als „neutral“, und nimmt große Distanz gegenüber kooperativen und integrativen Initiativen gleich welcher Art, und somit eine Außenseiterrolle ein. Das politische, ökonomische, etc. Potential der vier anderen Staaten ist sehr ungleich verteilt. Den bezüglich Bevölkerungszahl, Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen, ökonomischen, politischen und militärischen Einflussmöglichkeiten, etc. mächtigsten Staaten Usbekistan und Kasachstan, stehen die beiden kleinen, wesentlich leichter verwundbaren Staaten Kirgisistan und Tadschikistan gegenüber. Bei Verhandlungen über regionale Belange kann man also nicht von gleichberechtigten Partnern ausgehen, was das Misstrauen verstärkt. Erschwerend kommt hinzu, dass Usbekistan und Kasachstan sehr unterschiedliche Positionen bezüglich regionaler Integration/Kooperation einnehmen. Während Kasachstan von der Unabhängigkeit bis heute immer auf intensive, strategische Beziehungen zu Russland und dem europäischen Teil der ehemaligen UdSSR bedacht war, auch im Rahmen multilateraler Arrangements, und grundsätzlich als Befürworter regionaler Initiativen in Erscheinung trat, war Usbekistan zumeist eher „Integrationshemmer“.

Außerdem handelte Usbekistan grundsätzlich im Sinne größtmöglicher Unabhängigkeit und Distanz zu Moskau, war aber zu Konzessionen bereit, wenn dies taktisch günstig erschien. Unter diesen Voraussetzungen gemeinsame Positionen zu finden, die keinen der involvierten Staaten benachteiligen, stellt eine große Herausforderung dar.

Trotz aller Probleme und Hindernisse, war und ist regionale Kooperation/ Integration ein relevantes Thema für die zentralasiatische Region. Wurde in den ersten Jahren der Unabhängigkeit regionale Kooperation/ Integration primär aus ökonomischer Perspektive betrachtet und anvisiert, so fand spätestens Ende der 90er Jahre ein Umdenken statt, das sicherheitspolitische Belange in den Mittelpunkt stellte. Die Zunahme von Sicherheitsrisiken, unter anderem die Bedrohung durch militante islamistische Gruppierungen, grenzübergreifende Kriminalität, Drogenhandel, etc., stellten alle zentralasiatischen Staaten vor eine fundamentale Herausforderung, die nur gemeinschaftlich zu bewältigen war. Insbesondere die Übergriffe islamistischer Rebellen im Ferghana Tal, von Tadschikistan über Kirgisistan nach Usbekistan in den Sommern 1999 und 2000 schreckten die zentralasiatischen Regierungen auf, und verdeutlichten die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens.

In Folge der Terroranschläge in den USA am 11.9.2001 wurde die Bedeutung sicherheitspolitischer Zusammenarbeit bestärkt. Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zum Krisenherd Afghanistan gewann die Region internationale sicherheitspolitische und geostrategische Relevanz - besonders für die USA, die plötzlich großes Interesse an den ehemaligen Sowjetrepubliken als Bündnispartner entwickelte. Mit Usbekistan und Kirgisistan wurden besonders intensive Beziehungen aufgenommen, und auf ihren Territorien amerikanische Militärbasen, als Luftstützpunkte für den Antiterror-Krieg in Afghanistan, aufgebaut.

Trotz, oder gerade wegen der neuen strategischen Bedeutung, wird das gegenwärtige Zentralasien von internationalen Beobachtern in erster Linie als Krisenregion² wahrgenommen. Autoritäre staatliche Strukturen, wirtschaftlicher Niedergang und weitverbreitete Armut, Gefährdung durch „neue“ Sicherheitsrisiken wie islamistischen Extremismus und Drogenhandel, Konflikte um knappe Wasserressourcen, ökologische Katastrophen, Konkurrenz der Regional- und Großmächte um Vorherrschaft – diese und

² Vgl. Gumpfenberg, Marie-Carin von: Zentralasien – eine Krisenregion? In: Politische Studien, 54. Jahrgang, Januar/Februar 2003, S. 98-107

ähnliche Probleme und Bedrohungsszenarien dominieren die aktuelle Auseinandersetzung mit der Region.

In diesem Kontext gewinnen die Möglichkeiten regionaler Kooperation an Attraktivität. Insbesondere der grenzübergreifende Charakter vieler der Probleme und Herausforderungen macht deutlich, dass regionale Sicherheit nur in einem Umfeld gewährleistet werden kann, in dem die Staaten auf der Basis gegenseitigen Vertrauens, und durch die Entwicklung gemeinsamer Bewältigungsstrategien, ihre Politiken gestalten.

1.1. Analytische und methodische Vorgehensweise

1.1.1. Forschungsgegenstand und zentrale Fragestellungen

Die Region Zentralasien, so wie ich sie im Folgenden verstehen werde, konstituiert sich aus fünf ehemaligen Sowjetrepubliken, die mit dem Zerfall der UdSSR 1991 ihre staatliche Unabhängigkeit erlangten: Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan.³ Die Region liegt im Zentrum des asiatischen Kontinents, grenzt im Norden an Russland, im Osten an China, sowie an den Iran und Afghanistan im Süden.

Wie bereits erwähnt, lassen die natürlichen Gegebenheiten, die gemeinsamen soziokulturellen Wurzeln, die große Interdependenz, etc., es zu, die fünf Staaten als eine Region zu verstehen. Diese Wahrnehmung erfolgt sowohl von Seiten der fünf Staaten selber, als auch seitens der internationalen Gemeinschaft. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werde ich die Bezeichnung „Zentralasien“ in diesem Sinne verwenden.

Die vorliegende Dissertation hat zum Ziel, die Entwicklungen in Zentralasien, die sich seit der Unabhängigkeit 1991 bis heute vollziehen, zu untersuchen, wobei im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses die regionale Kooperation steht.

³ „Zentralasien“ unterscheidet sich damit von „Innerasien“, dem außer „Zentralasien“ noch Afghanistan, die Mongolei und die westchinesische Provinz Xinjiang zugerechnet werden. Im sowjetischen Sprachgebrauch zählten zu „Mittelasien“ (Srednjaja Asija) Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan, nicht aber Kasachstan. Der heute in der Russländischen Föderation gebräuchliche Terminus „Zentralnaja Asija“ schließt Kasachstan hingegen ein. Die politikwissenschaftliche und auch journalistische Auseinandersetzung mit den fünf Staaten, gebraucht im Allgemeinen den Begriff „Zentralasien“, den die Staaten auch für sich selbst festgelegt haben. Auf einem Treffen der fünf Präsidenten im Januar 1993 beschlossen sie, den sowjetischen Terminus „Srednjaja Asija“ („Mittelasien“) durch „Zentralnaja Asija“ („Zentralasien“) zu ersetzen; auch Kasachstan sollte fortan als Teil „Zentralasiens“ verstanden werden.

Vgl. Mangott, Gerhard (Hrsg.): *Bürden auferlegter Unabhängigkeit*, Wien 1996, S. 1

Kooperation zwischen mehreren Staaten einer Region verlangt eine grundlegende Schnittmenge gemeinsamer Interessen, und eine zielgerichtete gegenseitige Anpassung der Politiken, wobei letztere keinesfalls umfassend erfolgen muss, sondern sich auf bestimmte Projekte oder Bereiche beschränken kann. Im Unterschied zu Integration, welche die Schaffung einer übergeordneten, supranationalen Institution verfolgt, verlangt Kooperation keine Abgabe nationaler Kompetenzen. Sowohl Integration, als auch Kooperation zielen auf nachhaltige Friedenssicherung und Wohlstandsmehrung für alle beteiligten Akteure.

Integration und Kooperation sind also zwei unterschiedliche Modelle. Die Begriffe sind nicht austauschbar und werden im Verlauf der Arbeit bewusst eingesetzt, um die entsprechenden Entwicklungen und Ziele abzubilden. Im Allgemeinen findet der Begriff der Kooperation Verwendung, da er den gegenwärtigen Verhältnissen in Zentralasien besser gerecht wird, bzw. eine kritische Betrachtung ermöglicht. Auch wenn zu Beginn der 90er Jahre der Begriff der Integration die Debatte über die zwischenstaatlichen Beziehungen in Zentralasien dominierte, so hat er sich als realitätsfern herausgestellt und eignet sich derzeit höchstens zur Beschreibung einer langfristigen Zielperspektive.

Regionale Kooperation materialisiert sich in Zentralasien in der Existenz und Weiterentwicklung verschiedener institutioneller Staatenbündnisse. Diese involvieren jedoch nicht nur die fünf (bzw. einige der) zentralasiatischen Staaten, sondern weitere in der Nachbarschaft befindliche Staaten. Somit würde der Untersuchungsgegenstand der Dissertation eine erhebliche Einschränkung erfahren, würde die Untersuchung der regionalen Kooperation in Zentralasien, die Bündnisse mit anderen Staaten ausblenden. Es ist sogar ein Trend auszumachen, dass der Kooperation im Rahmen der erweiterten regionalen Bündnisse eine größere Bedeutung zufällt, als der Kooperation auf genuin zentralasiatischer Ebene. Für die vorliegende Arbeit sind jedoch nur solche Regionalorganisationen oder Kooperations-Initiativen relevant, die direkte Auswirkungen auf die Entwicklungen der zentralasiatischen Staaten, und das zwischenstaatliche Gefüge zwischen den fünf Staaten haben, und die aufgrund ihrer Konstituierung und Zielsetzung ein gewisses Problemlösungspotential in Bezug auf die vielen gemeinsamen Probleme und Herausforderungen mitbringen. In diesem Sinne muss die oben angeführte Definition der zentralasiatischen Region, die sich auf die Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan beschränkte, im Kontext von regionaler Kooperation erweitert werden. Regionale Kooperation meint sowohl die Beziehungsmuster auf genuin zentralasiatischer Ebene, als auch die Zusammenarbeit in

einem geographisch erweiterten regionalen Kontext. Insofern eine Unterscheidung notwendig erscheint, erfolgt diese an entsprechender Stelle.

Angemessen ist die Einbeziehung eines erweiterten regionalen Kontexts auch, da sicherheitspolitische Faktoren für die gegenwärtige Architektur des zentralasiatischen Systems eine entscheidende Rolle spielen. Die Mehrzahl der Sicherheitsrisiken ist grenzübergreifender Natur, das heißt sie betreffen die zentralasiatischen Länder ebenso wie ihre Nachbarn, und lassen sich nicht durch unilaterale Maßnahmen bewältigen. Regionale Sicherheit und regionale Kooperation rücken in einen immer enger werdenden Wirkungs-Zusammenhang, der in einem erweiterten regionalen Kontext analysiert und angegangen werden muss.

Regionale Kooperation in Zentralasien folgt keiner stringenten Strategie, sondern wird durch verschiedene Einflussfaktoren und Ereignisse zum Teil vorangetrieben, zum Teil behindert. Somit ist regionale Kooperation einerseits ein realer Prozess; andererseits nähren zwischenstaatliche Unstimmigkeiten, unilaterales Agieren, etc. den Eindruck, dass nicht Kooperation, sondern Konfrontation die Beziehungen bestimmt.

Es ist wichtig zu betonen, dass regionale Kooperation kein Prozess ist, der sich im „luftleeren Raum“ vollzieht. Unterschiedliche Faktoren, welche im Rahmen dieser Arbeit herausgearbeitet werden sollen, beeinflussen die Entwicklungen in der Region und wirken sich auf den Prozess der regionalen Kooperation aus.

Es ist zu betonen, dass die Arbeit, um die regionalen Entwicklungen zu analysieren, einerseits eine gewisse Homogenität der Staaten unterstellen muss, um die Region als einen einheitlichen Untersuchungsgegenstand fassen zu können. Andererseits besteht hierin die Gefahr, dabei zu verallgemeinern gegenüber den nationalen Gegebenheiten, Standpunkten, Interessen, etc. zu werden, die zum Teil erheblich voneinander abweichen, auch – oder gerade – in Bezug auf das regionale Moment.

Es soll also versucht werden, die Region als solche zu charakterisieren und zu analysieren; wohl wissend, dass sie sich aus fünf Staaten konstituiert, die zwar starke Gemeinsamkeiten aufweisen, jedoch in keiner Weise als homogene Masse wahrgenommen werden dürfen. Die Arbeit wird versuchen, beiden Ebenen gerecht zu werden, jedoch primär einen regionalen Fokus einnehmen, wobei die nationalen Besonderheiten mitunter zu kurz kommen könnten.

Letztlich wird die Frage zu beantworten sein, inwiefern regionale Kooperation ein nützliches Konzept darstellt, das dazu beitragen kann, die Entwicklungen in Zentralasien positiv voranzubringen; wie sich das Konzept in der Realität ausgestaltet; welche Hindernisse dem Bestreben zu regionaler Kooperation begegnen, und welche Zukunftsperspektiven regionale Kooperation aufweist.

1.1.2. Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit

Die vorliegende Arbeit setzt sich aus drei Kapiteln zusammen. Zunächst werden grundlegende Entwicklungen in Zentralasien seit der Unabhängigkeit erörtert, die sich in einem breiten Spannungsfeld zwischen den Entwicklungen und Transformationen auf nationaler Ebene, Regionalisierungsprozessen, sowie der Einflussnahme durch internationale Akteure, vollziehen. Das folgende Kapitel stellt den Kern der Dissertation dar und beschreibt und analysiert die regionale Kooperation in Zentralasien zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das letzte Kapitel setzt sich mit einem Faktor auseinander, der die gegenwärtigen Entwicklungen maßgeblich prägt: Sicherheit in Zentralasien.

Der erste Teil der Arbeit, d.h. *Kapitel 2* beschäftigt sich mit den grundlegenden Entwicklungen in Zentralasien seit der Unabhängigkeit. Dies dient nicht nur dazu, den Leser in die Spezifika der Region einzuführen, sondern viel mehr, um das Spannungsfeld darzustellen, innerhalb dessen sich Regionalisierungsprozesse in Zentralasien vollziehen. Die Region ist einerseits von den Entwicklungen und Problemen auf nationaler Ebene geprägt, andererseits von der Einflussnahme durch internationale Akteure, die an der Architektur des zentralasiatischen Gefüges beteiligt sind. Sowohl nationale, als auch internationale Ebene beeinflussen maßgeblich die Prozesse der regionalen Kooperation.

Die Staaten befinden sich seit dem Gewinn der Unabhängigkeit in schwierigen Transformationsprozessen, deren Richtung und Ziel nicht immer eindeutig zu erkennen waren und sind. Tendenzen des Wandels vermischen sich mit stagnativen, bzw. rückwärtsgerichteten Trends. Sowohl bezüglich des Nationbuilding, als auch im Bereich der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, sind bisher eher Defizite, als Erfolge auszumachen. Autoritäre politische Regime, wirtschaftlicher Niedergang und Armut, eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten der Menschen, etc., lassen Zentralasien (aus westlicher Sicht) eher als Krisenregion, denn als Beispiel vorbildlicher Transformation

erscheinen. In diesem Sinne ist die Bearbeitung der nationalen Herausforderungen für die Regierungen von oberster Priorität. Im Kontext der vorliegenden Arbeit wirft die Anerkennung der Dringlichkeit der nationalen Bedürfnisse jedoch die Frage auf, welche Auswirkungen dies auf die zwischenstaatlichen Beziehungen hat, inwiefern die nationalen mit den regionalen Anforderungen korrelieren, oder im Widerspruch zu ihnen stehen.

Auch das Interesse und Engagement internationaler Akteure in Zentralasien bleibt seit dem Zerfall der Sowjetunion nicht ohne Einfluss auf die regionalen Entwicklungen. Russland, China und die USA sind seit dem 11.9.2001 die drei wichtigsten Mächte, die die Architektur der zentralasiatischen Region beeinflussen. Sie verfolgen einerseits wirtschaftspolitische Ziele, haben Zentralasien aber auch als Gegenstand und Problemzone ihrer nationalen Sicherheitsinteressen entdeckt. Ihre Interessen und Strategien gegenüber Zentralasien sind zu analysieren, um die gegenwärtigen Konstellationen in Zentralasien zu verstehen.

Regionale Kooperation materialisiert sich in Zentralasien in der Existenz und Entwicklung vielzähliger Regionalorganisationen und Initiativen zur Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen. Sie bewegen sich in einem breiten Spannungsbogen zwischen Anspruch und Wirklichkeit und sollen in **Kapitel 3** analysiert werden.

Die Voraussetzungen für regionale Kooperation in Zentralasien können als ambivalent gewertet werden. Einerseits besteht eine recht breite, solide Grundlage gemeinsamer kultureller, historischer, etc. Wurzeln und paralleler Interessen, vor allem im Sicherheitsbereich – wichtige Voraussetzungen für nachhaltige regionale Kooperation. Andererseits haben sich die fünf Staaten seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit auf ihre nationalen Entwicklungswege fokussiert, denen eindeutige Priorität gegenüber regionalen Belangen eingeräumt wurde. Nationale Alleingänge und gegenseitiges Misstrauen begleiteten diese Entwicklung. Somit ist der Prozess der regionalen Kooperation in Zentralasien zwar einerseits ein Fakt, bleibt jedoch gleichzeitig aufgrund der vielen ungelösten Fragen und konfrontativen Tendenzen ein mittel- bis langfristiges Ziel.

Die Regionalorganisationen, in die die, bzw. einige der, zentralasiatischen Staaten involviert sind, bestechen auf den ersten Blick durch ihre Vielzahl. Ich analysiere jene Organisationen, die durch ihre Ziele, Aktivitäten oder Mitgliederstruktur direkte Auswirkungen auf die zentralasiatischen regionalen Entwicklungen, und das kooperative Moment innerhalb der Region zeitigen. Die Agenden der Regionalorganisationen umfassen insbesondere zwei

Bereiche: die Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischer, sowie sicherheitspolitischer Ebene. Zunächst werden die institutionellen Zusammenschlüsse in ihren jeweiligen Entwicklungen, Zielsetzungen, Erfolgen, Misserfolgen, internen Widersprüchlichkeiten, etc. untersucht. Abschließend gilt es, sie in Verhältnis zueinander zu setzen, und die Frage zu beantworten, ob sie sich in Konkurrenz oder Komplementarität zueinander befinden, und welche Auswirkungen dies auf das „Projekt“ der regionalen Kooperation als solches hat.

Der größte „Block“ von Organisationen umfasst jene, die aus GUS-Mitgliedern bestehen, und somit stark durch das mächtigste Mitglied Russland beeinflusst werden, und im weitesten Sinne als „Unterorganisationen“ der GUS analysiert werden können. Innerhalb einer zweiten Gruppierung untersuche ich alle anderen regionalen institutionellen Arrangements, an denen einige der zentralasiatischen Staaten, und weitere in der Nachbarschaft befindliche Staaten beteiligt sind. Ein dritter Abschnitt beschäftigt sich mit zwei spezifischen Kooperations-Initiativen, die als einzige auf genuin zentralasiatischer Ebene agieren.

Spätestens seit den terroristischen Übergriffen im Ferghana Tal 1999, spielen Sicherheit und Sicherheitspolitik eine große Rolle in Zentralasien; sowohl auf nationaler und regionaler Ebene, als auch bezüglich der Interessen der internationalen Akteure. Sicherheitspolitische Ereignisse, Bedrohungen und Entwicklungen werden zu Faktoren, die die regionale Architektur, und die regionale Kooperation beeinflussen. Aus diesem Grund wird sich das letzte Kapitel (*Kapitel 4*) mit dem Thema „Sicherheit in Zentralasien“ auseinander setzen und auf die unterschiedlichen Sicherheitsrisiken, die die Stabilität in der Region gefährden, eingehen. Es ist eine Tendenz auszumachen, insbesondere seitens internationaler Geberorganisationen, regionale Sicherheit immer mehr in einem direkten Zusammenhang mit regionaler Kooperation, bzw. regionale Kooperation als Voraussetzung für regionale Sicherheit, und umgekehrt, zu betrachten.

Die zahlreichen Sicherheitsrisiken, von denen die zentralasiatische Region bedroht ist, sind multidimensional und zum Teil interdependent, was zu einem Umdenken in Sicherheitsfragen geführt hat, und sich auch in den Agenden der Regionalorganisationen widerspiegelt. Theoretisch lassen sie sich nur durch ein „erweitertes“ Sicherheitsverständnis fassen, welches neben militärischen, auch soziale, ökonomische und ökologische Bedrohungen berücksichtigt. Aufgrund der unterschiedlichen Ursachen und Wurzeln der Sicherheitsrisiken, werde ich eine Dreiteilung in externe und interne Faktoren vornehmen, sowie in solche, die aus zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten resultieren, wie Grenzstreitigkeiten und

Wassernutzungskonflikte. Dabei bin ich mir der Tatsache bewusst, dass die Grenzen einer solchen Unterteilung zunehmend unscharf werden, insbesondere zwischen externen (darunter fasse ich Faktoren wie internationalen Terrorismus und Drogenhandel) und internen (vor allem Armut und autoritäre Regime) Sicherheitsrisiken, da ein starker Ursache-Wirkungs-Zusammenhang auszumachen ist.

Das entscheidende Charakteristikum aller Sicherheitsrisiken ist ihre grenzübergreifende Natur, d.h. sie stellen nicht nur für einen, sondern für mehrere Staaten eine Bedrohung dar und lassen sich nicht durch unilaterale Maßnahmen lösen.

Aufgrund der großen Interdependenz der Sicherheitsbedürfnisse innerhalb der zentralasiatischen Region, kann diese als Sicherheitskomplex gefasst werden. Ob sich darüber hinaus ein regionales Sicherheitssystem herausgebildet hat, gilt es zu Abschluss von Kapitel 4 zu erörtern.

1.1.3. Grenzen und Möglichkeiten des Forschungsansatzes

Die Herausforderungen der vorliegenden Arbeit liegen in der Schwierigkeit, dass sie aufgrund der gewählten Thematik mit einem sehr breiten, wenig genauen Forschungsansatz arbeiten muss. Die politische Wissenschaft verfügt über keine stringente Theorie, oder korrespondierende Theorieansätze, die gegenüber dem Untersuchungsgegenstand konstant anwendbar wären, bzw. die in modifizierter Form oder in ihrer kritischen Reflexion Aufschluss über die Entwicklungen in Zentralasien geben könnten.

Aus diesem Mangel an theoretischen Bezugsmöglichkeiten, erhält meine Arbeit einen gewissen „Patchwork“-Charakter, da ich an gewissen Schnittstellen Bezug auf unterschiedliche Theorien oder Erklärungsansätze aus den internationalen politischen Wissenschaften nehme, deren Aussagekraft und Anwendbarkeit auf die zentralasiatischen Gegebenheiten jedoch enge Grenzen gesetzt sind. Dies ist vor allen Dingen den zentralasiatischen Spezifika geschuldet. Da Theorien jedoch im Allgemeinen darauf zielen, die „großen“ Zusammenhänge darzustellen, um später allgemeingültige Aussagen treffen zu können, ist es nicht verwunderlich, dass eine Randregion wie Zentralasien hier keinen Bezugsrahmen findet.

Die Basis zum Verständnis der regionalen Entwicklungen sind die Entwicklungen in den nationalen Kontexten, da die Staaten, bzw. die regierenden Entscheidungsträger diejenigen sind, die über die regionale Kooperation entscheiden. Dazu ist es notwendig, die

grundlegenden Entwicklungen in den Staaten seit ihrer Unabhängigkeit nachzuvollziehen. Auf den ersten Blick erscheint zu diesem Zweck ein transformationstheoretischer Ansatz, wie er vor allen Dingen in Bezug auf die post-sozialistischen Gesellschaften Osteuropas Anwendung findet, erforderlich. Es stellt sich jedoch schnell heraus, dass die zentralasiatischen Staaten, wenn, dann nur am Rande in diese Theorien einbezogen werden, und dass das Erkenntnisinteresse der Theorien an den realen Gegebenheiten in Zentralasien vorbei geht. Während Transformationstheorien grundsätzlich von der Transition der Länder vom Autoritarismus zur Demokratie ausgehen, und untersuchen wollen, welchen Entwicklungsstand ein Land zum gegebenen Zeitpunkt erreicht hat, verfehlt die Transitionsannahme grundlegende zentralasiatische Realitäten. Hier ist nämlich, vor allem auf politischer Ebene, kein Demokratisierungsfortschritt erkennbar; im Gegenteil: die Staatsoberhäupter haben sich bewusst für das Einschlagen eines autoritären Führungsweges entschieden, und dadurch eine beachtliche Systemstabilität erreicht. Eine theoretisch fundierte Analyse der nationalen Entwicklungen in Zentralasien erweist sich also aufgrund mangelnder Forschungsansätze als praktisch undurchführbar, so dass es bei der Deskription des gegenwärtigen Entwicklungsstandes, und den Einschätzungen der Autorin bleibt. Die Entwicklung einer Theorie für die spezifischen zentralasiatischen nationalen Veränderungsprozesse liegt nicht im Interesse der vorliegenden Arbeit, da sie vom regionalen Untersuchungs-Schwerpunkt wegführen würde.

Zentrale Begriffe für die vorliegende Studie sind die der regionalen Kooperation, bzw. Integration. Die regionalen Entwicklungen zeigen jedoch einen erheblichen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf. Während von den Entscheidungsträgern von der Unabhängigkeit bis heute immer wieder der Wunsch zur Kooperation, bzw. Integration der zentralasiatischen Region postuliert wird, zeigen die realen Entwicklungen unterschiedliche Formen des Unwillens zur Zusammenarbeit, des nationalen Egoismus und der Konfrontation. Ich verstehe es als meine Aufgabe, diese Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen, kritisch zu hinterfragen und zu begründen. Dazu ist es auch notwendig, sich zumindest in Grundzügen mit den theoretischen Konzepten von Kooperation und Integration auseinander zu setzen, wobei jedoch augenscheinlich wird, dass der Begriff der Integration, mit seinem supranationalen Anspruch, für den gegenwärtigen zentralasiatischen Kontext unangebracht ist, weswegen ich im Allgemeinen auf den Begriff der Kooperation zurückgreifen werde. Auch wurden Integrationstheorien in erster Linie in Bezug auf den erfolgreichen

Integrationsprozess in Europa entwickelt, so dass eine Applikation auf die zentralasiatischen Verhältnisse nur bedingt erfolgen kann.

Da also kooperations- bzw. integrationstheoretische Ansätze lediglich Bausteine für die Erfassung der zentralasiatischen regionalen Gegebenheiten sein können, und keinerlei umfassendes Erklärungspotential haben, greife ich für die Analyse der regionalen Entwicklungen auf einen institutionellen Ansatz zurück. Im Mittelpunkt der regionalen Kooperation stehen institutionelle Arrangements, die sich in der Mehrzahl bereits zu Organisationen entwickelt haben. Diese werde ich im Einzelnen vorstellen, die Entwicklungen, Probleme, interne Widersprüchlichkeiten, Erfolge, Möglichkeiten, etc. aufzeigen. Zwar kann jede Institutionen-Analyse für sich nur einen kleinen Ausschnitt der regionalen Entwicklungen wiedergeben; vielleicht können jedoch durch eine vergleichende Zusammenführung gewisse Trends bezüglich der regionalen Kooperation als solcher, herausgearbeitet werden.

1.1.4. Quellenlage

Wie deutlich geworden sein sollte, betritt die vorliegende Arbeit relatives „Neuland“. Nur wenige Artikel in Fachzeitschriften oder Internetjournalen setzen sich gezielt mit dem Thema der regionalen Kooperation oder Integration in Zentralasien auseinander. Genannt seien exemplarisch die Aufsätze von Sadri⁴, Akiner⁵, Primbetov⁶ und Ushakova⁷.

Die beiden einzigen, mir bekannten umfassenden Werke, die sich mit dem Themenkomplex auseinander setzen, sind die Sammelbände von Dieter, „Regionale Integration in Zentralasien“ (1996)⁸, sowie von Seidelmann/Giese, „Cooperation and Conflict Management in Central Asia“ (2004)⁹.

⁴ Sadri, Houman A.: Integration in Central Asia: from theory to policy, in: Central Asian Survey, 16(4), 1997, S. 573-586

⁵ Akiner, Shirin: Prospects for Regional Cooperation in Central Asia, in: Institute for Strategic and Regional Studies (ISRS) under the President of the Republik of Uzbekistan/ NATO/ Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Tsentralnaya Asia v XXI vekje: sotrudnitschestvo, partnerstvo i dialog. Materialy mjeschdunarodnoi konferenzi (Zentralasien im 21. Jahrhundert: Zusammenarbeit, Partnerschaft und Dialog. Materialien der internationalen Konferenz vom 13-15 Mai 2003 in Taschkent), Taschkent 2004, S. 166-182

⁶ Primbetov, S.: Cooperation as a Key Factor to Security Ensuring in the Eurasian Space, in: Central Asia's Affairs, No. 2, 13.10.2003, S. 28-30, S. 30, <http://www.kisi.kz/English/Economy/10-13-03Primbetov.pdf>

⁷ Ushakova, Natalia: Central Asian Cooperation: toward transformation, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (21), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/16.usaeng.shtml

⁸ Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996

⁹ Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-

Somit setzt sich der „Patchwork“-Charakter meiner Dissertation auch bezüglich der Quellenlage fort, die in erster Linie auf Artikeln, Aufsätzen, Lageberichten, Dokumenten, etc. zu den bestimmten Teilbereichen der Arbeit basiert. Hilfreich waren vor allem folgende Fachzeitschriften und Online-Journale: Central Asia and the Caucasus (<http://www.ca-c.org>), Central Asia Caucasus Analyst (<http://www.cacianalyst.org>), Eurasia Insight (<http://www.eurasianet.org>), Central Asian Survey, Radio Free Europe / Radio Liberty (<http://www.rferl.org>), Pravda.RU (<http://www.english.pravda.ru>), The Times of Central Asia. Des Weiteren fanden sich nützliche Artikel auch im Harvard International Review, sowie im Journal of International Affairs. Zu letzterem Journal sei insbesondere die Ausgabe vom Frühjahr 2003 mit ihrem Schwerpunktthema Zentralasien hervorgehoben, woraus sich ein guter Überblick über die gegenwärtigen Problemlagen in Zentralasien ergibt. Von deutscher Seite seien die Analysen der Zentralasien- und GUS-Abteilung der Stiftung Wissenschaft und Politik (früher: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien) hervorgehoben. Von besonderem Interesse für mich waren des Weiteren die Zentralasien-Berichte der International Crisis Group (Berichte online erhältlich über <http://www.icg.org/home/index.cfm?id=1251&l=1>), die sich relativ umfassend mit bestimmten Schwerpunktthemen auseinandersetzen. Darüber hinaus waren die Länder-Studien von Institutionen wie Bertelsmann Stiftung¹⁰, Freedom House¹¹ oder Human Rights Watch¹² eine Hilfe zur Erfassung der Situation in den einzelnen zentralasiatischen Ländern. Erwähnenswert sind des Weiteren politisch, strategische Analysen, wie die von Fairbanks¹³. Als ergiebigste Quelle zum Auffinden von Dokumenten und Abkommen der einzelnen Regionalorganisationen erwies sich die Homepage des russischen Außenministeriums (<http://www.in.mid.ru>); ein weiterer Service von offizieller russischer Seite ist der Online-Informationsservice „News from Russia“, abzurufen über die Homepage der russischen Botschaft in Indien (<http://www.india.mid.ru>), welcher aktuelle Informationen über alle Regionalorganisationen liefert, in welche Russland involviert ist. Eine Zusammenstellung von Dokumenten, Reden und Leitartikeln zu Russland und Zentralasien liefert von deutscher Seite

Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004

¹⁰ Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2003, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2004, Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

¹¹ Freedom House: Nations in Transit 2003, New York 2003, <http://www.freedomhouse.org/research/natransit.htm>

¹² Human Rights Watch: World Report 2003, Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.hrw.org/wr2k3>

¹³ Fairbanks, Charles/ Starr, Frederick S./ Nelson, Richard C./ Weisbrode, Kenneth: Strategic Assessment of Central Eurasia, The Atlantic Council of the United States, Central Asia – Caucasus Institute, Washington D.C., January 2001, <http://www.acus.org/publications/policypapers/internationalsecurity/Central%20Eurasia.pdf>

die Datenbank des Berlin Information-center for Transatlantic Security (abrufbar unter <http://www.bits.de/frames/databases.htm>).

1.2. Einige grundlegende Daten und Fakten zum besseren Verständnis des Untersuchungsgegenstands

1.2.1. Kurzer Überblick über die wichtigsten historischen Entwicklungen in Zentralasien bis zur Unabhängigkeit

Zentralasien besitzt eine bewegte Geschichte, über die Jahrhunderte geprägt von unterschiedlichen Khanaten, Emiraten und Reichen, die aufblühten und wieder untergingen. Geschuldet ist dies der geoökonomisch und geostrategisch zentralen Lage zwischen Europa, Südasien, dem Mittleren Osten und Sibirien, die die zentralasiatische Region zum Brückenkopf zwischen den unterschiedlichen Einflüssen werden ließ. Invasionen, Völkerwanderungen und Handelsströme – Zentralasien war Teil der berühmten Seidenstrasse – hinterließen ihre Spuren, so dass eine Verschmelzung unterschiedlichster ethnischer, linguistischer und religiöser Einflüsse stattfand.

Die Geschichte der zentralasiatischen Region wurde geprägt durch den zentralen identitätsstiftenden Gegensatz zwischen der Lebensweise der nichtsesshaften Nomaden einerseits, und der sesshaften Bevölkerung der Oasenstädte andererseits. Eine weitere entscheidende Entwicklung stellte die Islamisierung der Region dar, die Ende des 7. Jahrhunderts mit der arabischen Invasion begann und sich über mehrere Jahrhunderte erstreckte, jedoch aufgrund der unterschiedlichen Lebensweisen keine einheitliche gesellschaftliche Verwurzelung erfuhr.

„Die ethnischen und sprachlichen Verhältnisse Mittelasiens waren also in ständigem Fluß, die Stadtbevölkerung war oft zweisprachig, tribale oder regionale Identitäten, Religion und Lebensform (Nomaden oder Sesshafte) waren wichtiger als ethnisch-sprachliche Kriterien.“¹⁴ Folglich kannte die zentralasiatische Region auch keine Staatlichkeit im europäischen Sinne; erstmals mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erhielt das Konzept von „Nationalstaat“ und „Staatsgrenzen“ eine Bedeutung.

¹⁴ Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich: Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1992, S. 161

Als die Russen ab Mitte des 19. Jahrhunderts aus wirtschaftlicher, strategischer und politischer Motivation nach Zentralasien vorstießen, trafen sie auf ein politisches Machtvakuum, auf eine von der Außenwelt isolierte Region, die sich in kultureller und materieller Stagnation befand und der militärischen und politischen Macht Russlands wenig entgegenzusetzen hatte. Die okkupierten Gebiete wurden in den russländischen Staatsverband integriert und in das neugeschaffene „Generalgouvernement Turkestan“ umgewandelt.¹⁵ Begleitet wurde die Unterwerfung Zentralasiens von einer massiven slawischen Einwanderungswelle, was in den folgenden Jahrzehnten immer wieder Anlass für Konflikte und Zusammenstöße darstellte. Besonders folgenschwer waren Eingriffe in die zentralasiatische Wirtschaftsstruktur, die eine koloniale Konstellation schufen. Die zentralasiatische Region wurde den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Mutterlandes untergeordnet, in dessen Vordergrund der Baumwollanbau zur Versorgung der russischen Textilindustrie stand. Bereits im zaristischen Russland wurde also die Basis für die gegenwärtigen ökonomischen und ökologischen Probleme Zentralasiens geschaffen, die aus der Baumwoll-Monokultur und der nicht-existenten verarbeitenden Industrie resultieren.

Das russische zaristische Imperium brach unter den Erschütterungen des Ersten Weltkriegs und der Russischen Revolution 1917 auseinander und wurde im Wesentlichen auf das russische Kernland reduziert. 1918 wurde Russland zur Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) proklamiert. Seine peripheren Regionen blieben zunächst formal autonome Republiken, waren jedoch durch Wirtschaftsabkommen und Militärallianzen mit Russland verbunden. Die Motivation, ein „festes, unzerstörbares Bündnis“ zwischen dem Zentrum und den Randgebieten Russlands herzustellen, verdeutlicht folgende Aussage Stalins: „Zentralrussland, dieser Herd der Weltrevolution, kann sich nicht lange ohne die Hilfe der Randgebiete halten, die Roh- und Brennstoffe sowie Lebensmittel in Hülle und Fülle haben. Die Randgebiete Russlands sind ihrerseits ohne die politische, militärische und organisatorische Hilfe des höher entwickelten Zentralrusslands unausbleiblich zu imperialistischer Knechtung verurteilt.“¹⁶

Es folgte ein Prozess der allmählichen Reorganisation Zentralasiens und Eingliederung in den 1922 gegründeten föderalistischen Bundesstaat, die Union der Sozialistischen

¹⁵ Einzig das Emirat von Buchara und das Khanat von Chiwa behielten formal ihre Souveränität bei, wurden jedoch unter russländisches Protektorat gestellt.

¹⁶ Stalin, Josef Wissarionowitsch: Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Russland (1920), in: Ders.: Werke, Band 4, November 1917-1920, Hamburg 1971, S. 309

Sowjetrepubliken (UdSSR).¹⁷ Es wurde beschlossen, Zentralasien nicht als Ganzes zu integrieren, sondern in mehrere Republiken aufzuteilen, um das Entstehen einer großen türkisch-islamisch geprägten Region innerhalb des Sowjetstaats, und desintegrative, antisowjetische Tendenzen, zu verhindern. Unter den Einheimischen hatte es Bewegungen gegeben, die für die Schaffung eines unabhängigen zentralasiatischen Einheitsstaats, unter dem Namen Turkestan gekämpft hatten; sie besaßen jedoch gegenüber der aufkommenden Sowjetmacht keine Durchschlagskraft und wurden bekämpft. Die nachfolgenden Maßnahmen zur Schaffung der Sowjetunion führten zur völligen Niederlage turkestanischer Einheitsträume: 1924 wurden zunächst Usbekistan und Turkmenistan, 1927 Tadschikistan und schließlich Kirgisien und Kasachstan 1936 als sozialistische Republiken Teil der UdSSR.¹⁸

Die Konfiguration der fünf Republiken, die sich schließlich herauskristallisiert hatte, fiel kaum mit natürlichen Grenzen oder Gegebenheiten zusammen. Es resultierte in einigen Gebieten eine seltsame geopolitische Situation, in der Teile der einen Republik in die andere Republik hinein ragten und so kleine „Inseln“ und „Landzungen“ bildeten. Die Politik lässt sich mit dem sprichwörtlichen Prinzip altrömischer Außenpolitik umschreiben: „divide et impera“.¹⁹ Damit schuf die sowjetische Nationalitätenpolitik einen Konfliktstoff, der mit der Perestroika aufbrechen sollte. Bis heute sind die Grenzverläufe in einigen Gebieten Gegenstand zwischenstaatlicher Spannungen. Auch wenn das zentralasiatische Territorium scheinbar auf der Basis von Nationalitäten geteilt worden war, war/ist die ethnische Zusammensetzung in den einzelnen Ländern in Wirklichkeit sehr vielfältig.

Die wirtschaftspolitische Struktur, die die Sowjetära in der zentralasiatischen Region schuf, war eine Intensivierung der zaristischen Wirtschaftspolitik. Die Rolle als Lieferant agrarischer Produkte, insbesondere Baumwolle, wurde weiter ausgebaut; eine nachholende Industrialisierung fand nicht statt, und die Region partizipierte nur peripher am gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Die Infrastruktur, die während 70 Jahren Sowjetmacht geschaffen wurde, spiegelte dieses Abhängigkeitsverhältnis wieder. Während gute Transportverbindungen in Nord-Süd-Richtung errichtet wurden, wurde kaum eine Verbindung zwischen den Republiken, geschweige denn mit dem Rest der Welt geschaffen.

¹⁷ Zunächst bestand die UdSSR aus vier Republiken: der RSFSR, der Ukrainischen, Weißrussischen und der Föderativen Transkaukasischen Republik.

¹⁸ Tadschikistan und Kasachstan hatten zunächst den Status der autonomen Republiken, Kirgisien den des autonomen Gebiets innerhalb der UdSSR, bevor sie in Sozialistische Republiken transformiert wurden.

¹⁹ „Teile und herrsche“: säe Zwietracht unter deinen Gegnern, um sie einzeln leichter beherrschen zu können.

Die kulturellen, islamischen Traditionen in Zentralasien zeigten sich erstaunlich resistent gegenüber der Moskauer Politik. Seit den sechziger Jahren wurde der Einfluss des Islam auf den Alltag, die Lebensform und als Ausdruck historisch-kultureller Identität zunehmend sichtbar. Der Übergang von kulturellem zu religiösem Islam war dabei fließend. Obwohl der Islam offiziell aus der Sowjetunion verbannt, und religiöse Institutionen bis auf wenige Überreste zerschlagen worden waren, hatten inoffizielle religiöse Einrichtungen und Sufi-Bruderschaften an Bedeutung gewonnen, und die islamisch-kulturelle Durchdringung der Alltagskultur hatte selbst vor den nationalen politischen Eliten nicht Halt gemacht.

Weitere identitätsbestimmende Faktoren, die selbst die Kollektivierungsmaßnahmen Stalins nicht hatten auslöschen können, und die sich in der Folgezeit zunehmend ausbildeten, waren die Stammes-Loyalität und die Clanstrukturen in den Gebieten, in denen diese Tradition hatten. Im Gegenteil bildete dieses soziale und ökonomische Beziehungsgeflecht eine Rückzugs- und stille Widerstandsmöglichkeit gegen die assimilatorische Sowjetpolitik, der sich auch die lokalen Eliten nicht entziehen konnten. In vielen Fällen fusionierten sogar die traditionellen Stammesstrukturen mit der Parteistruktur, und schufen ein für die Macht in Moskau undurchsichtiges Ganzes.

Mit dem Machtantritt Gorbatschows in der UdSSR und der Einleitung seiner Politik von Perestroika und Glasnost, trat nicht nur die wirtschaftliche und die politische Krise des zentralistischen Imperiums zu Tage; es zeigte sich des Weiteren, dass die Nationalitätenfrage, deren Gelöstheit die sowjetische Nomenklatura über die Jahrzehnte propagiert hatte, enormes Konflikt- und Destabilisierungspotential aufwies. Auch Zentralasien, die ärmste und rückständigste Region innerhalb der Sowjetunion, erlebte vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden materiellen Krise zwischen 1989 und 1990 eine Welle von ethnisch und politisch motivierter Gewalt. Höhepunkte waren das Massaker an Mescheten im Juni 1989 in der usbekischen Provinz Ferghana und die blutige Kollision zwischen Usbeken und Kirgisen in der kirgisischen Provinz Osh im Juni 1990. In Duschanbe brachen im Februar 1990 sozial und politisch motivierte Unruhen aus, die gegen die reaktionäre tadschikische Führung gerichtet waren.

Das politische Zentrum hatte einen Veränderungsprozess in Gang gesetzt, der nicht mehr aufzuhalten war. Seit 1990 setzte sich die Moskauer Elite gegen weiterführende Veränderungen und für die Erhaltung des alten, wenn auch reformierten, Systems ein, um nicht die eigene Existenz grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Republiken nutzten die Gunst

der Stunde, versuchten ihre Souveränitätsrechte auszubauen, und übernahmen von nun an die Rolle eines Reform-Motors.

In Zentralasien stellte sich die Frage nach Souveränität²⁰ und Unabhängigkeit²¹ jedoch erst relativ spät. Auch blieben hier die Demokratisierungsfortschritte²² am geringsten, behaupteten doch die alten Funktionäre in den 1990 neugewählten Obersten Sowjets unangefochtene Mehrheiten von über 90%. Die zentralasiatischen Nationalbewegungen erreichten nicht die politische Qualität und institutionelle Durchschlagskraft, wie die anderer Sowjetrepubliken. Es fiel eher der dirigistische Zugriff auf, der die Nationalbewegungen von oben zu steuern schien und erst allmählich Massenbewegungen unter der Bevölkerung auslöste.²³ Wie unterschiedlich weit fortgeschritten die Auflösungserscheinungen der alten Sowjetordnung und die Entstehung neuer nationaler und demokratischer Strukturen in den westlichen Republiken im Vergleich zu den östlichen waren, offenbarte auch eine Repräsentativbefragung im August 1990 bezüglich der Unabhängigkeitsbestrebungen der Bevölkerung. Während sich an erster Stelle 92% der Georgier und 91% der Balten für einen Austritt aus der UdSSR aussprachen, waren dies unter den Zentralasiaten nur 24%.²⁴

In Zentralasien wurde die staatliche Unabhängigkeit also nicht aktiv angestrebt – weder von der politischen Elite, noch von der Bevölkerung – sie ereignete sich einfach, als das einstige Sowjetreich nach dem gescheiterten August-Putschversuch und der Annullierung des Unionsvertrags und Neugründung der GUS am 8.12.1991 zusammenbrach. Auch gegenüber sonstigen politischen Änderungen und Demokratisierungsmaßnahmen zeigten sich die zentralasiatischen Staaten sehr resistent. Hier ereignete sich der innerhalb der ehemaligen Sowjetunion einzigartige Vorgang, dass die wesentlichen politischen Institutionen nicht substantiell geändert wurden, und die kommunistischen Parteien zum Teil nur umbenannt wurden. In allen fünf Staaten kamen Präsidenten an die Macht, die schon zu Sowjetzeiten zur Nomenklatura gezählt hatten. In allen fünf Ländern gelang es den Präsidenten in den ersten

²⁰ Souveränitätserklärung Usbekistans am 20.6.1990, Turkmenistans am 22.8.1990, Tadschikistans am 25.8.1990, Kasachstans am 25.10.1990 und Kirgisistans am 31.10.1990

²¹ Unabhängigkeitserklärungen Kirgisistans und Usbekistans am 31.8.1991, Tadschikistans am 9.9.1991, Turkmenistans am 27.10.1991, Kasachstans am 16.12.1991,

²² „Im Unterschied zu anderen Teilen der Sowjetunion scheint das Machtmonopol des Parteiapparats hier noch relativ unangefochten zu sein. Anstöße in Richtung auf Demokratie und liberalen Rechtsstaat gehen von Zentralasien nicht aus.“ Simon, Gerhard: Bricht die Sowjetunion auseinander? Perestrojka und die nationale Frage, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 18/ 1990, S. 12

²³ Grotzky, Johannes: Konflikt im Vielvölkerstaat. Die Nationen der Sowjetunion im Aufbruch, München 1991, S. 88f

²⁴ Simon, Gerhard: Die Desintegration der Sowjetunion durch die Nationen und Republiken, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 25/1991, S. 28

Jahren der staatlichen Unabhängigkeit, ihre Machtfülle auszubauen, und ihre Amtszeiten per Erlass zu verlängern, so dass man in allen Fällen von autoritären, präsidentialen Systemen sprechen muss. Bis heute hat sich an keiner der Staatsspitzen ein personeller Wechsel vollzogen.

In der gesamten Region ereignete sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR und des zentralistischen Wirtschaftssystems ein ungeahnter wirtschaftlicher Niedergang, der die Staatsführungen vor große Herausforderungen stellte, und einen Großteil der Bevölkerung mit Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit konfrontierte. Verlässliche und vergleichbare Daten zu finden, erweist sich als schwierig. Als Indikator für die Verbreitung von Armut ziehe ich Daten der Weltbank heran, die den Anteil von Menschen, der heute von weniger als 2 US\$ am Tag leben muss, wie folgt quantifiziert: in Tadschikistan 50,8%, Turkmenistan 44%, Usbekistan 44,2%, Kirgisistan 34,1%, Kasachstan 15,3%.²⁵

Die zentralasiatischen Staaten starteten also in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht aus sehr ähnlichen Positionen in die Unabhängigkeit, die Entwicklungen, die jedes Land für sich einschlug, führten und führen jedoch in sehr unterschiedliche Richtungen. Dieses zeigt sich auch in ihren außenpolitischen Präferenzen, und wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit immer wieder deutlich werden. Aus diesem Grund werde ich kurz die „objektiven“ Spezifika jedes Landes vorstellen, um zwischen gegebener Homogenität, aber sich gleichzeitig immer stärker ausprägender Heterogenität, differenzieren zu können.

1.2.2. Die fünf zentralasiatischen Länder: Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan

Ein Großteil des ca. 4 Mio. km² umfassenden zentralasiatischen Territoriums besteht aus Wüste, Steppe und (Hoch-) Gebirge, so dass die Mehrheit der insgesamt 56 Mio. Menschen sich in Gebieten entlang der Flüsse Amu Darja und Syr Darja, den zwei Haupt-Wasseradern, niedergelassen hat. Über direkten Zugang zu den Weltmeeren verfügt die Region nicht; Kasachstan und Turkmenistan sind Anlieger des Kaspischen Meeres. Rund ein Fünftel der Gesamtpopulation lebt im fruchtbaren Ferghana Tal, welches sich zwischen Kirgisistan,

²⁵ The World Bank: World Development Indicators 2003, Table 2.6., Poverty, S. 58ff

Usbekistan und Tadschikistan aufteilt, jedoch nur ein Prozent der gesamten Landmasse ausmacht.

Der Großteil der Bevölkerung ist türkischer Abstammung und muslimisch geprägt; Kasachisch, Kirgisisch, Usbekisch und Turkmenisch sind Turksprachen. Tadschiken haben hingegen starke ethnische, kulturelle und linguistische Verbindungen mit dem Iran.

Der primäre Wirtschaftszweig ist die Landwirtschaft, wobei Baumwolle das wichtigste Erzeugnis darstellt. Des Weiteren ist Zentralasien Energieproduzent, in Form von Kohle, Öl, Gas und Hydroenergie, und verfügt über beachtliche Bodenschätze. Kasachstan und Turkmenistan als Anlieger des Kaspischen Meeres sind die beiden wichtigsten Öl- und Gasexporteure.

Auch wenn ich im Rahmen der vorliegenden Dissertation grundsätzlich von *der* zentralasiatischen Region sprechen werde, so ist zu betonen, dass die fünf Länder zwar viele Gemeinsamkeiten aufweisen, andererseits aber keinesfalls als homogen anzusehen sind. Allein bezüglich der „objektiven“ Fakten, wie Größe, Bevölkerungszahl, Bevölkerungszusammensetzung, Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, etc., werden die Unterschiede deutlich.²⁶

Es erweist sich jedoch als schwierig, wirklich objektive und vollständige Daten für die fünf Länder zu erhalten. Die unterschiedlichen Quellen weichen zum Teil erheblich voneinander ab, so dass der Anspruch auf „Objektivität“ mit Vorsicht zu betrachten ist. Deutlich wird dies anhand eines Vergleichs der Angaben innerhalb des vorliegenden Kapitels, basierend auf Munzinger, und dem von mir erstellten Appendix A, mit den wichtigsten Daten und Fakten zu den einzelnen Ländern im Überblick, basierend auf dem World Fact Book 2004 der CIA.²⁷

Usbekistan bildet das geographische Zentrum Zentralasiens, und teilt Grenzen mit den vier anderen Staaten. Es besteht zum Großteil aus Wüsten und Steppen, und ist zwischen Amu Darja und Syr Darja lokalisiert, so dass dank eines weitverzweigten Kanalsystems ca. 11% der gesamten Landesfläche bewässert und für landwirtschaftliche Zwecke nutzbar sind. Der Aral See, den sich Usbekistan mit Kasachstan teilt, hat durch die extensive Bewässerung usbekischer Baumwollfelder in den letzten 50 Jahren zwei Drittel seines Wassers verloren – mit katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt.

²⁶ Alle Fakten und Informationen innerhalb von Kapitel 1.2. stammen von: Munzinger CD-Rom Archiv, Infobase Land, Stand: Juni 2004.

²⁷ Central Intelligence Agency (CIA): The World Fact Book 2004, <http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/index.html>

Usbekistan besitzt mit ca. 26 Mio. Einwohnern die größte Bevölkerungszahl in Zentralasien, die sich durch eine relative ethnische Homogenität auszeichnet (75,8% der Einwohner sind ethnische Usbeken, 6% Russen, 4,8% Tadschiken) und ist am dichtesten besiedelt (62,5 Einw./km²). Die Menschen sind seit Jahrhunderten sesshaft und haben sich in Städten und Dörfern angesiedelt.

Abbildung 1: Landkarte Usbekistan



Wie kein anderes zentralasiatisches Land ist Usbekistan nach den Attentaten des 11. September in den Mittelpunkt westlicher Aufmerksamkeit gerückt, da es zum wichtigsten Partner Amerikas in der Region avancierte und Militärbasen für die Antiterror-Operationen in Afghanistan zur Verfügung stellte. Zwar wurde insbesondere von Menschenrechtsorganisationen Kritik an den USA und ihrer neuen strategischen Partnerschaft, aufgrund der umstrittenen Menschenrechtspraxis des autoritären Präsidenten Karimow, laut. Entscheidend für die modifizierte Haltung der westlichen Staaten gegenüber dem autoritären Regime war jedoch Usbekistans geopolitische Bedeutung, als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus.

Usbekistan wird am unmittelbarsten vom Sicherheitsrisiko des islamischen Extremismus bedroht. Ein Bombenanschlag 1999, der auf den usbekischen Präsidenten zielte, Übergriffsversuche seitens paramilitärischer Gruppierungen in den Sommern 1999 und 2000, sowie eine Serie von (Selbstmord-) Anschlägen 2004, machten das Problem deutlich. Die Strategie, um der Bedrohung zu begegnen, besteht in erster Linie in staatlicher Repression und der strikten Kontrolle religiöser Gruppierungen und Artikulationsmöglichkeiten; Kritiker werfen der usbekischen Regierung vor, das Problem dadurch erst recht zu entfachen, und einen Teufelskreis anzutreiben.

Die usbekische Wirtschaftsstruktur setzte sich 2002 wie folgt zusammen: 31,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entfielen auf die Landwirtschaft, 14,4% auf die Industrie, 5,2% auf das Baugewerbe, und 36,6% auf Dienstleistungen. Nach einem dramatischen Einbruch der Wirtschaft, wird seit 1996 wieder Wachstum verzeichnet, welches in erster Linie von großen Industrieprojekten und dem Agrarsektor getragen wird. Usbekistan ist einer der weltweit größten Baumwollproduzenten. Zu Sowjetzeiten wurde die extreme Überkultivierung der Baumwolle auf Kosten des Getreideanbaus gefördert, was von verschwenderischer Nutzung der Wasserreserven begleitet wurde. Auch heute gibt es Wasser immer noch kostenlos, die Abhängigkeit der Wirtschaft von der Baumwolle ist nach wie vor gegeben.

Des Weiteren ist das Land reich an Bodenschätzen und Rohstoffen, vor allem Gold und Öl, und ist ein regional bedeutsamer Produzent von Chemikalien und Maschinen. Russland war und ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner (38,6% der Exporte und 59,5% der Importe in 2002), dennoch findet seit einigen Jahren eine Diversifizierung der Außenhandelsströme, außerhalb der GUS-Region statt.

Kasachstan ist das flächenmäßig mit Abstand größte Land in der Region, sowie das neuntgrößte Land der Welt. Mit einer Bevölkerungszahl von ca. 14 Mio. Einwohnern weist es jedoch eine sehr geringe Besiedlungsdichte (5,2 Einw./km²; im Vergleich dazu Usbekistan: 62,5 Einw./km²) auf. Weite Landstriche sind gar nicht besiedelt.

Abbildung 2: Landkarte Kasachstan



Die Bevölkerung ist ethnisch sehr vielfältig, wobei die zwei größten Gruppen aus Kasachen (53,4%) und Russen (30%) gebildet werden. Die Regierung bemüht sich aktiv um eine Politik des Ausgleichs zwischen den verschiedenen Volksgruppen. Die native Bevölkerung hat keine sesshafte, sondern nomadische, tribale Tradition. Angesichts der großen russischen

Minderheit und der geographischen Nähe, pflegte und pflegt die kasachische Regierung enge, freundschaftliche Beziehungen zu Russland, wobei jedoch stets auch die nationale Souveränität betont wurde. Etwa 50% der Bevölkerung (Kasachen und Angehörige anderer Turkvölker) bekennen sich zum Islam, welcher derzeit jedoch keine bestimmende Kraft darstellt.

Kasachstan besitzt reiche Bodenschätze und Rohstoffvorkommen. Von besonderer Bedeutung sind die Erdölvorkommen (auch Erdgas). 2002 wurden 42 Mio. Tonnen Rohöl gefördert. Bei einem derzeitigen jährlichen Inlandsverbrauch von ca. 18 Mio. Tonnen, wird das Exportpotential des Landes selbst bei einer Steigerung des Eigenbedarfs deutlich zunehmen können. Darüber hinaus verfügt Kasachstan über die größten unerschlossenen Kohlereserven der Welt. Die Bedeutung der Rohstoffgewinnung wird allein dadurch deutlich, dass 2001 zwei Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in neue Prospektions-, Explorations- und Bergbauvorhaben gingen. Zum Ölexport nutzbare Pipelines laufen bislang ausschließlich über Russland.

Kasachstan erreicht einen relativ hohen Industrialisierungsgrad, dessen Grundlage eine ausgeprägte Grundstoffproduktion, vor allem aber die großen Erdölvorkommen darstellen, von denen die Industrieproduktion stark abhängig ist. Nach einer Phase der Rezession in Folge der Umstrukturierung seit 1991, war 2001 die Industrie mit einem Anteil von 20,2% am BIP erneut der wichtigste Sektor. Die wichtigsten Industriezweige sind: Eisen- und Stahlerzeugung, Nichteisenmetallurgie, Maschinenbau und chemische Industrie. Bergbau (dank des Erdölbooms) und Versorgungswirtschaft haben eine BIP-Anteil von 11,8%. Die Landwirtschaft (vor allem Getreide, Zuckerrüben, Tabak und Obst, aber auch Wolle und Baumwolle) spielt trotz Ineffizienz in weiten Bereichen eine bedeutende Rolle (8,7% des BIP), und ist mit rund 25% der Beschäftigten wichtigster Arbeitgeber. Die Agrarwirtschaft ist also ein wichtiger Stabilitätsfaktor für das Land. Zu Sowjetzeiten war Kasachstan die zweitgrößte „Kornkammer“ der Union.

Nach einem wirtschaftlichen Einbruch 1998 (aufgrund von Russlandkrise, sinkenden Weltmarktpreisen für Öl und schlechten Produktionsergebnissen in der Landwirtschaft) befindet sich das BIP Kasachstans in erster Linie wegen des Erdölbooms wieder auf Wachstumskurs (BIP-Wachstum von 9,8% in 2000; 13,5% in 2001; 9,5% in 2002). Experten zweifeln wegen des Fehlens einer wirksamen Industrie- und Strukturpolitik aber an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs.

Ähnlich wie Usbekistan ist auch Kasachstan stark von den Folgen des Austrocknens des Aral Sees betroffen. Darüber hinaus wurde kasachisches Territorium von 1949-1989 im Umkreis von Semipalatinsk für sowjetische Atomtests genutzt, an deren Auswirkungen die Bevölkerung schwer leidet. Auch der Atom Müll aus anderen Republiken der ehemaligen UdSSR wurde in Kasachstan gelagert. Atomwaffenfrei ist Kasachstan seit 1995, da alle hier lagernden Atomsprengköpfe nach Russland abtransportiert, bzw. zerstört wurden.

Kirgisistan ist ein Hochgebirgsland, mit einem vergleichsweise kleinen Territorium, das zu drei Vierteln über 1500m hoch gelegen ist. Unter 1500m dominieren Wüste und Steppe. Um Landwirtschaft zu betreiben, ist vielfach künstliche Bewässerung nötig. In Kirgisistan leben ca. 5 Mio. Menschen, von denen 66% ethnische Kirgisen sind; die zweit- und drittgrößten Bevölkerungsgruppen bilden Usbeken (14%) und Russen (11,2%). Kirgisen sind ursprünglich ein Nomadenvolk. 80% der Bevölkerung sind Muslime, der Islam ist jedoch nicht so tief verwurzelt, wie beispielsweise in Usbekistan.

Abbildung 3: Landkarte Kirgisistan



Im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit galt Kirgisistan als das am weitesten fortgeschrittene Land Zentralasiens bezüglich Demokratisierung und wirtschaftlicher Transformation. Wurde lange Zeit die relativ offene Atmosphäre gelobt, die die Entstehung unterschiedlicher politischer Gruppierungen und nichtstaatlicher Organisationen ermöglicht hatte, so nahm seit Ende der neunziger Jahre im Inland und im Ausland die Kritik an dem Führungsstil von Präsident Akaev, und dem Umgang mit der Opposition, zu. Im aktuellen Ranking der NGO Freedom House wird Kirgisistan als "nicht frei" eingestuft (schlechteste Bewertung seit der Unabhängigkeit). Auch im wirtschaftspolitischen Bereich haben Korruption und die

zögerliche Privatisierung strategisch bedeutsamer Staatsbetriebe das Bild vom Reformvorreiter getrübt.

Im Vergleich zu anderen GUS-Ländern ist die kirgisische Wirtschaft stark unterentwickelt. Wegen des bergigen Territoriums kann nur eine geringe Fläche (6,5%) landwirtschaftlich genutzt werden, dennoch ist die Wirtschaftsstruktur vorwiegend agrarisch geprägt. Haupterzeugnisse sind Baumwolle, Wolle und Fleisch. 35,6% des BIP entfielen 2002 auf die Landwirtschaft. Der Anteil des produzierenden Gewerbes betrug 31,7% (Industrie 21,5%), Dienstleistungen 32,7%.

Die industrielle Infrastruktur ist heruntergekommen, bzw. nicht existent, die Potentiale des Landes liegen vor allem im Bereich der Leichtmetalle und der Elektronikindustrie. Das Land verfügt im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Staaten über relativ wenig Bodenschätze und Rohstoffe, die sich zudem in schwer zugänglichen Gebieten befinden, so dass ein Großteil importiert werden muss. Allerdings hat Kirgisistan große Goldvorkommen, die für die Wirtschaft von größter Bedeutung sind. 2001 ist Kirgisistan auf den zehnten Platz der Goldgewinnungsländer und -exporteure der Welt aufgestiegen. Förderrückgänge ab 2002 hatten starke Auswirkungen auf die kirgisische Wirtschaft.

Zur Energiegewinnung muss Kirgisistan in hohem Maße Erdöl und Erdgas einführen (21,8% der Importe im Jahr 2000). Die zahlreichen Flüsse des Landes bergen jedoch ein großes Wasserkraftpotential. Da Kirgisistan nur 10% seiner hydroelektrischen Ressourcen selbst nutzt, exportiert es diese vor allem nach China, Usbekistan und Kasachstan (Stromexporte stellten 2001 15,8% der Ausfuhren). Als Oberanlieger des Syr Darja, hat Kirgisistan einen gewissen strategischen Vorteil in der wasserarmen Region.

Ähnlich wie Kirgisistan, ist auch *Tadschikistan* ein kleines, extrem gebirgiges Land, dessen Territorium zu 90% über 1000m hoch gelegen ist. Die Bevölkerung umfasst über 6 Mio. Einwohner, deren Mehrzahl sich in schmalen Gebirgstälern konzentriert. Sie setzt sich zu 64,9% aus Tadschiken, 25% Usbeken, und 3,5% Russen (mit weiter abnehmender Tendenz) zusammen. Als einzige Sprache in der Region ist Tadschikisch keine Turksprache, sondern gehört der iranischen Sprachfamilie an. Tadschiken sind seit vielen Jahrhunderten sesshaft. Stammesstrukturen sind kaum relevant, dafür bestimmen Faktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Großfamilie, Stadtviertelgemeinschaft oder Region die sozialen Strukturen. 80% der Bevölkerung sind muslimisch. Während der Islam von vielen politischen Gruppierungen vor

allem als nationale Tradition und Bestandteil einer tadschikischen Identität verstanden wird, streben einige Bewegungen nach einer starken Rolle der islamischen Religion im öffentlichen Leben. Einflussreichste politische Organisation aus diesem Bereich ist die während des Bürgerkriegs verbotene Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, die 1998 an der Regierung beteiligt wurde.

Abbildung 4: Landkarte Tadschikistan



Tadschikistan ist das ärmste Land innerhalb der GUS und wurde vom Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschafts- und Handelssystems und durch einen Bürgerkrieg von 1992-1997 schwer in Mitleidenschaft gezogen, was einen dramatischen Verarmungsprozess zur Folge hatte.

Der tadschikische Bürgerkrieg mit bis zu 100.000 Todesopfern und Hunderttausenden von Flüchtlingen lässt sich im Gegensatz zu anderen Konflikten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR nicht auf einen ethnischen Konflikt reduzieren, auch wenn Elemente ethnischer Differenzen bestanden. Ebenso wenig handelte es sich um eine vorwiegend religiös geprägte Auseinandersetzung, auch wenn Beteiligte sich als religiös definierten. Vielmehr waren regionale Zugehörigkeitsgefühle und Differenzen die Ursache für den Konflikt, der einer Fragmentierung des Landes Vorschub leistete, die auch nach dem Friedensabkommen 1997 nur schwer eingedämmt werden konnte. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags wurde ein innertadschikischer Versöhnungsprozess eingeleitet, der mit einer gemeinsamen Sitzung der beiden neuen Parlamentskammern am 27.3.2000 formell abgeschlossen wurde. Allerdings besteht der Dualismus zwischen grundsätzlich Regierungstreuen und der Allianz früherer oppositioneller Kräfte (ab 1995 Vereinigte Tadschikische Opposition) weiter und kann nicht über die Vielfalt regionaler Interessen hinwegtäuschen, die einen echten Frieden weiter

erschweren. Der Friedensvertrag trug jedoch zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes bei. Die Sicherheitslage ist weiterhin nicht entspannt, was gegenwärtig allerdings in erster Linie aus der Nachbarschaft zu Afghanistan, dem weltweit größten Produzenten von Opium und Heroin, resultiert, da Tadschikistan sich zum erstrangigen Drogen-Transitland entwickelt hat.

Über die aktuelle wirtschaftliche Lage in Tadschikistan liegen nur relativ spärliche statistische Daten vor (die meisten Daten sind von 1995). Die tadschikische Wirtschaft weist einen starken Agrarsektor auf, der etwa 20-25% des BIP ausmacht und nach Schätzungen über 50% der Arbeitstätigen beschäftigt, und somit einen wichtigen volkswirtschaftlichen Stabilitätsfaktor darstellt. Dabei dominiert das Weideland für die Viehzucht; auf dem Ackerland herrscht der Baumwollanbau vor. Im Vergleich mit anderen GUS-Ländern ist die landwirtschaftliche Produktion in Tadschikistan jedoch unterentwickelt und wenig produktiv. Die geographischen Gegebenheiten bieten keine besonders günstigen Bedingungen für die Landwirtschaft; die für den Ackerbau geeignete Nutzfläche beträgt nur ca. 6% der Gesamtfläche des Landes, was zu einer extrem ungleichen Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion führt: Während sich in den Tälern des Süd- und Nordwestens viele fruchtbare Gebiete konzentrieren, kann im gesamten Ostteil der Republik fast keine Acker-Landwirtschaft betrieben werden.

Die Industrie hatte 1995 einen Anteil von 53% am BSP, wobei die Leichtindustrie vorherrschend ist. Analog der Entwicklung in der Landwirtschaft befand sich auch die Industrie im Abwärtstrend. Vor allem das Jahr 1996 war von starken Produktionseinbrüchen auch im privaten Sektor geprägt (Rückgang von ca. 40%). Seit 1997 scheint sich die Wirtschaftslage in Tadschikistan zu stabilisieren; zumindest ist wieder eine Zunahme des realen BIP zu verzeichnen. Die Industrieproduktion ist jedoch nur zu 30-40% ausgelastet.

Das Land verfügt über geringe Vorkommen an Energierohstoffen und anderen Bodenschätzen (Uran, Erdöl, Erdgas, Gold, Kohle). Allerdings ist eine profitable Erschließung der Rohstoffvorkommen fast unmöglich, da die extrem unterentwickelte Infrastruktur des Landes dem entgegensteht, und kurz- und langfristig ein Haupthemmnis des wirtschaftlichen Fortschritts darstellt.

Dank seiner gebirgigen Landesnatur macht die Nutzung von Wasserkraft Tadschikistan zu einem Selbstversorger bei Elektrizität; Überschüsse können sogar für eine energieintensive Aluminiumproduktion genutzt werden und erlauben minimale Exporte in benachbarte

Staaten. Der Erdöl- und Erdgasverbrauch muss allerdings traditionell durch Importe gedeckt werden.

Turkmenistan weist eine Vielzahl von Besonderheiten auf: Ein großes, von Wüsten geprägtes Staatsgebiet (80% des gesamten Territoriums), eine geringe Bevölkerungszahl (5 Mio. Einwohner), eine relative Homogenität der Bevölkerung (77% Turkmenen, 9,2% Usbeken, 6,7% Russen) und das Weiterbestehen traditioneller tribaler Strukturen, einen erheblichen Reichtum an natürlichen Ressourcen, insbesondere Erdgas- und Erdöl am Kaspischen Meer, sowie eine Außenpolitik der Neutralität und einen ausgeprägten Personen-Kult um den autoritären Präsidenten Nijasow, der sich auch Turkmenbaschi (Führer der Turkmenen) nennt. Im Gegensatz zu anderen Gebieten Zentralasiens, in denen seit Jahrhunderten eine starke Tradition der Sesshaftigkeit besteht, existierten die alten Stammesstrukturen auf dem Boden des heutigen Turkmenistan fast ungebrochen bis zur Unterwerfung durch Russland Ende des 19. Jahrhunderts. Besonders außerhalb der Städte sind sie aber auch heute noch sehr lebendig.

Abbildung 5: Landkarte Turkmenistan



Die Politik Nijasows ist an die Existenz der umfangreichen Erdgas- und Erdölvorkommen geknüpft. Die Erwartungen konnten aufgrund mangelnder Transportwege, außerhalb der Verbindungen mit Russland, jedoch nicht erfüllt werden (geplant ist der Bau einer Pipeline unter dem Kaspischen Meer, durch Aserbaidschan und Georgien in die Türkei). Somit befindet das Land sich in einem ständigen Balanceakt zwischen der Betonung der Unabhängigkeit und der tatsächlichen Interdependenz mit Russland. Die Gleichzeitigkeit enger bilateraler Bindungen an Russland und größter Distanz zur GUS, verbunden mit der Ablehnung jeglicher zentraler supranationaler Struktur, auch auf zentralasiatischer Ebene, hat sich in der Annahme des offiziellen Status der Neutralität im Jahre 1995 niedergeschlagen. Im

innenpolitischen Leben nimmt Nijasow die zentrale Position ein und ist neben seinen Funktionen als Staatspräsident (auf Lebenszeit), auch Regierungs- und Parteichef, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, steht im Range eines Armeegenerals, ist Vorsitzender des Verteidigungsrates, des Volks- und des Ältestenrates. Die Regierung kontrolliert und zensiert alle Medien; jegliche Kritik am Präsidenten ist untersagt.

Der Schlüsselbereich der turkmenischen, zum Großteil weiterhin staatlich gelenkten, Wirtschaft ist der Gas- und Ölsektor. Nach Schätzungen des US Department of State besitzt das Land 4.400 Mrd. m³ nachgewiesene, sowie weitere 4.500 Mrd. m³ mögliche Erdgasreserven. Hinzu kommen gewaltige Offshore-Ölreserven im turkmenischen Sektor des Kaspischen Meeres. Somit ist das Potential für eine vorwiegend industriell ausgerichtete Wirtschaftsstruktur vorhanden. Der industrielle Sektor trug 1995 12,8% zum BIP bei. Als Folge der Einbindung in die sowjetische Wirtschaft dominieren auch heute noch Energieerzeugung und Rohstoffverarbeitung die insgesamt wenig entwickelte turkmenische Industrie.

Noch ist aber der landwirtschaftliche Sektor bestimmend, der 1997 9,5% zum BIP beitrug und 1996 44% der Arbeitstätigen beschäftigte. Aufgrund der geographischen Gegebenheiten des Landes konzentriert sich die turkmenische Landwirtschaft in wenigen Gebieten und wird vom Baumwollanbau dominiert. Turkmenistan gehört weltweit zu den zehn größten Baumwoll-Produzenten. Erdgas, Erdöl und daraus gewonnene Produkte sowie Baumwolle bilden fast die ausschließliche Grundlage des Exports (1997: 83%). Maschinen und andere Metallprodukte, Nahrungsmittel und Konsumartikel müssen größtenteils importiert werden. Durch ihre einseitige Ausrichtung ist die turkmenische Wirtschaft von Schwankungen der Weltmarktpreise extrem abhängig, was sich 1998 durch den Fall der Öl- und Baumwollpreise besonders ausgewirkt hat.

Gegenwärtig weist Turkmenistan ein extrem rasches Wirtschaftswachstum, mit zweistelligen Wachstumsraten, auf (12% in 2001).

Ähnlich wie in Usbekistan, befinden sich auch Gebiete in Turkmenistan in einer extremen ökologischen Krisensituation. Verantwortlich ist vor allem die Baumwollmonokultur, wie sie unter der Sowjetherrschaft vorangetrieben, und nur durch großangelegte Bewässerungsmaßnahmen ermöglicht wurde. Der Karakumkanal zweigt vom Amu Darja riesige Wassermengen nach Westen ab, was zur Austrocknung des Aral Sees beigetragen hat. Hinzu kommt, dass der Kanal aufgrund baulicher Fehler nicht einmal seine

Bewässerungsfunktion hinreichend erfüllen kann, weil über 70% des Wassers zu früh versickern oder verdunsten.

2. Grundlegende Entwicklungen in Zentralasien seit der Unabhängigkeit

Die Länder Zentralasiens befinden sich seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums auf einem steinigen, multidimensionalen Entwicklungsweg. Die neuen unabhängigen Staaten sind mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, wobei an erster Stelle jene auf nationaler Ebene zu nennen sind. Komplexe Umwandlungen auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene, sowie Prozesse von Staats- und Nationenbildung haben eingesetzt, deren Ausgang noch nicht absehbar ist. Im Falle der europäischen Nationalstaaten war dies ein Entwicklungsprozess, der konsekutiv und evolutionär über mehrere Jahrhunderte erfolgen konnte. An die neuen unabhängigen Staaten wurde nun implizit und explizit die Erwartung gestellt, eine solche Entwicklung innerhalb eines Jahrzehnts zu meistern. Eine Situation, die Offe angesichts ihrer Komplexität und ihres Überforderungscharakters treffend als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“²⁸ beschreibt.

Allerdings lassen sich die Herausforderungen an die jungen zentralasiatischen Staaten nicht auf die nationalen Anforderungen, die gleichzeitig zu bewältigen sind, beschränken. Die stets um ihre nationale Stabilität besorgten Staatsführungen müssen sich zusätzlich mit Regionalisierungsprozessen auseinandersetzen, die parallel mit dem Zerfall der Sowjetunion eingesetzt haben, und die auf den ersten Blick antagonistisch zu den nationalen Erfordernissen erscheinen. Die Regierungen müssen entscheiden, wie die zukünftigen Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarstaaten zu gestalten sind und ob, bzw. wie sie ihre regionale Identität ausgestalten möchten. Diesbezüglich hat sich ein zwiespältiges multilaterales Beziehungsmuster entwickelt, das gleichzeitig von kooperativen und integrativen, aber auch konfrontativen Regionalisierungstendenzen bestimmt wird.

All dies findet in einem Umfeld statt, in dem internationale Akteure, in erster Linie die USA, China und Russland, durch ihre Interessen und Handlungen die Architektur des zentralasiatischen Systems stark beeinflussen. Angesichts dieser Komplexität ist Offes, auf

²⁸ Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/ New York 1994, S. 57

die nationale Ebene bezogener Terminus vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, auszuweiten und man kann ohne Übertreibung von einem „komplexen Dilemmatakatalog der Gleichzeitigkeiten auf verschiedenen Ebenen“ sprechen.

Im Rahmen dieses Kapitels werde ich auf die genannten drei Ebenen eingehen: nationale Transformationen, Regionalisierung, Einflussnahme durch internationale Akteure. Es soll, soweit erforderlich, ein theoretisches Fundament gelegt, sowie auf die Spezifika der zentralasiatischen Situation eingegangen werden.

In der gegenwärtigen Debatte über die weitere Entwicklung der zentralasiatischen Region wird aufgrund der vielen Negativtrends (autoritäre Regime, Armut, etc.) darüber diskutiert, ob eine Ursache hierfür in den unterschiedlichen, teils konfligierenden Erfordernissen von „Nationbuilding“ und „Regionalisierung“ zu sehen ist. Das heißt, ob der Gedanke an regionale Kooperation nicht verfrüht oder gar schädlich ist, angesichts der Tatsache, dass die Staaten auf nationaler Ebene ihre „Hausaufgaben“ noch nicht gemacht haben. Dieser Fragestellung soll sich am Ende des Kapitels genähert werden. Des Weiteren hat der 11.9.2001 und die Afghanistan-Operation der Antiterror-Koalition die geostrategische Konstellation in Zentralasien verändert und das Interesse unterschiedlicher internationaler Akteure an der Region geweckt. Es wird zu beantworten sein, inwiefern sich dies auf die nationale Transformation und die Regionalisierung ausgewirkt hat, bzw. noch auswirken wird.

2.1. Nationale Transformationen

Der Kollaps der Sowjetunion traf die zentralasiatischen Republiken unerwartet und brachte grundlegende Systemveränderungen mit sich: Ein Nationalitätenimperium zerbrach und machte die Gründung neuer Nationalstaaten erforderlich; ein totalitäres politisches Moskauer Regime überließ seine „Vasallen“ dem eigenen politischen Schicksal, welches sofort mit westlichen Demokratievorstellungen konfrontiert wurde; ein zentral gesteuertes Wirtschaftssystem hörte auf zu existieren und die im höchsten Grade abhängigen, peripheren ehemaligen Sowjetrepubliken mussten unabhängige Ökonomien errichten; das gesellschaftliche Leitbild eines überlegenen, gerechten sozialistischen Systems verlor seine Legitimation, traditionelle Gesellschaftsentwürfe kamen wieder an die Oberfläche, und „moderne“ westliche Werte und Lebensentwürfe fanden Einzug.

Doch folgte dem plötzlichen Systemkollaps kein stringenter Transformationsprozess, der die zentralasiatischen Staaten Schritt für Schritt in Richtung Marktwirtschaft, Demokratie und zum Aufbau einer Zivilgesellschaft geführt hätte, wie dies wohl von vielen westlichen Wissenschaftlern und Politikern zu Beginn der Unabhängigkeit erhofft worden war. Im Gegenteil stagniert heute die Entwicklung und es mehren sich regressive Tendenzen, insbesondere im politischen Bereich, welcher verstärkt autoritäre Züge angenommen hat, bzw. diese von Anbeginn der staatlichen Unabhängigkeit aufwies und konsolidieren konnte.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Situation in Zentralasien ist es notwendig, ein generelles Bild vom Stand der nationalen Entwicklungen zu zeichnen. Da diese im Allgemeinen unter dem Begriff der „Transformation“ oder „Transition“ dargestellt und diskutiert werden, möchte ich mich zunächst mit diesem Begriff, der ja rein begrifflich eine Dynamik impliziert, kritisch auseinander setzen. Darauf folgend werden vier Ebenen der nationalen Transformation untersucht: Prozesse von Staats- und Nationenbildung, sowie die Entwicklungen auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene.

2.1.1. Der Begriff der „Transformation“

Der Begriff „Transformation“ bezeichnet generell den Übergang eines nationalen politischen/ökonomischen System in ein anderes. Die Transformationsforschung kennzeichnet verschiedene Wellen²⁹ der Transformation in unterschiedlichen Regionen der Erde und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Ihre Zielvorstellungen decken sich: der Übergang zu einer pluralistischen Demokratie. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer Ausgangssituationen und des Umfangs der zu erbringenden Transformationsleistungen erheblich. In diesem Sinne befinden sich die durch den Zusammenbruch der UdSSR entstandenen Transformationsstaaten in einer historisch bisher einmaligen Situation, in der parallel auf politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und institutioneller Ebene Veränderungen vorangetrieben werden müssen („Dilemma der Gleichzeitigkeit“³⁰).

²⁹ In einer „ersten Welle“ vollzog sich nach dem Ersten Weltkrieg in mehreren europäischen Staaten der Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es im Zuge der „zweiten Welle“ zur Demokratisierung von Staaten in Westeuropa und Asien; im Rahmen der „dritten Welle“ auch in Südosteuropa und Lateinamerika. Die „vierte Welle“ seit Ende der 80er Jahre brachte einen Systemwechsel in den Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas, Lateinamerikas und Afrika.

Varwick, Johannes: Systemwechsel/Transformation, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen 2000, S. 397-407, S. 398

³⁰ Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, 1994, a.a.O., S. 57

Begrifflich sind die Termini „*Transformation*“, „*Systemwandel*“, „*Systemwechsel*“ und „*Transition*“ voneinander abzugrenzen.

Der Begriff „*Transformation*“ besitzt keine spezifische Bedeutung, sondern kann als Überbegriff für alle Aspekte von Systemwandel, Systemwechsel und Transformation verwendet werden.

Ein *Systemwandel* vollzieht sich, wenn grundlegende Strukturen und Funktionsweisen eines Systems beginnen, sich allmählich zu verändern. Der Ausgang eines Systemwandels ist zunächst offen. Es kann auch vorkommen, dass kein Wandel hin zu einem anderen System stattfindet, sondern dass letztlich – nach Eliminierung interner und externer Störfaktoren – wieder die systemische Ausgangslage stabilisiert wird. In diesem Fall führt der Systemwandel nicht zum Systemwechsel.

Von einem *Systemwechsel* muss gesprochen werden, wenn der Transformationsprozess definitiv zu einem anderen Systemtyp führt, wenn sich also Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise grundlegend verändert haben. *Transition* spezifiziert den Begriff „Systemwechsel“, derart, dass ein Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen System stattgefunden hat.³¹

Ist von einem Transitionsprozess die Rede, sollte meines Erachtens des Weiteren erläutert werden, was unter einem *demokratischen System* verstanden wird. Die Transformationsforschung stützt sich grundlegend auf die von Dahl - orientiert an Schumpeters realistische Demokratietheorie - entwickelten Minimalkriterien für den Demokratiebegriff, als deren elementarste Dahl den pluralistischen Wettbewerb und die politische Partizipation nennt. Diese notwendigen Bedingungen müssten institutionell abgesichert werden, durch: Assoziations- und Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit, aktives sowie passives Wahlrecht, das Recht politischer Eliten, um Wählerstimmen zu konkurrieren, Pluralismus von Informationsquellen, freie und faire Wahlen, Institutionen, die die Regierungspolitik von Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen der Bürgerpräferenzen abhängig machen.³²

Einigen Transformationsforschern geht dieser minimalistische Ansatz nicht weit genug, da „unter den äußerst turbulenten Bedingungen der ökonomischen Transformationskrise“ in den Ländern des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs „mit einer Stabilisierung der liberaldemokratischen politischen Regimes und ihrer Verfassungsordnung nur dann zu

³¹ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S. 74ff

³² Dahl, Robert A.: Polyarchy, New Haven/Yale 1971, S. 2ff

rechnen ist, wenn *gleichzeitig* mit Demokratie und Kapitalismus auch weitreichende soziale Sicherungen institutionalisiert werden,...³³

2.1.2. Ebenen der nationalen Transformation

Auf der Basis eines derart ausdifferenzierten Transformationsbegriffs soll nun auf die unterschiedlichen Ebenen der nationalen Transformation, die dem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ unterliegen, eingegangen, und diese an den zentralasiatischen Wirklichkeiten gemessen werden - soweit im Rahmen dieser Arbeit möglich und nötig. Generell stellt sich jedoch die Frage, wie angemessen der Transformations-Begriff für diese Länder erscheint. Die vier wichtigsten Transformationsebenen sind:

1. Nationbuilding
2. Politische Transformation
3. Wirtschaftliche Transformation
4. Herausbildung einer Zivilgesellschaft

2.1.2.1. Nationbuilding

„Nationbuilding“ ist zu einem gängigen Terminus geworden, um die Herausforderungen, mit denen sich junge Nationalstaaten konfrontiert sehen, auf einen Begriff zu bringen. Was genau darunter zu verstehen ist, wird jedoch selten spezifiziert.

Das Konzept des „*Nationbuilding*“ bezeichnet einen Prozess der gesamtgesellschaftlichen Integration. Die theoretische Grundlage hierfür lieferte Deutsch, der folgende Merkmale für einen solchen Prozess der Nationalstaatsformation herausstellte: Rationalisierung der Ökonomie und Industrialisierung; soziale Mobilisierung und Urbanisierung; Schaffung von Infrastruktur; Herausbildung eines innergesellschaftlichen Wir-Bewusstseins, begründet auf der Gemeinsamkeit von kultureller Tradition und Sprache, in Verbindung mit der Tendenz zur Ausübung politischen Zwangs zur Sicherung der Einheit nach außen und innen.³⁴

Zumeist liegt das Hauptaugenmerk implizit auf dem letzten Merkmal, dem identitätsstiftenden Moment nationaler Integration. Auch ich möchte Nationbuilding primär als Herausbildung

³³ Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, 1994, a.a.O., S. 93

³⁴ Deutsch, Karl W.: Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf 1972, S. 29ff

nationaler Identität verstanden wissen. Während *Nationbuilding* also im weiteren Sinne ein werteorientierter Prozess ist, darf er nicht mit dem organisatorisch institutionellen Charakter von *Statebuilding* verwechselt werden: „Whereas a state can exist on the basis of external conformity with its rules, a nation requires some internal identification.“³⁵

Die spezielle Problematik von Nationbuilding im post-sowjetischen Raum wird deutlich, wenn man sich den sowjetischen Umgang mit dem Konzept von „Nation“ vergegenwärtigt. Dieses wurde nicht gleichgesetzt mit der Gesamtbevölkerung einer Republik als einer politischen Einheit, sondern vielmehr als kulturelle und ethnische Entität begriffen. Während in den meisten westlichen Staaten die Termini „Staatsbürgerschaft“ und „Nationalität“ austauschbar sind, wurden sie in der Sowjetunion scharf differenziert und „Nationalität“ eher als „Ethnizität“ verstanden. Für die unabhängig gewordenen Republiken und deren Nationbuilding Prozesse bedeutete dies, dass in ihrem Staat bereits eine „usbekische Nation“, eine „kasachische Nation“ etc. existierte, dass diese jedoch nicht mit der Gesamtbevölkerung übereinstimmte. Dies stellte die Staaten vor die schwierige Aufgabe, die Titularnation (namensgebende Nation) und die „staatsbürgerliche“ Nation miteinander in Einklang zu bringen und sich ihre Loyalität zu sichern.³⁶

Letztlich müssen die Nationbuilding Prozesse in den einzelnen zentralasiatischen Ländern jedoch differenziert betrachtet werden, da ihre Bevölkerungszusammensetzung relativ stark variiert. Kasachstan ist diesbezüglich ein zweigeteilter Staat, so dass zu Beginn der Unabhängigkeit Prognosen überwogen, die einen Zerfall des Landes in seine europäisch-russischen und seine asiatisch-kasachischen Bevölkerungs- und Landesteile befürchteten. Sie haben sich nicht bestätigt, denn die kasachische Politik legte von Anfang an großen Wert auf ethnopolitische Balance und versuchte, einem Titulernationalismus entgegen zu wirken. Auch heute kann dieser Balanceakt als eine der Hauptherausforderungen an die kasachische Politik angesehen werden, jedoch wird er inzwischen überlagert von sozioökonomischen Problemen und daraus resultierender sozialer Polarisierung.³⁷ Insgesamt weist Kasachstan auf dem

³⁵ Linz, Juan J./ Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, London 1996, S. 22

³⁶ Kolstø, Pål: Anticipating Demographic Superiority: Thinking on Integration and Nation Building, in: Europe-Asia Studies, Vol. 50, No. 1, 1998, S. 51-69, S. 51f

³⁷ Halbach, Uwe: Kasachstans Entwicklung zwischen Armenhaus und Schatzkammer. Teil II: Soziale Probleme, politische Kultur, Nationsbildung, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 32/1998, 26. Juli 1998, S. 5f

Transformationsfeld „Nationbuilding“ gute Erfolge auf, die sich auch in Meinungsumfragen bezüglich der Identifikation der Titularnation mit dem Nationalstaat widerspiegeln.³⁸

Im Gegensatz zum bevölkerungspolitisch stark heterogenen Kasachstan weisen Usbekistan und Turkmenistan eine vergleichsweise homogene Bevölkerungsstruktur auf, mit einem überwiegenden Anteil der Titulernationalität.³⁹ Die beiden Staatschefs versuchen systematisch, ihre jeweilige „nationale“ Geschichtsschreibung und Identität wiederzubeleben, um sich und ihre Ansprüche an ihr „nationales“ Territorium zu legitimieren und die Loyalität ihrer Bevölkerung zu festigen. Der usbekische Präsident Karimow ist zum Beispiel bestrebt, der usbekischen Nation nach Jahrhunderten der Unterdrückung durch Mongolen, Russen und Sowjets zu neuem Glanz zu verhelfen, indem er seine Präsidentschaft in die historische Folge des Macht-Herrschers Amir Timurs einreicht.⁴⁰

In beiden Ländern geht der Re-Nationalisierungstrend einher mit einer stark autoritären personalisierten politischen Führungskultur, welche im nächsten Abschnitt thematisiert werden soll. Für den (National-) Staatsbildungsprozess scheint sich diese Kombination als stabilisierendes Element auszuwirken.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass in diesem Transformationsfeld positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, allerdings auf der Grundlage autoritärer Führung, nicht im Verein mit Demokratisierungsprozessen. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob der Erfolg in Sachen Nationbuilding nicht auch die Gefahr des Nationalismus in sich birgt. Bekanntermaßen ist der Grad zwischen übersteigertem Nationalbewusstsein und intolerantem Verhalten gegenüber anderen Nationen sehr schmal.

2.1.2.2. Politische Transformation: Vom autoritären Regime zur Demokratie?

Zentralasien und seine ehemaligen sowjetischen Bruderrepubliken wurden 1991 zum Schauplatz umfassender Systemveränderung: Ein totalitäres System kollabierte und entließ seine Glieder in die politische Freiheit – wenn auch im zentralasiatischen Fall zunächst eher ungewollt. Eine grundlegende Veränderung der politischen Rahmenbedingungen - ein

³⁸ Halbach, Uwe: Prekäre Transformation. Zentralasiatische und kaukasische Staaten zwischen Reform und Stabilitätswahrung, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 9/1997, 10. März 1997, S. 3

³⁹ Anteil der Titularnation an der Gesamtbevölkerung in Usbekistan 80% und in Turkmenistan 85%.

⁴⁰ Akbarzadeh, Shahram: The political shape of Central Asia, in: Central Asian Survey, 16(4), 1997, S. 517-542, S. 536f

Wechsel von einem totalitären zu einem autoritären System - vollzog sich. Jedoch blieb in Zentralasien die alte Führungsspitze in der politischen Verantwortung, ein im Bereich der auseinanderbrechenden Sowjetunion einzigartiger Vorgang des Machterhalts und der Kontinuitätswahrung. „Die politische Transformation verlief von der Partokratie zur Präsidialherrschaft, die ideologische vom Sowjetkommunismus mit starken ‚nationalkommunistischen‘ Einschlägen zum nationalstaatlichen Patriotismus.“⁴¹

Diesem abrupten Systemwechsel schien zunächst im Falle Kirgisistans – das zu Beginn seiner Unabhängigkeit als „Insel der Demokratie“ hochgelobt worden war - und Kasachstans ein weiterer Wandel hin zu demokratischen Strukturen und präsidentiell-parlamentarischen Mischsystemen zu folgen. Jedoch zeigten die politischen Entwicklungen bereits seit Mitte der 90er Jahre, dass der Wandel rückläufig wurde, und sich nach und nach autoritäre Tendenzen durchsetzten und etablierten.

Tadschikistan versank bald nach der Unabhängigkeit in den Wirren eines Bürgerkrieges und chaotischen politischen Verhältnissen, so dass sich die Frage nach Demokratisierung zunächst nicht stellte.

Im Falle Usbekistans und Turkmenistans waren von Anbeginn der Unabhängigkeit keine Demokratisierungstendenzen erkennbar. Beide Präsidenten sicherten sich umgehend eine unangefochtene Machtposition an der Spitze ihres Staates und herrschten mit autoritär personalisiertem Führungsstil, welches auch eine gelegentliche Demokratisierungsrhetorik nicht verschleiern konnte. Auch wenn die beiden Länder sich eine an westlichen Maßstäben orientierte Verfassung gaben, so stand diese doch im eklatanten Widerspruch zu den tatsächlichen Entwicklungen.

Für den gegenwärtigen Zustand der politischen Systeme Zentralasiens muss konstatiert werden, dass die Staaten aus transformationswissenschaftlicher Sicht nicht einmal den Ansprüchen einer minimalistischen Demokratiedefinition nach Dahl⁴² gerecht werden.

Abbildung 6 zeigt die Demokratisierungsentwicklungen zwischen 1997 und 2003 nach Daten der NGO Freedom House, die in einem jährlichen Bericht die Entwicklungen von Transformationsstaaten in punkto Demokratisierung bewertet.

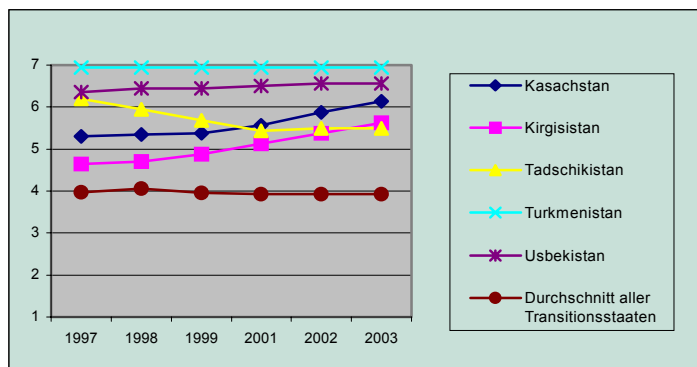
Während Turkmenistan konstant keinerlei Demokratisierungsentwicklungen aufzeigt, und auch Usbekistan auf gleichbleibend niedrigem Niveau stagniert, sind die Kurven der anderen drei Länder deutlich dynamischer. Sowohl Kasachstan, als auch Kirgisistan weisen jedoch

⁴¹ Halbach, Uwe: Prekäre Transformation, 1997, a.a.O., S. 3

⁴² Siehe S. 41

einen Trend von einem im Vergleich mit den Nachbarn guten Demokratisierungsgrad, hin zu mehr Autoritarismus auf. Lediglich Tadschikistan zeigt eine leicht ansteigende positive Tendenz und erreicht 2003 den besten Wert aller zentralasiatischen Staaten. Insgesamt liegen die fünf Länder jedoch deutlich unter dem Durchschnittswert aller Transformationsstaaten.

Abbildung 6: Demokratisierungsentwicklungen in Zentralasien 1997-2003



Die Skala zeigt die Demokratisierungsentwicklungen der zentralasiatischen Staaten zwischen 1997 und 2003 an, welche als Durchschnittswerte aus vier Kategorien (Electoral Process, Civil Society, Independent Media, Governance) ermittelt wurden. 7 zeigt den geringsten Grad und 1 den höchsten Grad demokratischer Entwicklung an.

Erstellt nach: Freedom House: Nations in Transit 2003, New York 2003, <http://www.freedomhouse.org/research/nattransit.htm>

Folglich müssen die fünf Staaten als autoritäre Systeme klassifiziert werden.

Ein *autoritäres System* weist nach einer Definition von Linz in Abgrenzung zu demokratischen sowie totalitären Systemen folgende drei Merkmale auf: Es verfügt lediglich über einen eingeschränkten politischen Pluralismus; es legitimiert sich aufgrund einzelner Werte und Mentalitäten wie Patriotismus, Nationalismus, innere oder äußere Sicherheit, aber nicht wie totalitäre Systeme durch eine umfassende Weltanschauung; die politische Partizipation ist eingeschränkt und die Gesellschaft demobilisiert.⁴³

Diese Definition ist für alle fünf Staaten Zentralasiens zutreffend. Im Falle Turkmenistans kann man so weit gehen, von einem *sultanistisch-autoritären Regime* zu sprechen, welches laut Linz/Stepan dann vorherrscht, wenn Elemente eines autoritären oder totalitären Systems, ein extrem personalisierter Führungsstil, sowie Strukturen einer Familienclan-Herrschaft sich mischen; es existieren keine rationalen legalen Normen und keine Machtbalance.⁴⁴

⁴³ Linz, Juan J.: Autoritäre Regime, in: Nohlen, Dieter: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1985, S. 62-65, S. 62

⁴⁴ Linz, Juan J./ Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation, 1996, a.a.O., S. 51f

2.1.2.3. Wirtschaftliche Transformation: Vom Plan zum Markt?

Die ökonomische Umgestaltung ist nur eines von vier wesentlichen Transformationsfeldern mit denen die postsowjetischen Staaten konfrontiert wurden, welches jedoch als solches einen ungeheuren Kraftakt darstellt. Allein die Aufzählung unabdingbarer Reformbereiche soll ausreichen, um die enorme wirtschaftspolitische Herausforderung zu verdeutlichen: Preisfreigabe, makroökonomische Stabilisierung, Umgestaltung der Eigentumsordnung, Privatisierung der Betriebe, Herausbildung einer Unternehmerschaft, Herstellung eines Arbeitsmarktes, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Kompensation des inländischen Kapitalmangels, Generierung von Auslandskapital, Modernisierung maroder Kapitalstöcke, Austausch obsoleter Produkte.⁴⁵

Für den wirtschaftlichen ebenso wie für alle anderen Transformationsbereiche gilt, dass die zentralasiatischen Staaten auf keinerlei historisch gewachsene Grundlagen zurückgreifen konnten, die einen Wandel unterstützt hätten. Im Gegenteil hinterließen 70 Jahre Sowjetherrschaft marode ökonomische Strukturen, die konträr zu den Anforderungen an eine Marktwirtschaft waren, so dass für einen ökonomischen Umbau – so er denn erwünscht war – nur zwei Strategien in Frage kamen: eine „Schocktherapie“ oder ein langsamer, gradueller Umbau. Des Weiteren fehlte in Zentralasien ein historisch gewachsenes gesellschaftliches Verständnis für das persönliche Profitstreben und die Erfordernisse einer Marktwirtschaft. Demzufolge fehlte auch eine Unternehmerklasse, die notwendig für den Aufbau einer Marktwirtschaft gewesen wäre. Kirgisistan fuhr gleich mit Beginn der Unabhängigkeit den radikalsten und reformorientiertesten ökonomischen Kurs und zeigte insbesondere bei der Privatisierung von Unternehmen und bei der Liberalisierung im Handels- und Devisensystem beeindruckende Erfolge. Auch Kasachstan und Usbekistan öffneten sich marktwirtschaftlichen Reformen.

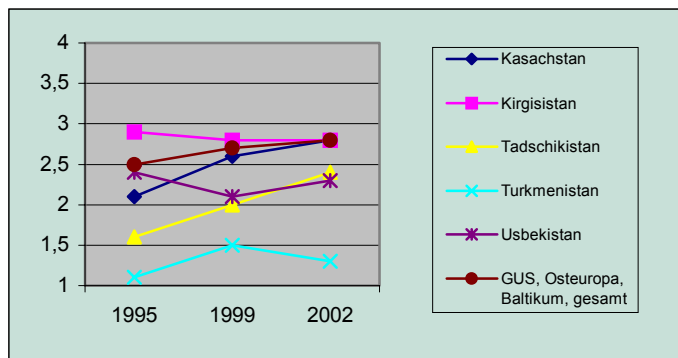
Auf Grundlage von Datenreihen der EBRD⁴⁶, zusammengefasst in Abbildung 7, zeigen die Transformations-Entwicklungskurven der zentralasiatischen Länder in Richtung eines marktwirtschaftlichen Systems drei unterschiedliche Trends auf. Kirgisistans Entwicklung nach 1995 war leicht rückläufig und stagniert seitdem auf dem Durchschnittswert aller GUS, osteuropäischen und baltischen Staaten. Einen ähnlichen Verlauf zeigt Usbekistan, nur auf

⁴⁵ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, 1999, a.a.O., S. 385

⁴⁶ In den jährlich erscheinenden Transition reports werden anhand eines Klassifikationssystems in 8 Feldern die Fortschritte im Bereich der Privatisierung von Unternehmen, Liberalisierung von Märkten und Handel, sowie Reform der Finanzinstitutionen der Staaten der GUS, Osteuropas und des Baltikums bewertet.

deutlich niedrigerem Niveau. Die Entwicklungen Kasachstans und Tadschikistans zeigen einen kontinuierlichen Anstieg, Tadschikistan jedoch auf niedrigerem Niveau, und sind 2002 auf gleichem Transformationslevel mit Usbekistan; Kasachstan hat 2002 das gleiche Transformations-Niveau wie Kirgisistan erreicht. Eine Außenseiterposition und die niedrigsten Transformationswerte im Gesamtvergleich nimmt Turkmenistan ein. Die Daten zeigen, dass alle Staaten sich noch fern eines marktwirtschaftlichen Systems befinden, eine Beurteilung jedoch differenziert, je nach Land erfolgen muss.

Abbildung 7: Ökonomische Transformation der zentralasiatischen Staaten 1995-2002



4 ist der höchste Wert und zeigt eine vollständig durchgeführte Transformation zu einem marktwirtschaftlichen System an; der kleinste Wert ist 1.

Quelle: erstellt auf der Grundlage von Durchschnittswerten aus: European Bank for Reconstruction and Development (EBRD): Transition report 1995, 1999, 2002, London

Die jungen zentralasiatischen Staaten durchlebten eine Dekade des ungeahnten wirtschaftlichen Niedergangs. Nimmt man das Bruttosozialprodukt (BSP) als Indikator für die wirtschaftliche Potenz der zentralasiatischen Länder, so zeigt sich ein dramatischer Abfall, der bis 1998 anhielt. Das wirtschaftlich schwächste Land der Region, Tadschikistan, erreichte 1998 lediglich 32% seines BSP von 1989, das wirtschaftlich stärkste Land Usbekistan 89,9%. Im Jahr 2002 schaffte es allein Usbekistan, ein im Vergleich zu 1989 verbessertes BSP aufzuweisen (um 6,3%); alle anderen Länder haben den Ausgangswert von 1989 noch nicht wieder erreicht.⁴⁷

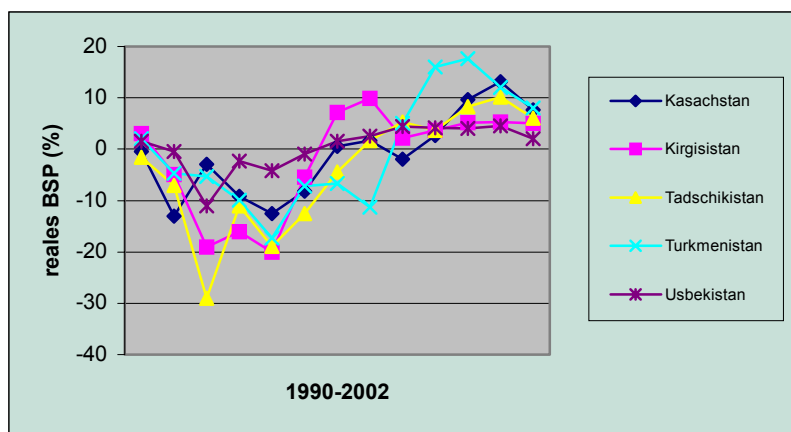
⁴⁷ Tadschikistan 43,1%, Kirgisistan 73,2%, Kasachstan 85,4%, Turkmenistan 98,4% (jeweils im Vergleich zum nationalen BSP von 1989)

Daten der UNECE Statistical Division, in: United Nations Economic Division for Europe: UNECE Weekly, Issue No. 4, 24-28 February 2003,

http://www.unece.org/highlights/unece_weekly/unece_weekly_2003/UNECE_weekly_2003-04.pdf

Seit 1999 stabilisierten sich die zentralasiatischen Wirtschaften jedoch wieder (vgl. Abbildung 8) und verzeichneten seit der Jahrtausendwende sogar zum Teil ein rasantes Wachstum. Spitzenreiter ist Turkmenistan, welches im Jahr 2000 ein BSP-Wachstum von 17,6% und 2001 von 12% verzeichnen konnte, gefolgt von Kasachstan mit 9,6% (2000) und 13,2% (2001). Die Prognosen für 2002 zeigen in allen Ländern eine Stabilisierung an.⁴⁸

Abbildung 8: Wachstum reales BSP in den zentralasiatischen Staaten 1990-2002



Erstellt nach: European Bank for Reconstruction and Development: Transition report update, May 2002, London 2002, S. 17

Als besonders problematisch erweist sich, dass der wirtschaftliche Niedergang zu einer zweifachen sozioökonomischen Schieflage geführt hat. Einerseits vergrößerte sich auf langfristige Sicht der Abstand zwischen den rohstoffreichen und stärker industrialisierten Ländern und ihren diesbezüglich benachteiligten Nachbarn. So lag im Jahr 2000 das monatliche Durchschnittseinkommen in Kasachstan bei 94 \$ (und nahm damit sogar die Spitzenposition im GUS-Vergleich ein), während Tadschikistan mit 8,4 \$ an letzter Stelle der Skala rangierte. Auch innerhalb der Nationalstaaten verschärft sich das Entwicklungsgefälle zwischen Wirtschafts- und Machteliten einerseits, und dem Rest der Bevölkerung andererseits; teilweise kommt es auch zur Entstehung neuer regionaler Schwerpunkte mit großem Entwicklungspotential, während der Rest des Landes verarmt (tendenziell in Kasachstan und Tadschikistan).⁴⁹

⁴⁸ European Bank for Reconstruction and Development: Transition report update, May 2002, London 2002, S. 17

⁴⁹ Halbach, Uwe: Das nachsowjetische Zentralasien – eine Region mit politischer Sprengkraft, in: Jahrbuch Internationale Politik 1999-2000, München 2001, S. 277-289, S. 280

Nach den enttäuschenden Entwicklungen bis in die späten 90er Jahre sprach man in Zentralasien von einem „Kollaps der Illusionen“, so auch der kirgisische Präsident Akajev. Im Juni 1999 bemerkte er: „Amerikanische Hilfsprogramme gingen anfangs davon aus, dass die Übergangsperiode etwa fünf Jahre dauern würde. Mittlerweile schreibt Zbigniew Brzezinski von einer Transformationsdekade. Tatsächlich sind hier wohl noch weitaus längere Perioden anzusetzen.“⁵⁰

Die Schwierigkeiten der ökonomischen Transformation haben sich besonders negativ für die Bürger der zentralasiatischen Staaten ausgewirkt, deren überwiegende sozioökonomische Situation durch Armut gekennzeichnet ist. Am schlimmsten betroffen ist Tadschikistan, wo 50,8% der Bevölkerung von weniger als 2 \$ am Tag leben müssen. Die Frustration über den persönlichen sozialen Abstieg, Zukunftsängste, etc. haben bisher in keinem der Staaten zu offenen Auseinandersetzungen geführt, doch tragen sie eine gewisse Sprengkraft in sich.

Ein mit Schwierigkeiten verbundener, oder von der Bevölkerung als bedrohlich und existenzgefährdend empfundener wirtschaftlicher Transformationsprozess wirkt sich in der Regel äußerst negativ auf die politische Transformation aus. Oder um mit Huntington zu sprechen: „Poverty is a principle and probably the principal obstacle to democratic development. The future of democracy depends on the future of economic development. Obstacles to economic development are obstacles to the expansion of democracy.“⁵¹

2.1.2.4. Gesellschaftlicher Wandel: Herausbildung einer Zivilgesellschaft?

Befindet sich ein Land im Prozess der Transformation, verändern sich nicht nur die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten und die politische Kultur geraten in Bewegung. Dies gilt insbesondere für die post-sowjetischen Staaten, deren Bürger nach 70 Jahren Prägung durch sozialistische Normen und Identität und deren plötzlichen Verlust, neue kulturelle, moralische und weltanschauliche Werte auf gesamtgesellschaftlicher sowie individueller Ebene annehmen müssen. Von westlicher Seite geht dies einher mit der Forderung nach der Herausbildung einer Zivilgesellschaft.

⁵⁰ Zitiert nach: Ebd., S. 278

⁵¹ Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Oklahoma 1991, S. 311

Um zu fragen, inwiefern diese Anspruchshaltung den realen Entwicklungen in den zentralasiatischen Staaten entspricht, ist es zunächst notwendig, den Begriff „Zivilgesellschaft“ zu definieren. Die *Zivilgesellschaft* umfasst nach einer gängigen Auffassung „all jene staatsfreien Räume, in denen gesellschaftliche Problemlagen von mittelbar oder unmittelbar Betroffenen in Form von Assoziationen, Vereinigungen oder Organisationen aufgenommen und verarbeitet werden...“⁵² Somit operiert der Begriff prinzipiell in den Sphären von Wirtschaft, Kommunikation, Politik, Religion, Erziehung, Ausbildung, Wissenschaft und Kultur. Eine zivile Gesellschaft besteht aus autonomen, moralischen Individuen, begrüßt die Vielfalt und übt eine Kontrollfunktion auf die Machthaber aus. Die tatsächliche Identität einer Zivilgesellschaft lässt sich jedoch nicht universell beschreiben, sondern wird durch die spezifischen kulturellen und historischen Bedingungen geprägt, in denen sie wirkt.⁵³

In 70 Jahren Sozialismus hatte eine in diesem Sinne definierte Zivilgesellschaft keinen Platz. Es gab wenige staatsfreie Räume, statt Individualität wurde Gleichheit gelebt, Vielfalt wurde nur im streng überwachten Rahmen zugelassen und Kontrolle wurde von den Machhabern auf die Bevölkerung ausgeübt und nicht umgekehrt. Das Konzept „Zivilgesellschaft“ war den Gesellschaften der post-sowjetischen Staaten folglich wesensfremd, und auch in vor-sowjetischer Zeit finden sich in Zentralasien keinerlei Anknüpfungspunkte. Somit wurden nicht nur die zentralasiatischen Staatsführungen von der plötzlichen Unabhängigkeit und daraus resultierenden Transformationserfordernissen überrascht; auch die Bevölkerung war auf einen zivilen Wandel nicht vorbereitet. Anders als in anderen post-kommunistischen Gesellschaften existierte nur eine minimale demokratische Protestkultur. Der Systemumschwung wurde von „oben“ durchgeführt, so dass die Voraussetzungen für die Herausbildung einer Zivilgesellschaft in Zentralasien denkbar ungünstig waren.

Heute konkurrieren westliche Gesellschaftsentwürfe in Zentralasien mit traditionellen, vor-sowjetischen Normen und Werten, die nach 70 Jahren Unterdrückung neue Blüten entfalten und wichtiger Wegweiser für die kulturelle Identitätsfindung sind. Doch auch die Besinnung auf die sowjetischen Zeiten (die viele Bürger im Vergleich zu der heutigen Periode als sorgenfrei wahrnehmen) und Werte wie „Gleichheit“ und „Gemeinschaft“ sind gesellschaftlich nach wie vor relevant.

⁵² Arenhövel, Marc: Zivilgesellschaft, in: Drechsler, Hanno/ Hilligen, Wolfgang/ Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 9. neubearbeitete und erweiterte Auflage, München 1995, S. 907f

⁵³ Saltmarshe, Douglas: Civil Society and sustainable development in Central Asia, in: Central Asian Survey, 15(3-4), 1996, S. 387-398, S. 387f

Neben den fehlenden historischen zivilgesellschaftlichen Erfahrungen, d.h. diesbezüglich fehlendem „Sozialkapital“, können sich Probleme in den anderen drei Transformationsfeldern negativ auf die gesellschaftliche Entwicklung auswirken und die Herausbildung einer Zivilgesellschaft torpedieren.

Eine zivile Gesellschaft ist gefährdet, sobald *Nationbuilding* zur Diskriminierung von ethnischen Minderheitsgruppierungen führt. Spannungen dieser Art existieren in Zentralasien. Werden sie vermischt mit sozioökonomischen Verteilungskonflikten und ökologischer Degradierung, werden Minderheiten schnell zum Sündenbock stigmatisiert. In einem solchen Szenario wären Vielfalt und Toleranz - grundlegende Charakteristika einer zivilen Gesellschaft - erheblich strapaziert.⁵⁴

Für den Zusammenhang von Zivilgesellschaft und *Demokratie* gilt: „Nur ein demokratischer Staat kann eine demokratische, zivile Gesellschaft schaffen, nur eine demokratische zivile Gesellschaft kann einen demokratischen Staat aufrechterhalten.“⁵⁵

Diesbezüglich ist insbesondere eine gesunde Machtbalance zwischen Staat und Zivilgesellschaft bedeutsam. Eine These lautet: Je größer die Machtkonzentration in einer Gesellschaft, um so größer sind die Hindernisse auf dem Weg zur Demokratie. Denn nur wenn die sozialen Machtressourcen breit gestreut sind, wird keine Gruppe mehr in der Lage sein, andere Gruppen zu unterdrücken und ihre Hegemonie aufrecht zu erhalten.⁵⁶

Letztlich zeigt jedoch die zentralasiatische Region, dass demokratieförderliche Verhaltensweisen der Bevölkerung nicht von heute auf morgen entstehen, sondern dass sie in einem langwierigen Prozess erlernt werden müssen. Da Demokratisierungstendenzen in Zentralasien jedoch zurückgedrängt wurden, bzw. nie ernsthaft existierten, leitet sich aus diesem Zusammenhang ein pessimistisches Bild für die Herausbildung einer Zivilgesellschaft ab.

Im Spannungsfeld zwischen Zivilgesellschaft und *wirtschaftlicher Transformation* sehe ich das Hauptproblem in der bereits in 2.1.2.3. angesprochenen sozioökonomischen Krise und der Armut innerhalb der Bevölkerung. In einem Umfeld, in dem die Menschen existentielle Sorgen haben, ist ihre primäre Aktivität auf die Sicherung der grundlegendsten Bedürfnisse

⁵⁴ Saltmarshe, Douglas: *Civil Society and sustainable development in Central Asia*, 1996, a.a.O., S. 392

⁵⁵ Walzer, Michael: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992; zitiert nach: Arenhövel, Marc: *Zivilgesellschaft*, 1995, a.a.O., S. 908

⁵⁶ Diese These geht auf Tatu Vanhanen zurück, der damit einen Kerngedanken des Polyarchie-Konzept von Robert Dahl weiterentwickelte. Nach: Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation*, 1999, a.a.O., S. 92

fokussiert, so dass kein Raum für soziales, ziviles oder politisches Engagement im Sinne einer Zivilgesellschaft bleibt.

Zusammenfassend muss eine nüchterne Bilanz zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Zentralasien gezogen werden. Jedoch sollte bedacht werden, dass wichtige Voraussetzungen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft nicht gegeben waren. Weder existierte der gesellschaftliche, historisch gewachsene Rahmen, der die Herausbildung einer Zivilgesellschaft unterstützt hätte, noch fand und findet die gesellschaftliche Transformation in einem politischen Umfeld statt, das ziviles Engagement fördert oder bedingt.

Den einzigen Lichtblick stellt Kirgisistan dar, wo sich eine „civic culture“ findet, „die in Zentralasien einmalig ist“⁵⁷. Hier konnten sich aufgrund einer relativ liberalen Gesetzgebung, sowie massiver ausländischer Unterstützung rasch zivilgesellschaftliche Vereinigungen entwickeln. Heute existiert eine Vielzahl selbst organisierter Gruppierungen, die eine wichtige Funktion auf sozialer Ebene wahrnehmen, wo der Staat sich zunehmend als unwillig und unfähig erweist, anstehende Probleme zu lösen. Durch ihre integrative, gesamtgesellschaftliche Strategie tragen sie zur Deeskalation des vorhandenen innergesellschaftlichen Konfliktpotentials bei.⁵⁸

Die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten in den fünf Ländern, und das insgesamt geringe Niveau spiegelt sich in den Daten der aktuellen Studie von Freedom House wider. Auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 7 den geringsten Grad und 1 den höchsten Grad demokratischer Entwicklung anzeigt, findet sich folgende Klassifizierung der zivilgesellschaftlichen Situation: Kasachstan (5,5), Kirgisistan (4,5), Tadschikistan (5), Usbekistan (6,5), Turkmenistan (7).⁵⁹

2.1.3. Nationale Transformation im Ansatz stecken geblieben?

Das Resümee, das aus der Analyse der vier Transformationsebenen gezogen werden muss ist ernüchternd: Eine Transformation der zentralasiatischen Nationalstaaten im westlichen Sinne

⁵⁷ Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2003, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2004, Ländergutachten Kirgisistan, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/154.0.html>

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Freedom House: Nations in Transit 2003, a.a.O.

ist im Ansatz stecken geblieben, bzw. wurde nie ernsthaft angegangen. Besonders im Feld der politischen Transformation sind zum heutigen Zeitpunkt kaum Demokratisierungsfortschritte evident. Im Gegenteil: Die autoritären Regime haben sich gefestigt und die Wahrung ihrer Stabilität genießt oberste Priorität. Dieser Trend zum Autoritarismus geht konform mit der Tatsache, dass allein im Bereich der Nationalstaatsbildung gute Erfolge erzielt wurden, während alle anderen Transformationsbereiche (außer den zögerlichen Versuchen eines wirtschaftlichen Umbaus) kaum angegangen wurden. Da die Entwicklungen in Zentralasien von großen Unsicherheiten begleitet werden, beschränken sich die nationalen Führungen auf die Umsetzung von kurzfristigen Zielen; langfristige Strategien haben in diesem Kontext keinen Platz.

Hervorzuheben ist die Interdependenz der Transformationsebenen. Besonders über den engen Zusammenhang zwischen politischer und ökonomischer Transformation herrscht bei westlichen Experten weitestgehend Einigkeit. „Demokratie und Marktwirtschaft tragen und stützen einander. Bemühungen um marktwirtschaftliche Effizienzsteigerung stoßen in autoritären politischen Systemen an enge Grenzen. Und stabile Demokratien benötigen eine solide marktwirtschaftliche Basis.“⁶⁰

Andererseits gibt es aber auch die gegenteilige Beobachtung, dass ein Transformationsprozess dadurch verkompliziert werden kann, dass sich verschiedene Erfordernisse zum Teil ausschließen. Offe bezeichnete dies sehr treffend als „Pandora-Büchse voller Paradoxien..., vor denen jede ‚Theorie‘ des Übergangs versagen muß.“⁶¹ Auch er verdeutlicht seinen Standpunkt am Beispiel von Marktwirtschaft und Demokratie: „Marktwirtschaft kommt nur unter vordemokratischen Bedingungen in Schwung. Um sie zu fördern, müssen demokratische Rechte zurückgedrängt werden. Erst eine entwickelte Marktwirtschaft erzeugt die sozialstrukturellen Bedingungen für stabile Demokratie und ermöglicht soziale Kompromissbildung. Aber: Die Einführung der Marktwirtschaft in postsozialistischen Gesellschaften ist ein ‚politisches‘ Projekt, das nur auf der Basis starker demokratischer Legitimation Erfolgsaussichten hat. Und weder Demokratie noch Marktwirtschaft werden u.U. als wünschenswerte Perspektive von der Mehrheit der Bevölkerung gewollt.“⁶²

⁶⁰ Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2003, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2004, Broschüre, S. 3, http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI-Brosch_re.pdf

⁶¹ Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, 1994, a.a.O., S. 70f

⁶² Ebd.

Offenbar zeichnet sich in Zentralasien eine Entwicklung ab, die mit keinem der herkömmlichen Transformationsansätze zu fassen ist. Die Länder scheinen einen „dritten Weg“ einzuschlagen, der sich ökonomisch am kapitalistischen Wirtschaftssystem orientiert, wenngleich der Transformationsstand noch weit hinter anderen Transformationsstaaten zurück geblieben ist. Im politischen und gesellschaftlichen Bereich unterscheiden sich die realen Entwicklungen jedoch erheblich von westlichen Demokratiemodellen, und die politischen Entscheidungen der Regierungen lassen keine Ambitionen zur Demokratisierung erkennen. Systemstabilität scheint zum obersten politischen Ziel erhoben worden zu sein, welche im Sinne der Herrschenden erfolgreich umgesetzt und ausgebaut wurde.

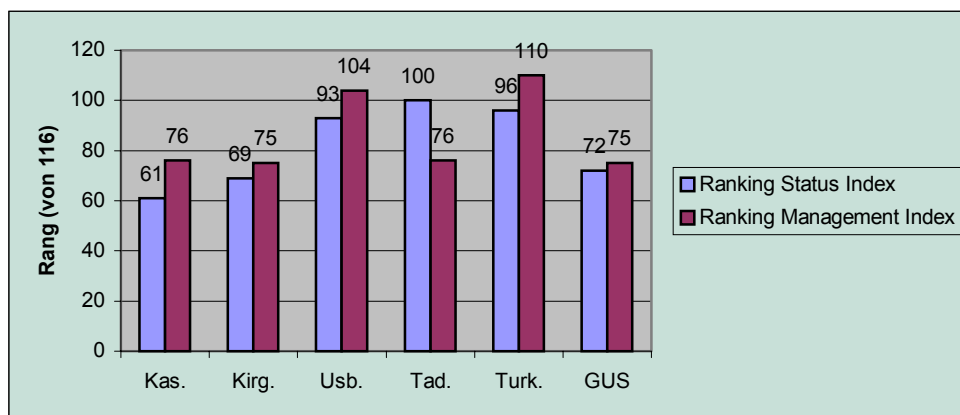
Ob die westlichen Partnerstaaten diese autoritäre Politik akzeptieren sollten, die einerseits für grobe Menschenrechtsverletzungen, andererseits für eine insgesamt ruhige politische Sicherheitslage in der gesamten Region steht, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Es sei jedoch auf das Beispiel Kirgisistans verwiesen. Die hier zunächst beeindruckenden Transformationserfolge in allen Bereichen waren maßgeblich mit Unterstützung westlicher Staaten stimuliert, finanziert und mit Inhalten gefüllt worden. Die Nachhaltigkeit dieser Strategie muss heute, angesichts der politischen Entwicklungen zum Autoritarismus, jedoch hinterfragt werden. Andererseits ist Kirgisistan das einzige zentralasiatische Land, das über eine funktionierende Zivilgesellschaft verfügt.

Aufschluss über den Stand von politischer und ökonomischer Transformation, und die zu erwartenden Entwicklungen gibt der Bertelsmann Transformation Index 2003, in dem 116 Transformationsländer einer vergleichenden Bewertung unterzogen wurden. Ein Status-Index ordnet den Entwicklungs- und Transformationsstand hinsichtlich Demokratie und Marktwirtschaft ein. Ein Management-Index bewertet und vergleicht die politischen Steuerungsleistungen und gibt somit Aufschluss über die Konsequenz und Zielsicherheit, mit der die Entscheidungsträger den Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie eingeschlagen haben. Bei der Analyse beider Indexe fällt nicht nur ins Auge, dass Kirgisistan und Kasachstan wesentlich besser abschneiden, als ihre drei Nachbarstaaten. Von allen Transformationsstaaten befinden sich Turkmenistan und Tadschikistan in der schlechtesten Kategorie bezüglich des Status-Indexes, die ihnen „gravierende Hindernisse auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie“ bescheinigt; und Turkmenistan und Usbekistan in der schlechtesten Kategorie des Management-Indexes, wegen ihres „misslungenen oder nicht

vorhandenen Managements“; Turkmenistan schneidet hier sogar am schlechtesten⁶³ von allen 116 Ländern ab.

Des Weiteren ist auffällig, dass alle zentralasiatischen Staaten im Ranking einen wesentlich besseren Platz bezüglich des Status von Marktwirtschaft und Demokratie, als bezüglich deren Management einnehmen. Die Entscheidungsträger verwenden also keine Anstrengungen darauf, auf eine Verbesserung in Richtung Marktwirtschaft und Demokratie hinzuarbeiten; dies lässt auch für die Zukunft keine positiven Impulse erwarten. Einzige Ausnahme stellt Tadschikistan dar, das von einer sehr schwierigen Ausgangslage (vor allem bedingt durch den Bürgerkrieg) versucht, eine Besserung seiner Lage zu erreichen, was sich auch ganz deutlich in den Rangplätzen beider Indexe niederschlägt: Rang 100 beim Status-Index, aber Rang 76 beim Management-Index (einzig Kirgisistan erreicht hier mit Rang 75 eine leicht bessere Bilanz). Abbildung 9 zeigt den Vergleich beider Indexe.

Abbildung 9: Vergleich von Status und Management der Transformation zur marktwirtschaftlichen Demokratie in den zentralasiatischen Ländern



Rangfolge der zentralasiatischen Staaten (von insgesamt 116 Transformationsstaaten) bezüglich des Status- und Management-Indexes des Bertelsmann Transformation Index 2003. Entwicklungs- und Transformationsstand bzgl. Marktwirtschaft und Demokratie werden durch den Status-Index, die politischen Steuerungsleistungen der politischen Akteure durch den Management-Index angezeigt. Rang 1 (Ungarn/Estland) zeigt die Spitzenposition, Rang 116 (Afghanistan und Liberia/ Turkmenistan u.a.) das schlechteste Ergebnis an.

Erstellt nach: Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2003, Tabelle – Kriterien und Indikatoren, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI-Tabelle.pdf>

Eine Tatsache, die westliche Theoretiker, die ob der Stagnation, bzw. der Rückschritte ungeduldig werden nicht vernachlässigen dürfen, ist die Komponente „Zeit“. Während die westlichen Länder sich in einem jahrhundertlangen, konsekutiven Prozess zu demokratischen,

⁶³ Gemeinsam mit dem Irak, Liberia, Nordkorea, Simbabwe, Somalia und Togo teilt sich Turkmenistan den 110. Rang.

pluralistischen, marktwirtschaftlichen Nationalstaaten entwickelt haben, sollen die post-kommunistischen Staaten diese enorme Herausforderung innerhalb eines Jahrzehnts bewältigen.

Neben der Makro-Ebene ist zusätzlich die Mikro-Ebene zu berücksichtigen. Die einzelnen Akteure müssen bereit sein, „ein hohes Maß an Geduld und Zuversicht aufzubringen. Sie müssen sich auch noch *rasch* an die neuen Verhältnisse anpassen und dann *lange* auf die Früchte dieser Anpassung zu warten bereit sein.“⁶⁴

Angesichts der prekären Entwicklungen in Zentralasien möchte ich dafür plädieren, mit dem Begriff „Transformation“ differenziert umzugehen, da er gemeinhin eine Dynamik impliziert, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum abzeichnet. Zumindest der Begriff „Transition“ ist im zentralasiatischen Kontext unangebracht.

Jenseits wissenschaftlicher Diskurse (aber mitunter auch im wissenschaftlichen Kontext) werden diese Begriffe selten einer näheren Bestimmung unterzogen, aber oftmals mit Demokratisierungsfortschritten gleichgesetzt, welche in Zentralasien jedoch nicht im Dahlschen Sinne⁶⁵ stattgefunden haben. Folglich läuft man in meinen Augen Gefahr, den Begriffen „Demokratisierung“ und „Transformation“ einen faden Beigeschmack zu geben oder sie zu verzerren, wenn den Menschen die realen Entwicklungen in ihren Ländern – die Zementierung autoritärer Herrschaft, die Verschlechterung ihrer sozioökonomischen Situation etc. – als „Transitions- oder Demokratisierungsprozesse“ kommuniziert werden. Ein nur rhetorisch stattfindender Transitionsprozess gibt den herrschenden Eliten die Möglichkeit, sich hinter diesem Begriff zu verstecken und ihr Wirken auf Versprechungen zu beschränken.

Für die Transformationswissenschaft stellt sich die Frage, ob die zentralasiatische Region, die gemeinhin mit den anderen post-sowjetischen Staaten unter die dritte Demokratisierungswelle der Staaten Osteuropas gefasst wird (wobei ihre Besonderheiten wenn, dann nur als Randnotiz erwähnt werden), nicht besser unter anderer Schwerpunktsetzung untersucht werden sollte. Schließlich wird die klassische Transformationswissenschaft hinsichtlich der zentralasiatischen Länder um das Herzstück ihres Erkenntnisinteresses beraubt. Für diese Region ist der wissenschaftliche Diskurs über Transformationsphasen⁶⁶, d.h. die Frage, in welcher Phase sich das entsprechende Land zu welchem Zeitpunkt befindet und wann eine

⁶⁴ Ebd., S. 76

⁶⁵ Vgl. S. 41

⁶⁶ 1. Phase: Ende des autokratischen Systems, 2. Institutionalisierung der Demokratie, 3. Konsolidierung der Demokratie.

Demokratie als konsolidiert gelten könne hinfällig, da hier nicht einmal die erste Phase – das Ende des autokratischen Regimes – erreicht wurde. Das nur als Anmerkung, denn eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser wissenschaftstheoretischen Problematik würde vom Untersuchungsschwerpunkt der vorliegenden Arbeit wegführen.

Die eingeschlagenen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungswege, sowie die aufgezeigten Probleme auf nationaler Ebene, stellen nicht nur ein Entwicklungshindernis für die einzelnen Staaten dar. Darüber hinaus scheinen die nationalen Gegebenheiten zu bedingen, dass die Möglichkeiten regionaler Kooperation nicht ausgeschöpft, bzw. behindert werden. Es stellt sich die grundlegende Frage, ob eine noch nicht zufriedenstellend durchgeführte nationale Transformation einerseits, und regionale Kooperation andererseits, sich gegenseitig ausschließen. Kann erst ein in sich gefestigter Staat, mit einer soliden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung dazu übergehen, sich mit den Möglichkeiten regionaler Kooperation auseinander zu setzen? So argumentiert beispielsweise Kubicek:

„The implication is that a prerequisite of successful integration is the existence of a viable state with a secure national identity, so that the state, and in particular its leaders, can be confident that they will not simply be consumed by supranational structures. For this reason, putting forward schemes for integration, in Central Asia... would be putting the cart before the horse. Much of the chagrin of the proponents of regionalism, it would appear that such schemes cannot be the solution for weak states, which must first establish themselves before making serious investments in multilateral political structures.”⁶⁷

Kubicek folgend, wären die vielfältigen Entwicklungshindernisse auf nationaler Ebene ein Grund für mangelnde Integrationserfolge auf regionaler Ebene. Ich möchte seiner Argumentation insoweit folgen, als dass ich dem engen Zusammenhang zustimme, der damit zwischen nationaler und regionaler Ebene antizipiert wird. Schließlich sind es die nationalen Regierungen, die die Politik auf regionaler Ebene gestalten. Zu differenzieren ist meines Erachtens jedoch zwischen regionaler Integration und Kooperation. Da Integration eine Angleichung in bestimmten Politikfeldern und die Abgabe nationaler Kompetenzen an eine supranationale Institution bedeutet, wäre dies zwischen in sich noch nicht gefestigten Staaten wohl zum Scheitern verurteilt. Ginge man jedoch von dem Ziel regionaler Kooperation aus,

⁶⁷ Kubicek, Paul: Regionalism, Nationalism and Realpolitik in Central Asia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 4, 1997, S. 637-655, S. 638

so würde ich mich von der grundlegenden Annahme distanzieren, dass kooperative Regionalpolitik ausschließlich von konsolidierten Nationalstaaten betrieben werden kann. Im Gegenteil möchte ich darauf hinweisen, dass gerade die Kooperation auf regionaler Ebene in bestimmten Bereichen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Situation auf nationaler Ebene leisten könnte. Zum Beispiel sind die wirtschaftsschwachen zentralasiatischen Staaten bisher weitestgehend von der Weltwirtschaft abgeschnitten, da sie weder über Zugang zu den Weltmeeren, noch über die notwendige Infrastruktur verfügen. Die Schaffung gemeinsamer Transportwege würde den Staaten neue Möglichkeiten für den Handel untereinander und mit dem Rest der Welt ermöglichen, von denen die nationalen Wirtschaften konkret profitieren würden.

2.2. Regionalisierung

Neben den kaum zu bewältigenden Herausforderungen, denen die zentralasiatischen Staaten auf nationaler Ebene begegnen, werden sie zusätzlich mit Anforderungen auf regionaler Ebene konfrontiert. Unter dem Schlagwort der „Regionalisierung“ geht es um die multilateralen, zwischenstaatlichen Beziehungen in Zentralasien. Auffällig ist, dass sich Ansätze des kooperativen Miteinanders mit Tendenzen zur zwischenstaatlichen Konfrontation vermischen. Das konfrontative Element hat bisher nicht das Ausmaß einer militärischen Auseinandersetzung angenommen, aber es existieren vielfältige Unstimmigkeiten und nachbarschaftliches Misstrauen, welche schnell den Charakter einer bedrohlichen Konfrontation annehmen könnten. Wahrscheinlich wäre der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang einer potentiellen Konfrontation darüber hinaus so interdependent, dass eine Destabilisierung der gesamten Region zu befürchten wäre.

Im Vordergrund der Arbeit steht jedoch das kooperative Element von Regionalisierung. Dieses dreht sich um Fragen der Zusammenarbeit in so unterschiedlichen Gebieten wie: Wirtschaft, Handel, Infrastruktur, Politik, Sicherheit, Militär, Umweltschutz, Wassermanagement. Die Kooperation manifestiert sich in unterschiedlichen institutionellen, multilateralen Zusammenschlüssen, die sich auf regionaler, und auch auf überregionaler Ebene entwickelt haben. In welchen institutionellen Rahmen, mit welchen Schwerpunktsetzungen, im Verein mit welchen Partnerstaaten, etc., wird Gegenstand von Kapitel 3.2. sein.

Das vorliegende Kapitel hingegen dient zur Präzisierung und Einordnung des Untersuchungsgegenstands. So ist einerseits eine Konkretisierung der relativ unscharfen Begriffe „Region“ und „Regionalisierung“ notwendig, da die Begriffe in den internationalen Beziehungen in unterschiedlichen Kontexten Verwendung finden, welche sich als irreführend für die vorliegende Dissertation erweisen könnten.

Auch die für die Dissertation zentralen Begriffe „Integration“ und „Kooperation“ bedürfen einer Definition und Differenzierung. Zwar bezeichnen beide Termini den Prozess der gegenseitigen Annäherung und eine daraus resultierende zwischenstaatliche Zusammenarbeit, jedoch bestehen bezüglich Strategie und Zielsetzung elementare Unterschiede. Eine Abgrenzung ist aus diesem Grund erforderlich. Ich werde mich zu diesem Zweck an der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung orientieren, jedoch nur die Hypothesen wiedergeben, die mir im Hinblick auf die spezifische zentralasiatische Situation interessant erscheinen.

Eine allgemeingültige Definition des Begriffs „**Region**“ zu finden, fällt schwer; grundlegende und unbestrittene Eigenschaft ist jedoch die geographische Nachbarschaft einer Gruppe von Staaten, die nach Frey-Wouters den Eindruck der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft haben, welche durch Interaktion und Interdependenz gekennzeichnet ist.⁶⁸

Ich verstehe eine Region als eine geographisch abgrenzbare Gruppierung von benachbarten Staaten, die auf sozialer, politischer, wirtschaftlicher und/oder sicherheitspolitischer Ebene in Interaktion stehen. Um von anderen Regionen oder dem internationalen Umfeld abgrenzbar zu sein, muss innerhalb der Region ein Gefühl von gemeinsamer Identität (in kultureller, historischer, religiöser oder sonstiger Hinsicht) oder eines gemeinsamen Schicksals vorherrschen. Innerhalb einer Region können sowohl kooperative, als auch konfrontative Beziehungsmuster bestehen.

Die fünf zentralasiatischen Staaten müssen nach diesen Kriterien als eine Region betrachtet werden. Sie werden seit dem Zerfall der Sowjetunion von außen als Region wahrgenommen, und verstehen sich auch selbst implizit als solche, wie die Aufzählung der regionalen Gemeinsamkeiten durch den usbekischen Präsidenten verdeutlicht: „...die territoriale Gemeinsamkeit, die Gemeinsamkeit der Verkehrsverbindungen, die grundlegenden und führenden Wirtschaftszweige, die Notwendigkeit der gemeinsamen Nutzung wasserwirtschaftlicher und energetischer Objekte, die Versorgung mit Energieressourcen.

⁶⁸ Frey-Wouters, Ellen: The Prospects for Regionalism in World Affairs, in: Falk, Richard A./ Black C. E.: The Future of the International Legal Order. Volume I: Trends and Patterns. Princeton 1969, S. 463-555, S. 466

Ganz zu schweigen von der kulturellen, sprachlichen und geistigen Gemeinsamkeit unserer Völker, die tiefe, einander durchdringende Wurzeln haben.”⁶⁹ Im Sinne dieses Selbstverständnisses muss wohl auch die Entscheidung der zentralasiatischen Staatsführungen gewertet werden, sich von der früheren sowjetischen Bezeichnung „Srednyaya Asia i Kasachstan“ (Mittelasien und Kasachstan) zu distanzieren. Die offizielle Umbenennung in „Tsentralnaya Asia“ (Zentralasien) im Januar 1993 während eines Treffens der fünf zentralasiatischen Präsidenten in Taschkent „reflected a statement of unity, a belief that the region shared a common fate”.⁷⁰

Dennoch würde die Zuordnung von „Region“ der vorliegenden Arbeit nicht gerecht, wenn sie nur die fünf Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan einbeziehen würde. Definitiv stellen die fünf Staaten nach den oben genannten Kriterien eine Region dar, jedoch gibt es darüber hinaus Bemühungen, die Beziehungen mit anderen (Nachbar-) Staaten, wie Russland, China, aber auch den kaukasischen Staaten und dem Iran oder der Türkei zu festigen. Wie die Ausführungen in Kapitel 3 zeigen werden, zeichnet sich der Trend ab, dass der Kern der fünf zentralasiatischen Staaten aufweicht, bzw. sich erweitert oder zersplittert, so dass unterschiedliche politische und ökonomische Konfigurationen entstehen. Die regionalen Entwicklungen befinden sich also im Fluss, und so macht es keinen Sinn, strikte terminologische Definitionen zu bemühen. Dementsprechend benutze ich die Termini „Region“ oder „regional“ relativ undifferenziert, indem ich sie einerseits sowohl für die fünf zentralasiatischen Staaten, als auch für eine weiter gefasste Gruppierung von in geographischer Nähe befindlichen Staaten anwende. Ist für den zu analysierenden Zusammenhang entscheidend, ob es sich um die eng gefasste genuin zentralasiatische Region, oder um ein geographisch erweitertes regionales Konstrukt handelt, so werde ich im entsprechenden Kontext darauf hinweisen. Dennoch ist zu betonen, dass der Haupt-Untersuchungsgegenstand die fünf zentralasiatischen Staaten betrifft.⁷¹

In den politischen Wissenschaften findet seit Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Block-Konfrontation eine Generaldebatte über die weitere Entwicklung des internationalen Systems statt. Dabei gewinnt der Begriff der **„Regionalisierung“** einen immer größeren

⁶⁹ Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdungen der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, Taschkent/ Düsseldorf, ohne Jahr (englische Version 1997), S. 372

⁷⁰ Kubicek, Paul: Regionalism, Nationalism and Realpolitik in Central Asia, 1997, a.a.O., S. 640

⁷¹ Vgl. Akiner, Shirin: Prospects for Regional Cooperation in Central Asia, in: Institute for Strategic and Regional Studies (ISRS) under the President of the Republik of Uzbekistan/ NATO/ Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Tsentralnaya Asia v XXI vekje: sotrudnitschestvo, partnerstvo i dialog. Materialy mjeschdunarodnoi konferenzi (Zentralasien im 21. Jahrhundert: Zusammenarbeit, Partnerschaft und Dialog. Materialien der internationalen Konferenz vom 13-15 Mai 2003 in Taschkent), Taschkent 2004, S. 166-182, S. 166

Stellenwert, welches der relativen Zunahme von regionalen gegenüber lokalen und globalen Interaktionen von Akteuren geschuldet ist. Jedoch ist die heutige theoretische Regionalisierungsdiskussion für die Situation in Zentralasien von geringem Erkenntnisinteresse, da sie in erster Linie im Kontext von Globalisierungsprozessen und der Annahme der Dreiteilung der Welt in eine nordatlantische, westeuropäische und asiatisch-pazifische Region geführt wird.

Der Begriff der „Regionalisierung“ ist für die politischen Wissenschaften jedoch nicht neu, sondern wurde bereits in den Zeiten der „alten“ Weltordnung diskutiert. Da dies jedoch unter dem prägenden Eindruck der Bipolarität stattfand, sind auch die damaligen Erkenntnisse für die heutige Situation in Zentralasien von wenig Nutzen.

Eine weitere Regionalisierungsdebatte wird unterhalb der nationalstaatlichen Ebene geführt, insbesondere im Zusammenhang mit separatistischen Bestrebungen, welche mit dem Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit aber keinerlei Überschneidungen aufweist.

Da also der Begriff der „Regionalisierung“ in den internationalen Beziehungen in vielfältiger Weise Verwendung findet, und seine Dimensionen für die zentralasiatischen Fragestellungen irreführend sind, muss er für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand konkretisiert werden. Im Allgemeinen bezeichnet der Begriff „Regionalisierung“ in den internationalen Beziehungen „zum einen die messbare Verdichtung bzw. Konzentration internationaler Transaktionen zwischen nationalen Einheiten, zum Beispiel Außenhandel, Finanzströme, Tourismus, Migration, Telekommunikation usw., zum anderen den institutionellen Zusammenschluss von Staaten zu supranationalen Einheiten, die der gemeinsamen Regelung in einem oder mehreren Politikfeldern dienen.“⁷² Dabei findet erstere Dimension eher im Zusammenhang mit dem Begriff „Regionalisierung“ bzw. im englischen Sprachgebrauch „regionalization“ Verwendung, während letztere durch „Regionalismus“ bzw. „regionalism“ bezeichnet wird.

Einen vertieften Ansatz, der auch für die zentralasiatischen Staaten relevant zu sein scheint, liefert Daase. Er betont das dynamische Element von Regionalisierung, indem er sie als „relative Zunahme regionaler Interaktionen“⁷³ versteht. Dadurch erhalte Regionalisierung allerdings weder eine normative Zielsetzung - im Gegensatz zu Integration – noch eine

⁷² Hummel, Hartwig/ Menzel, Ulrich: Regionalisierung/Regionalismus, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen 2000, S. 383-391, S. 383

⁷³ Daase, Christopher: Regionalisierung der Sicherheitspolitik – Eine Einführung, in: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Moltmann, Bernhard/ Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993, S. 67-87, S. 79

vorgegebene Form der Interaktion. Folglich könne Integration, müsse aber nicht, Merkmal von Regionalisierung sein, ebenso wenig wie Regionalisierung zwingend Kooperation voraussetze. Dadurch öffne sich die Definition von Regionalisierung für zwei aktuelle Phänomene: „Regionalisierung durch Desintegration und Regionalisierung durch konfrontative Interaktion“.⁷⁴ Da nunmehr das Hauptaugenmerk auf dem Prozesscharakter von *Regionenbildung* liege, müssen laut Daase „sowohl die Handlungen der Akteure als auch die Strukturen der Kontexte als Erklärungsgründe herangezogen werden. Regionalisierung ist deswegen sowohl Prozeß und Ergebnis intentionaler Handlungen von Akteuren (seien sie kooperativ oder konfrontativ), als auch Prozeß und Ergebnis der Veränderung ihres situativen Kontexts (sei diese integrativ oder desintegrativ).“⁷⁵

Basierend auf diesen Annahmen ergeben sich vier mögliche Regionalisierungstendenzen: „*Integrativ* heißt eine Regionalisierung, wenn ein neues Gebilde entsteht, das mehr ist als die Summe seiner Elemente, *desintegrativ*, wenn ein derartiges Gebilde zerfällt. *Kooperativ* heißt eine Regionalisierung, wenn sie durch die Zusammenarbeit von politischen Akteuren entsteht, *konfrontativ*, wenn sie durch die Auswirkungen konfliktiven Verhaltens zustande kommt.“⁷⁶

Regionalisierung in Zentralasien weist unterschiedliche Charakteristika auf, welche dem Wandel der Zeiten und den sich verändernden Rahmenbedingungen, Akteursinteressen, etc. unterliegen. Die gegenwärtigen Regionalisierungsprozesse sind in erster Linie von kooperativen, aber auch von integrativen und konfrontativen Tendenzen begleitet. Des Weiteren ist in Zentralasien kein einheitlicher Regionalisierungsprozess zu beobachten, da unterschiedliche Politikbereiche davon betroffen sind. Die Entwicklungen vollziehen sich primär im ökonomischen und wirtschaftspolitischen, sowie sicherheitspolitischen Bereich. Auch in Fragen von Wasser-, Energie- und Umweltmanagement kann von Regionalisierungsprozessen gesprochen werden.

2.2.1. Regionale Kooperation

„*Kooperativ* heißt eine Regionalisierung, wenn sie durch die Zusammenarbeit von politischen Akteuren entsteht“⁷⁷, wurde oben definiert. Was Kooperation in Abgrenzung zu Integration aber genau bedeutet, soll im Folgenden kurz erörtert werden. Des Weiteren ist es in Bezug auf

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ebd., S. 81f

⁷⁷ Vgl. Fußnote 76

die regionale Kooperation, die in Zentralasien vielfältigen Hindernissen unterliegt, interessant zu fragen, aufgrund welcher Faktoren Kooperation im idealtypischen Sinne zustande kommt.

Als grundlegendstes Merkmal von Kooperation muss eine Schnittmenge gemeinsamer Interessen vorausgesetzt werden. Da in einer realen Situation jedoch sowohl komplementäre, als auch konfligierende Interessen existieren, entsteht laut Axelrod/Keohane Kooperation, wenn die Akteure ihr Verhalten an die tatsächlichen oder antizipierten Präferenzen der anderen Akteure anpassen.⁷⁸ Dies impliziert, dass die Politiken eines Staats gegebenenfalls modifiziert werden müssen, um negative Konsequenzen für die Partner zu reduzieren. Dies kann in einem offenen Verhandlungsprozess oder stillschweigend erfolgen, durch die stärkere Partei erzwungen, oder von außen induziert werden.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Akteure entweder aus Altruismus und einem Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft kooperieren – eine höchst idealistische Annahme – oder aus wohlverstandem und rational kalkuliertem Eigeninteresse: „Each actor is not necessarily out to help the other, though; it is the anticipation of bettering one’s own situation that leads to the adjustment in one’s policies“⁷⁹

Diese Annahme führt uns zu einem relativ umfassenden Verständnis von Kooperation, welche sich auszeichnet durch: „goal-directed behavior that entails mutual policy adjustment so that all sides end up better than they would otherwise be“.⁸⁰ Es ist zu unterstreichen, dass Kooperation von den Akteuren lediglich eine Anpassung der nationalen Politiken verlangt, keine Abgabe nationaler Kompetenzen, wie dies eine Integration implizieren würde.

Die Begriffsdefinition hilft zwar bei der Unterscheidung zwischen Kooperation und Integration, gibt jedoch nur wenig Aufschluss über die *Motivation für kooperatives Akteursverhalten*. Aus diesem Grund möchte ich einige, gegebenenfalls auch für Zentralasien relevante Hypothesen für die Erklärung von Kooperation aus der internationalen kooperations-theoretischen Literatur wiedergeben.⁸¹ Zwar ist regionale Kooperation in Zentralasien nicht unbedingt im Sinne der oben genannten Definition evident; vielmehr

⁷⁸ Axelrod, Robert/ Keohane, Robert O.: Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions, in: Baldwin, David A. (Hrsg.): Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate, New York 1993, S. 85-115, S. 85

⁷⁹ Milner, Helen: International Theories of Cooperation among Nations. Strengths and Weaknesses. Review Article, in: World Politics, 44, April 1992, S. 466-496, S. 468

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Für eine ausführliche Übersicht siehe: Milner, Helen: International Theories of Cooperation among Nations, 1992, a.a.O., S. 470-480

vermischen sich immer wieder kooperative mit konfrontativen Elementen der Regionalisierung. Vielleicht können die Erklärungsansätze aber Hinweise liefern, welche Faktoren eine effektive Kooperation behindern.

Ein erster Erklärungsansatz stellt fest, dass Akteure in einem *reziproken Verhältnis* zueinander stehen und kooperieren, um *Gewinne zu realisieren*. Reziprozität beinhaltet laut Keohane „the exchange of roughly equivalent values of good and bad“⁸². Das Fehlen von Äquivalenz kann zu Missverständnissen und daraus resultierenden Fehden statt Kooperation führen, da Staaten stets ihre Gewinne vergleichen und dabei nicht schlechter dastehen wollen als andere. Die einzige Konstellation, die laut Grieco Kooperation zulasse und fördere sei gegeben, wenn eine ausgeglichene Verteilung von Gewinnen gewährleistet werde: „...no nation will concede political advantages to another nation without the expectation, ... of receiving proportionate advantages in return.“⁸³ Griecos These von der *Notwendigkeit ausgeglichener Verteilung* wirft jedoch die Frage auf, welcher Faktor das Streben nach Äquivalenz auslöst: die Angst, vom Anderen betrogen zu werden, oder die Angst, den Anderen zu stärken.

Eine zweite Hypothese besagt, dass Kooperationserfolge durch die *Zukunftserwartungen* der beteiligten Akteure beeinflusst werden. Die Bereitschaft zur Kooperation werde deutlich erhöht, wenn alle Beteiligten von einer unbefristeten Zusammenarbeit ausgehen könnten, da im Laufe der Zeit der Wert kontinuierlicher Kooperation die Vorteile überwiege, die durch einseitiges Handeln im begrenzten Zeitraum existierten. Empirisch belegt wurde diese Annahme durch spieltheoretische Modelle, u.a. von Axelrod.⁸⁴

Eine dritte Annahme nennt Milner die „*epistemic community hypothesis*“, die vor allem auf die Untersuchungen der erfolgreichen umweltpolitischen Zusammenarbeit der Mittelmeeranrainerstaaten von Haas zurückgeht. Bei der „epistemic community“ handelt es sich laut Haas um eine kleine Gruppe von Experten aus den betroffenen Ländern, die ein einheitliches Verständnis über ein gegebenes Problem und dessen Lösungsmöglichkeiten teilen. Durch ihren Sachverstand und aktive Informationspolitik unterstützen sie den Kooperationsprozess, indem sie Einfluss auf die Definition des nationalen Interesses ihres

⁸² Keohane, Robert O.: Reciprocity in International Relations, in: International Organization, 40 (Winter 1986), S. 1-27, S. 5

⁸³ Grieco, Joseph: Cooperation among Nations, Ithaca/ New York 1990, S. 47

⁸⁴ Milner, Helen: International Theories of Cooperation among Nations, 1992, a.a.O., S. 474f

Landes nehmen, die Erwartungen der Akteure koordinieren und so gemeinschaftlich die Verhandlungen beeinflussen.⁸⁵ Milner unterstreicht, dass diese Hypothese durchaus geeignet sei, die Stärke und Beständigkeit von kollaborativen Vereinbarungen zu erklären, jedoch nicht das Zustandekommen von Kooperation.⁸⁶

Eine vierte Hypothese über internationale Kooperation impliziert, dass *Machtasymmetrien*, wenn sie mit der Ausbildung hierarchischer Abhängigkeiten (Herausbildung eines Hegemons) einhergehen, kooperationsförderlich sind. Jedenfalls unter der Annahme, dass die stärkeren Akteure innerhalb eines Systems den schwächeren Gewinne und Belohnung in Aussicht stellen, um somit kooperatives Verhalten zu induzieren.⁸⁷

Ich möchte noch einen fünften Erklärungsansatz zwischenstaatlicher Kooperation hinzufügen, der die Rolle eines dritten, externen Akteurs als Mediator zur Erreichung von Kooperation in den Vordergrund stellt. Es handelt sich dabei um *induzierte (induced) Kooperation*.⁸⁸

Der dritte Akteur ist nicht unmittelbar von dem regionalen Kontext betroffen und kann eine internationale Organisation, eine Nicht-Regierungs-Organisation oder eine Großmacht sein. Er ist in der Lage, Kooperation zu stimulieren, indem er finanzielle Anreize schafft, technische Expertise bereitstellt, oder seine Glaubwürdigkeit und angenommene Neutralität einsetzt und auf allen nationalen und zwischenstaatlichen Ebenen verhandelt.⁸⁹

Voraussetzung ist neben dem starken Einsatzwillen des dritten Akteurs, dass alle betroffenen Staaten dessen Engagement begrüßen und an der Umsetzung aktiv mitwirken.

Die internationale politische Wissenschaft hat eine Vielzahl von Theorien entwickelt, die versuchen, das Zustandekommen von Kooperation und zwischenstaatlicher Verflechtung zu erklären. Grundlage der Theoriebildung sind einige der skizzierten Hypothesen. Da die Theorien für die zentralasiatischen Entwicklungen jedoch keinen Erkenntnisgewinn versprechen, verzichte ich auf eine Darstellung.

⁸⁵ Vgl. Haas, Peter: *Saving the Mediterranean*, New York 1990

⁸⁶ Milner, Helen, *International Theories of Cooperation among Nations*, 1992, a.a.O., S. 478ff

⁸⁷ Ebd., S. 480

⁸⁸ Weinthal, Erika Sora: *Making or Breaking the State? Building Institutions for Regional Cooperation in the Aral Sea Basin*, PhD dissertation, Columbia University, 1998, S. 112f

⁸⁹ Schiff, Maurice/ Winters, Alan L.: *Regional Cooperation, and the Role of International Organizations and Regional Integration*, World Bank Policy Research Working Paper 2872, July 2002, S. 2

2.2.2. Regionale Integration

Der Terminus „Integration“ ist in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung relativ stark umstritten. Am umfassendsten lässt er sich zunächst mit den Worten Galtungs wiedergeben: „the process whereby two or more actors form a new actor“⁹⁰. Oder um es konkreter mit Haas zu formulieren: *“Political integration is the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations, and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states. The end result of a process of political integration is a new political community, superimposed over the pre-existing ones”*⁹¹

Die Definition macht deutlich, dass ein Prozess der regionalen Integration eine ganz andere, „höhere“ Qualität aufweist, als ein Prozess der regionalen Kooperation, bei dem es sich lediglich um eine Angleichung der Politiken handelt, ohne die Abgabe von nationalen Kompetenzen.

Unstimmigkeiten wirft die Frage auf, ob es sich bei „Integration“ um einen Prozess oder um ein Ziel handle. Definiert man Integration als Endpunkt eines Prozesses, ist zumindest das Paradigma der Supranationalität unstrittig, das sich allerdings in einem breiten Spektrum der Ausgestaltung zwischen „Zweckverband und Superstaat“⁹² bewegen kann. Auch Integration als Prozessbegriff zeigt eine Fülle von Möglichkeiten auf, mittels derer das jeweils postulierte Endprodukt erreicht werden kann. Die „eigentliche“ Definition von Integration muss also im entsprechenden Kontext erfolgen.

Die wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung findet zum Großteil mit Bezugnahme auf die europäische Integration statt. Hier entwickelte sich eine weltpolitisch einmalige Situation, in der durch Institutionalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eine dauerhafte Überwindung des Sicherheitsdilemmas⁹³ erfolgt ist, welches eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf der Basis friedlicher und nachhaltiger Problemlösung ermöglichte. Der europäische Integrationsprozess hatte demzufolge zwei entscheidende Resultate: Frieden

⁹⁰ Galtung, Johann: A Structural Theory of Integration, in: Journal of Peace Research, No. 5, 1968, S. 375-394, S. 377

⁹¹ Haas, Ernst B.: The uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950-1957, Stanford 1958, S. 16

⁹² Giering, Claus: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration, Bonn 1997

⁹³ Das Sicherheitsdilemma besagt, dass viele der Mittel, durch die ein Nationalstaat versucht, seine Sicherheit zu erhöhen, die Sicherheit des anderen gefährdet. Der Sicherheitsgewinn des einen ist also der Sicherheitsverlust des anderen. Vgl. auch Kapitel 4.1.

durch Integration, sowie durch Machtabgabe und Integration der Einzelstaaten ermöglichter Wohlfahrtsgewinn für alle.

Zwar weisen die europäischen Entwicklungen keinerlei Parallelen zu den zentralasiatischen Gegebenheiten und Prozessen auf, dennoch wurde zu Beginn der 90er Jahre von zentralasiatischer Seite immer wieder explizit das Ziel der Integration der Länder Zentralasiens in Anlehnung an die europäischen Erfahrungen genannt. Aus diesem Grund werde ich mich in aller gebotenen Kürze mit dem Thema „Integration“ auch aus wissenschaftstheoretischer Sicht auseinander setzen, wobei man nicht umhin kommt, zumindest grob die zwei wichtigsten Integrationstheorien – Föderalismus und Funktionalismus - vorzustellen, die grundlegend für die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit der europäischen Integration sind.

Des Weiteren wurde die integrationstheoretische Debatte über ein Europa, das sich Mitte der 90er Jahre im Dilemma zwischen Vertiefung und Erweiterung befand, um Modelle erweitert, die man unter dem Begriff der „differenzierten Integration“ zusammenfassen kann. Als dessen prominentestes Beispiel soll kurz das Kerneuropa Modell dargestellt werden. Dieses theoretische Konstrukt ist in Bezug auf die vorliegende Arbeit insofern interessant, als dass sich ein vergleichbarer Vorgang im Rahmen der GUS, auf die innerhalb von Kapitel 3.2.1. ausführlich eingegangen wird, abzuzeichnen scheint.

Eine wichtige Funktion nimmt der Begriff der Integration auch aus ökonomischer Perspektive ein. Als Wirtschaftsintegration wird die stufenweise Zusammenarbeit mehrerer Länder im Bereich ihrer gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen verstanden, bis hin zur Verschmelzung zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Auch diesbezüglich findet immer wieder direkte Bezugnahme seitens einiger der darzustellenden Regionalorganisation (z.B. der CACO) statt. Aus diesem Grund soll auch auf diesen Theoriekomplex kurz eingegangen werden.

Das Ideengut des **Föderalismus** weist eine lange Tradition auf. Bereits Immanuel Kant wollte in seiner im 18. Jahrhundert veröffentlichten Schrift „Zum ewigen Frieden“ eine europäische Föderation gewährleistet sehen. Am prägnantesten lässt sich Föderalismus als ein politisches Organisationsprinzip erfassen, innerhalb dessen mehr oder weniger selbstständige Glieder zu einem übergeordneten Ganzen verschmelzen. Grundlage und Triebkraft sind gemeinsame Werte und Zielsetzungen, die sich in einer politischen Willenserklärung in einem verfassungsgebenden Akt niederschlagen. Damit reagieren die Nationalstaaten auf die Fehlentwicklungen des internationalen Systems und entziehen sich dem Sicherheitsdilemma.

Das Resultat aus dem (partiellen) Souveränitätsverzicht der Nationalstaaten ist eine institutionelle Struktur⁹⁴, innerhalb derer Konflikte durch gemeinsam festgelegte Verfassungsnormen beigelegt werden können.

Der **Funktionalismus** kann auf keine so lange Tradition zurückblicken, wie der Föderalismus. Er wurde vor allem von David Mitrany seit Ende des 2. Weltkriegs geprägt, der einen funktionalistischen Friedensentwurf für eine universelle Nachkriegsordnung schaffen wollte. In einer vielzitierten Kurzformel lässt sich der Funktionalismus durch „form follows function“⁹⁵ auf den Punkt bringen. Dies bedeutet, dass die Annäherung zwischen souveränen Staaten am besten durch Zusammenarbeit in spezifischen nicht-politischen Sachgebieten vollzogen werden kann, sich allmählich institutionalisiert und durch „Spillover-Effekte“ ausgeweitet wird. Aufgrund der wachsenden Verflechtungen und der Erkenntnis, dass viele Probleme besser gemeinschaftlich, als bloß im nationalen Kontext gelöst werden können, verdichtet sich die Zusammenarbeit fortlaufend, erfasst schließlich auch politische Problemstellungen, so dass praktische Probleme nur von Experten – nicht mehr von Politikern - gelöst werden und nationale Grenzen schließlich an Bedeutung verlieren.

Während also sowohl Föderalismus, als auch Funktionalismus prinzipiell das gleiche Endziel – die Überwindung des Nationalstaats – anvisieren, unterscheiden die beiden Theorien sich grundsätzlich bezüglich des dahin einzuschreitenden Wegs.

Das **Kerneuropa Modell** (ähnlich ist auch das Konzept der „variablen Geometrie“) geht auf ein Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1.9.1994 zurück. Es vertritt die These, dass die Bildung eines aus der Bundesrepublik, Frankreich und den Benelux-Ländern bestehenden „Kerneuropa“ notwendig sei, um den ins Stocken geratenen europäischen Integrationsprozess voranzubringen. Natürlich müsse dieser Kern für weitere Teilnehmer offen sein. Erforderlich sei, dass die Länder des festen Kerns sich an sämtlichen Politikbereichen beteiligten, und erkennbar gemeinschaftsorientierter handelten als alle anderen. Somit sei die Bildung der Kerngruppe kein Ziel an sich, sondern lediglich Mittel zum Zweck.⁹⁶ Das Kerneuropa Modell lässt sich mit folgendem Bild veranschaulichen: „Das

⁹⁴ Innerhalb der Föderalismus-Debatte ist umstritten, ob dieses Resultat eher einem föderalen Bundesstaatenmodell, oder einem konföderalen Staatenbundmodell entsprechen soll.

⁹⁵ Im Gegensatz hierzu gilt für den Föderalismus: „function follows form“.

⁹⁶ Vgl. Überlegungen zur europäischen Politik. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994 (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1994, S. 1271-1280

langsamste Schiff darf nicht das Tempo des gesamten Begleitzugs bestimmen“.⁹⁷ Wird im Verlauf der Arbeit auf das Modell Bezug genommen, so werde ich den Begriff „Kernmodell“ verwenden.

Wirtschaftsintegration bedeutet in letzter Konsequenz den Zusammenschluss mehrerer Länder zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Ziel ist es, den nationalstaatlichen Protektionismus zu überwinden, um auf diese Weise ökonomische Vorteile und Wohlfahrtsgewinne für alle Beteiligten zu erreichen. Je nach dem Grad der bereits erreichten Integration lassen sich folgende Stufen der regionalen ökonomischen Integration differenzieren: Präferenzzone, Freihandelszone, Zollunion, gemeinsamer Markt und Wirtschaftsunion.

Vereinbaren mehrere Länder vertraglich, sich für den gegenseitigen Handel mit bestimmten Gütern Vorzugsbedingungen einzuräumen, so spricht man von einer *Präferenzzone*. Gegenüber der durch Protektionismus gekennzeichneten Ausgangsposition, werden beispielsweise niedrigere Zölle festgelegt. Die *Freihandelszone* geht einen Schritt weiter und umfasst in der Regel nicht nur bestimmte Güter, sondern den gesamten Güterverkehr zwischen den Vertragspartnern. Handelsbeschränkungen werden abgebaut; gegenüber Drittländern wird jedoch keine abgestimmte Handelspolitik betrieben. In einer *Zollunion* werden nicht nur die internen Handelsbeschränkungen beseitigt; zusätzlich werden einheitliche Außenzölle gegenüber Drittländern eingeführt. Oftmals beschränkt sich eine Zollunion nicht nur auf den Abbau von Zollschränken, sondern baut weitere protektionistische Hemmnisse ab, z.B. mengenmäßige Handelsbeschränkungen oder administrative Hemmnisse. Diese Politik wird dann nicht nur intern, sondern auch gegenüber Drittländern vereinheitlicht. Während Freihandelszone und Zollunion auf den freien Güterverkehr beschränkt sind, bezieht ein *gemeinsamer Markt* weitere Faktorbewegungen ein. In der Regel liberalisieren die Partnerstaaten zunächst den Kapitalverkehr, um schließlich die Bedingungen für eine Freizügigkeit der Arbeitskräfte und eine Niederlassungsfreiheit von Unternehmungen zu schaffen. Die letzte Integrationsform ist die *Wirtschaftsunion*, für die die Mitgliedsstaaten zuvor ihre Wirtschaftsordnungen und –politiken harmonisieren müssen. Eine Wirtschaftsunion gewährleistet Freihandel und Freizügigkeit der Produktionsfaktoren und impliziert gemeinsame Aktivitäten in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Dies ist entweder über eine Harmonisierung oder über die Schaffung supranationaler wirtschaftspolitischer Strukturen zu erreichen. Eine Wirtschaftsunion führt somit zu einem

⁹⁷ Gespräch mit Karl Lamers: “Die Kernländer bestimmen die Richtung”, in: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 12/1994, S. 1080-1086, S. 1083

einheitlichen Binnenmarkt aller Mitgliedsländer und einer Vereinheitlichung der ökonomischen Rahmenbedingungen.⁹⁸

2.2.3. Einordnung des Untersuchungsgegenstands

Regionalisierung ist ein relativ schwer zu fassender, wenig konkreter Begriff, der für sich genommen wenig Aussagekraft hat, wie der Versuch einer Begriffsannäherung gezeigt hat - gerade in Bezug auf Zentralasien. Mit ihm können sowohl Tendenzen der Kooperation oder Integration innerhalb einer Region, als auch der Konfrontation oder gar Desintegration, ausgedrückt werden. Aus diesem Grund werde ich im Verlauf der Arbeit den Begriff der „regionalen Kooperation“ bzw. der „regionalen Integration“ vorziehen, wenn Prozesse bzw. ein Ergebnis der zwischenstaatlichen, multilateralen Zusammenarbeit gemeint sind.

Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass die beiden Begriffe Kooperation und Integration nicht austauschbar sind, sondern unterschiedliche Qualitäten der Zwischenstaatlichkeit zum Ausdruck bringen.

Der Begriff der „*Integration*“ impliziert eine Abgabe von nationalen Kompetenzen und Entscheidungsgewalt an eine übergeordnete supranationale Institution, welches letztlich in der Überwindung des Nationalstaats münden soll. Im Gegensatz dazu ist *Kooperation* eine unverbindlichere Art der Zusammenarbeit zweier oder mehrerer nationaler Akteure. Kooperation verlangt eine zielgerichtete gegenseitige Anpassung der Politiken, jedoch keine Abgabe nationaler Kompetenzen. Sie muss keinesfalls umfassend sein, sondern kann auch punktuell erfolgen, d.h. sich auf bestimmte Projekte oder Bereiche beschränken. Beide Prozesse der nationalstaatlichen Annäherung versprechen nachhaltige Friedenssicherung und Wohlstandsmehrung.

Regionale Kooperation/Integration manifestiert sich in Zentralasien in erster Linie in der Gründung und Weiterentwicklung institutioneller Staatenbündnisse, die in Kapitel 3.2. ausführlich dargestellt werden. Bei deren Analyse werde ich die Begriffe so einsetzen, dass sie die Zielperspektive der Institution, zum Zeitpunkt der dargestellten Entwicklungen reflektieren.

⁹⁸ Vgl. Dichtl, Erwin/ Issing, Otmar (Hrsg.): Vahlens großes Wirtschaftslexikon in vier Bänden, 2. Auflage, München 1994; Balassa, Bela: The Theory of Economic Integration, London 1961

So ist beispielsweise bei der Central Asian Cooperation Organisation (CACO) gegenüber ihrer Vorgängerorganisation eine Veränderung der Zielsetzungen, und damit gleichzeitig der Begrifflichkeiten auszumachen. Verfolgten die vier Mitgliedstaaten zu Beginn ihrer Zusammenarbeit die *Integration* ihrer Wirtschaften, taucht dieser Terminus in den Dokumenten der reorganisierten CACO nicht mehr auf. Damit reagierten die Partnerstaaten auf das Scheitern ihrer Integrationsvorhaben und setzten sich nunmehr die *Kooperation* im ökonomischen Bereich zum Ziel.

Im Falle der Entwicklungen im Rahmen der GUS hingegen, scheint sich nach dem Scheitern aller Integrationsinitiativen seit kurzer Zeit eine tatsächliche „Reintegrationsdynamik“ abzuzeichnen. Die Unterzeichnung von Abkommen zur Schaffung eines integrierten Wirtschaftsraums von vier GUS-Staaten (mit Kasachstan als einzigem zentralasiatischen Partner), die quasi einen „Integrationskern“ schaffen wollen, weist in diese Richtung.

Für die wissenschaftlich analytische Diskussion der Entwicklungen innerhalb der zentralasiatischen Region kann der Begriff der Integration zu einem frühen Zeitpunkt der Unabhängigkeit noch durch einen gewissen Zweckoptimismus in Reaktion auf die ambitionierten Integrationsvorhaben der Staaten gerechtfertigt werden. Dahingegen wirkt er gegenwärtig wie ein euphemistisches Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen Gegebenheiten. Die zentralasiatischen Staaten scheinen heute weiter voneinander entfernt als je zuvor. In diesem Sinne wirkt eine Diskussion über ihre *Integration* zum gegenwärtigen Zeitpunkt wie der zweite Schritt vor dem ersten, weswegen ich in allgemeinen Kontexten von *Kooperation* sprechen werde. Auch die Zentralasienexpertin Olcott konstatiert: „Thus, while regional *integration* is not possible, at least for the foreseeable future, regional *cooperation* is.“⁹⁹

Warum aber gelang es den zentralasiatischen Ländern nicht, die historische Zäsur von 1991 zu nutzen, und sich in einer Art Föderation zusammenzuschließen? Und warum unterliegt auch heute das Vorhaben zur regionalen Kooperation, so vielen Hindernissen?

Die Voraussetzung für eine Integration wären 1991 ideal gewesen, und es hatte Ansätze in diese Richtung gegeben. Schließlich war den Führungen der fünf ehemaligen Sowjetrepubliken die Tatsache ihrer historischen, kulturellen, etc. Nähe bewusst und eine starke ökonomische und politische Verflechtung aus dem Erbe der Sowjetunion gegeben. Bereits im Juni 1990 (über ein Jahr vor dem endgültigen Kollaps der UdSSR) hatten sich

⁹⁹ Olcott, Martha Brill: Revisiting the twelve myths of Central Asia, Carnegie Endowment for International Peace, Working Paper No. 23, September 2001, S. 5

Spitzenpolitiker der fünf Republiken in Alma-Ata getroffen, um über die Möglichkeiten zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zu diskutieren. Das Bewusstsein für die Vorteile einer (Wirtschafts-) Integration war also vorhanden. In der Folgezeit wurde die Idee auch weiterhin aufrecht erhalten, entsprechende Abkommen unterzeichnet (vgl. die Entwicklungen der Zentralasiatischen Union, Kapitel 3.2.1.5.), doch die realen Entwicklungen entsprachen nicht den rhetorischen Bekenntnissen und den zwischenstaatlichen Vereinbarungen.

Der unverhoffte Gewinn der Unabhängigkeit veranlasste die Staatsführungen, diese nun vehement zu verfechten und einen eigenständigen nationalen Weg einzuschlagen. Es stellte sich bald heraus, dass die politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklungsmodelle der fünf Staaten sehr unterschiedlich waren, und kaum miteinander in Einklang zu bringen waren. Auch der politische Wille, einen gemeinsamen, zentralasiatischen Weg zu gehen, fehlte in letzter Konsequenz, da den nationalen Entwicklungen und dem Auffinden und Ausbauen einer nationalen Identität eindeutige Priorität eingeräumt wurde. Statt sich anzunähern, entwickelten die fünf Staaten sich immer weiter auseinander, wobei jedoch rhetorisch und „auf dem Papier“ weiter an einer Integration, bzw. Kooperation festgehalten wurde und wird.

Heute zeigen die Entwicklungen, dass nicht nur die regionale Kooperation im genuin zentralasiatischen Kontext, d.h. die Beziehungsmuster zwischen den fünf Staaten, eine Rolle spielen; darüber hinaus gewinnen Organisationen im erweiterten regionalen Kontext, in die außer den zentralasiatischen Staaten (bzw. einigen der zentralasiatischen Staaten) weitere (Nachbar-) Staaten involviert sind, zunehmend an Bedeutung. Die Agenden dieser Regionalorganisationen umfassen Themen und Problemstellungen, die von unmittelbarer Bedeutung für die zentralasiatischen Staaten sind. Es scheint gegenwärtig, als würden sie die Handlungsmöglichkeiten genuin zentralasiatischer Arrangements übertreffen, und von den zentralasiatischen Staaten als bevorzugtes außenpolitisches, multilaterales Instrument genutzt werden.

Auch wenn regionale Kooperation bisher nicht im idealtypischen Sinne verwirklicht wurde, so ist das Ziel weiterhin von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Regionale Kooperation wird verstärkt in den kausalen Zusammenhang mit regionaler Stabilität gerückt. Davon zeugt z. B. das finanzielle und technische Engagement internationaler Geberorganisationen, die ihre Unterstützung zunehmend an die Bedingung der regionalen Kooperation knüpfen, bzw. diese zum Programmziel erhoben haben (vgl. Kapitel 2.3.4.). Somit ist regionale Kooperation kein

Selbstzweck, sondern kann im idealen Fall einerseits stimulierend auf die nationalen Gegebenheiten wirken; insbesondere im ökonomischen Bereich könnten auf mittelfristige Sicht erkennbare Resultate erzielt werden. Andererseits würde auch das sicherheitspolitische regionale und internationale Umfeld von einer Stärkung der Kooperation, und dadurch erreichter Vertrauensbildung, Stabilität, etc. profitieren.

2.3. Einflussnahme auf die Architektur des zentralasiatischen Systems durch internationale Akteure

70 Jahre lang standen die zentralasiatischen Sowjetrepubliken kaum in Kontakt mit der Welt außerhalb der UdSSR. Deren Zusammenbruch machte die Aufnahme eigener Außenpolitiken für die jungen Staaten erforderlich. Die diesbezüglich völlig unerfahrenen Staaten wurden mit Grundsatz-Fragen konfrontiert, wie die Sicherheit der neuen Regime und der Region gewährleistet werden könne, wie am vorteilhaftesten mit der geographischen Lage umzugehen sei, welche Rolle man zukünftig im regionalen und internationalen Umfeld spielen wolle, etc. Darüber hinaus war die Loslösung von Russland ein wichtiges Ziel. Trotz ähnlicher Ausgangslagen 1991 diversifzierten die zentralasiatischen Staaten bald ihre Außenpolitiken. Gründe sind in den partikularen nationalen Gegebenheiten, den spezifischen ökonomischen Situationen, den unterschiedlichen politischen Ambitionen der Staatsführungen, sowie dem Auftreten von zwischenstaatlichem Konkurrenzdenken zu sehen.

Die internationale Staatengemeinschaft nahm die Ereignisse in erster Linie im Gesamtzusammenhang – dem Ende der bipolaren Welt – wahr, die zentralasiatische Region war dabei von peripherem Interesse. Wurde Zentralasien zum Gegenstand politischer Analysen, so wurde es in Verbindung gebracht mit Ängsten bezüglich des möglichen Ausbrechens regionaler, vor allem ethnisch motivierter Konflikte und Kriege wie im Kaukasus oder auf dem Balkan, der internationalen Konkurrenz um die reichen natürlichen Ressourcen, und der Ausbreitung von islamischen Fundamentalismus, durch die verstärkte Einflussnahme durch den iranischen Nachbarn im Süden.

Seit der 11.9.2001 und der Krieg der Antiterror-Koalition in Afghanistan das Gefüge der internationalen Politik veränderten, der internationale Terrorismus als neue Sicherheitsbedrohung auf der Sicherheitsagenda vieler Staaten ganz nach oben rückte, und die zentralasiatische Region plötzlich internationale Aufmerksamkeit auf sich zog, wird ein enger

Zusammenhang zwischen der regionalen Sicherheit Zentralasiens und der globalen Sicherheit antizipiert.

Nicht nur wird ein solcher Zusammenhang antizipiert; vielmehr unterstreicht die aktive Einflussnahme und militärische Präsenz durch internationale Akteure, dass die weiteren Entwicklungen in Zentralasien von über die Region hinausgehender Bedeutung sind. Es stellt sich diesbezüglich zunächst die Frage, wer die internationalen Akteure sind, die an der Architektur des zentralasiatischen Systems seit Ende des Kalten Krieges mitwirken, was ihre Interessen und Motivationen sind, welche Beziehungen und Erwartungen die zentralasiatischen Staaten mit ihnen verbinden, und welche Auswirkungen der 11.9. auf diese Beziehungsmuster hatte.

Wurde zu Beginn der Unabhängigkeit noch darüber spekuliert, ob die Türkei mit ihrem laizistischen Staatsmodell als neue regionale Großmacht in Frage kommen würde, und wurde als ihr wichtigster Konkurrent der stark durch seinen politisierten Islam geprägte Iran gehandelt¹⁰⁰, hat sich im Laufe der 90er Jahre ein anderes Gefüge herausgebildet. Es wurde deutlich, dass weiterhin Russland eine entscheidende Rolle in der Region spielen würde, aber auch China gewann im Verbund mit Russland im Rahmen des Shanghai-Prozesses¹⁰¹ an Bedeutung. Gegen Ende der 90er Jahre trat auch Amerika – der Erzrivale Russlands und Chinas - auf die zentralasiatische Bühne. Zunächst eine zaghafte Tendenz, die durch die Ereignisse des 11.9. zementiert wurde, da nun auch Amerika fundamentale Sicherheitsinteressen mit der Region verband. Seit dem 11.9. wird die Architektur des zentralasiatischen Systems also in erster Linie von drei internationalen Akteuren – Russland, China und den USA - mitbestimmt. Durch den Aufbau amerikanischer Militär-Präsenz in den zwei ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan und Kirgisistan ergab sich eine historisch neuartige Situation, die in dieser Art und Weise noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre, und die die regionalen Entwicklungen maßgeblich beeinflusst. Darüber hinaus wird Zentralasien zum Schauplatz, auf dem die Beziehungsmuster zwischen den drei Mächten neu

¹⁰⁰ „Somit befindet sich die Türkei auf dem Wege zur regionalen Vormacht. Sie ist auch bereit, diesen Part in der Weltpolitik zu übernehmen. In den vergangenen zwei Jahren hat sie beträchtliche Aktivitäten entfaltet, vor allem auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Kultur.“ (S. 8) „Schon heute ist deutlich sichtbar, daß die Türkei mit Saudi-Arabien, vor allem jedoch mit der Islamischen Republik Iran in Mittelasien wetteifern muß.“ (S. 3) Lerch, Wolfgang Günter: Die Türkei als regionale „Großmacht“. Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39, 17.9.1993, S. 3-9

¹⁰¹ Prozess der vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen China, Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan seit Mitte der 90er Jahre, in dessen weiteren Verlauf eine Institutionalisierung stattfand, und die fünf Staaten, plus Usbekistan ab 2001 eine gemeinsame Sicherheitsorganisation, die Shanghai Cooperation Organisation, bildeten.

Vgl. Kapitel 2.3.2. und 3.2.2.1.

geordnet werden, bietet die neue Interessen-Parallelität (v.a. der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Stabilität in Zentralasien) doch völlig neue Möglichkeiten zwischen Kooperation und Konkurrenz.

Zwar versuchen neben den drei Akteuren Russland, China und USA auch andere Staaten eine Rolle in Zentralasien zu spielen – so die bereits erwähnte Türkei und der Iran, aber auch die EU oder Indien – jedoch ist ihre Bedeutung als geopolitischer Einflussfaktor marginal, verglichen mit den drei Mächten. Nur Russland, China und die USA haben heute das Potential, gestaltend auf die Entwicklungen in der zentralasiatischen Region einzuwirken. Derzeit wird diese Konstellation noch durch die Präsenz der Großmacht USA dominiert, es bleibt jedoch abzuwarten, wie lange ihr gesteigertes Interesse anhalten wird. Denn anders als Russland – welches aus historischer Sicht den größten Einfluss auf die Region ausübt – und China, teilt die USA keine Grenzen mit Zentralasien und sind ihre vitalen Interessen erst seit dem 11.9. und der neugewonnenen strategischen Bedeutung Zentralasiens im Kampf gegen den Terrorismus entstanden. Die Interessen der drei Staaten sollen im Folgenden relativ ausführlich analysiert werden, da ihre Strategien und Politiken gegenüber Zentralasien, sowie ihr Verhältnis untereinander große Auswirkungen auf die regionalen Entwicklungen in Zentralasien haben und im weiteren Verlauf der Arbeit immer wieder thematisiert werden, besonders in Kapitel 3.

Der oben erwähnten EU und auch anderen internationalen Organisationen und Geldgebern, fällt jedoch eine andere Rolle in Zentralasien zu. Aufgrund der dramatischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Situation in weiten Teilen Zentralasiens und den enormen Transformations-Herausforderungen seit dem Zerfall der UdSSR, ist Zentralasien Gegenstand finanzieller und technischer Hilfsangebote. Anders als gegenüber anderen hilfsbedürftigen Staaten, stellen einige internationale Geber (u.a. die EU und die Asian Development Bank) ihre Förderung jedoch von bilateraler, partieller Unterstützung auf die Initiierung und Unterstützung solcher Programme und Maßnahmen um, die sich die regionale Kooperation der Staaten Zentralasiens zum Ziel gesetzt haben.

Es kann also angenommen werden, dass nicht nur ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen regionaler Stabilität und internationaler Stabilität vorhanden ist, sondern dass darüber hinaus ein Zusammenhang zwischen regionaler Kooperation und regionaler Stabilität gesehen wird.

2.3.1. Russland

Russlands post-sowjetisches Verhältnis, Interesse und Strategie gegenüber den zentralasiatischen Staaten basiert in großem Maße auf den gemeinsamen historischen Entwicklungen, die im Sinne eines Zentrum-Peripherie-Verhältnisses charakterisiert werden müssen. Im Zuge seiner imperialistischen Bestrebungen hatte sich das russische Zarenreich im Verlauf des 19. Jahrhunderts bis nach Turkestan - wie die Region unter russischer Herrschaft hieß – ausgedehnt. Dieses Imperium wurde Anfang des 20. Jahrhunderts durch den Ersten Weltkrieg und die Revolution von 1917 stark erschüttert; der Zar musste abdanken und eine neue Ära - die der Sowjetunion - brach an. Die zentralasiatische Region wurde ab 1924 in den neuen Sowjetstaat integriert und in fünf Unionsrepubliken aufgeteilt, die 1991 schließlich als neue unabhängige Staaten aus dem Zerfall des sowjetischen Staatsgebildes hervorgingen. Als „Ersatz“ für die Sowjetunion wurde als multilaterales Instrument die GUS gegründet.¹⁰²

Für viele Russen war es schwierig, den Zerfall der Sowjetunion zu akzeptieren, denn über die Zeit waren die imperialen Errungenschaften eine wichtige Komponente russischer Selbst-Definition und ein Beweis des Großmachtstatus geworden. Für sie hatten das zaristische russische Imperium und die Sowjetunion Russland selbst verkörpert, oder wie Szporluk es ausdrückt: „Russia did not *have* an empire, it *was* one.“¹⁰³

Nach dem plötzlichen Verlust dieser Identität und territorialen Reduktion auf das „Mutterland“, musste eine neue Politik gegenüber den ehemaligen Unionsrepubliken entwickelt werden. Es mangelte an einer konsistenten Strategie, so dass sich das russische Engagement in den ersten Jahren der Unabhängigkeit gegenüber seinem südlichen sogenannten „nahen Ausland“¹⁰⁴ eher sporadisch und reaktiv gestaltete. Zwei Ansätze konkurrierten miteinander: Einerseits gab es Stimmen, die im Sinne eines Festhaltens am Großmachtstatus eine Reinvolverung befürworteten. In ihren Augen stand die fortdauernde Präsenz in der Region im politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen, sowie vitalen geopolitischen russischen Interesse. Die Anhänger einer isolationistischen Politik gegenüber Zentralasien gingen vom Gegenteil aus. Zentralasien sei die für russische Interessen unbedeutendste Region im Raum der ehemaligen UdSSR, und noch dazu eine potentielle

¹⁰² Vgl. Kapitel 3.2.1.1.

¹⁰³ Szporluk, Roman: *The Fall of the Tsarist Empire and the USSR: The Russian Question and Imperial Overextension*, in: Dawisha, Karen/ Parrott, Bruce (eds.): *The End of Empire? The Transformation of the USSR in Comparative Perspective*, Armonk/ New York 1997, S. 65–95, S. 71

¹⁰⁴ Mit diesem Begriff umschrieb Russland seit Ende 1991 sehr undifferenziert die neuen unabhängigen Staaten, der deren Sonderstellung und Abhängigkeit ausdrücken sollte.

Gefahrenquelle, aufgrund seiner Ambitionen, Teil der muslimischen Welt zu werden. Ein Rückzug von diesem „weichen Unterleib Russlands“ werde Russland in strategischer Hinsicht viele Probleme ersparen. Auf die tatsächlichen Entwicklungen hatten die Vertreter der isolationistischen Position keinen großen Einfluss. Es fand allerdings zunächst auch keine ausgeprägte, sondern eher eine zögerliche Reinvolverung statt.¹⁰⁵

Pauschal von Russlands Beziehungen mit Zentralasien zu sprechen ist schwierig, da die bilateralen Verbindungen sich sehr unterschiedlich gestalten. Kasachstan und Kirgisistan haben seit der Unabhängigkeit sehr enge Beziehungen zu Russland aufrecht erhalten. Kasachstan und Russland betrachten sich als „strategische Partner“. Dies ist in erster Linie der Fall aufgrund der über 7000 km langen gemeinsamen, unübersichtlichen Grenze (Kasachstan ist das einzige zentralasiatische Land, das eine Grenze mit Russland teilt), des großen russischen Bevölkerungsanteils in Kasachstan (30%) und der ökonomischen Verflechtungen, insbesondere der Abhängigkeit Kasachstans bezüglich seiner Ölexporte durch russisches Territorium.

Tadschikistan ist Russlands Vorposten in Zentralasien. Es ist das einzige zentralasiatische Land, das permanent, von der Unabhängigkeit bis heute, eine russische Militärpräsenz auf seinem Territorium akzeptiert, welche aus der 201. motorisierten Schützendivision, sowie einer Grenzschutztruppe besteht. Da Tadschikistan das erste Land auf der Drogenroute von Afghanistan nach Russland und Europa ist, spielen die russischen Grenztruppen heute aus diesem Grund eine wichtige Rolle.

Usbekistan, das bevölkerungsreichste und militärisch stärkste Land Zentralasiens, hat seit 1991 einen demonstrativ souveränitätsorientierten Kurs gegenüber Russland verfolgt. Zu keiner Zeit hat es die Stationierung russischer Truppen erlaubt und der russischen Militärpräsenz in Tadschikistan stets skeptisch gegenübergestanden. Nichtsdestotrotz konnte auch Usbekistan sich keine absolute Distanzierung von Moskau erlauben, und näherte sich immer wieder auf bilateraler Ebene an, wenn dies strategisch günstig erschien. Die Integration in ein Militärbündnis mit Russland an der Spitze lehnte es jedoch konsequent ab. Seit 2004 vollzieht sich jedoch eine intensive Annäherung der beiden Länder.

Turkmenistan erklärte 1995 seine Neutralität, ließ die russische Militärpräsenz auslaufen und kapselte sich gegenüber seinen GUS-Partnern ab. Nichtsdestotrotz versuchte Russland

¹⁰⁵ Alexandrova, Olga: Rußland und sein zentralasiatisches „nahes Ausland“. Russische Perzeptionen und Politikansätze, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 66/1994, 15. November 1994, S. 4f

weiterhin Einfluss auszuüben, da Turkmenistan über reiche Gasvorkommen verfügt.¹⁰⁶ Und auch Turkmenistan konnte sich nicht gänzlich aus den bilateralen Beziehungen lösen, da es in starker struktureller Abhängigkeit zu Russland stand, insbesondere bezüglich des Exports von Öl und Gas über das russische Pipelinenetzwerk.

Trotz der skizzierten Heterogenität der russisch-zentralasiatischen Beziehungen soll im Folgenden versucht werden, ein generelles Beziehungsmuster herauszuarbeiten. Russland verfolgte nach der Unabhängigkeit keine kohärente Strategie gegenüber Zentralasien und sah langsam seine Position als Weltmacht, sowie als Sicherheitsgarant im post-sowjetischen Raum schwinden. Erst mit dem Machtwechsel von Jelzin zu Putin Anfang 2000 wurde ein neuer pragmatischer Kurs erkennbar, der auf Reintegration des alten Einflussbereichs setzte und durch den 11.9.2001 und die daraus resultierende amerikanische Militärpräsenz zugespitzt wurde.

Russland misst den unabhängigen zentralasiatischen Staaten aus drei Gründen große strategische Bedeutung bei:

1. Als Pufferzone gegen das Eindringen islamistischer Tendenzen,
2. aufgrund des Interesses an den reichen natürlichen Ressourcen,
3. wegen dem großen russischen Bevölkerungsanteil in den zentralasiatischen Staaten.

1. In den russisch-zentralasiatischen Beziehungen ist die sicherheits- und militärpolitische Ebene bereits vor dem 11.9.2001 zum bestimmenden Faktor avanciert. Bereits mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Tadschikistan 1992 wurde Russlands Aufmerksamkeit gen Süden gelenkt. Der Krieg gab Anlass für die Befürchtung, dass islamischer Fundamentalismus sich in Zentralasien ausbreiten, die säkularen Regierungen stürzen, und schließlich in einer Art Domino-Effekt auch Russlands Grenzen überqueren könne. Dieses Szenario bewahrheitete sich nicht, doch ein zweiter Schock dieser Art ließ nicht lange auf sich warten, als die fundamentalistischen Taliban 1996 die afghanische Hauptstadt eroberten. Die einschlägigste Entwicklung für das russische Bedrohungsgefühl durch islamistischen Extremismus in den 90er Jahren waren jedoch die Ereignisse in seiner „abtrünnigen“

¹⁰⁶ Vgl. Trenin, Dmitri: Southern Watch: Russia's Policy in Central Asia, in: Journal of International Affairs, Volume 56 No. 2, Spring 2003, S. 119-131, S. 125f;
Rahmani, Mansour: Central Asian States: Balancing opportunities and challenges, in: Central Asia and the Caucasus, No. 2 (20), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-02/18.raheng.shtml

Republik Tschetschenien. Die erste russische Militär-Kampagne in Tschetschenien (1994-1997) wurde zunächst als Antwort auf die separatistische Rebellion gesehen. Bald rückte jedoch die von Tschetschenien ausgehende Bedrohung durch die dortigen islamischen Extremisten (von den Russen üblicherweise als „Wahabiten“ bezeichnet, als Schlagwort für alle als radikal wahrgenommenen islamischen Strömungen im postsowjetischen Raum, insbesondere aber in Tschetschenien) in den Vordergrund der russischen Bedrohungsperzeption. Halbach spricht von einer ‚Islamisierung‘ des Tschetschenienkriegs und ‚Tschetschenisierung‘ der russischen Islamperzeption¹⁰⁷. Das Eindringen tschetschenischer Guerillakämpfer in die Nachbar-Republik Dagestan im August 1999 markierte den Tiefpunkt russischer Kontrolle über dieses Gebiet und veranlasste Russland zu erneutem militärischen Eingreifen. Die neue Gefahr im eigenen Land wurde begleitet durch einen ähnlichen Vorgang im Ferghana Tal, in das bewaffnete Kämpfer der IMU von Tadschikistan aus zum gleichen Zeitpunkt eindrangen, mit dem Ziel, dort ein islamisches Kalifat zu errichten. Die zweifache wahabitische Offensive schuf in Russland ein klares Gefühl der Bedrohtheit der nationalen Sicherheit.¹⁰⁸

Russland versuchte die Gefahr, die diesbezüglich aus der zentralasiatischen Region drohte als Chance zu nutzen, und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Militärhilfe auszuweiten, um seinen Einfluss zu intensivieren. Russische Truppen blieben auch nach Beendigung des tadschikischen Bürgerkriegs als Friedensgaranten im Land und wurden während der Vorfälle im Ferghana Tal zur Bewachung der kirgisischen Grenzen entsendet. Da weder Tadschikistan noch Kirgisistan in der Lage waren, sich selbst gegen die islamistische Infiltration ausreichend zu verteidigen, füllte Russland das Sicherheits-Vakuum. Russland war die wichtigste Quelle für Militärhilfen und integrierte sich auf bi- und multilateraler Ebene in das zentralasiatische Sicherheitsgefüge.¹⁰⁹

Als multilaterale Instrumente standen die von Russland dominierte GUS und die gemeinsam mit China initiierte Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zur Verfügung. Innerhalb beider Organisationen rückte Ende der 90er Jahre aufgrund der oben geschilderten Entwicklungen – insbesondere der Vorfälle im Ferghana Tal - die sicherheitspolitische Komponente in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Wichtige Themen für Russland waren

¹⁰⁷ Halbach, Uwe: Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/2003, 16.4.2003, S. 39-46, S. 42

¹⁰⁸ Trenin, Dmitri: Southern Watch, 2003, a.a.O., S. 121ff

¹⁰⁹ Lee, Ebon: Central Asia's Balancing Act, in: Harvard International Review, Vol. 23 Issue 2, Summer 2001, S. 30-33, S. 33

nicht nur die Rolle Zentralasiens als Puffer gegen den islamischen Extremismus, sondern auch der damit zusammenhängende Drogenhandel, sowie potentielle regionale Konflikte. Gleichzeitig stellten diese Organisationen den Versuch dar, ein Gegengewicht zur Ausweitung amerikanischer Einflüsse zu bilden. Russland fürchtete um seine Vormachtstellung in der Region, insbesondere wegen des Ausbaus der Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten und der NATO im Rahmen ihres Partnership for Peace (PfP) Programms.

Die zentralasiatischen Staaten verhielten sich gegenüber den russischen Bestrebungen nicht einheitlich. Sie waren sich der Tatsache bewusst, dass Russland die einzige externe Macht war, die effektiv zur gemeinsamen Sicherheit beitragen konnte und wollte. So waren sie einerseits abhängig vom großen Nachbarn und durchaus an präferentiellen Beziehungen interessiert. Andererseits blieb die Skepsis aufgrund der negativen historischen Erfahrungen mit Russlands imperialistischen Bestrebungen; man drängte nach der Entwicklung eines eigenständigen Weges und dem Ausbau der Beziehungen mit dem Westen.

Doch auch den russischen Integrationswünschen und Möglichkeiten als zentralasiatischer Sicherheitsgarant aufzutreten, waren Grenzen gesetzt. Schließlich hätte ein zu enger Verbund mit den wirtschaftsschwachen zentralasiatischen Nachbarn die Übernahme enormer Verantwortung bedeutet und tadschikische und kirgisische Hoffnungen auf intensive finanzielle Unterstützung und militärischen Komplettschutz geschürt. Die realen Entwicklungen Ende der 90er Jahre, insbesondere die Unfähigkeit das Tschetschenien-Problem zu lösen, offenbarten schließlich die Schwächen russischer Militär- und Sicherheitspolitik. Russland befand sich in Zentralasien nicht mehr in einer Position der Stärke, sondern in der Defensive, in der es nur noch auf Ereignisse reagieren, aber nicht mehr von vornherein gestaltend einwirken konnte. Aufgrund seiner ökonomischen Schwäche musste Russland schließlich seine militärische Präsenz in Zentralasien reduzieren; einzig in Tadschikistan blieben weiterhin Truppen stationiert. Erst in Folge des 11.9.2001 und plötzlicher amerikanischer Militärpräsenz in Zentralasien, versuchte Russland seine alten Verbindungen zu revitalisieren, was sich in Bemühungen um die Intensivierung der Sicherheitskooperation im Rahmen der GUS und SCO widerspiegelte.

2. Das über ein Jahrhundert lang vorherrschende Zentrum-Peripherie-Verhältnis hatte verflochtene Wirtschaftsstrukturen geschaffen, die sich bis heute auswirken. Bereits das

zaristische Russland hatte damit begonnen, den Baumwollanbau in Zentralasien für die russische Textilindustrie zu intensivieren, und Eisenbahnlinien zum Transport zwischen Zentrum und Peripherie zu bauen. Die Rolle Mittelasiens als Rohstofflieferant und Importeur von Fertigprodukten und die daraus resultierende strukturelle Abhängigkeit wurde während der Sowjetzeit zementiert. Nach Zerfall der UdSSR standen die neuen unabhängigen Staaten aufgrund ihrer einseitigen, agrarisch geprägten Wirtschaftsstruktur in starker Abhängigkeit von Russland und dessen Subventionen. Auch heute wirkt die alte Struktur weiter, wenngleich die zentralasiatischen Staaten eine gewisse Diversifizierung ihrer Außenwirtschaften erreichen konnten.

In besonderer Weise betroffen waren und sind die Öl und Gas produzierenden Länder (Kasachstan, Turkmenistan), da sämtliche Pipelines nach Russland führen, weshalb alle Exporte zunächst über den großen Nachbarn laufen müssen, und somit seiner Kontrolle unterliegen. Turkmenistan wurde 1992 Opfer dieser ökonomisch und politisch prekären Situation, als Russland (gemeinsam mit der Ukraine und Armenien) den Export seiner Gasproduktion verweigerte. Turkmenistan konnte das Problem dadurch mindern, dass es sich südliche Exportrouten über den Iran erschloss, für die anderen Länder gestaltete sich die Problemlösung schwieriger.¹¹⁰ Auch für die zukünftigen Beziehungen Russlands zu den öl- und gasproduzierenden zentralasiatischen Ländern werden energiepolitische Determinanten eine wichtige Rolle spielen. Es ist zu erwarten, dass Russland versuchen wird, seinen Einfluss weiterhin geltend zu machen, und Entscheidungen (insbesondere über den Verlauf von Pipelines) zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

3. Neben sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen, ist letztlich der menschliche Faktor zu nennen, der Russland aufmerksam gegenüber den Entwicklungen in seinem „nahen Ausland“ sein lässt - auch wenn diesem eine weitaus geringere Bedeutung zufällt als den beiden ersteren. Da Russland über zwei Jahrhunderte eine intensive Siedlungspolitik betrieben hatte, zählten beim Zerfall der Sowjetunion Russen ca. 20% der zentralasiatischen Gesamtbevölkerung. Insbesondere mit Kasachstan – das die Sowjetmacht aus der geographischen, kulturellen und politischen Definition Zentralasiens ausgeschlossen hatte und das als Region vitaler russischer Interessen betrachtet worden war – gab es in dieser Hinsicht enge Verflechtungen, waren 1991 doch rund 38% der Bevölkerung Russen.¹¹¹ Auch heute noch spielt dieser Faktor eine Rolle. So wird „der allseitige Schutz der Rechte und Interessen

¹¹⁰ Lee, Ebon: Central Asia's Balancing Act, 2001, a.a.O., S. 32

¹¹¹ Alexandrova, Olga: Rußland und sein zentralasiatisches „nahes Ausland“, 1994, a.a.O., S. 3

der Bürger der RF und der Landsleute im Ausland“¹¹² als eines der Grundziele der russischen außenpolitischen Konzeption genannt.

Letztlich ist festzuhalten, dass die Ereignisse der frühen 90er Jahre eine dramatische Änderung der Beziehungen zwischen Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zur Folge hatten, dass die einstigen Abhängigkeitsverhältnisse jedoch nicht von heute auf morgen aufhören konnten zu existieren. „If Russia once conquered and held Central Asia by the sword, Russia’s real threat to the independence of these states today is one of economic and political pressure, not military incursion.“¹¹³

Dennoch wurde Moskaus Einflussnahme in der Region durch eine Kombination verschiedener Faktoren erschwert: das Streben der neuen Staaten nach Unabhängigkeit, die Ambitionen anderer Mächte – insbesondere der USA – ihren Einfluss in Zentralasien auszuweiten, sowie die eigene Schwäche Russlands.¹¹⁴

Zum besseren Verständnis der Politik gegenüber Zentralasien, soll kurz auf die allgemeine außenpolitische Strategie Russlands eingegangen werden. Russlands Außenpolitik der Jahre 1991/1992 war ganz klar auf eine Öffnung gen Westen – insbesondere Europa – fokussiert. Dies stieß jedoch auf breite interne Kritik, welche die Jelzin-Führung zu einer deutlichen Kurskorrektur veranlasste. Die russische Diplomatie sollte fortan der Devise des alten russischen Wappens folgen, auf welchem ein zweiköpfiger Adler nach Westen und Osten blickt. Im Frühsommer 1993 wurde die neue Außenpolitik bekräftigt, indem Jelzin und Außenminister Kosyrew betonten, dass dem „nahen Ausland“ und der verstärkten Kooperation innerhalb des postsowjetischen Raumes im Rahmen der GUS auf bi- und multilateraler Ebene absolute Priorität zukomme.¹¹⁵ 1996 erhielt die russische Außenpolitik erneut eine andere Nuance, als Primakow zum Außenminister berufen wurde, der das Konzept einer „multipolaren Welt“ formulierte. In seinen Augen sollte die Großmacht Russland in alle Richtungen agieren, einen amerikanischen Unilateralismus eingrenzen und den Westen aus der angestammten Einflussphäre – dem postsowjetischen Raum –

¹¹² Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 28. Juni 2000 (Nr. Pr-351), Quelle: Außenministerium der Russischen Föderation, <http://www.mid.ru/mid/vpcons.htm>, Übersetzung: Joachim Klopfer, Rolf Lehmann unter: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00061z.htm>

¹¹³ Olikier, Olga: Conflict in Central Asia and South Caucasus: Implications of Foreign Interests and Involvement, in: Olikier, Olga/ Szayna, Thomas (eds.): Faultlines of Conflict in Central Asia and the South Caucasus: Implications for the U.S. Army, RAND 2003, S. 185-240, S. 194

¹¹⁴ Rahmani, Mansour: Central Asian States: Balancing opportunities and challenges, 2003, a.a.O.

¹¹⁵ Zur Politik Russlands gegenüber seinem „nahen Ausland“ in den ersten fünf Jahren der Unabhängigkeit siehe: Westphal, Kirsten: Hegemon statt Partner – Russlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“, Münster 1995

heraushalten.¹¹⁶ Er bemühte sich, gestaltend auf die internationale Politik einzuwirken, um eine einseitige Zentrumsbildung um die einzige verbliebene Weltmacht USA zu verhindern, und stattdessen ein geopolitisches Gleichgewicht zu schaffen. Entsprechend dieser Politikkonzeption des Multipolarismus wurde während Primakows Amtszeit eine „strategische Partnerschaft“ mit China aufgebaut, sowie neue wirtschaftspolitische Zusammenschlüsse im Rahmen der GUS gebildet: der „Zweiervertrag“ mit Weißrussland, sowie der „Vierervertrag“ mit Weißrussland, Kasachstan und Kirgisistan. Weiterführenden Bemühungen, Russlands Position als internationaler Akteur zu stärken, wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise im August 1998 ein jähes Ende gesetzt, was Jelzins und Primakows Großmachtrhetorik jedoch nicht trübte. Erst seit dem Machtwechsel von Jelzin zu Putin Anfang 2000¹¹⁷, versuchte der neue Präsident, eine Justierung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Auch wenn die Rhetorik des Multipolarismus zunächst erhalten blieb¹¹⁸, führte er einen „kalkulierten Euroatlantismus“¹¹⁹ in die außenpolitische Konzeptionierung ein, indem er enge Beziehungen zu Europa und nach dem 11.9.2001 verstärkt zu den USA suchte.¹²⁰

Die neuen Gefahren aus dem Süden – Terrorismus und Extremismus – stellten für Putin die traditionelle Rivalität mit den USA in den Schatten. Obwohl die Beziehungen mit dem Westen – insbesondere mit der NATO - sich nach deren Eingreifen in die Kosovo Krise 1999 auf dem tiefsten Punkt seit Ende des Kalten Krieges befanden,¹²¹ hatte in den weitsichtigeren

¹¹⁶ Zu dieser Politik gehörte insbesondere der Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung, speziell gegen die Aufnahme der baltischen Staaten, welche als demütigende Niederlage und Eindringung in Russlands Einflussphäre wahrgenommen wurde.

¹¹⁷ 31.12.1999: Jelzin erklärt in der Neujahrsansprache seinen Rücktritt und benennt für die Zeit bis zu den Neuwahlen Ministerpräsident Putin als amtierenden Präsidenten. 26.3.2000: Im 1. Wahlgang der vorgezogenen Präsidentenwahlen setzt sich Wladimir Putin mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen (52,94%) durch. 7.5.2000: Amtseinsetzung des neuen Präsidenten.

¹¹⁸ „Rußland wird die Ausprägung einer Ideologie der Herausbildung einer multipolaren Welt... unterstützen.“ Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, Bestätigt durch Erlaß des Präsidenten der Russischen Föderation, Nr. 24 vom 10. Januar 2000, Quelle: Nesawisimoje wojennoje obosrenije Nr. 1(174) vom 14.01.2000, Übersetzung: Rainer Böhme, Peter Freitag und Joachim Klopfer, <http://www.jokler.de/russ/offiziell/knsich00.htm>

¹¹⁹ Meier, Christian: Russland und die Welt, in: Ders.: Russland, Informationen zur Politischen Bildung, Heft 281, 4. Quartal 2003, Bonn, 15.1.2004, http://www.bpb.de/publikationen/5475FS,0,0,Russland_und_die_Welt.html

¹²⁰ Meier, Christian: Russland und die Welt, a.a.O.

¹²¹ Russland protestierte scharf gegen die NATO-Bombenangriffe auf Jugoslawien, die – so Moskau – nicht vom Sicherheitsrat der UN genehmigt worden waren. Auch spürte Russland im Konflikt zwischen dem Westen und Belgrad über Slobodan Milosevičs Vorgehen gegen die albanische Minderheit eine Parallellität zu den eigenen ethnisch-regionalen Konflikten, etwa in Tschetschenien, die Moskau ebenso als internen Konflikt deutete wie Serbien den Kosovo-Konflikt. Das politische Establishment des Landes bewertete den Krieg als Bestätigung einer politischen und militärischen Minderwertigkeit Russlands, die vom Westen ausgenutzt wurde. In den Augen Russlands wollte der Westen unter Führung der Amerikaner eine neue monopolare Weltordnung

Kreisen des sicherheitspolitischen Moskauer Establishments ein langsames Umdenken stattgefunden. Für sie verlor die klassische Ost-West Konfrontation je mehr an Bedeutung, je realer die Bedrohungen aus dem Süden wurden. Im Gegenteil erschien der Westen als potentieller Verbündeter im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus, Drogen- und Waffenhandel:¹²² „Trotz ernsthafter, in einer Reihe von Fällen prinzipieller Meinungsunterschiede ist das russisch-amerikanische Zusammenwirken eine notwendige Bedingung für die Verbesserung der internationalen Lage und für die Gewährleistung der globalen strategischen Stabilität.“¹²³

Dennoch ließ sich die tiefsitzende Skepsis gegenüber den USA nicht von heute auf morgen ausräumen. So konstatiert die neue Konzeption der nationalen Sicherheit vom Januar 2000 (in Anspielung auf die NATO-Osterweiterung und die Kosovo-Krise) die Tendenz, „eine Struktur der internationalen Beziehungen zu schaffen, die auf der Dominanz der entwickelten westlichen Länder unter Führung der USA in der internationalen Gemeinschaft gegründet und auf die einseitige, vor allem militärisch-gewaltsame Lösung der Schlüsselprobleme der Weltpolitik ausgerichtet ist, unter Umgehung der grundlegenden Normen des Völkerrechts.“¹²⁴

Bezüglich der regionalen Beziehungen nahm die neue außenpolitische Konzeption vom Juni 2000 eine Priorisierung vor, wobei an erster Stelle die „zwei- und mehrseitige Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten der GUS“ (die zentralasiatischen Staaten finden hier keine gesonderte Erwähnung) in Übereinstimmung mit den Aufgaben der nationalen Sicherheit genannt wurde:

„Vorrangige Bedeutung werden gemeinsame Anstrengungen zur Regulierung von Konflikten in den GUS-Teilnehmerstaaten sowie zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf militärpolitischem Gebiet und in der Sphäre der Sicherheit haben, besonders beim Kampf mit dem internationalen Terrorismus und Extremismus... Ein ernstzunehmender Akzent wird auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich der Schaffung von Freihandelszonen, und auf die Verwirklichung der Programme gemeinsamer rationeller Verwendung der Naturressourcen gelegt werden.“¹²⁵

errichten. Rahr, Alexander: Russland nach der Machtübernahme Putins, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Jahrbuch Internationale Politik 1999/2000, München 2002, S. 149-160, S. 154f

¹²² Trenin, Dmitri: Southern Watch, 2003, a.a.O., S. 30f

¹²³ Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation, 2000, a.a.O

¹²⁴ Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, 2000, a.a.O.

¹²⁵ Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation, 2000, a.a.O.

Nach dem Machtverlust Russlands in seiner zentralasiatischen Interessensphäre gegen Ende der 90er Jahre, setzte diese Neuorientierung ein deutliches Zeichen und wurde durch die Tatsache untermauert, dass Putin seine erste Auslands-Reise im neuen Amt im Mai 2000 nach Zentralasien unternahm.

Auch vier Jahre später bestätigt sich weiterhin die besondere Stellung des GUS-Raumes für Russland, insbesondere seit Sicherheit und Stabilität dort als lebenswichtig für die nationalen russischen Interessen gesehen werden, wie Verteidigungsminister Iwanow im Februar 2004 ausführt:

„Im Raum der GUS sind alle unsere lebenswichtigen Interessen in den Bereichen der Wirtschaft, der Verteidigung, der Sicherheit, der Gewährleistung der Bürgerrechte, der Unterstützung unserer Landsleute konzentriert. Russland ist mit den GUS-Ländern durch eine gemeinsame Geschichte, feste wirtschaftliche, kulturelle und zivilisierte Beziehungen verbunden.... Deswegen sind gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den GUS-Ländern keinesfalls ein Zeichen des russischen "Neoimperialismus", wie man es manchmal darzustellen versucht, sondern ein dringendes Erfordernis zur Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit, vor allem für Russlands selbst, und letzten Endes ein sehr wichtiger Faktor der Stabilität und der Sicherheit im umfangreichen Raum ganz Eurasiens.“¹²⁶

Die Entwicklungen seit dem 11.9.2001 unterstützen den bereits eingeschlagenen außenpolitischen Kurs. Putin reihte sich ohne Zögern – aber entgegen interner Widerstände und Skepsis ob der wahren amerikanischen Ambitionen - in die von Amerika geführte Antiterror-Allianz ein, da sich mit den Anschlägen eine gemeinsame, fundamentale Sicherheitsbedrohung offenbart hatte. Die neuen Gemeinsamkeiten eröffneten die Chance für ein neues partnerschaftliches Verhältnis, welches in gemeinsamen Erklärungen vom 21.10. und 13.11.2001 formuliert wurde. In der Erklärung über die neuen amerikanisch-russischen Beziehungen heißt es:

¹²⁶ Redebeitrag des Verteidigungsministers Russlands Sergej B. Iwanow auf der 40. Münchener Sicherheitskonferenz vom 6.-8. Februar 2004 zum Thema „Fragen der internationalen Sicherheit im Kontext der Russland/NATO-Beziehungen“, 7.2.2004, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Department für Information und Presse, http://www.in.mid.ru/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/5298c903bfc92895c3256e370025084c?OpenDocument

“The United States and Russia have overcome the legacy of the Cold War. Neither country regards the other as an enemy or threat. Aware of our responsibility to contribute to international security, we are determined to work together, and with other nations and international organizations, including the United Nations, to promote security, economic well-being, and a peaceful, prosperous, free world. We affirm our determination to meet the threats to peace in the 21st century. Among these threats are terrorism,... proliferation of weapons of mass destruction, militant nationalism, ethnic and religious intolerance, and regional instability. These threats endanger the security of both countries and the world at large. Dealing with these challenges calls for the creation of a new strategic framework to ensure the mutual security of the United States and Russia, and the world community.”¹²⁷

Im Verlauf der Zeit wurden die Beziehungen weiter gefestigt, was sich im Mai 2002 in einer gemeinsamen Erklärung über die neuen strategischen Beziehungen niederschlug:

„We are achieving a new strategic relationship... We are partners and we will cooperate to advance stability, security, and economic integration, and to jointly counter global challenges and to help resolve regional conflicts.

In Central Asia and the South Caucasus, we recognize our common interest in promoting the stability, sovereignty, and territorial integrity of all the nations of this region. The United States and Russia reject the failed model of ‘Great Power’ rivalry that can only increase the potential for conflict in those regions. We will support economic and political development and respect for human rights while we broaden our humanitarian cooperation and cooperation on counterterrorism and counternarcotics.”¹²⁸

In seinem amerikafreundlichen Kurs bestärkt wurde Putin ob der Akzeptanz seiner Tschetschenien-Politik, auf die er bei seinem neuen Verbündeten stieß. Russland bemühte sich - nach innen und außen - seine Militärintervention in Tschetschenien dem US-Kampf gegen die Taliban und al Qaida gleichzustellen bzw. als „Beitrag Russlands zum Kampf gegen den internationalen und religiösen Extremismus“¹²⁹ zu präsentieren, sowie eine

¹²⁷ Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on a New Relationship Between the United States and Russia, November 13, 2001, released by Office of the Press Secretary, The White House, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/11/20011113-4.html>

¹²⁸ Joint Declaration by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on the New Strategic Relationship Between the United States of America and the Russian Federation, Moscow May 24, 2002, released by Office of the Press Secretary, White House, May 24, 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/20020524-2.html>

¹²⁹ So General Viktor Kasanzew, bevollmächtigter Vertreter Putins im Nordkaukasus, zitiert nach: Malek, Martin: Geopolitische Veränderungen auf dem eurasischen Schachbrett: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/ 2002, S. 14-22, S. 21

möglichst enge Verbindung zwischen bin Laden und den tschetschenischen Rebellen zu behaupten. So stellte Verteidigungsminister Ivanow Afghanistan und Tschetschenien bildlich als zwei Äste eines Baumes dar.¹³⁰

Großes Unbehagen in Russland wurde jedoch in Zusammenhang mit der Aussicht auf die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien hervorgerufen. Putin war wenig erfreut über die spontane Kooperationsbereitschaft seiner südlichen Nachbarn, die sich von entsprechenden Zurechtweisungen jedoch nicht beeindruckt ließen.¹³¹ Nachdem aber bereits am 7. Oktober die ersten US-Elitetruppen in Usbekistan landeten, blieb Russland nichts anderes übrig, als mit gesteigerter Aufmerksamkeit die Entwicklungen zu beobachten, und jede Möglichkeit zu nutzen, seine Interessen in seiner früheren exklusiven Einflussphäre, geltend zu machen: „Previously, Russia had not sought actively to restore its bygone influence in Central Asia, reckoning this to be an issue whose resolution might well be postponed. It is quite another story now. Preoccupied with the US’ increasing presence in the region, Russia is now looking for any vacant niche to stake out its own presence in Central Asia and is ready to seize any opportunity that may present itself in order to reestablish parity.“¹³²

Diese Einschätzung wird untermauert durch entsprechende Entwicklungen in Kirgisistan, wo Amerika seit Anfang 2002 den militärischen Luftstützpunkt „Manas“ unterhält. Am 23.10.2003 eröffnete nun Russland seinerseits nach langen Verzögerungen eine Militärbasis auf dem Flugfeld „Kant“ bei Bishkek, in nur 30 km Entfernung von „Manas“. Das russische Militär ist dort im Rahmen des gemeinsamen Luftverteidigungssystems der kollektiven schnellen Eingreiftruppe Zentralasiens der Collective Security Treaty Organisation (CSTO) stationiert. Der entsprechende Vertrag wurde für 15 Jahre – mit einer automatischen Verlängerung alle fünf Jahre – abgeschlossen.¹³³

Kommentatoren sind sich einig, dass der russische Stützpunkt – der nach Angaben Putins während der Eröffnungszeremonie terroristische Infiltration aus dem Ausland und den

¹³⁰ Freitag-Wirninghaus, Rainer: Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. September: Geopolitische Interessen und der Kampf gegen den Terrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/2002, S. 3-13, S. 11

¹³¹ Nachdem der russische Verteidigungsminister die GUS-Staaten darauf hingewiesen hatte, dass nur die GUS im Rahmen des kollektiven Sicherheitsvertrages (dem weder Usbekistan, noch Turkmenistan angehören) solche Entscheidungen treffen könnte, entgegnete Taschkent, man brauche seine Außenpolitik mit niemandem zu koordinieren und sei nicht auf Moskaus Erlaubnis angewiesen. Siehe: Freitag-Wirninghaus, Rainer: Das Ringen der Großmächte um Zentralasien, in: Orient-Journal, Aktuelle Analyse, Frühjahr 2002, S. 25

¹³² Pikulina, Marina: Russia in Central Asia: Third Invasion - An Uzbek View, Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre, February 2003, <http://da.mod.uk/CSRC/Home/CentralAsia/K38-MP.pdf>, S. 1

¹³³ CSTO foreign ministers arrive at Kant airbase, in: Pravda.RU, 20.11.2003, <http://newsfromrussia.com/world/2003/11/20/51366.html>

Drogenschmuggel aus Afghanistan verhindern soll¹³⁴ - keinen operativen militärischen Wert besitzt, da er nicht über die dafür notwendige Ausstattung verfügt. Eine andere Interpretation drängt sich auf: "This deployment is much more political than practical. It is aimed at reestablishing Russia's presence in the region, waning since the post-September 11th deployment."¹³⁵

In Tadschikistan scheint Russland das „geopolitische Kräfteressen“ mit Amerika seit kurzem für sich entschieden zu haben. Seit der Unabhängigkeit hatte Russland eine ständige Militärpräsenz mit seiner 201. Division in Tadschikistan aufrechterhalten, die vor allem der Stabilitätssicherung während des Bürgerkriegs, und heute zur Grenzsicherung dient. In Folge des 11.9. wurde diese traditionell starke Partnerschaft jedoch schwächer, und die USA schien sich als neuer strategischer Partner zu etablieren. Im April 2004 kündigte Rachmonow in seiner Rede zur Lage der Nation den baldigen Rückzug der russischen Grenzsicherer, als Zeichen tadschikischer Souveränität, an. Während eines Gipfeltreffens des russischen und tadschikischen Präsidenten am 4.6.2004 offenbarte sich jedoch eine abrupte Abkehr von diesem Kurs, welches eine kurz- bis mittelfristig dominante militärische und wirtschaftliche Position für Russland bedeutet. Im Austausch für 300 Mio. US\$ Schuldenerlass, wurde Russland die kostenfreie, unbefristete Nutzung des Nurek Weltraumüberwachungs-Zentrums zugestanden, sowie die Beteiligung an der Entwicklung tadschikischer Hydroenergie-Projekte, und das Fortbestehen der Grenzüberwachung durch russische Truppen, bis mindestens 2006.¹³⁶

Mit Usbekistan, das immer kritische Distanz zu Russland gewahrt hatte, findet in jüngster Zeit eine intensive partnerschaftliche Annäherung statt. Während eines Gipfeltreffens der Präsidenten der SCO-Mitgliedstaaten in Taschkent am 17.6.2004 unterzeichneten die beiden Staaten ein Abkommen der strategischen Partnerschaft. In dem Dokument heißt es: "The Parties do not make any actions, including the conclusion of treaties with third countries inflicting damage upon the sovereignty, security and territorial integrity of the other Party,... Neither Party allows the use of its territory by third states to the detriment of state

¹³⁴ Putin on goals of Kant airbase, in: Pravda.RU, 23.10.2003, <http://newsfromrussia.com/main/2003/10/23/50711.html>

¹³⁵ Oresman, Matthew: Central Asia in Play: The Russian Deployment at Kant Airbase, in: Central Asia – Caucasus Analyst, January 15, 2003, http://www.cacianalyst.org/2003-01-15/20030115_CENTRAL_ASIA_PLAY.htm

Vergleiche auch: Kim, Alexander: Russia to have air base in Central Asia, in: The times of Central Asia, April 24, 2003, S. 1, 4

¹³⁶ Arman, Kambiz: Tajikistan shuns United States, tilts towards Russia, in: Eurasia Insight, 14.6.2004, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav061404a.shtml>

sovereignty, security and territorial integrity of the other Party.”¹³⁷ Falls notwendig, werde sich gegenseitig das Recht zugestanden, die militärischen Einrichtungen des Anderen zu nutzen. Für die ökonomischen Beziehungen wurden gegenseitig vorteilhafte Konditionen zur Beteiligung an Investitionen und Privatisierungs-Projekten zugesichert, und eine beschleunigte Entwicklung der Integration und Kooperation in folgenden Bereichen beschlossen: im Brennstoff- und Energiesektor, Flugzeugbau, Transport und Kommunikation, Bankenwesen, friedliche Nutzung von Atomenergie.

Seit dem amerikanischen Krieg gegen den Irak - den Russland ohne die Zustimmung des UN Sicherheitsrats als „serious mistake“¹³⁸ ablehnte - verschlechterten sich die russisch-amerikanischen Beziehungen und eine Rivalität zwischen den Großmächten zeichnet sich ab, die einander unilaterales Vorgehen, bzw. hegemoniale Bestrebungen gegenüber Zentralasien vorhalten. Außerdem wurde absehbar, dass die zunächst temporär geplante amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien sich zeitlich unbefristet ausdehnen würde, was bei aller amerikanisch-russischer Partnerschaftlichkeit, vitalen russischen Interessen widerspricht. Da der amerikanische Blick durch den Irak-Krieg von der zentralasiatischen Region weggeleitet wurde, versucht Russland seitdem wieder, verstärkt Fuß zu fassen. Dies äußert sich auch in der russischen Politik, innerhalb seiner multilateralen Instrumente (GUS und SCO) für deren Stärkung zu werben. Aus der Sicht von Stephen Blank, Professor am Institut für Strategische Studien des US Army War College, stellt sich der neue Trend folgendermaßen dar:

„Since the war in Iraq, Russia has launched a comprehensive effort to bring Central Asia and the CIS under its control using military and economic instruments of power to counter America’s presence there. These moves reflect the Russian military-political elite’s continuing unwillingness to forsake its hegemonic approach to Central Asia or to accept the legitimacy of America’s presence there as invited by local sovereign states. Apart from further militarizing Central Asia’s politics and stimulating its division into competing blocs, these new initiatives also aggravate declining U.S.-Russian relations and

¹³⁷ Zitiert nach: Russian, Uzbek Presidents sign strategic Partnership Treaty, Tashkent, June 16, in: „News from Russia“, dated June 18, 2004, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2004/nf27.html#s3>

¹³⁸ Am 28.3.2003 charakterisierte Putin den Irak Krieg als Erschütterung der Grundlagen der globalen Stabilität und des internationalen Gesetzes.

Siehe: Torbakov, Igor: Moscow seeks to take advantage of Iraq conflict to reassert its leadership in CIS, in: Eurasia Insight, 9.4.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav040903.shtml>

reflect an effort not only to subordinate key states to Moscow, but to surround and pressure Uzbekistan, Central Asia's most independent and strongest actor."¹³⁹

Auch von russischer wissenschaftlicher Seite wird für die bilateralen Beziehungen eine drastische Verschlechterung im Jahr 2003 konstatiert und für die absehbare Zukunft keine Besserung erwartet: „Partnership rhetoric will remain at the highest level with little real substance behind it. There will be no confrontation, but there will be a growing mutual dislike of the political elites in the two countries."¹⁴⁰

2.3.2. China

China befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft Zentralasiens: Seine nordwestliche Provinz Xinjiang teilt Grenzen mit Kasachstan (1533 km), Kirgisistan (858 km) und Tadschikistan (414 km). Über Jahrhunderte herrschte enger Kontakt zwischen der chinesischen Welt und der zentralasiatischen Region, sowohl in politischer, militärischer, kultureller und insbesondere kommerzieller Hinsicht. Durch die Seidenstrasse eröffnete sich China über Zentralasien die Möglichkeit zum Austausch mit dieser Region und dem Westen. Die Ausbreitung des russischen Einflussbereichs und schließlich die Formierung der UdSSR hatte den Abbruch aller chinesisch-zentralasiatischen Beziehungen zur Folge. Der Kollaps der Sowjetunion und die Entstehung unabhängiger Nationalstaaten im Westen Chinas erforderten die Aufnahme neuer zwischenstaatlicher Beziehungen zu den Nachbarn.¹⁴¹

Die Beziehungen finden auf bilateraler, und im Rahmen der SCO auf multilateraler Ebene statt, sind für beide Seiten jedoch nicht von erstrangiger Bedeutung. „Despite its increase since 1991, China's political influence in Central Asia remains modest. In the future, this will not change considerably."¹⁴² Der 11.9.2001 hat auch für diese Beziehungsmuster zu einer erheblichen Veränderungen der Rahmenbedingungen geführt. So lange die Vereinigten

¹³⁹ Blank, Stephen: Russia's move in Central Asia, in: Central Asia Caucasus Analyst, May 7, 2003, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=1382

¹⁴⁰ Press Conference on Russian-American Partnership with Sergei Oznobishchev and other Russian Political Scientists, Federal News Service, February 2, 2004, <http://www.fednews.ru>

¹⁴¹ Kellner, Thierry: The People's Republic of China and the New Central Asia Ten Years after Independence, in: Sabahi, Farian/ Warner, Daniel (Ed.): The OSCE and the Multiple Challenges of Transition: the Caucasus and Central Asia, Aldershot, 2004, S. 37-67, S. 37

¹⁴² Bin, Xu: China and Central Asia: A New Dimension of Partnership, in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004, S. 177-188, S. 185

Staaten ihre militärische Präsenz in der zentralasiatischen Region – und somit erstmals direkt an der Türschwelle Chinas – aufrecht erhalten werden, wird China keine unabhängige Politik in Bezug auf Zentralasien mehr ausüben können, ohne die amerikanische Position in Betracht zu ziehen.

Für China ist das unabhängige Zentralasien eine strategisch wichtige Region, die sowohl Herausforderungen als auch Möglichkeiten bietet, entsprechend ihrer geopolitisch zentralen Lage und des Potentials an natürlichen Ressourcen. Die chinesischen Interessen bezüglich Zentralasien umfassen drei Kernbereiche:

1. Sicherheit,
2. Wirtschaft und Handel, Förderung von Wohlstand und Entwicklung in der Region,
3. Zugang zu Erdöl und –gas.

1. Nach 1991 war das Verhältnis zwischen China und den zentralasiatischen Staaten zunächst von Misstrauen geprägt, jedoch gelang es beiden Seiten innerhalb von wenigen Jahren, partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen, welche zwar nicht immer ungetrübt waren/sind,¹⁴³ jedoch kein militärisches Konfliktpotential enthalten. 1994 unternahm der chinesische Ministerpräsident Li Peng eine Reise nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisistan und Kasachstan, während der er in einer Rede die politischen Leitlinien seines Landes gegenüber den neuen Nachbarn vorstellte:

- „1. Aufrechterhaltung nachbarschaftlicher Freundschaft und friedliches Zusammenleben,
2. Kooperation zum gegenseitigen Nutzen und Förderung des gemeinsamen Gedeihens,
3. Respektierung der Wahl des Volkes jedes Landes, keine Einmischung in die Innenpolitik anderer Länder,
4. Respektierung von Unabhängigkeit und Souveränität, Förderung regionaler Stabilität.“¹⁴⁴

Die vierte Leitlinie war und ist oberstes Primat chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik¹⁴⁵ und steht in engem Zusammenhang mit der chinesischen Furcht vor Terrorismus,

¹⁴³ Unstimmigkeiten gab es beispielsweise teilweise in Grenzfragen, oder bezüglich chinesischer Atomtests.

¹⁴⁴ Zitiert nach: Wacker, Gudrun: Neue „Seidenstraße“ oder neues „Great Game“? Li Pengs Reise nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Kasachstan, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen Nr. 32/1994, Köln 15.6.1994, S. 2

¹⁴⁵ Die chinesische Außenpolitik basiert auf folgenden Hauptelementen: „Maintaining independence, maintaining world peace, friendly relations and cooperation, good-neighbourly and friendly relations, enhanced

Separatismus und Extremismus (genannt: the “three evils”). Hieraus resultierende Gefährdungen der Sicherheit befürchtet die chinesische Regierung ausgehend von Xinjiang und den zentralasiatischen Nachbarn.

Die nordwestliche Provinz Xinjiang ist überwiegend von Uiguren besiedelt, einer ethnischen Gruppe, die den zentralasiatischen Staaten bezüglich Kultur, Sprache, Religion und persönlichen Verwandtschaftsbeziehungen näher steht als China.¹⁴⁶ Viele Uiguren leben in Kasachstan und Kirgisistan – ebenso wie viele ethnische Kasachen oder Kirgisen in Xinjiang leben. Durch systematische Übersiedlung von Han-Chinesen hatte die chinesische Regierung versucht, das chinesische Element gegenüber dem zentralasiatischen zu stärken und die Uiguren¹⁴⁷ und vorhandene secessionistische Tendenzen unterdrückt. Heute ist Xinjiang eine multiethnische Provinz mit zwei größtenteils getrennt lebenden Bevölkerungsgruppen und einer kleinen radikalen uigurischen Minderheit, die für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Ostturkestan“ kämpft. Beijing fürchtet das separatistische und islamistisch-fundamentalistische Potential dieser Region und will verhindern, dass ebensolche Bewegungen von den zentralasiatischen Nachbarstaaten aus nach Xinjiang eindringen, oder dass uigurische Terroristen dort Schutz und Unterstützung finden. Offenbar existieren Verbindungen zwischen den uigurischen Separatisten, al Qaida und IMU.¹⁴⁸ Diese Sicherheitsprobleme ergeben aus chinesischer Sicht ein konstituierendes Element der Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten, denn eine destabilisierte zentralasiatische Region hätte wahrscheinlich folgenschwere Auswirkungen auf Xinjiang. Der chinesische Autor Bao Yi formuliert diese Wechselwirkung so: „Ethnic strife in Central Asia is supported from abroad; the same forces are fanning ethnic strife in China therefore stability and security in Central Asia are directly related to stability and security in China.“¹⁴⁹

unity and cooperation with developing countries, opening policy”, Main Characteristics of China’s foreign policy, Excerpts of Premier Li Peng’s speech at the 96th Inter-Parliamentary Conference on September 19, 1996, <http://www.china-embassy.org/eng/zmgx/zgwjzc/t35077.htm>

¹⁴⁶ Bereits der Name Xinjiang (“western frontier”) weist darauf hin, „that the area had historically recent and traditionally weak connections to the rest of China. The name ‘Western frontier’ implies that, at that time, the area was not considered by the Chinese to be an integral part of China but, rather, a frontier region in the framework of the tributary relations.” Paine, S.C.M.: *Imperial Rivals: China, Russia and their Disputed Frontier*, New York 1996, S. 114, zitiert nach: Kellner, Thierry: *The People’s Republic of China and the New Central Asia*, 2004, a.a.O., S. 39f

¹⁴⁷ Institutionalisierung der chinesischen Sprache, ungleiche Einkommensverteilung zu Ungunsten der Uiguren, etc.

¹⁴⁸ Ausführlicher zum Xinjiang-Problem, siehe: Okhotnikov, Sergei: *China and Central Asia after the Beginning of the Antiterrorist Operation in Afghanistan*, in: *Central Asia and the Caucasus*, No. 5(17), 2002, S. 19-29

¹⁴⁹ Yi, Bao: *China’s Strategic Interests in Central Asia. Cooperation with Central Asian Countries*, in: *Central Asia and the Caucasus*, No. 5(11), 2001, S. 97-103, S. 98

Bereits mit dem Besuch Li Pengs 1994 in den zentralasiatischen Staaten, sicherte sich China die Gefolgschaft seiner Nachbarn in der Uiguren-Problematik. So versprach beispielsweise der kasachische Präsident, „keine anti-chinesischen Aktivitäten einer Bewegung für „Ostturkestan“ in Kasachstan zu dulden“¹⁵⁰. Für die 90er Jahre kann konstatiert werden, dass die zentralasiatischen Regierungen tatsächlich Druck auf die in ihren Staaten lebenden Uiguren ausübten, und deren Präsenz auch zunehmend als Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit wahrnahmen, der chinesischen Propaganda der Gleichsetzung von „Separatismus“ mit „Terrorismus“ folgend.¹⁵¹ Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus kam es zu einer Stärkung der militärischen Kooperation zwischen China und Zentralasien. So unterstützte China Kirgisistan während der Infiltration islamistischer Rebellen im Sommer 1999 und 2000; Schätzungen gehen von rund 1 Million US\$ Militärhilfe aus.¹⁵²

Der 11.9.2001 rückte das Thema Terrorismus international in ein völlig neues Licht, und China versucht nun, in Bezug auf Xinjiang davon zu profitieren und ein härteres Vorgehen gegen die als Terroristen stigmatisierte uigurische Bevölkerung zu legitimieren. Der chinesische Präsident Jiang Zemin und sein russischer Kollege Vladimir Putin stimmten überein, dass sowohl die Tschetschenen, als auch jene Kräfte, die in Xinjiang einen ostturkestanischen Staat errichten wollen, „personify international terrorism and should be sternly opposed and crushed.“¹⁵³ China erreichte sogar, dass Amerika uigurische Gruppierungen auf seine Liste internationaler terroristischer Organisationen setzte.¹⁵⁴

Eine weitere sicherheitsrelevante Frage zwischen China und seinen westlichen Nachbarn betraf die gemeinsamen Grenzen, die 1991 aus der ehemaligen chinesisch-sowjetischen Grenze hervorgingen. Die Lösung dieses Problems war ein hartnäckiger Verhandlungsprozess, der 1994 (mit Kasachstan) bzw. 1996 (mit Tadschikistan und Kirgisistan) einsetzte, jedoch inzwischen weitestgehend – zumeist zu Chinas territorialem Vorteil – zu Ende geführt wurde. Insbesondere Kirgisistan erwies sich jedoch als schwieriger Verhandlungspartner für die chinesische Seite. Nachdem die beiden Präsidenten 1996 und 1999 Grenzabkommen geschlossen hatten, beschloss das kirgisische Parlament 2001, diese Abkommen zu suspendieren und forderte eine Revision. Einerseits wurde die Legitimität der Dokumente angezweifelt, andererseits machten die Abkommen territoriale Zugeständnisse an

¹⁵⁰ Wacker, Gudrun: Neue „Seidenstraße“ oder neues „Great Game“?, 1994, a.a.O., S. 4

¹⁵¹ Vgl. Kellner, Thierry: The People's Republic of China and the New Central Asia, 2004, a.a.O., S. 45

¹⁵² Ebd., S. 45

¹⁵³ Zitiert nach: Vatikiotis, Michael/ Dolven, Ben/ Murphy, David: China – U.S. Relations: Terror Throws Us Together, For Now, in: Far Eastern Economic Review, November 1, 2001, Shanghai, <http://www.mafhoum.com/press2/67feer4.htm>

¹⁵⁴ Olcott, Martha Brill: Taking Stock of Central Asia, in: Journal of International Affairs, Vol. 56 Issue 2, Spring 2003, S. 3-17, S. 7f

China (125.000 Hektar kirgisisches Land gingen an China), was die Parlamentarier, als den nationalen Interessen Kirgisistans zuwiderlaufend, ablehnten.¹⁵⁵

Die territorialen Zugeständnisse durch die zentralasiatischen Staatsführungen können als Anerkennung von Chinas Potential als Hegemonialmacht in der Region interpretiert werden. Das Verhalten der Regierungen gegenüber China wird einerseits bestimmt durch eine gewisse Nervosität ob der wahren chinesischen Intentionen; andererseits durch Bewunderung für die Fähigkeiten der chinesischen Führer, hohes ökonomisches Wachstum zu produzieren, gleichzeitig aber ein eng kontrolliertes politisches System aufrecht zu erhalten.¹⁵⁶

2. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen waren zu Beginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von primärer Bedeutung, und standen im Mittelpunkt der Reise Li Pengs 1994 in die zentralasiatische Region.¹⁵⁷ Als integratives Element werden seitdem immer wieder Transportprojekte im Sinne einer neuen „Seidenstraße“ hervorgehoben, die die beiden Regionen miteinander, sowie mit Europa, dem Fernen Osten und Ostasien verbinden sollen. Die Voraussetzungen für den Ausbau des Handels zwischen China und Zentralasien sind gut, da sie über komplementäre Ökonomien verfügen: Textilien und andere chinesische Waren erfreuen sich großer Beliebtheit in den zentralasiatischen Ländern, während diese Erze und andere Rohstoffe nach China exportieren.¹⁵⁸ Die Förderung von Wohlstand und Entwicklung in Zentralasien ist auch aus sicherheitspolitischer Perspektive zu betrachten, insofern Stabilität in der Region eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung chinesischer Interessen darstellt.

Obwohl China sich seit 1991 in der Region als Handelspartner etabliert hat¹⁵⁹, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass China nur ein Partner unter vielen für die zentralasiatischen Staaten ist, und umgekehrt. Die zentralasiatischen Staaten haben ihren Außenhandel diversifiziert, so dass Beijings wirtschaftlichem Einfluss in der Region starke Grenzen auferlegt sind, insbesondere seitdem die USA und europäische Länder zunehmendes ökonomisches Interesse zeigen.¹⁶⁰ Sowohl von chinesischer, als auch von zentralasiatischer

¹⁵⁵ Vgl. Kellner, Thierry: *The People's Republic of China and the New Central Asia*, 2004, a.a.O., S. 42f

¹⁵⁶ Olcott, Martha Brill: *Taking Stock of Central Asia*, 2003, a.a.O., S. 7

¹⁵⁷ Vgl. Wacker, Gudrun: *Neue „Seidenstraße“ oder neues „Great Game“?*, 1994, a.a.O.

¹⁵⁸ Yi, Bao: *China's Strategic Interests in Central Asia*, 2001, a.a.O., S. 100

¹⁵⁹ Das Handelsvolumen zwischen China und den fünf zentralasiatischen Staaten hat sich zwischen 1992 (0,46 Milliarden US\$) und 2000 (1,819 Milliarden US\$) vervierfacht. Im Jahr 2000 machte dies allerdings lediglich 0,38% von Chinas Gesamtaußenhandel aus. Siehe: Bin, Xu: *China and Central Asia: A New Dimension of Partnership*, 2004, a.a.O., S. 184

¹⁶⁰ Während beispielsweise Deutschland 1999 mit einem Anteil von 18,56% der größte Außenhandelspartner Kirgisistans war, nachdem es 1995 nur einen Anteil von 2,23% erreicht hatte, und die USA ihren Anteil am kirgisischen Außenhandel von 2,48% (1995) auf 6,21% (1999) steigerte, ging der chinesische Anteil von 8,02% (1995) auf 5,9% (1999) zurück.

Seite können die gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen folglich nicht als essentiell betrachtet werden, zumal sie nicht die an sie gestellten Erwartungen erfüllt haben und gewissen Hindernissen unterliegen.¹⁶¹

3. Nach dem chinesischen Wirtschaftsboom seit Beginn der 80er Jahre, hat die kontinuierlich wachsende Wirtschaft zu einem ebenso steigenden Energiebedarf geführt und China 1993 vom Ölexporteur zum Ölimporteur werden lassen. Seitdem bezieht China den Großteil seiner Ölimporte aus dem Mittleren Osten. Dies brachte allerdings den strategischen Nachteil der Abhängigkeit von dieser von den USA kontrollierten Region mit sich. China befürchtet, dass die USA ihre Machtposition ausnutzen könnten, um China energiepolitisch einzudämmen, zumal es nicht über die notwendigen Mittel verfügte, den maritimen Transport in diesem Falle sicherzustellen. Einen Ausweg aus diesem Dilemma schien neben dem Ausbau der heimischen Ölindustrie, der Erwerb von Anteilen ausländischer Ölindustrien zu bieten. Aufgrund der geographischen Nähe und der Möglichkeit, Überland-Pipelines zu bauen, bot die zentralasiatische Region, und insbesondere das Kaspische Meer, eine interessante Alternative. Im Juni 1997 erkaufte sich die China National Petroleum Corporation die 60%ige Teilhabe an einer kasachischen Ölfirma. Das Abkommen sah Investitionen von 4,3 Milliarden US\$ (über 20 Jahre) vor, und war die größte ausländische Investition, die Beijing jemals getätigt hatte. Trotz dieses vielversprechenden Projekts und des potentiellen strategischen Vorteils, sind bis heute keine der notwendigen Pipelines gebaut und findet das Projekt im aktuellen Fünfjahresplan (2001-2005) keine Erwähnung. Nach dem 11.9. und der Möglichkeit eines langfristigen militärischen amerikanischen Engagements in Zentralasien, verliert diese Variante, die Energie-Sicherheit zu gewährleisten, deutlich an Attraktivität.¹⁶²

Für die regionale Infrastruktur und das wirtschaftliche Entwicklungspotential der zentralasiatischen Staaten hätte die Verwirklichung der chinesischen Pläne enorme Auswirkungen. Es würde einen neuen großen Absatzmarkt erschließen und somit die Abhängigkeit von russischen und westlichen Pipelinerouten reduzieren.

Wie bereits erwähnt findet die chinesische Politik gegenüber Zentralasien in den drei dargestellten Kernbereichen nicht nur auf bilateraler Ebene, sondern auch multilateral im Rahmen der SCO statt, welche ein wichtiges konstituierendes Element der zwischenstaatlichen Beziehungen geworden ist. Mit dem Errichten der SCO wurde China

¹⁶¹ Vgl. Kellner, Thierry: The People's Republic of China and the New Central Asia, 2004, a.a.O., S. 47-53

¹⁶² Ebd., S. 53-61; Weihman, Ted: China making diplomatic push in Central Asia, in: Eurasianet, Business & Economics, 9.6.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/business/articles/eav060903.shtml>

erstmalig zu einer führenden Kraft - bzw. eine der zwei führenden Kräfte - innerhalb einer internationalen Organisation, hat sich als regionale Macht positioniert und damit die Verantwortung für die Wahrung militärischer und politischer Stabilität, sowie das Vorantreiben ökonomischer Zusammenarbeit in der Region auf sich genommen. In Folge dieser Erfahrung hat China ein neues Sicherheits-Verständnis entwickelt, das sich im „Shanghai Spirit“ niederschlägt und folgende Prinzipien beinhaltet: „mutual trust, reciprocity, equality, cooperation, joint consultations, respect for cultural diversity and the desire for common development“¹⁶³

In der Entwicklung der SCO spiegelt sich in gewisser Weise eine generelle Abkehr Beijings vom außenpolitischen Prinzip der Multipolarität wieder - welches es in den 90er Jahren mit Russland teilte, um den unilateralen Ansprüchen der USA zu begegnen – hin zu einem multilateralen Ansatz.¹⁶⁴ Dennoch sind Zweifel ob der wahren Intentionen des Bekenntnisses zum Multilateralismus angebracht. Möller kommt zu folgendem Schluss: „Zwar hat die chinesische Außenpolitik in den letzten zehn Jahren Lernprozesse betreffend die internationale Kräfteverteilung durchlaufen. Weil die daraus gezogenen Lehren aber vornehmlich taktischer Natur sind und „Multilateralisierung“ vornehmlich als Versuch erscheint, die Zeit bis zum eigenen Aufstieg zur Großmacht zu überbrücken, geht diese Politik... vermutlich von falschen Prämissen aus und erzeugt ihrerseits neue Widersprüche.“¹⁶⁵

Auch die allgemeinen Grundzüge chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik bestimmten das Verhältnis zu Zentralasien. Diese lauten: „Maintaining world peace. China does not participate in the arms race, nor does it seek military expansion. China resolutely opposes hegemonism, power politics, aggression and expansion in whatever form, as well as encroachments perpetrated by one country on the sovereignty and territorial integrity of another, or interference in the internal affairs of another nation under the pretext of ethnic, religious or human rights issues.“¹⁶⁶

In dieser Programmatik schwingt ein klarer antiamerikanischer Unterton. Die Konkurrenz zu den USA als außenpolitisches Charakteristikum wirkte sich auch auf die Beziehungen zu Zentralasien aus. Es war für China essentiell, eine Einflussosphäre in Asien aufzubauen, um

¹⁶³ Kellner, Thierry: The People's Republic of China and the New Central Asia, 2004, a.a.O., S. 39

¹⁶⁴ Vgl. Möller, Kay: Chinas Außenpolitik: Selektive Multilateralität, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie, November 2003, Berlin

¹⁶⁵ Ebd., S. 6

¹⁶⁶ Main Characteristics of China's foreign policy, 1996, a.a.O.

dem globalen Einfluss Washingtons entgegenzutreten: „...on the lands bordering China, all countries should be under the influence of China. That is essential to China’s safety.”¹⁶⁷ China fürchtete das Eindringen der USA in seine Nachbarschaft aus ideologischen und militärischen Gründen. Dies betraf einerseits eine befürchtete NATO-Ausweitung: „Everything lead us to believe that NATO intends to expand eastwards and up to Central Asia; strategic military relations between the USA and certain countries in Central Asia have already been clearly strengthened, a fact which constitutes an important latent danger for the security of China’s North East frontier.”¹⁶⁸ Des Weiteren befürchtete China, dass die USA separatistische Kräfte zur Destabilisierung Chinas unterstützen könnte, bzw. sich aus humanitären Gründen oder in Verbindung mit der Frage Tibets, Taiwans oder Xinjiangs zu einem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Chinas veranlasst sehen könnte.¹⁶⁹ Einen Tiefpunkt erreichten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen mit dem Regierungswechsel im Weißen Haus von Clinton zu Bush. Letzterer bezeichnete China als „rather a strategic enemy than a strategic partner“¹⁷⁰.

Der 11.9. und die Zusammenarbeit in der Antiterror-Koalition führte zu einer deutlichen Entspannung der bilateralen Beziehungen. China nimmt die neue Vormachtstellung der USA und seinen Machtverlust in Zentralasien stillschweigend hin, bleibt jedoch misstrauisch ob der Wahrscheinlichkeit eines langfristigen US-Engagements in Zentralasien. Die Unterstützung der zentralasiatischen Regierungschefs für die amerikanischen Antiterrormaßnahmen, ohne vorherige Absprache mit China, offenbarte, dass es China nicht gelungen war, einen effektiven Mechanismus militärpolitischer Kooperation zu kreieren.

In diesem Sinne versuchte Beijing nach dem 11.9. mit diplomatischem Druck die militärische Kooperation zwischen Washington und den zentralasiatischen Staaten zu verhindern und bekannte öffentlich, dass die US-Präsenz ein Hindernis für sein strategisches Ziel darstelle, die Region zu dominieren.¹⁷¹ Der so plötzlich Realität gewordene chinesische Albtraum einer amerikanischen Militär-Präsenz an seiner Türschwelle, wird somit auch das Verhältnis

¹⁶⁷ Page, J.: China and Russia kick off new Great Game, Johnson’s Russia List, 15. June 2001, www.cdi.org/russia, zitiert nach: Kellner, Thierry: The People’s Republic of China and the New Central Asia, 2004, a.a.O., S. 41

¹⁶⁸ Zitat des chinesischen Autors Limin Lin, 1999, nach: Kellner, Thierry: The People’s Republic of China and the New Central Asia, 2004, a.a.O., S. 39.

¹⁶⁹ Kellner, Thierry: The People’s Republic of China and the New Central Asia, 2004, a.a.O., S. 39

¹⁷⁰ Okhotnikov, Sergei: China and Central Asia after the Beginning of the Antiterrorist Operation, 2002, a.a.O., S. 25

¹⁷¹ Cutler, Robert: Redrawing the architecture of Central Asian Security, in: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 27.2.2002, http://www.cacianalyst.org/2002-02-27/20020227_SECURITY_ARCHITECTURE.htm

zwischen den amerikafreundlichen zentralasiatischen Staaten und China auf eine Bewährungsprobe stellen und wird zum potentiellen Instabilitäts-Faktor in der Region.

Stephen Blank spitzt die chinesische Niederlage zu: „It is already clear that China is the big loser in the war on terrorism in Central Asia, if not elsewhere. Virtually every plank of its strategic policy for enhancing its influence and lessening American influence in the area has failed and its weaknesses have been cruelly displayed to the world. Therefore, Beijing is now searching for a new strategy with which to regain influence and reduce the threats it perceives from Washington's rising presence in Central Asia.”¹⁷²

In diesem Sinne versucht China, das Beste aus der unliebsamen Situation zu machen, und die Kooperation mit der Antiterror-Koalition auszunutzen, um seine Position zu stärken. Extern, um als Partner der USA und mit ihr auf gleicher Augenhöhe als Weltmacht wahrgenommen zu werden¹⁷³, und intern, um eine neue Legitimationsgrundlage für die Politik gegenüber Xinjiang zu schaffen.

2.3.3. USA

Seit dem 11.9.2001 hat die USA quasi von einem Tag auf den anderen ihr strategisches Interesse an den zentralasiatischen Staaten entdeckt und ist zum wichtigen Akteur innerhalb der Region geworden. Dass dies nicht immer so war, bringt Maynes polemisch auf den Punkt: “Prior to September 11, 2001, the Central Asian states of the former Soviet Union - Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan - might as well have been on the other side of the moon as far as U.S. policy was concerned.”¹⁷⁴

Nichtsdestotrotz beginnt die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen rund zehn Jahre vorher mit dem Niedergang des amerikanischen Erzfeinds Sowjetunion, der daraus resultierenden Entstehung neuer Staaten und der schrittweisen Aufnahme von Beziehungen. Die Annäherung entsprang zwar keinem vitalen amerikanischen Interesse, muss aber dennoch zur nationalen Sicherheitsstrategie in Bezug gesetzt werden. Letztere gründete auf dem Leitbild anhaltender Verpflichtungen („engagement“) und Führerschaft („leadership“) im

¹⁷² Blank, Stephen: China's Defeat in Central Asia, in: Central Asia – Caucasus Analyst, August 14, 2002, http://www.cacianalyst.org/2002-08-14/20020814CHINAS_DEFEAT_CENTRAL_ASIA.htm

¹⁷³ Nach einem Treffen mit US Präsident Bush sagte Jiang Zemin: “(China and the US) are two countries with significant influence in the world. As such, we share common responsibility and interest in maintaining peace and security in the Asia-Pacific.” Vatikiotis, Michael/ u.a.: China – U.S. Relations: Terror Throws Us Together, For Now, 2001, a.a.O.

¹⁷⁴ Maynes, Charles William: America Discovers Central Asia, in: Foreign Affairs, Volume 82 No. 2, March/April 2003, S. 120-132, S. 120

Ausland: „The United States must lead abroad if we are to be secure at home. Our strategy has three core objectives: enhancing American security; bolstering our economic prosperity; and promoting democracy and human rights abroad, which we strongly believe will, in turn, advance the first two goals.“¹⁷⁵

In diesem Sinne nahm die USA, nachdem sie die zentralasiatischen Staaten Ende 1991 anerkannt hatte, diplomatische Beziehungen zu ihnen auf, mit dem Willen, sie in ihren politischen und ökonomischen Transformationen zu unterstützen. Formelle Grundlage bildete der „Freedom Support Act“ vom 24.10.1992, der den zentralasiatischen Staaten vielseitige Unterstützung zusagte.

Auch die Sicherheitskooperation gewann im Laufe der Zeit an Bedeutung. Zunächst war die nukleare Abrüstung von oberster Priorität, da auf kasachischem Staatsgebiet sowjetische Raketen stationiert waren. Ende 1993 wurde eine vertragliche Regelung dieses Problems in die Wege geleitet und 1995 war Kasachstan atomwaffenfrei. Ab Mitte 1994 beteiligten sich Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan am Partnership for Peace Program (PFP) der NATO. Dies bedeutete eine Formalisierung der Beziehungen der zentralasiatischen Staaten zur NATO, womit ein Mechanismus für die Sicherheitszusammenarbeit und eine Basis für gemeinsame Aktionen geschaffen wurde. Durch gemeinsame Manöver gelang es den USA, ein Vertrauensverhältnis zum einstigen Feind aufzubauen, und nachhaltige Sympathien für sich zu erzeugen.¹⁷⁶

Eine erste programmatische Äußerung über die US-Politik gegenüber Zentralasien war 1997 von Strobe Talbott (Deputy Secretary of State) zu vernehmen, der einen Abschied von allen „Great Game“ Ambitionen in der Region proklamierte und die Unterstützung durch die USA auf vier Ebenen konstatierte: „the promotion of democracy, the creation of free market economies, the sponsorship of peace and cooperation within and among the countries of the region, and their integration with the larger international community.“¹⁷⁷ Dies entsprach keinem vitalen Interesse und verdeutlichte, dass die USA zu diesem Zeitpunkt keinerlei strategische Interessen in der Region verfolgte und somit auch keinen konzeptionellen Ansatz

¹⁷⁵ A National Security Strategy for a New Century, The White House, Washington DC, December 1999, <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/nss/nssr-1299.pdf>, S. 3

¹⁷⁶ Zu den PFP-Manövern und deren positiven Auswirkungen auf die Einstellung zu Amerika, siehe: Kim, Alexander: Partnership for Peace – The triumph of an American idea in Central Asia, in: The Times of Central Asia, February 13, 2003, S. 1+5

¹⁷⁷ Talbott, Strobe: A Farewell to Flashman: American Policy in the Caucasus and Central Asia, Address at the Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Baltimore, Maryland, July 21, 1997, <http://www.state.gov/www/regions/nis/970721talbott.html>

benötigte, sondern sich der unverbindlichen Devise verschrieben hatte: „As long as they move in the direction of political and economic freedom, of national and international reconciliation, we will be with them.“¹⁷⁸

Gegen Ende der 90er Jahre gewann der Kampf gegen den Terrorismus an Bedeutung innerhalb der zentralasiatisch-amerikanischen Sicherheitszusammenarbeit. Im Februar 1998 bildeten die USA und Usbekistan, in Anerkennung der geopolitisch wichtigen Lage Usbekistans im Kampf gegen das Terrornetzwerk Osama Bin Ladens, eine gemeinsame Kommission. Zu einer expliziten Komponente amerikanischer Politik wurde der Antiterrorismus nach dem Eindringen bewaffneter Anhänger der IMU in kirgisches Territorium im Sommer 1999. Bereits am 10.3.1999 hatte der amerikanische Kongress den „Silk Road Strategy Act“ erlassen, welcher auch militärische Unterstützung für die zentralasiatischen Staaten billigte. Neben der Förderung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit, ökonomischer Entwicklung, des Ausbaus der Infrastruktur, sowie regionaler Kooperation, sah die neue Gesetzgebung Unterstützung in folgenden Bereichen vor: Drogenhandel, Proliferation, transnationale kriminelle Aktivitäten, sowie humanitäre Hilfe im Konfliktfall.¹⁷⁹ Zusätzliche finanzielle Unterstützung für die zentralasiatischen Staaten (je 3 Millionen US \$) für den Kampf gegen Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel wurde aufgrund der geographischen Nähe zum Krisenherd Afghanistan nach einem Besuch von Staatssekretärin Madeleine Albright im April 2000 zur Verfügung gestellt. Nach erneuten Übergriffen im Ferghana Tal durch die IMU im Sommer 2000, wurde die Gruppierung vom State Department im September 2000 in ihre Liste ausländischer terroristischer Organisationen aufgenommen.¹⁸⁰

Neben der sicherheitspolitischen Dimension der amerikanisch-zentralasiatischen Beziehungen, war der Öl- und Gasreichtum in Zentralasien (und im Kaukasus) ein wichtiger Faktor, der die Bedeutung der Region für Amerika erhöhte. „The region of the South Caucasus and Central Asia could produce oil and gas in sufficient quantities to reduce the dependence of the United States on energy from the volatile Persian Gulf region.“¹⁸¹

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Silk Road Strategy Act of 1999, 106th Congress, 1st Session, March 10, 1999, <http://www.eurasianet.org/resource/regional/silkroad.html>

¹⁸⁰ Wishnick, Elizabeth: Growing U.S. Security Interests in Central Asia, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, October 2002, S. 3-6;

Rahmani, Mansour: Central Asian States: Balancing opportunities and challenges, 2003, a.a.O.

¹⁸¹ Silk Road Strategy Act of 1999, a.a.O.

Auch der strategische Effekt, ein Gegengewicht zu der Ausweitung von russischen, iranischen oder chinesischen Einflüssen darzustellen, dürfte eine wichtige Rolle gespielt haben. „A fundamental U.S. policy goal is precisely to prevent the emergence of a new Russian empire in Eurasia. That restoration would inevitably threaten the regional balances of power in Europe, the Middle East, and the Far East.“¹⁸²

In einer umfassenden Analyse der strategischen Interessen Amerikas in Eurasien, die wenige Monate vor dem 11.9. erschienen ist, fassen die Autoren des Strategic Studies Institute diese folgendermaßen zusammen:

„Vital: None.

Strategic: Regional peace, stability and independence; Containment of intra-regional disputes; Prevention of inter-regional disputes; Control over proliferation of WMD.

Important: Promotion of energy markets; Combat of narcotics smuggling; Environmental concerns; Promotion of democratic reform and human rights.“¹⁸³

Neben der Tatsache, dass keinerlei vitale Interessen der USA in Zentralasien angesprochen waren, dürfte auch der autoritäre Führungsstil der zentralasiatischen Regime und ihre Missachtung von Menschenrechten und demokratischen Werten ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, dass die USA keine engen Beziehungen zu dieser Region aufgebaut hatten.

Der 11.9.2001 führte zu vielen Änderungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik, unter anderem zu einer Verschiebung der „strategic geography“¹⁸⁴. Staaten und Regionen, die zuvor von peripherem Interesse gewesen waren, erhielten aufgrund ihrer Nähe zu Afghanistan eine völlig neue Bedeutung. Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan wurden zu „frontline states“¹⁸⁵ in der Antiterror-Operation Enduring Freedom, Antiterrorismus wurde zum Fokus amerikanischer Politik in Zentralasien, und Amerika stationierte erstmals Truppen im einstigen Feindesland.

¹⁸² Blank, Stephen J.: U.S. Military Engagement with Transcaucasia and Central Asia, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, June 2000, S. 4

¹⁸³ Fairbanks, Charles/ Starr, Frederick S./ Nelson, Richard C./ Weisbrode, Kenneth: Strategic Assessment of Central Eurasia, The Atlantic Council of the United States, Central Asia – Caucasus Institute, Washington D.C., January 2001, S. 128,

<http://www.acus.org/publications/policypapers/internationalsecurity/Central%20Eurasia.pdf>

¹⁸⁴ Wishnick, Elizabeth: Growing U.S. Security Interests in Central Asia, 2002, a.a.O., S. iii

¹⁸⁵ Jones, Elizabeth A. (Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs): U.S.-Central Asian Cooperation, Testimony Before the Senate Foreign Relations Committee, Subcommittee on Central Asia and the Caucasus Washington, DC, U.S. Department of State, December 13, 2001, <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2001/11299pf.htm>

Die zentralasiatischen Staaten waren in unterschiedlichem Ausmaß zu einer Zusammenarbeit mit den USA bereit, wobei Usbekistan sich schnell als bereitwilligster Partner herauskristallisierte und schon am 16.9. seinen Luftraum zur Verfügung stellte. Nach einem Besuch von Donald Rumsfeld (Secretary of Defence) am 5.10. in Taschkent wurde ein Abkommen geschlossen, das Khanabad als Luftstützpunkt für die Antiterror-Operationen (beschränkt auf „humanitarian and search and rescue operations“¹⁸⁶, so Karimow in einer Pressekonferenz) und den gesamten usbekischen Luftraum bereitstellte, und die Stationierung von 1500 Soldaten genehmigte.¹⁸⁷ Im Gegenzug erhielt Usbekistan amerikanische Sicherheitsgarantien und implizit die Zusage, dass während der Militäroperationen in Afghanistan auch Trainingslager der IMU ein Ziel sein würden.¹⁸⁸

Kirgisistan stellte der US-geführten Antiterror-Koalition einen Stützpunkt (Manas International Airport nahe Bischkek) für Kampf- und Unterstützungseinheiten zur Verfügung. Tadschikistan genehmigte die Nutzung seines internationalen Flughafens in Dushanbe zum Auftanken und als Stützpunkt für amerikanische, französische und britische Flugzeuge. Kasachstan gewährte Überflugsrechte und den Zugang zu seinen Eisenbahnlinien zum Transport von Versorgungsgütern. Nach anfänglichem Zögern gestand auch Turkmenistan Überflugsrechte, sowie das Auftanken von humanitären Flügen zur Unterstützung der Operation Enduring Freedom, zu.¹⁸⁹ Heute hat Amerika nach wie vor militärisches Personal in Zentralasien stationiert: 3000 Mann in Kirgisistan und 1000 in Usbekistan.

Das plötzliche Engagement spiegelte sich auch finanziell wieder: Die Vereinigten Staaten haben im fiskalen Jahr 2002 (Oktober 2001 bis September 2002) rund 580 Millionen US\$ für die Region zur Verfügung gestellt. Mehr als eine Verdopplung der Hilfe gegenüber dem Vorjahr (250 Millionen US\$).¹⁹⁰ Doch nicht nur in ökonomischer Hinsicht profitierten die zentralasiatischen Staaten von dem amerikanischen Antiterror-Krieg und seinen Auswirkungen auf die Region. Denn davon auszugehen, dass die zentralasiatischen Führungen den Vereinigten Staaten lediglich einen Gefallen taten, und dafür entschädigt wurden, wäre weit gefehlt. Vielmehr waren die militärischen Operationen ganz im Interesse

¹⁸⁶ Secretary Rumsfeld Press Conference with President of Uzbekistan, Joint press availability with Islam Karimov, president of Uzbekistan, U.S. Department of State, 5 October 2001, <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01100550.htm>

¹⁸⁷ Vgl. Joint Statement Between The Government Of The United States Of America And The Government Of The Republic Of Uzbekistan, U.S. Department of State, 12 October 2001, <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01101205.htm>

¹⁸⁸ Wishnick, Elizabeth: Growing U.S. Security Interests in Central Asia, 2002, a.a.O., S. 14

¹⁸⁹ Ahrari, Ehsan: The Strategic Future of Central Asia: A View from Washington, in: Journal of International Affairs, Volume 56 No. 2, Spring 2003, S. 157-166, S. 164

¹⁹⁰ Maynes, Charles William: America Discovers Central Asia, 2003, a.a.O.

der „frontline states“, die sich seit Jahren durch Terrorismus, Islamismus und Drogenhandel bedroht fühlten. Tausende Personen waren in diesem Zusammenhang (in erster Linie in Usbekistan) inhaftiert worden, und so waren “the post-September 11th moral rhetoric of President Bush - his regular references to ‘evil doers’ and his simplistic aphorism that ‘either you are with us or you are with the terrorists’ - quite appealing to the Central Asian dictators, since they have long been condemning all anti-government activities of Islamist groups as nothing but manifestations of terrorism.”¹⁹¹

Trotz der neuen militärpolitischen Schwerpunktsetzung amerikanischer Politik in Zentralasien sind auch die vor dem 11.9. aufgestellten strategischen Interessen nach wie vor aktuell und stellen laut Elizabeth Jones ein „long-term commitment“¹⁹² dar. Jedes einzelne von den USA unterstützte Programm sei so sehr im amerikanischen Interesse, wie auch im Interesse der betroffenen Länder. Sie teilt die strategischen Interessen der USA in Zentralasien in drei Bereiche ein:

“*Security*, including our fights against terrorism, proliferation, and narcotics trafficking; *Energy*, involving reliable and economically sound transit of Caspian oil and gas to global markets, and the use of energy revenues to foster sustained and balanced economic growth; and *Internal reform*, encompassing democratic and market economic transformations in these countries that can support human rights, and expand freedom, tolerance, and prosperity in these countries.”¹⁹³

Bezieht man die grundlegenden Ziele amerikanischer Außenpolitik auf die zentralasiatische Region ergeben sich jedoch Widersprüche. Im Vorwort der neuen nationalen Sicherheitsstrategie 2002 formulierte Präsident Bush die drei Pfeiler der amerikanischen Außenpolitik folgendermaßen: “We will defend the peace by fighting terrorists and tyrants. We will preserve the peace by building good relations among the great powers. We will extend the peace by encouraging free and open societies on every continent.”¹⁹⁴

¹⁹¹ Ahrari, Ehsan: *The Strategic Future of Central Asia*, 2003, a.a.O., S. 164

¹⁹² Jones, Elizabeth A.: Statement of the honorable A. Elizabeth Jones, Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs, U.S. Department of State, Hearing before the Subcommittee on the Middle East and Central Asia of the Committee on International Relations House of Representatives, Central Asia: Terrorism, Religious Extremism, and Regional Stability, one hundred eighth congress, first session, Serial No. 108-71, October 29, 2003, http://commdocs.house.gov/committees/intlrel/hfa90361.000/hfa90361_of.htm, S. 27

¹⁹³ Ebd., S. 28

¹⁹⁴ *The National Security Strategy Of The United States Of America*, The White House, Washington, September 2002, <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>

Die amerikanische Politik verschloss jedoch die Augen vor der Tatsache, dass das erste und das letzte Ziel oftmals konfliktieren – so auch in Zentralasien. Da der Antiterrorismus absolute Priorität genoss und weiterhin genießt, verbündete sich die Bush-Administration mit den autoritären Regimen in Zentralasien und hinterfragte auch nicht die „Antiterror-Politik“ Chinas gegenüber Xinjiang oder Russlands gegenüber Tschetschenien. Insbesondere in Bezug auf seinen wichtigsten zentralasiatischen Partner Usbekistan – mit dem Amerika seit dem 12.3.2002 eine „strategische Partnerschaft“¹⁹⁵ verbindet - ignorierte die amerikanische Regierung den dritten Grundsatz, trotz harter Kritik an der Karimow-Führung, u.a. seitens amerikanischer Menschenrechtsorganisationen. Vielmehr wich die Bush-Administration Fragen bezüglich der usbekischen Menschenrechtssituation und Demokratisierungsfortschritten konsequent aus und betonte stattdessen ihre „appreciation“ für Taschkents „stalwart support“ im andauernden Krieg gegen den Terrorismus.¹⁹⁶ Infolgedessen war der wissenschaftliche Grundtenor bezüglich der amerikanischen Bevorzugung Usbekistans sehr kritisch und wertete diese als kontraproduktiv: “Propping up Uzbekistan as a regional hegemon not only would fail to address but would actually exacerbate a key source of Central Asian instability: the domestic political repression that fosters the radicalization of Islamist movements and galvanizes popular support behind them.”¹⁹⁷

In jüngster Zeit scheint sich jedoch eine kritischere Tendenz der amerikanischen Politik gegenüber Usbekistan abzuzeichnen. Der Bericht des State Departments 2003 zur Menschrechtssituation in Usbekistan hatte diese aufgrund der Verfolgung religiöser und politischer Opponenten durch das autoritäre Karimow-Regime, als „very poor“ klassifiziert.¹⁹⁸ Am 13.7.2004 verkündete die Regierung, dass 18 Millionen US\$ Finanzhilfe, die Usbekistan bereits zugesagt worden waren, eingefroren würden, da Usbekistan in den Bereichen Menschenrechte, Freiheiten und ökonomische Reform keinerlei Fortschritte vorzuweisen habe, wie in dem „Strategic Partnership Framework“ von 2002 vereinbart. Der Schritt wurde von usbekischen Oppositionellen und Menschenrechtsgruppierungen begrüßt, auch wenn der Führer der usbekischen Erk Partei Oripov bezüglich der direkten Auswirkungen dieser

¹⁹⁵ Siehe: Declaration on the Strategic Partnership and Cooperation Framework Between the United States of America and the Republic of Uzbekistan, U.S. Department of State, Washington, March 12, 2002, <http://www.state.gov/p/eur/rls/or/2002/11711pf.htm>

¹⁹⁶ So US Verteidigungsminister Donald Rumsfeld während eines Besuchs der zentralasiatischen Staaten Ende Februar 2004. Zitiert nach: Islamov, Esmer: Rumsfeld defend status quo on Central Asian tour, in: Eurasia Insight, 26.2.2004, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav022604.shtml>

¹⁹⁷ Zum Beispiel: Jones Luong, Pauline/ Weinthal, Erika: New Friends, New Fears in Central Asia, in: Foreign Affairs, Volume 81 No. 2, March/April 2002, S. 61-70, S. 62f

¹⁹⁸ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2003, Uzbekistan, Released by the Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, February 25, 2004, <http://www.state.gov/drl/rls/hrrpt/2003/27873.htm>

Entscheidung kritisch anmerkte: „The Uzbek government merely increased its repression after receiving US aid. And now the step taken by the US might not bring the expected results because the current government has committed so many crimes against its own people in its 13 years of existence that any significant political reforms would make their crimes public.“¹⁹⁹

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die USA in der zentralasiatischen Region quasi von einem Tag auf den anderen die Rolle des Sicherheitsmanagers übernommen haben. Dieses führte neben der Aufnahme von engen kooperativen bilateralen Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten zu einer partnerschaftlichen Annäherung Amerikas an die beiden Großmächte und einstigen Rivalen Russland und China. Im Vorwort der nationalen Sicherheitsstrategie konstatiert Präsident Bush:

„Today, the international community has the best chance since the rise of the nation-state in the seventeenth century to build a world where great powers compete in peace instead of continually prepare for war. Today, the world’s great powers find ourselves on the same side—united by common dangers of terrorist violence and chaos.“²⁰⁰

Wie jedoch in den beiden vorherigen Abschnitten deutlich geworden ist, ist diese aus einem gemeinsamen Feindbild entsprungene neue Partnerschaft alles andere als ungetrübt. Die jahrzehntelange Rivalität lässt sich nicht von heute auf morgen ausräumen, und weder China noch Russland dürften eine unbefristete amerikanische Militärpräsenz direkt vor ihrer Haustür ohne weiteres hinnehmen. Bereits wenige Wochen nach dem 11.9. stellte Elizabeth Jones klar, dass die USA langfristige Beziehungen zu Zentralasien etablieren wolle: „We want to stand by the Central Asian countries in their struggle to reform their societies in the same way they have stood by us in the war on terrorism. This is not only a new relationship, but a long-term relationship.“²⁰¹ Ob aus dieser Zusage auch ein langfristiges militärisches Engagement erwachsen wird, ist weiterhin unklar, doch die meisten Kommentatoren gehen von einer Präsenz über die nächsten Jahre aus.

¹⁹⁹ Uzbekistan: US freeze on aid welcomed by rights groups and opposition, in: IRIN News.org Tashkent, 14 Jul. 2004, http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=42178&SelectRegion=Central_Asia&SelectCountry=UZBEKISTAN

²⁰⁰ The National Security Strategy Of The United States Of America, 2002, a.a.O.

²⁰¹ Jones, Elizabeth A.: U.S.-Central Asian Cooperation, 2001, a.a.O.

Der usbekische Außenminister Sadyk Safaev ließ diese Option beim letzten Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers in Usbekistan im Februar 2004 offen. Rumsfeld seinerseits drückte sich folgendermaßen aus:

„We have no plans to put permanent bases in this part of the world. We have been discussing with various friends and allies the issue of - I guess you would call them operating sites that would not be permanent as a base would be permanent, but would be a place where the United States and coalition countries could periodically and intermittently have access and support.“²⁰²

2.3.4. Förderung regionaler Kooperation durch internationale Geldgeber

Eine Vielzahl internationaler Institutionen und Geldgeber unterstützt die zentralasiatischen Staaten mit finanziellen und technischen Mitteln, um den komplexen Herausforderungen seit 1991 zu begegnen. Es wird nicht nur bilaterale Hilfe gewährt; in zunehmendem Maße werden Programme entwickelt und gefördert, die die ökonomische Kooperation innerhalb der zentralasiatischen Region voranbringen sollen. Vier Förder-Schwerpunkt-Bereiche können herausgestellt werden: 1. Transport, 2. Energie und Wasser, 3. Handel, 4. Umwelt, Gesundheit, Bildung.

Folgende Organisationen, Institutionen und Staaten sind zu nennen, die in einem oder mehreren Bereichen tätig werden, um die regionale Kooperation zu unterstützen: Asiatische Bank für Entwicklung (ADB), die Bundesrepublik Deutschland, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Europäische Union (EU), Islamische Bank für Entwicklung (IDB), die Schweiz, United Nations Development Programme (UNDP), United Nations Special Programme of Economies of Central Asia (UNSPECA), United States Agency for International Development (USAID), Weltbank.

Ich werde nicht auf jede der genannten Organisationen, bzw. Staaten und ihre Programme mit der zentralasiatischen Region eingehen. Als zwei der wichtigsten internationalen Unterstützer Zentralasiens, mit umfassenden Programmen zur Förderung der regionalen Kooperation, möchte ich lediglich die Schwerpunkte und Ziele von ADB und EU kurz vorstellen.

²⁰² Zitiert nach: Blua, Antoine: Rumsfeld Wraps Up Visit To Uzbekistan, Kazakhstan, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, Prague, 26 February 2004, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2004/02/0fdcdfff-fef7-4879-b86f-51ec52a54601.html>

2.3.4.1. Europäische Union (EU)

Die EU betreibt mit 12 exsowjetischen Ländern Osteuropas und Zentralasiens das TACIS Programm, welches 1991 initiiert wurde, um die Länder durch technische Hilfe in ihren Transformationsprozessen zu begleiten. Seit seinen Anfängen ist das Programm immer weiter ausgebaut worden und ist heute Teil komplexer Beziehungen mit den beteiligten Staaten. Durch die zusätzliche Implementierung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, erhielt TACIS auch eine strategische Dimension im Kooperationsprozess zwischen der EU und ihren Partnerstaaten.

Die gegenwärtigen Beziehungen zu Zentralasien sind durch ein strategisches Rahmenprogramm für die weitere Unterstützung für die Jahre 2002-2006 geregelt. Das Strategiepapier enthält ein TACIS Richtlinienprogramm 2002-2004, welches eine neue Strategie für die technische Unterstützung bereit hält, zu dessen Umsetzung ein jährliches Budget von 50 Millionen Euro beschlossen wurde. Das neue Programm formuliert als Hauptziele die Förderung von Stabilität und Sicherheit in den Staaten Zentralasiens, und die Unterstützung für nachhaltige ökonomische Entwicklung und Armutsbekämpfung. Zur Umsetzung wurden drei Programmbereiche aufgesetzt, deren gemeinsames Ziel die Förderung von Sicherheit und Konfliktprävention, die Eliminierung von Quellen für politische oder soziale Spannungen, sowie die Verbesserung des Handels- und Investitionsklimas ist. Die drei Bereiche der TACIS Unterstützung für Zentralasien bestehen aus einem regionalen Kooperations-Programm; einem Programm der Regionalhilfe, zu implementieren auf nationaler Ebene; sowie einem Programm zur Armuts-Bekämpfung.

Das regionale Kooperations-Programm wurde geschaffen, um gutnachbarschaftliche Beziehungen und Aktivitäten, die der regionalen Kooperation und Integration dienen, zu fördern. Unterstützt werden multilaterale Vorhaben der zentralasiatischen Partnerstaaten, der Ausbau bereits bestehender Interaktionen, sowie gegebenenfalls auch Initiativen zur ökonomischen Kooperation (wie CACO oder EurAsEC), die auch den strategischen Interessen der EU entsprechen, in folgenden Bereichen: Transport, Energienetzwerke, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Implementierung von Umwelt-Konventionen, Rechts- und innere Angelegenheiten, Grenzfragen.

Das Programm der regionalen Unterstützung soll helfen, den entscheidenden gemeinsamen Herausforderungen nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, zu begegnen. Die Identifizierung der Herausforderungen erfolgt auf regionaler Ebene, die Implementierung findet jedoch auf nationaler Ebene statt, um sich an den spezifischen nationalen Bedürfnissen

auszurichten, und so die Integration der zentralasiatischen Gesellschaften mit Europa und der Weltwirtschaft voranzutreiben.²⁰³

Dass für die EU grenzüberschreitende und regionale Programme einen wachsenden Raum einnehmen, zeigen insbesondere die Programme TRACECA und INOGATE, an denen auch die zentralasiatischen Staaten beteiligt sind. Das Ziel von TRACECA (Transport Corridor Europa Caucasus Asia) besteht in der Entwicklung von Transportrouten entlang der historischen Seidenstrasse; und von INOGATE (Interstate Oil and Gas to Europe) im Ausbau alternativer Pipelineverbindungen in den erdöl- und erdgasreichen kaspischen Raum.

TRACECA umfasst den Aus- und Aufbau von Eisenbahn-, Strassen-, und Telekommunikationsnetzwerken, mit folgenden Zielen: Vergrößerung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit der zentralasiatischen und kaukasischen Staaten, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wird, durch alternative Transportrouten, am europäischen und am Weltmarkt zu partizipieren; Ausweitung der regionalen Kooperation zwischen den Partnerstaaten; TRACECA als Katalysator, um die Unterstützung internationaler Finanzinstitutionen und privater Investoren anzuziehen; Verbindung der TRACECA-Routen mit dem transeuropäischen Netzwerk.²⁰⁴

Das Hauptziel des INOGATE-Programms, welches sich an die Staaten Zentralasiens, des Kaukasus und Osteuropas wendet, ist die Sicherung der europäischen Energieversorgung. Diese soll erreicht werden, durch die Förderung eines regional integrierten Öl- und Gaspipeline-Systems, die Erleichterung des Transports innerhalb der Region und zu den europäischen Märkten, katalysiert durch die Gewinnung privater Investoren und internationaler Finanzorganisationen.²⁰⁵

2.3.4.2. Asiatische Bank für Entwicklung (ADB)

1997 initiierte die ADB ihr Central Asia Regional Economic Cooperation (CAREC) Programm, mit dem Ziel, durch Förderung der ökonomischen Kooperation, das ökonomische Wachstum zu verbessern und den Lebensstandard in der Region zu erhöhen. Die operationelle Strategie des Programms umfasst die Finanzierung von Infrastruktur-Projekten, und die

²⁰³ Strategy Paper 2002-2006 & Indicative Programme 2002-2004 for Central Asia, 30 October 2002, http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/rsp2/02_06_en.pdf;

Für allgemeine Informationen über TACIS: http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/tacis/

²⁰⁴ Informationen über TRACECA sind zu finden unter: <http://www.traceca-org.org/default.php>

²⁰⁵ Informationen über INOGATE sind zu finden unter: <http://www.inogate.org/english.htm>

Verbesserung der politischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, um grenzüberschreitende Aktivitäten in den Bereichen Transport, Handel und Energie zu fördern. Die drei Hauptziele sind: durch Schaffung von verbesserten Transportsystemen die ökonomische Isolation der Region vermindern; Förderung und Rationalisierung des regionalen Energie-Handels auf marktwirtschaftlicher Grundlage und Wiederherstellung der bestehenden Infrastruktur, um die Komplementarität der Ressourcen gewinnbringend zu nutzen; Sicherstellung vorteilhafter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen für Handel und Verkehr innerhalb der Region, sowie nach außen. Das CAREC-Programm involviert Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und China (Schwerpunkt ist die Provinz Xinjiang). Weitere Teilnehmer sind seit 2002 Aserbaidshan und die Mongolei; von Turkmenistan wird ebenso erwartet, sich in absehbarer Zeit einzubringen.

Für die Zeitspanne von 2003-2005 setzt CAREC vier Prioritäten: Erstens, Stärkung von Partnerschaften zur Effizienzsicherung und als Mechanismus für den regulären politischen Dialog und die Konsensfindung auf höchsten Ebenen, sowie zur generellen Stärkung von Planung und Implementierung und zur verbesserten Koordination mit anderen Entwicklungs-Partnern in Zentralasien. Zweitens, Fokussierung auf erstrangige regionale Projekte in den Schwerpunktbereichen Transport, Energie und Handelserleichterung. Drittens, Ausweitung des regionalen Fokus. ADB strebt eine wichtige Rolle in der Unterstützung der Kooperation zwischen den zentralasiatischen Staaten und Afghanistan, und über Afghanistan mit Südasien an. Viertens, Ausrichtung an aktuell aufkommenden Problemen und Herausforderungen im sozialen, ökonomischen und ökologischen Bereich, von denen alle beteiligten Staaten betroffen sind, um eine integrierte Bewältigungsstrategie zu erarbeiten.

Für die Programmspanne von 2003-2005 stellt ADB 11 Millionen US\$ für technische Hilfe, sowie 205 Millionen US\$ an Krediten zur Verfügung.²⁰⁶

Die Komplexität und der Umfang der Herausforderungen, mit denen die zentralasiatische Region konfrontiert ist, kann von keiner der genannten Organisationen im Alleingang angemessen adressiert werden. Zusammenarbeit und intensive Koordination und Abstimmung der Hilfsprogramme sind zwingend erforderlich, welches auch gut zu funktionieren scheint. Kofinanzierung größerer Projekte ist gängige Praxis.

Ein Beispiel: Die technische Hilfe, die durch TRACECA zur Verfügung gestellt wird, hat große Investitionen durch internationale Finanzinstitutionen nach sich gezogen. EBRD

²⁰⁶ Asian Development Bank: Status Report 2002. The Central Asia Regional Economic Cooperation Program. East and Central Asia Region, September 2002, http://www.adb.org/Documents/CSPs/ECRD/prc_in222_02.pdf; Für allgemeine Informationen über ADB und CAREC: <http://www.adb.org/CAREC/default.asp>

übernahm umfangreiche Projekte an Häfen, Eisenbahnlinien und Strassen entlang der TRACECA-Route, für insgesamt über 700 Millionen Euro; die Weltbank an Strassen in Armenien und Georgien für über 40 Millionen US\$; und weitere substantielle finanzielle Unterstützung für Strassen- und Schienenausbesserung kam von der ADB.

2.3.4. Zentralasien als „Spielfeld“ internationaler Akteure?

Der 11.9. hat zu einer deutlichen Veränderung der „strategischen Geographie“ Zentralasiens geführt und eine neue Sicherheits-Architektur entstehen lassen, an welcher derzeit maßgeblich drei externe Akteure – die USA, Russland und China - beteiligt sind. Noch im Juli 2001 war die International Crisis Group in einer Analyse der Sicherheitsstrukturen in Zentralasien zu dem Schluss gekommen: „Realistically, the international community can play only a limited role in addressing the region’s security problems. The interests of outside players in the area are limited. Central Asian states enjoy no enduring security commitments from states beyond the CIS.“²⁰⁷

Verfolgte vor dem 11.9. außer Russland kein Land eine Zentralasien-Strategie, die einem vitalen Interessen entsprungen wäre, haben sich die Interessen und Einflussmöglichkeiten seitdem deutlich verschoben und eine Mächtekonstellation erzeugt, die zuvor undenkbar gewesen wäre. Für alle drei externen Mächte ist Zentralasien zur sicherheitspolitisch lebenswichtigen Region geworden, wobei die USA zum obersten Sicherheitsgarant aufgerückt ist, während Russland – wie es scheint erfolgreich - um Rückgewinnung seiner verlorenen Interessensphäre kämpft und China über vergleichsweise geringe Einflussmöglichkeiten verfügt. Für die drei einstigen Kontrahenten ist nicht nur neu, dass sie sich plötzlich auf dem selben Territorium wiederfinden (siehe Kirgisistan: hier haben alle drei eine militärische Präsenz aufgebaut; die USA und Russland mit Militärbasen, China im Rahmen von Manövertätigkeiten), sondern dass sie ihre vorrangigsten Ziele – Terrorismusbekämpfung und regionale Stabilität – nur im kooperativen Miteinander erreichen können. Derzeit überwiegt der kooperative Wille, dennoch ist nicht absehbar wie lange dieser vorhalten wird, haben doch Russland und China seit Beginn des Antiterror-Einsatzes erkennen lassen, dass ein langfristiges amerikanisches militärisches Engagement ihren zentralen Interessen widersprechen würde.

²⁰⁷ International Crisis Group (ICG): Central Asia: Fault Lines in the New Security Map, ICG Asia Report No. 20, 4 July 2001, S. 23

Fraglich erscheint, inwiefern ein einheitliches, jedoch in seiner Interpretation diffuses Feindbild – der internationale Terrorismus – eine nachhaltige Grundlage für den Aufbau kooperativer Strukturen ist. Es existiert keine gemeinsame Auffassung, was unter „internationalem Terrorismus“ zu verstehen sei. Die übereinstimmende Definition beginnt und endet mit der Taliban und al Qaida.

Des Weiteren ist zu bedenken, dass der kooperative Ansatz sehr jung und verletzlich ist, prägte doch über Jahrzehnte Rivalität die Beziehungen untereinander. Diese war nicht nur einer allgemeinen Systemkonkurrenz und gegenseitigem Misstrauen geschuldet, sondern gründete auch auf einer Konkurrenz um natürliche Ressourcen. Der Zugang zu den reichen zentralasiatischen Öl- und Gasvorkommen steht neben der Terrorismusbekämpfung auf der aktuellen Zentralasien-Agenda aller drei Mächte. Inwiefern das daraus resultierende konfrontative Potential in Zukunft das derzeit vorherrschende kooperative Element überschatten wird, bleibt abzuwarten. Anzeichen einer neuen Konkurrenz um Öl- und Gaszugang, von einigen Autoren in Anspielung auf die britisch-russischen Rivalitäten im 19. Jahrhundert als „Great Game“ bezeichnet, sind bereits vorhanden. 2002 leitete Amerika den lange umstrittenen Bau der Ölpipeline von Baku über Armenien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan, unter Umgehung russischen Territoriums ein. Ein Jahr später gelang Russland ein großer Coup gegen US-Interessen, indem es einen Vertrag mit Turkmenistan über den Erwerb all seiner Gas-Exporte unterzeichnete.²⁰⁸

Auch ist gegenwärtig nicht absehbar, wie lange die Amerikaner, die aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit und umfangreichen finanziellen Transfers an die zentralasiatischen Staaten in die Position des Sicherheitsgaranten gerückt sind, gewillt sein werden, diese Rolle im heutigen Maße auszufüllen. Sollte sich das amerikanische Interesse an Zentralasien verringern, wird Russland versuchen diese Chance zu nutzen, und seine Einflussnahme auszuweiten. Die Entwicklungen innerhalb der institutionellen subregionalen Arrangements (Kapitel 3.2.) weisen in diese Richtung.

Es ist zu konstatieren, dass den Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten nicht das erstrangige Interesse der internationalen Akteure gilt. Einerseits befinden sich auf dem „Spielfeld“ Zentralasien die Beziehungen der drei untereinander im Prozess der Neuordnung, andererseits geht es darum, durch die Stabilisierung der Region den eigenen nationalen, bzw. den globalen Sicherheitsinteressen Rechnung zu tragen.

²⁰⁸ Zu den energiepolitischen Entwicklungen und Rivalitäten siehe: Radyuhin, Vladimir: A New Big Game in Central Asia, in: The Hindu, July 18, 2003, <http://www.cdi.org/russia/268-12.cfm>

Für die zentralasiatischen Staaten haben die Ereignisse nach dem 11.9. in erster Linie dazu geführt, dass sie plötzlich im Zentrum der globalen Aufmerksamkeit standen, und ihre geographische Lage nicht mehr als peripher, sondern als strategisch bedeutsam wahrgenommen wurde. Dadurch eröffnete sich neben einem unerwarteten Geldfluss, vor allem durch die USA, die Möglichkeit, neue Koalitionen und strategische Partnerschaften (Usbekistan-USA) zu schließen, bzw. sich im Austausch mit allen externen Akteuren alle Optionen offen zu lassen (Kirgisistan). Des Weiteren beseitigte die Antiterror-Operation gegen Taliban und al Qaida eine große Sicherheitsbedrohung der zentralasiatischen Staaten direkt vor ihrer Haustür, gegen die sie bis zum 11.9. erfolglos gekämpft und polemisiert hatten.

Hinsichtlich des Untersuchungsgegenstands – der regionalen Kooperation der zentralasiatischen Staaten – muss geschlussfolgert werden, dass dieser Prozess nicht „im luftleeren Raum“ verlaufen kann. Neben den nationalen Entwicklungen und Interessenlagen, spielt die internationale Ebene eine wichtige Rolle, und nimmt Einfluss auf die regionalen Entwicklungen, und somit auch auf die regionale Kooperation.

Die derzeit in der Region engagierten internationalen Akteure werden versuchen – insofern die Ereignisse in der Region weiterhin ihren vitalen nationalen Interessen entsprechen werden – die Entwicklungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Wie die weiteren Ausführungen (Kapitel 3.2.) zeigen werden, ist bezüglich der regionalen Kooperation Russland der entscheidende Akteur. Die USA spielt diesbezüglich nur eine periphere Rolle.

Regionale Kooperation wird jedoch immer stärker als Voraussetzung für nachhaltige regionale Stabilität betrachtet. Zumindest weist das Engagement der internationalen Geldgeber, wie der EU und der ADB darauf hin. So werden zunehmend nicht nur einzelne Staaten und Einzelmaßnahmen finanziell und technisch unterstützt. Vielmehr zeigt sich eine Tendenz, dass gezielt Projekte und Programme initiiert und unterstützt werden, die multilateral ausgerichtet sind, und zum Teil ausdrücklich die regionale Kooperation der Staaten Zentralasiens als Ziel definiert haben.

2.4. Regionalisierung im Spannungsfeld nationaler Transformation und internationaler Einflussnahme

Zentralasien befindet sich sowohl in einer Phase des Umbruchs, als auch in einer Phase der Restauration. Was auf den ersten Blick als Widerspruch erscheint, beschreibt einen Aspekt

des Dilemmas, in dem die Nationalstaaten sich befinden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat nicht nur die Formation neuer Staatsgebilde, sondern auch die Formation neuer Politiken, Wirtschaften und Gesellschaftsentwürfe erforderlich gemacht. Die Hoffnungen seitens westlicher Experten, dass diese Veränderungen in Richtung Demokratie, Marktwirtschaft und zivilgesellschaftlicher Partizipation der Bevölkerung vonstatten gehen würden, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr kennzeichnet die Region heute - über ein Jahrzehnt nach der weltpolitischen Zäsur 1991 - politischer Autoritarismus, eine überwiegend prekäre wirtschaftliche Lage und eine fast inexistenten Zivilgesellschaft. Allerdings ist Vorsicht bezüglich solcher Pauschalurteile angebracht, da die Entwicklungen in den einzelnen Staaten sich bald nach der Unabhängigkeit diversifiziert haben, und die Länder heute sehr unterschiedlichen Dynamiken folgen.

Des Weiteren sei an die schwierigen Ausgangsbedingungen erinnert. 70 Jahre Sowjetherrschaft – und auch aus vorsowjetischer Zeit gab es keinerlei demokratische, zivilgesellschaftliche oder marktwirtschaftliche Traditionen oder Anknüpfungspunkte – hatten ein Erbe hinterlassen, das allen westlichen Politik-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen widersprach.

Die westeuropäischen Staaten hingegen hatten jahrhundertlang Zeit gehabt, sich in einem langsamen Prozess, von innen heraus in diese Richtung zu entwickeln. An die zentralasiatischen Staaten wurde nun explizit oder implizit die Erwartung gerichtet, diesen Prozess innerhalb weniger Jahre nachzuahmen, ohne zu fragen, ob der „westliche“ Weg auch den Gegebenheiten, Strukturen, Traditionen, Befindlichkeiten, etc. vor Ort gerecht würde. Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklungen, der stagnativen, bzw. restaurativen Tendenzen, sind Zweifel angebracht.

Einen Ausweg aus dem Dilemma könnte eine Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit bieten. Die Regierungen scheinen die Notwendigkeit von Kooperation bzw. Integration gleich mit Beginn ihrer Unabhängigkeit erkannt zu haben, und in ihr sogar eine Art „Naturgesetzmäßigkeit“. So verzeichnete die Region von den frühen 90er Jahren bis heute regelmäßige Kontakte zwischen den Regierungen, den Abschluss von multilateralen Abkommen und Verträgen in den unterschiedlichsten Bereichen, sowie eine Institutionalisierung der Kooperation im Rahmen verschiedener Initiativen und Organisationen. Doch gleichzeitig wurden nationale Egoismen und zwischenstaatliches Konkurrenzdenken evident, und mit der Zunahme von Problemen auf nationaler Ebene – so

scheint es – wuchs auch das zwischenstaatliche Misstrauen, und blieben die regionalen Vereinbarungen bloße „Papiertiger“.

Eine Erklärung hierfür liefert die grundsätzliche Annahme, dass regionale Kooperation nur zwischen in sich gefestigten Nationalstaaten erfolgen kann. Eine Voraussetzung, die die zentralasiatischen Staaten wohl nicht erfüllen. Ich kann dieser Argumentation nicht zustimmen, sondern bin im Gegenteil der Ansicht, dass eine konsistente regionale Zusammenarbeit – auch wenn sie vielerlei Hindernissen unterliegt – die Entwicklungen auf nationaler Ebene positiv stimulieren würde. Aber die Wirklichkeit, d.h. die Tatsache, dass weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene zufriedenstellende Entwicklungen zu konstatieren sind, lässt meine Aussage als bloßes theoretisches Konstrukt dastehen. Und je weiter die Staaten ihren eigenen Weg gehen und ihre Politiken diversifizieren, desto schwerer erscheint es, auf einen gemeinsamen Nenner zurückzufinden. Dennoch – so werde ich im Laufe der Arbeit diskutieren – wird den zentralasiatischen Staaten über kurz oder lang angesichts der vielen gemeinsamen Probleme und Sicherheitsrisiken keine Alternative zur Intensivierung der regionalen Kooperation bleiben, wenn die Region nicht der Instabilität und Armut anheim fallen will.

Erschwert wird ein gemeinsamer Kurs derzeit durch die Präsenz internationaler Akteure in der Region – die USA als maßgeblicher Einflussfaktor, das um seinen Einfluss ringende Russland und China auf dem „Abstellgleis“. Zwar vereint alle Akteure und die zentralasiatischen Staaten ein Hauptziel: der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Stabilisierung der Lage in Afghanistan und der gesamten Region. Dennoch, so haben die Ausführungen in Abschnitt 2.3. gezeigt, verfolgt jeder der drei externen Akteure auch nationale Interessen, welche ihn in Konkurrenz zu den neuen Antiterror-Partnern bringen. Die Region erscheint als „Spielfeld“ der großen Mächte, auf welchem die Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten drohen, zweitrangig zu werden. In dieser Situation versuchen die zentralasiatischen Staaten von ihrem plötzlich erhaltenen geostrategischen Potential zu profitieren, indem sie mit der einen oder anderen Seite, oder beiden, koalieren. Dass die Staaten hierbei aber völlig verschiedene Strategien verfolgen und sich in unterschiedlicher Intensität den konträren internationalen Einflüssen ausgesetzt haben hat zur Folge, dass ein weiterer entscheidender Faktor sie politisch voneinander entfernt und kooperative Regionalisierung unwahrscheinlicher wird. Denn nicht nur nimmt die Heterogenität unter den zentralasiatischen Nachbarn zu, auch die möglichen Vorteile eines vereinten Vorgehens verlieren an Attraktivität, da insbesondere die Präsenz und die bilaterale Partnerschaft mit den

USA die Lösung vieler Probleme suggeriert, indem sie militärischen Schutz, Stabilität und finanzielle Unterstützung verheißt.

Jedoch scheinen die aktuellen Entwicklungen eine Trendwende einzuleiten. Die USA nimmt eine zunehmend kritischere Haltung bezüglich der Menschenrechtssituation ein, was im Falle Usbekistan zum Aussetzen bereits vorgesehener Finanzhilfen führte. In dem Maße, in dem die USA zurücktritt, und an Einfluss verliert, versucht Russland, den entstandenen Freiraum zu nutzen, und sich seinerseits verstärkt in Zentralasien zu engagieren. Zeichen dieser neuen Entwicklung ist beispielsweise der Aufbau intensiver Beziehungen zwischen Russland und Usbekistan (welches immer versucht hatte, eine betont kritische Distanz zu Moskau zu bewahren). Insgesamt scheint Russland zur Stärkung seiner Position eine Reintegrationspolitik gegenüber dem gesamten GUS-Raum zu betreiben. Hierauf wird jedoch im folgenden Kapitel ausführlich eingegangen werden.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass regionale Kooperation in Zentralasien einerseits ein faktisch ablaufender Prozess ist, andererseits jedoch vielfältigen Herausforderungen und Widersprüchlichkeiten begegnet. Unterschiedliche Faktoren beeinflussen die regionalen Entwicklungen, und somit auch die regionale Kooperation. Ein grundlegendes Spannungsfeld ist in den Entwicklungen und Interessenlagen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu sehen. Regionale Kooperation ist also kein Prozess, der im „luftleeren Raum“ vonstatten gehen kann, sondern steht in Wechselwirkung mit den Prozessen und Ereignissen auf nationaler und internationaler Ebene. Beide Ebenen haben das Potential, sowohl stimulierend, als auch blockierend auf die regionale Kooperation einzuwirken. Derzeit überwiegt wohl das stagnative Element, das in erster Linie von den Interessen und Problemen auf nationaler Ebene ausgeht. Inwiefern eine Förderung oder Blockierung der regionalen Kooperation im Interesse der internationalen Akteure liegt, ist nicht eindeutig auszumachen. Fest steht allerdings, dass regionale Kooperation immer mehr im Sinn-Zusammenhang mit regionaler Stabilität wahrgenommen wird, und von daher internationale Unterstützung findet.

3. Regionale Kooperation in Zentralasien zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Ist in Kapitel 2 der Rahmen gesetzt worden, innerhalb dessen sich Regionalisierung in Zentralasien vollzieht – zwischen den Transformationen auf nationaler Ebene und der Einflussnahme durch externe Akteure – so stellt das dritte Kapitel den Kern der vorliegenden Arbeit dar. Aufbauend auf den Überlegungen von Kapitel 2.2., welches in das Thema „Regionalisierung“ eingeführt hat, sollen im Folgenden die Entwicklungen kooperativer und integrativer Regionalisierung in Zentralasien dargestellt werden, die sich in einem breiten Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit bewegen.

Regionale Kooperation manifestiert sich in Zentralasien in institutionalisierter multilateraler Zusammenarbeit. Die zentralasiatischen Staaten sind in eine verhältnismäßig große Anzahl Regional-Organisationen und Kooperations-Initiativen involviert, die im zweiten Abschnitt dieses Kapitels ausführlich dargestellt und analysiert werden. Diese arbeiten in unterschiedlichen Bereichen, vor allem mit sicherheitspolitischer und/oder wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung. Es werden jene Organisationen und Initiativen untersucht, die dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit dienen, d.h. deren Zielsetzungen und Aktivitäten direkte Auswirkungen auf die zentralasiatische Region haben. In diesem Sinne muss der Begriff der Region jedoch weiter gefasst werden. Wie schon in Kapitel 2.2. gesagt wurde, greift eine Untersuchung, die die regionale Kooperation der Staaten Zentralasiens thematisiert, sich jedoch geographisch auf die fünf zentralasiatischen Staaten als Untersuchungsgegenstand beschränkt, zu kurz. Vielmehr sind die fünf Staaten (bzw. einige der fünf Staaten) in regionale Beziehungen und institutionelle Arrangements involviert, die andere in der unmittelbaren sowie weiteren Nachbarschaft befindliche Staaten umfassen. Dabei finden sich zum Teil große Überschneidungen zwischen den einzelnen Zusammenschlüssen, sowohl bezüglich der Mitgliedschaften, als auch bezüglich der thematischen Schwerpunkte und Zielsetzungen. Insgesamt scheint sich ein Trend abzuzeichnen, dass seitens der zentralasiatischen Staaten mehr Engagement und Zukunftserwartung in jene Arrangements gesetzt wird, deren Mitgliederstruktur weitere Staaten, insbesondere Russland, umfassen.

Eine Kategorisierung der verschiedenen zwischenstaatlichen Zusammenschlüsse hätte anhand verschiedener Aspekte erfolgen können, beispielsweise bezüglich der thematischen Ausrichtung: sicherheitspolitischer oder wirtschaftspolitischer Zusammenschluss. Allerdings

wäre die Zuordnung nicht einfach gewesen, da innerhalb einzelner Organisationen Schwerpunktverschiebungen stattgefunden haben.

Am sinnvollsten und aussagekräftigsten bezüglich der regionalen institutionellen Architektur erscheint eine Strukturierung anhand des Merkmals, dass einige der Organisationen ausschließlich aus GUS-Mitgliedern bestehen, und andere auch Nicht-GUS-Staaten zu ihren Mitgliedern zählen.

In einem ersten Abschnitt werden also folgende Organisationen im Rahmen der GUS unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten untersucht:

1. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
2. Collective Security Treaty Organisation (CSTO)
3. Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)
4. Common Economic Space (CES)
5. Central Asian Cooperation Organisation (CACO)
6. GUUAM

Im zweiten Abschnitt analysiere ich drei weitere institutionelle Zusammenschlüsse, an denen auch Nicht-GUS-Staaten beteiligt sind:

1. Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)
2. Economic Cooperation Organisation (ECO)
3. Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)

In einem dritten Abschnitt werde ich des Weiteren zwei partikuläre Initiativen der Kooperation zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten thematisieren:

1. Gemeinsames Wassermanagementsystem in Zentralasien
2. Atomwaffenfreie Zone in Zentralasien

Bei der Darstellung und Analyse der Organisationen und Initiativen werde ich so vorgehen, dass ich zunächst eine unabhängige, abgeschlossene Analyse für jede einzelne Organisation/Initiative vornehme. Erst zu Abschluss des Gesamt-Kapitels erfolgt eine Analyse der multilateralen institutionellen Gesamtlage Zentralasiens. Besonders wichtig ist

dabei die Auseinandersetzung mit zwei Themenkomplexen. Einerseits stellt sich die Frage, welche Rolle den zentralasiatischen Staaten selbst bei den gegenwärtigen institutionellen Entwicklungen zukommt, oder ob externe Akteure die bestimmenden Kräfte sind. Andererseits kommt aufgrund der Vielzahl von Regionalorganisationen die Frage auf, wie sich diese Situation auf die Organisationen und die Region auswirkt; ob angesichts der vielen gemeinsamen Schnittmengen eher eine Situation geprägt von Konkurrenz oder Komplementarität entsteht.

Regionale Kooperation in Zentralasien ist einerseits ein real stattfindender, andererseits jedoch kein unproblematisch und stets zielgerichtet ablaufender Prozess. Im Gegenteil kennzeichnet die zentralasiatische regionale Situation, dass sich kooperative mit konfrontativen Tendenzen mischen. Aus diesem Grund ist, bevor ich auf die realen Entwicklungen innerhalb der Regional-Organisationen und ihr kooperatives, bzw. integratives Potential eingehe, zunächst nach den grundsätzlichen Voraussetzungen für Kooperation in Zentralasien zu fragen. Bilden die Rahmenbedingungen innerhalb der Region eine gute Basis für kooperative Vorhaben, d.h. fallen diese auf „fruchtbaren Boden“, oder überwiegen von vornherein die Hindernisse?

3.1. Voraussetzungen und Hindernisse für Kooperation in Zentralasien

Innerhalb von Kapitel 2.2.1. wurden allgemeine, theoretische Erklärungsansätze für das Zustandekommen von Kooperation vorgestellt, als deren grundlegendste Voraussetzung das Vorhandensein gemeinsamer Interessen formuliert wurde. Weichen die Interessen voneinander ab, so müssen die Staaten aufeinander zugehen und gegebenenfalls ihre Vorstellungen adaptieren, damit für die zwischenstaatlichen Beziehungsmuster der Begriff der Kooperation angemessen ist.

Welche Rahmenbedingungen, natürlichen Umstände, Mentalitäten, etc. sollten darüber hinaus vorherrschen, damit Kooperationsvorhaben auf „fruchtbaren Boden“ fallen und nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sind?

Die zentralasiatische Region lebt in dem Widerspruch, einerseits ambitionierte Integrationsvorhaben hervorzubringen, andererseits von zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten und konfrontativen Tendenzen geprägt zu sein. Wie ist dieser Widerspruch

zu erklären und gegebenenfalls aufzulösen? Welchen Hindernissen begegnet der Versuch zu regionaler Kooperation?

In meinen Augen sind die zentralasiatischen Gegebenheiten diesbezüglich insbesondere in folgenden Bereichen zu hinterfragen:

1. Haben die Staaten einen ähnlichen historischen, kulturellen Hintergrund?

Die Umsetzung zwischenstaatlicher Kooperations-Vorhaben vollzieht sich unproblematischer zwischen Staaten, die auf ähnliche, oder idealerweise gemeinsame historische und kulturelle Erfahrungen und Entwicklungen zurückblicken können. Wenn sich eine Gruppe von Staaten aufgrund dessen, oder aufgrund eines gemeinsamen Schicksals bereits als Region versteht, stellt dies theoretisch eine gute Grundlage für kooperatives Verhalten in den zukünftigen Beziehungen dar.

2. Ist die regionale Geographie kooperationsförderlich und existiert ein gewisser Grad an wirtschaftlicher Verflechtung und gemeinsamer Infrastruktur?

Ist eine Gruppe von Staaten aufgrund geographischer natürlicher Gegebenheiten, beispielsweise der gemeinsamen Abhängigkeit von einem Wasser- oder Energie-Versorgungssystem, eng miteinander verbunden, so ist dies ein Faktor, der Kooperation unumgänglich macht, wollen die Staaten nicht den Weg der Konfrontation wählen. Ebenso enge Verbindungen kann eine gemeinsame Transportinfrastruktur schaffen, oder Handelswege, die nur im gemeinschaftlichen Verbund eine Öffnung gegenüber externen Wirtschaftspartnern möglich machen.

3. Sind gemeinsame Interessen und Ziele zum gegenseitigen Vorteil erkennbar?

Es wurde bereits festgestellt, dass das Vorhandensein gemeinsamer Interessen die Grundvoraussetzung für Kooperation ist, und dass bei etwaigen Abweichungen eine Anpassung stattfinden muss. Dabei sollte gewährleistet sein, dass der gegenseitige Vorteil stets erkennbar ist und Anpassungsleistungen nicht einseitig, sondern von allen Beteiligten vorgenommen werden.

4. Verfügen die Verantwortlichen über den politischen Willen und das gegenseitige Vertrauen zur Zusammenarbeit?

Der politische Wille ist ein entscheidender Faktor zur Umsetzung von Kooperationsvorhaben, die über die deklaratorische Ebene hinaus gehen sollen. Hier wird der Unterschied zwischen

Anspruch und Wirklichkeit sichtbar. Doch nicht nur der politische Wille ist grundlegend; Basis für alle Kooperationsvorhaben ist gegenseitiges Vertrauen, das zwischen den Entscheidungsträgern gegeben sein sollte, um nachhaltige Kooperation zu etablieren.

3.1.1. Haben die Staaten einen ähnlichen historischen, kulturellen Hintergrund?

Eine wichtige Grundvoraussetzung für regionale Kooperation in Zentralasien ist erfüllt: Die Staaten verfügen über gemeinsame historische Erfahrungen und über einen ähnlichen kulturellen Hintergrund; ihre religiösen, gesellschaftlichen und ökonomischen Mentalitäten und Praktiken sind ähnlich. Aus vorsowjetischer Zeit existieren starke Verbindungen und Parallelen zwischen den Völkern. Doch teilten die zentralasiatischen Völker in vorsowjetischer Zeit nicht nur einen gemeinsamen Kulturraum; in intellektuellen Kreisen existierte um die Wende zum 20. Jahrhundert sogar die Idee eines gemeinsamen Staatsgebildes aller zentralasiatischen Turkvölker: Turkestan.

Dennoch dürfen die vielen gemeinsamen Wurzeln nicht über die auch vorhandenen Unterschiede hinwegtäuschen. So spielte beispielsweise die unterschiedliche Lebensweise der nomadischen und der sesshaften Völker eine große Rolle für deren Selbstverständnis und somit auch für die Beziehungen zueinander. Noch heute werden die zwei divergierenden Lebensweisen in den unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen reflektiert.

Die heutige gesellschaftliche, politische und ökonomische Entwicklung baut auch auf dem gemeinsamen 70jährigen sowjetischen Erbe auf, welches für alle 5 Staaten vergleichbare Grundvoraussetzungen für den Neuanfang 1991 schuf. In den ersten Jahren der Sowjetunion wurde Zentralasien als „Autonome Sowjetrepublik Turkestan“ regiert. Die Entstehung eines Regionalgefühls wurde jedoch seitens Moskau zu verhindern gesucht, indem die Region getreu dem Motto „Teile und Herrsche“ ab 1925 in separate Republiken aufgeteilt, und pan-türkische Tendenzen entschieden bekämpft wurden. Als die Macht der Sowjetunion zu bröckeln anfing, beriefen sich Verfechter eines einheitlichen Zentralasiens erneut auf die Idee eines vereinten Turkestan. Bereits 1990 trafen sich die zentralasiatischen Führungen, um die Möglichkeiten regionaler Integration zu diskutieren. Da die heutigen zentralasiatischen Staaten über keinerlei eigenständige nationalstaatliche Erfahrungen verfügen und auch die sowjetischen Republikgrenzen bis 1991 quasi nur administrativen Charakter hatten und freier republikübergreifender Verkehr Normalität war, stellen diese historischen Komponenten eine durchaus gute Voraussetzung für Regionalisierungstendenzen dar. Im Vergleich dazu waren

die diesbezüglichen Bedingungen zur Integration Europas problembeladen, weisen die europäischen Staaten untereinander doch eine jahrhundertlange Tradition von Krieg und nationalem Expansionsdrang auf.

Darüber hinaus verfügte die zentralasiatische Region über einen weiteren kooperationsförderlichen Vorteil. In allen Ländern der ehemaligen UdSSR blieb nach deren Zerfall Russisch die Verkehrssprache und die nationalen Sprachen sind allesamt (bis auf Tadschikisch) Turksprachen, so dass Kommunikation relativ unproblematisch erfolgen kann. Doch der Drang, die eigene nationale Sprache zu fördern, eigene nationale Identitäten aufzubauen und die eigenen nationalen historischen Wurzeln zu suchen, machte bald nach Erlangung der Unabhängigkeit deutlich, dass das Einschlagen eigenständiger Entwicklungswege eindeutige Priorität vor der Wiederbelebung kultureller und politischer Gemeinsamkeiten besaß.²⁰⁹

3.1.2. Ist die regionale Geographie kooperationsförderlich und existiert ein gewisser Grad an wirtschaftlicher Verflechtung und gemeinsamer Infrastruktur?

Die zentralasiatischen Staaten können geographisch als eine Region betrachtet werden und sind dementsprechend strategisch und natürlich eng miteinander verbunden. Sie befinden sich in einer Situation der gegenseitigen Abhängigkeit, insbesondere in Bezug auf die gemeinsamen natürlichen Ressourcen, d.h. vor allem die Versorgung mit Wasser; aber auch die Verteilung von Land oder regionsinterne Migrationsbewegungen sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Die Region wird in der Hauptsache von zwei Flüssen gespeist – Syr Darja und Amu Darja – welche grenzübergreifend verlaufen und somit die Staaten zur Kooperation in Sachen Wasserverteilung und Umweltschutz zwingen. Mit der Hilfe von internationalen Geldgebern wurde erreicht, dass Institutionen zum regionalen Wassermanagement geschaffen wurden, doch deren Erfolg lässt zu wünschen übrig.²¹⁰

Darüber hinaus haben alle fünf zentralasiatischen Staaten keinen direkten Zugang zum offenen Meer, welches die Möglichkeiten in Bezug auf Wirtschaft, Handel und Partizipation

²⁰⁹ vgl. Dieter, Heribert (Hrsg.): Einleitung: Zur Notwendigkeit regionaler Integration in Zentralasien, in: Ders.: Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 13-20, S. 15f; Spechler, Martin C.: Regional Cooperation in Central Asia: Promises and more Promises, in: Praxis, The Fletcher Journal of Development Studies Volume XVI – 2000, S. 1

²¹⁰ Vgl. Kapitel 3.2.3.1. und 4.2.2.2.

an der Weltwirtschaft stark einschränkt. Der Aufbau eines gemeinsamen Handelssystems und insbesondere einer gemeinsamen Infrastruktur wäre eine grundlegende Voraussetzung, um auf diese Art und Weise die nationalen Wirtschaften zu beleben. Diesbezüglich weist die Region reiche historische Erfahrungen auf, die allerdings mehrere Jahrhunderte zurück liegen. Die sogenannte Seidenstraße verband die Region untereinander und mit dem Rest der Welt. Jedoch schon lange vor der Eroberung durch das zaristische Russland hatte diese Handelsstraße ihre einstige Bedeutung eingebüßt, als die Entdeckung neuer Seewege den asiatisch-europäischen Handel florieren ließ und die Landverbindung vergleichsweise unrentabel wurde. Die Etablierung der Sowjetmacht hatte zur Folge, dass Verkehrswege nur in Nord-Süd-Richtung geschaffen wurden, wo dies zum Transport von Wirtschaftsgütern notwendig war, so dass die Region nach außen isoliert wurde und auch untereinander nur schlecht verbunden war. Infrastrukturmaßnahmen, die seit der Unabhängigkeit initiiert wurden (Straßen-, Schienen- und Pipelineprojekte) bedienen sich der Vision der Wiederherstellung der alten Seidenstraße und einige der Regionalorganisationen (GUUAM und ECO) setzen einen Schwerpunkt in diesem Bereich. Doch trotz einiger bereits erzielter Erfolge, sind noch immense Investitionen in Ausbau und Instandhaltung der bereits existierenden Transportwege und die Erschließung neuer, notwendig. Erschwerend kommt hinzu, dass einige der zentralasiatischen Staaten (vor allem Usbekistan) ihre Grenzregime verschärft und Handelsbarrieren errichtet haben.²¹¹

Das sowjetische Erbe hinterließ den fünf jungen Staaten sehr undifferenzierte ökonomische Strukturen. Ursache war vor allem das zentralistische sowjetische Wirtschaftssystem, welches die südlichen Republiken weitestgehend auf die Rolle des Rohstofflieferanten und Zulieferers reduziert hatte. Allerdings verfügen die einzelnen Staaten über relativ unterschiedliche Rohstoffvorkommen. Die in diesem Sinne existente natürliche Komplementarität könnte erweitert werden, wenn in regionaler Kooperation verarbeitende Industrien geschaffen würden. Auf der anderen Seite hat die neue Situation seit 1991 die zentralasiatischen Rohstoffproduzenten aber zu „erbitterten Konkurrenten“²¹² auf dem Weltmarkt gemacht. Der Handelsaustausch untereinander nahm nach 1991 drastisch ab und hat sich auf einem relativ niedrigen Niveau stabilisiert. In hochintegrierten Regionen wie der EU existieren starke

²¹¹ Tabyschalieva, Anara: The Challenge of Regional Cooperation in Central Asia: Preventing Ethnic Conflict in the Ferghana Valley, Peaceworks No. 28, United States Institute of Peace, Washington DC, June 1999, S. 33

²¹² Huber, Gerhard: Zentralasiatische Integration: gegenwärtige Situation und Perspektiven, Deutsch-kasachisches Dialogforum, Integrationsmodelle in Zentralasien und Europa, Almaty / Kasachstan, 25. – 27. Mai 2000, <http://www.ifa.de/dialoge/download/huber.rtf>

ökonomische Verflechtungen und der größte Anteil des Handels findet untereinander statt, denn alle Seiten profitieren von den regionalen Bedingungen, den kurzen Transportwegen, etc.

3.1.3. Sind gemeinsame Interessen und Ziele zum gegenseitigen Vorteil erkennbar?

Wie Punkt eins und zwei gezeigt haben, besteht im Grundsatz eine relativ große Schnittmenge einheitlicher Interessen zwischen den zentralasiatischen Staaten, die aus der gemeinsamen Geographie, den natürlichen Gegebenheiten, kulturellen Parallelen, etc. erwachsen. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl gemeinsamer Sicherheitsinteressen, welche in Kapitel 4 ausführlich analysiert werden, die Anlass zu vereintem Vorgehen geben sollten. So schien insbesondere die Bedrohung durch den „internationalen Terrorismus“, welche seit Ende der 90er Jahre die Treffen und Diskussionen unter den zentralasiatischen Staatsoberhäuptern dominierte, zum Motor erneuter Integrationsanstrengungen zu werden. Und dennoch: Nationale Alleingänge und Egoismus behielten die Oberhand gegenüber gemeinsamen Aktionen.

Auch die Forcierung des gemeinsamen Ziels der Terrorismusbekämpfung durch den 11.9.2001 und den Antiterror-Krieg in Afghanistan hat die zentralasiatischen Staaten nicht zusammengebracht, sondern eher weiter voneinander entfernt. Denn anders als zu Beginn ihrer Unabhängigkeit, als die Ablehnung russischer Hegemonie ein weitestgehend gemeinsames Motiv zentralasiatischer Außenpolitik darstellte, entwickeln sich nun auch die außenpolitischen Interessen stark auseinander. Mit dem aktiven Eintritt der Amerikaner in die Region erweiterten sich die Allianzmöglichkeiten der jungen Staaten, welche sich in Zukunft gegebenenfalls als schwer kompatibel herausstellen könnten.

Trotz vieler regionaler Gemeinsamkeiten, Interessen und Ziele, unterliegt ein vereintes Vorgehen insgesamt, aber auch in den einzelnen Interessengebieten und Problemfeldern derzeit zahlreichen Hindernissen. Der potentielle Nutzen, der allen Akteuren gleichermaßen zugute kommen würde, wird eher als Bedrohung der eigenen nationalen Interessen, und als unrechtmäßige Bevorteilung des Nachbarn wahrgenommen.

3.1.4. Verfügen die Verantwortlichen über den politischen Willen und das gegenseitige Vertrauen zur Zusammenarbeit?

Der politische Wille ist ein relativ subjektiver, kaum messbarer Faktor, doch viele Zentralasien-Experten sind sich einig, dass der mangelnde politische Wille als das wichtigste Hindernis für Kooperation zu sehen ist. Zwar verpflichten die zentralasiatischen Staatschef sich rhetorisch immer wieder zu verstärkter Kooperation untereinander, welches sich auch in der Unterzeichnung unzähliger diesbezüglicher Deklarationen und Abkommen widerspiegelt und einerseits die Einsicht in den Nutzen kooperativer Regionalisierung belegt. Andererseits weicht jeglicher politischer Wille auf und wird überlagert von gegenseitigem Misstrauen, sobald es zur Umsetzung entsprechender Vereinbarungen kommt.

Bezüglich des politischen Willens als Voraussetzung für kooperative Regionalisierung möchte ich zwei zentralasiatische Spezifika erwähnen, die mir wichtig erscheinen. Ersteres betrifft die politische Kultur in Zentralasien. Politik wird von einem sehr kleinen Kreis Verantwortlicher betrieben; es existiert kein Parteiensystem im europäischen Sinne, oder ein anderes System, welches vielfältige Meinungsbildung und Diskussion, sowie die Partizipation der Bevölkerung gewährleisten würde. Dementsprechend sind die Entwicklungen auf nationaler und regionaler Ebene von einer Handvoll privilegierter Individuen, ihren Ideen und Interessen, und in erster Linie von den Präsidenten selbst abhängig. Angenommen, diese bringen den politischen Willen zu regionaler Kooperation auf, und die Umsetzung verläuft positiv, so sagt dies nichts über die zukünftige Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen aus. Ein politischer Machtwechsel, die Einsetzung eines neuen Präsidenten, kann aufgrund der Machtkonzentration und Entscheidungsgewalt in seiner Person völlig neue zwischenstaatliche Konstellationen hervorbringen.

Der zweite Faktor steht in Zusammenhang mit der Rolle Usbekistans in der Region. Das Land befindet sich im Zentrum Zentralasiens, hat die größte Bevölkerung und die größte Armee, ist der wichtigste zentralasiatische US-Partner im Kampf gegen den Terrorismus, etc., welches Anlass gibt, Usbekistan als den zentralasiatischen „Dreh- und Angelpunkt“ zu bezeichnen. Um dieser Rolle als Regionalmacht im positiven Sinne gerecht zu werden, wäre es notwendig, dass Usbekistan eine pro-aktive Rolle bei der Realisierung der vielzähligen Kooperations- und Integrationsinitiativen spielen würde, diese unterstützt und vorantreibt. De facto ist Usbekistan aber ein Land mit keiner klaren außenpolitischen Strategie und keinen Visionen für die regionale Zusammenarbeit, sondern hat im Gegenteil oftmals Kooperationsversuche

behindert, oder durch unilaterale Aktionen Spannungen provoziert. In diesem Sinne ist der derzeitige Fortschritt von Regionalisierungsprozessen teilweise abhängig vom politischen Willen einer kleinen politischen Klasse und insbesondere der usbekischen Elite.

Doch nicht nur der politische Wille zur Kooperation sollte hinterfragt werden, sondern auch der Wille zu Vertrauen. Schiff/Winters haben dieses Motiv für die zwischenstaatliche Kooperation beim Management gemeinsamer Ressourcen herausgearbeitet: „Countries sharing a resource may all be willing to cooperate and share the gains from cooperation equitably, but if they believe their potential partners are not, they are unlikely to reach a cooperative solution. This failure to cooperate is not due to an unwillingness to share, but to an unwillingness to trust.“²¹³

Für die Beziehungen der zentralasiatischen Staaten scheint der Mangel an Vertrauen ein entscheidendes Element zur Erklärung gewisser Verhaltensweisen zu sein, beispielsweise das gegenseitige Sperren von Ressourcenzugang (Wasser gegen Gas), unilaterale restriktive Grenzregime, etc. Diese Erkenntnis deckt sich mit der Annahme einer gewissen Rivalität in der Region. Inkompatible nationale Entwicklungsstrategien, persönliche Antipathien zwischen den Präsidenten, Diskussionen um den Führungsanspruch innerhalb der Region, etc. nähren diesen Eindruck.

3.1.5. Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Kooperation und Konfrontation

Die Analyse der Voraussetzungen und Hindernisse für Kooperation in Zentralasien zeichnet ein ambivalentes Bild. Ein grundlegender Widerspruch ist zu konstatieren, da parallel kooperative und konfrontative Beziehungsmuster auszumachen sind.

Dabei sind die Voraussetzungen für regionale Kooperation der Staaten Zentralasiens vergleichsweise günstig. Viele der dargestellten Faktoren stellen eine solide Basis dar: die gemeinsamen historischen und kulturellen Wurzeln, die geographische, natürliche Interdependenz der Staaten, die vielen gemeinsamen Interessen und Sicherheitsbedürfnisse, etc.

Andererseits ist es kaum möglich, eindeutig festzuhalten, ob ein Faktor hinderlich oder förderlich für die Kooperation zwischen den zentralasiatischen Staaten ist. Keiner der vier oben untersuchten Faktoren konnte eindeutig als gute Voraussetzung oder als Hindernis für

²¹³ Schiff, Maurice/ Winters, Alan L.: Regional Cooperation, 2002, a.a.O., S. 7

Kooperation klassifiziert werden. Die Schlussfolgerung lautet in allen vier Fällen: „sowohl als auch“. Letztlich zeigt diese Ambivalenz folgendes: Prinzipiell existiert in Zentralasien eine gute Basis zur Kooperation zwischen den Einzelstaaten. Die Entwicklungen seit der Unabhängigkeit entfernen die Länder jedoch immer weiter voneinander. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen einem erfolgsversprechenden Kooperationsvorhaben viele Steine im Weg, die jedoch durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt werden könnten, wenn der entsprechende Wille und das gegenseitige Vertrauen vorherrschen würde.

3.2. Organisationen und Initiativen der regionalen Zusammenarbeit

„Zunächst einmal möchten wir festhalten, daß die Integration der Völker Zentralasiens kein Traum oder Zukunftsprojekt ist, es ist eine Gegebenheit, die nur noch der organisatorischen, juristischen und politischen Formen bedarf.“²¹⁴

Diesen Standpunkt aus der Feder des usbekischen Präsidenten zu lesen, der sich – wie im Rahmen dieses Kapitels augenscheinlich werden wird – bis dato nicht durch seine proaktive Integrationspolitik hervorgetan hat, sondern vielmehr zumeist als Integrationshemmer in Erscheinung trat, lässt den kritischen Beobachter der politischen Entwicklungen Zentralasiens aufhorchen. Zum einen bestätigt diese Aussage, dass die Notwendigkeit zur Integration an entscheidender Stelle – der zentralasiatischen Führungselite – erkannt und propagiert wird. Auf der anderen Seite dokumentiert sie das Dilemma, welches sich wie ein roter Faden durch Kapitel 3.2. zieht: dass einer politischen Einsicht und Beschlussfassung nicht zwangsläufig entsprechende Umsetzungsmaßnahmen folgen müssen.

Wie in Kapitel 3.1. gezeigt wurde, sind die Voraussetzungen für Kooperation – geschweige denn Integration - in Zentralasien ambivalent zu bewerten. Nichtsdestotrotz haben sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Vielzahl regionaler Kooperations- und Integrationsgebilde formiert, die sich größtenteils hohe Ziele gesteckt haben. Haben die Verantwortlichen den Fehler begangen, den Dachstuhl ihres Integrationsgebäudes zu bauen, ohne sich der Tragfähigkeit ihres Fundaments zu versichern? Bei der Mehrzahl der Initiativen scheint es, als hätte man sich einem realitätsblinden „Integrationismus“ hingeeben, der eine Vielzahl von Integrationspapieren produzierte, jedoch über die deklaratorische Schwelle nicht

²¹⁴ Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, a.a.O., S. 372

hinauskam und zum „Papiertiger“ verkümmerte. Bereits nach wenigen Jahren mussten sich die meisten Gruppierungen die Frage nach ihren Erfolgen oder gar ihrer Existenzberechtigung gefallen lassen. Dadurch geriet auch das Modell der regionalen Integration an sich in Bedrängnis; dies um so mehr, je offensichtlicher die enormen Defizite und Entwicklungshindernisse auf den nationalen Ebenen wurden.

Aller kritischen Bemerkungen zum Trotz, wird die zentralasiatische regionale Wirklichkeit von der Existenz einer Reihe institutioneller Arrangements bestimmt, die seit Beginn des neuen Jahrtausends eine unvorhergesehene Dynamik erleben. Um diese „organisatorische, juristische und politische“ Form von Integration wird es im Folgenden gehen. Durch die Mitgliedschaft unterschiedlicher Akteure, verschiedene Interessenschwerpunkte und thematische Agenden ergibt sich ein komplexes Bild der Institutionenvielfalt.

Nicht alle zentralasiatischen Staaten sind gleichermaßen Teilnehmer an den aufgeführten Strukturen. GUUAM's Ausweitung auf Zentralasien beschränkt sich beispielsweise lediglich auf Usbekistan. Darüber hinaus sind an der Mehrzahl der Organisationen Staaten beteiligt, die nicht zur eng gefassten zentralasiatischen Region gerechnet werden können. Nichtsdestotrotz zeitigen alle genannten regionalen Zusammenschlüsse in dem einen oder anderen Bereich direkte Auswirkungen auf die Entwicklung der zentralasiatischen Region und bedürfen aus diesem Grund einer Analyse.

Zur besseren Übersicht und Analysierbarkeit unterteile ich die Organisationen und Initiativen in drei Gruppierungen.

Die erste Gruppierung umfasst Organisationen im Rahmen der GUS unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten; die zweite weitere Zusammenschlüsse im erweiterten regionalen Kontext; und die dritte Kooperations-Initiativen auf genuin zentralasiatischer Ebene.

Die erste Gruppierung stellt gewissermaßen einen gemeinsamen Untersuchungsgegenstand, mit folgenden Organisationen dar:

1. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS),
2. Collective Security Treaty Organisation (CSTO),
3. Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC),
4. die im Entstehen begriffene Integrationsinitiative „Common Economic Space“ (CES),

5. Central Asian Cooperation Organisation (CACO),
6. GUUAM (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidtschan und Moldawien).

Das Verhältnis der sechs Organisationen zueinander kann interpretiert werden, indem die GUS als „Dachorganisation“ verstanden wird, um die herum kleinere „Integrationskerne“ eines Teils der GUS-Mitgliedstaaten, im Sinne eines „Kernmodells“²¹⁵ versuchen, die Integration effektiver zu gestalten. Die GUS wird als Nachfolgeorganisation der Sowjetunion angesehen, mit Russland als Dreh- und Angelpunkt der Integration. Während die GUS an sich sowohl sicherheitspolitische, als auch wirtschaftspolitische Zielsetzungen verfolgt, findet in den kleineren Organisationen in den meisten Fällen eine Spezialisierung statt. EurAsEC und CES haben ihren Schwerpunkt im Bereich der wirtschaftspolitischen Integration; die CSTO hat die sicherheitspolitische und militärische Kooperation ihrer Mitgliedstaaten zum Ziel. Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan sind Mitglieder von EurAsEC und CSTO. In den CES ist Kasachstan als einziger zentralasiatischer Staat integriert.

Die CACO war zehn Jahre lang eine genuin zentralasiatische Organisation (jedoch ohne Turkmenistan), die zwar spezifisch zentralasiatische Ziele verfolgte, sich jedoch im Einklang mit der GUS definierte. Seitdem Russland im Mai 2004 um Mitgliedschaft ersuchte, ist abzuwarten, wie weit die Organisation eine gewisse Eigendynamik beibehalten kann, oder primär zum „Integrationskern“ innerhalb der GUS wird. Die CACO verfolgt gleichermaßen wirtschaftspolitische und sicherheitspolitische Zielsetzungen.

Als „Gegenveranstaltung“ zu den GUS-Initiativen, insbesondere zur CSTO, gründeten fünf GUS-Mitglieder (Usbekistan als einziges zentralasiatisches Land), denen die starke Einflussnahme durch Russland widerstrebt, die Gruppierung GUUAM. GUUAM agiert im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich und wird seit 2002 intensiv durch die USA unterstützt.

Neben der GUS und ihren „Unterorganisationen“ sind einige der zentralasiatischen Staaten in weitere Regionalorganisationen involviert. Zu nennen sind:

1. Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO),
2. Economic Cooperation Organisation (ECO),
3. Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA).

²¹⁵ Vgl. Kapitel 2.2.2.

Die SCO besteht aus allen zentralasiatischen Staaten, außer Turkmenistan, plus den zwei mächtigen Nachbarstaaten Russland und China. Wurde die Organisation Mitte der 90er Jahre als Forum für vertrauensbildende Maßnahmen im Grenzbereich gegründet, entwickelte sich aus ihr seit 2001 eine Organisation mit sicherheitspolitischer Schwerpunktsetzung, auf deren Agenda allerdings auch wirtschaftspolitische Ziele stehen.

Alle zentralasiatischen Staaten sind in die ECO involviert, die insgesamt 10 Staaten umfasst; deren einflussreichste sind der Iran und die Türkei. Die Organisation hat ausschließlich ökonomische Zielsetzungen, besondere Bedeutung kommt dem Ausbau der gemeinsamen Infrastruktur und des Handels zu.

Die CICA ist keine Organisation, sondern ein kontinentweites Forum, das der Vertrauensbildung dient und zu diesem Zweck nach dem Vorbild der OSZE Abrüstung und präventive Diplomatie propagiert. Von den zentralasiatischen Staaten beteiligt sich nur Turkmenistan nicht an CICA.

Zwar existiert seit dem Beitritts-gesuch Russlands zur CACO im Mai 2004 keine rein zentralasiatische Organisation mehr, dennoch sind auf zentralasiatischer Ebene zwei Kooperations-Initiativen zu nennen, an denen alle fünf Staaten beteiligt sind. Aufgrund der Initiative und Unterstützung durch westliche Finanzorganisationen wurde ein gemeinsames Wassermanagement-System entwickelt. Des Weiteren schlossen sich die fünf zentralasiatischen Staaten zu einer atomwaffenfreien Zone zusammen.

Die institutionellen kooperativen Regionalisierungsprozesse finden in der Hauptsache auf ökonomischer und sicherheitspolitischer Ebene statt. Dementsprechend hätte eine bereichsorientierte Analyse erfolgen können. Da in mehreren Organisationen jedoch eine Ausweitung der ursprünglichen Agenda auf beide Schwerpunkte stattgefunden hat, erschien ein institutioneller Analyse-Ansatz übersichtlicher und zweckorientierter.

Der Fokus aller sicherheitspolitischen Initiativen liegt im Bereich Terrorismusbekämpfung, Kampf gegen Drogen- und Waffenschmuggel und organisiertes Verbrechen. Generell hatte diese Schwerpunktsetzung schon vor dem 11.9.2001, in den späten 90er Jahren, eingesetzt, nachdem terroristische Aktivitäten im Ferghana Tal vorgefallen waren. Mit dem 11.9.2001 gewann das Thema jedoch neue Brisanz und internationale Aufmerksamkeit.

Es wird im Folgenden darum gehen, die unterschiedlichen Institutionen und Organisationen darzustellen und ihre jeweilige Entstehung, Entwicklung, thematische Schwerpunktsetzung,

ihr immanente Akteursinteressen und Widersprüchlichkeiten, Erfolge und Probleme aufzuzeigen. In diesem Sinne wird zunächst eine eigenständige Institutionen-Analyse für jede der genannten Organisationen und Initiativen durchgeführt.

Erst im letzten Schritt gilt es, die Organisationen miteinander zu vergleichen, die Frage zu beantworten, inwiefern die Organisationenvielfalt durch Konkurrenz oder Komplementarität gekennzeichnet ist, und ob diese Vielfalt eher einen Vor- oder Nachteil für die weitere Entwicklung der zentralasiatischen Region darstellt. Eine weitere wichtige Fragestellung wird auch diejenige nach der Rolle der internationalen Akteure USA, Russland und China im institutionellen Kontext sein.

3.2.1. Organisationen im Rahmen der GUS unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten

3.2.1.1. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Commonwealth of Independent States, CIS) ist die wohl prominenteste kooperative Struktur in der zentralasiatischen Region und darüber hinaus, und wurde am 8.12.1991 zunächst von Weißrussland, Russland und der Ukraine gegründet. Sie wurde treffend als Instrument der „zivilisierten Scheidung“²¹⁶ charakterisiert, da das Haupt-Motiv für ihre Entstehung der Versuch einer geordneten Auflösung der UdSSR war. Am 21.12.1991 schlossen sich auf einem Gipfeltreffen in Alma Ata acht weitere ehemalige Sowjetrepubliken der Gemeinschaft an – unter ihnen auch die fünf zentralasiatischen Staaten - womit formell das Ende der Sowjetunion bestätigt wurde.²¹⁷

Infolgedessen wird die GUS häufig als Nachfolgerin oder Ersatz für die UdSSR angesehen. Sie ist jedoch ihrem Wesen nach weder ein Staat noch ein supranationales Gebilde²¹⁸, wie die Erklärung von Alma Ata unterstrich. Seit 1994 besteht die GUS in der heutigen Mitgliederstruktur aus 12 ehemaligen Sowjetrepubliken; einzige Ausnahme bilden die drei baltischen Staaten, die aufgrund eines historisch begründeten Misstrauens gegenüber Russland der GUS fern blieben.

²¹⁶ Diese gerne zitierte Charakterisierung stammt von dem damaligen Präsidenten der Ukraine, Leonid Krawtschuk. Hier zitiert nach: Götz, Roland/ Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, Dritte Auflage, München 1996, S. 16

²¹⁷ „Having established the Commonwealth of Independent States, the Union of Soviet Social Republics terminates its existence.” Almaty Declaration, Almaty, 21.12.1991, http://www.president.kz/articles/state/state_container.asp?lng=en&art=deklaracia

²¹⁸ „...considered to be neither a state nor a sub-state formation”. Almaty Declaration, 1991, a.a.O.

Laut GUS-Charta vom 22.1.1993 gehören zu den Bereichen gemeinsamer Tätigkeit die Wahrung der Menschenrechte und –freiheiten, Koordination der außenpolitischen Aktivitäten, Kooperation in der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, Zollpolitik, Transport- und Fernmeldewesen, Gesundheits- und Umweltschutz, Sozial- und Migrationspolitik, Kampf gegen das organisierte Verbrechen, sowie Verteidigungspolitik und Schutz der äußeren Grenzen.²¹⁹

Der Rat der Staatschefs und der Rat der Regierungschefs stellen die höchsten Organe dar. Dem Rat der Staatschefs obliegt die Diskussion und Beschlussfassung in prinzipiellen Bereichen gemeinsamen Interesses. Der Rat der Regierungschefs koordiniert die Kooperation zwischen den exekutiven Organen der Mitgliedstaaten. Innerhalb beider Räte gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Jedem Staat ist es jedoch freigestellt, sein Desinteresse zu einem Thema zu bekunden und entsprechende Dokumente nicht zu unterzeichnen.²²⁰ Diese Beschlussfassung hat dann nur für die Unterzeichnerstaaten Gültigkeit. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein unterschiedlicher Integrationsgrad der einzelnen Mitglieder, welches viele Bestrebungen zu verstärkter Integration unterläuft. Des Weiteren ist die Implementierung von gemeinsamen Beschlüssen auf der nationalen Ebene abhängig vom guten Willen der Regierungen. Es existiert kein Sanktionsmechanismus für Nichteinhaltung getroffener Vereinbarungen, so dass Deklarationen und Realität weit voneinander entfernt sind.²²¹

Neben dem Rat der Staats- und Regierungsoberhäupter wurden nach dem Statut der GUS-Charta weitere Körperschaften²²² geschaffen, welche im Laufe der Zeit erweitert und „aufgebläht“ wurden. Der Rat der Außenminister brachte das Problem am 27.3.1997 folgendermaßen auf den Punkt: „(the CIS has) created a huge number of all manner of structures which have begun duplicating each other and proliferating out of control and

²¹⁹ Vgl. Chapter I. Purposes and Principles, Article 4: Charter of the Commonwealth of Independent States, adopted on January 22, 1993 at the meeting of the Council of Heads of State in Minsk, <http://www.cis.minsk.by/ENGLISH/charter.htm>

²²⁰ Vgl. Chapter VI. Bodies of the Commonwealth, Council of Heads of State and Heads of Government, Articles 21/22/23, Charter of the Commonwealth of Independent States, 1993, a.a.O.

²²¹ Offiziellen Angaben zufolge funktioniert nur jedes zehnte der 800 Abkommen, die im Rahmen der GUS geschlossen wurden. Viele von ihnen wurden überhaupt nur von einem Teil der Mitgliedstaaten unterschrieben. Dass in der GUS überhaupt Entscheidungen getroffen werden, begründete Usbekistans Präsident Karimow mit bemerkenswertem Zynismus wie folgt: „Jeder weiß, dass sie niemals implementiert werden.“ Vgl. Timmermann, Heinz: Desintegrationsprozesse in der GUS, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 20/1998, 20.5.1998, S. 2

²²² Der Rat der Außenminister, und der Verteidigungsminister, ein Koordinations- und Konsultativkomitee als permanentes Exekutivorgan, der Rat der Grenztruppen-Leiter, ein Wirtschafts-Gericht, eine Menschenrechtskommission, Körperschaften der sektoriellen Kooperation. Vgl. Chapter VI. Bodies of the Commonwealth, Charter of the Commonwealth of Independent States, 1993, a.a.O.

expensive to maintain.²²³ Um die organisatorische Struktur der Gemeinschaft zu verbessern, verabschiedete der Rat der Staatsoberhäupter am 2.4.1999 einen Beschluss zur Veränderung und Restrukturierung der GUS-Körperschaften. Unter anderem wurde ein Exekutivkomitee als einziges permanentes, administratives Koordinations-Organ geschaffen, sowie ein Wirtschaftsrat; eine Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen dem Rat der Staatschefs und dem Rat der Regierungschefs vorgenommen, etc.²²⁴ Somit wurde die Tätigkeit der GUS bis zu einem gewissen Grad optimiert, dennoch waren die Reformen eher kosmetischer Natur und wirkten sich nicht auf die Interaktionen zwischen den Mitgliedstaaten aus. „Conceptually, optimization of CIS activities was based on the more or less articulate idea that as soon as precise and efficient structures and mechanisms of control and execution were created, dynamic integration processes would begin. But this posing of the question clearly confuses what comes first, the cause or the effect. In actual fact, *the CIS's institutional weakness derives from the weakness of integration relations in general, and not the other way around.*”²²⁵

Und so ist die Forderung nach einer Reform der GUS immer wieder zu vernehmen. Der kirgisische Präsident sagte beispielsweise Ende Dezember 2002: “The present-day reality dictates the need to work out and put into practice new conceptual approaches to reforming the Commonwealth, which was confirmed by the latest CIS summit in Chisinau.”²²⁶

Auf diesem Gipfeltreffen in Chisinau, am 6./7. Oktober 2002 wurden eine Vielzahl aktueller Fragen diskutiert und Reformfordernisse erörtert. Die zentralen Themen waren die Kooperation im ökonomischen Bereich und die Perspektiven für die Entwicklung einer Freihandelszone, die Gewährleistung von Sicherheit und die Erweiterung der Interaktion im Kampf gegen neue Gefahren und Herausforderungen, sowie die Ausweitung der Effektivität der Gemeinschafts-Organe, ihrer Tätigkeit und Strukturen und eine generelle Verbesserung der GUS-Mechanismen.²²⁷ Der usbekische Präsident Karimow äußerte sich in Chisinau gegenüber Journalisten folgendermaßen: „CIS activity has weakened recently... If this continues, the question arises as to what the future of this structure is. It is the only

²²³ Zitiert nach: Sakwa, Richard/ Webber, Mark: The Commonwealth of Independent States, 1991-1998: Stagnation and Survival, in: Europe-Asia Studies, Vol. 51, No. 3, 1999, S. 379-415, S. 395

²²⁴ Vgl. Arunova, Mariam: The CIS: Summing up the past decade and future prospects, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (15), 2002, S. 7-19, S. 10

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Zitiert nach: Kirghiz Presidents speaks about the Need to reform C.I.S., Bishkek/Moscow, December 30, 2002, “News from Russia”, Issue No. 1, Dated 3 January 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf01.html#s3>

²²⁷ Vgl. Meetings of the leaders of the CIS member states, Artikel auf der Homepage The Executive Committee of the Commonwealth of the Independent States, http://www.cis.minsk.by/english/meet_cis.htm

organization that can deepen inter-state economic, social and political ties in this territory, and increase economic cooperation first of all. Thus it is necessary to use all possibilities to raise its effectiveness.”²²⁸

Der Gipfel von Chisinau war ein Spiegel der gegenwärtigen Entwicklungen innerhalb der GUS und seine bereits erwähnten zentralen Diskussionspunkte – die ökonomische und sicherheitspolitische Kooperation - stellen die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit dar, auf welche im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

In den ersten Jahren der Zusammenarbeit zielten die ehemaligen Sowjetrepubliken auf die Integration ihrer Wirtschaften.²²⁹ Zur Schaffung einer Wirtschaftsunion wurde ein entsprechendes Abkommen am 24.9.1993 in Moskau unterzeichnet und bis Herbst 1994 hatten alle Mitgliedsländer mit Ausnahme der Ukraine das Dokument ratifiziert und die Umsetzung wurde von Russland in der Folgezeit stark forciert. Laut Vertrag waren die Ziele der Wirtschaftsunion: „die Herausbildung von Bedingungen einer stabilen Entwicklung der Volkswirtschaften der Vertragspartner im Interesse der Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung“, sowie „die schrittweise Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes auf Grundlage von Marktbeziehungen“²³⁰. In Anlehnung an die Erfahrungen Westeuropas aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war auf diesem Wege zunächst die Errichtung einer Freihandelszone im Rahmen der Gemeinschaft vorgesehen. Im fortgeschrittenen Stadium war auch an die Einführung einer einheitlichen Währung gedacht. Zur Umsetzung des Vertrags wurden weitere Abkommen geschlossen, u.a. zur Schaffung einer Freihandelszone (15.4.1994) und einer Zahlungsunion (21.10.1994). Doch von Beginn an fanden kaum Schritte zur Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse statt, da die strukturellen Unterschiede zwischen den Mitgliedern zu gravierend waren und die meisten die notwendigen internen rechtlichen Regelungen nicht schufen. So blieb die Wirkung der GUS-Vertragswerke in der Realität stark begrenzt und der Grossteil der wirtschaftlichen Interaktionen fand auf bilateraler statt auf multilateraler Ebene statt.²³¹ Der GUS-interne Handel ging seit 1991 dramatisch

²²⁸ Zitiert nach: Press Service of the President of the Republic of Uzbekistan: Visits/ Official Tours, CIS Summit, 6-7 October 2002, Moldova, Kishinev, http://www.press-service.uz/eng/vizits_eng/ve07102002.htm

²²⁹ Vgl. Kapitel 2.2.2. zur allgemeinen Erklärung von Wirtschaftsintegration und den verschiedenen Integrationsstufen.

²³⁰ Artikel 2, Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion, Moskau, 24. September 1993, in: WeltTrends Sonderheft 1995: Russland und die GUS, Potsdam 1995, S. 152-162

²³¹ Pankov, Vladimir: Die GUS als Wirtschaftsraum: Weiterer Zerfall oder Reintegration? Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 2/ 1995, 24.11.1994, S. 17; Clement, Herrmann: Integrationspolitik- und entwicklung im ehemaligen RGW-Raum, Osteuropa-Institut München, Working Paper Nr. 194, Dezember 1996, S. 45f/63

zurück und immer mehr Mitgliedstaaten griffen seit Mitte der 90er Jahre zu protektionistischen Maßnahmen. 1997 verschärfte die Russland-Krise die ökonomische Situation. Erstmals im Jahr 2003 übertraf der GUS-weite Umsatz wieder den Stand vor der Krise, mit einem GUS-internen Gesamthandelsvolumen von 77 Milliarden US\$.²³²

Bis heute taucht das Ziel der Errichtung einer GUS-weiten Freihandelszone immer wieder auf der Agenda der Staats- und Regierungschefs auf, und erlangte im Jahr 2003 neue Aktualität. Während des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Jalta vom 18.-19. September 2003 - auf dem die Präsidenten Russlands, Weißrusslands, Kasachstans und der Ukraine auch das Abkommen zur Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraums unterzeichneten²³³ - stand vor allem das Thema der Interaktion im ökonomischen Bereich zur Diskussion. Dies resultierte in der Annahme einer Deklaration, in welcher hervorgehoben wurde, dass die Bildung einer Freihandelszone und deren schrittweise Weiterentwicklung zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum oberste Priorität für die GUS besitze. In diesem Zusammenhang befanden die Staatsoberhäupter, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Schaffung einer Freihandelszone im Allgemeinen bereits hergestellt worden seien. Des Weiteren wurde ein Aktionsplan für die Jahre 2003-2010 verabschiedet, welcher auf die notwendigsten Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Interaktion zwischen den Mitgliedstaaten einging.²³⁴

Mit global zunehmendem Bedarf an natürlichen Ressourcen, neuen wirtschaftspolitischen Anforderungen durch Globalisierung und Internationalisierung der Weltwirtschaft, ist auch die Interaktion im Energie- und Brennstoffbereich von steigender Bedeutung - bisher eher ein Bereich der Rivalität zwischen den GUS-Staaten und Dominanz durch Russland. Jedoch verfügen die GUS-Länder über das größte zusammenhängende Pipelinennetzwerk, mit dem sie rund 7-10% der Öl- und 40% der weltweiten Gas-Versorgung sicherstellen.²³⁵ Während eines unoffiziellen Gipfels am 1.3.2002 in Almaty wurde den Möglichkeiten multilateraler Kooperation in diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dies mündete in einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Russlands, Kasachstans, Turkmenistans und Usbekistans, in der sie ihren politischen Willen bekundeten, „to develop and intensify

²³² CIS Trade Turnover will exceed Pre-Crisis Level, Moscow, January 3, 2004, "News from Russia", Vol. VII, Issue No.1, January 3, 2004, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2004/nf01.html#s3>

²³³ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.1.4.

²³⁴ Meetings of the leaders of the CIS member states, a.a.O.

²³⁵ Arunova, Mariam: The CIS: Summing up the past decade and future prospects, 2002, a.a.O., S. 14

mutually beneficial commercial and economic relationship in gas sphere²³⁶. Die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit im Energiesektor wurde auch dadurch deutlich, dass sich die Energie-Minister der GUS-Mitgliedstaaten erstmalig zu einem Treffen am 23.10.2002 in Moskau zusammenfanden, um die Interaktionsmöglichkeiten zu diskutieren.²³⁷

Neben den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen ist der heute wohl wichtigste Pfeiler der GUS-Kooperation der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus. Diese Fokussierung entwickelte sich nicht erst aufgrund der tragischen Ereignisse des 11.9.2001, sondern schon seit Ende der 90er Jahre, wurden doch innerhalb eines Jahrzehnts ca. 30 folgenschwere terroristische Anschläge im GUS-Raum verübt. Die GUS-Staaten verabschiedeten eine Reihe von Dokumenten, in denen immer wieder der Wille zur Zusammenarbeit in der Terrorismus-Bekämpfung unterstrichen wurde.²³⁸

Auf Beschluss des Rats der Staatschefs in Minsk vom 1.12.2000 wurde ein Antiterrorismus Zentrum (Anti-Terrorist-Center, ATC) in Moskau eingerichtet, mit einer 60-Mann starken Belegschaft. Ein entsprechendes Statut definiert das Zentrum als “permanent CIS specialized agency and is designed to ensure coordination and cooperation among the competent bodies of the Commonwealth's states in the field of the combating of international terrorism and other manifestations of extremism.”²³⁹ Das ATC ist primär eine Informations- und Analyse-Struktur, deren Aufgabenbereich u.a. den Aufbau einer speziellen Datenbank über internationale terroristische Organisationen und ihre Unterstützer, sowie die Vorbereitung und Durchführung antiterroristischer Operationen und Übungen, umfasst.²⁴⁰ Mit Unterstützung des ATC wurden Manöver unter dem Namen „South Anti-Terror“ durchgeführt.

Während des Gipfeltreffens in Chisinau wurde beschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um einen zentralasiatischen Zweig des ATC zu errichten, mit Sitz in Bishkek. Alle GUS-Staaten außer Turkmenistan beteiligen sich mit unterschiedlicher Intensität an den ATC-Aktivitäten. Präsident Putin äußerte sich zu den Aufgaben des zentralasiatischen Zweiges des ATC, dass er den Bedrohungen aus dem Süden, wie militanten islamistischen Gruppierungen und dem

²³⁶ Joint Statement of the Presidents of the Republic of Kazakhstan, Russian Federation, Turkmenistan and the Republic of Uzbekistan, Almaty, March 1, 2002,

http://www.president.kz/articles/state/state_container.asp?lng=en&art=zayav010302

²³⁷ CIS Energy Ministers Meeting, Moscow, October 23, 2002, in: “News from Russia”, Issue No. 43, Dated 25 October 2002, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2002/nf43.html#s3>

²³⁸ Vgl. Arunova, Mariam: The CIS: Summing up the past decade and future prospects, 2002, a.a.O., S. 14

²³⁹ The Antiterrorist Center of the CIS Member States (Factsheet), December 8, 2000, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin, <http://www.in.mid.ru/Bl.nsf/0/FE24016F51608684432569B40045BFDE?OpenDocument>

²⁴⁰ Ebd.

wachsenden Drogenhandel, entgegenwirken solle.²⁴¹ Doch die Wirksamkeit des ATC hielt sich in Grenzen, was sich allein durch das kleine Budget, dass die Mitgliedstaaten zur Verfügung stellten (Russland zu 50%), widerspiegelt. Es betrug für das Jahr 2001 weniger als 13 Millionen Rubel und wurde im folgenden Jahr auf 26 Millionen Rubel (820.000 US \$) verdoppelt und erscheint Socor aus diesem Grund als „little more than a symbol of Moscow’s aspiration to assemble a CIS political-military bloc under its leadership“.²⁴² Im Mai 2004 berichtete der Vorsitzende des ATC Mylnikov vor dem Antiterrorismus Komitee der UN, mit dem eine enge Kooperation angestrebt wird, über Erfolge und notwendige Maßnahmen. Die Wirksamkeit des ATC scheint sich wenig erhöht zu haben, hob er doch beispielsweise als eine der wichtigsten Aufgaben das Erstellen einer gemeinsamen Liste terroristischer Organisationen hervor, welches ja schon seit Gründung des ATC zu den originären Aufgaben zählt.²⁴³

Neben der antiterroristischen Kooperation interagieren die GUS-Staaten auch in anderen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung, Schwerpunkt ist der gemeinsame Kampf gegen Drogenschmuggel. Er findet auf Basis eines Kooperations-Abkommens im Kampf gegen die unerlaubte Verbreitung von Drogen und anderen bewusstseinsverändernden Substanzen vom 30.11.2000 statt. So wurde beispielsweise im November 2003 ein gemeinsamer Anti-Drogen Einsatz unter dem Namen „Channel 2003“ auf den Territorien von Russland, Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan durchgeführt, bei dem über 19.000 kg Drogen konfisziert wurden.²⁴⁴

Militärische Kooperation findet in begrenztem Umfang statt. War noch im Gründungsdokument der Gemeinschaft die Beibehaltung eines gemeinsamen militärisch-strategischen Raums vorgesehen,²⁴⁵ scheiterte der Versuch, allgemeine GUS-Streitkräfte zu schaffen bereits im März 1992.

Das zentrale Element der Militärkooperation – an der sich außer Turkmenistan alle zentralasiatischen Staaten beteiligen - ist der Rat der Verteidigungsminister und sein

²⁴¹ Socor, Vladimir: CIS Antiterrorism Center: Marking Time in Moscow, Refocusing on Bishkek, Institute for Advanced Strategic & Political Studies, Washington, D.C., November 3, 2002, <http://www.israeleconomy.org/strategic/socor10.htm>

²⁴² Ebd.

²⁴³ Vgl. CIS Anti-Terrorist Center presentation in UN, 28.5.2004, in: Pravda RU, <http://newsfromrussia.com/world/2004/05/28/54165.html>

²⁴⁴ Six States Conduct Anti-Drug Operation, Moscow, November 12, 2003, in: “News from Russia”, dated 14 November 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf141103.html#s3>

²⁴⁵ “Member States of the Commonwealth will preserve and support under a united command the common military and strategic space, including unified control over nuclear weapons...” Article 6, Agreement on the Establishment of the Commonwealth of Independent States, Minsk on December 8, 1991, a.a.O.

Arbeitsorgan, das Hauptquartier zur Koordination militärischer Kooperation. Es ist involviert in die theoretische Auseinandersetzung mit Peacekeeping und die Beilegung von Konflikten in Brennpunkten des GUS-Raums, sowie die Organisation von gemeinsamen Manövern mit Namen „Südliches Schild der Gemeinschaft“. Die wichtigste Komponente der militärischen Interaktion ist wohl das vereinte Luftverteidigungssystem, welches 1995 gegründet wurde. Während alle GUS-Staaten, außer Turkmenistan, bis zu einem gewissen Grad gleichermaßen an den kooperativen Aktivitäten im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität teilnehmen, divergiert die Teilnahme an der militärischen Kooperation sehr stark von Jahr zu Jahr.²⁴⁶

Von Anbeginn der GUS bis heute finden sich immer wieder Stimmen von in- und ausländischen Wissenschaftlern und Politikern, die der Fortexistenz der Organisation wenig Chancen einräumen.²⁴⁷ Bald nach der GUS-Gründung wurde das Scheitern der Integrationskonzeption ausgemacht, wofür drei zentrale Gründe angeführt wurden. Erstens sei die Krise der GUS „genetisch bedingt“; da sie als Ersatz für die zerbrochene Sowjetunion geschaffen worden wäre, läge ihr kein neues Aufbruchskonzept zu Grunde, an dem es in der Folgezeit mangle. Zweitens sei die GUS weder eine Werte- noch eine Interessengemeinschaft. Ihr fehle eine tragende gemeinsame Idee, es gebe keine gemeinsame äußere oder innere, globale oder regionale Bedrohung. Drittens gestalteten sich die Transformationsprozesse in den GUS-Mitgliedstaaten und ihre individuellen Interessen und Bündnispräferenzen so unterschiedlich, dass die Idee einer schrittweisen (Wirtschafts-) Integration nach dem Muster der EU gescheitert sei. Vor diesem Hintergrund bilde die GUS zwar auch weiterhin ein nützliches Forum zur Koordinierung praktischer Aufgaben (z.B. im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur) und zur Aussprache über Konfliktzonen in der Region (etwa Tadschikistan). Als Institution regionaler Integration im postsowjetischen Raum oder gar als überregionaler politischer, wirtschaftlicher und militärischer Faktor sei die GUS jedoch irrelevant.²⁴⁸

Wie scharf man die Schwächen der GUS auch kritisieren will: Sie hat sich als Organisation im ehemaligen Sowjetraum etabliert, und niemand wird heute ernsthaft ihre Existenz in Frage stellen. Allerdings fällt ins Auge, dass die GUS im Laufe ihrer Entwicklung immer weniger im Rahmen aller 12 Mitglieder agiert, sondern dass sie sich mehr zum Forum entwickelt hat, innerhalb dessen Interaktionen zwischen den Mitgliedstaaten auf bilateraler, sowie regionaler

²⁴⁶ Arunova, Mariam: The CIS: Summing up the past decade and future prospects, 2002, a.a.O., S. 16f

²⁴⁷ Vgl. Pankov, Vladimir: Die GUS als Wirtschaftsraum: Weiterer Zerfall oder Reintegration? 1994, a.a.O., S. 7

²⁴⁸ Timmermann, Heinz: Desintegrationsprozesse in der GUS, 1998, a.a.O., S. 1f

Ebene stattfinden. Dabei tut sich eine Kluft zwischen zwei Staaten-Gruppierungen innerhalb der GUS auf: Die eine Gruppe lässt sich als integrationswillig und an Russland orientiert charakterisieren; die andere Gruppe steht allen Integrationsinitiativen äußerst kritisch gegenüber und will Einflussnahme durch Russland verhindern.

Kooperation findet also verstärkt im Rahmen eines Kernmodells²⁴⁹ in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und unterschiedlichen Formaten statt, wobei sich die Frage stellt, ob dies insgesamt den Zielen der GUS förderlich ist, oder ob es ihre organisatorische Gesamtstruktur untergräbt.

Auch die meisten zentralasiatischen Staaten sind an den Kooperationsstrukturen unterhalb der GUS-Ebene beteiligt. Zu nennen ist einerseits die sicherheitspolitische Kooperation einiger GUS-Staaten, die sich aus dem Taschkenter Vertragssystem für kollektive Sicherheit entwickelte, welches 1993 in Kraft trat und die Zusammenarbeit in Fragen von Sicherheit und Verteidigung innerhalb der GUS regeln sollte. 1999 weigerte sich Usbekistan, seine Mitgliedschaft im Taschkenter Vertragssystem zu verlängern, und trat statt dessen einem anderen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bündnis bei: GUUAM. Im Mai 2002 institutionalisierten die Taschkenter Vertragspartner ihre Kooperation, indem sie die Collective Security Treaty Organization (CSTO) gründeten. Mit der westlich orientierten GUUAM und der russlandfreundlichen CSTO existieren innerhalb der GUS zwei Organisationen, die sich wenn auch nicht feindlich, so jedoch kritisch gegenüberstehen. Zu ersterer gehören Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien; zu zweiterer Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan.

Somit muss sich die GUS seit spätestens 1999 mit der Tatsache, in zwei Blöcke geteilt zu sein, auseinandersetzen. Auch für die zentralasiatische Region ist dieser Fakt von Bedeutung, gehören doch die zwei mächtigsten zentralasiatischen Staaten Kasachstan und Usbekistan den zwei entgegengesetzten Blöcken an.

Da auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht die Möglichkeiten einer intensivierten Zusammenarbeit oder gar Integration auf Gesamt-GUS-Ebene sich nach einigen Jahren als unbefriedigend herausstellten, bildete sich auch in diesem Bereich ein Integrationskern, der wiederum dem russlandfreundlichen Lager zugerechnet werden kann. Vom Scheitern der GUS-weiten Zollunion enttäuscht, gründeten Russland, Weißrussland, Kasachstan und Kirgisistan eine „kleine Zollunion“, die sich nachdem auch Tadschikistan beigetreten war, im Oktober 2000 zur Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC) transformierte.

²⁴⁹ Vgl. Kapitel 2.2.2.

Des Weiteren formieren sich seit September 2003 Russland, Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan als zusätzlicher Integrationskern (CES), mit dem Ziel der Schaffung einer weiteren Regionalorganisation zum Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraums. Gerade in dieser jüngsten Initiative wird die Chance für eine Stärkung der Gesamt-GUS gesehen.

In einen ähnlichen Kontext scheint auch die CACO zu rücken, die zwar bis März 2004 auf genuin zentralasiatischer Ebene agiert hatte, jedoch bereits mit ihrer Gründung proklamiert hatte, sich im Einklang mit GUS-Interessen zu befinden. Während des jüngsten Gipfeltreffens der CACO-Präsidenten im Mai 2004 wurde dem Aufnahmegesuch Russlands stattgegeben, und so scheint auch diese Organisation Teil der Tendenz zur GUS-Reintegration zu werden.

3.2.1.2. Collective Security Treaty Organisation (CSTO)

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Gründung der GUS wurde zunächst der Versuch unternommen, ein einheitliches militärisches Gebiet beizubehalten, und das sowjetische Militär in ein vereintes GUS-Militär übergehen zu lassen. Gleichzeitig begannen die jungen, unabhängigen Staaten jedoch, ihre eigenen Armeen aufzubauen und bereits im Mai 1992 wurde offenkundig, dass ein zentralisiertes GUS-Militär unter einem Kommando nicht erhalten werden konnte. Dennoch war den meisten Staatsführungen bewusst, dass angesichts der drohenden Eskalation von Konflikten im post-sowjetischen Raum, effektive Mechanismen zur militärisch-politischen Integration und zum Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems notwendig waren. Infolgedessen unterzeichneten Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan am 15.5.1992 in Taschkent einen Vertrag über kollektive Sicherheit (Collective Security Treaty, CST), mit dem die sechs Signatarstaaten sich verpflichteten, „keinen militärischen Bündnissen“ beizutreten und „sich an keinen Gruppierungen von Staaten oder Aktionen, die gegen einen anderen Teilnehmerstaat gerichtet sind zu beteiligen“.²⁵⁰ In allen wichtigen, die Interessen der Teilnehmerstaaten berührenden Fragen internationaler Sicherheit, seien die Positionen untereinander abzustimmen und unverzügliche Konsultationen durchzuführen, falls Gefahr für Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität bestehe. Als institutionelles Gremium sah der Vertrag in Artikel 3 einen Rat für kollektive Sicherheit – bestehend aus den Staatsoberhäuptern und den Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der GUS - vor.

²⁵⁰ Artikel 1, Vertrag über kollektive Sicherheit, Taschkent, 15. Mai 1992, in: WeltTrends: Russland und die GUS, Sonderheft 1995, Dokument 1, Potsdam 1995, S. 136-139, S. 136

In der Folgezeit traten noch drei weitere Staaten dem Bündnis bei: Aserbaidschan, Weißrussland und Georgien, und am 20.4.1994 trat der Vertrag schließlich in Kraft. Ursprünglich war er als militärische Komponente der GUS vorgesehen, dem alle Mitgliedstaaten beitreten sollten, um so Teil eines umfassenden Sicherheitssystems in Europa und Asien zu werden. Doch wie bereits erwähnt, zeigten die anderen GUS-Staaten kein Interesse an einer intensiven militär-politischen Zusammenarbeit, so dass der Prozess der militärischen Integration auf GUS- und Taschkenter Vertragsebene sich unterschiedlich entwickelte, und sich letztere als die bei weitem effektivere Variante herauskristallisierte.

Am 10.2.1995 verabschiedete der Kollektive Sicherheitsrat ein Sicherheitskonzept mit grundlegenden Prinzipien zur Interaktion zwischen den Mitgliedstaaten im militärisch-politischen Bereich. Im November wurde der Kollektive Sicherheitsvertrag offiziell durch das UN-Sekretariat registriert. Seit 1996 wurde das Sicherheitsbündnis in Zusammenhang mit der Gefahr durch islamistische Terroristen in Zentralasien wiederholt angerufen.²⁵¹

Die in erster Linie durch Russland vorangetriebene und zusammengehaltene militärisch-politische Zusammenarbeit im Rahmen des Taschkenter Vertrags hatte in zunehmendem Maße mit Desintegrationstendenzen zu kämpfen. Von Beginn an waren dem Taschkenter Vertrag substantielle Mängel immanent: Er umfasste nicht alle GUS-Staaten; die Beistandsverpflichtung galt nur für die militärische Bedrohung durch Drittstaaten, für die es jedoch kaum realistische Bedrohungsszenarien gab. Für Konflikte innerhalb des GUS-Raums, die die Teilnehmerstaaten als die eigentliche Gefahrenquelle betrachteten²⁵², waren keinerlei Schlichtungsmechanismen vorgesehen.²⁵³

Nichtsdestotrotz gab es für die ehemaligen Sowjetrepubliken gute Gründe zur Teilnahme an der kollektiven Sicherheitsstruktur. Als Hauptmotivation muss für die zentralasiatischen Staaten – trotz recht unterschiedlicher partikularer Interessen – als gemeinsamer Nenner die Hoffnung genannt werden, einen Rückzug Russlands aus der Region zu verhindern. Die Bündnisteilnehmer erhofften russische Unterstützung beim Aufbau und Unterhalt ihrer nationalen Armeen und Sicherheitsgarantien gegenüber einer gemeinsamen potentiellen Bedrohung, wie China. Für Usbekistan waren der russische Schirm und das militärische

²⁵¹ Minasian, Sergey: CIS: Building a collective security system, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-01/16.mineng.shtml

²⁵² Mit Armenien und Aserbaidschan befanden sich zwei in gewaltsamer Konfrontation stehende Staaten innerhalb des Systems kollektiver Sicherheit. Tadschikistan befand sich in einem blutigen Bürgerkrieg.

²⁵³ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I: Sicherheitsstrukturen und –politik auf nationaler und regionaler Ebene, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 24/ 2000, 5.9.2000, S. 18

Engagement in Tadschikistan – demgegenüber es seine eigene außen- und sicherheitspolitische Agenda entwickelte - von Nutzen, um die eigene regionale Position auf Kosten der anderen zentralasiatischen Staaten und Russlands auszubauen. Das tadschikische Regime war auf die wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch Russland angewiesen. Denn die vertragsgemäße gegenseitige militärische Unterstützung fand im Falle der “friedenserhaltenden” Operationen im Bürgerkriegsland Tadschikistan nicht im vereinbarten multilateralen Ausmaß statt. Die zögerliche Beteiligung Kasachstans, Kirgisistans und Usbekistans am Schutz der tadschikischen Grenze verdeutlichte, dass es offenbar sowohl an der Möglichkeit als auch am Willen zu einem substantiellen militärischen Beitrag mangelte, und dass man statt dessen auf das russische „Schild“ vertraute. Die Aufstellung von Truppenkontingenten in Tadschikistan war jedoch die einzige Aktion in Zentralasien, die zumindest ein gewisses kollektives Format für sich beanspruchen konnte. Die geschilderte Interessenkonstellation legt den Schluss nahe, dass die Mitglieder des Taschkenter Vertrags Mitte/Ende der 90er Jahre primär durch ihre vertikalen Beziehungen zu Russland zusammengehalten wurden und dass die Wirksamkeit des gemeinsamen Verteidigungsbündnisses sich auf seine formalen Funktionen beschränkte.²⁵⁴

In der weiteren Entwicklung des kollektiven Sicherheitsbündnisses formierten sich in Zentralasien, insbesondere in Usbekistan, Widerstände gegen die multilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit im postsowjetischen Raum, mit Russland im Zentrum. Desintegrative Tendenzen zwischen Russland- und westorientierten Mitgliedstaaten nahmen zu. Bilaterale, trilaterale und subregionale Arrangements substituierten schrittweise den Taschkenter Vertrag – wenn dieser auch de jure bestehen blieb.²⁵⁵

Ihren deutlichsten Ausdruck fand diese Entwicklung im April 1999 in der Entscheidung Aserbaidshans, Georgiens und Usbekistans, den auslaufenden Taschkenter Vertrag nicht erneut zu unterzeichnen. In ihren Augen hatte der kollektive militärische Rahmen seinen Mitgliedern keinen tatsächlichen Schutz bieten können, sondern primär Russland zur Ausweitung seiner Interessensphäre gedient. Zusammen mit Moldawien und der Ukraine gründeten die drei Staaten eine neue militärisch-politisch-ökonomische Gruppierung – GUUAM – die von Moskau als „Gegenveranstaltung“ zum Taschkenter Vertragsbündnis wahrgenommen wurde.²⁵⁶

²⁵⁴ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 14ff

²⁵⁵ Ebd., S. 17f

²⁵⁶ Vgl. Kapitel 3.2.1.6.

Auch in Russland selbst verlor das Taschkenter Sicherheitssystem allmählich an Überzeugungskraft, und die Zukunft wurde eher im Gesamtrahmen der GUS bzw. vor allem in den bilateralen Beziehungen gesehen. Diese Position spiegelte sich in der Rede Iwanovs vom 4.2.2001 wieder. Die russische Führung sei zu folgender Erkenntnis gekommen: „the swift development of the Commonwealth into a full-fledged integration association in the near term is impossible... As a result the choice was made in favor of the ensuring of the national security interests of Russia, primarily through the development of bilateral relations with the CIS countries.“²⁵⁷

Nichtsdestotrotz blieb die Sicherheitszusammenarbeit der verbliebenen Taschkenter Vertragspartner weiterhin bestehen und weitete sich seit der Jahrtausendwende sogar aus. Grund war die zunehmende sicherheitspolitische Brisanz seit Sommer 1999 im Süden der zentralasiatischen Region in der Nachbarschaft Afghanistans, die sich in Zusammenstößen zwischen islamistisch fundamentalistischen Rebellen und den dort stationierten Streitkräften äußerte. Das Thema Terrorismusbekämpfung gewann großen Stellenwert und wurde zur wichtigsten Integrationsklammer des Bündnisses. Infolgedessen fanden Sitzungen des Kollektiven Sicherheitsrats in Bishkek (Oktober 2000), Yerevan (Mai 2001) und Moskau (Mai 2002) statt, die zukunftsweisende Beschlüsse für das Taschkenter Bündnis fassten. Auf dem Moskauer Gipfel wurden die bisherigen Strukturen in die Collective Security Treaty Organisation (CSTO) transformiert.

Während des Treffens in Bishkek im Oktober 2000 beschlossen die Staatsoberhäupter, drei regionale Sub-Sicherheitssysteme zu etablieren – ein europäisches, ein kaukasisches und ein zentralasiatisches – da die Vertragspartner (außer Russland) sich nicht von allen Problemen gleichermaßen in ihrer nationalen Sicherheit bedroht fühlten.²⁵⁸ Des Weiteren wurde ein Abkommen über den rechtlichen Status der kollektiven Sicherheitskräfte geschlossen. Trotz der regionalen Aufteilung können im Falle der Aggression gegen eine der Seiten, die anderen Sicherheitskräfte zur Unterstützung angefordert werden. Mit diesem neuen System soll

²⁵⁷ Speech by Secretary of the Russian Security Council Sergey Ivanov at the 37th International Security Conference on the Theme "Global and Regional Security at the Start of the 21st Century", Munich, 4 February, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin, 13.2.2001, <http://www.in.mid.ru/BI.nsf/arh/011459053B12127E432569F30027365B?OpenDocument>

²⁵⁸ Während beispielsweise die zentralasiatischen Staaten die Hauptbedrohung ihrer nationalen Sicherheit im islamistischen Terrorismus und ethnisch motiviertem Separatismus sahen, spielte dies für Weißrussland keine Rolle. Für Weißrussland stand viel mehr die komplexe Problematik in Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung im Vordergrund seiner Sicherheitsbedürfnisse.

sowohl die zielgerichtete und effektivere Bekämpfung regionaler Bedrohungen, als auch die enge Koordination im Rahmen des gesamten Sicherheitssystems ermöglicht werden.²⁵⁹

Wichtiger Meilenstein bezüglich der militärischen Integration innerhalb des CST wurde die Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrats in Yerevan, im Mai 2001. Zum ersten Mal in der Geschichte des CST wurde auf multilateraler Basis die Formation einer kollektiven schnellen Eingreiftruppe in Zentralasien, mit Beteiligung russischer, tadschikischer, kasachischer und kirgisischer Militäreinheiten, zum Kampf gegen islamischen Extremismus, Drogenhandel und Terrorismus in den Grenzgebieten, beschlossen. In den anderen beiden Sub-Regionen sollten regionale Einsatzkräfte auf bilateraler Basis entstehen. Als Hauptquartier der schnellen Eingreiftruppe wurde Bishkek ausgewählt. In der Abschlusserklärung drückten die Gipfelteilnehmer die Hoffnung aus, dass die erfolgreiche Implementierung der kollektiven Eingreiftruppen zum Aufbau eines umfassenden kollektiven Sicherheitssystems führen werde.²⁶⁰

Die neue Qualität der Zusammenarbeit spiegelte sich auch in der in Yerevan verabschiedeten gemeinsamen Erklärung zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus wider. Die Staatsechefs betonten ihre ernsthafte Sorge bezüglich der neuen Herausforderungen durch internationalen Terrorismus und Extremismus an die globale und regionale Sicherheit und versicherten den aktiven Kampf ihres Bündnisses für Sicherheit und Stabilität.²⁶¹ Die fruchtbare Atmosphäre während des Treffens wurde in den lokalen Medien reflektiert, die die Partnerstaaten mit den Worten „nearest allies“ und „strategic partners“²⁶² charakterisierten.

Zur Verbesserung und Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit wurde schließlich im Mai 2002 während der Jubiläums-Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrats in Moskau beschlossen, den Vertrag über kollektive Sicherheit in die Collective Security Treaty Organisation (CSTO) zu transformieren. Der russische Präsident Putin bemerkte dazu: „...the Treaty is demonstrating in practice that it is an essential and efficient tool of ensuring

²⁵⁹ Minasian, Sergey: CIS: Building a collective security system, 2003, a.a.O.

²⁶⁰ Utyaganova, Maria: Fallout of the Collective Security Treaty, Yerevan, in: Central Asia – Caucasus Analyst, Field Reports, 20.6.2001, http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/June_20_2001_CST_Summit.htm; DeTemple, James: Central Asian Rapid Reaction Force Support Gathered, in: Eurasia Insight, 3.5.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav050301.shtml>

²⁶¹ Statement by the Heads of State of the Republic of Armenia, the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, the Russian Federation and the Republic of Tajikistan, Yerevan, May 25, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.ln.mid.ru/bl.nsf/8bc3c105f5d1c44843256a14004cad37/42e0ebed0654c79a43256a5c00317350?OpenDocument>

²⁶² Zitiert nach: Utyaganova, Maria: Fallout of the Collective Security Treaty, 2001, a.a.O.

collective security... And we are united by our consensus: the optimum way of promoting our cooperation is to transform the Treaty into an international regional organization.”²⁶³

Eine Charta und der rechtliche Status der CSTO wurden am 7.10.2002 in der moldawischen Hauptstadt Chisinau verabschiedet. Die grundlegenden Ziele und Maßnahmen der CSTO bleiben der gemeinsame Kampf gegen internationalen Terrorismus und Extremismus, Schmuggel von Waffen, Drogen und andere bewusstseinsverändernde Substanzen, sowie organisiertes transnationales Verbrechen. Die Kosten der gemeinsamen Aktivitäten sollen aus dem Gemeinschafts-Budget getragen werden, für welches Russland zu 50% aufkommt, während die fünf anderen Mitgliedstaaten je 10% der Gesamtkosten beitragen.²⁶⁴

Darüber hinaus erhielt die Kooperation eine neue Komponente, die insbesondere für die zentralasiatischen Staaten mit ihren veralteten Waffen und Kommunikationstechnologien von Interesse ist: die Kooperation im militärtechnischen Bereich. Die Gründung der CSTO ermöglichte ihnen den Kauf von Waffen und Technologien zu russischen Preisen und auch für die gemeinschaftliche Entwicklung und Produktion von Militärtechnologie existieren Pläne.²⁶⁵

Die Neuorganisation des Bündnisses und die Installation eines kollektiven Mechanismus sei ein wichtiger militärischer und politischer Schritt, so Prikhodko, stellvertretender Leiter der russischen präsidentialen Administration. „The Collective Security Treaty Organization is becoming a full-fledged, structured international body with precise rules that will be able to response adequately to global challenges including international terrorism,”²⁶⁶ sagte Prikhodko. Er betonte darüber hinaus die Tatsache, dass die entsprechenden Dokumente während des GUS-Gipfeltreffens unterzeichnet wurden - “that shows that the Collective Security Treaty Organization is open and transparent.”²⁶⁷

²⁶³ Remarks by President of the Russian Federation Vladimir Putin Upon Conclusion of Collective Security Council Session, Moscow, May 14, 2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin,

<http://www.in.mid.ru/bl.nsf/0/7b550870a478e9fc43256bbb00596e7e?OpenDocument>

²⁶⁴ Charter of Collective Security Treaty Organization ratified, in: “News from Russia”, Vol. VI, Issue No. 18, dated 1st May 2003, Moscow, April 25, 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf18.html#s3>

²⁶⁵ Esenov, Murad: The Anti-Terrorist Campaign and the Regional Security System, in: Russian Regional Perspectives, The new journal on Russian regional affairs from the International Institute of Strategic Studies, Vol. 1, Issue 2: Russia’s New Southern Border: Western Siberia–Central Asia, ohne Datum, <http://www.iiss.org/rrpfree.php?scID=43&PHPSESSID=5b0fdefe31a7a91cb39a281667fc3162>

²⁶⁶ Charter and Agreement on Collective Security Treaty Organization’s Legal Status Signed, Chisinau, October 7, 2002, in: “News from Russia”, Issue No. 41, Dated 11 October 2002, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2002/nf41.html#s3>

²⁶⁷ Zitiert nach: ebd.

Neben dem Ziel der internen Stärkung des Bündnisses, dürfte bei der Umwandlung in eine Regionalorganisation auch die Hoffnung eine Rolle gespielt haben, auf diese Art und Weise die Beziehungen zu anderen Organisation wie der UN, der OSZE und der SCO einfacher koordinieren und ausweiten zu können.

Für die kleineren Bündnispartner sind nach wie vor die durch die CSTO garantierten besonderen Beziehungen zu Russland von großer Bedeutung. Denn objektiv betrachtet ist außer Russland kein Mitgliedstaat in der Lage, alleine für seine militärische Sicherheit Sorge zu tragen, und somit auf den Schutz durch den großen Nachbarn angewiesen. Eine wichtige Rolle kommt in diesem Zusammenhang der neuen Sicherheitsdoktrin der Russischen Föderation zu, die ihren Bündnispartnern militärischen Beistand – falls notwendig auch nuklearer Art – zusichert.²⁶⁸

Das nächste Treffen der Staatsoberhäupter fand am 28.4.2003 in Dushanbe statt. Es wurde eine politische Stellungnahme mit einer Bewertung der geopolitischen Weltlage formuliert. Mit dem Dokument verliehen die CSTO-Staaten ihrer Bereitschaft Ausdruck, ihren Beitrag zur Stärkung der regionalen und internationalen Sicherheit zu leisten. Die Präsidenten beschlossen, ein gemeinsames Hauptquartier der kollektiven schnellen Eingreiftruppe einzurichten, die außerdem eine neue Komponente, einen Luftstützpunkt in Kirgisistan, erhalten sollte.²⁶⁹

Nach mehrfacher Verzögerung unterzeichneten Kirgisistan und Russland schließlich am 22.9.2003 ein entsprechendes Abkommen über den Luftstützpunkt, und einen Monat später, am 23. Oktober, wurde er eröffnet. Der Luftstützpunkt nahe Bishkek, in Kant, gehört Russland, soll jedoch in erster Linie von den schnellen Eingreiftruppen der CSTO genutzt werden. Die Wahl des Standorts resultiere laut des russischen Verteidigungsministers Ivanov vor allem aus den nationalen russischen Interessen, sowie den Sicherheitsüberlegungen für „our closest allies-parties to the Collective Security Treaty, which we think need Russian military presence because the situation in Central Asia is stable but complicated.“²⁷⁰ Bei der Eröffnungszeremonie stellte Präsident Putin den Kampf gegen den Drogenschmuggel ausgehend von Afghanistan, sowie gegen das Eindringen ausländischer Terroristen als die

²⁶⁸ In der nationalen Sicherheitsdoktrin heißt es diesbezüglich: „Die wichtigste Aufgabe der Russischen Föderation ist die Gewährleistung der Abschreckung zur Abwehr einer Aggression beliebigen Maßstabs, darunter mit Einsatz von Kernwaffen, gegen Rußland und seine Verbündeten.“ Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, 10. Januar 2000, a.a.O.

²⁶⁹ Heads of six States adopted Political Statement in Dushanbe/ Collective Rapid Deployment Force set up by former Soviet Republics, Dushanbe, April 28, in: “News from Russia”, Vol.VI, Issue No. 18, dated 1st May 2003, 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf18.html#s3>

²⁷⁰ Zitiert nach: Sergei Ivanov on Russia’s first Military Base abroad, Moscow, September 22, 2003, in: “News from Russia”, dated 26 September 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf260903.html#s3>

Hauptaufgaben und Ziele des Luftstützpunkts heraus. Die neue Militärbasis verleihe der kollektiven Eingreiftruppe eine ganz neue Signifikanz und trage zur Festigung der regionalen Sicherheit bei, so Putin. Die Koexistenz des russischen Stützpunkts in Kant und des Stützpunkts der multinationalen Truppen unter amerikanischer Führung in Manas befand Putin nicht als problematisch. "Russia is a member of the international antiterrorist coalition and supports the world community's efforts on the operation in Afghanistan,"²⁷¹ kommentierte er. Auch mit Tadschikistan finden Verhandlungen über den Aufbau eines russischen Luftstützpunkts statt, jedoch wurde noch kein konkretes Datum genannt. Auch ein russischer Stützpunkt in Tadschikistan würde als Teil der kollektiven Eingreiftruppe der CSTO fungieren.²⁷²

Im weiteren Verlauf des Jahres 2003 bekam die Diskussion über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Staaten außerhalb der GUS, bzw. mit internationalen Organisationen wie OSZE, EU, NATO und SCO einen großen Stellenwert, insbesondere im Hinblick auf die Situation in Afghanistan. Dieser Trend fand seinen deutlichsten Ausdruck auf einem Gipfeltreffen der Außenminister der CSTO am 19.11.2003 in Bishkek. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es: „The member states of the CST Organization call upon other international organizations and the region's countries to support their efforts in the state and economic reconstruction of Afghanistan, and express readiness for interaction in this sector with other international and regional structures, in particular, NATO.“²⁷³

Die Erfolgsbilanz aus Sicht der Mitgliedstaaten der CSTO lautete Ende 2003 wie folgt:

“The Collective Security Treaty Organization is now building the appropriate counter-terrorism capacity. Collective rapid-deployment forces, drawn from the armed forces of the Republic of Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, the Russian Federation and the Republic of Tajikistan, have been established to cover Central Asia. The Council of Ministers for Foreign Affairs and the Council of Ministers of Defence are operational. The Committee of Secretaries of the Security Council is developing practical measures to counter terrorism and related illicit trafficking in drugs and weapons, illegal migration and

²⁷¹ Zitiert nach: Russia's stronger military Presence in the CIS South, Kant, October 23, 2003, in: "News from Russia", dated October 24, 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf241003.html#s3>

²⁷² Russian Military Base to be set up in Tajikistan, Dushanbe, December 24, 2003, in: "News from Russia", dated 26 December 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf261203.html#s3>

²⁷³ Statement by Ministers of Foreign Affairs of Member States of the Collective Security Treaty Organization, Bishkek, November 19, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, http://www.in.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/81471B707FC7570B43256DE40044F7C3?OpenDocument

transnational organized crime. Arrangements are being made for the mutual use of relevant infrastructures of the States members of the Collective Security Treaty Organization to carry out counterterrorism measures. The intelligence services and counter-terrorist divisions are increasing their combat readiness; joint exercises are being conducted; and coordinated plans of action are being drawn up. An agreement on a unified system of technical protection of railways of the States members of the Collective Security Treaty Organization was signed on 28 April 2003. Efforts are under way to harmonize countries' national legislation in the area of counter-terrorism. The Collective Security Treaty Organization is developing cooperation with the relevant organs of the Commonwealth of Independent States and the groundwork has been laid for contacts with the United Nations, the Organization for Security and Cooperation in Europe, the Shanghai Cooperation Organization and other international security organizations. The Collective Security Treaty Organization meets the requirements to actively participate in the system of cooperation among regional organizations evolved by the Counter-Terrorism Committee of the United Nations Security Council.”²⁷⁴

3.2.1.3. Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)

1994 sorgte der Vorschlag des kasachischen Präsidenten Nasarbajew zur Gründung einer Eurasischen Union für Aufsehen, da sich in seinen Augen die Gesellschaften in einer starken Krise befänden und die strukturelle Vertiefung der GUS bis dato nur unzureichend stattgefunden habe. Eine Eurasische Union mit dem Ziel einer Wirtschafts-, Währungs- und politischen Union sollte dem entgegenwirken, die GUS jedoch nicht aufheben, sondern in ihr aufgehen. Kritische Stimmen befürchteten die Wiederbelebung der alten Sowjetunion in neuem Gewand, insbesondere Usbekistan sprach sich vehement gegen die Initiative aus, deren Realisierung jedoch nie zur Disposition stand.²⁷⁵

Seit 1996 nahm die Konzeption einer „länderweisen Integration“ bzw. einer „Integration in verschiedenen Geschwindigkeiten“ tatsächlich Gestalt an. Sie fand ihren Ausdruck in der

²⁷⁴ Statement by the States members of the Collective Security Treaty Organization: the Republic of Armenia, the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, the Russian Federation and the Republic of Tajikistan, 27 November 2003, Annex to the letter dated 3 December 2003 from the Permanent Representative of Tajikistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.in.mid.ru/ns-rkonfl.nsf/0/ffae099febb7b6bdc3256e37002d7e8f?OpenDocument>

²⁷⁵ Vgl. ausführlich zur Eurasischen Union: Halbach, Uwe: Nasarbajews Eurasische Union, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 36/1994, 14.7.1994

Unterzeichnung von zwei Verträgen: der Bildung einer Integrationsgemeinschaft zwischen Russland und Weißrussland im Rahmen eines „Zweiervertrags“ (welcher nicht weiter thematisiert werden soll), sowie dem „Vierervertrag“. Letzterer beschloss eine vertiefte Wirtschaftsintegration zwischen Russland, Weißrussland, Kasachstan und Kirgisistan und wurde als Neuauflage einer kleineren Zollunion betrachtet, da der Vertrag einer GUS-weiten Zollunion als gescheitert galt. Die kleinere Zollunion wurde am 6.1.1995 von Weißrussland und Russland vereinbart. Am 20.1.1995 schloss sich Kasachstan an, Kirgisistan folgte am 29.3.1996.²⁷⁶ Am gleichen Tag unterzeichneten die Partner einen Vertrag über die Vertiefung ihrer Integration im ökonomischen und humanitären Bereich, welcher die Grundlage für die Schaffung einer Gemeinschaft integrierter Staaten bildete. Diese Vereinbarung wurde am 26.2.1999 zum Vertrag zur Schaffung einer Zollunion und eines gemeinsamen Wirtschaftsraums ausgeweitet. Die Signatarstaaten trugen damit ihrem Wunsch zur Bewältigung der 1998er Wirtschaftskrise durch größere Komplementarität ihrer Wirtschaften und verstärkte Integration Rechnung. Gleichzeitig wurde Tadschikistan als fünftes Mitglied aufgenommen.²⁷⁷

Die Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidshan, Usbekistan und Turkmenistan lehnten eine Teilnahme an der Zollunion aufgrund der dominierenden Position Russlands ab, das in ihren Augen direkt oder indirekt die Konditionen der Handelspolitik diktieren würde.²⁷⁸

Die fünf Partnerstaaten hatten sich einen institutionellen Rahmen gesetzt, der primär durch zwei Körperschaften gebildet wurde. Höchste Autorität besaß der Zwischenstaatliche Rat, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs, den Außenministern und dem Vorsitzenden des Integrationskomitees. Als Arbeitsorgan mit exekutiver und koordinativer Funktion fungierte das Integrationskomitee, welches in erster Linie für die Formierung der Zollunion und die Stärkung der ökonomischen Kooperation zuständig war. Alle Entscheidungen wurden einstimmig getroffen und Kosten paritätisch geteilt. Alle abgeschlossenen Abkommen und Verträge hatten bindenden Charakter für jedes Mitglied, Sanktionen für deren Verletzung

²⁷⁶ Grinberg, Ruslan/ Kosikova, Lidija: Russland und die GUS. Auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 50/1997, 27.11.1997, S. 29/33

²⁷⁷ Ultanbaev, Rafael: Eurasian Economic Community: Thorny path of development, in: Central Asia and the Caucasus, No 3 (21), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/17.ulteng.shtml

²⁷⁸ Kemoklidze, Dimitri: Has the Commonwealth of Independent States collapsed? In: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, January 3, 2001, http://www.cacianalyst.org/Jan_3_2001/Commonwealth_of_Independent_States.htm

waren jedoch keine vorgesehen. Daraus resultierte, dass viele Entscheidungen nur teilweise oder gar nicht implementiert wurden.²⁷⁹

Die Argumentation seitens der involvierten Politiker, dass durch eine kleine Zollunion ein „Integrationskern“ innerhalb der GUS geschaffen werden sollte, wirft die Frage auf, ob mit dieser Konstruktion einer neuen Integrationsdynamik nur die Realität einer zunehmenden Bilateralisierung der Wirtschaftsbeziehungen verschleiert werden sollte.²⁸⁰ Grundlegende Voraussetzungen, wie die Erarbeitung eines Mechanismus zur Koordinierung der Handelspolitiken, wurden durch die Regelungen der Zollunion nicht geschaffen, statt dessen kam es zu unilateralen, unkoordinierten Maßnahmen. Und so trifft letztlich auch für diesen Integrationsversuch das gleiche Urteil zu, wie schon für die vorangegangenen Versuche wirtschaftlicher Integration im Rahmen der Gesamt-GUS: „In reality, the Customs Union has only existed on paper.“²⁸¹ Nichtsdestotrotz konnte die Zollunion eine Steigerung des Handels zwischen den beteiligten Staaten von einem Volumen von \$ 13 Mrd. 1994 zu \$ 29 Mrd. 2000 vorweisen. Die höchste Wachstumsrate findet sich zwischen 1995-1997, während einer Phase, in der die ersten gegenseitigen Handelsrestriktionen erleichtert wurden. Auch kann konstatiert werden, dass der Handel innerhalb der Zollunion insgesamt ein größeres Wachstum verzeichnete, als der Handel innerhalb der Gesamt-GUS.²⁸²

Auf einem Treffen des Zwischenstaatlichen Rats im Mai 2000 traf der russische Präsident mit dem Vorschlag, das relativ lose Staatenbündnis in eine neue internationale Wirtschaftsorganisation umzuwandeln und mit breiteren Machtfunktionen auszustatten, auf allgemeine Zustimmung. Damit kam er der Idee des kasachischen Präsidenten von 1994, eine Eurasische Union zu gründen, relativ nahe.

So wurde nach einem zähen Verhandlungsprozess die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Eurasian Economic Community, EurAsEC) am 10.10.2000 auf einem Treffen der Staatschefs in Astana gegründet. Diese neue regionale Organisation basiert auf den Grundlagen der Zollunion, hat jedoch auch einige Änderungen vorgenommen, um die ökonomische Integration effektiver voranzubringen als ihre Vorgängerin. Nachdem der Vertrag zur Gründung der Eurasischen Union von allen Mitgliedern ratifiziert worden war, trat er am 30.5.2001 in Kraft. Die EurAsEC ist als internationale Rechtsperson nach Artikel 102 der UN

²⁷⁹ Islamova, Galina: Eurasian Economic Community: Purposes, Challenges and Prospects, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), 2001, S. 126-136, S. 127

²⁸⁰ Grinberg, Ruslan/ Kosikova, Lidija: Russland und die GUS, 1997, a.a.O., S. 29

²⁸¹ Kemoklidze, Dimitri: Has the Commonwealth of Independent States collapsed?, 2001, a.a.O.

²⁸² Ultanbaev, Rafael: Eurasian Economic Community: Thorny path of development, 2003, a.a.O.

Charta bei der UN akkreditiert und ihr Hauptziel besteht in dem effektiven Aufbau einer Freihandelszone und schließlich eines einheitlichen Wirtschaftsraums.

Die Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten soll in drei Bereichen stattfinden: Außenhandel und Zollpolitik, Wirtschaftspolitik, sowie im humanitären Bereich. Die Ziele der Außenhandels- und Zollpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen: Verbesserung des Freihandelsregimes für Güter und Dienstleistungen, Formierung einer einheitlichen Zollpolitik, Ausarbeitung eines einheitlichen Vorgehens gegenüber der World Trade Organization (WTO) und anderen internationalen Wirtschaftsinstitutionen, Entwicklung eines effektiven Systems der Zahlungs- und Währungskontrolle. Im Bereich der Wirtschaftspolitik sehen die Partner vor, ihre wirtschaftspolitischen strukturellen Rahmenbedingungen zu harmonisieren; es sollen gemeinsame sozioökonomische Entwicklungsprogramme ausgearbeitet werden; ein gemeinsamer Transport- und Energiemarkt werden anvisiert. Auch auf humanitärer Ebene wollen die Partnerstaaten versuchen, gemeinsame Richtlinien zu entwickeln, die den Bevölkerungen minimale soziale Standards, sowie gleiche Rechte zum Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährleisten sollen.²⁸³

Kontinuität gegenüber der früheren Form der Zusammenarbeit wurde gewahrt, indem weiterhin der Zwischenstaatliche Rat als höchste Autorität, sowie das Integrations-Komitee als permanente Körperschaft, die zwei wesentlichen institutionellen Bestandteile der EurAsEC darstellen. Des Weiteren existiert ein gemeinschaftlicher Gerichtshof und eine Interparlamentarische Versammlung.²⁸⁴ Während der gemeinschaftliche Gerichtshof die einheitliche Anwendung der Gemeinschaftsverträge absichert und mögliche ökonomische Dispute zwischen den Mitgliedsländern schlichtet, liegt die Hauptaufgabe der Interparlamentarischen Versammlung neben der interparlamentarischen Kooperation, in der Harmonisierung von nationalen Gesetzgebungen und Gemeinschafts-Beschlüssen.²⁸⁵

Die Mitgliedsstaaten haben - im Unterschied zum Einstimmigkeits- und Paritätsprinzip der Zollunion - ein qualifiziertes Mehrheitsprinzip, sowie die proportionale Finanzierung des Gemeinschafts-Budgets, eingerichtet. Während im Zwischenstaatlichen Rat – der höchsten EurAsEC-Autorität – nach wie vor die Konsensentscheidung gilt, werden im

²⁸³ Islamova, Galina: Eurasian Economic Community: Purposes, Challenges and Prospects, 2001, a.a.O., S. 130f

²⁸⁴ Article 3 Authorities, Agreement on Foundation of the Eurasian Economic Community, Astana, 10 October 2000, <http://cib.tuck.dartmouth.edu>

²⁸⁵ Article 7 Interparliamentary Assembly, Article 8 Community-Court, ebd.

Integrationskomitee Entscheidungen durch Zwei-Drittel-Mehrheit gefällt. Die Gewichtung der Stimmen soll das ökonomische Potential der Mitgliedstaaten repräsentieren: Russland 40%, Weißrussland und Kasachstan je 20%, Kirgisistan und Tadschikistan je 10%. Die Finanzierung des Gemeinschaftsbudgets erfolgt paritätisch auf gleicher Anteils-Basis wie die Stimmgewichtung.²⁸⁶

Eine weitere wichtige Neuerung innerhalb der EurAsEC betrifft ihre verstärkte Durchsetzungskompetenz. Ein Mitgliedstaat, der sich nicht an die gemeinsamen Regeln hält kann auf Beschluss des Zwischenstaatlichen Rats ausgeschlossen werden.²⁸⁷

Einige Kommentatoren sahen in der Entstehung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft “the most significant Eurasian regional effort to harmonize labor, customs, tax, and trade policies since the disintegration of the USSR”²⁸⁸. Dem muss kritisch entgegengehalten werden, dass hinsichtlich der ökonomischen Ziele - die von der einstigen Zollunion verfehlt wurden - keine substantiellen Unterschiede bestehen und es stellt sich die Frage, ob ein neuer Name und ein neuer institutioneller Rahmen, der Russland (zusammen mit Weißrussland) ein faktisches Veto-Recht zugesteht, zu verbesserten Resultaten führen werden.

Seit Gründung der EurAsEC fanden regelmäßige Treffen der Staatsoberhäupter statt, jedoch ohne nennenswerte Resultate. Zu erwähnen sind jedoch zwei Ereignisse im Jahr 2003, während derer der gegenwärtige Stand der Integration teils gelobt, teils kritisch hinterfragt, und neue Aktivitäten angeregt wurden.

Vom 19.-21. Februar fand das erste vom Zwischenstaatlichen Rat der EurAsEC initiierte Wirtschaftsforum in Moskau statt, um die gegenseitig profitablen Verbindungen auf Business-Ebene auszuweiten. Diskutiert wurden u.a. die Kooperation in den grundlegenden Sektoren der Wirtschaft und die effektive Nutzung des wissenschaftlichen Potentials und der Produktion; monetäre (gemeinsame Währung) und finanzielle Aspekte der Integration, sowie des Zolls und des Transports; Probleme im Zusammenhang mit dem agroindustriellen Sektor und dem Kraftstoff- und Energiekomplex.²⁸⁹

²⁸⁶ Article 13 Decision-Making Procedure, Article 15 Financing, ebd.

²⁸⁷ Article 9 Membership, ebd.

²⁸⁸ Zhalimbetova, Roza/ Gleason, Gregory: Eurasian Economic Community (EEC) comes into being, in: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 20.6.2001, http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/EURASIAN_ECONOMIC_COMMUNITY.htm

²⁸⁹ Vgl. Alexander Yakovenko, the Official Spokesman of Russia's Ministry of Foreign Affairs, Answers Russian Media Questions Regarding an Upcoming EurAsEC Moscow Economic Forum, 19.2.2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, http://www.in.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/20795D05FFE757EF43256CD300296F88?OpenDocument

Am 27. April 2003 trafen sich die Staatsoberhäupter zur 7. Sitzung des Zwischenstaatlichen Rats in Dushanbe. Die Präsidenten zogen Bilanz ihrer bisherigen Zusammenarbeit und diskutierten die aktuelle ökonomische Situation in ihren Ländern, sowie praktische Probleme bei der Implementierung bereits erzielter Vereinbarungen. Es wurde ein Programm erlassen, welches Richtlinien für die kurzfristige Entwicklung der Gemeinschaft von 2003-2006 formulierte, und intensive Diskussionen über ein abgestimmtes Vorgehen bezüglich der WTO-Mitgliedschaft, sowie über eine gemeinsame Energieversorgung geführt. Armenien wurde als drittem Land Beobachterstatus gewährt, welchen die Ukraine und Moldova bereits im Jahr zuvor erhalten hatten.²⁹⁰

Die Mitgliedstaaten stehen noch ganz am Anfang ihres Weges in Richtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums – ihrer Hauptzielsetzung. Die angestrebte Freihandelszone befindet sich noch im Aufbau und entsprechende Reglementierungen finden bisher primär auf bilateraler Ebene statt; die Errichtung einer Zollunion und die Koordination der Handelspolitiken in Bezug auf Drittländer ist noch lange nicht abgeschlossen; es existiert kein einheitlicher Zolltarif, bisher wurden 60% der Tarifraten harmonisiert.

Der bisherige Grad an Wirtschaftsintegration, gemessen am Anteil des Außenhandels der EurAsEC-Staaten mit ihren Partnern, gibt keinen Anlass zur Euphorie. Insgesamt ist ein rückläufiger Trend des EurAsEC-internen Handels von 17% des Gesamthandelsvolumens im Jahr 2000 zu 15,8% in 2002 festzustellen. Während Weißrussland 59,7% seines Außenhandels mit den EurAsEC-Partnern tätigt, sind die Werte der anderen Länder deutlich niedriger: Kasachstan 32,5%, Kirgisistan 30,5%, Tadschikistan 25,2% und Russland 10%. Darüber hinaus bilden die gegenseitigen Handelsbeziehungen ein sehr asymmetrisches Muster, da sie sich in der Hauptsache aus den bilateralen Beziehungen mit Russland ergeben. Der Handelsanteil zwischen Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan liegt in den einzelnen Ländern zwischen 0,1% und 12,8%, d.h. die multilaterale Wirtschaftsintegration findet innerhalb der EurAsEC nur in beschränktem Ausmaß statt.

Ein großes Problem scheint die wachsende Rivalität innerhalb der Gemeinschaft darzustellen. Der interne Handel wird durch gegenseitige Anti-Dumping Maßnahmen so stark behindert, dass dieses Thema die Tagesordnung des Treffens des Zwischenstaatlichen Rats am 13.5.2002 bestimmte.²⁹¹

²⁹⁰ Vgl. Statement to the Press by Russian President Vladimir Putin Following Interstate Council Meeting of the Eurasian Economic Community, Dushanbe, April 27, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.in.mid.ru/bl.nsf/0/4ae2daee11ee469043256d1600513b26?OpenDocument>

²⁹¹ Ultanbaev, Rafael: Eurasian Economic Community: Thorny path of development, 2003, a.a.O

Die Gründe für den geringen Fortschritt sind vielfältig: konfligierende Interessen aufgrund des stark unterschiedlichen ökonomischen Potentials der Mitgliedstaaten²⁹², verschiedenartige Produktionsstrukturen, unterschiedliche Entwicklung der Reformpolitiken und marktwirtschaftlichen Orientierung, Probleme der Vereinbarkeit der nationalen Währungen bezüglich Stabilität und Konvertibilität, inkonsistente und unkoordinierte Schritte einzelner Partner. Auf ein einheitliches Vorgehen bezüglich einer WTO-Mitgliedschaft konnte sich bisher nicht geeinigt werden, ein nicht zu vernachlässigender externer Faktor für die zukünftige Entwicklung der EurAsEC.²⁹³

3.2.1.4. Common Economic Space (CES)

12 Jahre nach Gründung der GUS und nach mehrfachen gescheiterten bzw. unvollendeten Versuchen, die Wirtschaften aller Mitgliedsländer, bzw. eines Teils der Mitgliedsländer zu integrieren, nahm seit Anfang 2003 eine neue ökonomische Integrationsinitiative Gestalt an. Am 23.2.2003 unterschrieben die Präsidenten Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und Kasachstans in Moskau eine Erklärung, Vorbereitungen zu treffen, um eine neue Regional-Organisation zu gründen, in deren Rahmen ein gemeinsamer Wirtschaftsraum zu schaffen sei. In der Erklärung heißt es:

“... taking into account that consistent economic reforms in our countries have created preconditions for further expansion of multilateral economic cooperation and reinforcement of integration processes, ... confirming... our determination to create a Common economic space, announce a new state of economic integration and start negotiations on measures necessary to form a Common economic space. The negotiations will result in preparation of an agreement on forming a Common economic space by September 2003, coordinated economic policy in a number of directions, harmonisation of the corresponding legislation and creation of the common regulating independent inter-state Committee on trade and tariffs. The final goal of the work is to set up an

²⁹² Das BSP der Staaten betrug im Jahr 2000 in Bezug auf das Durchschnitts-BSP der Gesamt-EurAsEC in Russland 107%, in Weißrussland 106%, in Kasachstan 80%, in Kirgisistan 35% und in Tadschikistan 15%.

²⁹³ Ultanbaev, Rafael: Eurasian Economic Community: Thorny path of development, 2003, a.a.O; Primbetov, S.: Cooperation as a Key Factor to Security Ensuring in the Eurasian Space, in: Central Asia's Affairs, No. 2, ohne Datum, S. 28-30, S. 30, <http://www.kisi.kz/English/Economy/10-13-03Primbetov.pdf>
S. Primbetov ist stellvertretender Generalsekretär der EurAsEC

Organisation of regional integration. With this purpose the Parties found a joint high-level Group and confirm its mandate”.²⁹⁴

Auch die gegenseitige Unterstützung und ein koordiniertes Vorgehen bezüglich eines Eintritts in die WTO wurden vereinbart.

Die vier Präsidenten betonten, dass die neue Regional-Organisation keinen Ersatz für die GUS darstellen werde, auch wenn die Institutionen innerhalb der GUS wenig Effektivität bewiesen, so der kasachische Präsident. In seinen Augen werde mit der neuen Initiative ein erster Schritt in Richtung Integration gegangen, die nicht als „politics from the top“ gestartet werde, sondern aus ökonomischen Erwägungen.²⁹⁵ Der russische Präsident zeigte sich überzeugt, dass von einer erfolgreichen ökonomischen Integration nicht nur die vier involvierten Staaten profitieren würden, sondern alle Mitglieder der GUS. “On the success of our effort will depend the integration and economic development not only of four states, but also the economic development of all CIS countries,”²⁹⁶ so Putin.

Nach Ansicht des russischen Ministers für Wirtschaftsentwicklung und Handel, Gref, stelle die Übereinkunft zwischen den vier Staaten ein wesentlich höheres Niveau der Integration dar, als die ökonomischen Integrationsabkommen innerhalb der GUS, oder EurAsEC. Es sei das erste Abkommen zwischen ehemaligen Sowjetrepubliken, welches die Gründung einer supranationalen Körperschaft zur Regulierung des Außenhandels und für Übereinkünfte über ökonomische Kern-Probleme vorsehe, so Gref.²⁹⁷

Tadschikistan und Kirgisistan begrüßten umgehend das Vorhaben der vier Staaten, eine neue Regionalorganisation zu errichten, welche sie als Bestandteil und neue Stufe im Rahmen der GUS-Integration bewerteten.²⁹⁸

Am 19.9.2003 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und Kasachstans in Jalta das Abkommen zur Bildung des einheitlichen Wirtschaftsraums (Common Economic Space, CES). Unter einem einheitlichen Wirtschaftsraum verstehen die Signatarstaaten laut des Abkommens eine auf gemeinsamen Prinzipien basierende

²⁹⁴ Zitiert nach: New Regional Integration Organization to be created, Moscow, February 23, 2003, in: “News from Russia”, Issue No. 9, Dated 28 February 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf09.html#s3>

²⁹⁵ Ebd.

²⁹⁶ Crucial to economic Development to all CIS Countries, in: “News from Russia”, Issue No.19, dated 1 August 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf019.html#s3>

²⁹⁷ Russian Minister gives high Assesment to four Presidents’ Agreements, Moscow, 23 February 2003, in:

“News from Russia”, Issue No. 9, Dated 28 February 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf09.html#s3>

²⁹⁸ Kyrzstan welcomes intensified Integration Process in former USSR, Bishkek, 25 February 2003, in: “News from Russia”, Issue No. 9, Dated 28 February 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf09.html#s3>;

Tajikistan welcomes Decision of four CIS Republics on Regional Integration, Dushanbe, 11 March 2003, in: “News from Russia”, Issue No. 11, Dated 14 March 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf11.html#s3>

Wirtschaftspolitik, die die freie Beweglichkeit von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften sicherstelle. Eine gemeinsame Außenhandelspolitik (Zoll-, Geld-, Kredit-, und Währungspolitik) ist vorgesehen. Angestrebt werde die Harmonisierung der makroökonomischen Politiken und der nationalen Gesetzgebungen in den Bereichen internationaler Handel und Wettbewerb. Die Gründung des CES finde unter Berücksichtigung der WTO-Prinzipien statt.

Artikel 5 des Abkommens hebt den Charakter der schrittweisen Formierung des einheitlichen Wirtschaftsraums hervor, wobei von den Möglichkeiten der stufenweisen Integration zu verschiedenen Geschwindigkeiten Gebrauch gemacht werden soll. Die Gründungsmitglieder tragen damit dem unterschiedlichen Integriertheits-Grad ihrer Länder Rechnung, den sie selbstbestimmt zu einem höheren Niveau der Integration weiter führen wollen.

Die interne Organisationsstruktur reguliert Artikel 4. Wichtigstes Koordinations- und Führungs-Organ ist der Rat der Staatsoberhäupter, der Konsensentscheidungen fällt, und dem Prinzip „ein Land – eine Stimme“ folgt. Des Weiteren wird ein gemeinsames regulierendes Organ geschaffen, dem die Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Macht delegieren. Entscheidungen des regulierenden Organs sind für alle Mitglieder verbindlich. Diese supranationale Körperschaft fällt Entscheidungen durch gewichtete Abstimmung, wobei der Stimmanteil jedes Landes an seinem ökonomischen Potential gemessen wird.²⁹⁹

Nach der Unterzeichnung des Dokuments erließen die vier Präsidenten eine gemeinsame Erklärung, in welcher sie hervorhoben, dass die in den Dokumenten enthaltenen Ideen und Vorkehrungen auf den Erfahrungen multilateraler Kooperation der Länder der GUS und der EU basierten. Auch der offene Charakter des Abkommens und die Hoffnung auf Zustimmung durch die anderen GUS-Staaten wurde betont. Zur Implementierung des Abkommens wurde die High-Level Group - welche bereits die Arbeit zur Vorbereitung des Gipfels und des Abkommens geleistet hatte - beauftragt, sämtliche Koordinierungs- und Analyse-Aufgaben zu übernehmen.³⁰⁰

Die jüngste ökonomische Integrations-Initiative der vier GUS-Mitgliedsstaaten hat zu kontroversen Diskussionen geführt, insgesamt jedoch erstaunlich viele Befürworter für sich gewinnen können. Die schärfste Kritik ist wohl politischer Natur, befürchten doch vor allem

²⁹⁹ Abkommen zur Bildung des einheitlichen Wirtschaftsraums (Соглашение о формировании единого экономического пространства), Jalta, 19. September 2003, <http://www.president.kremlin.ru/text/docs/2003/09/52478.shtml>

³⁰⁰ Statement by the Presidents of the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan, the Russian Federation and Ukraine, Yalta, September 19, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.ln.mid.ru/Bl.nsf/arh/BA864875C6BD6D3D43256DAA002A553F?OpenDocument>

nationalistische Kräfte in den GUS-Republiken (insbesondere in der Ukraine) eine Machtzunahme Russlands. Diese Furcht ist in erster Linie dem Abstimmungsmechanismus des supranationalen Regulierungsorgans geschuldet, welches den Mitgliedsländern ein Stimmgewicht in Relation zu ihrer ökonomischen Größe verleiht. Russland – als das mit Abstand ökonomisch bedeutendste Land – werde somit die Macht verliehen, wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen zu seinen Gunsten zu treffen und die anderen Staaten in Abhängigkeit zu halten. Im Endeffekt könne die Entscheidungsmacht über eine gesamte Region zurück in den Kreml fallen.³⁰¹

Befürworter sehen die Entstehung einer neuen ökonomischen Regional-Organisation als Chance für eine Stärkung der Gesamt-GUS. Nicht nur die direkten positiven wirtschaftspolitischen Effekte einer Integration der Märkte werden hervorgehoben, sondern auch die daraus resultierenden neuen Möglichkeiten zur Teilnahme an der Weltwirtschaft. In einer Zeit, in der die vier Staaten die Mitgliedschaft in die WTO anvisierten, und neue Beziehungen zur EU als Folge ihrer Osterweiterung aufbauten, könne die Formation des neuen Wirtschaftszusammenschlusses beide Prozesse deutlich verbessern.³⁰²

Nicht nur die Rahmenbedingungen scheinen die erfolgreiche Gründung der neuen Regional-Organisation zu katalysieren, auch die internen Bedingungen sind laut einer Analyse von Molchanov/Yevdokimov vielversprechend. Unter umfassender Einbeziehung statistischen Materials kommen sie zu dem Schluss, dass die vier Länder eine hohe soziale und ökonomische Kompatibilität auszeichne und günstige makroökonomische Bedingungen vorherrschten. Dies seien Grundvoraussetzung für eine wirtschaftspolitische Integration, von der alle Seiten angemessen profitieren könnten.³⁰³ Nichtsdestotrotz stagniert die aktuelle Entwicklung des neuen wirtschaftspolitischen Zusammenschlusses und die zukünftige Entwicklung und Effizienz bleibt abzuwarten.

³⁰¹ MacKinnon, Marc: Former Soviet republics poised to sign trade deal. Critics fear economic pact signals attempt to consolidate power in hands of Kremlin, September 18, 2003, in: CDI Russia Weekly, No. 274, 19 Sept. 2003, <http://www.cdi.org/russia/274-17.cfm>

³⁰² Vgl. Jellinek, Robert: A Soviet Reunion. Toward a Single Economic Space, in: Harvard International Review, Winter 2004, S. 9-10

³⁰³ Molchanov, Mikhail/Yevdokimov, Yuri: The Political Economy of Free Trade Agreement in Post-Soviet Eurasia: The Case for the Regional Integration Organization, Paper auf der persönlichen Homepage von Yuri Yevdokimov, ohne Datum, http://v5o5jotqkgfu3btr91t7w5fhzedjaoaz8igl.unbf.ca/~yuri/Politial_Economy_RBUC.pdf

3.2.1.5. Central Asian Cooperation Organisation (CACO)

Zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit erschien die Integration Zentralasiens quasi als natürlicher Prozess: „Diese Region war immer in der einen oder anderen Form integriert.“³⁰⁴ Bereits vor dem endgültigen Zusammenbruch der Sowjetunion waren innerhalb der zentralasiatischen Region zahlreiche Verlautbarungen über Kooperationswünsche der fünf Republiken erklingen. Auf offizieller Ebene wurde erstmals 1990 während eines Treffens der Republikführungen in Almaty über zentralasiatische Integration diskutiert und die Schaffung einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Agenda beschlossen. Jedoch folgten diesen und weiteren Initiativen in den darauf folgenden vier Jahren keinerlei Schritte zu deren Umsetzung. Vorgesehen war nicht nur die Abstimmung der Wirtschaftspolitiken, sondern auch die politische und kulturelle Kooperation der fünf ehemaligen Sowjetrepubliken. Während dieser Zeitspanne ist der „Turkestanische Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“ vom 24.6.1992 zwischen Usbekistan und Kasachstan, dem sich Kirgisistan unverzüglich anschloss, hervorzuheben. Er sollte zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums führen und ist Kern aller nachfolgenden Integrationsinitiativen. Die realen Entwicklungen waren jedoch nicht vom kooperativen Gedanken geprägt; im Gegenteil wurden nationale Alleingänge unternommen, wie beispielsweise bei der Einführung einer eigenen Währung 1993 in Kirgisistan, ohne Abstimmung mit den Nachbarstaaten. Nach dem Scheitern einer GUS-weiten Rubelzone intensivierten Kasachstan und Usbekistan ihre Gespräche über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, und so wurde dieses Vorhaben am 10.1.1994 vertraglich festgelegt. Kirgisistan schloss sich den bilateralen Verhandlungen an, die am 30.4.1994 in der „Vereinbarung zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums“³⁰⁵ mündeten. Dieser Vertrag war die rechtliche Grundlage für alle weiteren Integrationsschritte. Er sah den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften vor, und sollte auf eine abgestimmte Kredit-, Haushalts-, Steuer-, Preis-, Zoll-, Investitions- und Währungspolitik zielen. Aufgrund der Bürgerkriegslage in Tadschikistan und der isolationistischen Außenpolitik Turkmenistans waren nicht alle fünf zentralasiatischen Staaten in das Abkommen involviert.³⁰⁶

³⁰⁴ Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, a.a.O., S. 373

³⁰⁵ Agreement on establishing common economic space between the Republic of Kazakhstan, Kyrghyz Republic and the Republic of Uzbekistan, *Cholpon-Ata-city, April, 30, 1994*, http://www.president.kz/articles/state/state_container.asp?lng=en&art=dogovor

³⁰⁶ Brown, Bess: Three Central Asian States form Economic Union, in: RFE/RL Research Report, Vol. 3, No. 13, 1.4.1994, S. 33-35; Dieter, Heribert: Regional integration in Central Asia: current economic position and prospects, in: Central Asian Survey, Vol. 15, No. 3/4, December 1996, S. 369-386, S. 378

Es ist zu betonen, dass Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan ihren gemeinsamen Markt als Zusammenschluss im Rahmen der GUS-Strukturen und -Prinzipien und nicht gegen selbige gerichtet betrachteten. Dennoch liegt für einige Autoren diese Interpretation nahe und so wird der Zusammenschluss unter diesem Gesichtspunkt begründet: "In the wake of disappointment with the CIS and concern that it might turn into a means for restoring the USSR, the Central Asian Union was created in 1994."³⁰⁷ Dem muss entgegengehalten werden, dass ein antirussisches wirtschaftspolitisches Vorgehen den fundamentalen Interessen der drei widersprochen hätte, da Russland der wichtigste Wirtschaftspartner war. Vielmehr wurde die Gründung dieser Integrationsstruktur durch die Notwendigkeit diktiert, die gemeinsamen regionalen natürlichen Ressourcen rational zu verteilen, sowie durch den drastischen Rückgang des Wirtschaftshandels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken und die extrem begrenzten Möglichkeiten des Marktzugang außerhalb der GUS. Russland erhielt 1996 Beobachterstatus.³⁰⁸

Eine Präzisierung der trilateralen Beziehungen wurde am 8.7.1994 während eines Treffens der drei Staatspräsidenten in Almaty vorgenommen. Es wurde ein ganzes Bündel von Dokumenten und Maßnahmen zur Zusammenarbeit verabschiedet, so dass seitdem die Kooperation innerhalb dieses Rahmens als „Zentralasiatische Union“³⁰⁹ bezeichnet wurde. In einer gemeinsamen Erklärung stellten die Staatschefs fest,

„daß sich ein ständiger Prozeß der Annäherung der Bruderstaaten auf der Grundlage der zwischen ihnen bestehenden traditionellen, historischen entstandenen Beziehungen der Freundschaft, der engen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe vollzieht“ und „daß der Vertrag über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums, mit dem die Überführung der Integrationsprozesse aus dem Verhandlungsstadium in den Bereich des praktischen Handelns begonnen hat, immer stärker zu einer politischen Realität wird“³¹⁰.

Des Weiteren betonte die Erklärung von Almaty den für andere GUS-Staaten offenen Charakter des Integrationsprojekts. Da die drei Vertragspartner die „Vertiefung der

³⁰⁷ Ilkhamov, Alisher: Prospects for Regional Integration in Central Asia, in: Social Science Research Council, After September 11 Archive, ohne Datum, http://www.ssrc.org/sept11/essays/ilkhamov_text_only.htm

³⁰⁸ Ushakova, Natalia: Central Asian Cooperation: toward transformation, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (21), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/16.usaeng.shtml

³⁰⁹ Für diesen Zusammenschluss Usbekistans, Kasachstans und Kirgisistans seit 1994 finden sich die unterschiedlichsten Bezeichnungen, die synonym verwendet werden: Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft, Zentralasiatische Wirtschaftsunion, Zentralasiatische Union, Central Asian Economic Union (CAEU), Central Asian Economic Community (CAEC), Central Asian Economic Commonwealth, Central Asian Economic Association (CAEA), Central Asian Economic Cooperation Organisation, Central Asian Union.

³¹⁰ Erklärung der Staatschefs der Republiken Kasachstan, Kirgizstan und Usbekistan, Almaty, 8. Juli 1994, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 331-333, S. 331

Integrationsprozesse als objektives lebensnotwendiges Erfordernis“ betrachteten, wurden vier Schwerpunkte der Zusammenarbeit festgelegt:

- „Bildung einer gemeinsamen interparlamentarischen Arbeitsgruppe für die Angleichung der nationalen Gesetzeswerke und Bestimmungen...;
- Gewährleistung einer engen Kooperation im ökonomischen, sozialen, kulturellen, juristischen, militärischen und weiteren Bereichen;
- Vereinigung der Anstrengungen zum Umweltschutz,...;
- Abgestimmtes Vorgehen in den außenpolitischen Angelegenheiten auf regionaler und internationaler Ebene.“³¹¹

Zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen wurde ein Zwischenstaatlicher Rat installiert, dem die Präsidenten und Premierminister der Mitgliedsländer angehörten und der folgende Gremien umfasste: den Rat der Premierminister, den Rat der Außenminister und den Rat der Verteidigungsminister. Als ständiges Arbeitsorgan mit Koordinierungs-, Beratungs-, Analyse- und Informationsfunktion wurde das Exekutivkomitee mit Sitz in Almaty eingesetzt.³¹²

Um den Vertrag zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums umzusetzen, wurde die Ausgestaltung eines komplexen Programms zur Integration der drei Wirtschaften bis zum Jahre 2000 erarbeitet. Es sah konkrete Maßnahmen und Projekte, wie den Aufbau gemeinsamer Produktionen in wichtigen volkswirtschaftlichen Sektoren³¹³, vor. Ziel war Effizienzsteigerung und die Verringerung der Abhängigkeit von Rohstoff- und Produktimporten aus Drittstaaten. Ein ähnliches Programm wurde für den Bereich Wissenschaft und Technik diskutiert. Um die Realisierung der Programme und Abkommen zu gewährleisten, wurde auf dem Treffen der Regierungschefs am 8.7.1994 die Zentralasiatische Bank für Zusammenarbeit und Entwicklung mit einem Grundkapital von 9 Millionen Dollar gegründet. Über sie sollten multilaterale zwischenstaatliche Verrechnungen durchgeführt, und die gemeinsamen Projekte finanziert werden. Durch die Unkonvertibilität der usbekischen Währung wurde die Arbeit der Bank erschwert.³¹⁴

³¹¹ Ebd., S. 332

³¹² Beschluß der Staatschefs der Republiken Kasachstan, Kyrgyzstan und Usbekistan, Almaty, 8. Juli 1994, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 334-335

³¹³ Brennstoffe und Energie, Metallurgie, Chemie, Maschinenbau, Geologie, Leichtindustrie, Verkehr- und Nachrichtenwesen, Herstellung von Baumaterialien, Agrar-Industrie-Komplex

³¹⁴ Primbetov, Serik: Regionale Integration der zentralasiatischen Staaten. Ergebnisse, Erfahrungen, Probleme und Perspektiven, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 125-144, S. 133f; Kassenow, Umirserik T.: Zentralasien und Russland. Der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 14/1995, 28.2.1995, S. 16

Die Konstituierung der Zentralasiatischen Union ließ die Ernsthaftigkeit des Integrationswillens der Staatsführungen erkennen. Dafür sprach erstens, dass durch die Einberufung von Gremien und einem permanenten supranationalen Arbeitsorgan – dem Exekutivkomitee – mit eigenem Budget und ausreichender personeller Ausstattung, ein konkretes Instrumentarium zur Ausarbeitung aller notwendigen Integrations Schritte geschaffen wurde. In der Übertragung von umfangreichen Aufgaben und Kompetenzen auf das Exekutivkomitee³¹⁵ wurde ein starker Erfolgswille sichtbar. Es hatte jedoch den Anschein, als würden alle von den Nationalstaaten nicht gelösten wirtschaftspolitischen Probleme nunmehr auf das Exekutivkomitee projiziert. Dem war einerseits die Gefahr immanent, dass die enorme Erwartungshaltung zumindest kurzfristig enttäuscht, und somit der gesamte Integrationsprozess diskreditiert werden könnte. Zweitens ließ der stark projektbezogene Ansatz den Wunsch erkennen, Integrationsbestrebungen nicht nur auf dem Papier zu äußern, sondern in die Tat umzusetzen. Dabei wurde jedoch die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens vernachlässigt. Würde in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen die Umsetzung von Projekten stagnieren, wäre dadurch der gesamte Integrationsprozess behindert.³¹⁶

Nach Beilegung seines Bürgerkriegs trat Tadschikistan der Gemeinschaft am 26.3.1998 auf einem Gipfeltreffen der Staatschefs in Taschkent bei. In der Abschlusserklärung wurde unterstrichen, dass die Integration der Länder Zentralasiens eine „natürliche Entwicklung“ darstelle. Als „Hauptachsen der Integration“ wurde die „Zusammenarbeit auf den Gebieten der Agrarindustrie, des Wassers und der Energie und des Transports, und bei der Zusammenarbeit in Produktion, Zahlung und Kompensation“ definiert und eine systematische Verstärkung der wirtschaftlichen Integration und Zusammenarbeit beschlossen. Hierfür gelte es, folgende Etappen zurückzulegen: „Freihandelszone, Zollunion, Zahlungs- und Währungsunion, um zu einem gemeinsamen Markt für Güter, Dienstleistungen und Kapital zu gelangen“³¹⁷. Dieses Ziel wurde auf einem Gipfeltreffen in Duschanbe im Juni 2000 erneut

³¹⁵ Vgl. hierzu: Satzung des Exekutivkomitees des Zwischenstaatlichen Rates der Republiken Kasachstan, Kirgizstan und Usbekistan, Bestätigt durch Beschluß des Zwischenstaatlichen Rates der Republiken Kasachstan, Kirgizstan und Usbekistan vom 22. August 1994, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 336-344

³¹⁶ Dieter, Heribert: Regionale Integration in Zentralasien: Ökonomische Ausgangslage und Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 145-164, 155f

³¹⁷ Schlußerklärung des Gipfeltreffens der Staatschefs Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans vom 26. März 1998 in Taschkent, Quelle: Documents d'actualité internationale (La documentation Française, Paris), Nr. 11, 1.6.1998, S. 424 f.; Übersetzung aus dem Französischen: Internationale Politik, <http://www.dgap.org/IP/ip9810/kaskirtad260398.htm>

artikuliert und entsprechende Dokumente verabschiedet, um bis zum Jahr 2002 einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen.³¹⁸

Am 17.7.1998 wurde die Staatengruppierung offiziell „Central Asian Economic Community“ (CAEC) benannt. Talgat interpretiert diese Namensgebung als „drop in the level“³¹⁹, da die Umbenennung von einer Union in eine Gemeinschaft eine institutionelle Abstufung darstelle und desintegrative Tendenzen sichtbar mache.

Trotz günstiger institutioneller Voraussetzungen und optimistischer Prognosen bezüglich der wirtschaftspolitischen Integration verliefen die Entwicklungen innerhalb der CAEC eher unbefriedigend. Oder um es mit den Worten von Ilkhamov auszudrücken: “However, a black cat must have crossed the path of regional integration, as events followed a totally different track from that conceived by the designers of the Central Asian Union.”³²⁰

Im Allgemeinen kommt man nicht umhin zu urteilen, dass das integrative Potential der CAEC - welches sich in langfristiger Perspektive als sehr mächtig hätte erweisen können – am Anfang überschätzt und zu hoch angesetzt worden war und bereits innerhalb kürzester Zeit erodierte. Es war ein theoretisches Integrationskonstrukt entworfen worden, welches die realen Bedingungen der nationalen Wirtschaften missachtet hatte, die einfach noch nicht bereit für eine wirtschaftliche *Integration* im reinen Wortsinn waren.³²¹

Die Schere zwischen nationalen Entwicklungswegen und regionalen Anforderungen und Zusammenhalt öffnete sich stetig, offenbarten sich doch Divergenzen der nationalen ökonomischen Interessen, Reformstrategien, Liberalisierungsgrade und Integriertheit in die Weltwirtschaft; sowie generell das Einschlagen unterschiedlicher politischer und ideologischer Entwicklungswege im Zusammenhang mit unterschiedlichen bündnispolitischen Präferenzen; auch die persönlichen Differenzen zwischen den Präsidenten und anderen Entscheidungsträgern verstärkten diesen Trend.³²²

Bereits zwei Jahre nach Gründung des Zusammenschlusses konstatierte Clement, dass dieser unter den selben integrationshemmenden Symptomen leide wie die GUS, dass nach Ansicht vieler Beobachter die Gemeinschaft kaum funktioniere und nicht einmal die Zölle vollständig

³¹⁸ Pannier, Bruce: Central Asia: Leaders Aim For Free-Trade Zone, in: RFE/RL, 15.6.2000, <http://www.rferl.org/nca/features/2000/06/F.RU.000615150043.html>

³¹⁹ Ismagambetov, Talgat: Structuring Central Asia's new geopolitical space: regional characteristics and prospects, in: Central Asia and the Caucasus, No. 2 (14), 2002, <http://www.ca-c.org/journal/eng-02-2002/01.ismprimen.shtml>

³²⁰ Ilkhamov, Alisher: Prospects for Regional Integration in Central Asia, ohne Jahr, a.a.O.

³²¹ Vgl. Ushakova, Natalia: Central Asian Cooperation: toward transformation, 2003, a.a.O.

³²² Ebd.

abgebaut wurden.³²³ Große Probleme verursachte auch die Unkonvertibilität der Währungen, insbesondere des usbekischen Sum. Viele Fragen wurden in erster Linie nicht multilateral, sondern bilateral reguliert, wofür das Wassermanagement ein anschauliches Beispiel ist. Für die Nutzung der Energieressourcen des Syr Darja wurde im März 1998 ein Fünfjahresabkommen im Rahmen der CAEC geschlossen. Doch der Mangel an effektiven Mechanismen zur Implementierung dieses Dokuments und die sich verschärfenden zwischenstaatlichen Differenzen bezüglich der Wasserverteilung führten dazu, dass die Vertragspartner der Problembearbeitung auf bilateraler Ebene den Vorzug gaben.³²⁴

Als die zentralasiatische Staatengemeinschaft schließlich im August 1998 mit den negativen finanz- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Russlandkrise konfrontiert wurde, reagierten die Länder mit gegenseitigen Zollbarrieren und Maßnahmen, die jeglicher Integration zuwider liefen.³²⁵ Der usbekische Präsident beurteilte die Gemeinschaft demzufolge als unzeitgemäß und wenig effektiv: „At a definite stage in our relations, the economic community accomplished important tasks. But one must frankly admit that today it no longer meets the demands of the times. As in the CIS, many documents adopted by the community are no longer effective here.“³²⁶

Die wirtschaftspolitische Ineffektivität wird besonders augenscheinlich, wenn man nach dem interregionalen Handelsvolumen, als Kennzahl für die ökonomische Verflechtung der Staaten untereinander, fragt. In absoluten Zahlen ist das Handelsvolumen innerhalb der CAEC zwischen 1994 und 2000 von 2,133.4 auf 1,579.4 Millionen US\$ zurückgegangen. Prozentual reduzierte sich der Anteil der Transaktionen zwischen den CAEC-Staaten, gemessen an deren Gesamthandelsvolumen von 15,6% (1994) auf 7,2% (2001). Auffällig ist, dass zwischen den vier Staaten ein großes Ungleichgewicht besteht, bezüglich der Bedeutung, die dem intraregionalen Handel für die nationalen Ökonomien zukommt. Während die CAEC-Partner für die kasachischen Importe und Exporte eine vergleichsweise marginale Rolle spielen (2001: 2,7% des Außenhandels, 1994: 8,6%), ist der intraregionale Handel für Tadschikistan und Kirgisistan bedeutsam. Kirgisistan tätigte 2001 noch 25,8% (1994: 39,6%) seines gesamten Handels innerhalb der CAEC; für Tadschikistan sind die Anteile ähnlich (2001:

³²³ Clement, Herrmann: Integrationspolitik und –entwicklung im ehemaligen RGW-Raum, 1996, a.a.O., S. 78f

³²⁴ Vgl. Ushakova, Natalia: Central Asian Cooperation: toward transformation, 2003, a.a.O.

³²⁵ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 21

³²⁶ Zitiert nach: Duschanov, Ravshanbek: Opportunities for using West European Integration Experience in Central Asia, in: Central Asia and the Caucasus, No. 5 (23), 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-05-2003/21.dusprimen.shtml>

25,2% und 1994: 35,1%). Usbekistan nimmt in der Statistik eine mittlere Position ein (2001: 11% und 1994: 18,7%).³²⁷

Neben dem Fokus auf regionalem Handel, Wirtschaftsintegration und der Einsicht in die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit in umweltpolitischen Belangen, entwickelte die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft auch Ansätze zu sicherheitspolitischer Kooperation. Diese war jedoch zunächst nicht sehr ausgeprägt. Im Dezember 1995 wurde zur Erörterung der Möglichkeiten militärischer Zusammenarbeit ein gemeinsames Gremium der Verteidigungsminister geschaffen. Daraufhin wurde 1996 „Centrasbat“ kreiert, ein gemeinsames, 500 Mann starkes Bataillon in Südkasachstan. Seitdem wurden jährliche Militärübungen im Rahmen des „Partnership for Peace“ Programms der NATO durchgeführt, um die militärische Zusammenarbeit in der Region zu stärken, und das zentralasiatische Militär hinsichtlich der Teilnahme an multinationalen friedenserhaltenden und humanitären Einsätzen vorzubereiten. Centrasbat blieb jedoch zunächst das einzige Produkt sicherheitspolitischer Zusammenarbeit der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft.³²⁸

Fragen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit blieben also zunächst von zweitrangiger Bedeutung. Noch im März 1998 auf einem Gipfel der Staatschefs in Taschkent wurde dieses Thema eher am Rande behandelt.³²⁹

Seitdem 1999 die Frage des internationalen Terrorismus die politische Agenda in Zentralasien zu dominieren begann, fand jedoch eine Schwerpunktverschiebung der Zusammenarbeit innerhalb der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft statt. So wurde am 21.4.2000 eine grundlegende Vereinbarung zur Kooperation in Sachen Terrorismusbekämpfung, Extremismus und grenzüberschreitender Kriminalität von den vier Staaten verabschiedet. Auf dem hastig einberufenen Präsidentengipfel im Juni 2000 in Duschanbe standen Sicherheitsfragen deutlich im Vordergrund. Normalerweise hatten bis zu diesem Zeitpunkt keine häufigen Treffen der Präsidenten stattgefunden, doch dieser Gipfel war der zweite innerhalb von zwei Monaten; für den usbekischen und den kasachischen Präsidenten war es sogar der erste offizielle Besuch in Tadschikistan seit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit.³³⁰ All dies spricht für die Bedeutung, die die Präsidenten der Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen plötzlich beimaßen. Begleitet wurde der

³²⁷ Ushakova, Natalia: Central Asian Cooperation: toward transformation, 2003, a.a.O.

³²⁸ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 21f

³²⁹ Vgl. Schlußerklärung des Gipfeltreffens der Staatschefs Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans vom 26. März 1998 in Taschkent, a.a.O.

³³⁰ Pannier, Bruce: Central Asia: Leaders Aim For Free-Trade Zone, 2000, a.a.O.

Gipfel von einem Appell an die Vereinten Nationen und OSZE, ihren Einfluss zur Beendigung des Konflikts in Afghanistan geltend zu machen, welcher als Bedrohung der regionalen Sicherheit und Quelle von Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel und organisiertem Verbrechen benannt wurde.³³¹ Überraschende Töne waren im Vorfeld in diesem Zusammenhang von Nasarbaev zu vernehmen gewesen: „Kasachstan wird jede gegen Usbekistan gerichtete Aktion als gegen seine eigene Sicherheit gerichtet ansehen.“³³² In der russischen Presse war bereits von einer „zentralasiatischen EU gegen den islamischen Fundamentalismus“³³³ die Rede.

Die zwischenstaatlichen Realitäten ließen jedoch nicht die gleiche Entschlossenheit und Besinnung auf gute Nachbarschaftlichkeit erkennen, wie die Rhetorik der Staatsführungen. Auf die Problematik des grenzüberschreitenden Terrorismus seit 1999 reagierten die zentralasiatischen Staaten mit einer Verschärfung ihrer Grenz- und Visaregime gegeneinander, was sich kontraproduktiv auf die Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen Verkehrs- und Handelsraums³³⁴ und die zwischenstaatliche „Großwetterlage“ generell auswirkte.

Die Ereignisse des 11.9.2001 und seine Folgen für die Region und ihre geopolitische Bedeutung, verstärkten den Trend der zunehmenden Relevanz sicherheitspolitischer und militärischer Fragen. Die CAEC Mitglieder antworteten auf die Herausforderungen mit einer umfassenden Transformation ihrer Gemeinschaft. Die gemeinsame Agenda, deren Schwerpunkt bisher wirtschaftspolitischer Natur gewesen war, wurde ausgeweitet und die organisatorische Struktur modifiziert. Auf einem Treffen am 28. Dezember 2001 in Taschkent beschlossen die vier zentralasiatischen Staatschefs: „To further diversify political dialog and achieve regional economic integration, and to strengthen security, there should be broad cooperation in politics, trade-economic, science, cultural relations by transforming the Central Asian Economic Association (CAEA) into the Central-Asian Cooperation Organization (CACO).“³³⁵

³³¹ Appeal by the Heads of State of States members of the Central Asian Economic Community on the situation in Afghanistan, Dushanbe, 14 June 2000, Annex to the letter dated 19 June 2000 from the Permanent Representatives of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, United Nations, General Assembly, Security Council, A/55/86, S/2000/604, <http://www.un.org/documents/ga/docs/55/a5586.pdf>

³³² Zitiert nach: The Times of Central Asia, 11.5.2000, S. 9; zitiert nach: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 23

³³³ Central'no-aziatskij evrosojuz protiv islamskogo ekstrmizma, in: Kommersant Daily, 15.6.2000; zitiert nach: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 23

³³⁴ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 22

³³⁵ Paragraph 10, Tashkent Declaration of Presidents of Kazakhstan, Kirgizstan, Tajikistan and Uzbekistan, December 28, 2001, Press Service of the President of the Republic of Uzbekistan, Documents,

In der Deklaration der neuen Organisation wird auf folgende Bereiche der Zusammenarbeit eingegangen: Gegenseitig vorteilhafte ökonomische Kooperation, wobei betont wird, dass diesbezüglich bisher ungenutzte Potential aktiviert werden sollte; koordiniertes Vorgehen bezüglich der rationalen und gegenseitig vorteilhaften Nutzung von Wasser-Objekten, Wasserenergie-Ressourcen und Irrigation; Aufbau gemeinsamer Infrastruktur, insbesondere eines vereinten Transport- und Energiesystems für den Zugang zu externen Märkten; Beendigung des Prozesses der Grenzdemarkation; Unterstützung für die politische Beilegung des Afghanistan-Problems; gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Terrorismus, politischen und religiösen Extremismus, transnationales organisiertes Verbrechen und andere Gefährdungen der Stabilität; Ausweitung der Koordination in der kulturellen und humanitären Sphäre.³³⁶ Der Gründungsvertrag der CACO wurde zwei Monate später, am 28.2.2002 in Almaty unterschrieben.

Die organisatorische Struktur der CACO besteht aus dem Rat der Staatsoberhäupter und Premierminister, dem Rat der Außenminister als Arbeitsorgan, sowie dem Komitee nationaler Koordinatoren, welche den Staatsoberhäuptern direkt untergeordnet sind und weitreichende Ausführungs-, Kontroll-, und Steuerungsaufgaben innehaben. Der usbekische Präsident wurde zum Vorsitzenden der Organisation gewählt.

Nicht nur die Bereiche der regionalen Zusammenarbeit sollen im Rahmen der neuen Organisation ausgeweitet werden, es ist auch vorgesehen, auf die nationalen Probleme der Staaten einzugehen. So hat sich die CACO die Aufgabe gestellt, den Erfahrungsaustausch in Bezug auf den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zu fördern. Geplant sind multinationale Diskussionsforen, in denen sich Wissenschaftler und Journalisten offen mit den zwischenstaatlichen Problemen auseinandersetzen können. Pläne für den Aufbau gemeinsamer militärischer Strukturen existieren nicht, da diese bereits im Rahmen der CSTO und SCO geschaffen wurden.³³⁷

Seit Neugründung der Organisation haben fünf Treffen der Staatsoberhäupter stattgefunden: am 6./7. Juni 2002 in Aktau, am 5./6. Oktober in Dushanbe, am 27. Dezember in Astana, am 5./6. Juni 2003 in Almaty und am 28.5.2004 in Astana. Als wichtigste Komponente der Kooperation hat sich weiterhin die bilaterale und multilaterale ökonomische Kooperation

http://www.press-service.uz/eng/documents_eng/documents_eng1.htm

Auch im Falle der CACO existieren unterschiedliche Namen, die parallel verwendet werden: Central Asian Cooperation (CAC), Central Asian Economic Organisation.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Ushakova, Natalia: Central Asian Cooperation: toward transformation, 2003, a.a.O.

herauskristallisiert, wobei jedoch im Gegensatz zur CAEC von der Idee einer umfassenden wirtschaftspolitischen Integration Abstand genommen wurde und stattdessen die Möglichkeiten der Kooperation in Teilbereichen diskutiert wird.

Während des Gipfels in Dushanbe wurde beschlossen, erstrangige Projekte („priority projects“) für ein vereintes Vorgehen im Energie- und Transportsektor zu definieren. Als dafür notwendige Voraussetzung wurde die Schaffung einer koordinierten Tarif- und Zollpolitik genannt, welche bisher die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen erschwert hatte. Auch die erweiterte Kooperation im Bereich des Umweltschutzes stand auf der Gipfelagenda, welches in Zusammenhang mit einer als notwendig befundenen Verbesserung der Mechanismen der grenzübergreifenden Wasserressourcennutzung darin resultierte, die Schaffung eines internationalen Wasser- und Energie-Konsortiums zu initiieren. Im weiteren Verlauf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit wurde der Plan zur Errichtung eines Transport- sowie eines Lebensmittel-Konsortiums aufgegriffen. Keiner der Konsortiums-Pläne ist jedoch bisher über die Diskussions-Phase hinaus gegangen.

In ihrer gemeinsamen Erklärung von Dushanbe hoben die Staatschefs des Weiteren die Relevanz der Ausweitung direkter Kontakte zwischen den Business- und Managementkreisen ihrer Länder hervor. Zu diesem Zweck wurde die Durchführung eines Business Forums beschlossen. Darüber hinaus wurde auch der Austausch auf parlamentarischer Ebene für wichtig befunden, und ein Treffen der Parlamentarier der CACO-Mitgliedstaaten beschlossen,³³⁸ welches am 18.11.2002 in Taschkent stattfand.

Das erste Business Forum „Central-Asian Cooperation – deepening processes of economic integration“ wurde am 27./28. November 2002 in Taschkent durchgeführt, mit der Teilnahme von Geschäftsleuten und Regierungsmitgliedern aus den vier Mitgliedstaaten, sowie Repräsentanten internationaler Finanzorganisationen. Ein zweites Business Forum „Interaction between the countries of the region in customs sphere, trade and attraction of investments“ fand am 6./7. Mai 2003 in Osh statt.

Besondere Aufmerksamkeit innerhalb der Organisation kommt auch der Situation in Afghanistan zu, welche in direkten Zusammenhang mit den grundlegenden Sicherheits- und Stabilitäts-Interessen der zentralasiatischen Staaten gebracht wird. Das Treffen der vier

³³⁸ Vgl. Joint Communiqué of the Heads of State of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan, Dushanbe, 5 October 2002, Quelle: UN Security Council, Letter dated 12 November 2002 from the Permanent Representatives of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, <http://www.reliefweb.int/w/rwb.nsf/0/629ecae96873b80dc1256c7c00431cee?OpenDocument>

Staatsoberhäupter am 27.12.2002 in Astana resultierte in der Einladung an Afghanistan, der Organisation als Beobachter beizuwohnen.

Eine beispiellose Entwicklung ereignete sich auf dem Gipfeltreffen der Präsidenten am 28.5.2004 in Astana. Russland, das seit 1996 über Beobachterstatus in dem zentralasiatischen Staatenbündnis verfügte, ersuchte um Voll-Mitgliedschaft, welche ihm auch gewährt wurde. Igor Iwanov, der Vorsitzende des Russischen Sicherheitsrats, der stellvertretend für Präsident Putin an dem Treffen teilnahm, begründete das russische Ansinnen in seiner Begrüßungsrede wie folgt:

„CACO is becoming an important institution of regional interaction and a substantial element of the formation of an effective system of ensuring stability in Central Asia, and makes its contribution to the efforts of the international community to counter such threats of the contemporary world as terrorism, extremism, and the illegal trade in drugs.

Russia is bound with the states of Central Asia by special relations. They took shape over the centuries. We cherish the friendship and good-neighborliness with the region's countries, highly appreciate the multifaceted cooperation and coordination existing between Russia and the Central Asian states, the active ties in all fields and are interested in their comprehensive development and strengthening both on a bilateral and on a multilateral basis.

For Russia Central Asia has a strategic significance, including from the viewpoint of ensuring the national security of the Russian state.

We regard the countries of Central Asia as the natural partners of Russia in the integration process within the Commonwealth of Independent States area, and are jointly conducting the search for optimal integration forms and models.

We are convinced that Russia's full-format participation in CACO activities will meet the interests of all the members states of the Organization, and the interests of regional and international stability.”³³⁹

Die Initiative Russlands muss wohl im Zusammenhang mit der Konkurrenz um Einflussmöglichkeiten im zentralasiatischen Raum gesehen werden, die Russland exklusiv für

³³⁹ Welcoming Remarks of Russian Security Council Secretary Igor Ivanov at Summit of Central Asian Cooperation Organization, Astana, May 28, 2004, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.in.mid.ru/bl.nsf/062c2f5f5fa065d4c3256def0051fa1e/eb1b43300e13506bc3256ea50046b443?OpenDocument>

sich zurückgewinnen möchte, seitdem es höchst wahrscheinlich erscheint, dass die USA ihre militärische Präsenz in Zentralasien nicht nach Beendigung des Afghanistan-Einsatzes aufgeben werden, wie ursprünglich vorgesehen. Eine Woche vor dem Gipfeltreffen in Astana hatte der stellvertretende Außenminister Trubnikov verlauten lassen, Russland könne die Gegenwart von nicht-regionalen Staaten in Zentralasien, weder die der USA noch die Chinas, nicht akzeptieren: „it's an area of our vital interests, after all. It's our priority, and of course presence of non-regional states cannot please us.“³⁴⁰

Inwiefern die Erweiterung der CACO also strategischem Spiel oder realen Bedürfnissen entspricht, werden die weiteren Entwicklungen zeigen; sowohl auf Seiten Russlands, als auch seitens der zentralasiatischen Staaten. Dass aber sogar Usbekistan, welches bisher stets auf Distanz zu Russland agierte, dem Zuwachs nicht widersprach, ist ein Zeichen für die Neuorientierung seiner Außenpolitik und das Einschlagen eines Russland-freundlichen Wegs.

Des Weiteren wurde auf dem Gipfeltreffen in Astana, auf Initiative des usbekischen Präsidenten, diskutiert, die Errichtung eines gemeinsamen regionalen Marktes und einer Freihandelszone innerhalb der nächsten 15 Jahre zu erreichen.³⁴¹

Die CACO ist eine Formation, die sich in Bewegung befindet, auf der Suche nach ihren originären Funktionen und Wirkungsbereichen. Sie muss die Gradwanderung zwischen regionaler Identitätsfindung und der Artikulation starker nationaler Interessen seitens ihrer Mitgliedstaaten bewerkstelligen. Auffällig ist, dass sie im Laufe der Jahre einen Lernprozess in Sachen „Realitätsnähe“ durchgemacht hat. Ging die regionale Gruppierung zu Beginn ihrer Zusammenarbeit noch recht unreflektiert mit dem Ziel der Integration um, und wollte dieses innerhalb kürzester Zeit verwirklicht sehen, so sind die Staaten angesichts des Scheiterns großangelegter Integrationsvorhaben vorsichtiger geworden. Dies reflektiert sich allein darin, dass der Begriff Integration in den Vereinbarungen der neugegründeten CACO nicht mehr auftaucht, sondern durch den der Kooperation ersetzt wurde.

Nichtsdestotrotz ist die CACO nach wie vor mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die aus den spannungsgeladenen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten resultieren. Auch die Ungleichheit zwischen den Staaten nimmt zu. Während Kasachstan an ökonomischer Stärke gewinnt, wächst damit gleichzeitig sein Interesse an der Zusammenarbeit mit den

³⁴⁰ Zitiert nach: Blagov, Sergei: Russia: Yet another Central Asian state, in: Asia Times Online, June 3, 2004, http://www.atimes.com/atimes/Central_Asia/FF03Ag01.html

³⁴¹ Ebd.

europäischen Partnern innerhalb der GUS, und sein Interesse an Zentralasien nimmt ab. Würde ein zentralasiatisches Integrationsmodell verwirklicht werden, hätte Kasachstan in diesem Falle erhebliche Transferzahlungen an die schwächeren Mitgliedstaaten zu leisten, was gewiss nicht in seinem Sinne wäre. Usbekistan ist nach wie vor ein unberechenbarer Partner, und sein Interesse an der Zusammenarbeit im Rahmen der CACO hält sich in Grenzen. Zumindest ist nicht absehbar, dass Usbekistan die Rolle eines Kooperations-Motors übernehmen wird, die ihm aufgrund der natürlichen Gegebenheiten (geographisches Zentrum Zentralasiens, größte Bevölkerung, politischer Einfluss, etc.) zufallen würde; bisher trat es zumindest eher als Bremser auf. Die ökonomisch und politisch schwächsten Glieder, Tadschikistan und Kirgisistan würden wohl den größten Nutzen aus einer funktionierenden regionalen Zusammenarbeit ziehen, doch sind sie nicht in der politischen Position, eine solche voranzubringen. Welche Rolle Russland innerhalb der Organisation spielen wird, wie sich der plötzliche Zuwachs um das mächtige Nachbarland auf die Zielsetzungen und Interessenkonstellationen auswirken wird, ob eine erneute Reorganisation und Umbenennung erfolgen wird – bleibt abzuwarten.

Letzten Endes muss konstatiert werden, dass die Organisation bisher keine realen Erfolge vorzuweisen hat und der Vorwurf, die Kooperation finde nur auf dem Papier statt wird so lange aufrecht erhalten bleiben, bis die CACO durch konkrete Implementierungsmaßnahmen das Gegenteil bewiesen hat.

3.2.1.6. GUUAM

GUUAM (Anfangsbuchstaben der Mitgliedstaaten: Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien) hat im Gegensatz zu den anderen skizzierten multilateralen Organisationen auf GUS-Territorium ein entscheidendes Merkmal: Russland ist nicht Teil des Bündnisses und die fünf Mitgliedstaaten sind in keine der anderen „GUS-Unterorganisationen“ (außer Usbekistan in CACO) involviert.

Die GUUAM-Gruppierung wurde als eine politische, ökonomische und strategische Allianz gegründet, um die Souveränität der ehemaligen Sowjetrepubliken zu stärken. Die formelle Zusammenarbeit begann – zunächst ohne Usbekistan (hatte Beobachterstatus) als GUAM – am 10.10.1997 während eines Treffens der Präsidenten Georgiens, der Ukraine, Aserbaidschans und Moldawiens in Strassburg auf einem Gipfel des Europarats. In einem gemeinsamen Communiqué unterstrichen die vier Präsidenten die Relevanz ihrer Zusammenarbeit “for the sake of a stable and secure Europe guided by the principles of

respect for the sovereignty, territorial integrity, inviolability of state frontiers, mutual respect, cooperation, democracy, supremacy of law and respect for human rights.”³⁴² Das Hauptaugenmerk lag auf der Errichtung eines Euroasiatischen Transportkorridors (TRACECA – Transport Corridor Europe Caucasus Asia³⁴³) und dem Ausschöpfen des großen ökonomischen Potentials.

Am 24.4.1999 wurde GUUAM um einen fünften Mitgliedstaat – Usbekistan – erweitert, welcher der Gruppierung während des NATO Gipfels zum 50. Jahrestag des Militärbündnisses in Washington beitrug, wo die Gemeinschaft erstmals offiziell registriert wurde. Nunmehr umfasste die Gruppierung Staaten aus den drei Großregionen der GUS: aus Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien. In einer gemeinsamen Erklärung formulierten die Präsidenten gemeinsame sicherheitspolitische Ziele und verliehen ihrem Wunsch Ausdruck, mit der NATO³⁴⁴ und dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat zu kooperieren.³⁴⁵

Ein Treffen der Staatsoberhäupter am 7.6.2001 in Jalta resultierte in der Verabschiedung einer Charta, die gemeinsame Ziele definierte und eine organisatorische Struktur schuf. Als höchstes Organ wurde der alljährliche Gipfel der Staatsoberhäupter bestimmt, des Weiteren erhielt GUUAM eine exekutive Körperschaft, den Rat der Außenminister, sowie ein Arbeitsorgan, das Komitee der nationalen Koordinatoren. Folgende Ziele der Zusammenarbeit wurden formuliert: Förderung von sozialer und ökonomischer Entwicklung, Stärkung und Ausweitung von Handel und Wirtschaft, Entwicklung und effektive Nutzung der Transport- und Kommunikationsinfrastruktur, Stärkung der regionalen Sicherheit, Entwicklung von Beziehungen in der wissenschaftlichen, kulturellen und humanitären Sphäre, Interaktion im Rahmen internationaler Institutionen, Kampf gegen internationalen Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel.³⁴⁶

Die Jalta-Charta verstärkte den konsultativen Charakter der Beziehungen zwischen den GUUAM-Mitgliedern, stattete die neuen institutionellen Körperschaften jedoch nicht mit

³⁴² The GUUAM group: history and principles, Briefing paper, November 2000, <http://www.guam.org/general/browse.html>

³⁴³ Das TRACECA-Projekt wird als die “neue Seidenstraße” stilisiert und soll durch Pipelines und Fährverbindungen über das Schwarze Meer, Straßen und Eisenbahnen über Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Georgien und die Ukraine, Zentralasien, den Kaukasus und Europa miteinander verbinden. Das Projekt wird von der EU unterstützt und finanziert. Vgl. Kapitel 2.3.4.1.

³⁴⁴ Bereits vor dem Beitritt Usbekistans hatte man in der GUAM über eine Beitrittsperspektive zur NATO nach der Formel „19+4“ diskutiert.

³⁴⁵ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 25

³⁴⁶ Yalta GUUAM Charter, Yalta, 7.6.2001, <http://www.guam.org/doc/browse.html>

effektiven Mitteln und Kontroll-Mechanismen zur Umsetzung getroffener Vereinbarungen aus.³⁴⁷

Blickt man hinter die offiziellen Verlautbarungen, so erscheint die gemeinsame Opposition gegenüber Russland als der größte gemeinsame Nenner und GUUAM primär als ein „anti-Russian geopolitical construct“³⁴⁸. Dies ist nicht nur von kritischer russischer Seite zu vernehmen, die GUUAM-Mitgliedstaaten selbst machen keinen Hehl aus ihren Ressentiments gegenüber Russland als dem dominierenden Faktor im postsowjetischen Raum und ihrer Orientierung an westlichen Partnern wie den USA, NATO und EU. Demnach haben zwei Wünsche die Entstehung von GUUAM begleitet: “The striving of the newly independent states to get rid of the ‘elder brother's’ over-lordship” und “the striving of these nations to use their advantageous geographic location, especially with regard to the forming of new energy transit routes leading from Europe to the East... to actively participate in the large-scale integration processes along the Europe-Caucasus-Central Asia line.”³⁴⁹ Bezeichnenderweise hatte die Aufnahme Usbekistans und die erste institutionelle Festigung GUUAMs während des NATO-Gipfels im April 1999 stattgefunden. Kurz zuvor hatte Usbekistan seine Mitgliedschaft im Taschkenter Vertragswerk der GUS beendet. All dies musste einer Brückierung Moskaus gleichkommen und als Zeichen des strategischen Machtverlusts Russlands in Zentralasien gewertet werden.³⁵⁰

Trotz dieser Umstände hielt sich die aktive Beteiligung Usbekistans innerhalb GUUAMs stark in Grenzen, und der Beitritt muss primär als strategisch motiviert betrachtet werden. Als einziger Mitgliedstaat stellte für Usbekistan der Schutz vor islamischem Fundamentalismus das sicherheitspolitische Hauptinteresse dar. Und so verhielt sich das Land sehr ambivalent

³⁴⁷ Barkovskiy, Antoli/ Islamova, Rivanna: Where is GUUAM heading? In: Central Asia and the Caucasus, No. 2 (20), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-02/21.bareng.shtml

³⁴⁸ So bezeichnet von Vladimir Aksyonov (first deputy chairman of the Central Council of the Union Public Chamber - a quasi-parliament of the pseudo-union state of Russia and Belarus) in einem Artikel der Nezavisimaya Gazeta.

Zitiert nach: Torbakov, Igor: GUUAM's loss is Russia's gain, in: Eurasia Insight, 18.4.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav041801.shtml>

³⁴⁹ Zitat von Sergei Pirozhkov und Boris Parakhonsky, zwei Strategen des ukrainischen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats. Zitiert nach: Torbakov, Igor: GUUAM's loss is Russia's gain, 2001, a.a.O.

³⁵⁰ Diese Empfindung spiegelt sich in einem Kommentar des russischen Außenministers Ivanow wieder: „Wie sollen wir die Tatsache auffassen, daß die neue Regionalorganisation der GUUAM ausgerechnet in Washington geschaffen wurde, während des NATO-Gipfels? Welche Ziele werden verfolgt, wenn diese Organisation sich demonstrativ inmitten der dramatischen Ereignisse auf dem Balkan konstituiert?“ Zitiert nach: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, 2000, a.a.O., S. 27

gegenüber der Teilnahme an den Strukturen von GUUAM und GUS, je nachdem welches Bündnis für den Augenblick zweckmäßiger erschien.³⁵¹

Als Hauptquelle für Spannungen zwischen Russland und GUUAM sind die konkurrierenden Handelsinteressen zu nennen. Während die GUUAM Staaten die Errichtung des transkaukasischen Transportkorridors (TRACECA) unter Umgehung Russlands unterstützen, wirbt Moskau für einen sogenannten Nord-Süd Transportkorridor, welcher von Russland über das Kaspische Meer nach Iran und Indien führen soll.³⁵²

Letztlich darf der anti-russische Charakter des Staatenbündnisses jedoch nicht überbewertet werden, sprechen doch die ökonomischen Fakten eine andere Sprache. Russland ist als Handelspartner für alle GUUAM-Mitglieder von erstrangiger Bedeutung, betrachtet man den Exportanteil, den Russland im Vergleich mit allen GUS-Ländern auf sich zieht³⁵³. Zusätzlich macht die große Anzahl der in Russland legal und illegal arbeitenden Bürger aus GUUAM-Staaten ersichtlich, dass es weder im Interesse der GUUAM-Staaten noch im Interesse Russlands liegen kann, die intensiven Beziehungen aufzugeben. Auch die Aussage Putins auf dem GUS-Gipfel im August 2001 widerspricht der Ansicht, Russland fühle sich durch GUUAM bedrängt: "GUUAM does not weaken, but supplements the CIS... It is of principal importance that regional associations work to strengthen the CIS."³⁵⁴

Die Zusammenarbeit der GUUAM-Staaten basiert auf einem ökonomischen und einem sicherheitspolitischen Pfeiler. Voraussetzung für die ökonomische Kooperation waren gemeinsame wirtschaftliche Interessen, welche in erster Linie das TRACECA Projekt - den Transport des kaspischen Öls auf einer Ost-West-Achse - betrafen, um die energiepolitische Abhängigkeit von Russland zu minimieren. In der weiteren Entwicklung formulierten die Staatsoberhäupter folgende ökonomische Ziele:

“fostering favourable conditions conducive to economic growth, improving the well-being of the peoples of the participating States, further developing a safe and efficient Europe-Caucasus-Asia transport and communication corridor, as well as intensifying mutually

³⁵¹ Razzakov, Olamgir: Russia's attempt to undermine GUUAM unity, in: Central Asia - Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 14.2.2001, http://www.cacianalyst.org/Feb_14_2001/GUUAM_Unity.htm

³⁵² Kuzio, Taras/ Blagov, Sergei: GUUAM makes comeback bid with US support, in: Eurasia Insight, 7.7.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav070703.shtml>

³⁵³ Folgende Anteile der Gesamtexporte in CIS-Länder gingen im Jahr 2000 an Russland: aus Aserbaidschan 42%, aus Georgien 50%, aus der Ukraine 78% und aus Moldawien 76%.

³⁵⁴ Zitiert nach: Barkovskiy, Antoli/ Islamova, Rivanna: Where is GUUAM heading? 2003, a.a.O.

beneficial trade relations among them on the basis of principles of free trade. To this end, the parties decided to undertake efforts with a view to establishing a free trade zone within the GUUAM.”³⁵⁵

Dennoch fiel die ökonomische Leistung sowohl der Einzelstaaten, als auch von GUUAM als Gruppierung in den ersten Jahren ihrer Existenz sehr bescheiden aus. Wenn man als Beispiel die Außenhandels-Bilanz der Ukraine im Jahre 2000 betrachtet, fielen nur 2,5% der Gesamtexporte und 1,8% der Importe auf GUUAM-Staaten zurück. Von daher bezeichneten kritische Stimmen die Unfähigkeit von GUUAM, Handel zu stimulieren, als eine der eklatantesten Schwächen des Staatenbündnisses und schätzten das ökonomische Potential von konkurrierenden regionalen Gruppierungen, wie der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, weit höher ein.³⁵⁶

Nach längerer Stagnation, u.a. wegen Usbekistans Opposition aufgrund der Mitgliedschaft von Georgien und der Ukraine in der Welthandelsorganisation,³⁵⁷ wurde auf dem Jalta-Gipfel im Juli 2002 ein Freihandelsabkommen ohne Usbekistan – das einen Monat zuvor seine Mitgliedschaft in GUUAM suspendiert hatte³⁵⁸ - ins Leben gerufen.³⁵⁹ Das neue Freihandelsabkommen bedeutete zwar einen konkreten Schritt nach vorn, die Erfahrung mit ähnlichen Vorhaben, z.B. im Rahmen der GUS zeigt jedoch, dass die Wirksamkeit eines neuen Integrationspapiers sich erst in der Praxis bewähren muss. In Kraft getreten ist das Freihandelsabkommen bisher nicht.

Nicht nur fällt der Anteil des reziproken Handelsumsatzes wie oben erwähnt gering aus, was die Effizienz einer gemeinsamen Freihandelszone in Frage stellt. Des Weiteren ist festzuhalten, dass bereits vor dem Jalta-Gipfel bilaterale Freihandelsabkommen zwischen allen GUUAM-Partnern in Kraft waren, so dass der kurzfristige Nutzen einer gemeinsamen Freihandelszone gering ausfallen dürfte, da er kaum über die bereits existierenden Regelungen hinausgehen wird. Dennoch wird ein gemeinsames Freihandelsabkommen natürlich dazu beitragen, die bilateralen Abkommen zu koordinieren, zu simplifizieren und zu

³⁵⁵ Communique of the Meeting of the Presidents of the GUUAM in the Framework of the Millennium Summit of the United Nations, 6 September 2000, New York, <http://www.guam.org/doc/browse.html>

³⁵⁶ Torbakov, Igor: GUUAM's potential to play role in anti-terrorism alliance apperas limited, in: EurasiaNet Commentary, 7.11.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav110701.shtml>

³⁵⁷ Salukvadze, Khatuna: The GUUAM summit: toward a new Yalta order for the CIS? in: Central Asia - Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 20.6.2001, http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/THE_GUUAM_SUMMIT.htm

³⁵⁸ Siehe S. 177f

³⁵⁹ Linotte, Daniel/Aune, Leif: The GUUAM freetrade agreement: a concrete step forward, in: Central Asia – Caucasus Analyst, September 25, 2002, http://www.cacianalyst.org/2002-09-25/20020925_GUUAM_FREE_TRADE.htm

konsolidieren. Bei der Umsetzung des Freihandelsabkommens sind die Unterstützung und die Erfahrungswerte des Westens gefragt (auch die Abstimmung mit der WTO steht noch aus), doch auch eine enge Zusammenarbeit mit der GUS, bzw. insbesondere der EurAsEC und eine gegenseitige partnerschaftliche Anerkennung könnten von großem Vorteil sein.³⁶⁰

Die gemeinsamen ökonomischen Interessen, in Verbindung mit der geostrategischen Konstellation von GUUAM, ergaben zwangsläufig die Errichtung einer sicherheitspolitischen Komponente, auch wenn diese zunächst eher zögerlich artikuliert wurde, um eine Konfrontation mit Russland zu umgehen. Außer der Ukraine werden die Mitgliedstaaten von existentiellen Sicherheitsproblemen bedroht. Usbekistan leidet unter den punktuellen Übergriffen islamistischer Rebellen, während auf georgischem, aserbaidischen und moldawischem Territorium separatistische Bewegungen aktiv sind, die gute Beziehungen zu Moskau pflegen. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich die Perspektive für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit außerhalb der GUS-Strukturen und als Gegengewicht zur russischen Militärpräsenz in der Region. Konkret ging es dabei zunächst um den Aufbau eines von der UN oder OSZE autorisierten Peace-keeping Bataillons, das sowohl in den Konfliktgebieten, als auch für den Schutz von Pipelines eingesetzt werden sollte. Entsprechende Abmachungen wurden 1998 in die Wege geleitet und im April 1999 wurden in Georgien gemeinsame Manöver mit aserbaidischer, georgischer und ukrainischer Beteiligung im Rahmen des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) durchgeführt, als Vorbereitung zur Formierung einer GUUAM-Truppe bis 2002.³⁶¹ Die Verwirklichung dieser Pläne stagniert jedoch. Der entscheidende Grund hierfür muss in den divergierenden nationalen Sicherheitsinteressen der GUUAM-Staaten gesehen werden und in der unterschiedlichen Bedeutung, die die Staaten dem Bündnis beimessen, so dass der Spielraum für militärische Kooperation stark limitiert wird. Auch in der erwünschten Intensität der Zusammenarbeit mit der NATO unterschieden sich die GUUAM Staaten von Anbeginn ihrer Zusammenarbeit grundlegend voneinander. Während die Mehrheit eine Beitrittsperspektive ins Auge fasste, spielte diese für Usbekistan keine Rolle. Taschkent betrachtete die Zusammenarbeit mit der NATO lediglich als “a way of strengthening its own

³⁶⁰ Linotte, Daniel/ Aune, Leif-Erik: The GUUAM juli 2002 free trade agreement. A preliminary assessment, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-01/06.lineng.shtml

³⁶¹ Freitag-Wirringhaus, Rainer: Die Staatengemeinschaft GUUAM: Neuer Aufbruch oder langsamer Niedergang?, in: Orient, 2/2001, S. 267-294, S. 269ff

independence and sovereignty, acquiring modern military technology and training highly-qualified national military personnel.”³⁶²

Neue Relevanz erhielt die sicherheitspolitische Komponente von GUUAM mit den tragischen Ereignissen des 11.9.2001 und dem daraus resultierenden verstärkten Interesse Amerikas an der Organisation und an ihrer Unterstützung.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte es den Anschein gehabt, als würden die GUUAM Staaten insgesamt das Interesse an ihrer Zusammenarbeit verlieren, da bilaterale Beziehungen und nicht multilaterale Kooperation die reale Tagesordnung bestimmten, und dem Druck Moskaus – insbesondere bezüglich der energiepolitischen Abhängigkeit - nur schwer erwidert werden konnte.³⁶³ Die politische Idee, die die Staaten miteinander verbunden hatte schien im Ansatz stecken geblieben zu sein, eine gemeinsame Sicherheitsstrategie war nicht mehr evident.³⁶⁴ Für den Ausbau des militärischen Potentials wäre man wesentlich auf logistische und finanzielle Unterstützung durch den Westen angewiesen gewesen. Doch die westlichen Staaten versuchten, übersteigerte Erwartungen zu bremsen, schließlich war ihnen auch an guten Beziehungen zu Moskau gelegen.³⁶⁵ Als einzige Kooperationsklammer schien GUUAM die ökonomische Komponente erhalten geblieben zu sein, da die Einrichtung einer Freihandelszone eine reale Alternative zur GUS, deren Freihandelskonventionen bis dato ineffektiv geblieben waren, darzustellen schien.³⁶⁶ Doch auch diese Perspektive konnte angesichts der wirtschaftlichen Rahmendaten lediglich mit vorsichtigem Optimismus betrachtet werden.

Zu diesem Zeitpunkt, als GUUAMs Existenz auf zwei wackeligen Pfeilern plus der Hoffnung auf Unterstützung durch die USA stand, fand plötzlich im Zusammenhang mit dem 11.9.2001 eine drastische Verschiebung von Einflussmöglichkeiten, Interessen und Machtsphären im Bereich der ehemaligen UdSSR statt. GUUAM erhielt als sicherheitspolitische regionale Gruppierung durch die Möglichkeit eines erweiterten Kooperationsrahmens mit den USA eine neue Perspektive. Bereits vor dem 11.9. hatten die USA ihren Willen zum Dialog mit GUUAM zum Ausdruck gebracht und die institutionellen Errungenschaften des Jalta-Gipfels

³⁶² Kuzio, Taras: CIS states confront questions concerning strategic alignment, A EurasiaNet Commentary, 01.07.2002, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav070102.shtml>

³⁶³ Torbakov, Igor: GUUAM's loss is Russia's gain, 2001, a.a.O.

³⁶⁴ Freitag-Wirringhaus, Rainer: Die Staatengemeinschaft GUUAM, 2001, a.a.O., S. 294

³⁶⁵ Ebd., S. 280, 285

³⁶⁶ Salukvadze, Khatuna: The GUUAM summit: toward a new Yalta order for the CIS?, 2001, a.a.O.

2001 begrüßt: „they can look forward to a very positive cooperation with the United States.“³⁶⁷

Nach dem 11.9. wurde in einer gemeinsamen Erklärung mit den USA der Wille zum gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus zum Ausdruck gebracht: „The United States and the GUUAM member states pledge to reinforce and develop bilateral and multilateral cooperation with each other, within GUUAM, with the United Nations and with other international and regional organizations in order to combat terrorism in all its forms and manifestations.“³⁶⁸

Speziell Usbekistan konnte durch das Bereitstellen seiner Militärbasen seine Position als einer der strategisch entscheidenden regionalen Partner der USA ausbauen.

Am 13.6.2002 - kurz vor dem jährlichen Gipfeltreffen der Staatschefs in Jalta - brachte die unerwartete Entscheidung Usbekistans, seine Mitgliedschaft auszusetzen, das Bündnis erheblich ins Wanken und einige Kommentatoren stimmten den „Totengesang“ auf GUUAM an.³⁶⁹ Schließlich war Usbekistan vom distanzierten Mitglied zu einem wichtigen Partner im Rahmen der GUUAM-USA-Zusammenarbeit geworden und seine Begründung für den vorübergehenden Austritt zeigte, dass der Fortschritt nach wie vor auf sich warten ließ. In erster Linie kritisierte Taschkent die Ineffizienz der Organisation, speziell hinsichtlich der ökonomischen Zusammenarbeit. GUUAM sei es nicht gelungen, zwischenstaatliche Handelshemmnisse zu beseitigen; im Gegenteil sei es für Usbekistan sogar günstiger, Importe und Exporte über Nicht-GUUAM-Mitgliedstaaten zu tätigen.³⁷⁰ Der usbekische Außenminister Kamilov fügte hinzu: “It is likely that to achieve an effective integration level really important for inter-governmental and interior problems are to be settled first of all, then a wide basis for bipartite cooperation should be created. Taking the suggestions into consideration, Uzbekistan believes it is irrational to participate in GUUAM activities under present-day conditions. The country plans to focus on the development of friendly and mutually beneficial bipartite relations with Azerbaijan, Georgia, Ukraine, and Moldavia.”³⁷¹

Einige Beobachter erklären die Entscheidung Taschkents aus strategischer Sicht, hatte das

³⁶⁷ So Richard Armitage, Deputy Secretary of State, zitiert nach: Ebd.

³⁶⁸ GUUAM Joint Statement on Terrorism, Joint Statement on Terrorism by United States, Georgia, Ukraine, Uzbekistan, Azerbaijan, and Moldova, Washington, DC, November 15, 2001, <http://www.state.gov/s/ct/rls/prsrl/6162.htm>

³⁶⁹ “The future of GUUAM, or of GUAM, to be more precise, is quite definite: the organization will die.” Artyukov, Oleg (Translated by Dmitry Sudakov): One of them is out. Who is next?, in: Pravda.RU, 14.6.2002, <http://english.pravda.ru/main/2002/06/14/30397.html>

³⁷⁰ Ismailova, Gulnara: Uzbekistan’s withdrawal from GUUAM causes shock in Baku, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 19.6.2002, http://www.cacianalyst.org/2002-06-19/20020619_Uzbekistan_GUUAM.htm

³⁷¹ Zitiert nach: Gorobets, Alexander (Translated by Maria Gousseva): How GUUAM turned into GUAM, in: Pravda.RU, 17.6.2002, <http://english.pravda.ru/cis/2002/06/17/30486.html>

Land im Vorfeld doch seine Kontakte zu Russland und China im Rahmen der Shanghai Cooperation Organisation intensiviert und war ihr 2001 beigetreten.³⁷²

Inzwischen scheint Usbekistan sich anders entschieden zu haben. Mussten Treffen von GUUAM-Verantwortlichen bis Ende des Jahres 2002 ohne ihre usbekischen Kollegen auskommen, tragen gemeinsame Vereinbarungen seitdem wieder eine usbekische Unterschrift. Großen Einfluss auf Taschkent scheint diesbezüglich der neue strategische amerikanische Partner ausgeübt zu haben. So äußerten sich die USA in einer Pressekonferenz zum usbekischen Rückzug aus GUUAM enttäuscht: "While the organization GUUAM has yet to reach its full potential, we continue to believe it is a viable and promising initiative to improve regional relations and enhance cooperation among the member countries. We also believe that membership in GUUAM will help strengthen Uzbekistan's role as a regional leader, and we hope the government of Uzbekistan will reconsider its decision."³⁷³

Das Bündnis versucht, sich seiner alten Stärken zu besinnen und propagiert sowohl ökonomische, als auch sicherheitspolitische Zielsetzungen. Dies wurde auf dem GUUAM-Gipfel vom 19.-20. Juni 2002 in Jalta deutlich, wo nicht nur das bereits erwähnte Abkommen zur Errichtung einer Freihandelszone unterzeichnet, sondern auch eine Deklaration über gemeinsame Anstrengungen zur Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit in der Region verabschiedet wurde. Sie unterstrich die Entschlossenheit der Staaten, eine politische, rechtliche und organisatorische Basis bereitzustellen, um den Herausforderungen von internationalem Terrorismus, Separatismus, Intoleranz und Extremismus entgegenzutreten.³⁷⁴ Von konkreten Maßnahmen, wie beispielsweise der Ausbildung einer gemeinsamen Peace-keeping Truppe, die ja bereits in Planung gewesen war, war in dem Zusammenhang jedoch keine Rede mehr.

Das Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter vom 3.-4. Juli 2003 bestätigte den Trend der zweifachen Schwerpunktsetzung. Die Stärkung der ökonomischen Dimension wurde als eine der wichtigsten Aufgaben hervorgehoben, und ein „Memorandum of Understanding on the Trade and Transportation Facilitation Project“ unterzeichnet. Auch die Bedeutung des Kampfes gegen Drogen-, Menschen- und Waffenschmuggel, organisiertes Verbrechen, und Geldwäsche wurde betont und in diesem Zusammenhang ein Abkommen zur Gründung eines

³⁷² The GUUAM organisation is most likely dead than alive, is that so? Pravda.RU, 18.7.2002, <http://english.pravda.ru/cis/2002/07/18/32800.html>

³⁷³ Uzbekistan: Government's Decision to Withdraw from GUUAM, Question Taken at June 14, 2002 Daily Press Briefing, Washington, DC, June 14, 2002, <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2002/11127.htm>

³⁷⁴ Declaration on Common Efforts to Ensure Stability and Security in the Region, Yalta, 20.7.2002, <http://www.guam.org/doc/browse.html>

virtuellen „Law-enforcement Center“, das den Datenaustausch zwischen Polizeikräften, Grenzkontrollen und Zollstellen sicherstellen soll, verabschiedet, sowie ein zwischenstaatliches Informations- und Analysesystem. Des Weiteren herrschte Einigkeit, dass die institutionelle und rechtliche Basis weiter zu verbessern, und die Entwicklung einer interparlamentarischen Versammlung notwendig sei. Die Einrichtung eines Wirtschaftsrats wurde gelobt, und seine baldige Aktivierung angemahnt. Mit großer Zufriedenheit wurde festgestellt, dass die Aktivitäten GUUAMs auf wachsendes Interesse in der Weltgemeinschaft stießen, was in der Teilnahme zahlreicher Staaten und internationaler Organisationen am Jalta-Gipfel resultiert habe.³⁷⁵ Getrübt wurde das Gipfeltreffen durch die Tatsache, dass nur zwei der Staatsoberhäupter persönlich erschienen waren. Die Krankheit des aserbaidischen Präsidenten war wohl der glaubhafteste Grund. Auch der moldawische Präsident entschuldigte sich als krank, doch spekuliert Hetmanchuk, ob nicht russischer Druck die plötzliche „Erkrankung“ verursacht habe. Auch der usbekische Präsident blieb fern, als Erklärung könne sein generelles „integration allergy syndrome“ zählen, so Hetmanchuk.³⁷⁶

Die Reziprozität von Sicherheitserfordernissen und ökonomischen Interessen, sowie nationaler und regionaler Entwicklung stellt GUUAM vor neue Herausforderungen³⁷⁷, zu deren Bewältigung das Bündnis auf westliche Hilfe angewiesen ist. GUUAM befindet sich in einem intensiven Dialog mit den USA, der Ende 2002 in einem Abkommen über ein gemeinsames Rahmenprogramm kulminierte. Es beinhaltet die Kooperation in den Bereichen Handel und Transport, Grenzsicherung und Zollkontrolle, sowie Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Drogenhandel. Als Teil des Rahmenprogramms gewährleiten die USA finanzielle Unterstützung für die Aufbauphase einer Transport- und Handelsinitiative, sowie für das virtuelle „Law-enforcement Center“, und das zwischenstaatliche Informations- und Analysesystem.³⁷⁸

Die Unterstützung durch die USA ist von lebenswichtiger Bedeutung für GUUAM, was von den Partnerstaaten nicht verschwiegen wird. So äußerte sich der georgische Präsident

³⁷⁵ Final Communiqué of GUUAM Summit, July 4, 2003, Yalta, Ukraine, <http://www.guam.org/doc/browse.html>

³⁷⁶ Hetmanchuk, Olena: GUUAM: Carrot of Washington, Stick of Moscow? In: Zerkalo Nedeli No. 25 (450), 5 - 11 July 2003, <http://www.mirror-weekly.com/nn/show/450/39205/>

³⁷⁷ “However we will not succeed in development of transport corridors until and unless we pay due attention to the whole range of threats, risks and challenges to their security. Moreover, such negative phenomena as terrorism, organized crime, various forms of extremism, illicit trade of weapons and nuclear materials, human trafficking and illegal migration create serious obstacles for sustainable development of our states and regional stability in general.” Statement by Minister of Foreign Affairs of the Republic of Azerbaijan, H.E. Dr. Vilayat Guliyev at the GUUAM-US meeting, New York, September 2002, <http://www.guam.org/conf/browse.html>

³⁷⁸ Joint Statement United States – GUUAM, Washington DC, 23.12.2002 and Yalta, July 4, 2003, <http://www.guam.org/doc/browse.html>

Shevardnadze im georgischen Fernsehen: „I will tell you straightforwardly,... without the support of the Americans it would be difficult to resolve the [development] issues.“³⁷⁹

3.2.2. Andere regionale Zusammenschlüsse unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten

3.2.2.1. Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)

Mitte der 90er Jahre ging aus regelmäßigen Kontakten bezüglich der über 7000 km langen, konfliktbeladenen chinesisch-exsowjetischen Grenze zwischen China auf der einen und Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan auf der anderen Seite, die „Shanghai Gruppe“ (auch „Shanghai Fünf“) hervor, zur friedlichen Beilegung von Grenzproblemen. Zu diesem Zweck wurde auf einem Treffen der Staatschefs in Shanghai am 26.4.1996 ein „Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet in Grenzregionen“ unterzeichnet, welches zur Stärkung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen und von Sicherheit und Stabilität in den Grenzregionen, Maßnahmen zum beidseitigen Truppenrückzug, die gegenseitige Beteiligung an Militärmanövern, und Informationsaustausch, vorsah.³⁸⁰ Ein weiteres „Abkommen über die beidseitige Reduzierung von Streitkräften“ folgte ein Jahr später in Moskau.

Diese beiden Dokumente legten den Grundstein der sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen der Shanghai Fünf, die bald darauf auf einem Gipfel der Staatspräsidenten am 3.7.1998 in Almaty um folgende elementare Punkte erweitert wurde: Kampf gegen internationalen Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Waffenschmuggel und Drogenhandel. Die Vertragspartner beschlossen, regelmäßig bilaterale und regionale Konsultationen zur Implementierung der Abkommen abzuhalten, und alle interessierten Staaten der Region einzuladen. Außerdem würde kein Staat auf seinem Territorium Aktivitäten zulassen, die die nationale Souveränität, Sicherheit oder soziale Ordnung der anderen unterminieren würde. Neben dem klaren Fokus auf sicherheitspolitischen Belangen, drückten die Shanghai Fünf den Wunsch zu ökonomischer und energiepolitischer Kooperation aus, inklusive des Ausbaus der Infrastruktur, sowie Zusammenarbeit im Umweltschutz-Bereich.³⁸¹ Beim nächsten Gipfel der

³⁷⁹ Zitiert nach: Kuzio, Taras/Blagov, Sergei: GUUAM makes comeback bid with US support, 2003, a.a.O.

³⁸⁰ Russian Federation, Republic of Kazakhstan, Kyrgyz Republic, Republic of Tajikistan and People's Republic of China on Confidence Building in the Military Field in the Border Area, Shanghai, 26.4.1996, http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/shanghai_19960426.html

³⁸¹ Joint Statement of Kazakhstan, China, Kyrgyzstan, Russia and Tajikistan on the Almaty Meeting, July 3, 1998, <http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/joint-statement980703.html>

Fünf in Bishkek am 25.8.1999 wurde dieser wirtschaftspolitische Ansatz als „Silk Road Diplomacy“ Konzept in die gemeinsamen Vereinbarungen aufgenommen. Durch Wiederbelebung der alten Seidenstrasse in der gegenwärtigen internationalen Kooperation sei eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung der regionalen Wirtschaften, sowie zur Stärkung von Stabilität und Frieden gegeben. Die Staatschefs drückten ihre tiefe Besorgnis über die anhaltenden militärischen Konfrontationen in Afghanistan als Hauptgefahr für die regionale und internationale Stabilität aus.³⁸²

Aufgrund der fundamental veränderten Sicherheitslage und Bedrohungsperzeptionen hatte sich der Schwerpunkt der Zusammenarbeit innerhalb kurzer Zeit von vertrauensbildenden Maßnahmen im Grenzbereich, zur Sicherung von politischer Stabilität und dem gemeinsamen Kampf gegen internationalen Terrorismus ausgeweitet.

Im Juni 2001 fand der entscheidende erste Schritt zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit statt, nachdem auch Usbekistan sein Interesse an einer Mitarbeit signalisiert hatte. China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan gründeten auf dem Gipfel in Shanghai am 20.6.2001 die „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (Shanghai Cooperation Organization, SCO) auf Basis der bisherigen Shanghai Gruppe und ihrer Zielsetzungen. Es wurde eine deutliche Priorisierung bezüglich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und der Gewährleistung aller notwendigen Anstrengungen zur Sicherung von Stabilität in der Region vorgenommen. Hierzu war am 15.6.2001 eine Konvention zum Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus signiert worden.

Die Deklaration über die Gründung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit formulierte folgende Zielsetzungen:

“strengthening mutual confidence, friendship and goodneighborly relations between the participating states; encouraging effective cooperation between them in the political, trade-economic, scientific-technical, cultural, educational, energy, transportation, ecological and other areas; joint efforts to maintain and ensure peace, security and

³⁸² Bishkek Statement, 25.8.1999, <http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/bishkek-19990825.html>

stability in the region, to build a new democratic, just and rational political and economic international order.”³⁸³

Das Dokument betonte die Offenheit der neuen Organisation, die nicht gegen andere Staaten oder Regionen gerichtet sei.

Neben dem deutlichen sicherheitspolitischen Fokus wurde auch die Ausarbeitung eines Programms zur langfristigen multilateralen Kooperation in Handel und Wirtschaft vorgesehen. Dem lag die Annahme der Reziprozität von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheitsinteressen zugrunde, die der russische Präsident Putin wie folgt kommentierte: „It is important to establish strong economic and trade relationships, which themselves will be guarantors of stability in the region.”³⁸⁴

Trotz regelmäßiger Wiederholung der Bedeutung der ökonomischen Kooperation, ist dieses Vorhaben bisher jedoch nicht in reale Politik umgesetzt worden. Auf dem jüngsten Präsidenten-Gipfel in Taschkent am 17.6.2004, wurde eine Deklaration verabschiedet, in welcher weitere Schritte im ökonomischen Bereich auf den Herbst verschoben wurden: “the heads of state believe it necessary that by the regular session of the Council of the heads of state in Bishkek in fall 2004, the coordination of the plan of events to fulfill the program of multilateral trade and economic cooperation should be completed and the created four groups of experts should start working to full extent.”³⁸⁵ Große Zustimmung fand die Zusage Chinas während des Treffens in Taschkent, zur Entwicklung des Handels unter den SCO-Staaten, 1 Milliarde US\$ zur Verfügung zu stellen.

Die formale Institutionalisierung der SCO als internationale Vereinigung hatte durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Charta am 7.6.2002 in Sankt Petersburg stattgefunden. Des Weiteren unterzeichneten die Staatspräsidenten während dieses Treffens ein Abkommen über die Errichtung eines Antiterrorismus Zentrums in Bishkek.

Die Charta benennt folgende Organe: den jährlich tagenden Rat der Staatsoberhäupter als höchste Instanz, die Räte der Regierungschefs und der Außenminister, einen Rat nationaler

³⁸³ Declaration on the Creation of the Shanghai Cooperation Organization, Shanghai, June 15, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.in.mid.ru/B1.nsf/arh/4255347F7E3D3DD643256A720052A1C8?OpenDocument>

³⁸⁴ So Vladimir Putin in einem Interview mit RIA Novosti. Zitiert nach: Utyaganova, Maria: Shanghai: Providing stability to Central Asia? In: Central Asia – Caucasus Analyst, Field Reports, July 4, 2001, http://www.cacianalyst.org/July_4_2001/July_4_2001_Shanghay_Stability_to_CA.htm

³⁸⁵ Zitiert nach: SCO Summit in Tashkent, Taschkent, June 17, in: „News from Russia“, dated June 18, 2004, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2004/nf27.html#s3>

Koordinatoren, welcher Koordinationsaufgaben und die Leitung der laufenden Arbeit inne hat. Als ständige Einrichtungen wurden das Antiterrorismus Zentrum, sowie als administrative Körperschaft ein Sekretariat mit Sitz in Peking beschlossen. Entscheidungen sollen im Konsensverfahren getroffen werden. Im Falle, dass nicht alle Mitglieder an einem Projekt interessiert sind, kann dieses von den anderen Parteien dennoch realisiert werden; späterer Anschluss ist möglich. Die Charta sieht in Paragraph 13 die Möglichkeit vor, nach der ein Mitgliedstaat bei Verletzung der Charta oder Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus der SCO ausgeschlossen werden kann.³⁸⁶

Das Abkommen über die Gründung des Antiterrorismus Zentrums basierte auf der Konvention zum Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und religiösen Extremismus vom 15.6.2001, welche diese „drei Kräfte“ definiert.³⁸⁷ Die Erarbeitung von Vorschlägen zum Kampf gegen die „drei Kräfte“ stellt die Hauptaufgabe des Antiterrorismus Zentrums dar. Des Weiteren soll das Zentrum u.a. die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten koordinieren, relevante Informationen sammeln und analysieren, eine Datenbank über einschlägige Personen und Organisationen aufbauen, bei der Vorbereitung und Durchführung militärischer Übungen mitwirken.³⁸⁸

Einen wichtigen Impuls erhielt die SCO auf ihrem Moskauer Gipfeltreffen vom 28.-29. Mai 2003. In ihrer gemeinsamen Erklärung unterstrichen die Staatsoberhäupter: “SCO is entering the period of completion of its organizational establishment and beginning to function as an independent factor of international affairs”.³⁸⁹ Die Charta wurde finalisiert, das permanente Sekretariat wurde einberufen, mit Zhang Deguang - Chinas bisherigem Botschafter in Moskau – als Generalsekretär für die nächsten drei Jahre, das Antiterrorismus Zentrum in Bishkek erhielt eine exekutive Kommission und ein Mandat zur Initiierung von Daten- und Informationsaustausch. Beide ständigen Körperschaften sollten laut gemeinsamer Erklärung bis spätestens 1.1.2004 ihre Arbeit aufgenommen haben und finanzieren sich über ein Organisations-Budget. Die Verfahrensweisen zu Bildung und Ausführung des Budgets wurden beschlossen, welches daraufhin im September vom Rat der Außenminister festgelegt

³⁸⁶ Charter of the Shanghai Cooperation Organization, 7.6.2002,

<http://www.ln.mid.ru/Ns-rasia.nsf/arh/025AA08F9EB05BBE43256CCA00270AF6?OpenDocument>

³⁸⁷ Siehe: Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism, Shanghai, 15 June 2001, <http://www.ln.mid.ru/Ns-rasia.nsf/arh/4EE37CB1C49A34AB43256CCA00284D7C?OpenDocument>

³⁸⁸ Wacker, Gudrun: Gipfeltreffen der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“. Von Worten zu Taten? SWP-Aktuell 22, Berlin, Juni 2002, S. 4f

³⁸⁹ Declaration of the Heads of the States Participating in the Shanghai Cooperation Organization, 30.05.2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.ln.mid.ru/bl.nsf/0/13657b6c02e79dcf43256d3600488c72?OpenDocument>

wurde, wobei auf China und Russland die Finanzierung des größten Anteils zurückfällt.³⁹⁰ Neben der Bedrohung durch die „drei Kräfte“ hoben die Präsidenten in ihrer gemeinsamen Erklärung die zunehmende Gefährdung durch Drogenschmuggel hervor. Für die Lösung aller sicherheitsrelevanten Fragen wurde die zentrale Rolle der UN und ihres Sicherheitsrats hervorgehoben (so auch für die Irak-Problematik). Die SCO erklärte sich bereit für die aktive Teilnahme beim Aufbau eines regionalen Sicherheitssystems, welches die Interessen aller Beteiligten respektiert, und zu diesem Zweck mit allen Nationen und Allianzen kooperiert.

Ihr militärisches Potential stellte die SCO drei Monate später unter Beweis. Nachdem China und Kirgisistan erstmals im Oktober 2002 ein gemeinsames Militär-Manöver in ihren Grenzregionen, nach den Antiterrorismus-Maßregeln der SCO durchführt hatten,³⁹¹ folgte im August 2003 die erste umfassende antiterroristische Übung der SCO „Interaction-2003“. Das Manöver auf chinesischem und kasachischem Territorium fand unter Beteiligung von Sondereinheiten aus Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan statt.³⁹²

Ein großer Schritt zur weiteren Institutionalisierung der Organisation und praktischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erfolgte schließlich Anfang 2004. Am 15.1.2004 wurde das Sekretariat in Peking eröffnet und am 3.3.2004 das Antiterrorismus Zentrum. Jedoch erhielt das Antiterrorismus Zentrum nicht wie ursprünglich geplant seinen Sitz in Bishkek, sondern in Tashkent. Die Entscheidung für diese Änderung war im September 2003 während des Treffens der Außenminister der SCO-Staaten getroffen worden. Zur Begründung hieß es in einer gemeinsamen Erklärung: “the transfer of the RATS Executive Committee from Bishkek to Tashkent will help optimize the stationing and cooperation of antiterrorist forces in Central Asia and will contribute to raising the effectiveness of the struggle against terrorism, separatism and extremism.”³⁹³

Eine Vision für die Zukunft der SCO formulierte der russische Präsident in seiner Grußbotschaft an die Eröffnungszereemonie des Sekretariats: “I am convinced that the SCO

³⁹⁰ Russia, China To Bear Greater Budget Burden, Tashkent, 5 September 2003, in: “News from Russia”, dated September 12, 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf1209.html#s3>

³⁹¹ Guang, Pan: Shanghai Cooperation Organization in the context of international antiterrorist campaign, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (21), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/06.guaeng.shtml

³⁹² China hosts S.C.O. military exercise, Beijing, August 12, 2003, in: “News from Russia”, dated 15 August 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf1508.html#s3>

³⁹³ Joint Communique Issued at Conclusion of Extraordinary Meeting of the Council of Foreign Ministers of Member States of the Shanghai Cooperation Organization, Tashkent, September 5, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, http://www.in.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/4940D3104303902843256D9B002D118B?OpenDocument

from a historical point of view is called upon to become a kind of transcontinental bridge which will organically link the European and Asian continents.”³⁹⁴

Die Interessenlagen und Einflussmöglichkeiten innerhalb der SCO basieren ganz entscheidend auf den in Kapitel 2.3. dargestellten Machtverhältnissen zwischen den zwei größten SCO-Mitgliedstaaten Russland und China, ihren Interessen an der zentralasiatischen Region, sowie der Einflussnahme durch die USA seit dem 11.9.2001.

Seit Beginn der Kooperation im Rahmen der Shanghai Fünf konkurrierten Russland und China um die Führungsposition innerhalb der Gruppe und um Dominanz über die zentralasiatische Einflussphäre. Auf der anderen Seite nahmen im Verlauf der Zusammenarbeit die partnerschaftlichen Tendenzen zwischen den beiden Großmächten zu. Wichtigste Gemeinsamkeit war der Wunsch, der amerikanischen Einflussnahme in Asien entgegenzuwirken. Auch unterstützten beide Seiten sich beispielsweise rhetorisch bezüglich ihrer harten Vorgehensweise gegen secessionistische Bedrohungen³⁹⁵ auf dem eigenem Territorium, um die Legitimität dessen gegenüber der Weltgemeinschaft zu erhöhen.³⁹⁶ Der Eindruck einer einvernehmlichen chinesisch-russischen Vorherrschaft über Zentralasien wurde verstärkt, als die beiden Mächte Anfang 2001 den ersten bedeutenden bilateralen Vertrag seit einem halben Jahrhundert über gutnachbarliche Beziehungen, Freundschaft und Kooperation abschlossen.³⁹⁷

Die zentralasiatischen Staaten müssen wohl als die „Juniorpartner“ innerhalb der SCO gewertet werden. Doch war auch für die zentralasiatischen Staaten der Nutzen der Zusammenarbeit in dieser Form von Anbeginn nicht unerheblich. Die SCO wählte die fundamentalen Sicherheits-Bedrohungen der zentralasiatischen Staaten als ihren thematischen Schwerpunkt. Um diese unilateral effektiv zu bekämpfen, fehlten den zentralasiatischen Staaten die notwendigen finanziellen, technischen und militärischen Mittel, so dass die Zusammenarbeit mit den beiden mächtigen Nachbarstaaten eine interessante Alternative bot. Des Weiteren stellte die Shanghai Gruppe eine Form der Zusammenarbeit dar, in der Russland sich den Führungsanspruch mit einer zweiten Großmacht teilen musste, was einen gewissen Schutz der zentralasiatischen Staaten vor allzu intensiver russischer Einflussnahme

³⁹⁴ Zitiert nach: Putin on the role of Shanghai Cooperation Organization, Beijing, January 15, 2004, in: “News from Russia”, Issue No.2, January 16, 2004, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2004/nf02.html#s3>

³⁹⁵ Die Uiguren in der westchinesischen Provinz Xinjiang und das russische Problem mit seiner abtrünnigen Provinz Tschetschenien.

³⁹⁶ Blank, Stephen: The Shanghai Cooperation Organization and its future, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 22.5.2002, http://www.cacianalyst.org/2002-05-22/20020522_SHANGHAI_AWOL.htm

³⁹⁷ Cutler, Robert: Redrawing the architecture of Central Asian security, 2002, a.a.O.

versprach. Zwar muss den zentralasiatischen Staaten der Charakter der Shanghai Fünf als einer quasi anti-amerikanischen Formation widerstrebt haben. Auf substantielle Unterstützung durch Amerika als Alternative zum Bündnis mit Russland und China konnten sie jedoch nicht hoffen, da in den 90er Jahren die Präsenz in der Region kein elementares amerikanisches Anliegen darstellte.³⁹⁸

Die Transformation der informellen Gruppierung in die SCO im Juni 2001 verstärkte die anti-amerikanische Tendenz, da sie nun als formale regionale Organisation das Potential hatte, ein Gegengewicht zum wachsenden ökonomischen und politischen Einfluss der USA darzustellen.³⁹⁹

Usbekistan war zunächst nicht in das Shanghai Forum integriert, da es keine gemeinsame Grenze mit China besaß und zudem im Verlauf der 90er Jahre versuchte, seine Kooperation mit Moskau zu limitieren, und statt dessen eine Partnerschaft mit den USA aufzubauen. Mitte 2000 näherte Usbekistan sich jedoch wieder an Russland an, da keine andere Macht bereit war, Truppen zur Bekämpfung der aufständischen Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) bereitzustellen.⁴⁰⁰ Gleichzeitig mit der Transformation der Shanghai Fünf in die SCO trat Usbekistan der neuen Organisation bei.

Die anderen zentralasiatischen Staaten äußerten Skepsis gegenüber einer Teilnahme Usbekistans, da sie befürchteten, dass Usbekistan eine fruchtbare Zusammenarbeit beeinträchtigen könnte. Zurückzuführen ist dieses Unbehagen auf die im Allgemeinen zurückhaltende Haltung Usbekistans gegenüber Integrationsinitiativen, sowie auf konkrete Vorfälle, wie das Verminen von Grenzzonen oder das periodische Abschneiden von Gaslieferungen seitens Taschkents. Von tadschikischer Seite war zu vernehmen: "None of us is apt to welcome the Uzbek imperialists, interested in nothing but their own status and ambitions."⁴⁰¹ Auch Russland bereitete das inkonsistente Verhalten Usbekistans „Kopfschmerzen“. Im Zusammenhang mit Usbekistans Beitritt zur SCO stellte Präsident Karimow in einem Fernseh-Kommentar klar, dass er keine Befehle von Moskau entgegennehmen würde und drückte seine Besorgnis aus, Moskau könne die SCO manipulieren und eine Kampagne gegen die strategischen Initiativen⁴⁰² der USA starten.⁴⁰³

³⁹⁸ Vgl. Kapitel 2.3.3.

³⁹⁹ Blagov, Sergei: SCO continues to search for operational framework, in: Eurasia Insight, 11.6.2002, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav061102a.shtml>

⁴⁰⁰ Cutler, Robert: Redrawing the architecture of Central Asian security, 2002, a.a.O.

⁴⁰¹ So zitierte eine nicht weiter spezifizierte russische diplomatische Quelle eine Verlautbarung von offizieller tadschikischer Seite. Zitiert nach: Russia has misgivings about Shanghai Cooperation Organization, Eurasia Insight, 20.6.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav062001.shtml>

⁴⁰² So wie die NATO-Erweiterung oder ein Raketenabwehr-Schild.

Seit dem 11.9.2001 und dem Aufbau seiner strategischen Partnerschaft mit den USA befindet Usbekistan sich noch viel mehr in einem Balanceakt, seine Bündnispräferenzen auszutarieren.

Der 11.9.2001 hatte die Neuordnung des globalen Sicherheitsgefüges zur Folge. Die USA erhielten plötzlich ein ausgeprägtes geopolitisches Profil in der zentralasiatischen Region und die SCO musste sich in diesem Zusammenhang der kritischen Frage nach ihrer Wirksamkeit und Relevanz stellen.

Dass es den USA gelang, sich als Sicherheitsgarant in der Region zu etablieren, demonstrierte die praktische Ohnmacht der Organisation. Einzige gemeinsame Reaktion auf die Terroranschläge in Amerika war eine relativ allgemein gehaltene Erklärung der Premierminister, die am 14.9.2001 zu einem regulären Treffen zusammengekommen waren. Die Anschläge wurden verurteilt und konkrete Schritte angekündigt, die jedoch nicht näher spezifiziert wurden.⁴⁰⁴ Trotz ihres eindeutigen Mandats zur Terrorismusbekämpfung habe die Organisation es nicht geschafft, geschlossen auf die neue Situation zu reagieren, so Blank. Die einzelnen Mitgliedstaaten hätten es vorgezogen, ihre individuellen Beziehungen zu Amerika aufzubessern, statt das kollektive Profil zu stärken.⁴⁰⁵ Jedoch muss angemerkt werden, dass die SCO als Organisation zum Zeitpunkt der Attentate noch jung war, nur drei Monate zuvor die ersten Schritte zur Institutionalisierung ihrer Zusammenarbeit eingeleitet hatte, und von daher noch kein gefestigtes Profil oder Erfahrung im gemeinsamen Antiterrorkampf besaß.

Die militärische Präsenz der USA in Zentralasien führte zu einer verstärkten Artikulation antiamerikanischer Sentiments innerhalb der SCO. Parallel dazu fand ein zunehmendes Engagement in Richtung potentieller asiatischer Partnerstaaten statt, mit dem Wunsch, einen „asiatischen Block“ zu etablieren.

Die ausgeprägteste antiamerikanische Haltung vertritt China, das in der US-Präsenz ein Hindernis für seine strategische Zielsetzung – Sicherung seines ökonomischen Einflusses in Zentralasien – sieht.⁴⁰⁶

Auch Russland fühlt sich bedrängt durch die amerikanische Präsenz in seiner ehemals exklusiven Einflussphäre und versucht dem aktiv entgegenzuwirken, indem es die Rolle und

⁴⁰³ Fernsehübertragung am 16.6.2001 im usbekischen Fernsehen, zitiert nach: Russia has misgivings about Shanghai Cooperation Organization, 2001, a.a.O.

⁴⁰⁴ Vgl. Wacker, Gudrun: Gipfeltreffen der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“, 2002, a.a.O., S. 1

⁴⁰⁵ Blank, Stephen: The Shanghai Cooperation Organization and its future, 2002, a.a.O.

⁴⁰⁶ Vgl. Kapitel 2.3.2.

das Gewicht der SCO stärken will.⁴⁰⁷ Ein Zeugnis dessen ist die verstärkte Institutionalisierung und Profilierung der SCO, insbesondere durch das Antiterrorismus Zentrum, das der SCO eine konkrete Handlungsmöglichkeit in Sachen Terrorismusbekämpfung verschafft.

Des Weiteren zeigt Präsident Putin seit Ende 2002 eine energische Aktivität, die SCO als eine „open organisation“ zu propagieren und betonte: „(the SCO’s) role is growing, notably in forging multilateral regional ties and in the war on terror“⁴⁰⁸. Putin treibt die ambitionierte Vision an, die SCO in eine pan-asiatische Körperschaft umzuformen, um so ein relevantes Gegengewicht zum amerikanischen Einfluss aufzubauen und eine signifikante Rolle in einer „multipolaren Welt“ einzunehmen.⁴⁰⁹ Erweiterungserwägungen beziehen sich auf den Iran, die Mongolei, Indien und Pakistan.

Allerdings wäre es einseitig, nur die antiamerikanische Tendenz innerhalb der SCO herauszustellen, denn andererseits finden zwangsläufig Gespräche und Kooperationsansätze mit Amerika statt, schließlich verfolgt man das selbe Ziel: die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Stabilisierung Afghanistans. In diesem Zusammenhang schlug der russische Außenminister Ivanow vor, dass die SCO-Mitgliedsländer mit den USA kooperieren sollten.⁴¹⁰ Bereits ein Jahr zuvor, am Vorabend des Shanghaier Gipfeltreffens, hatten sich die Präsidenten Bush und Putin getroffen und seitdem entwickelte Russland sich zum wichtigen Gesprächs- und Bündnispartner Amerikas innerhalb Asiens.⁴¹¹

Auch der multilaterale Dialog mit den USA wurde intensiviert. Dazu Bush und Putin in einer gemeinsamen Erklärung: “Recognizing the importance of multilateral counterterrorism efforts... we encourage the further development of regional counterterrorism initiatives, including within the framework of the Shanghai Cooperation Organization and its cooperation with the United States, that improve information-sharing, law enforcement cooperation, and border security.”⁴¹²

Der partnerschaftliche Ansatz kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Moskau und Peking sich zwar mit der amerikanischen Präsenz in Zentralasien während der Phase konkreter militärischer Operationen abgefunden haben, der Perspektive auf eine langfristige

⁴⁰⁷ Vgl. Kapitel 2.3.1.

⁴⁰⁸ So Putin am 2.12.2002, laut Presseservice der Regierung. Zitiert nach: Blagov, Sergei: Russia seeking to strengthen regional organizations to counterbalance western influence, in: Eurasia Insight, February 25, 2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav120402a.shtml>.a.O.

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ Blagov, Sergei: SCO continues to search for operational framework, 2002, a.a.O.

⁴¹¹ Cutler, Robert M.: Did Putin Shanghai Bush? In: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 4.7.2001, http://www.cacianalyst.org/July_4_2001/July_4_2001_DID_PUTIN_SHANGHAI_BUSH.htm

⁴¹² Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on Counterterrorism Cooperation, May 24, 2002, U.S. Embassy in Moscow, http://moscow.usembassy.gov/bilateral/print_joint_statement.php?record_id=21

Stationierung amerikanischer Truppen in der Region jedoch wenig Enthusiasmus entgegenbringen. Eine weitere Trübung der Beziehungen zu den USA fand aufgrund der gegensätzlichen Einschätzung der Irakproblematik statt. In einem Kommuniqué der SCO Außenminister vom 23.11.2002 heißt es dazu: “The Ministers expressed hope that UN Security Council Resolution 1441 on Iraq and the resumption of the work of international inspectors in Iraq will allow for solving the Iraq problem by peaceful means, with the observance of all international norms.”⁴¹³ Nach dem Außenministertreffen spitzte Ivanow die amerikakritische Rhetorik zu, als er sich gegenüber Reportern äußerte, dass „simply settling the problem of Iraq“ die Welt nicht vom Problem des Terrorismus befreien werde.⁴¹⁴

Die SCO hat mit ihren Maßnahmen zur institutionellen Festigung, insbesondere mit der Gründung des Antiterrorismus Zentrums wichtige Schritte eingeleitet, um den zahlreichen gemeinsamen Erklärungen und Deklarationen nun auch Taten folgen zu lassen. Die bisherigen Errungenschaften werden dabei nicht nur von den involvierten Entscheidungsträgern, sondern auch seitens politischer Beobachter zum Großteil positiv bewertet. Cutler stellt beispielsweise fest: “Whatever weaknesses the SCO has shown so far during its short existence, it is alive and well and developing at an accelerating rate. That is more than can be said of, for example, GUUAM.”⁴¹⁵ Gegenteilige Meinung äußert der usbekische Analyst Abdurazakov: “I don't believe in the prosperity of cooperation [within the SCO] and I don't know to what extent Uzbekistan will benefit from it concretely... To present, there has been no benefit. This organization cannot solve the problem of terrorism. In a sense, I think the main point here is to keep China's influence in Central Asia.”⁴¹⁶

Unterschieden werden muss an dieser Stelle wohl zwischen den institutionellen Errungenschaften, die nachweislich erfolgt sind, und den konkreten Erfolgen bezüglich der gemeinsam formulierten Ziele. In Bezug auf letzteren Punkt muss Abdurazakov zugestimmt werden: Das Problem des Terrorismus zu lösen ist der SCO bisher nicht gelungen, die einzig nachweisbaren Erfolge hat die USA mit ihrer Antiterrorkoalition erzielt, der es zumindest kurzfristig gelungen ist, das Terrornetzwerk von al Qaida zu zerschlagen. Dennoch erscheint

⁴¹³ Joint Communiqué on outcome of meeting of the foreign ministers council of the Shanghai Cooperation Organization, Moscow, November 23, 2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,

<http://www.ln.mid.ru/Bl.nsf/arh/4295631AAB51FC0343256C7C00357033?OpenDocument>

⁴¹⁴ Zitiert nach: Blagov, Sergei: Russia seeking to strengthen regional organizations, 2003, a.a.O.

⁴¹⁵ Cutler, Robert M.: The Shanghai Organization moves into first gear, in: Central Asia – Caucasus Analyst, March, 24, 2004, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=2226

⁴¹⁶ Zitiert nach: Blua, Antoine: Central Asia: Shanghai Group Opens Secretariat In Beijing Tomorrow, in: RFE/RL, 14 January 2004, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2004/01/54da009d-d0ae-48db-b68e-598c0474b23e.html>

es fast unmöglich, einen objektiven Maßstab für Erfolg oder Misserfolg von Terrorismusbekämpfung zu finden, und die *Lösung* des Problem kann auch die USA nicht für sich beanspruchen.

3.2.2.2. Economic Cooperation Organisation (ECO)

Die Economic Cooperation Organisation (ECO)⁴¹⁷ existiert in ihrer heutigen Komposition seit 1992 und ist, neben der GUS, die einzige Organisation, in der alle fünf zentralasiatischen Staaten Mitglieder sind. Zusätzlich umfasst die ECO folgende Länder: Afghanistan, Aserbaidschan, Iran, Pakistan und die Türkei.

Die ECO wurde 1985 als trilaterale Organisation von Iran, Pakistan und der Türkei gegründet, um die multidimensionale regionale Kooperation voranzutreiben und nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung in den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Die Ziele waren identisch mit denen der Regional Cooperation for Development (RCD), ihrer Vorgängerorganisation, die von 1964 bis 1979 existiert hatte. 1985 wurde sie restrukturiert und unter dem neuen Namen ECO wiederbelebt. Als rechtlicher Rahmen gilt der Vertrag von Izmir, der 1977 unterzeichnet und 1990 als grundlegende Charta modifiziert wurde.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ersuchten die fünf neuen unabhängigen zentralasiatischen Staaten plus Aserbaidschan und Afghanistan, „in their bid to open up to the outside world and as a manifestation of their urge to revive their historic affinities with the peoples of Iran, Pakistan and Turkey“, um die Mitgliedschaft in der Organisation. Mit ihrer formalen Aufnahme zum Vertrag von Izmir umfasste die ECO seit dem 28.11.1992 nunmehr zehn Staaten. Mit einer Gesamtbevölkerung von heute über 350 Millionen Menschen, war aus einer ökonomisch relativ unbedeutenden Regionalstruktur, einer der größten wirtschaftlichen Zusammenschlüsse entstanden. In seiner Eröffnungsrede zum ersten ECO Gipfeltreffen in Teheran am 16.2.1992 entwarf der iranische Präsident Rafsanjani die Vision einer ökonomischen und politischen Allianz in Südwestasien, die sich zu einer Weltmacht entwickeln könne. Als Einschränkung wurde jedoch betont, dass nicht an eine militärische Zusammenarbeit gedacht sei.⁴¹⁸

⁴¹⁷ Alle nicht näher belegten Informationen in Kapitel 3.2.2.2. entstammen der offiziellen ECO-Internetseite: <http://www.ecosecretariat.org/>

⁴¹⁸ Krech, Hans: Die Bildung regionaler Märkte in Mittelasien, in: Jahrbuch Dritte Welt 1993: Daten, Übersichten, Analysen, München 1992, S. 226-234, S. 229

Neben dem Aufbau von gemeinsamen Institutionen, spielte die Einführung eines Systems von Vorzugs-Zöllen in der Anfangsphase der Entwicklung von ECO eine große Rolle. Beide Strategien zeitigten jedoch kaum reale Erfolge, da die Mitgliedstaaten sich in endlosen Diskussionen über Funktion und Lokalisation der Institutionen verloren, und in Bezug auf Vorzugs-Tarife zu keinerlei bedeutenden Zugeständnissen bereit waren.⁴¹⁹

ECO umfasst folgende Körperschaften: den einmal jährlich tagenden Ministerrat als höchstes Beschlussfassungs-Organ, der sich aus den Außenministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt; den Rat der ständigen Vertreter; den Rat der Regionalplanung; das ständige ECO Sekretariat in Teheran, mit den Aufgaben der Initiierung, Koordination, Überwachung und Implementierung der ECO-Aktivitäten. Des Weiteren haben die ECO-Mitglieder eine Reihe von regionalen Institutionen und spezialisierten Behörden geschaffen. Ihre Arbeit bereits seit unterschiedlicher Zeit aufgenommen haben: Shipping Company, Chamber of Commerce and Industry, College of Insurance, Consultancy & Engineering Company, Cultural Institute. Außerdem existieren Abkommen für die folgenden regionalen Institutionen und spezialisierten Behörden, die jedoch noch nicht implementiert wurden: Trade and Development Bank, Reinsurance Company, Science Foundation, Educational Institute.

Des Weiteren finden in unregelmäßigen Abständen Gipfeltreffen der Mitgliedstaaten auf höchster Staats- und Regierungsebene statt. Die Funktion dessen beschreibt die Organisation wie folgt: "ECO Summit is a forum which provides requisite political support of the member states at the highest level to the goals and objectives of the Organization to undertake activities for the welfare and wellbeing of the 350 millions people of the region." Seit dem ersten Gipfeltreffen in Teheran fanden bis zum Jahr 2002 sieben weitere Gipfel statt, die auf ökonomische Belange und Integrationsprojekte zwischen den Mitgliedstaaten fokussiert waren.

Die multidimensionale regionale Kooperation mit dem Ziel des wirtschaftlichen Wachstums und der erfolgreichen Integration in die Weltwirtschaft konzentriert sich auf folgende Bereiche: Handel, Investitionen, Transport, Kommunikation, Energie, mineralische Rohstoffe, Umwelt, Landwirtschaft, Industrie und Drogenkontrolle. In der Erklärung des siebten Gipfels

⁴¹⁹ Pomfret, Richard: The Economic Cooperation Organization: Current Status and Future Prospects, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 4, 1997, S. 657-667, S. 657ff

in Istanbul am 14.10.2002 wurde des Weiteren die Unterstützung Afghanistans beim Wiederaufbau des Landes und Wiederherstellung von Frieden und Stabilität deklariert.⁴²⁰

Am 17.7.2003 unterzeichneten die Handelsminister auf ihrem zweiten ministeriellen Treffen in Islamabad ein Handelsabkommen (ECO Trade Agreement, ECOTA). Als Ziele nennt es: “to foster, support, and boost regional trade based on common principles, and to reinforce economic cooperation among ECO Member States through the elimination of non-tariff barriers, reduction of tariffs, and exchange of concessions.”⁴²¹

Der Generalsekretär der ECO äußerte zu diesem Schritt: “It is my firm belief that ECOTA will open up a new window of opportunity and will usher in an era of enhanced trade among the ECO Member States. Signing of ECOTA may be considered by some to be a modest beginning, but it will undoubtedly prove to be the fore runner of a glorious phase in intra-regional trade cooperation.”⁴²² Allerdings unterzeichneten nur fünf ECO-Mitgliedstaaten das Dokument; Tadschikistan als einziges zentralasiatisches Land.

Als allgemeine Ziele nennt die Organisation:

- Sustainable economic development of Member States; Progressive removal of trade barriers and promotion of intra-regional trade; Greater role of ECO region in the growth of world trade; Gradual integration of the economies of the Member States with the world economy;
- Development of transport & communications infrastructure linking the Member States with each other and with the outside world;
- Economic liberalization and privatization;
- Mobilization and utilization of ECO region's material resources;
- Effective utilization of the agricultural and industrial potentials of ECO region;
- Regional cooperation for drug abuse control, ecological and environmental protection and strengthening of historical and cultural ties among the peoples of the ECO region; and Mutually beneficial cooperation with regional and international organizations.

⁴²⁰ Istanbul Declaration 2002, Economic Cooperation Organization Secretariat (Tehran), Istanbul/Turkey, October 14, 2002, http://www.ecosecretariat.org/ftproot/High_Level_Meetings/Summits/7th_summit/Istanbul_declaration_2002.htm

⁴²¹ ECO Trade Agreement (ECOTA), Islamabad, July 17th, 2003, <http://www.ecosecretariat.org>

⁴²² Arastou, Seyed Mojtaba: Secretary General's Message for ECO Bulletin, in: ECO Bulletin - July 2003, Vol. 35, <http://www.ecosecretariat.org>

Die veränderte weltpolitische und regionale Lage seit dem 11.9.2001 erforderte auch von ECO, eine erweiterte Perspektive in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Es ist jedoch auffällig, dass ECO in diesem Kontext ihre ökonomische Fokussierung beibehielt und sich nicht der allgegenwärtigen Selbstverpflichtung zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus anschloss. Zwar beschäftigte sich der siebte ECO Gipfel am 14.10.2002 in Istanbul schwerpunktmäßig mit der Afghanistanproblematik, betrachtete diese jedoch aus wirtschaftspolitischer Perspektive, indem deren Beilegung als Voraussetzung für die zukünftige regionale Wirtschaftskooperation angesehen wurde: „... The prospects of regional cooperation within the framework of the Organization to large extent depends on the successful process of the economic recovery of Afghanistan”.⁴²³ Auch von afghanischer Seite – Afghanistan ist seit 1992 ECO Mitglied, hat aber bis dato keine aktive Rolle innerhalb der Organisation gespielt – wurde hervorgehoben, dass ECO eine wichtige Aufgabe beim Wiederaufbau und der Rehabilitation des Landes zufallen würde. Dazu Hamid Karzai, Präsident der afghanischen Übergangsregierung: “Afghanistan is open to business, and would like to see a higher degree of assistance from our partners in the ECO in the priority areas of transportation, communications, energy, petroleum and gas, and power generation... The consolidation of peace and stability depends on regional cooperation”.⁴²⁴

Während des Gipfeltreffens diskutierten die Teilnehmer einen Aktionsplan für Afghanistan. Es soll ein spezieller Fond, dessen finanzielle Modalitäten noch zu klären sind, eingerichtet werden, um die frühestmögliche Implementierung von Wiederaufbauprojekten in den Bereichen Transport, Handel, Landwirtschaft, Erziehung, Gesundheitswesen und Telekommunikation zu erreichen. Der Generalsekretär der ECO lud die internationale Gemeinschaft dazu ein, gemeinschaftlich an einem Wiederaufbauprogramm Afghanistans zu arbeiten und betonte: „I am proud to say that ECO’s program of work has been the microcosm of what international organizations are now planning or intending to carry out at a much larger scale to revitalize Afghanistan’s infrastructure and economy.”⁴²⁵

Zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit stellte ECO für die zentralasiatischen Staaten neben der GUS die einzige Möglichkeit zur überregionalen Zusammenarbeit dar. Für Zentralasien erschien dies als gute Alternative zur alten Ausrichtung der Handelsbeziehungen

⁴²³ H.E. Mr. Kassymzhomart Tokaev, Minister of Foreign Affairs of the Republic of Kazakhstan, in: ECO News Bulletin - November 2002, Vol. 32, <http://www.ecosecretariat.org>

⁴²⁴ H.E. Mr. Hamid Karzai, President of the Islamic Transitional State of Afghanistan, in: ECO News Bulletin - November 2002, Vol. 32, <http://www.ecosecretariat.org>

⁴²⁵ H.E. Dr. Abdolrahim Gavahi, ECO Secretary General on “ECO’s role in Rehabilitation of Afghanistan” At The Institute for Political and International Studies Tehran, On January 6, 2002, in: ECO News Bulletin - March 2002, Vol. 29, <http://www.ecosecretariat.org>

auf den Norden, d.h. ökonomischen Abhängigkeit von Russland.⁴²⁶ Darüber hinaus schuf ECO einen wirtschaftlichen Interessenverbund mit einer Gesamtbevölkerung von damals rund 300 Millionen Menschen, der den Einzelstaaten einen attraktiven regionalen Markt bot, um quasi außer Konkurrenz gegenüber den Industriestaaten die nationalen Ökonomien voranzubringen.⁴²⁷ Insbesondere die geographisch-strategischen Vorteile müssen hervorgehoben werden, die sich den, von jeglichem Meereszugang abgeschnittenen zentralasiatischen Staaten durch eine Mitgliedschaft eröffneten. Die Möglichkeit zur Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur stellte den Zugang zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean, und somit das Erschließen neuer Handelsrouten in Aussicht.

Trotz dieser recht vielversprechenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit, ist heute der Grundtenor bezüglich des bisherigen Erfolgs der Organisation auf Seiten der Mitgliedsländer eher verhalten. Hierzu ein exemplarisches Zitat des kasachischen Außenministers: "The previous 10 years of ECO was period of laying the foundation and the next 10 years should be period of enhancing cooperation."⁴²⁸

Das ECO-Sekretariat nimmt eine ambivalente Position ein: „While our track record in some priority areas such as transport and communications, trade and investment, research and publication have been impressive, however, progress, in other equally vital sectors e.g. energy, environment, agriculture, health and industry is far from satisfactory.“⁴²⁹

Aus akademischer Perspektive möchte ich zunächst aus dem einfachen Grund, dass die Organisation in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Kooperationsstrukturen in Zentralasien der letzten Jahre, insbesondere seit dem 11.9.2001 nur noch marginal oder überhaupt nicht erwähnt wird, eine relative Bedeutungslosigkeit konstatieren. Die geringe Aufmerksamkeit, die ECO von westlichen Experten zukommt, bemängelte bereits 1997 Sadri. Nichtsdestotrotz bezeichnete er die Organisation als „the most pronounced example of integration“⁴³⁰ in Zentralasien.

In meinen Augen hat ECO heute nicht das Potential zu einer umfassenden regionalen Integration, und beansprucht dieses auch gar nicht für sich. Im Vergleich mit überregionalen

⁴²⁶ Halbach, Uwe: Integrationsbemühungen in Zentralasien, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 21/1994, 14.4.1994, S. 3

⁴²⁷ Krech, Hans: Die Bildung regionaler Märkte in Mittelasien, 1992, a.a.O., S. 234

⁴²⁸ H.E. Kassymzhomart Tokayev, Foreign Minister of The Republic of Kazakhstan, in: ECO News Bulletin - November 2002, Vol. 32, <http://www.ecosecretariat.org>

⁴²⁹ ECO News Bulletin, Special Issue - December 2001, Vol. 28, <http://www.ecosecretariat.org>

⁴³⁰ Sadri, Houman A.: Integration in Central Asia: from theory to policy, in: Central Asian Survey, 16(4), 1997, S. 573-586, S. 577

Organisationen wie GUS, SCO und GUUAM ist ihr Handlungsspektrum begrenzt. Während die drei genannten Organisationen verstärkt versuchen, sich den neuen Herausforderungen im veränderten Sicherheitsgefüge zu stellen und ihre Agenden entsprechend angepasst haben, hat sich das Wirkungsfeld von ECO mit seinem eindeutigen Fokus auf Handel und Infrastruktur, seit ihrer Gründung nicht wesentlich verändert. Handlungsfelder wie der „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ und „Schaffung regionaler Stabilität“, die GUS, SCO und GUUAM in ihre Zielsetzungen integriert haben, tauchen bei ECO nicht auf. Somit kann ECO nicht adäquat auf die aktuellen, komplexen Anforderungen reagieren, mit denen eine Organisation konfrontiert ist, die umfassend zur regionalen Integration beitragen will, und verliert in diesem Kontext an Bedeutung.

Dennoch hat ECO das Potential, in ihrem Wirkungsrahmen einen wichtigen Beitrag für die Stabilisierung der nationalen Ökonomien und für den Ausbau der kooperativen Strukturen zwischen den Staaten zu leisten. Zwei bereits erwähnte Bereiche der Zusammenarbeit sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Erstens, die Entwicklung der gemeinsamen Infrastruktur; also ein zusammenhängendes Schienen- und Straßennetz, Pipelines und Telekommunikationsstrukturen. Zweitens, die Ausweitung des Handels untereinander, wofür der Ausbau der gemeinsamen Infrastruktur eine wichtige Voraussetzung ist.

Hinsichtlich der gemeinsamen Infrastruktur muss ECO gegen die Mängel aus dem Erbe der Sowjetzeit ankämpfen. Die Strassen und Schienenverbindungen, sowie Pipelines Zentralasiens führten ausschließlich gen Norden, d.h. nach Russland und durch den Kaukasus, es bestand keine Verbindung nach Süden. Neben dem Problem der fehlenden Verbindungen, sind zusätzlich viele der existierenden Verbindungen in schlechtem Zustand, Investitionen in deren Ausbau und Instandhaltung wären dringend erforderlich, wenn nicht auch das alte sowjetische Transportsystem kollabieren soll.⁴³¹

Teilerfolge wurden bereits erreicht, beispielsweise wurde 1996 durch ECO-Unterstützung eine Eisenbahnverbindung zwischen Tejen in Turkmenistan und Meshed im Nord-Iran eröffnet - die erste Verbindung des ehemaligen sowjetischen Eisenbahnnetzes nach Süden, das über Meshed bis zum Persischen Golf führt.⁴³² Betrachtet man allerdings die Gesamtentwicklung des Eisenbahnausbaus im ECO-Gebiet, ist die Bilanz ernüchternd. Zwischen 1994 und 1998 hat sich das Schienennetz in der ECO-Region von 48.496 km auf

⁴³¹ Partridge, Ben: Central Asia: Lack Of Transport Links Hamper Trade, Radio Free Europe/ Radio Liberty, 11.1.2000, London, <http://www.rferl.org/nca/features/2000/01/F.RU.000111133611.html>

⁴³² Pomfret, Richard: The Economic Cooperation Organization, 1997, a.a.O., S. 664

52.882 km ausgeweitet, wovon allerdings rund 4.000 km allein auf den Iran zurückfielen, die zentralasiatischen Staaten waren marginal an der Ausweitung beteiligt.⁴³³

Der Handel untereinander ist einer der kritischen Punkte, der sowohl seitens der involvierten Politiker, als auch aus wissenschaftlicher Sicht als großes Defizit und Herausforderung angesehen wird: „The low level of intra-regional trade inspite of vast potential of the region directs us to spend more efforts to promote trade among member states.“⁴³⁴ Der intraregionale Handel stagniert; lag er 1997 bei 5,3% des Gesamthandelsvolumen, verringerte er sich sogar minimal und machte im Jahr 2000 5,2% aus.⁴³⁵ Vielleicht wird der Abschluss des gemeinsamen Handelsabkommens vom Juli 2003 zu einer Belebung der Interaktion in diesem Bereich führen. Die Tatsache jedoch, dass fünf Mitgliedstaaten – Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan – das Abkommen nicht unterzeichneten, spricht nicht für dessen Erfolgsaussichten; von der weiterführenden Hoffnung auf eine Freihandelszone einmal ganz abgesehen.

ECO kämpft mit den gleichen Problemen, mit denen alle Regionalorganisationen konfrontiert sind: dem Gegensatz zwischen unzähligen Vereinbarungen, die auf dem Papier getroffen wurden, und der realen Entwicklung.

Hinzu kommen die Schwierigkeiten einer Regionalorganisation, die eine heterogene Mitgliederstruktur aufweist. Zwischen den zwei mächtigsten Staaten – Iran und Türkei – findet seit Jahren ein Kompetenzgerangel um Einflussnahme innerhalb der Organisation und um die Frage, welche Richtung eingeschlagen werden soll, statt.⁴³⁶ Einzelne Mitgliedsländer - Usbekistan und Afghanistan - haben es unterlassen, wichtige Transit-Vereinbarungen zu unterzeichnen, die den intra-regionalen Handel stimulieren könnten.⁴³⁷ Die Region erweist sich insgesamt als äußerst heterogen, die Mitgliedstaaten verfolgen unterschiedliche Interessen und Standpunkte bezüglich ihrer ökonomischen Entwicklung, geo-politischen Situation, etc.⁴³⁸ Rivalitäten um Einflussphären, Wettbewerb um die Ressourcen des Kaspischen Meeres, schwer zu vereinbarende Mitgliedschaften einzelner Staaten in mehreren

⁴³³ Statistische Angaben stammen von der offiziellen ECO-Homepage, <http://www.ecosecretariat.org>, Statistics, Total length of railways.

⁴³⁴ H.E. Mr. Ahmet Necdet Sezer, President of the Republic of Turkey, in: ECO News Bulletin - November 2002, Vol. 32, <http://www.ecosecretariat.org>

⁴³⁵ Statistics, ECO Trade, http://www.ecosecretariat.org/Statistics/Stat_99_25.htm

⁴³⁶ De Cordier, Bruno: The Economic Cooperation Organization: towards a new silk road on the ruins of Cold War?, in: Central Asian Survey, 15(1), 1996, S. 47-57, S. 53f

⁴³⁷ Partridge, Ben: Central Asia: Economist Says ASEAN Bloc A 'Good Model', Radio Free Europe/ Radio Liberty, London, 7.1.2000, <http://www.rferl.org/nca/features/2000/01/F.RU.000107151729.html>

⁴³⁸ H.E. Kassymzhomart Tokayev, Foreign Minister of The Republic of Kazakhstan, ECO News Bulletin - November 2002, Vol. 32, <http://www.ecosecretariat.org>

Organisationen, Uneinigkeit über die amerikanische Präsenz in der Region, etc. prägen die ECO-internen Dynamiken.⁴³⁹

3.2.2.3. Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)

Die “Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia” (CICA) umfaßt 16 Mitgliedstaaten: Afghanistan, Aserbaidshan, Ägypten, China, Indien, Israel, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Mongolei, Pakistan, Palästina, Russland, Tadschikistan, Türkei und Usbekistan. CICA betont ihre Offenheit für den Beitritt weiterer asiatischer Staaten. Sie umfasst rund 90% des asiatischen Territoriums und 3 Milliarden Menschen, also ungefähr die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Die politisch und ökonomisch äußerst heterogenen CICA-Staaten verfügen zusammen über rund 40% der weltweiten Erdölvorkommen. Die Entstehungsgeschichte geht zurück auf die 47. Sitzung der UN-Generalversammlung 1992, auf der Kasachstans Präsident Nasarbaev zum ersten Mal die Einrichtung eines solchen zwischenstaatlichen Forums vorschlug.

Die Idee zur Errichtung pan-asiatischer Sicherheits- und Kooperationsstrukturen basiert auf dem Prinzip der präventiven Diplomatie⁴⁴⁰ und soll in Anlehnung an die Erfahrungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stattfinden. Nasarbaev betonte in seiner Rede, dass es nicht notwendig sei, sofort vereinigende asiatische Strukturen zu schaffen, sondern dass sich kontinentale Strukturen in einer stufenweisen Annäherung herausbilden sollten, um so die Heterogenität Schritt für Schritt abzubauen. „For example, it could go from bilateral relations through regional and continental structures and coalitions in particular types of cooperation, through the elaboration of confidence-building measures and

⁴³⁹ Gomaa, Alaa: The ECO and Prospects for Economic Cooperation in Asia, *Al Siyassa – Al Dawliya*, The international politics journal, Issue 151, January 2003, <http://www.siyassa.org.eg/esiyassa/AHRAM/2003/1/1/ECON2.HTM>

⁴⁴⁰ In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung definiert Nasarbaev das Konzept der präventiven Diplomatie folgendermaßen: „In this connection I regard preventive diplomacy as a system of political and socio-economic measures designed to prevent hotbeds of potential by the conditions which are needed for maintaining social and political stability and are visible on the surface and by those problems the detection of whose very existence requires prognosticatory analysis in depth.”

Address by H.E. Mr. Nursultan Nazarbaev, President of the Republic of Kazakhstan, General Assembly Forty-Seventh Session, Provisional Verbatim 24th meeting, U.N. Headquarters, New York, 5 October 1992, http://www.mfa.kz/english/st_051092.htm

collective security, as well as humanitarian, economic and cultural interaction, to common continental bodies for cooperation on a broad spectrum of problems”⁴⁴¹

Infolge von Nasarbaevs Initiative wurde ein Prozess in Gang gesetzt, während dessen intensive Konsultationen und Verhandlungen zwischen den Außenministerien interessierter asiatischer Staaten stattfanden. Es wurde eine spezielle Arbeitsgruppe und eine permanente Arbeitsgruppe eingerichtet; außerdem wurde der Prozess durch internationale wissenschaftliche Beteiligung unterstützt. Der erste Meilenstein wurde am 14.9.1999 erreicht, als sich erstmals die Außenminister von 15 asiatischen Staaten trafen und die „Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States” in Almaty unterzeichneten. Folgende Prinzipien sollen demzufolge die Beziehungen zwischen den CICA Staaten bestimmen:

- I. Sovereign equality, respect for the rights inherent in sovereignty.
- II. Refraining from the threat or use of force.
- III. Territorial integrity of the member-state.
- IV. Peaceful settlement of disputes.
- V. Non-interference in internal affairs.
- VI. Disarmament and Arms Control.
- VII. Economic, social and cultural cooperation.
- VIII. Human rights and fundamental freedoms.”⁴⁴²

Mit der gemeinsamen Erklärung wurde erstmals die rechtliche Grundlage für die Schaffung eines asiatischen Sicherheitssystems gelegt, um mit konkreten Aktivitäten, Maßnahmen und Mechanismen zur Stabilisierung der Region beizutragen. In diesem Sinne kompilierte das Dokument die europäischen Erfahrungen in den Bereichen Sicherheit, Abrüstung, vertrauensbildende Maßnahmen, humanitäre und wirtschaftliche Kooperation. Andererseits wurde jedoch auch versucht, auf die speziellen asiatischen Hintergründe, Besonderheiten und Herausforderungen einzugehen. Die Außenminister verabschiedeten außerdem eine Resolution über die weitere Entwicklung des CICA-Prozesses und eine Erklärung, die die terroristischen Aktionen in Kirgisistan verurteilte.

⁴⁴¹ Ebd.

⁴⁴² Conference on Interaction and Confidence building measures in Asia, Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States, Signed on the meeting of CICA ministers for foreign affairs on September 14, 1999 in Almaty, http://www.mfa.kz/english/cica_declaration.htm

Der grundsteinlegende CICA-Gipfel fand vom 3.-5. Juni 2002 in Almaty statt. Teilnehmer waren die 16 Staats- und Regierungschefs, sowie Repräsentanten der Staaten und Organisationen mit Beobachterstatus⁴⁴³. Während des Treffens wurde als Grundlage für alle weitere Zusammenarbeit der „Almaty Act“ verabschiedet. Auf Basis der UN-Charta und der „Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States“ verkündeten die CICA-Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit, “to form in Asia a common and indivisible area of security, where all states peacefully co-exist, and their peoples live in conditions of peace, freedom and prosperity, and confident that peace, security and development complement, sustain and reinforce each other”⁴⁴⁴. Als primäres Ziel formulierte die Charta: „to enhance co-operation through elaborating multilateral approaches towards promoting peace, security and stability in Asia”⁴⁴⁵. Um dieses Ziel zu erreichen, vereinbarten die Mitgliedstaaten, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um CICA in ein Forum für Dialog, Konsultationen und gemeinsame Maßnahmen auf Konsensbasis für Sicherheitsfragen in Asien, zu entwickeln. Neben Sicherheitsbelangen geht der „Almaty Act“ auch auf ökonomische Kooperation ein, die als wichtiger Faktor zur Förderung von Stabilität und Wohlstand angesehen wird; des Weiteren wird eine mögliche Zusammenarbeit in Umweltfragen angesprochen.

Als Herausforderungen an die regionale und internationale Sicherheit, und somit als Bereiche, die die Kooperation im Rahmen der CICA erfordern, werden benannt: Proliferation von Waffen, insbesondere Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Separatismus, Extremismus, Drogenhandel, Korruption und Waffenschmuggel. Unterstrichen wird die Reziprozität dieser Problemfelder. Zur Stärkung der vertrauensbildenden Maßnahmen soll ein „CICA Catalogue of Confidence Building Measures“ im militärpolitischen, ökonomischen, ökologischen und humanitären Bereich erarbeitet werden, der schrittweise implementiert und regelmäßig an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden soll.

In Fragen des strukturellen und institutionellen Aufbaus von CICA sind an erster Stelle vier hierarchisch geordnete regelmäßige Treffen zu nennen: oberstes Organ ist der alle vier Jahre stattfindende Gipfel der Staats- und Regierungschefs, sowie das Treffen der Außenminister alle zwei Jahre; ein Komitee von „Senior Officials“ steht den speziellen Arbeitsgruppen vor. Der CICA-Prozess wird des Weiteren, soweit notwendig, durch fachspezifische Treffen

⁴⁴³ Australien, USA, Japan, Malaysia, Indonesien, Thailand, Vietnam, Ukraine, Republik Korea, OSZE, UN, Liga der Arabischen Staaten

⁴⁴⁴ Almaty Act, Almaty, June 4, 2002, http://www.mfa.kz/english/cica_almact.htm

⁴⁴⁵ Ebd.

anderer Ministerien und durch wissenschaftliche Expertise unterstützt. Für die Zukunft wird die Einberufung eines Sekretariats anvisiert. Der gesamte CICA-Prozess findet auf stufenweiser und freiwilliger Basis statt.⁴⁴⁶

Die Bedeutung, die die CICA-Staaten dem gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus beimessen, wurde dadurch bekräftigt, dass die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Treffen in Almaty eine „CICA Declaration on Eliminating Terrorism and Promoting Dialogue among Civilizations“ verabschiedeten. Hierin verurteilten die Staaten terroristische Aktivitäten als Verletzung der Menschenrechte, deren Auslöschung das gemeinsame Ziel aller Kulturen und Zivilisationen sei. Sie verpflichteten sich, ihre bilaterale, regionale und internationale Zusammenarbeit zu stärken, um dieser Bedrohung entgegenzuwirken.⁴⁴⁷

Vom 16.-17. Januar 2003 fand ein Treffen der „Senior Officials“ in Almaty statt, um über die Implementierung der Vorkehrungen des „Almaty Acts“ zu entscheiden. Zwei spezielle Arbeitsgruppen wurden einberufen. Die erste wurde beauftragt, das Statut für ein permanentes Sekretariat mit Sitz in Almaty, sowie die weitere Vorgehensweise bezüglich der CICA-Strukturen zu erarbeiten. Die andere Arbeitsgruppe wird sich mit einem Katalog von vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen, politischen, ökonomischen, humanitären und ökologischen Bereich beschäftigen, um die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.⁴⁴⁸

In seiner Rede während des Almaty-Gipfels brachte Gastgeber Nasarbaev seine Hoffnung zum Ausdruck, CICA zu einem unveränderlichen Faktum und einer der wichtigen Institutionen der Weltpolitik werden zu lassen. In seinen Augen liegt die Chance für das neue Forum nicht nur in der Möglichkeit zur Diskussion entscheidender politischer Probleme, sondern darin, dass es notwendige Grundlagen schaffe, um nachhaltiges ökonomisches Wachstum der Staaten zu gewährleisten. Auf der anderen Seite betonte Nasarbaev den prozesshaften Charakter von CICA, der in einem so heterogenen Umfeld wie Asien seine Zeit erfordere und nicht von heute auf morgen Strukturen, vergleichbar mit der OSZE hervorbringe. In Bezug auf die Afghanistan-Problematik begrüßte Nasarbaev die Antiterror-

⁴⁴⁶ Ebd.

⁴⁴⁷ CICA Declaration on Eliminating Terrorism and Promoting Dialogue among Civilizations, Almaty, June 4, 2002, http://www.mfa.kz/english/cica_decl02.htm

⁴⁴⁸ Forum of Conference on Cooperation and Confidence-Building Measures in Asia ends, Almaty, January 17, 2003, in: “News from Russia”, Issue No. 4, Dated 24 January 2003, <http://www.india.mid.ru/india/nfr2003/nf04.html#s3>

Operationen der USA und ihrer Verbündeten, nannte es jedoch politisch naiv zu glauben, das Problem, Sicherheit in Afghanistan und Zentralasien zu schaffen, sei nunmehr gelöst.⁴⁴⁹

Überschattet wurde der Gipfel vom vergeblichen Versuch Russlands und Kasachstans, die Spannungen im jahrzehntelangen Konflikt um die Region Kaschmir, zwischen den beiden CICA-Mitgliedern Indien und Pakistan zu entschärfen. Wie sehr diese Konfliktkonstellation den Gipfel dominierte, zeigte beispielsweise die Tatsache, dass Präsident Putin seine Abschlussrede dieser Thematik widmete.⁴⁵⁰ Doch nicht nur die Rivalen Indien und Pakistan werden dazu beitragen, den CICA-Prozess zu erschweren. Ein ähnlich akutes Konfliktpotential beinhaltet die gleichzeitige Mitgliedschaft von Israel und Palästina. Somit offenbarte schon die Grundsteinlegung des neuen Forums seine Grenzen zur Schaffung einer regionalen Sicherheitsstruktur.

Neben den genannten offenen bilateralen Rivalitäten, und einigen unterschwelligem Spannungen, wie zwischen einzelnen zentralasiatischen Staaten, wird CICA vor die grundlegende Herausforderung der großen Heterogenität der Teilnehmerstaaten gestellt, die vor allem von unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnissen, Entwicklungsvorstellungen und Bündnispräferenzen geprägt wird. An dieser Stelle ist zu betonen, dass es sich wahrscheinlich als unmöglich herausstellen wird, ein umfassendes Sicherheitssystem in Asien aufzubauen, ohne die vollwertige Mitgliedschaft der USA (die bis dato Beobachterstatus innehaben); dies umso mehr, seitdem die USA Asien als integralen Bestandteil ihrer nationalen Sicherheitsinteressen begreifen, und dementsprechend präsent sind. Des Weiteren stellt sich die Frage, wie CICA, bei der es sich um keine Organisation, sondern eher um eine Kommunikationsplattform für sicherheitspolitische Fragen handelt, sicherstellen will, dass gemeinsame Vereinbarungen auch umgesetzt werden. Im gegenwärtigen Rahmen von 16 äußerst heterogenen, teils verfeindeten Teilnehmern und einer sehr lockeren institutionellen Struktur erscheint die Durchschlagskraft sehr beschränkt.

⁴⁴⁹ President of the Republic of Kazakhstan N. Nazarbayev: Statement at the First CICA Summit, Almaty, 4 June 2002, <http://missions.itu.int/~kazaks/eng/cica/cica07.htm>

⁴⁵⁰ Vgl. Russian President V. Putin: Concluding Speech at Plenary Session of Meeting of Heads of State and Government of Participating Countries of Conference for Interaction and Confidence Building Measures in Asia, Almaty, 4 June 2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin, Special Issue, 5.6.2002, <http://www.in.mid.ru/bl.nsf/900b2c3ac91734634325698f002d9dcf/8ed5673732153ee643256bd0002df3b0?OpenDocument>

Trotz aller Schwierigkeiten, möchte ich auch die große Chance betonen, die ein erfolgreicher CICA-Prozess bieten würde, auch für die zentralasiatischen Staaten. Meine Ausführungen haben gezeigt, dass CICA aufgrund der zahlreichen und heterogenen Mitgliedschaft, sowie territorialen Ausweitung, nicht prädestiniert ist, die Organisation zu werden, die speziell die zentralasiatische Integration vorantreiben wird. Sollte jedoch eine positive und konstruktive Entwicklung stattfinden, könnte CICA ein wichtiges Fundament für alle dargestellten regionalen Integrations- oder Kooperationsinitiativen werden und somit die Entwicklungen in Zentralasien automatisch positiv beeinflussen. Da Zentralasien von CICA-Staaten umgeben ist, ist es auf gute Beziehungen mit und zwischen seinen Nachbarn und auf die Stabilität der gesamten umliegenden Region angewiesen. CICA könnte zur Intensivierung der Beziehungen zwischen den asiatischen Staaten und zur Vertrauensbildung beitragen. Gelingt es den Staaten jedoch nicht, die Ziele innerhalb ihrer kleineren Regional-Organisationen wie GUS, SCO, etc. konsequent umzusetzen, deren sicherheitspolitische Komponenten ja mit den Zielen von CICA deckungsgleich sind, so wird dies erst recht nicht im kontinentalen Maßstab gelingen. Erweisen sich die Regional-Organisationen jedoch als erfolgreich, dann wird CICA gestärkt und wird im Gegenzug zu einer weiteren Stärkung der Regionalorganisationen beitragen.

3.2.3. Kooperations-Initiativen der zentralasiatischen Staaten

3.2.3.1. Gemeinsames Wassermanagementsystem in Zentralasien

Wasserknappheit stellt in verschiedenen Regionen der Erde ein fundamentales Problem und Entwicklungshindernis dar, welches sich in Zukunft weiter zuspitzen wird; davon geht die UN in ihrem ersten Weltwasserentwicklungsbericht⁴⁵¹ aus. Die Aktualität des Problems offenbarte sich der zentralasiatischen Region besonders Ende der 90er Jahre bis Anfang des neuen Jahrzehnts, als eine extreme Trockenheit die Länder heimsuchte und Schäden in der Landwirtschaft verursachte. Nach Einschätzung vieler Experten liegt in der Verteilung der knappen Süßwasserressourcen weltweit ein enormes Konfliktpotential.⁴⁵² Für Zentralasien ist das Szenario eines gewalttätigen Konflikts bisher nicht Realität geworden, jedoch beweist

⁴⁵¹ Deutsche UNESCO-Kommission e.V.: Wasser für Menschen, Wasser für Leben, Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, Bonn 2003

⁴⁵² Vgl. Spillmann, Kurt R.: Kriegsursache der kommenden Generation? Der Kampf um das Wasser, in: Internationale Politik, Nr. 12, Dezember 2000, S. 47-56

beispielsweise die Tatsache, dass Usbekistan an der Grenze mit Kirgisistan 130.000 Soldaten zur Bewachung umstrittener Reservoirs stationiert hat, die Krisenhaftigkeit.⁴⁵³

Insbesondere dort, wo Flüsse Staatsgrenzen übergreifend verlaufen, sind die Anliegerstaaten gefordert, ein effektives und gerechtes Verteilungssystem zu etablieren. Die Wasserversorgung Zentralasiens ist in der Hauptsache von zwei Flüssen abhängig, welches eine ausgeprägte Situation der gegenseitigen Abhängigkeit kreiert. Der Syr Darja entspringt in Kirgisistan und fließt dann durch Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan, um schließlich im Aral See zu münden. Der Amu Darja nimmt seinen Anfang im tadschikischen Pamirgebirge und bildet zunächst die tadschikisch-afghanische, dann die usbekisch-afghanische Grenze, fließt durch Turkmenistan, Usbekistan und in den Aral See.

Es existiert ein Wassermanagement System, welches jedoch in seinem Wirkungsgrad kritisch zu beurteilen ist, stellt es doch nach Meinung der International Crisis Group (ICG) nicht mehr als eine „half-hearted version of Soviet central planning on the fractious Central Asian states“⁴⁵⁴ dar. Nichtsdestotrotz ist diese Zusammenarbeit ein Bereich der praktischen Kooperation zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten und soll aus diesem Grund Gegenstand einer kurzen Analyse sein. Die Zusammenarbeit erfolgt auf Grundlage einer Vielzahl multilateraler Abkommen und Verträge, sowie im Rahmen regionaler Institutionen, wobei der Unterstützung durch internationale Organisationen eine wichtige Rolle zukommt.⁴⁵⁵

Bereits im Februar 1992 unterzeichneten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in Almaty ein gemeinsames Abkommen „On Cooperation in The Field of Joint Management and Conservation of Interstate Sources“, „recognizing the community and unity of the region’s water resources“.⁴⁵⁶ Hervorzuheben ist Artikel 7, welcher die Bildung einer „Interstate Coordinating Water Management Commission on the problems of regulation, rational use and protection of water resources“⁴⁵⁷ beschloss. Das Abkommen legte die Grundlagen für alle weitere zwischenstaatliche Kooperation in diesem

⁴⁵³ Hogan, Bea: Central Asian States wrangle over water, Eurasianet, Environment, 5. April 2000, <http://www.eurasianet.org/departments/environment/articles/eav040500.shtml>

⁴⁵⁴ International Crisis Group (ICG): Central Asia: Water and Conflict, ICG Asia Report No. 34, Osh/Brussels, 30. May 2002, S. 8

⁴⁵⁵ Größte Unterstützer mit Beginn der Unabhängigkeit waren die Weltbank, UNEP und UNDP.

⁴⁵⁶ Agreement Between the Republic of Kazakhstan, the Republic of Kirgyzstan, the Republic of Uzbekistan, the Republic of Tajikistan and Turkmenistan on Cooperation in the Field of Joint Management and Conservation of Interstate Sources, Alma-Ata, 18 February, 1992,

http://www.ce.utexas.edu/prof/mckinney/papers/arakal/central_asia_regional_water.htm

⁴⁵⁷ Ebd.

Bereich. Es sah jedoch vor, die grundlegenden Prinzipien sowjetischer Wassermanagementstrukturen beizubehalten, welche relativ einseitig die ökonomischen und agrarischen Bedürfnisse der Flussunteranlieger bevorzugt hatten, und als Hauptursache der Wasserkrise genannt werden müssen.

Im darauf folgenden Jahr wurde das sogenannte Aralabkommen verabschiedet, in welchem sich die Staaten gegenüber den internationalen Wasserrechtsprinzipien verpflichtet erklärten und ihre gegenseitigen Interessen in Bezug auf Gebrauch und Schutz der Ressourcen anerkannten. Um den See zu erhalten, wurde ihm ein nicht weiter definierter Minimalzufluss garantiert, womit der See neben den fünf Staaten als berechtigter Wassernachfrager legitimiert wurde, ohne jedoch jegliche Verbindlichkeiten zu schaffen.⁴⁵⁸

Weitere Abkommen, die seit Mitte der 90er Jahre geschlossen worden sind, thematisieren die Abhängigkeit von Wasserzufuhr seitens der Unteranlieger auf der einen, und von Energielieferungen (Gas, Kohle, etc.) für die Oberanlieger auf der anderen Seite, und versuchen Regelungen zum gegenseitigen Austausch der lebenswichtigen Güter zu finden.

Zur Umsetzung des Abkommens von 1992 wurde im selben Jahr die Interstate Commission for Water Co-ordination (ICWC) gegründet. Sie ist eine Regelungs- und Kontrollinstanz für die Wasserverteilung zwischen den Republiken, die Quoten zur Wasserentnahme setzt und die Effektivität der Wassernutzung und den Schutz der Gewässer gewährleisten soll. Mitglieder der ICWC sind die Leiter der nationalen Wasserbehörden, die sich mehrmals im Jahr treffen. Das Sekretariat der ICWC befindet sich in Hodjent (Tadschikistan) und ein Wissenschafts-Informationszentrum in Taschkent. Ihre ausführenden Organe sind die Flussbeckenbehörden (BVO's) Amu Darja mit Sitz in Urgench (Usbekistan) und Syr Darja mit Sitz in Taschkent.

Um die Probleme im Zusammenhang mit dem Aral See anzugehen, soziale und ökonomische Unterstützung für die dort lebende Bevölkerung zu leisten, und das Aralabkommen von 1993 umzusetzen, wurde im gleichen Jahr der Interstate Council for the Aral Sea Basin (ICAS) eingerichtet, mit einem Exekutiv-Komitee (EC) als Ausführungsorgan. Des Weiteren wurde als Beratungsgremium die Sustainable Development Commission (SDC) eingerichtet, die das EC in Fragen von Ökologie und Nachhaltigkeit berät. Während der ICAS sich aus je fünf Vertretern aller fünf zentralasiatischen Staaten zusammensetzt, und deren Interessen koordiniert, plant das EC Projekte und setzt diese nach Zustimmung des ICAS um. 1994

⁴⁵⁸ Vgl. Sehring, Jennifer: Kooperation bei Wasserkonflikten: Die Bemühungen um nachhaltiges Wassermanagement in Zentralasien, Dokumente und Materialien Nr. 30, Institut für Politikwissenschaft, Mainz, Februar 2002, S. 8ff; sowie ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S. 10

wurde ihm die ICWC untergeordnet. Zur Finanzierung wurde 1993 ein internationaler Fonds (International Fund for the Aral Sea, IFAS) eingerichtet, der sich durch die Beitragszahlungen der fünf Mitgliedsstaaten (1% ihrer Staatsausgaben) tragen sollte; es stellte sich jedoch schnell heraus, dass keiner der Staaten seiner Verpflichtung gerecht geworden war, und so wurden die Zahlungsmodalitäten herabgesetzt. 1997 wurden ICAS und IFAS unter dem Namen IFAS aufgrund von Kompetenzüberschneidungen zusammengeführt. Der Hauptsitz von IFAS befindet sich in Taschkent, der Vorsitz rotiert jedoch seit der Umstrukturierung alle 2 Jahre zwischen den Präsidenten der fünf Staaten. Die finanziellen Beitragszahlungen wurden herabgesetzt, auf je 0,3% der Staatsausgaben der reicheren Flussunteranlieger und 0,1% der ärmeren Oberanlieger. Die Hauptaufgabe von IFAS liegt in der Generierung von finanzieller Unterstützung und Implementierung eines Aktionsprogramms, welches in Nukus im Januar 1994 von den Staatsführungen erlassen wurde. Alle diese Körperschaften koordinieren ihr Vorgehen sehr eng mit den für Wassermanagement verantwortlichen Ministerien in den Mitgliedstaaten.⁴⁵⁹

Die zwischenstaatlichen regionalen Abkommen und Institutionen sind eng mit dem Engagement internationaler Organisationen verknüpft. Nach ihrer Unabhängigkeit wandten sich die zentralasiatischen Staaten an die Weltbank, um finanzielle Hilfe für die Behebung der Aral See Krise zu erhalten. Diese machte ihre Unterstützung jedoch von der Erstellung eines institutionellen Rahmens abhängig; regionale Kooperation der jungen Staaten in Wasserfragen wurde zur Bedingung für die von ihnen dringend benötigten Finanzhilfen. Die Unterstützung findet im Rahmen des Aral Sea Basin Program (ASBP) statt, einem gemeinsamen Programm von Weltbank, UNDP und UNEP als Hauptinitiatoren, dem umfangreichsten Hilfsprogramm für Wasserangelegenheiten internationaler Organisationen in der Region. Die Ursprünge des Programms liegen in einer Studie der UNDP, die diese bereits 1990 in Kollaboration mit der Sowjetführung erstellte. 1992 begannen die Vorbereitungen, 1993 wurden die regionalen Institutionen gegründet, und 1994 wurde das Programm offiziell gestartet. Im Juli 2003 wurde ASBP-2 durch IFAS zugestimmt. Neben ökologischer Stabilisierung und Rehabilitierung der Aral-Region und Hilfe für die örtliche Bevölkerung verfolgt das ASBP das Ziel der Verbesserung des Wassermanagements und zu diesem Zweck das capacity building der regionalen Institutionen. In diesem Sinne erfolgte die Umstrukturierung der Institutionen 1997 nicht auf Initiative der zentralasiatischen Staaten, sondern aufgrund der Evaluation des ASBP. Neben der Unterstützung des ASBP engagieren

⁴⁵⁹ Sehring, Jennifer: Kooperation bei Wasserkonflikten, 2002, a.a.O., S. 8ff; sowie ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S. 7f

sich internationale Organisationen, indem sie regionale Konferenzen und Tagungen organisieren und finanzieren. Diese haben zwar zumeist keinen bindenden Charakter, dürfen aber aufgrund der durch sie ermöglichten Kommunikation und des wissenschaftlichen und persönlichen Austauschs, und somit in der Funktion der Vertrauensbildung nicht unterschätzt werden.⁴⁶⁰

Das Resümee, welches nach über einem Jahrzehnt der zwischenstaatlichen Kooperation des Wassermanagements in Zentralasien gezogen werden muss, überrascht nicht. Einerseits muss den Staaten zugute gehalten werden, dass es ihnen gelungen ist, ihre diesbezüglichen Konflikte und Unstimmigkeiten nicht gewalttätig auszutragen, wie dies zu Beginn ihrer Unabhängigkeit von vielen Experten befürchtet worden war. Auf der anderen Seite haben die fünf Staaten das kooperationsförderliche Potential, welches der Notwendigkeit zur Nutzung gemeinsamer Ressourcen immanent ist, nicht ausgeschöpft. Im Gegenteil wurde der Wille und die Unabdingbarkeit vereinten Vorgehens überlagert von egoistischem, unilateralem Verhalten. Die Verträge und Abkommen der zentralasiatischen Staaten scheiterten, da für alle fünf Vertragspartner der kurzfristige, unilaterale Profit und Nutzen im Vordergrund stand, und die Mechanismen zur Umsetzung und Kontrolle der Übereinkünfte zu schwach waren. Für die vertraglichen Entwicklungen zwischen den Syr Darja Anrainern konstatiert Shalpykova eine Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen, die unterschiedliche Stufen durchlaufen habe: „from the relative lull of the early 1990s to mutual disappointment of the middle 1990s, and finally to open rivalry in the late 1990s/ beginning of 2000s.“⁴⁶¹

Wie bereits oben angemerkt, sind die entstandenen Institutionen nicht in der Lage, das Wassermanagement in Zentralasien kohärent zu gestalten, Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen, geschweige denn das Aral See Problem zu lösen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von gegenseitigem Misstrauen, unter anderem aufgrund usbekischer Bevorzugung bezüglich Personal und Lokation der Institutionen; mangelnder Verbindlichkeit der Vereinbarungen; fehlender Transparenz und Involvierung gesellschaftlicher Gruppen; bis hin zu unzureichender Kompetenz und finanzieller

⁴⁶⁰ Sehring, Jenniver: The role of international organisations in fostering regional cooperation on water management, in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Frankfurt am Main, 2004, S. 237-249

⁴⁶¹ Shalpykova, Gulnara: Water Disputes in Central Asia: The Syr Darya River Basin, A thesis submitted in partial fulfilment of the requirements for the degree of Master of Arts in International Relations at the International University of Japan, 2002, <http://www.ca-c.org/dataeng/00.shalpykova.shtml>

Ausstattung.⁴⁶² „Es scheint, dass die Institutionen weniger um der Kooperation willen gegründet wurden, als vielmehr um die Anforderungen der internationalen Geber zu erfüllen und sich der Rolle der Nationalstaaten im internationalen System anzupassen, zu der auch die Verabschiedung internationaler Abkommen u.ä. gehört.“⁴⁶³

Auch die Bilanz der internationalen Geber ist ernüchternd, so urteilte UNDP im Jahr 2000: “notwithstanding over five years of external donor assistance for capacity building, these institutions remain largely ineffective, with unclear mandates and are essentially dependent on donor financing for their existence.”⁴⁶⁴

Die Entwicklungen in Zentralasien geben dem Urteil der UN in ihrem Weltwasserentwicklungsbericht recht: “Die Weltwasserkrise... ist eine Krise des Wassermanagements”⁴⁶⁵. Zwar herrscht noch keine Einigkeit über eine einheitliche Definition von Wassermanagement, dennoch gelten folgende Grundprinzipien als Erfolgsrezept für eine wirksame Wasserwirtschaft: „Beteiligung aller Betroffenen, Transparenz, Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht, Stimmigkeit, Bereitschaft, auf Anliegen einzugehen, Integration und ethische Fragen.“⁴⁶⁶ Allein ein Blick auf diese Kriterien deutet an, dass die zentralasiatische Region noch weit von einem System nachhaltigen Wassermanagements entfernt ist.

Ein wenig Hoffnung macht allerdings die Tatsache, dass die zentralasiatischen Staaten die Probleme im Zusammenhang mit dem Aral See inzwischen in einem breiteren institutionellen Rahmen thematisieren, konkret innerhalb der CACO. So deklarierten die Staatschefs während ihres Gipfeltreffens in Dushanbe im Oktober 2002: “The Heads of State, having considered questions relating to joint efforts to resolve the problems of the Aral Sea area, state that concerted action within the framework of the International Fund to Save the Aral Sea (IFAS) is in the fundamental and vital interests of the peoples of the States members of CAC.”⁴⁶⁷

Zwar ist die Wirksamkeit dieser zentralasiatischen Organisation bisher auch sehr begrenzt, allerdings ist die Wasserproblematik von großer Bedeutung und ein breiterer institutioneller Rahmen aus diesem Grund angemessen. Eine Annäherung in diesem Bereich könnte zu einer generellen Vertrauensbildung beitragen und in einer Art „Spill-over-Effect“ Kooperation induzieren. So zeigt eine Weltbank-Studie von Schiff/Winters, dass gemeinsame

⁴⁶² ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S.8

⁴⁶³ Sehring, Jenniver: Kooperation bei Wasserkonflikten, 2002, a.a.O., S. 18

⁴⁶⁴ UNDP, Final Report of the Evaluation Mission, Aral Sea Basin Capacity Development Project, zitiert nach: Small, Ian/ Bunce, Noah: The Aral Sea Disaster and the Disaster of International Assistance, in: Journal of International Affairs, Spring 2003, Vol. 56 Issue 2, S. 58-73, S. 67

⁴⁶⁵ Deutsche UNESCO-Kommission: Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, 2003, a.a.O., S. 4

⁴⁶⁶ Ebd., S. 30

⁴⁶⁷ Joint Communiqué of the Heads of State of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan, Dushanbe, 5 October 2002, a.a.O.

Wasserressourcen im internationalen Vergleich der häufigste Gegenstand von Kooperationsabkommen sind.⁴⁶⁸

3.2.3.2. Atomwaffefreie Zone in Zentralasien

Von den fünf zentralasiatischen Länder ist keines im Besitz von Atomwaffen; Kasachstan, welches aus sowjetischem Erbe eine Vielzahl von taktischen und strategischen nuklearen Waffen auf seinem Territorium beherbergte, hatte diese bis 1995 an Russland übergeben bzw. mit internationaler Hilfe abgebaut.

Die Idee zur Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone (Nuclear Weapon Free Zone, NWFZ) in Zentralasien geht zurück auf eine Initiative der Mongolei, als diese sich 1992 als NWFZ deklarierte und zur Schaffung einer regionalen NWFZ aufrief. Daraufhin wurde 1993 der diesbezüglich erste offizielle Vorschlag von Islam Karimow auf der 48. Sitzung der UN-Vollversammlung gemacht. Trotz prinzipieller Zustimmung zu Karimows Initiative und verschiedener weiterer Vorschläge, konnte in den darauf folgenden Jahren kein regionaler Konsens gefunden werden. Erst auf einem Treffen der fünf zentralasiatischen Präsidenten in Almaty am 27.2.1997 kam es zu einer konstruktiven Einigung, welche in einer gemeinsamen Deklaration festgehalten wurde. Hierin betonten die Staatschef: „environmental security is one of the strategic components of national security and a vital factor in protecting the interests and priorities of the Central Asian States“.

Es wurde beschlossen:

„To declare 1998 as Environmental Protection Year in the central Asia region under the auspices of the United Nations;

To call on all States concerned, on the eve of the fiftieth anniversary of the Semipalatinsk test site, to support the idea of proclaiming central Asia a nuclear-free zone open to accession by other States of the region;

To acknowledge the need to develop a comprehensive programme of environmental security including the Aral problem, establish a nuclear-free zone in central Asia and combat the leakage of nuclear technologies and raw materials“⁴⁶⁹

⁴⁶⁸ Schiff, Maurice/ Winters, Alan: Regional cooperation, 2002, a.a.O., S. 3

⁴⁶⁹ Almaty Declaration, adopted by the leaders of Kazakstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan, of 28 February 1997, Annex to Letter dated 14 March 1997 from the representatives of Kazakstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan to the United Nations addressed to the Secretary-General,

Es folgten langwierige Verhandlungen, die fünf Jahre später, auf einem von den UN unterstützten Treffen von Experten aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, am 27.9.2002 in Samarkand schließlich zu einem Durchbruch führten. Ein von allen Seiten akzeptierter vorläufiger Vertragstext zur Errichtung einer CANWFZ (Central Asian Nuclear Weapon Free Zone) wurde erstellt, welcher von den UN begrüßt wurde: „(the General Assembly) *Welcomes* the decision by all five Central Asian States to sign the Central Asian nuclear-weapon-free zone treaty as soon as possible“.⁴⁷⁰ Die Finalisierung und Unterzeichnung des Vertrags steht jedoch noch aus.

Im Rahmen der NWFZ wollen sich die fünf Staaten verpflichten, auf ihrem Territorium keine Atomwaffen und anderen atomaren Sprengkörper herzustellen, zusammenzubauen, zu stationieren und zu testen. Ein Zusatzprotokoll sieht die Unterzeichnung durch die fünf Atommächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien (Nuclear Weapon States, NWS) vor, die sich verpflichten, die NWFZ zu respektieren und ihre Atomwaffen nicht gegen sie zu richten (negative Sicherheit). Dies bedeutet aber auch, dass es den NWS untersagt ist, ihre Atomwaffen auf dem Territorium der NWFZ zu benutzen, zu stationieren oder darüber zu transportieren.⁴⁷¹

Grundlegende Probleme während der fünf zähen Verhandlungsjahre zwischen 1997 und 2002, die die Kreierung einer CANWFZ gefährdeten, waren vor allem die zunehmenden regionalen Rivalitäten, sowie die unterschiedlichen Beziehungen mit, und Politiken gegenüber Russland. Die zwei strittigsten Punkte waren erstens, welche Möglichkeit des Transits von Atomwaffen über CANWFZ-Territorium ein Vertrag vorsehen würde. Und zweitens, die Beziehung des CANWFZ-Vertrags zu früheren internationalen Vereinbarungen mit zentralasiatischer Beteiligung, vor allem zum Taschkenter Vertrag über gemeinsame Sicherheit. Dieser ermöglichte nach Moskauer Lesart eine Stationierung von Atomwaffen auf den Territorien der Partnerstaaten, nach gemeinsamer Absprache. Beide Streitfragen standen somit in direkter Verbindung mit Russlands zukünftigem Handlungsspielraum in Zentralasien, inklusive der Möglichkeit der Stationierung von Atomwaffen. Während Kasachstan, Kirgisistan und

United Nations General Assembly, 52nd Session, A/52/112, 18 March 1997, <http://www.un.org/documents/ga/docs/52/plenary/a52-112.htm>

⁴⁷⁰ Establishment of a nuclear-weapon-free zone in Central Asia, United Nations General Assembly, Fifty-seventh session, Resolution, A/RES/57/69, 22 November 2002, <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/542/62/PDF/N0254262.pdf?OpenElement>

⁴⁷¹ Ishiguri, Tsutomu (Director United Nations Regional Centre for Peace and Disarmament in Asia and the Pacific): Agreement on a Central Asia Nuclear Weapon Free Zone Treaty Text - From Samarkand to Semipalatinsk, Council for Nuclear Fuel Cycle, Aug 8. 2003, <http://www.cnfc.or.jp/plutonium/pl42/e/letter.html>

Tadschikistan russlandfreundliche Positionen einnahmen, zeigten Usbekistan und Turkmenistan keinerlei Entgegenkommen gegenüber russischen Interessen in Zentralasien. Einen Tiefpunkt erreichten die Verhandlungen Mitte 2000, welche durch einen Rückzug der turkmenischen Diplomaten zusätzlich erschwert wurden.

Doch eine Reihe von äußeren Faktoren führte dazu, dass der Verhandlungsprozess Mitte 2002 zu einem vorläufigen positiven Ende geführt wurde. Einerseits verringerte sich für die zentralasiatischen Staaten durch die geopolitischen Umwälzungen seit dem 11.9.2001 und die amerikanische Militärpräsenz die Abhängigkeit von Russland. Da die zentralasiatischen Staaten des Weiteren zu „front line states“ im Kampf gegen den Terrorismus wurden, wandelte sich das CANWFZ-Konzept von einer abstrakten Idee mit nur geringer praktischer Anwendbarkeit, zu einem durchaus praxisrelevanten Mechanismus, der dazu beitragen könnte, das Eindringen von Atomwaffen in die Region zu verhindern. Nicht zuletzt war der plötzliche diplomatische Durchbruch wohl auch auf die Initiative und persönliche Konsultationen durch UN-Repräsentanten zurückzuführen.⁴⁷²

Die Errichtung einer CANWFZ ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines globalen Nichtverbreitungs-Regimes von Atomwaffen. Auch wenn keiner der fünf zentralasiatischen Staaten Atomwaffen besitzt oder zu besitzen trachtet, verhindert ein entsprechender Vertrag die Wiederkehr von Atomwaffen in die Region durch einen der NWS. Für die zentralasiatische Region ist ein Vertrag Grundlage für Kooperation in der Bewältigung der Umweltschäden, die hier durch das sowjetische Atomwaffenprogramm entstanden sind.

Unklar ist bisher die Frage, ob die NWS der CANWFZ zustimmen werden. Prinzipiell wird die Errichtung neuer NWFZs von den NWS unterstützt, jedoch können sie auch ihren Interessen widersprechen.⁴⁷³ Russland ist verhalten gegenüber einer CANWFZ und könnte versuchen, Druck auf die zentralasiatischen Staaten auszuüben, die Vertragskonditionen zu seinen Gunsten zu ändern. Die USA haben eine CANWFZ bisher nicht aktiv unterstützt und könnte u.a. aufgrund der Vertragsvorkehrungen bezüglich des Transitverbots von Atomwaffen, des negativen Sicherheitsgebots, oder der Möglichkeit der Vertragsausweitung auf andere Staaten, eine Unterschrift verweigern. Von Frankreich und Großbritannien wird

⁴⁷² Parrish, Scott: Central Asian States Achieve Breakthrough on Nuclear Weapon-Free Zone Treaty, Center for Nonproliferation Studies, Monterey, September 30, 2002, <http://cns.miis.edu/pubs/week/020930.htm>

⁴⁷³ Im Falle der Südost-Asiatichen NWFZ hat beispielsweise keiner der fünf NWS den Vertrag von Bangkok unterzeichnet, da seine Regelungen als Einmischung in das Prinzip der Freiheit der Meere interpretiert werden können.

erwartet, dass sie sich weitestgehend der amerikanischen Position anpassen werden, nur China befürwortet uneingeschränkt den Vertragsentwurf.⁴⁷⁴

3.2.4. Die Regionalorganisationen zwischen Konkurrenz und Komplementarität?

Die multilaterale regionale Kooperation der zentralasiatischen Staaten ist ein dynamischer Prozess, der sich in einem breiten Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit bewegt. Es existieren eine Reihe von Kooperationsgruppierungen, die ein Dilemma gemein haben: Zu Beginn der Zusammenarbeit wurden hohe Ziele gesteckt und auf Papier gebracht, deren Umsetzung jedoch nicht zufriedenstellend erfolgte. Die meisten Gruppierungen haben auf die unbefriedigenden Ergebnisse und die Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen seit Ende der 90er Jahre reagiert. Die de facto relativ unverbindlichen Staatenzusammenschlüsse wurden reorganisiert und institutionalisiert; neue Arbeitsbereiche wurden in die thematischen Agenden aufgenommen, um den realen Entwicklungen und Herausforderungen zu begegnen. Inwiefern dies zu einer verbesserten Zielerreichung führen wird, bleibt abzuwarten.

Sicherheitspolitische Fragen haben einen wichtigen Stellenwert bekommen. Sie dominieren die Entwicklungen in der zentralasiatischen Region seit Ende der 90er Jahre. Insbesondere der Kampf gegen den Terrorismus ist zum Dreh- und Angelpunkt geworden, und hat die Kooperationsmüdigkeit, die gegen Ende der 90er Jahre im Allgemeinen zu verzeichnen war, vertrieben. Den primär unilateral agierenden Staaten wurde drastisch vor Augen geführt, dass dieser Kampf nur mit vereinten Kräften anzugehen war. Zwar hat auch die ökonomische Zusammenarbeit weiterhin einen wichtigen Stellenwert, der in jüngster Zeit sogar zuzunehmen scheint, doch wird sie vielfach in einen sicherheitspolitischen Zusammenhang gebracht: Nur in einem ökonomisch stabilen Umfeld, in dem die Menschen ihre Bedürfnisse ausreichend befriedigen können, kann dauerhaft Sicherheit und Stabilität gewährleistet werden. Forciert wird diese sicherheitspolitische Orientierung seit dem 11.9.2001 und der aktiven Einmischung durch die USA.

Die gegenwärtige und zukünftige sicherheitspolitische Lage wird also nicht allein von den zentralasiatischen Staaten beeinflusst; diese verlieren scheinbar sogar an

⁴⁷⁴ Parrish, Scott: Central Asian States Achieve Breakthrough, 2002, a.a.O.

Handlungsmöglichkeiten, je größer die sicherheitspolitischen Herausforderungen werden. Vielmehr spielt die Einflussnahme und Unterstützung durch die mächtigsten Staaten – die USA, Russland und China – und die Entwicklung ihrer Beziehungen untereinander und mit den zentralasiatischen Staaten eine entscheidende Rolle. So spiegeln die Entwicklungen der verschiedenen Regionalorganisationen einerseits in gewisser Weise die in Kapitel 2.3. dargestellten Machtkonstellationen wieder. Andererseits fällt jedoch auf, dass im multilateralen institutionellen Rahmen Russland zum wichtigsten Partner der zentralasiatischen Staaten geworden ist, und die USA nur eine marginale Rolle spielen. Auf diese Zusammenhänge wird ausführlich eingegangen werden.

Verkompliziert wird die Lage in Zentralasien auf den ersten Blick durch die Tatsache, dass unterschiedliche Kooperationsgruppierungen in der Region existieren, an denen die zentralasiatischen Staaten in unterschiedlicher Zusammensetzung teilnehmen, deren Arbeitsbereiche sich zum Teil stark überschneiden. Aufgrund dessen stellt sich die Frage, ob die gemeinsamen Schnittmengen in einer Situation resultieren, die eher durch Konkurrenz, oder Komplementarität und Kooperation geprägt ist.

Bevor ich auf die beiden skizzierten, zu analysierenden Bereiche eingehen werde, soll zunächst eine kurze Übersicht über die unterschiedlichen Regionalorganisationen und Initiativen, die im Rahmen dieses Kapitels ausführlich dargestellt wurden, erfolgen. Des Weiteren möchte ich klarstellen, dass es eigentlich unangemessen ist, im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in Regionalorganisationen von *der* zentralasiatischen Region zu sprechen. Deswegen werde ich knapp die spezifischen nationalen Bündnispräferenzen zusammenfassen.

Nach Zusammenbruch der Sowjetunion schloss sich die Mehrzahl der neu entstandenen Staaten zur ***Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)*** zusammen, um die Auflösung der zentralisierten Politiken und Ökonomien friedlich und zivilisiert zu gestalten, und parallel dazu einen Weg zu finden, um die besonderen Beziehungen zueinander aufrecht zu erhalten. Alle zentralasiatischen Staaten sind Mitglieder der GUS. Es zeichnete sich jedoch bald ab, dass nicht alle GUS-Mitglieder gleichermaßen an den integrativen Bestrebungen interessiert waren, und so bildeten sich Integrationskerne heraus.

Im sicherheitspolitischen Bereich entwickelte sich aus einem GUS-Vertrag die ***Collective Security Treaty Organisation (CSTO)***, mit Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan als zentralasiatischen Mitgliedern. Auch ein wirtschaftspolitischer Zusammenschluss eines Teils

der GUS-Staaten bildete sich heraus, der in die **Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)** transformiert wurde, unter Beteiligung von Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Seit 2003 formiert sich ein weiterer wirtschaftspolitischer Integrationskern, **Common Economic Space (CES)**, an dem außer Kasachstan kein weiterer zentralasiatischer Staat beteiligt ist. Den genannten Gruppierungen ist die zentrale Rolle Russlands gemeinsam. Als „Gegenveranstaltung“ gründeten die Staaten, die nicht in EurAsEC oder CSTO involviert sein wollten, da die dominante Rolle Russlands für sie unakzeptabel war, **GUUAM**, eine Gruppierung mit sicherheits- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, und Usbekistan als einzigem zentralasiatischen Mitglied. Die Gründung von GUUAM erfolgte 1999, nachdem Usbekistan seine Mitgliedschaft im kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS beendet hatte, am Rande von NATO-Feierlichkeiten in Washington. In jüngster Zeit fühlt sich die USA als Finanzgeber und Unterstützer berufen.

Bis zum 28.5.2004 existierte ein rein zentralasiatisches Bündnissystem mit politischen, wirtschaftspolitischen, sicherheitspolitischen, umweltpolitischen und energiepolitischen Zielsetzungen, an dem alle zentralasiatischen Staaten, außer Turkmenistan beteiligt sind: die **Central Asian Cooperation Organisation (CACO)**. Unerwarteter Weise ersuchte Russland, das seit 1996 Beobachterstatus innehatte, auf dem Gipfeltreffen der Präsidenten 2004 in Almata um Voll-Mitgliedschaft. Dem Antrag wurde stattgegeben, so dass zunächst abzuwarten bleibt, inwiefern sich diese Entscheidung auf die Ziele und weitere Entwicklung der Organisation auswirken wird. Prinzipiell lässt sich CACO seitdem als ein Integrationskern innerhalb der GUS werten.

Aus vertrauensbildenden Maßnahmen im Grenzbereich ging die auf Sicherheitsbelange fokussierte **Shanghai Cooperation Organisation (SCO)** hervor, mit Russland und China als Mitgliedern, sowie vier zentralasiatischen Staaten, ohne Turkmenistan.

Zwar existiert seit kurzem keine genuin zentralasiatische Organisation mehr, dennoch sind auf zentralasiatischer Ebene zwei Initiativen zu nennen, an denen alle fünf Staaten beteiligt sind. Aufgrund der Initiative und Unterstützung durch westliche Finanzorganisationen wurde ein **gemeinsames Wassermanagement-System** entwickelt, welches bisher jedoch noch nicht die gewünschten Erfolge zeitigt. Des Weiteren schlossen sich die fünf zentralasiatischen Staaten nach einem langwierigen Verhandlungsprozess zu einer **atomwaffenfreien Zone** zusammen, deren Finalisierung jedoch noch aussteht.

Alle zentralasiatischen Staaten sind in die *Economic Cooperation Organisation (ECO)* involviert, die eine eindeutige Schwerpunktsetzung im ökonomischen Bereich vornimmt, und insbesondere Infrastruktur und Handel zwischen den beteiligten Staaten ausweiten will. Die beiden einflussreichsten Teilnehmer sind der Iran und die Türkei. Die ECO ist in geopolitischer Hinsicht und gemäß ihrer Einflussmöglichkeiten und ihres Handlungsspektrums zu keinem bedeutenden Faktor für die zentralasiatische Region geworden, und somit für die vorliegende Arbeit von keinem weiterführenden Interesse. Eine Organisation, die in der gegenwärtigen Zeit eine entscheidende Rolle im zentralasiatischen regionalen und überregionalen Kontext spielen will, muss meines Erachtens einen Beitrag zur Lösung der sicherheitspolitischen Fragen leisten. Diesen Anspruch hat ECO nicht. Dennoch hätte sie das Potential, aufgrund ihrer Mitgliederstruktur, die den zentralasiatischen Ländern mit Hilfe einer gemeinsamen Infrastruktur den Zugang zu den Weltmeeren und somit zu den Weltmärkten ermöglichen könnte, zur Verbesserung der ökonomischen Lage in Zentralasien beizutragen. Da Anspruch und Wirklichkeit jedoch noch weit voneinander entfernt sind und die gegenwärtigen Entwicklungen Zentralasiens insbesondere durch sicherheitspolitische Probleme und die Einflussversuche mächtiger internationaler Akteure bestimmt werden, zu denen die ECO derzeit keine Alternative formulieren kann, verliert sie an Bedeutung und wird in den weiteren Ausführungen keine Erwähnung finden.

Die *Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)* wurde von Kasachstan ins Leben gerufen und ist keine Organisation, sondern ein Forum für vertrauensbildende Maßnahmen im sicherheitspolitischen und militärischen Bereich auf gesamt-asiatischer Ebene. Sie umfasst 16 Länder, darunter auch alle zentralasiatischen, außer Turkmenistan. CICA kann als Antwort auf die sicherheitspolitischen Probleme, mit denen sich eine Vielzahl asiatischer Länder konfrontiert sieht, interpretiert werden, und reagiert damit auf die aktuellen Herausforderungen. Dennoch fällt ihr vereinigendes Potential relativ gering aus, herrschen nicht nur unterschwellige Missstimmungen zwischen einigen ihrer Mitgliedstaaten, sondern sogar offene Feindschaften: einerseits zwischen Israel und Palästina, andererseits zwischen Indien und Pakistan. Somit ist ihre Mitgliederstruktur zu heterogen und die Akteursinteressen zu unterschiedlich, als dass sie in absehbarer Zeit zum wichtigen sicherheitspolitischen Faktor oder Akteur werden könnte, der den zentralasiatischen Bedürfnissen nachkommen könnte. Aus diesem Grund wird CICA, ebenso wie ECO in den nachfolgenden Erörterungen nicht weiter berücksichtigt werden.

Im Kontext der Entwicklung der Organisationen und damit verbundener Bündnispräferenzen ist es eigentlich nicht angemessen, von *der* zentralasiatischen Region zu sprechen. Vielmehr unterscheiden sich die fünf Länder diesbezüglich grundsätzlich voneinander.

Absoluter Außenseiter ist **Turkmenistan**. Das Land verfolgt eine konsequent isolationistische Politik und hält sich von fast allen kooperativen Zusammenschlüssen fern, gleich welche Staaten involviert sind.

Eine besondere Stellung nimmt **Usbekistan** ein. Das geographische Zentrum Zentralasiens verfolgt keine kohärente Außenpolitik und agiert stark nationalistisch. Im Verlauf der Entwicklungen seit der Unabhängigkeit hat Usbekistan sich zwar rhetorisch immer wieder zum zentralasiatischen Regionalismus bekannt, seine Politik erfolgt jedoch immer mit Blickrichtung auf die nationalen Bedürfnisse, die offenbar als konfligierend zu den regionalen Erfordernissen wahrgenommen werden. Es erweckt den Anschein, stets die Politik zu verfolgen und die Bündnispartner zu wählen, die in der gegebenen Situation den größten Vorteil für die nationalen Eigeninteressen erbringen. War Usbekistan in den 90er Jahren sehr darauf bedacht, einen Entwicklungsweg unabhängig von Russland einzuschlagen, machten die terroristischen Übergriffe im Ferghana Tal 1999 und 2000 deutlich, dass es auf russische Unterstützung angewiesen war. Mit dem 11.9.2001 und der Stationierung amerikanischer Truppen in der Region wurde Taschkent zum engsten zentralasiatischen Verbündeten der USA und ging erneut auf Distanz zu Moskau. In jüngster Zeit findet wieder eine Annäherung zwischen Moskau und Taschkent statt, was allein die Tatsache beweist, dass Islam Karimow nicht gegen eine Mitgliedschaft Russlands in der CACO stimmte. Des Weiteren haben Russland und Usbekistan während des jüngsten SCO-Gipfels in Taschkent am 17.6.2004 ein strategisches Partnerschaftsabkommen geschlossen. Bestimmt haben auch die jüngsten Terroranschläge in Usbekistan Ende März und Ende Juli 2004 dazu beigetragen, Taschkents Interesse an einer breiteren Sicherheitszusammenarbeit zu forcieren, und beeinflussen somit die Wiederannäherung an Russland.

Kasachstan ist zusammen mit Usbekistan das mächtigste Land Zentralasiens. Aufgrund seines Territoriums, seiner Bevölkerungszusammensetzung und historischen Nähe zu Russland, ist Kasachstan jedoch kein genuin zentralasiatisches Land, sondern fühlt sich auch dem europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion zugehörig und pflegt enge Kontakte mit Russland. Zwar bekennt sich ebenso wie Usbekistan auch Kasachstan zur regionalen Kooperation mit den zentralasiatischen Partnern, jedoch hat es den Anschein, als würde es die Prioritäten der Zusammenarbeit immer mehr in Richtung Westen, zu den europäischen GUS-Staaten, verschieben. Kasachstan verfügt über ein großes Wirtschaftspotential, insbesondere

aufgrund seiner reichen Rohstoffvorkommen und ist aus diesem Grund an dem Erschließen neuer Absatzmärkte besonders interessiert. Des Weiteren ist Kasachstan weniger als seine zentralasiatischen Nachbarn von den sicherheitspolitischen Gefährdungen aus „dem Süden“, wie Terrorismus, etc. bedroht; einerseits wegen der geographischen Distanz zu Afghanistan, andererseits wegen der geringeren Bedeutung, die dem Islam und somit religionspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Bevölkerung zukommen.

Kirgisistan und **Tadschikistan** sind die wirtschaftlich schwächsten zentralasiatischen Staaten, die beide von den von Afghanistan ausgehenden sicherheitspolitischen Problemen stark betroffen sind; vor allem Tadschikistan, welches eine Grenze mit Afghanistan teilt. Beide Staaten sind auf Bündnisse mit anderen Staaten angewiesen, und standen nach ihrer Unabhängigkeits-Deklaration auch weiterhin militärisch und ökonomisch in Abhängigkeit von Russland. Dies gilt insbesondere für Tadschikistan, welches bald nach der Unabhängigkeit in einen blutigen Bürgerkrieg versank, und zur Stabilisierung der Lage ganz auf Russland angewiesen war. Parallel zu den weiterhin guten Beziehungen mit Russland, haben beide Staaten sich nach dem 11.9.2001 für eine Partnerschaft mit den USA geöffnet. Kirgisistan hat seine Außenpolitik so weit diversifiziert, dass es gegenwärtig sowohl eine russische, als auch eine amerikanische Militärbasis beherbergt und mit China ein gemeinsames Manöver durchgeführt hat. Für Tadschikistan und Kirgisistan wäre des Weiteren ein funktionierendes regionales Kooperationsystem von entscheidender Bedeutung, vor allem in Bezug auf die energiepolitischen Abhängigkeiten und Konflikte, jedoch sind beide Länder aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Schwäche nicht in der Position, ein solches voranzutreiben.

Welche Erkenntnisse können nun aus der Analyse der Organisationen und Initiativen gezogen werden? Wie groß sind die Schnittmengen und resultieren diese in Konkurrenz oder in einer vorteilhaften Situation? Wie wichtig sind die Organisationen für die weiteren Entwicklungen in der zentralasiatischen Region? Welchen externen Akteuren kommt in Bezug auf die institutionelle multilaterale Struktur besondere Bedeutung zu?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Entwicklungen der Organisationen in gewisser Weise, mit den in Kapitel 2.3. dargestellten Konstellationen korrespondieren. Die drei Großmächte USA, Russland und China versuchen offensichtlich sofern möglich, die multilaterale institutionalisierte Kooperation zu nutzen, um ihre Interessen geltend zu machen, und Einfluss auszuüben. Dementsprechend lassen sich die Organisationen anhand der Einflussnahme durch

die Großmächte gruppieren. Unter russischem Einfluss stehen die GUS mit ihren „Unterorganisationen“ CSTO, EurAsEC und Integrated Economic Space; seit jüngster Zeit kann auch CACO dazu gezählt werden. Von Amerika unterstützt werden die GUUAM-Staaten, die alle GUS-Mitglieder sind, der russischen Einflussnahme aber ablehnend gegenüberstehen. Chinas und Russlands partnerschaftliche Annäherung und gemeinsame Amerika-Kritik institutionalisieren sich im Rahmen der SCO.

Der größte Block von Organisationen wird also von Russland dominiert, das seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion darauf bedacht war, seinen Einfluss in den ehemaligen Bruderrepubliken aufrecht zu erhalten. Anhand der Entwicklungen seit dem 11.9.2001 wird deutlich, dass Russland versucht, den Einflussverlust, der durch die plötzliche Präsenz der USA erfolgte, die ihrerseits um Bündnispartner warb, wieder auszugleichen. Um dies zu erreichen, verfolgt Russland offenbar die Strategie, der Revitalisierung und Reintegration der GUS, im Sinne eines Kernmodells.⁴⁷⁵ Zwei Ereignisse zeigen dies besonders deutlich: erstens die Neugründung des wirtschaftspolitischen Integrationskerns innerhalb der GUS, Common Economic Space. Dieser soll in der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums münden, und so nicht nur das ökonomische Potential der Teilnehmerländer ausweiten, sondern gleichzeitig zu einer ökonomischen Belebung und Integration der Gesamt-GUS führen. Zweitens weist der Beitritt Russlands zur CACO in die selbe Richtung. So sagte Igor Ivanow, der stellvertretend für Präsident Putin an dem Gipfeltreffen der Staatschefs teilgenommen hatte in seiner Begrüßungsrede, in der er um den Beitritt ersuchte: “We regard the countries of Central Asia as the natural partners of Russia in the integration process within the Commonwealth of Independent States area, and are jointly conducting the search for optimal integration forms and models.”⁴⁷⁶

Die USA können auf kein derart ausgeprägtes Bündnissystem in Zentralasien zurückgreifen, entstand das vitale Interesse an der Kooperation mit den Staaten doch erst mit den Ereignissen um den 11.9.2001. Für die USA hat die bilaterale Zusammenarbeit Priorität, schließlich ist es schier unmöglich, von heute auf morgen eine multilaterale Kooperation zu etablieren, noch dazu als externer Akteur. Seit Ende 2002 unterstützen die USA aktiv die Gruppierung der Russland-kritischen ehemaligen Sowjetrepubliken, GUUAM. Im Rahmen ihrer bilateralen Partnerschaften versuchen die USA jedoch, ein möglichst breites Bündnissystem nach

⁴⁷⁵ Zum Kernmodell siehe Kapitel 2.2.2.

⁴⁷⁶ Welcoming Remarks of Russian Security Council Secretary Igor Ivanov at Summit of Central Asian Cooperation Organization, Astana, May 28, 2004, a.a.O.

strategischen Gesichtspunkten aufzubauen, und mit den verschiedenen Akteuren in der Region gute Beziehungen zu etablieren. Dabei fällt nicht nur Usbekistan eine wichtige Rolle zu, sondern auch Russland.

Die Annäherung zwischen Russland und China, die sich seit Mitte der 90er Jahre abzeichnete, institutionalisierte sich in Form der SCO. Beide Mächte vereinte der Wunsch, dem zunehmenden amerikanischen Einfluss in Asien entgegenzuwirken. Seit dem 11.9.2001, der die Handlungsmöglichkeiten der SCO überforderte und angesichts der Existenz der amerikanischen Antiterrorkoalition zum Profilverlust führte, findet ein Prozess der stetigen Institutionalisierung der Kooperation statt, um deren Wirksamkeit zu erhöhen. Für China ist die SCO ein geeignetes Forum, um seine sicherheitspolitischen Interessen, insbesondere in Bezug auf seine westliche Provinz Xinjiang, die den zentralasiatischen Staaten kulturell und religiös sehr nahe ist, zu artikulieren. Des Weiteren hofft China auf eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der SCO.

Relativ unabhängig von externen Einflussversuchen agierte bis zum 28.5.2004 die CACO. Sie war zwar GUS-freundlich gesinnt, aber bezüglich der Mitgliederstruktur eine rein zentralasiatische Organisation, die auf die spezifischen Herausforderungen der zentralasiatischen Region einging, und die spezifischen zentralasiatischen Konfliktkonstellationen widerspiegelte. Ihre Problemlösungsmöglichkeiten blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück; Kooperation fand auf dem Papier statt, nicht in der Realität. Mit der Aufnahme Russlands könnte die Organisation nun ihren zentralasiatischen Fokus einbüßen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern es Russland gelingen wird, die Organisation zu beeinflussen und als Vehikel zur GUS-Reintegration zu benutzen. Falls Russland diesbezüglich erfolgreich sein wird, geben die zentralasiatischen Staaten eine wichtige Institution aus der Hand, die das Potential gehabt hätte, zur Regionalisierung Zentralasiens aus zentralasiatischer Perspektive beizutragen.

Dennoch wäre es einseitig, die Erweiterung der CACO allein aus diesem Blickwinkel zu betrachten, und allein auf russische Initiative und Druck zurückzuführen. Eine solche Interpretation würde das Handlungspotential der zentralasiatischen Staaten unterschätzen, die spätestens seit dem 11.9.2001 sehr wohl in der Lage sind, ihre Bündnispartner eigenständig auszuwählen. Insbesondere Usbekistan hat diese Eigenständigkeit seit jeher zum Ausdruck gebracht, und zumeist versucht, Distanz gegenüber Moskau zu bewahren. Um so erstaunlicher ist es, dass Usbekistan dem Aufnahmeantrag Russlands positiv gegenübersteht. Dies ist nur

möglich, weil bereits mehrere Monate zuvor eine partnerschaftliche Annäherung zwischen den beiden Ländern eingesetzt hat. Offensichtlich strebt nun auch Taschkent eine Diversifizierung seiner Außenpolitik an, die ja seit dem 11.9. in erster Linie auf die USA als strategisch wichtigsten Partner gebaut hatte.

Zu begründen ist der unerwartete Schritt von Seiten der zentralasiatischen Staaten am ehesten mit der Einsicht, dass sie bei der Lösung vieler existentieller Probleme, wie der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, auf die Hilfe weiterer betroffener Staaten angewiesen sind. Gerade Russland ist prädestiniert, diese Rolle zu übernehmen, da es im Gegensatz zu den USA in direkter Nachbarschaft situiert ist, und von daher in ähnlicher Art und Weise von den Problemen und ihren Folgen betroffen ist. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung, und das Überkommen der Isolation von der Weltwirtschaft kommt Russland mit seinem großen Pipeline-Netzwerk und Wirtschaftspotential eine entscheidende Rolle zu. Des Weiteren ist Russland – anders als die USA – kein Partner, der unangenehme Fragen bezüglich Menschenrechten, politischem Pluralismus, Demokratisierung, etc. stellt.

Die Chancen für eine institutionelle Regionalisierung der zentralasiatischen Region aufgrund zentralasiatischer Initiative sind also seit dem 28.5.2004 gesunken. Auch die beiden auf zentralasiatischer Ebene existierenden Initiativen der partiellen Kooperation – das gemeinsame Wassermanagement und die atomwaffenfreie Zone - geben keinen Anlass, das Regionalisierungspotential optimistischer zu betrachten. Eine Integration, die nach funktionalistischer Theorie⁴⁷⁷ in einer solchen Situation erfolgen könnte, erscheint in absehbarer Zeit unrealistisch. „Spillover-Effekte“, die von den beiden Sachgebieten ausgehend, zu einer weiteren Annäherung zwischen den Staaten führen könnten, um sich allmählich zu institutionalisieren und auszuweiten, sind nicht zu erwarten.

Für ein gemeinsames Wassermanagement wurden zwar gemeinsame Institutionen und Behörden geschaffen, dennoch mangelt es nach wie vor an grundsätzlichen Einsichten und der Bereitschaft zu Zugeständnissen durch die Nationalstaaten. Das von der Notwendigkeit der Wasserverteilung ausgehende Konfliktpotential konnte bisher nicht gebannt werden, und ist Gegenstand zwischenstaatlicher Unstimmigkeiten, und wird deswegen in Kapitel 4.2.2.2. als eine der gegenwärtigen Sicherheitsbedrohungen erörtert. Des Weiteren handelt es sich bei dem Wassermanagementsystem um eine induzierte Kooperation,⁴⁷⁸ d.h. internationale Organisationen waren und sind maßgeblich an Initiierung und Fortbestand der Kooperation

⁴⁷⁷ Zur funktionalistischen Integrationstheorie vgl. Kapitel 2.2.2.

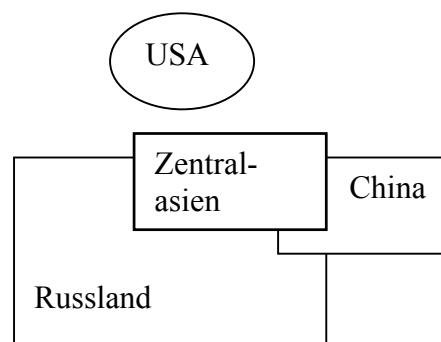
⁴⁷⁸ Zum Begriff der induzierten Kooperation vgl. Kapitel 2.2.1.

beteiligt. Offensichtlich ist es nicht gelungen, die Kooperation nachhaltig zu gestalten, so dass diese von den zentralasiatischen Staaten selbst weitergeführt werden würde.

In Bezug auf die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Zentralasien muss zwar konstatiert werden, dass diese Initiative von den zentralasiatischen Staaten selbst ausging. Auch kann sie insofern als erfolgreich gewertet werden, als dass alle zentralasiatischen Staaten sich an ihr beteiligen. Nichtsdestotrotz betrifft ihr Wirkungsradius die fundamentalen Sicherheitsrisiken, von denen die zentralasiatische Region bedroht wird (vgl. Kapitel 4.2.) nur als Teilaspekt, der „Gebrauchswert“ der Initiative für die Regionalisierung an sich, bleibt also begrenzt.

Zusammenfassend lässt sich die institutionelle Mächtekonstellation in Zentralasien auf multilateraler Ebene in folgender Graphik wiedergeben:

Abbildung 10: Mächtekonstellation in Zentralasien auf multilateraler, institutioneller Ebene



Im Zentrum der Regionalisierungsbestrebungen für die zentralasiatische Region steht natürlich die Region selbst, die jedoch als eigenständiger Akteur zunehmend an Relevanz und Handlungsmöglichkeit verliert. Auch steht in Frage, inwiefern und wie lange noch Zentralasien in institutioneller Hinsicht als Region gesehen werden kann. Die nationalen Präferenzen und Interessen werden zunehmend heterogener, so dass eine Fragmentierung in unterschiedliche Lager/ Bündnissysteme nicht auszuschließen ist. Darüber hinaus gewinnen Allianzen mit den in der Nachbarschaft befindlichen Großmächten je mehr an Bedeutung, je weniger die Probleme in ökonomischer und insbesondere sicherheitspolitischer Hinsicht von der zentralasiatischen Region allein zu bewerkstelligen sind. Russland beweist sich diesbezüglich mehr und mehr als der wichtigste Partner, was durch die Reintegrationsambitionen im Rahmen der GUS verstärkt wird. Ein mögliches

Auseinanderdriften der regionalen Einzelstaaten könnte vor allem durch diesen Kurs der GUS-Reintegration verhindert werden. China verfügt über wesentlich geringere Einflussmöglichkeiten im zentralasiatischen Raum; in institutioneller, multilateraler Hinsicht besitzt es diese nur im Rahmen der SCO, in der es sich den Führungsanspruch mit Russland teilen muss. Die USA sind seit dem 11.9. ein wichtiger Faktor in der Region, insbesondere bezüglich ihrer sicherheitspolitischen Aktivitäten. Ihr Einfluss beschränkt sich jedoch in erster Linie auf bilaterale Partnerschaften und verringert sich in dem Maße, in dem Russland an Einfluss (zurück-) gewinnt.

Inwiefern wirkt sich nun aber die relativ große Anzahl der Regionalorganisationen für die Organisationen selbst, für die Region und die Einzelstaaten aus? Schafft diese Situation Konkurrenz und verschlechtert dadurch die Sicherheitslage, oder trägt sie zur verstärkten Kooperation miteinander bei, da sich die Arbeitsbereiche sehr ähneln? An dieser Stelle ist es sinnvoll, die Analyse nach wirtschafts- bzw. sicherheitspolitischer Schwerpunktsetzung zu differenzieren.

Auf sicherheitspolitischer Ebene sind in Zentralasien folgende relevante Organisationen mit folgender Mitgliederstruktur zu nennen:

Abbildung 11: Mitgliederstruktur sicherheitspolitischer Organisationen

	CSTO	CACO	GUS	SCO	GUUAM
China				X	
Russland	X	X	X	X	
Kasachstan	X	X	X	X	
Tadschikistan	X	X	X	X	
Kirgisistan	X	X	X	X	
Usbekistan		X	X	X	X
Turkmenistan			X		
andere	X		X		X

Prinzipiell hat die Darstellung der einzelnen Gruppierungen gezeigt, dass in sicherheitspolitischer Hinsicht eine große Schnittmenge existiert: Die Zielsetzungen und teilweise auch die Strategien zur Zielerreichung sind mehr oder weniger identisch.

Der Blick in die Tabelle macht deutlich, dass ein Kern von Ländern existiert, die im sicherheitspolitischen Bereich im Rahmen mehrerer Organisationen miteinander kooperieren und so zwangsläufig eine gemeinsame Sicherheitsstruktur schaffen: Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan. Während Turkmenistan sich völlig von dieser Struktur distanziert, hält Usbekistan je nach aktueller außenpolitischer Präferenz enge Kontakte zu diesem Staaten-Grüppchen, oder bleibt auf Distanz. Momentan findet eine Annäherung statt. Zieht man den Kreis größer, existiert eine erweiterte Sicherheitsstruktur mit China.

Da sowohl thematisch, als auch bezüglich der Mitgliedstaaten große Überschneidungen zwischen den sicherheitspolitisch orientierten Regionalorganisationen vorherrschen, ist zunächst festzustellen, dass aus diesem Grunde keine feindschaftliche, oder durch große Konkurrenz geprägte Situation entstanden ist. Die beiden wichtigsten Organisationen, SCO und CSTO, diskutieren in letzter Zeit die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Nach einem Treffen der SCO-Außenminister im April 2003 antwortete der russische Außenminister auf die Frage nach den Gemeinsamkeiten zwischen SCO und CSTO: „These are not competing, but mutually complementary organizations. I am confident that constructive coordination will be established between them, corresponding to the interests of our states.“⁴⁷⁹

Die neue Kooperationswilligkeit zwischen den beiden Organisationen scheint sich auch in der Praxis zu bestätigen. Die Militärübungen der schnellen Eingreiftruppe der CSTO werden 2004 nicht in der üblichen Art und Weise durchgeführt werden. Militäreinheiten und Beobachter der SCO, die nicht Teil der CSTO sind, also aus Usbekistan und China, sollen umfangreich in die Übungen integriert werden. Der Entschluss Usbekistans und Chinas zur Kooperation mit der CSTO, könnte die Wiederbelebung des Regionalismus, zumindest in sicherheitspolitischer Hinsicht, bedeuten.⁴⁸⁰ Auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Bündnissen, so auch mit den USA bzw. der NATO werden derzeit in beiden Organisationen erörtert.

Der CACO ist es bisher nicht recht gelungen, ein fundiertes sicherheitspolitisches Profil zu entwickeln, und verliert sich – so scheint es – zwischen SCO und CSTO. Jedoch wäre es

⁴⁷⁹ Transcript of Russian Foreign Minister Igor Ivanov Remarks at Joint Press Conference of Participants in Shanghai Cooperation Organization Foreign Ministers Council Meeting, Almaty, April 29, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Department of Information and Press, http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/sco_fm_20030429.html

⁴⁸⁰ Soltobaev, Aziz: Collective Security Exercises in Central Asia: Wrong Medicine? Central Asia – Caucasus Analyst, May 19, 2004, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=2380

voreilig, ihr Dasein in Frage zu stellen, da die CACO aus spezifisch zentralasiatischem Blickwinkel auf die vielen Probleme eingehen könnte.

In sicherheitspolitischer Hinsicht ist also zu konstatieren, dass die multilateralen Strukturen ein relativ geschlossenes Bild ergeben, auch wenn die Umsetzung noch viele Unwägbarkeiten mit sich bringt. Es existiert ein Kern von Staaten, der in drei unterschiedlichen Ausprägungen, aber mit den selben Zielsetzungen agiert. Die stärkste Komponente ist auf Russland und den GUS-Raum gerichtet, mit Zentralasien als einem der wichtigsten Agitationsfelder. Noch kann des Weiteren Zentralasien als eine eigene sicherheitspolitische Struktur gesehen werden, eine Verschmelzung mit der Gesamt-GUS zeichnet sich jedoch ab. Eine weitere Struktur bilden Russland und China zusammen mit den zentralasiatischen Staaten.

GUUAM steht außerhalb dieser regionalen Sicherheitsstruktur, was nicht nur mit seiner Russland-kritischen Grundhaltung zusammenhängt, sondern auch mit seiner Mitgliederzusammensetzung, die geographisch eine ganz andere Ausprägung einnimmt. Zwar ergibt sich daraus eine gewisse Konkurrenz-Situation; GUUAM ist jedoch vergleichsweise schwach, um destabilisierend auf die Gesamt-Lage wirken zu können.

Im Bereich der gemeinsamen Wirtschaftspolitiken sind folgende relevante Organisationen mit folgender Mitgliederstruktur evident:

Abbildung 12: Mitgliederstruktur wirtschaftspolitischer Organisationen

	CES	EurAsEC	CACO	GUS	GUUAM
Russland	X	X	X	X	
Kasachstan	X	X	X	X	
Tadschikistan		X	X	X	
Kirgisistan		X	X	X	
Usbekistan			X	X	X
Turkmenistan				X	
andere	X	X		X	X

Wie im sicherheitspolitischen Bereich, existiert eine Kerngruppe von Staaten. Diese sind auch auf ökonomischer Ebene: Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan. Seit den jüngsten Bemühungen zur Schaffung des CES, scheinen Russland und Kasachstan eine

Vorreiterrolle einzunehmen und den Kern des Kerns darzustellen, wobei der Erfolg der CES sich erst beweisen muss. Usbekistans Rolle variiert, genauso wie für die sicherheitspolitische Situation beschrieben. Insgesamt ergeben sich zwei ökonomische Ausprägungen. Um Russland und die GUS herum schreitet die ökonomische Integration im Sinne eines Kernmodells voran, die nach absteigendem Integriertheitsgrad die CES, EurAsEC und CACO umfasst. Somit kann man zwischen diesen Organisationen auch nicht von einer Konkurrenzsituation sprechen, sondern eher von gegenseitiger Ergänzung. Die besten ökonomischen Erfolge, d.h. das größte Organisations-interne Handelsvolumen, weist derweil EurAsEC auf.

GUUAM versucht, einen Gegenpol gegen die von Russland dominierte Entwicklung darzustellen, kann dem aufgrund seiner mangelnden ökonomischen Relevanz und Erfolge jedoch nichts entgegensetzen.

Die multilaterale Konstellation Zentralasiens, welche durch eine Vielzahl von Regionalorganisationen geprägt ist, ist im Grundsatz also nicht von Konfrontation geprägt, wie auf den ersten Blick vermutet werden könnte. Da der Großteil der Organisationen entscheidend durch die Mitgliedschaft Russlands geprägt ist, ergibt sich eher der Eindruck von Komplementarität. Ausnahme ist GUUAM, welche sowohl im sicherheitspolitischen, als auch wirtschaftspolitischen Bereich eine Art „Gegenveranstaltung“ darstellt. Dies fällt allerdings kaum ins Gewicht, da GUUAM aufgrund ihrer Mitgliederzusammensetzung geographisch und thematisch von vergleichsweise geringer Bedeutung für die zentralasiatischen Staaten ist, und darüber hinaus bisher keine Erfolgsbilanz aufzuweisen hat.

4. Sicherheit in Zentralasien

Sicherheitspolitische Probleme spielen eine herausragende Rolle in der gegenwärtigen Entwicklung Zentralasiens, wie bereits die bisherigen Ausführungen verdeutlicht haben. Sie sind nicht nur eine der wichtigsten Herausforderungen an die nationalen Politiken, sondern beeinflussen auch die Beziehungen der Staaten untereinander, auf regionaler Ebene und darüber hinaus. Durch den 11.9.2001 hat das Thema „Sicherheit in Zentralasien“ an Brisanz gewonnen, und die Stationierung amerikanischen Militärs in Usbekistan und Kirgisistan veranschaulicht, dass es nicht auf die regionale Ebene beschränkt blieb, sondern eine internationale Dimension erhielt.

Mit der Bedeutungszunahme sicherheitspolitischer Fragestellungen und Herausforderungen in Zentralasien, ist auch das Thema der regionalen Kooperation in ein neues Licht gerückt worden. Wurde zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeiten über regionale Integration/Kooperation und ihre Vorteile für Zentralasien primär aus wirtschaftspolitischer Sicht diskutiert, fand hier ab Mitte der 90er Jahre eine Schwerpunktverschiebung statt. Je größer und unmittelbarer die sicherheitspolitischen Probleme wurden, die die Länder gleichermaßen bedrohten, desto intensiver wurden Fragen regionaler Kooperation im sicherheitspolitischen Zusammenhang diskutiert. Diese Umorientierung reflektiert sich auch in den Entwicklungen einiger Regionalorganisationen. War z.B. die CACO zu Beginn ihrer Formierung ein rein wirtschaftspolitischer Zusammenschluss, was sich auch in dem früheren Namen der Organisation „Central Asian Economic Community“ widerspiegelte, so fand seit Ende der 90er Jahre, also seit den terroristischen Übergriffen im Ferghana Tal, eine Schwerpunktverschiebung statt, die nunmehr die sicherheitspolitische militärische Kooperation in den Mittelpunkt stellte.

Auch das Engagement internationaler Organisationen wie der ADB und EU, die mit ihren Fördermaßnahmen gezielt zur Verbesserung der regionalen Kooperation beitragen wollen, lässt schlussfolgern, dass gegenwärtig regionale Kooperation im immer engeren Zusammenhang mit regionaler Sicherheit betrachtet wird. Ohne regionale Kooperation keine regionale Sicherheit, und umgekehrt; ohne regionale Sicherheit in Zentralasien keine internationale Sicherheit, könnte die Formel lauten.

Bisher ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit immer wieder relativ undifferenziert von sicherheitspolitischen Problemen und Herausforderungen die Rede gewesen. Kapitel 4 soll dieses Defizit beheben, und auf die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Probleme eingehen, die in Zentralasien evident sind. Jedoch ist es in diesem Zusammenhang nicht ganz korrekt, zu pauschalisieren: Nicht jedes sicherheitspolitische Problem betrifft jedes zentralasiatische Land im gleichen Ausmaß. Dennoch gilt für den Großteil, dass sie nicht an Staatsgrenzen halt machen und nichttraditioneller Natur sind. Der Schlüssel zur Problemlösung kann also nicht in unilateralen Maßnahmen liegen, sondern nur im vereinten, abgestimmten Vorgehen.

Der usbekische Präsident Karimow widmete in seinem Buch „Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ ein ausführliches Kapitel den Gefährdungen der Sicherheit. Folgende Sicherheitsrisiken unterzieht er einer Analyse: regionale Konflikte, religiöser Extremismus

und Fundamentalismus, Großmacht-Chauvinismus und aggressiver Nationalismus, ethnische und zwischennationale Widersprüche, Korruption und Verbrechen, Vetternwirtschaft und Beziehungen der Clans, ökologische Probleme.⁴⁸¹

Der kasachische Sekretär des Sicherheitsrats und Präsidentenberater Tashin äußerte sich in einem Interview auf die Frage, welche äußeren Bedrohungen Kasachstan beunruhigten folgendermaßen:

„Es ist kein Geheimnis, daß die Situation in der zentralasiatischen Region sehr kompliziert ist. Viele Experten haben in ihr für 1999 und 2000 erhöhte Spannungen vorausgesagt. Leider haben sich ihre Prognosen bestätigt. Dennoch geht es hier nicht um kriegerische Konflikte im großen Maßstab, sondern um lokale Konflikte, die mit dem internationalen Terrorismus verbunden sind. Das Problem des internationalen Terrorismus ist wiederum auf das engste mit einem anderen Problem nationaler Sicherheit verbunden, nämlich mit dem Transfer von Waffen und Drogen über unser Territorium. Spezialisten der UNO meinen, daß im 21. Jahrhundert das Wasserproblem geopolitische Bedeutung gewinnen wird. Deshalb gehen wir davon aus, daß die Probleme bei der Regulierung von Wassernutzung nicht nur ein Element der ökonomischen, sondern auch der strategischen Sicherheit unserer Staaten darstellen... Ein weiteres Problem sind nicht demarkierte Staatsgrenzen. Der diesbezügliche Vertragsprozeß mit China verlief sehr konstruktiv und zügig. Wenn wir aber von Zentralasien insgesamt sprechen, so existiert das Problem mit den Staatsgrenzen weiterhin.“⁴⁸²

Wie die kasachischen und usbekischen Stellungnahmen zeigen, ist die Bandbreite der Sicherheitsrisiken sehr groß. Problematisch für die Staaten ist jedoch nicht nur die Vielzahl der Sicherheitsrisiken, mit denen sie sich konfrontiert sehen, sondern auch ihre Komplexität und Interdependenzen. Da jedoch keiner der betroffenen Staaten die Gefährdungen losgelöst, nur vom nationalen Blickwinkel aus betrachten kann, stellt sich die Frage, ob der gemeinsamen Bedrohung nicht auch eine kooperationsförderliche Dynamik immanent ist. In Kapitel 3.1.3. wurde als eine der Voraussetzungen für zwischenstaatliche Kooperation die

⁴⁸¹ Vgl. Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, a.a.O., Kapitel I

⁴⁸² Interview mit Marat Tashin, in: Nezavisimaja gazeta, 16.3.2000, zitiert nach: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien, Teil II: Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der „neuen Sicherheitsrisiken“, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 25/2000, 5.9.2000, S. 27

Existenz gemeinsamer Interessen und Ziele formuliert. Die Bekämpfung der sicherheitspolitischen Gefährdungen stellt definitiv ein gemeinsames Interesse und Ziel dar.

Das vorliegende Kapitel ist in mehrere Abschnitte unterteilt. Zunächst soll eine kurze Auseinandersetzung mit dem Begriff der Sicherheit erfolgen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Sicherheitsrisiken für die zentralasiatischen Staaten erörtert. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, es sollen vielmehr die wichtigsten Bedrohungen, die auch im Rahmen von Kapitel 3 des Öfteren erwähnt worden sind, analysiert werden. Eine erste Gruppe von Sicherheitsrisiken ist nichttraditioneller Natur und wirkt „von außen“ auf die Region ein, resultieren sie doch vor allem aus dem „Krisenherd“ Afghanistan: politischer Islam, Terrorismus und Drogenhandel.

Eine zweite Gruppe von Faktoren, die destabilisierend auf die sicherheitspolitische Lage Zentralasiens wirken, wird vor allem durch Unstimmigkeiten zwischen den zentralasiatischen Staaten selbst hervorgerufen: Grenzstreitigkeiten, sowie Wassernutzungskonflikte.

Bei einer dritten Gruppe von sicherheitsgefährdenden Faktoren handelt es sich um Probleme, die mit den nationalen Transformationen zusammenhängen, jedoch nicht auf die nationale Ebene beschränkt bleiben, da sie einerseits alle fünf Staaten betreffen, und andererseits durch kooperatives Verhalten abgeschwächt werden könnten und mit anderen Sicherheitsrisiken in Zusammenhang stehen. In erster Linie sind die ökonomischen Krisen und weitverbreitete Armut, sowie die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Bevölkerung aufgrund der autoritären nationalen Regime zu nennen.

Es ist zu betonen, dass eine solche Klassifizierung der Sicherheitsrisiken nicht ganz unproblematisch ist, da viele Überschneidungen existieren. Insbesondere die Trennung zwischen „äußeren“ und „inneren“ Faktoren ist bisweilen unscharf.

Abschließend werde ich mich mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern Zentralasien als ein Sicherheitskomplex bzw. als ein regionales Sicherheitssystem zu bezeichnen ist, und welche Auswirkungen dies auf die regionale Kooperation an sich zeitigt.

4.1. Der Sicherheitsbegriff

Das Wörterbuch zur Sicherheitspolitik von 1992 definiert Sicherheit als „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen, bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen und ihre Zukunft nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Der Grad der Sicherheit bzw. Bedrohtheit hängt weitgehend vom subjektiven

Empfinden, den historischen Erfahrungen, dem Selbstverständnis und dem Verhältnis zur Umwelt ab.“⁴⁸³

Sicherheit ist ein vieldimensionaler Begriff, der „ein Grundbedürfnis, einen sozialen Wert und eine politische Zielsetzung“⁴⁸⁴ beschreibt. Der Begriff ist stetigem Wandel ausgesetzt, und findet in unterschiedlichen politischen, historischen, gesellschaftlichen, geographischen, philosophischen und ideologischen Kontexten Anwendung. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, „stets zu fragen, um welche und wessen Sicherheit vor welcher durch wen verursachten Gefahr es geht und mit welchen Mitteln Sicherheit auf wessen Kosten, mit welchen Folgen erreicht werden soll, und wer über ihren Einsatz entscheidet.“⁴⁸⁵ Denn: „Eine – zuweilen auch nur behauptete – äußere Bedrohung wird nur allzu gern genutzt, um interne Herrschaftspositionen zu sichern...“⁴⁸⁶

Die Ausdifferenzierung des Begriffs der Sicherheit muss folglich je nach Wahl der Analyseebene erfolgen. Wird die Bedrohung des Individuums, d.h. die gesellschaftliche Sicherheit thematisiert, oder die Bedrohung des Staates, also die nationale Sicherheit? Oder geht es um die Bedrohung der weltpolitischen Stabilität, um internationale Sicherheit?⁴⁸⁷ Für die zentralasiatische Region ist zu konstatieren, dass alle Analyseebenen relevant sind, hinzu kommt die regionale Ebene. Trotz der Möglichkeit, die Analyse auf unterschiedliche Ebenen zu fokussieren, bleibt dennoch der Staat das Zentrum sicherheitspolitischer Handlungsmöglichkeiten: „Gesellschaftliche Sicherheit wird durch die Staatlichkeit garantiert, nationale Sicherheit ist per definitionem die Sicherheit des Staates, und internationale Sicherheit basiert auf dem friedlichen Miteinander souveräner Staaten.“⁴⁸⁸

Des Weiteren ist zu betonen, dass der Sicherheitsbegriff, wie bereits angedeutet, keine Konstante darstellt, da er sich gleichzeitig mit der Veränderung von sicherheitspolitischen Leitbildern und Theorien, den historischen und ideologischen Rahmenbedingungen anpasst. So sollen die sicherheitspolitischen Leitbilder, die die Theorie der internationalen

⁴⁸³ Buchbender, Ortwin: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, 3. Auflage, Herford/ Bonn 1992, S. 134

⁴⁸⁴ Birkenbach, Hanne-Margret: Sicherheit, in: Albrecht, Ulrich/ Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien 1997, S. 461-464, S. 461

⁴⁸⁵ Ebd.

⁴⁸⁶ List, Martin/ Behrens, Maria/ Reichhardt, Wolfgang/ Simonis, Georg: Internationale Politik. Probleme und Grundbegriffe, Opladen 1995, S. 88

⁴⁸⁷ Daase, Christopher: Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung, in: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Moltmann, Bernhard/ Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993, S. 39-64, S. 47

⁴⁸⁸ Ebd.

Beziehungen bis zum Zerfall der Sowjetunion prägten, an dieser Stelle nicht thematisiert werden. Sie spiegelten die Bedrohungserfahrungen und –perzeptionen der damaligen Zeiten wieder und fanden im Kontext von Zweitem Weltkrieg, Ost-West-Konflikt, nuklearer Abschreckung und Mächtegleichgewicht Anwendung. Gemeinsam war allen sicherheitspolitischen Konzepten ihr macht- und militärpolitisches, sowie staatszentriertes Sicherheitsverständnis, das Bedrohung als extern, also von außen kommend wahrnahm. So wurde nationale Sicherheit verstanden, als die „Fähigkeit eines Staates, einen Angriff siegreich zu überstehen und Druck, Drohung und Erpressung erfolgreich zu widerstehen.“⁴⁸⁹

Die sicherheitstheoretische Debatte seit Anfang der 90er Jahren nimmt Abstand vom früheren eindimensionalen Sicherheitsverständnis, das den neuen Rahmenbedingungen einer interdependenten Welt nicht mehr gerecht wird. Die Definition von Sicherheit wird ausgeweitet, und nicht nur eine militärische und politische Dimension einbezogen, sondern zusätzlich eine ökonomische, ökologische und gesellschaftliche. Innerhalb des sicherheitspolitischen „Establishment“ hat sich für diesen Trend das Schlagwort des „erweiterten“ oder „multidimensionalen“ Sicherheitsbegriffs etabliert.

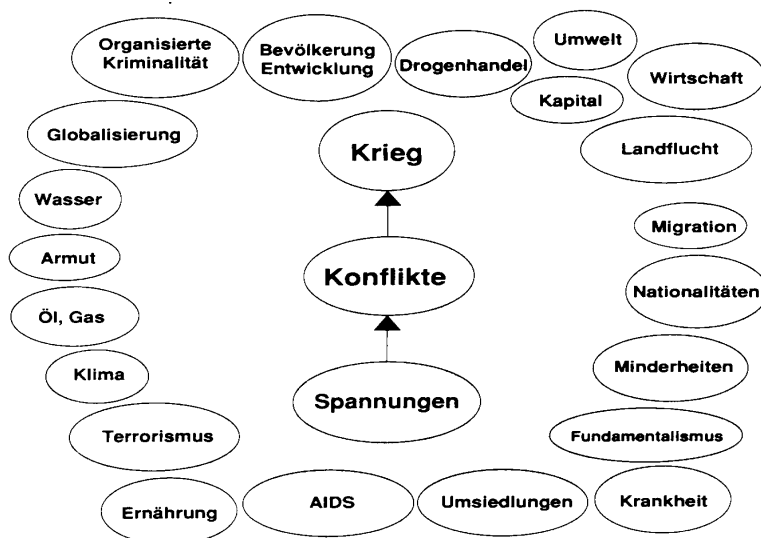
In Deutschland hatte bei Sicherheitspolitikern und –experten bereits zuvor ein Prozess des Umdenkens begonnen. So definiert zum Beispiel das Lexikon zur Sicherheitspolitik von 1980 Sicherheit wie folgt: „Sicherheit hat in unserer Zeit längst Dimensionen angenommen, die mit dem engeren Begriff der militärischen Sicherheit nicht mehr allein erfaßt werden können. Sicherheit heute ist das Produkt innerpolitischer, wirtschaftlicher, sozialer und militärischer Faktoren.“⁴⁹⁰ Die endgültige Anerkennung des neuen, komplexen Sicherheitsverständnisses spiegelt das Weißbuch 1994 wieder, in dem das Bundesverteidigungsministerium Stellung zur Sicherheit der Bundesrepublik bezieht. Dort heißt es: „Risikoanalysen über künftige Entwicklungen müssen von einem weiten Sicherheitsbegriff ausgehen. Sie dürfen sich nicht auf Europa beschränken, sondern müssen die Interdependenz von regionalen und globalen Entwicklungen berücksichtigen. Sie müssen gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Tendenzen einbeziehen und in Beziehung setzen zur Sicherheit Deutschlands und seiner

⁴⁸⁹ Dettke, Dieter: Begriffe I: Der Sicherheitsbegriff, in: Rinke, Bernhard, Woyke, Wichard (Hrsg.): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung, Opladen 2004, S. 9-24, S. 10

⁴⁹⁰ Apel, H.: Aspekte unserer Sicherheitspolitik. Grundlagen und Perspektiven, Rede auf der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD am 26.8.1978, Manuskript S. 12, zitiert nach: Lutz, Ernst: Lexikon zur Sicherheitspolitik. Mit einem Vorwort von Wolf Graf von Baudissin, München 1980, S. 235

Verbündeten.⁴⁹¹ In den 90er Jahren wurde dieser erweiterte Sicherheitsbegriff mit Inhalten gefüllt, der ein komplexes „Potpourri“ von Konfliktpotentialen ergibt, welches die folgende Graphik der Bundesakademie für Sicherheitspolitik illustriert.

Abbildung 13: Konfliktpotentiale im Sinne eines „erweiterten“ Sicherheitsbegriffs



Quelle: Frank, Hans: *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen*, in: *Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg 2001, S. 15-28, S. 26

Der Sicherheitsbegriff erfuhr nicht nur eine Ausweitung seiner Dimensionen, es wurde des Weiteren anerkannt, dass auch innenpolitische Faktoren in die Analyse der sicherheitspolitischen Gesamtlage einzubeziehen sind. Schließlich ist „ein großer Teil der Außenpolitik... nicht nur mit der eigenen Innenpolitik, sondern auch mit der Innenpolitik derjenigen Staaten verbunden, an die man sich richtet.“⁴⁹², wie das Londoner Institut für Strategische Studien 1995 konstatierte. In der Konsequenz werden z.B. auch Menschenrechtsverletzungen zum sicherheitsrelevanten Thema: „Menschenrechtsverletzungen sind somit oftmals ein Bestandteil, wenn nicht gar eine Ursache für Instabilität, sowohl innerhalb eines Landes als auch auf regionaler Ebene.“⁴⁹³

⁴⁹¹ Bundesministerium für Verteidigung: Weißbuch 1994, Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994, S. 26

⁴⁹² International Institute for Strategic Studies (IISS): *Strategic Survey 1994-1995*, Oxford et al. 1995, S. 5, zitiert nach: Debiel, Thomas: *Wegweiser oder Irrlichter? Sicherheitspolitische Leitbilder für die 90er Jahre*, in: Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*, Institut für Entwicklung und Frieden, Bonn 1996, S. 120-140, S. 127f

⁴⁹³ International Institute for Strategic Studies (IISS): *Strategic Survey 1993-1994*, London 1994, S. 37, zitiert nach: Debiel, Thomas: *Wegweiser oder Irrlichter? 1996*, a.a.O., S. 128

Auch für Zentralasien ist ein solcher „erweiterter“ Sicherheitsbegriff angemessen. Herrschte in Zentralasien bis Mitte/Ende der 90er Jahre ein klassisches Sicherheitsdenken vor, das in erster Linie auf die potentielle äußere (militärische) Bedrohung durch einen anderen Akteur (vor allem das unberechenbare Afghanistan seit Machtübernahme durch die Taliban, sowie das bürgerkriegsgeplagte Tadschikistan waren Kern solcher Befürchtungen) fokussiert war, änderte sich die Bedrohungsperzeption seit 1999. Das Eindringen islamischer Extremisten im Ferghana Tal zeigte, dass von einer solchen nichttraditionellen Gefahr die weitaus größere Bedrohung ausging. Heute ist Zentralasien, wie kaum eine andere Region, mit Konfliktpotentialen konfrontiert, die keine traditionelle militärische Bedrohung darstellen, sondern die im Rahmen des „erweiterten“ Sicherheitsbegriffs gefasst werden müssen. Innerhalb der vorliegenden Arbeit wähle ich für dieses Bedrohungspotential auf ökonomischer, ökologischer, gesellschaftlicher oder politischer Ebene den Begriff der „nichttraditionellen Sicherheitsrisiken“.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Sicherheitsbegriff, soll an dieser Stelle noch ein kurzer Exkurs zu einem Begriff erfolgen, der nicht in das Schema der erweiterten Sicherheit passt, und dem Kontext des Ost-West-Konflikts, unter dem Eindruck des gegenseitigen Wettrüstens entstammt. Das *Sicherheitsdilemma*, welches im Rahmen dieser Arbeit bereits Erwähnung gefunden hat. Es geht davon aus, dass ein Zustand der Unsicherheit und des gegenseitigen Misstrauens vorherrscht, innerhalb dessen ein Akteur versucht, seine Sicherheit durch Machtanhäufung und unilaterale Maßnahmen zu erhöhen. Selbiges wird von dem anderen Akteur als Bedrohung wahrgenommen, der nun seinerseits versucht, seine Sicherheit durch entsprechende Maßnahmen zu erhöhen. Es entsteht ein Teufelskreis von Aktion und Reaktion, der zu einer konfliktgeladenen und von Misstrauen geprägten Situation führt, in der die Sicherheit aller Akteure vermindert ist, und im schlimmsten Falle im offenen Konflikt mündet. Das Sicherheitsdilemma wurde erstmals 1950 von Herz formuliert.⁴⁹⁴

4.2. Sicherheitsrisiken in Zentralasien

Zentralasien sieht sich einer multidimensionalen Bedrohung seiner Sicherheitslage ausgesetzt. Betroffen sind alle Ebenen: Individuen, die Gesellschaft, die Staaten, die Region als solche

⁴⁹⁴ Vgl. Herz, John H.: Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: World Politics, Vol. 2, 1950, No. 2, S. 157-180

und die internationale Gemeinschaft. Sie befinden sich in einem Zustand, der durch ein teils latentes, teils akutes Bedrohungsgefühl gekennzeichnet ist.

Auch wenn alle Ebenen betroffen sind, ist der Staat das Zentrum sicherheitspolitischer Handlungsspielräume, und so soll es im Folgenden in erster Linie um die nationalstaatliche Analyseebene und diesbezügliche Bedrohungsperzeptionen gehen. Da zwischen den zentralasiatischen Staaten jedoch eine große Überschneidung der nationalen Sicherheitsrisiken vorherrscht, sind die nationale und regionale Ebene nahezu deckungsgleich. Aus diesem Blickwinkel erfolgt meine Argumentation, dass die Aufhebung der nationalen Bedrohungen am effektivsten erfolgen kann, wenn diese in regionaler Kooperation thematisiert und bekämpft werden. Auch mit der internationalen Gemeinschaft ergibt sich eine Schnittmenge gemeinsamer Bedrohungswahrnehmungen, was diese dazu veranlasst hat, sich in die Lage vor Ort einzumischen.

Die gegenwärtige Sicherheitslage Zentralasiens wird von nichttraditionellen Sicherheitsrisiken bestimmt. Als eine traditionelle Bedrohung wäre die militärische Konfrontation mit einem anderen Staat, und die daraus resultierende Infragestellung von Territorialität und Souveränität zu verstehen. Eine solche klassische Sicherheitsbedrohung ist für keinen der zentralasiatischen Staaten akut und erscheint auch für die absehbare Zukunft unrealistisch. Vielmehr kristallisierten sich im Verlauf der 90er Jahre eine Vielzahl nichttraditioneller Sicherheitsrisiken heraus, die zwar nicht die unmittelbar destruktive Wirkung eines erfolgreich geführten militärischen Angriffs entfalten, die aber in ihrer Komplexität viel subtiler zur Destabilisierung der Gesamtlage beitragen können. Die nichttraditionellen Sicherheitsrisiken fallen unter die Definition des erweiterten Sicherheitsbegriffs und sind somit sozialer, ökonomischer, ökologischer oder politischer Natur.

Der Zentralasienexperte Halbach zählt zu den nichttraditionellen zentralasiatischen Sicherheitsrisiken: „soziale und interethnische Konflikte, Sezessionsbestrebungen in Vielvölkerstaaten, Korruption, die Entfaltung mafiöser Strukturen und wachsende Kriminalität, ökologische Probleme, konfliktträchtige demographische Entwicklungen sowie das Gedeihen von nationalistischem oder religiösem Radikalismus auf dem Nährboden der sozialökonomischen Krise“⁴⁹⁵.

⁴⁹⁵ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien, Teil II, 2000, a.a.O., S. 26

Im Folgenden werde ich die nichttraditionellen Sicherheitsrisiken klassifizieren, da ein zu breiter Ansatz nicht die Leistung erbringen kann, zwischen den unterschiedlichen Ursachen für ihre Entstehung und ihren Wurzeln zu differenzieren; und somit auch kein Lösungspotential enthält. Ich nehme eine Unterscheidung in drei Gruppierungen vor.

Erstens wird die Sicherheitslage in Zentralasien durch Faktoren erschüttert, die von außen auf die Staaten und die gesamte Region einwirken. Einer näheren Analyse unterziehe ich die Probleme des politischen Islam und internationalen Terrorismus, sowie des Drogenhandels.

In einem zweiten Abschnitt werden solche Destabilisierungsfaktoren thematisiert, die aus zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten resultieren. Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Ländern werden oftmals durch unilaterale Handlungen getrübt und die Nachbarschaftlichkeit im Sinne eines Sicherheitsdilemmas auf harte Proben gestellt. Ein offener, bewaffneter Konflikt ist bislang ausgeblieben; den hier zu erörternden Faktoren – Grenzstreitigkeiten und Wassernutzungskonflikte - ist jedoch ein erhebliches Konfliktpotential immanent.

Bei der Definition des erweiterten Sicherheitsbegriffs in Kapitel 4.1. wurde gesagt, dass auch innenpolitische Faktoren in die Analyse der sicherheitspolitischen Gesamtlage einzubeziehen sind. Dies gilt auch für die zentralasiatischen Staaten, die – wie in Kapitel 2.1.2. dargestellt – mit erheblichen Problemen in ihren nationalen Transformationsprozessen zu kämpfen haben. Diese verlaufen zwar in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich, jedoch ergeben sich auch hier große Schnittmengen, die sich auf die regionale Sicherheit auswirken, bzw. durch regionale kooperative Maßnahmen abgemildert werden könnten. Die dritte Kategorie von Sicherheitsrisiken sind also solche, die als innenpolitische Probleme und in Wechselwirkung mit den externen Faktoren, destabilisierende Wirkung auf die Gesamtlage haben können: ökonomische Krisen und Armut, sowie der Autoritarismus der nationalen Regime.

Ich möchte betonen, dass die Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Ich wähle exemplarisch die Sicherheitsrisiken, die mir am wichtigsten erscheinen, und die im regionalen Kontext von Bedeutung sind. Darüber hinaus ist es mitunter schwierig, die einzelnen Faktoren eindeutig in eine der drei genannten Kategorien einzuordnen, da ihre Auswirkungen sehr komplex sind. So ist z.B. der internationale Terrorismus ein nichttraditionelles, von außen - insbesondere aus der instabilen Lage Afghanistans - resultierendes Problem. Jedoch fördert es zum Teil die zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten; so verschärfte zum Beispiel Usbekistan sein Grenzregime nach den terroristischen

Übergriffen der Sommer 1999 und 2000 im Ferghana Tal, was zu Empörung und Verunsicherung seiner Nachbarn führte. Auf der anderen Seite wirkt der internationale Terrorismus auch auf die innenpolitische Lage. Usbekistan, das sich am existenziellsten durch politische Islamisten bedroht fühlt, sieht sich beispielsweise genötigt, in autoritärer Weise gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, was die innenpolitische Lage verschärft, und zu einer weiteren Radikalisierung der religiösen und politischen Opposition führt.

Auf der anderen Seite – um beim Beispiel des internationalen Terrorismus zu bleiben – ist gerade diesem Sicherheitsrisiko auch ein recht hohes Kooperationspotential immanent. Wie einige Beispiele in Kapitel 3.2. gezeigt haben, erhielten viele Regionalorganisationen einen „Integrationschub“, weil diese gemeinsame Bedrohung den Regierungen vor Augen führte, dass nur ein gemeinsames Vorgehen zu nachhaltigen Erfolgen führen kann.

4.2.1. Externe Faktoren

Wie bereits erwähnt, wird die sicherheitspolitische Lage in Zentralasien durch eine Reihe von Faktoren destabilisiert, die von außen auf die Länder einwirken. Diese nehmen nicht die Form einer klassischen (militärischen) externen Bedrohung an, sondern sind facettenreicher, weniger greifbar und in ihren Auswirkungen weniger unmittelbar.

Auf die militärische Intervention durch einen externen Akteur wäre vergleichsweise einfach zu reagieren. Er lässt sich umgehend lokalisieren, und es existieren nur begrenzte Reaktionsmöglichkeiten und Handlungsoptionen. Der Umgang mit der Bedrohung durch nichttraditionelle externe Faktoren, gestaltet sich weitaus komplizierter, da weder Ursachen, noch Auswirkungen oder Lösungsmöglichkeiten eindimensional zu fassen sind.

Es gestaltet sich schwierig, die von mir als „externe Faktoren“ bezeichneten Sicherheitsrisiken eindeutig als von außen kommend zu klassifizieren. Es ist zu betonen, dass komplexe Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, vor allem mit den internen Faktoren, existieren, und die Trennungslinien zwischen diesen beiden Ebenen zuweilen äußerst unscharf verlaufen.

Als externe Faktoren zu nennen, sind vor allem: Politischer Islam und internationaler Terrorismus, sowie Drogenhandel. Auf diese beiden Problemfelder werde ich im Folgenden ausführlicher eingehen. Natürlich können auch weitere Probleme hinzugezählt werden: Korruption, organisierte Kriminalität, Waffenschmuggel, AIDS, u.a. Diese stehen in engem

Kausal-Zusammenhang miteinander und prinzipiell lässt sich für diese Art der Sicherheitsrisiken in Zentralasien ein Ursprungsort ausmachen: das destabilisierte Afghanistan.

Die Intervention Amerikas und seiner Verbündeten in Afghanistan zeigt, dass sich diese nichttraditionellen Sicherheitsrisiken nicht durch militärische Aktionen allein bekämpfen lassen, sondern dass ein umfassenderes Konzept von Nöten ist. Ein Patentrezept wurde bisher nicht gefunden, und so stellen die externen Sicherheitsrisiken nicht nur die zentralasiatischen Staaten und die Region an sich vor große Herausforderungen, sondern auch die internationale Gemeinschaft.

4.2.1.1. Internationaler Terrorismus und politischer Islam

Sicherheit in Zentralasien wird seit den späten 90er Jahren intensiv im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den „internationalen Terrorismus“ und „islamischen Fundamentalismus“⁴⁹⁶ diskutiert – sowohl innerhalb der zentralasiatischen Staaten, als auch durch die angrenzenden Großmächte Russland und China, sowie spätestens seit dem 11.9. auch durch die USA und die internationale Gemeinschaft. „Die Formel von der ‚islamistischen Bedrohung‘ ist zum Generalnenner für ein breites Spektrum regionaler Sicherheits- und Stabilitätsprobleme geworden, das von ethnischen und sozialökonomischen Konflikterscheinungen bis zu spezifischen nichttraditionellen Sicherheitsrisiken wie dem ausgreifenden Drogenhandel reicht.“⁴⁹⁷ Um die Jahrtausendwende schien dieses neue länderübergreifende Bedrohungsszenario so akut, dass es allerlei Dynamiken in Gang setzte und zum kurzfristigen „Integrationsmotor“ zu werden schien, der die betroffenen Staaten nach gemeinsamen, multilateralen Lösungen suchen ließ, was sich auch im institutionellen Rahmen widerspiegelte, beispielsweise in der Schwerpunktsetzung auf Terrorismusbekämpfung innerhalb der SCO, sowie der CACO.

Es stellt sich jedoch die Frage, als wie bedrohlich die Gefahr des Islamismus tatsächlich bewertet werden kann, und ob nicht ein Großteil der öffentlichen Auseinandersetzung propagandistischer Natur ist, um bestimmte staatliche autoritäre Vorgehensweisen zu rechtfertigen.

⁴⁹⁶ Zu diesem Themenkomplex sei auf die 2005 erscheinende Dissertation von Azamat Nurmatov, Institut für Politikwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Giessen, hingewiesen.

⁴⁹⁷ Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil II, 2000, a.a.O., S. 18

In Zentralasien sind seit der Unabhängigkeit mehrere Ereignisse zu nennen, die die Staatsführungen in diesem Zusammenhang beunruhigten.

Zu Beginn der 90er Jahre gründeten sich einige islamistische Bewegungen, die sich als politische Kraft etablieren wollten. Am erfolgreichsten war die „Partei der Islamischen Wiedergeburt“ in Tadschikistan, die 1992 Teil der Regierung wurde, und später eine wichtige Rolle in der Opposition spielte, jedoch keine über Tadschikistan hinausgehende Bedeutung erlangte. In Usbekistan begannen bereits während dieser Phase die Konfrontationen zwischen Regierung und religiös motivierten Bewegungen, bei denen die Regierung schnell die Oberhand gewann. Die offizielle Beunruhigung wuchs erneut, seitdem in Afghanistan die Taliban 1996 die Kontrolle über Kabul gewonnen hatten und damit begannen, auch in den mehrheitlich tadschikisch bzw. usbekisch besiedelten Norden des Landes vorzudringen. In Usbekistan radikalisierten sich die islamistischen Regimegegner zunehmend, aufgrund anhaltender Repressionen seitens der Regierung. Wie real die Bedrohung durch radikale Islamisten für die Karimow-Führung tatsächlich war, zeigte sich im Februar 1999, als Bombenanschläge, u.a. auf den Präsidenten, verübt wurden.

Im Sommer des selben Jahres ereigneten sich die bis dato weitreichendsten Vorfälle. Bewaffnete Freischärler der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ (IMU) versuchten, Ende Juli von Tadschikistan aus über kirgisisches Territorium nach Usbekistan einzudringen. Durch den Einsatz kirgisischer Streitkräfte, die technische und organisatorische Unterstützung Russlands, sowie der usbekischen Luftwaffe, konnten die Kämpfer schließlich im Oktober zurückgedrängt werden. Über die Motive gibt es unterschiedliche Meinungen. Überwiegend wird davon ausgegangen, dass die Aktion, die eine erhebliche Gefährdung der Sicherheit Kirgisistans darstellte, im Kern gegen Usbekistan gerichtet war, mit dem Ziel, das repressive Karimow-Regime zu überwerfen. Auch die Verbindung der IMU zur Drogenmafia wird häufig als Argument erwähnt, deren Interessen am effektivsten in einem instabilen Umfeld realisierbar seien.

Ein Jahr später wiederholte sich der Vorfall, diesmal gelang es den Rebellen Gruppen, nicht nur in den Süden Kirgisistans einzudringen, sondern auch nach Usbekistan, in die Provinz Surchandarja. Der erneute Einfall von Kämpfern der IMU löste Alarmstimmung in Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan aus, und auch Kasachstan erkannte eine reale Gefahr für seine zukünftige Sicherheit. In einer gemeinsamen Erklärung mit Russland gaben die vier zentralasiatischen Staaten ihrer ernsthaften Besorgnis Ausdruck: „Besondere Beunruhigung ruft die Tatsache hervor, daß die Aktionen der internationalen Terroristen zu einer permanenten und chronischen Erscheinung werden, was darauf schließen lässt, daß sie

sich langfristig auf die Unterminierung der Sicherheit und Stabilität in Zentralasien, auf die Destabilisierung der Lage in der Region und in der Welt ausrichten. Dies belegt auch, daß Zentralasien ein Hauptobjekt der feindseligen Handlungen des internationalen Terrorismus und Extremismus wird.“ Die Unterzeichner appellierten „an den Sicherheitsrat der UNO, die OSZE und alle Staaten der Welt, den internationalen Terrorismus und Extremismus nicht nur entschieden zu verurteilen, sondern von Erklärungen zur Ausarbeitung koordinierter praktischer Maßnahmen überzugehen, die eine Beseitigung dieser globalen Bedrohung zum Ziel haben.“⁴⁹⁸ Da bei den Insurgenten Verbindungen zu überregionalen islamistischen Terrornetzwerken, wie der al Qaida vermutet wurden, wurde tatsächlich weltweite Aufmerksamkeit auf Zentralasien gelenkt. Kurz darauf, im September 2000, setzten die USA die IMU auf ihre Liste terroristischer Organisationen.

Ende März 2004 ereigneten sich über drei Tage hinweg erneut terroristische Übergriffe in Usbekistan, die sich in erster Linie gegen die usbekische Polizei und private und kommerzielle Einrichtungen wendeten. Bei mehreren Explosionen (u.a. verursacht durch Selbstmordattentäter) und Auseinandersetzungen in Taschkent und Bucharä kamen ca. 50 Menschen ums Leben. Welche terroristische Bewegung hinter den blutigen Anschlägen steckt, ist bisher nicht hundertprozentig geklärt. In einer ersten Reaktion wies die usbekische Regierung der islamistischen Organisation Hizb-ut-Tahrir die Schuld zu, die sich jedoch davon distanzierte und auf die Urhebererschaft der Karimow-Führung hinwies: „the finger of blame for these explosions must point at the tyrannical Uzbek regime that has orchestrated such events in the past in order to suppress legitimate Islamic political opposition.“⁴⁹⁹ Inzwischen scheint sicher zu sein, dass die IMU die Verantwortung für die Ereignisse trägt.⁵⁰⁰ Den usbekischen Polizeikräften gelang es innerhalb weniger Tage, die terroristische Kampagne niederzuschlagen; eine Welle von Verhaftungen und Repressionen folgte, von der neben Muslimen, auch Angehörige anderer Religionen betroffen waren. Wenige Wochen später hatten sich die Zustände jedoch wieder normalisiert und die Staatsgewalt verhalte sich „as badly as usual“⁵⁰¹, so die Aussage von Betroffenen. Ähnlich wie bei den Übergriffen im

⁴⁹⁸ Erklärung der Staatschefs der Republik Kasachstans, der Kirgisischen Republik, der Republik Tadschikistan, der Republik Usbekistan und des Sondervertreters des Präsidenten der Russischen Föderation, deutsche Übersetzung verbreitet von der Botschaft der Republik Usbekistan, Berlin, August 2000, zitiert nach: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil II, 2000, a.a.O., S. 12f

⁴⁹⁹ Zitiert nach: Solovieva, Daria: Hizb ut-Tahrir denies responsibility for uzbek bombings, in: EurasiaNet, Uzbekistan Daily Digest, 5.4.2004, <http://www.eurasianet.org/resource/uzbekistan/hypermail/200404/0008.shtml>

⁵⁰⁰ Weitz, Richard: Terrorism in Uzbekistan: the IMU remains alive but not well, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 5.5.2004, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=2338

⁵⁰¹ Rotar, Igor: Uzbekistan: Authorities now behaving “as badly as usual” after post-bombing crackdown, in: F18News, 4 June 2004, http://www.forum18.org/Archive.php?article_id=334

Ferghana Tal 1999 und 2000 muss bei den Ereignissen 2004 davon ausgegangen werden, dass die Aufständischen eine Destabilisierung des usbekischen Systems erreichen wollten.

Erneute Selbstmordanschläge ereigneten sich am 30.6.2004, bei denen mindestens 5 Menschen ums Leben kamen. Dieses Mal waren die amerikanische und die israelische Botschaft, sowie die Staatsanwaltschaft das Ziel. Die Attentate ereigneten sich wenige Tage nach Beginn eines Schauprozesses gegen 13 Männer und 2 Frauen, die der Beteiligung an den Anschlägen Ende März angeklagt wurden.

Um das tatsächliche Bedrohungspotential, das heute vom „internationalen Terrorismus“, bzw. von islamistischen Gruppen auf die Region ausgeht, diskutieren zu können, erscheint mir eine gewisse Distanz angebracht. Termini wie „islamische Gefahr“, „Islamismus“, „religiöser Extremismus“, „internationaler Terrorismus“ bergen ein gewisses Missbrauchs-Risiko. Oftmals dienen sie legitimatorischen Zwecken, oder dem Schüren negativer Assoziationen. Russische Quellen stellen beispielsweise gerne eine direkte Verbindung zwischen den Geschehnissen im Ferghana Tal und dem Krieg in Tschetschenien her und zeichnen das Bedrohungsbild eines umfassenden antirussischen Dschihad. Dem liegt in meinen Augen die Logik zugrunde, dass ein Land, das durch eine diffuse, umfassende Gefahr wie den „internationalen Terrorismus“ unmittelbar bedroht ist, auf Verständnis innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft hoffen kann, wenn es entsprechende militärische Abwehrmaßnahmen (im russischen Falle in Tschetschenien) ergreift. Auch das usbekische Regime legitimiert sein autoritäres Vorgehen gegen Regimekritiker mit dem Argument, die „islamistische Gefahr“ bekämpfen zu müssen. Der Islam in Zentralasien wird oft auf den Aspekt des „religiösen Fundamentalismus“ reduziert, was weder die tatsächlichen religiösen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten widerspiegelt, noch der Religion gerecht wird, die ihrem Wesen nach friedfertig ist.

Vom Islam zu differenzieren ist der „Islamismus“, der gängigerweise auch als „politischer Islam“ bezeichnet wird und sich im Allgemeinen auf drei Ebenen findet: „der politischen Ebene, die sich auf die Errichtung eines islamischen Staates bezieht; dem Anspruch auf kulturelle Authentizität; und einer eigenen Wirtschafts- und Sozialordnung als Entwicklungsweg.“⁵⁰² Im Unterschied zum islamischen Fundamentalismus, will der

⁵⁰² Ibrahim, Ferhad: Islamismus, in: Albrecht, Ulrich/ Volger, Helmut: Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien 1997, S. 265-268, S. 266

Islamismus keine Rückkehr zur Vergangenheit, sondern will Kontrolle über die jetzige Gesellschaft und ihre technischen Möglichkeiten, durch politischen Kampf.⁵⁰³

Die säkularen Regierungen Zentralasiens weisen folglich ein äußerst ambivalentes Verhältnis zum Islam auf. Aufgrund seiner jahrhundertealten Verbreitung und Verwurzelung in den kulturellen Traditionen, die selbst während Sowjetzeiten erhalten blieben, erweist er sich in seiner kontrollierbaren Form als wichtiges Instrument der Nationsbildung und Identitätsstiftung. Andererseits identifizieren die Staaten alle nicht kontrollierbaren islamischen Bewegungen als „fundamentalistisch“ und sehen die staatliche Stabilität und Souveränität durch sie bedroht. Wo jedoch die Trennlinie zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Islam zu ziehen ist, ist nicht Gegenstand einer öffentlichen Debatte, sondern unterliegt der Propaganda der Regierungen. Extremes Beispiel dieser Politik ist Usbekistan, das den „Krieg gegen den Terrorismus“ als Legitimation für sein autoritäres Vorgehen gegen usbekische Bürger benutzt, die des „religiösen Extremismus“ beschuldigt werden. Internationale Menschenrechtorganisationen berichten über regelmäßige Übergriffe gegen Muslime und ihre Familienangehörigen, Verhaftungen und Folter. Nach Schätzungen von Human Rights Watch sitzen derzeit 6.500-7.000 Menschen aufgrund religiöser oder politischer Anklage in usbekischen Gefängnissen.⁵⁰⁴

Allerdings muss betont werden, dass nicht alle fünf zentralasiatischen Regierungen einen so harten Kurs verfolgen, wie Usbekistan. Zwar stellt der politisierte Islam eine Herausforderung für alle fünf dar, die Wahrnehmungen und Herangehensweisen unterscheiden sich jedoch erheblich. Usbekistan akzeptiert keine offiziell Rolle für islamistische Politik, tausende Menschen sind Repressionen und Verhaftungen ausgesetzt, und werden dadurch verstärkt radikalisiert und militarisiert. Kirgisistan teilt den usbekischen Impuls, den Islam zu unterdrücken, erkennt jedoch auch, dass die Niederhaltung jeglicher Opposition Nährstoff für Radikalismus und somit eine direkte Gefahr für die Sicherheit des Landes ist. In Tadschikistan wurden frühere oppositionelle Islamisten in die Regierung involviert, womit ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der Unbehagen in den Nachbarstaaten hervorrief.⁵⁰⁵

⁵⁰³ Roy, Oliver: *L'échec de l'Islam politique*, Paris 1992, S. 17f, zitiert nach: Moldaliev, Orozbek: Islamism and international terrorism: a threat of Islam or a threat to Islam? in: *Central Asia and the Caucasus*, No 3(15), 2002, S. 86-96, S. 90

⁵⁰⁴ Human Rights Watch: *World Report 2003*, Uzbekistan, <http://www.hrw.org/wr2k3/europe16.html>

⁵⁰⁵ International Crisis Group (ICG): *Central Asia: Fault Lines in the new Security Map*, 2001, a.a.O., S. 2

Islamische Werte haben für die Menschen in Zentralasien seit der staatlichen Unabhängigkeit an Bedeutung gewonnen, doch ist es auch diesbezüglich notwendig, zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten zu differenzieren, da die Verbreitung des islamischen Glaubens verschieden stark ausfällt. Für eine Vielzahl der Gläubigen hat der Islam mehr eine kulturelle, denn religiöse oder gar politische Dimension, und generell ist das religiöse Wissen relativ gering. Die in der Region aktiven (radikalen) Islamisten stellen eine Minderheit dar und ihr Rückhalt in der Bevölkerung und ihre Mittel sind begrenzt.

Die tatsächliche Bedeutung des Islam für die soziopolitischen Entwicklungen in Zentralasien wird also oft überschätzt. Erstens stellt er keinen gesamtgesellschaftlichen, vereinigenden Faktor dar. Zweitens ist der Islam nicht in der Lage auf der ethnischen oder nationalen Ebene konsolidierend zu wirken; regionale, ethnische oder Stammeszugehörigkeiten spielen eine größere Rolle als das religiöse Moment. Drittens sind die zentralasiatischen Staaten säkular, dem Islam kommt also keine Bedeutung bei der organisatorischen Entwicklung der Staaten zu.⁵⁰⁶

Die Gründe für die Politisierung des Islam sind größtenteils sozialer Natur und sind insbesondere der generellen Krise der Systeme, den Schwierigkeiten des ökonomischen Umbaus der Gesellschaften, und daraus resultierender Verarmung und Unzufriedenheit ganzer sozialer Schichten geschuldet. Als besonders gravierend erweist sich nicht nur der materielle Verlust, sondern der Verlust von Zukunftsperspektiven und Lebensinhalten. Viele, insbesondere junge Menschen befinden sich in einem ideologischen Vakuum zwischen Rückbesinnung auf authentische, traditionelle Werte, plötzlich verlorener Sowjet-Ideologie und daraus resultierende Nostalgie, und Neuorientierung Richtung Westen. Dies führt dazu, dass viele offen sind für „islamische Alternativen“, da diese Lebenssinn stiften, ein Zugehörigkeitsgefühl bieten und dadurch Stabilität suggerieren.

Islamismus in organisierter Form findet sich im heutigen Zentralasien in Form von zwei Bewegungen: IMU und Hizb-ut-Tahrir. Beides sind islamistische Gruppierungen und haben sich der Errichtung eines islamischen Staates verschrieben; dennoch muss differenziert werden. Die IMU, die durch militante Aktionen (Vorfälle im Ferghana Tal 1999/2000; Attentatsversuch auf Karimow 1999) weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, und enge Kontakte zur Taliban und al Quaida unterhält, wurde durch die USA im September 2000 als terroristisch klassifiziert. Während die IMU speziell auf die Überwerfung des usbekischen

⁵⁰⁶ Malashenko, Aleksei: Islam and Politics in Central Asian States, in: Central Asia and the Caucasus, Database 2002, <http://www.ca-c.org/dataeng/02.malash.shtml>

Regimes fokussiert ist und zunächst einen islamischen Staat im Ferghana Tal ausrufen will, hat die international agierende⁵⁰⁷ Hizb-ut-Tahrir den umfassenderen, utopischen Anspruch, ein Kalifat zu errichten, das alle Moslems vereinigt. Die Hizb-ut-Tahrir sucht, ihre Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen und setzt auf ideologische Überzeugungsarbeit. Sie scheint derzeit in allen Staaten Zentralasiens die gefürchtetste muslimische Bewegung zu sein, und ihre Mitglieder sind aufgrund ihres extremistischen Gedankenguts in ganz Zentralasien staatlicher Repression ausgesetzt.

Der Antiterror-Krieg in Afghanistan hatte zur Folge, dass die IMU personell geschwächt wurde, und sowohl bezüglich Lebensfähigkeit, Organisationsstruktur, als auch Führerschaft stark getroffen wurde. Wie stark ist jedoch umstritten, beispielsweise ergaben sich immer neue Meldungen um Tod oder Leben des Kopfes der Bewegung, Juma Namangani.

Über die Mitgliederzahl der IMU liegen derzeit keine zuverlässigen Schätzungen vor⁵⁰⁸, aber ihr Bedrohungspotential wurde seit der Afghanistan Offensive eher gering eingestuft, wobei es dazu auch andere Meinungen gab. So urteilte der Direktor des „Zentrums für Studien und Analysen des Anti-Extremismus und des Antiterroristischen Kampfes“ in Duschanbe, Davlat Nazirov: „The Islamic Movement of Uzbekistan presents a constant threat to regional security; its fighters may invade the Ferghana Valley from Afghanistan via Tajikistan and Kyrgyzstan.“⁵⁰⁹ Mit den jüngsten Ereignissen in Usbekistan zeigte die IMU in 2004, dass mit ihr weiterhin gerechnet werden muss. Die Schnelligkeit, mit der die usbekischen Sicherheitskräfte die Situation wieder im Griff hatten, beweist jedoch auch ihre Grenzen. Weitz urteilt in diesem Zusammenhang: „This outcome, which repeats the pattern seen after the 1999 bombings, suggests that the IMU likely will remain a disruptive but manageable force in Central Asia for some time to come.“⁵¹⁰

Die Hizb-ut-Tahrir scheint hingegen innerhalb der letzten Jahre kontinuierlich ihre Mitgliederbasis in Zentralasien auszubauen. Sie definiert sich selbst als „political party that

⁵⁰⁷ Die Hizb-ut-Tahrir hat ein heimliches Netzwerk in ca. 40 Staaten. Das Hauptquartier befindet sich wahrscheinlich in London. Sie war auch in Deutschland aktiv, wurde dort jedoch im Januar 2003 verboten. Bezugspunkte für das Verbot waren hauptsächlich ihre anti-semitische und anti-israelische Propaganda. Nachweise über die Verbindung mit terroristischen Gruppen konnten allerdings nicht erbracht werden. Russland klassifiziert die Hizb-ut-Tahrir seit März 2003 als terroristisch.

⁵⁰⁸ Anfang 2001 gingen westliche Schätzungen von insgesamt 2000-3000 IMU Kämpfern in der Region aus, russische Schätzungen von 5000-6000. Die Zahl der Kämpfer nach dem Antiterror-Einsatz der USA in Afghanistan ist unklar.

Siehe: Walker, Edward W.: Islam, Islamism and Political Order in Central Asia, in: Journal of International Affairs, Vol. 56 Issue 2, Spring 2003, S. 21-41, S. 37

⁵⁰⁹ Nazirov, Davlat: Political Islam in Central Asia: Its Sources and Development Stages, in: Central Asia and the Caucasus, No. 4(22) 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-04-2003/21.nazprimen.shtml>

⁵¹⁰ Weitz, Richard: Terrorism in Uzbekistan: the IMU remains alive but not well, 2004, a.a.O.

does not undertake material actions“⁵¹¹, welches den Eindruck verstärkt, dass ein entscheidender Grund ihres Zuwachses in ihrer Rolle als (illegale) Opposition zu den autoritären Staatsregimen zu sehen ist; dies gilt speziell für Usbekistan, wo sie als einzige Bewegung eine politische Alternative formuliert und aus diesem Grund besonders viele (junge) Menschen anzieht. In allen Staaten spricht die Hizb-ut-Tahrir Themen an, die ansonsten in der Öffentlichkeit und den Medien tabuisiert sind, wie Korruption auf höchster Ebene etc. Somit besteht ein gewisser Teil der Anhängerschaft oder Sympathisanten viel mehr aus politischen Oppositionellen, denn aus überzeugten Islamisten.

Trotz ihrer Bedeutungszunahme – die tatsächliche Mitgliederzahl für ganz Zentralasien beträgt nach Schätzungen der International Crisis Group (ICG) nicht mehr als 20.000, wobei der Großteil aus Usbekistan stammt⁵¹² - und extremistischen Position, ist die Hizb-ut-Tahrir weit davon entfernt, eine direkte Gefahr für die Stabilität im gegenwärtigen Zentralasien darzustellen. Nach Einschätzung der ICG handelt es sich um eine relativ kleine radikale Gruppe, mit geringem Einfluss auf die breitere Gesellschaft und keinerlei Einfluss in Kreisen der politischen Meinungs- und Entscheidungsträgerschaft.⁵¹³

Zusammenfassend ist in meinen Augen die „islamische Gefahr“ in Zentralasien mehr ein ideologisches Konstrukt zur Legitimation bestimmter staatlicher Handlungsweisen, denn eine reale Gefahr für die Sicherheit der gesamten Region. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint ein Modell, das den Sturz der säkularen Regime und deren Ersatz durch eine islamistische Alternative vorsieht, und damit die gesamte Region und deren Umfeld in Aufruhr bringen würde, als unwahrscheinlich. Mit gezielten Terroranschlägen von Einzeltätern oder Kleingruppen, wie den jüngsten Attentaten in Usbekistan, müssen die zentralasiatischen Regierungen jedoch jederzeit rechnen; doch haben die Vorfälle gezeigt, dass die Folgen solcher terroristischer Aktivitäten begrenzt bleiben, und nicht in der Destabilisation der Gesamtregion resultieren.

Das usbekische Vorgehen, die Ausgrenzung des Islam und dessen Reduzierung auf seine extremistischen Auswüchse, erweist sich als kontraproduktiv und hat in der Vergangenheit

⁵¹¹ So in einem Communiqué auf ihrer Website am 14.6.2003. Zitiert nach: Cohen, Ariel: Have american officials identified a new threat in Central Asia? A EurAsia Net Commentary, 24.6.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav062403.shtml>

⁵¹² Je nach Quelle variieren die Schätzungen der Mitgliederzahlen erheblich. Die ICG geht für Usbekistan von 6500-7000 Mitgliedern aus, wobei weitere 4000 Anhänger derzeit in Haft sitzen; auch einen Anstieg bis auf 15.000 in 2003 hält ICG in ihrem Bericht für möglich. In Kirgisistan ist von 1000-1200 Anhängern auszugehen; und in Tadschikistan vermutet die ICG auch wenige tausend. Die Zahlen für Kasachstan dürften bei wenigen hundert liegen.

Siehe: International Crisis Group (ICG): Radical Islam in Central Asia: Responding to Hizb-ut Tahrir, ICG Asia Report, No. 58, Osh/Brussels, 30.6.2003, S. 17

⁵¹³ Ebd., S. 33

erst zu einer stärkeren Radikalisierung und Polarisierung islamischer Gruppierungen geführt. Eine Weiterführung dieses Trends ist auch für die zukünftigen Entwicklungen zu befürchten, sollte die Regierung ihren repressiven Kurs beibehalten. Zwar wurde durch die Zerschlagung der Taliban (und mit ihr der IMU) ein kurzfristiger Sieg gegen den „internationalen Terrorismus“ erzielt, doch offenbart sich dieser schon heute als Pyrrhussieg. Solange die Gegebenheiten, die zur Radikalisierung beigetragen haben – vor allem die repressiven Staatsregime, Perspektivlosigkeit der (jugendlichen) Bevölkerung, etc. – sich nicht verändern, wird es keiner Antiterror-Initiative gelingen, das Übel von Grund auf zu beseitigen, sondern es wird immer wieder neue Wurzeln treiben.

Auch Golunov verweist auf den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen islamischem Extremismus und den internen Sicherheitsrisiken: “In any case Islamic extremism is dangerous not in itself but as the catalyst of social-economic, interethnic and social-political contradictions (between power and society, different elites competing for redistribution of resources); moreover, in conditions of rigid authoritarian system it becomes perhaps the sole channel for the expression of protesting moods.”⁵¹⁴

4.2.1.2. Drogenhandel

Der Anbau von Schlafmohn zur Gewinnung von Opium und Heroin in Afghanistan ist in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich ausgeweitet worden. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre rangierte der Nachbarstaat Zentralasiens zum weltweit größten Produzenten von Opium sowie seiner Derivate und kommt heute für drei Viertel der weltweiten Produktion auf.⁵¹⁵ Der amerikanische Antiterror-Einsatz zeigt keinerlei vermindernde Auswirkungen auf den Drogenanbau.

Nicht nur die Produktionsmenge hat sich verändert, auch die Routen⁵¹⁶, auf denen die Drogen geschmuggelt werden. Führte der Hauptanteil des Drogenhandels aus Afghanistan zu Beginn der 90er Jahre noch über Iran und Pakistan, um über die Türkei und die „Balkan-Route“ nach Europa zu gelangen, haben sich seit Zerfall der Sowjetunion neue „nördliche“ Transitwege

⁵¹⁴ Golunov, Sergey: Security Issues in contemporary Central Asian Studies in Russia and USA: Political Conjecture and Stereotypes, Center for Regional and Transboundary Studies at Volgograd State University, 2003, <http://www.transbound.narod.ru/annual2/sgolunov.html>

⁵¹⁵ United Nations Office on Drugs and Crime (UN ODC): Afghanistan Opium Survey 2003, http://www.unodc.org/pdf/afg/afghanistan_opium_survey_2003.pdf

⁵¹⁶ Siehe Übersichtskarte des Opiaten Schmuggels aus Afghanistan, auf der Homepage des französischen Außenministeriums, zur ministeriellen Konferenz „The drug routes from Central Asia to Europe“, Paris, 21-22. Mai 2003, <http://www.france.diplomatie.fr/routesdeladrogue/textes/continen.pdf>

über Zentralasien⁵¹⁷, Russland, Weißrussland, die Ukraine, die Baltischen Staaten zu den lukrativen europäischen Märkten erschlossen. Die anfangs kaum existenten und heute nach wie vor durchlässigen Grenzregime zwischen den postsowjetischen Staaten, sowie die Verhärtung der iranischen Kontrollen und Einführung effektiver Drogenbekämpfungsmaßnahmen, waren entscheidende Gründe für das Entstehen dieses Trends. Neben den „traditionellen“ Routen durch Pakistan und Iran, gewannen die neuen „nördlichen“ Routen durch Zentralasien seit Mitte der 90er Jahre stetig an Bedeutung. Zwar ist der Drogenfluss durch Zentralasien in absoluten Zahlen geringer als der durch Pakistan und Iran, dennoch wächst seine anteilmäßige Bedeutung stark an.⁵¹⁸ Bahtiar Mambetov (UNODC national programme officer in Bischkek) vermutet: „even three or four years ago... only 30 percent of drugs were passing via [Afghanistan's] northern region; however, between 40 percent and 50 percent are passing through it today,”⁵¹⁹

Innerhalb der zentralasiatischen Region gewann Tadschikistan als Drogentransitland innerhalb der letzten Jahre verstärkt an Bedeutung gegenüber Turkmenistan und ist somit gegenwärtig das von der Problematik des Drogentransits und ihren Folgen am stärksten in Mitleidenschaft gezogene zentralasiatische Land.⁵²⁰ Nach Einschätzung einiger tadschikischer Beobachter, stellt der ausgreifende Drogenhandel inzwischen radikale islamische Aktivitäten als nationales Sicherheitsrisiko in den Schatten.⁵²¹

„The traffic of opium and heroin from this region is a threat to the security of the countries along the various drug routes from Central Asia to Europe and poses serious problems for public health and security“⁵²², befanden auch Vertreter aus 55 Staaten, die sich auf einer ministeriellen Konferenz in Paris im Mai 2003 mit dem Thema auseinandersetzen. Der

⁵¹⁷ Drei der Haupttrouten führen durch Tadschikistan, eine durch Turkmenistan

⁵¹⁸ Das UN ODCCP misst die Bedeutungszunahme anhand der wachsenden Menge von beschlagnahmten Drogen. Sie betrug in Zentralasien (ohne Turkmenistan) 5.026,6 kg in 2001 und in Pakistan und Iran zusammen 16.797 kg.

United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UN ODCCP): Illicit Drugs Situation in the Region neighbouring Afghanistan and the Response of ODCCP, October 2002, http://www.unodc.org/pdf/afg/afg_drug-situation_2002-10-01_1.pdf

⁵¹⁹ Central Asia: Focus on Drug Trafficking, Ankara, 26 June 2003, in: IRIN News.org, http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=35021&SelectRegion=Central_Asia&SelectCountry=CENTRAL_ASIA

⁵²⁰ Die Daten der Heroin bzw. Opium Beschlagnahmungen des UN ODCCP zeigen eine Umkehr der Bedeutung Turkmenistans und Tadschikistan als Transitland. Wurden in Turkmenistan von 1996-1998 ein Anteil von 77% (Tadschikistan: 10%) allen beschlagnahmten Heroins innerhalb Zentralasiens sichergestellt, wurde von 2000-2001 der Großteil (72%) in Tadschikistan beschlagnahmt (Turkmenistan: 5%).

United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UN ODCCP): Illicit Drugs Situation in the Region neighbouring Afghanistan and the Response of ODCCP, 2002, a.a.O., S. 15-17

⁵²¹ Drug trafficking emerging as top national security threat to Tadjikistan, in: Eurasia Insight, 8.5.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav050803.shtml>

⁵²² Paris Statement, Summary of conclusions of the Ministerial Conference on the drug routes from Central Asia to Europe, Paris 21-22 May, 2003, <http://www.france.diplomatie.fr/routesdeladrogue/objectifs.gb.html>

Drogenfluss aus Afghanistan gen Westen und die ihm immanenten Probleme sind eine grenzüberschreitende Herausforderung, an der jede sektoral oder national beschränkte Bewältigungsstrategie scheitern muss.

Der Drogenfluss kann zum destabilisierenden Faktor werden. Er trägt zur Ausweitung des Gefälles zwischen Arm und Reich bei, verschärft die Rivalität zwischen kriminellen Gruppierungen, behindert durchgreifende ökonomische Reformen, fordert die staatlichen Regelsysteme heraus und schafft sich seine eigenen Gesetze. Des Weiteren besteht ein enger Zusammenhang zwischen Drogenhandel und Terrorismus, als Hauptfinanzierungsquelle radikalislamischer bzw. terroristischer Gruppierungen. Somit gefährdet der Drogenhandel die innerstaatlichen Stabilitäten und wird zum Sicherheitsrisiko für die einzelnen Staaten, und darüber hinaus.⁵²³

Doch Drogen und ihre Auswirkungen sind nicht nur ein Sicherheitsproblem, sondern auch ein Entwicklungshindernis für die neuen unabhängigen Staaten. Vor allem führt ihre Verbreitung in Zentralasien und in anderen, dem Drogenfluss ausgesetzten Ländern, immer mehr zur Verschlechterung des Gesundheitszustands der Bevölkerungen. Nicht nur die Anzahl der Drogenabhängigen in Zentralasien steigt von Jahr zu Jahr, auch Aids und Hepatitis breiten sich in den Ländern aus.⁵²⁴ „HIV is infecting numerous populations that extend well beyond drug user communities. This is probably the greatest threat resulting from heroin trafficking, as it can, in the short-term, have devastating consequences for development, demographics and social cohesion in a number of countries.“⁵²⁵ Derzeit sind Zentralasien und Osteuropa die Regionen, mit den weltweit höchsten Wachstumsraten von Aids.⁵²⁶ Begünstigt wird die Zunahme der Gesundheitsrisiken durch die Tatsache, dass seit Mitte der 90er Jahre direkt in Afghanistan immer mehr Opium zu Heroin verarbeitet wird,⁵²⁷ welches problemloser

⁵²³ Lubin, Nancy: Who's Watching the Watchdogs? Journal of International Affairs, Spring 2003, Vol. 56 Issue 2, S. 43-56, S. 50

⁵²⁴ Details zu Drogenabhängigkeit und HIV/AIDS in Folge des Drogenhandels, siehe: International Crisis Group (ICG): Central Asia: Drugs and Conflict, ICG Asia Report No. 25, Osh/Brussels, 26. November 2001, S. 10-14

⁵²⁵ Paris Statement, 2003, a.a.O.

⁵²⁶ Zählten Zentralasien und Osteuropa 1998 noch 30.000 HIV-Infizierte, so steigerte sich die Anzahl der Infizierten bis Anfang 2004 um das 50fache, auf 1,5 Millionen Menschen. Piot, Peter (UNAIDS Exekutive Director and United Nations Under Secretary-General): Opening Plenary Speech “Breaking the Barriers – Partnership to Fight HIV/AIDS in Europe and Central Asia”, Ministerial Conference, Dublin, 23 February 2004, http://www.unaids.org/html/pub/media/speeches02/sp_piot_dublin_23feb04_en_pdf.pdf

⁵²⁷ Lag der Anteil von Heroin bei der Beschlagnahmung von Opiaten in Zentralasien 1994 bei 8,2%, ist er bis 2001 auf 92% gestiegen.

United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UN ODCCP): Illicit Drugs Situation in the Region neighbouring Afghanistan and the Response of ODCCP, 2002, a.a.O., S. 16

konsumiert und transportiert werden kann. Drogenkuriere werden oft mit dem Stoff bezahlt, welchen sie dann in Geld umsetzen müssen.

Durch die Verschlechterung der gesundheitlichen Lage ist auch die Arbeitsproduktivität in Mitleidenschaft gezogen und die Kosten für die Gesundheitsversorgung steigen. Wirtschaftswachstum wird erschwert, da Profit, der aus krimineller Tätigkeit generiert wird, selten in legaler, produktiver Weise investiert wird. Durch die mitunter engen Verbindungen zwischen Drogenbaronen und den staatlichen Sicherheitsstrukturen bzw. Regierungskreisen, wird der politische Wille für ökonomische Reformen und Korruptionsbekämpfung unterminiert, da für die Geschäfte der Drogenmafia schwache staatliche Strukturen lebenswichtig sind.⁵²⁸

Der Umfang des Problems wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wer in den Drogenhandel involviert ist. Dies ist einerseits die um ihr tägliches Brot kämpfende lokale Bevölkerung: die Opium-Bauern in Afghanistan, für die der Anbau von Mohn lukrativer ist, als der von Grundnahrungsmitteln; kleine Schmuggler in den zentralasiatischen Staaten, die harte Strafen (u.a. die Todesstrafe) in Kauf nehmen, um das Überleben ihrer Familien zu sichern. Bei den Schmugglern handelt es sich nicht nur um die ländliche, ungebildete Bevölkerung, sondern auch vermehrt um Gebildete und Frauen, deren Einkommen genauso ungenügend zum Leben ist. „In some regions, the only way to survive is to take part in the drug trade“⁵²⁹, gestand der frühere kirgisische Vorsitzende der Drogenkontroll-Kommission 1997. Somit ist Drogenhandel ein armutsbedingtes Problem.

Andererseits sind es einflussreiche Drogenbarone, die den Handel organisieren und Kontakte zu den lokalen und nationalen Sicherheitsstrukturen, bis in Regierungskreise, unterhalten. Korruption wird zum wichtigsten Hindernis für die Einführung effektiver Drogenbekämpfungsmaßnahmen. Laut Transparency International zählen die zentralasiatischen Staaten zu den korruptesten der Welt. Die Probleme, die sie anfällig für Korruption machen sind komplex: schwache Institutionen, niedrige Gehälter für Staatsbedienstete, eingeschränkte Möglichkeiten im privaten Sektor, eine inaktive

⁵²⁸ International Crisis Group (ICG): Tadjikistan: A Roadmap for Development, ICG Asia Report No. 51, Osh/Brussels, 24. April 2003, S. 21

⁵²⁹ Zitiert nach: Arastou, Seyed Mojtaba: Drug Trafficking along Silk Route, Conference on “Drug Routes from Central Asia to Europe”, 21-22 May, 2003, Paris, http://www.diplomatie.gouv.fr/routesdeladrogue/textes/eco_coop.pdf

Zivilgesellschaft, das Fehlen freier Medien.⁵³⁰ Internationale Organisationen wie OSZE und Weltbank appellieren immer wieder an die Staatsführungen, dem Problem mit effektiven Maßnahmen zu begegnen, da die weitreichende Korruption einen der Hauptgründe für das Ausbleiben ausländischer Investitionen darstellt, welche wichtig für einen Weg aus der ökonomischen Stagnation wären. Jedoch bisher ohne sichtbare Erfolge.

Der Handel mit den afghanischen Drogen, die je weiter sie gen Westen transportiert werden, eine bis zu tausendfache Wertsteigerung erfahren, ist ein äußerst lukratives Geschäft für alle Beteiligten. Beteiligt sind Polizei, Grenzposten, Sicherheitservice, Zoll- und andere Regierungsbeamte, tadschikische und russische Militärs. Somit durchdringt die Korruption alle Ebenen und Nationalitäten, von dem lokalen Grenzposten, der sein spärliches Gehalt aufbessern will, und sich andernfalls gegebenenfalls Repressionen von der Drogenmafia ausgesetzt sieht, bis in höchste Regierungskreise. So scheint beispielsweise ein früherer tadschikischer Innenminister für großangelegten Drogenhandel verantwortlich gewesen zu sein; in Kasachstan wurde ein tadschikischer Botschafter mit Heroin im Kofferraum seines Diplomatenfahrzeugs aufgegriffen; sogar der turkmenische Präsident persönlich steht in Verdacht, involviert zu sein.⁵³¹ Auch die russischen und tadschikischen paramilitärischen Kräfte, die für den Schutz der tadschikisch-afghanischen Grenze verantwortlich sind, sollen im großen Maße Teil des Problems sein.⁵³²

Was in Zentralasien als Herausforderung für die Gesetzes-Vollstreckung begann, hat sich inzwischen als umfassendes Problem herausgestellt, das soziale, ökonomische, politische und sicherheitspolitische Dimensionen aufweist. Der Drogenhandel wird zunehmend auch von den zentralasiatischen Regierungen als ein solch komplexes Problem ernstgenommen, welches zwischenstaatliche Zusammenarbeit erfordert. Der Zusammenhang mit Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Korruption wird nicht in Frage gestellt, sondern die Bekämpfung dieses Bedrohungskatalogs ist erklärtes Ziel der nationalen Regierungen, sowie der meisten regionalen Organisationen, wie CACO und SCO.

Jeder der fünf zentralasiatischen Staaten verfügt heute über nationale administrative Drogen-Kontroll-Strukturen. Mit Hilfe internationaler Berater wurden inter-ministerielle Koordinations-Körperschaften errichtet, um die Anti-Drogen-Politik zu zentralisieren.

⁵³⁰ Transparency International: Global Corruption Report 2003, [http://www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/16_CIS_\(Ledeneva\).pdf](http://www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/16_CIS_(Ledeneva).pdf), S. 166

⁵³¹ Lubin, Nancy: Who's Watching the Watchdogs? 2003, a.a.O., S. 47f

⁵³² McDermott, Roger N.: Border Security in Tajikistan: Countering the Narcotics Trade? In: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19), 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-01-2003/18.mcdprimen.shtml>

Nichtsdestotrotz ist das politische Engagement in dieser Richtung zwiespältig zu beurteilen. Die zentralasiatischen Führungseliten, die Themen, welche in Zusammenhang mit Korruption stehen, nur sehr ungern über die rhetorische Ebene hinaus behandeln, machen den Mangel an finanziellen Ressourcen für Grenztruppen, spezielle Ausrüstung und Ausbildung, das unübersichtliche Terrain, etc. für das Drogenproblem verantwortlich. Dementsprechend wird in jüngster Zeit vermehrt um die Mithilfe und finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den Drogenschmuggel ersucht.⁵³³

Allerdings bietet sich das Thema Drogen – ähnlich wie das des internationalen Terrorismus – zum politischen Missbrauch seitens der Regierungen an, um die Opposition und bestimmte religiöse oder ethnische Gruppierungen zu unterdrücken, zivile Rechte einzuschränken und die politische Kontrolle zu verengen. In Usbekistan ist es beispielsweise bekannt, dass Beamte Drogen bei politischen Opponenten oder vermeintlichen religiösen Extremisten verstecken, um diese dann aufgrund von Drogenbesitzes zu verhaften und anzuklagen. Es ist anzumerken, dass Drogenschmuggel harte Strafen nach sich ziehen kann, u.a. die Todesstrafe. So stößt die Möglichkeit, dass internationales Training und Ausrüstung die autoritären Führungen stärken, und von ihnen gegen die eigene Bevölkerung missbraucht werden könnte, auf internationale Besorgnis. Ein Beamter des amerikanischen State Department äußerte beispielsweise, dass ihm die Tatsache zutiefst widerstrebe, dass repressive Regime mit Nachsichtgeräten ausgestattet würden: „They might be used to fight drugs,... but they're just as likely to be used to fight the opposition.“⁵³⁴

4.2.2. Zwischenstaatliche Unstimmigkeiten

Die zentralasiatischen Staaten streben die zwischenstaatliche Kooperation in diversen Bereichen an. Diese Tatsache kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im realen Miteinander gegenseitiges Misstrauen ebenso vorherrschend ist, welches durch eine Reihe von Verletzungen der Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten genährt wurde und wird.

Beispielsweise duldete Tadschikistan Ende der 90er Jahre die Präsenz von IMU-Kämpfern auf seinem Territorium, von wo aus mehrfach versucht wurde, nach Usbekistan vorzudringen. Um die IMU zu bekämpfen, bombardierte Usbekistan ohne Rücksprache mutmaßliche IMU-Ziele in Tadschikistan und Kirgisistan, wobei die beiden Staaten mehrere zivile Opfer zu

⁵³³ Lubin, Nancy: Who's Watching the Watchdogs? 2003, a.a.O., S. 50f

⁵³⁴ Zitiert nach: Ebd., S. 53f

beklagen hatten. Eine weitere Antiterror-Maßnahme Usbekistans bestand in der unilateralen Verminung von Grenzregionen mit den beiden Nachbarstaaten; auch hier kommt es immer wieder zu tödlichen Unfällen der dort lebenden Bevölkerung. Des Weiteren stellen die Staaten gegenseitige territoriale Ansprüche über Gebiete, die in der Sowjetzeit nicht eindeutig zugewiesen wurden. Weitere spannungsgeladene Bereiche der zwischenstaatlichen Beziehungen sind zu nennen, wie das ungenügend geregelte Management der gemeinsamen Wasserressourcen und dessen Austausch gegen Gas und Kohle, sowie ethnische Teilungen über Staatsgrenzen hinweg.

Im Folgenden werde ich auf die zwei wichtigsten Spannungsfelder eingehen: Grenzstreitigkeiten, sowie Wassernutzungskonflikte.

Die Vielzahl der Streitpunkte zwischen den zentralasiatischen Staaten legt die Befürchtung nahe, dass zwischenstaatliche Unstimmigkeiten schnell zu Konflikten eskalieren und eine regionale Dimension annehmen könnten, und eine reale Sicherheitsgefahr in Zentralasien darstellen.

4.2.2.1. Grenzstreitigkeiten

Die Grenze nimmt aus völkerrechtlicher Sicht die Funktion der Abgrenzung von Staaten gegeneinander ein und wird somit zum wichtigen Definitionskriterium staatlicher, territorialer Souveränität; sowohl nach außen im Verhältnis zu anderen Staaten, als auch innerhalb eines Staates. Darüber hinaus hängt die „juristische und soziologische Wirklichkeit einer Grenze“ davon ab, ob und inwieweit „auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verwirklicht ist.“⁵³⁵ Im neuen Sicherheitsumfeld der zentralasiatischen Staaten kommt eine weitere wichtige Funktion als „Filter“ hinzu. Idealerweise sollten Grenzen eine effektive Barriere gegen illegale Aktivitäten bilden, gleichzeitig jedoch so transparent bleiben, dass die grenzüberschreitende Kooperation im ökonomischen und anderen Bereichen nicht behindert wird.⁵³⁶

Dieser Definition folgend, stellen Grenzen ein bislang zum Teil ungelöstes Problem in Zentralasien dar. Noch sind tausende Quadratkilometer von Grenzabschnitten undelimitiert

⁵³⁵ Seidl-Hohenveldern, Ignaz (Hrsg.): Lexikon des Rechts. Völkerrecht, Neuwied/ Darmstadt 1985 S. 109f

⁵³⁶ Golunov, Sergei: The Post-Soviet Borders of Central Asia: Security and Cooperation, in: Central Asia and the Caucasus, No. 5(11), 2001, S. 141-152, S. 144

oder unilateral demarkiert⁵³⁷ und somit Gegenstand nachbarlicher Unstimmigkeiten. Und selbst dort, wo der Grenzverlauf geklärt ist, erschweren zwischenstaatliche „Schlechtwetterphasen“, bürokratische Prozeduren und Korruptierbarkeit und Willkür der Grenzbeamten den Grenzverkehr.

Einerseits behindert eine solche Situation den Aufbau effektiver Instrumente und Systeme zur Bekämpfung grenzüberschreitender Sicherheitsrisiken wie Waffen- und Drogenhandel, Terrorismus etc. Darüber hinaus birgt ein solcher Zustand gegenseitigen Misstrauens und gegebenenfalls revisionistischer Gebietsansprüche die Gefahr eines Sicherheitsdilemmas in sich, welches Kooperationsvorhaben jeglicher Art unterminieren und zur Destabilisierung der gesamten Region beitragen kann. Grenzziehung und die Entwicklung effektiver, kooperativer Grenzregime sind folglich wichtige Bausteine beim Aufbau eines Sicherheitssystems und „Beitrag zur Friedenssicherung“⁵³⁸, der die Interaktion auf lokaler, staatlicher und regionaler Ebene fordert.

Die Grundlagen für die heutigen Probleme wurden durch die sowjetische Grenzziehungspolitik gelegt. Grenzstreitigkeiten traten vor 1991 jedoch nicht offen zutage, da die Grenzen zwischen den Unionsrepubliken als rein administrative Konstrukte gehandhabt wurden, die den Alltag der in den Grenzregionen lebenden Bürger nicht limitierten. Auch im vorsowjetischen Zentralasien hatten Grenzen keinen determinierenden Faktor dargestellt. Die geographischen Grenzen der Khanate des 19. Jahrhunderts hatten häufige Änderungen erfahren, in vielen Regionen bestimmten nomadische Traditionen das Leben der Menschen, so dass bis 1991 das Konzept von „Grenzen“ innerhalb Zentralasiens überwiegend unbekannt, bzw. irrelevant war.

Folglich erhielten die Grenzen mit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit eine für Zentralasien bislang ungekannte Bedeutung, und die mit der sowjetischen Grenzziehungspolitik verbundenen Probleme wurden offenbar. Das größte Konfliktpotential resultiert daraus, dass die sowjetischen Grenzplaner (in der Hauptsache Stalin) keinerlei Wert auf die Berücksichtigung ethnischer Gesichtspunkte oder geographischer Gegebenheiten legten. Grenzen wurden zum Teil so gezogen, dass Staaten immer wieder ineinander rankten, einzelne Gebiete sogar enklavenartig ganz von der Mutterrepublik abgeschnitten waren; die Bevölkerungsstruktur der einzelnen Republiken war ethnisch heterogen.

⁵³⁷ Zu unterscheiden ist der juristisch entscheidende Akt der Festlegung der Grenze im Vertrag (Delimitation) von dem bloß tatsächlichen Akt der Grenzmarkierung durch Grenzsteine, -pfähle, -türme etc. (Demarkation). Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Lexikon des Rechts, 1985, a.a.O., S. 109f

⁵³⁸ Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Lexikon des Rechts, 1985, a.a.O., S. 110

Anschaulichstes Beispiel für diese Politik war/ist das Ferghana Tal, das zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan aufgeteilt ist. Die Art und Weise der Grenzziehung erfolgte nicht willkürlich, sondern den sowjetischen Planern wird aus heutiger Sicht von den meisten Autoren eine bewusste Politik unterstellt, die verhindern sollte, dass separatistische Tendenzen oder regionale Vereinigungsbewegungen die zentralistische Sowjetmacht in Frage stellen würden. Die Politik lässt sich unter dem sprichwörtlichen Prinzip altrömischer Außenpolitik „divide et impera“⁵³⁹ zusammenfassen.⁵⁴⁰

Auch wenn den Grenzen im sowjetischen politischen Alltags-Geschehen geringe Bedeutung zukam, gab es doch immer wieder Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Republiken über ihren offiziellen Grenzverlauf, so dass bestimmte Gebietszugehörigkeiten im Verlauf der Jahre geändert wurden. Dies führte nach Erlangung der Unabhängigkeit zu Disputen über gewisse Grenzabschnitte; die Kontrahenten berufen sich entsprechend des eigenen Vorteils auf unterschiedliche sowjetische Landkarten und Abkommen (das Zentralarchiv befindet sich in Taschkent, zum Nachteil der Nachbarstaaten). Verkompliziert wird die Problematik territorialer Ansprüche durch die sowjetische Praxis des zwischenstaatlichen Verpachtens von Land mit natürlichen Ressourcen oder anderen notwendigen Fazilitäten.⁵⁴¹ Auch die aufgrund der sowjetischen Grenzziehungspolitik entstandenen Enklaven – die meisten befinden sich im Ferghana Tal – sind Gegenstand und Lokalität von Spannungen auf der zwischenstaatlichen, aber auch auf der lokalen Ebene zwischen der Bevölkerung und den Grenzposten. Die gegenseitige Bezeichnung, das Territorium des anderen illegal zu nutzen und Souveränitätsrechte zu verletzen, ist nach der Unabhängigkeit zur gängigen politischen Praxis geworden.⁵⁴²

⁵³⁹ „Teile und herrsche“: säe Zwietracht unter deinen Gegnern, um sie einzeln leichter beherrschen zu können.

⁵⁴⁰ Zur sowjetischen Grenzziehungspolitik siehe: Haydarov, Murodilla: The Soviet Policy of Border Delimitation in Central Asia as a destabilizing Factor: A historical Overview, in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004, S. 22-30

⁵⁴¹ Als skurriles Beispiel der Auswirkungen auf die heutigen Beziehungen sei ein Abkommen gegenseitigen Landleasings zwischen Kasachstan und Usbekistan angeführt. 1991 einigten sich beide Seiten zur Rückgabe, doch Usbekistan weigerte sich, einen Teil des kasachischen Gebiet zurückzugeben; namentlich betroffen war das kleine Dorf Bagys, nördlich von Taschkent, fast ausschließlich bewohnt von Kasachen. In Folge der zwischenstaatlichen Uneinigkeit lebten die Bewohner des Gebietes in einem legalen Vakuum zwischen zwei Staaten. Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, erklärten die 2000 frustrierten Bewohner am 29.12.2001 schließlich die Unabhängigkeit ihrer „Unabhängigen Republik Bagys“.

⁵⁴² International Crisis Group (ICG): Central Asia: Border Disputes and Conflict Potential, ICG Asia Report No. 33, Osh/Brussels, 4.4.2002

Obwohl wichtiges Symbol der neugewonnenen Staatlichkeit, war die Demarkation der zentralasiatischen Grenzen in den ersten Jahren der Unabhängigkeit kein Feld intensiver politischer Konsultationen. Die Errichtung der GUS schien bezüglich der Grenzfragen zunächst alles beim Alten zu belassen; trotz der oben dargestellten tendenziellen revisionistischen Ambitionen, stand eine grundlegende Neudefinition der Grenzverläufe nie zur Diskussion, alle Staaten erkannten die Grenzen zwischen den einstigen Sowjetrepubliken als neue Außengrenzen an; neue bilaterale Grenzverträge wurden jedoch zunächst nicht abgeschlossen. Der Gründungsvertrag der GUS verpflichtete die Unterzeichnerstaaten, „(to) recognize and respect the territorial integrity of one another and the inviolability of existing borders under the framework of the Commonwealth. They shall guarantee the openness of borders, freedom of movement for citizens and for the transfer of information.“⁵⁴³

Erst Ende der 90er Jahre wurden die Regierungen der Bedeutung und der Dringlichkeit des bislang weitestgehend unbearbeiteten Problemfelds der Grenzdelimitation gewahr. Vor allem das Eindringen bewaffneter Guerillas aus Tadschikistan über Kirgisistan, um das usbekische Regime zu überwerfen, lenkten seit 1999 den Blick der Regierungen (insbesondere der usbekischen) auf die Problematik der Durchlässigkeit der Grenzen. In Reaktion auf die Ereignisse unternahm Usbekistan unilaterale Maßnahmen zur Grenzsicherung (Verminung von Grenzstreifen und Restriktion des freien Grenzverkehrs), die von seinen Nachbarn negativ als Provokation und einseitige Demarkation aufgenommen wurden, und im Sinne eines Sicherheitsdilemmas zu ähnlichen Gegen-Maßnahmen veranlassten.

Ereignissen wie im Ferghana Tal - zusammengefasst unter dem plakativen Schlagwort der Gefahr des „internationalen Terrorismus“ - begegnen zu müssen, lieferte den Hauptgrund für das Errichten administrativer Barrieren an den Grenzen um die Jahrtausendwende. Des Weiteren sind ökonomische Gründe anzuführen. Die unterschiedlichen Reformstrategien und die generelle wirtschaftliche Misere veranlassen die einzelnen Staaten zu starkem Konkurrenzdenken und protektionistischen Maßnahmen, d.h. dem Aufbau von Zoll- und Handelsbarrieren.

Einige Grenzverläufe gestalten sich insofern schwierig, als dass Transportwege innerhalb eines Landes für kurze Streckenabschnitte über das Territorium des Nachbarstaats verlaufen. Ein Beispiel: Ein Tadjike, der von Duschanbe nach Khujand fahren möchte, muss usbekisches Territorium durchqueren. Die gleiche Problematik stellt sich im Süden Kirgisistans dar, wo wiederum usbekisches Territorium zwischen den Transportverbindungen der kirgisischen

⁵⁴³ Artikel 5, Agreement on the Establishment of the Commonwealth of Independent States, Alma-Ata, 21.12.1991, http://www.cis.minsk.by/russian/cis_doc4.htm

Städte Osh und Džhalal-Abad liegt. Seitdem Usbekistan sich 1999 vom gemeinsamen GUS-Visa-Regime zurückgezogen hatte, wurde für einen Kirgisen, der von Osh nach Džhalal Abad fahren wollte, ein usbekisches Visum notwendig. Die Implementierung des Visa-Regimes war jedoch mangelhaft; so konnte ein Visum beispielsweise nicht in den größeren Grenzstädten Osh und Khujand bezogen werden.

Somit ist der personenbezogene Grenzverkehr stark beeinträchtigt worden, was sich drastisch auf die in den Grenzregionen lebende Bevölkerung auswirkt, deren Verdienst traditionell stark durch grenzüberschreitenden Handel bestritten wird, welcher infolgedessen stark zurückgegangen ist. Besonders im Ferghana Tal gab es darüber hinaus intensive grenzüberschreitende familiäre und freundschaftliche Beziehungen der Menschen, sowie Arbeitsverhältnisse; all dies ist stark beeinträchtigt worden.⁵⁴⁴

Des Weiteren werden die nachbarschaftlichen Beziehungen durch gegenseitige Erpressungsversuche enorm angespannt. Usbekistan nutzt beispielsweise das temporäre Aussetzen seiner Gaslieferungen als ökonomisches und politisches Druckmittel. Davon betroffen ist insbesondere Kirgisistan (welches als Flussoberanlieger wiederum bezüglich der regional noch nicht geregelten Wasserversorgung ein gewichtiges Druckmittel in der Hand hat), dessen Bevölkerung in einigen Wintern über mehrere Wochen ohne Gas auskommen musste. Kasachstan reagierte auf eine solche Provokation Usbekistans im Jahr 2000, indem es usbekische Züge an der Weiterfahrt hinderte, die kasachisches Territorium durchqueren mussten. Einige Experten sehen in solchen Aktionen der Machtdemonstration die größte Gefahr für die regionale Sicherheit.⁵⁴⁵

Im Zusammenhang mit dieser komplexen Problemagenda muss auch die praktische, operationelle Seite erwähnt werden. Obwohl alle zentralasiatischen Staaten in den letzten vier Jahren eine Fokussierung auf Sicherheitsbelange und den Aufbau von Grenzregimen vorgenommen haben, ist keiner von ihnen in der technischen oder finanziellen Lage, ein Grenzsystem aufzubauen, das ein wirkliches Hindernis für kriminelle Aktivitäten darstellen würde. Die Effektivität der Grenzposten ist limitiert aufgrund von mangelhafter Ausbildung und Training, sowie Fehlen von notwendigen Fazilitäten und Equipment. Die Kommunikation zwischen Hauptquartier und den Grenzeinheiten vor Ort ist zäh; einerseits aufgrund der streng hierarchischen Befehlsstrukturen, andererseits wegen schlechter technischer Kommunikationsnetzwerke. Auf einer solchen Grundlage effektive antiterroristische oder

⁵⁴⁴ Golunov, Sergei: The Post-Soviet Borders of Central Asia: Security and Cooperation, 2001, a.a.O., S. 144ff

⁵⁴⁵ Vgl. auch Kapitel 4.2.2.2.

Operationen gegen Drogenschmuggel durchzuführen, ist schwierig. Hinzu kommt die Korruptierbarkeit und Willkür der Grenzbeamten, die eine Atmosphäre des Misstrauens in den Grenzgebieten schafft. Übergriffe zwischen Grenzbeamten und Zivilisten (insbesondere zwischen Usbekistan und Kirgisistan, bzw. Usbekistan und Kasachstan) finden mit erschreckender Regelmäßigkeit statt. Um die regionale Stabilität nicht zu gefährden, ist es folglich entscheidend, das richtige Verhältnis zu finden, um einerseits die nationale Sicherheit u.a. durch effektive Kontrolle der Grenzen zu gewährleisten, aber gleichzeitig Grenzverkehr und Handel aufrecht zu erhalten, bzw. zu stimulieren.

Die Grenzproblematik hat auch eine ethnische, vor allem von Usbekistan dominierte, Dimension. Eine große usbekische Diaspora lebt in den Nachbarrepubliken. Sie bildet 25% der Bevölkerung Tadschikistans und 14% Kirgisistans (die große Mehrheit dieser Usbeken lebt im Ferghana Tal). Ein Ungleichgewicht ergibt sich daraus, dass der entsprechende Bevölkerungsanteil in Usbekistan verhältnismäßig gering ist: 4,8% Tadschiken und 0,9% Kirgisen. Der kirgisische Professor Usubaliev sieht in diesem Ungleichgewicht einen „negative impact on border delimitation, since minor clashes and conflicts arise between Kyrgyz and Uzbeks on a daily basis and serve as a kind of argument in favor of Uzbekistan at intergovernmental negotiations.“⁵⁴⁶

Eine Schlüsselrolle für die friedliche Beilegung oder Eskalation der tatsächlichen bzw. unterschwelligeren Grenzkonflikte kommt Usbekistan zu. Geographisch und demographisch die zentrale Stellung innerhalb Zentralasiens einnehmend, teilt Usbekistan Grenzlängen mit allen vier Staaten, und ist somit an ungefähr der Hälfte aller bilateralen Auseinandersetzungen beteiligt. Von den anderen Staaten wird Usbekistan bezüglich der territorialen Interessen als der aggressivste Nachbar wahrgenommen. Keine der vier bilateralen Beziehungen Usbekistans lässt sich als unproblematisch, oder gutnachbarschaftlich charakterisieren.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, detailliert auf die Qualität der einzelnen Beziehungen einzugehen, deswegen soll eine zusammenfassende Einschätzung von Trofimov genügen, der die ethnisch-territorialen und Grenzprobleme in Zentralasien auf bilateraler Ebene untersucht hat. Er kommt zu dem Schluss, dass von den sieben bilateralen Modellen, nur zwei (Kasachstan-Turkmenistan und Kasachstan-Kirgisistan) konfliktfrei und zum gegenseitigen Nutzen seien. Drei Konstellationen (Usbekistan-Kasachstan, Usbekistan-

⁵⁴⁶ Usubaliev, Esenkul/ Usubaliev, Esen: Problems of territorial regulation and distribution of water and energy resources in Central Asia, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(13), 2002, S. 64-71, S. 65

Turkmenistan, Kirgisistan-Tadjikistan) seien von latenten Konflikten geprägt und gegenseitiger Nutzen sei nicht existent. Die usbekisch-tadschikischen, sowie die usbekisch-kirgisischen Beziehungen wiesen darüber hinaus Elemente einer klaren Krise auf und es sei kein politischer Wille zu Kompromissen und langfristigen Lösungen erkennbar.⁵⁴⁷

Eine finale Demilitation aller zentralasiatischen Grenzen ist auf kurz- bis mittelfristige Sicht nicht erkennbar. Im Gegenteil lassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt regelmäßige Meldungen von Zusammenstößen zwischen Grenzposten und Zivilisten die Lage besonders gespannt, und die Grenzproblematik besonders wichtig erscheinen. Ohne endgültige Klärung und Anerkennung der Grenzverläufe zur Zufriedenheit aller Seiten lassen sich keine nachhaltigen gutnachbarschaftlichen Beziehungen aufbauen, keine Atmosphäre des Vertrauens schaffen. Alle Versuche zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, auch nur in Teilbereichen, um den gemeinsamen Sicherheitsrisiken wie Drogenhandel, internationalem Terrorismus, etc. zu begegnen, oder ein gemeinsames Wassermanagementsystem aufzubauen, werden automatisch auf Sand gebaut und eine weitere Fragmentierung der Region ist zu befürchten.

Dennoch muss auch eine positive Bilanz gezogen werden: Ein gewaltsamer, militärischer Konflikt über Grenzziehungen, wie auf dem Balkan, den einige Experten auch für Zentralasien befürchtet hatten, ist nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht ausgebrochen, und ist auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt unwahrscheinlich. Die vorläufige Vereinbarung, die Sowjetgrenzen als Staatsgrenzen anzuerkennen, ist von allen Staaten befolgt worden und hat somit zur Sicherung der regionalen Stabilität erheblich beigetragen.

4.2.2.2. Wassernutzungskonflikte

Das Thema „Wasser“ ist in Zentralasien mit einer Vielzahl von Problemen verbunden, die sich auf politischer, ökologischer, ökonomischer und sozialer Ebene auswirken.

Ausgangspunkt der kritischen Entwicklungen ist die sowjetische Ära. Seit mehreren Jahrzehnten findet eine sich stetig verschlimmernde Verknappung und Verschmutzung der zentralasiatischen Wasserressourcen statt, mit verheerenden Auswirkungen für Umwelt, Mensch und Volkswirtschaften. Hauptverantwortlich war und ist die Ausweitung der künstlichen Bewässerungsflächen zugunsten des Baumwollanbaus, vor allem in Usbekistan und Turkmenistan. Heute erfolgen 90% des Wasserkonsums für landwirtschaftliche

⁵⁴⁷ Trofimov, Dmitriy: Ethnic/Territorial and Border Problems in Central Asia, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(13), 2002, S. 52-63, S. 63

Zwecke.⁵⁴⁸ Sichtbar werden die Folgen dieser kurzsichtigen, profitorientierten Agrarpolitik am „eindruckvollsten“ in der Katastrophe, die sich rund um den Aral See abspielt. Seit den 60er Jahren hat der damals viertgrößte (heute nur noch zehntgrößte) Binnensee der Erde rund 75% seiner ursprünglichen Fläche und 91% seines Wasservolumens eingebüßt⁵⁴⁹, hat sich in zwei Seehälften geteilt und wurde 1997 von der Weltbank als „biologisch tot“ erklärt.⁵⁵⁰ Die ökologischen, ökonomischen, sozialen und gesundheitlichen Folgen sind desaströs. Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen sind die Menschen vor Ort, die unter katastrophalen ökologischen und gesundheitlichen Bedingungen leben müssen, betroffen von Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Doch auch über das Aral See Gebiet hinaus sind die ökologischen Konsequenzen bereits spürbar, von einer Zunahme der Sand- und Salzwirbelstürme, bis hin zu Klimaveränderungen. Auch die aus der Wasserknappheit resultierenden wirtschaftlichen Einbußen der stark agrarisch geprägten Länder (speziell Usbekistan und Turkmenistan) sind nicht unerheblich.

Aus politischem Blickwinkel muss der Themenkomplex als Sicherheitsproblem in Zentralasien gesehen werden, da er Quelle für zwischenstaatliche Spannungen ist, und großes Konfliktpotential in sich birgt. Insbesondere für Usbekistan und Turkmenistan, deren Wirtschaft fundamental von ihrer Landwirtschaft abhängig ist, ist die Wasserversorgung ein entscheidender sicherheitspolitischer Faktor.⁵⁵¹

Problematisch ist das Fehlen eines kohärenten Wassermanagementsystems.⁵⁵² „Water management is likely to prove to be the region’s most deadly potential security problem, worse even than the consequences of the capture of the economy by narcobusiness or the impact that the increasingly more popular Islamic groups are likely to have on these societies“⁵⁵³, urteilt die Zentralasien-Expertin Olcott.

Ein Großteil des Problems besteht in den Spannungen und dem Misstrauen zwischen Flussober- (Kirgisistan, Tadschikistan) und Unteranliegern (Turkmenistan, Usbekistan,

⁵⁴⁸ Small, Ian/ Bunce, Noah: The Aral Sea Disaster and the Disaster of International Assistance, 2003, a.a.O., S. 68

⁵⁴⁹ Giese, Ernst: Water shortage, water conflicts and water management in dry areas of Central Asia (East and West-Turkestan), in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004, S. 143-154, S. 143f

⁵⁵⁰ Small, Ian/ Bunce, Noah: The Aral Sea Disaster and the Disaster of International Assistance, 2003, a.a.O., S. 60

⁵⁵¹ ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S.2

⁵⁵² Vgl. hierzu Kapitel 3.2.3.1.

⁵⁵³ Olcott, Martha Brill: Revisiting the twelve myths of Central Asia, 2001, a.a.O., S. 4

Kasachstan) der zwei wichtigsten Flüsse Amu Darja und Syr Darja. Tauschhandels-Vorgänge sollen die wechselseitige Belieferung von Wasser gegen Energie regeln, jedoch werden sie von allen Seiten als politökonomisches Druckmittel missbraucht.

Diese Regelungen sind ein Erbe aus sowjetischer Zeit; entsprechend dem Prinzip zentralistischer Wirtschaftsplanung, wurde die Wasserverteilung bis 1991 von Moskau aus geregelt. Da für die sowjetische Gesamtwirtschaft die wichtigste Aufgabe Zentralasiens in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion lag, wurde den Bedürfnissen Usbekistans und Turkmenistans, den Haupt-Baumwolllieferanten für die russische Textilindustrie, Priorität in der Wasserversorgung gegenüber den Flussoberanliegern eingeräumt. In den 80er Jahren wurden zwei große Wasserkraftwerke gebaut – Toktogul in Kirgisistan und Nurek in Tadschikistan - um nicht nur der Energieversorgung der beiden Länder zu dienen, sondern dem Wasserbedarf der Untieranlieger saisonal nachzukommen. Dadurch auftretende Ausfälle in der Energieversorgung Kirgisistans und Tadschikistans wurden durch Kohle- und Gaslieferungen der anderen drei Republiken ausgeglichen.⁵⁵⁴

Die größten Unstimmigkeiten seit der Unabhängigkeit zwischen Ober- und Untieranliegern resultieren aus der Tatsache, dass letztere erhöhten Wasserbedarf zum Bewässerungsfeldbau in den Frühjahrs- und Sommermonaten haben, während Kirgisistan und Tadschikistan die Wasserkraftwerke erstrangig im Herbst und Winter betreiben müssen, um ihren dann verdoppelten Energiebedarf zu decken. Die Energieversorgung wurde in einigen Wintern stark beeinträchtigt, als Usbekistan die vereinbarten Gaslieferungen aussetzte, da Kirgisistan die seit 1991 für usbekisches Gas eingeführten Weltmarktpreise nicht zahlen konnte. In der Konsequenz sah sich Kirgisistan genötigt, sein Wasserkraftwerk verstärkt zur Erzeugung von Energie einzusetzen, welches neben Überschwemmungen in Usbekistan dazu führte, dass die im Sommer benötigte Wassermenge nicht mehr zur Verfügung stand.⁵⁵⁵ Im Sommer 1997 führte dieser Zustand zu erheblichen Spannungen, woraufhin seitdem jährlich neue Tausch-Abkommen (Wasser gegen Gas/Kohle) geschlossen werden, die jedoch nur eingeschränkt erfolgreich sind und zwischenstaatliches Misstrauen nicht beilegen konnten.⁵⁵⁶ Mittlerweile haben die Staatschefs begonnen, über die Einrichtung eines Wasser- und Energie-

⁵⁵⁴ ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S. 11

⁵⁵⁵ Rasizade, Alec: Dictators, Islamists, Big Powers and Ordinary People. The New “Great Game” in Central Asia, Internationale Politik und Gesellschaft Online, 3/2002, http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG3_2002/ARTRASIZADE.HTM

⁵⁵⁶ ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S. 11

Konsortiums zu diskutieren, auch im Rahmen der CACO. Entsprechende Resolutionen wurden bereits verabschiedet, aber konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor.⁵⁵⁷

Das während der Sowjetzeit herausgebildete wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Ober- und Unterebenen blieb bis heute bestehen. Die verarmten Länder Tadschikistan und Kirgisistan haben mit der Kontrolle der Wasserressourcen ein Machtmittel gegenüber ihren agrarisch geprägten Nachbarn in der Hand. Allerdings können sowohl Tadschikistan, als auch Kirgisistan das Wasser nur begrenzt für ihre eigenen Bedürfnisse nutzen und sind darüber hinaus auf die Gas- und Kohleimporte angewiesen. Gleichzeitig stellen die Wasserreservoirs und Kraftwerke eine finanzielle Bürde dar, da ihre Wartung und Instandhaltung bisher einseitig durch die Länder erfolgt ist, auf deren Territorium sie sich befinden (diese Kosten wurden bis 1991 von Moskau getragen und Kirgisistan kämpft seitdem für eine Kostenteilung aller Nutzer).⁵⁵⁸

Die Spannungen aufgrund von ungleichen und nicht eingehaltenen Quoten und Tauschhandel haben dazu geführt, dass die zentralasiatischen Staaten sich dazu genötigt fühlen, eigene Pläne zur Sicherstellung und Kontrolle der Wasserressourcen zu entwickeln. Es handelt sich um Infrastruktur-Maßnahmen großen Ausmaßes, die im Falle ihrer Realisierung nicht unerhebliche Auswirkungen auf das Gesamtwassersystem haben dürften; so hat beispielsweise Turkmenistan mit dem Ausgraben eines riesigen künstlichen Sees („Golden Century Lake“) mitten in der Karakum Wüste begonnen; Tadschikistan plant den Bau der Rogun und Sangtuda Wasserwerke, die fast die vollständige Kontrolle über den Amu Darja sichern würden. Dies spiegelt zum einen die Resignation über die Möglichkeiten regionaler Zusammenarbeit wieder und fördert gleichzeitig das Misstrauen der Nachbarstaaten bezüglich der zukünftigen Sicherstellung ihrer Wasser-Bedürfnisse;⁵⁵⁹ ein Teufelskreis. Dieser Trend verläuft parallel mit dem Aufleben alter sowjetischer Pläne aus den 70er Jahren zur Umleitung sibirischer Flüsse, um den Wassermangel Zentralasiens zu beheben. Sowohl Usbekistan, als auch Russland argumentieren für dieses Lösungsszenario.

Das ernsthafte Erwägen einer solch kostspieligen Problemlösung, deren umwelt- und klimapolitische Folgen nicht abzuschätzen sind und die zentralasiatischen Staaten in russische Abhängigkeit bringen würde, zeigt in meinen Augen zweierlei. Erstens: die Bedrohung der zentralasiatischen Staaten durch den Wassermangel und seine Folgen ist real, und wird von

⁵⁵⁷ Establishing a consortium on water and energy resources, in: The Times of Central Asia, October 10, 2002, S. 12

⁵⁵⁸ Maynes, Charles William: America Discovers Central Asia, 2003, a.a.O., S. 125ff

⁵⁵⁹ ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S. 23

den politischen Entscheidungsträgern ernst genommen. Zweitens: die Unfähigkeit zu regionaler Zusammenarbeit zur Problemlösung und Schadensbegrenzung.

Meiner Meinung nach wäre das Problem mit einer koordinierten, nachhaltigen Politik der fünf zentralasiatischen Staaten und der Unterstützung durch internationale Akteure zu lösen. Fest steht, dass die zentralasiatischen Staaten seit mehreren Jahrzehnten ihre natürlichen Wasserressourcen im großen Maße verschwenden.⁵⁶⁰ Heute ist der Wasserverbrauch pro Kopf in Zentralasien doppelt so hoch wie der durchschnittliche Verbrauch der entwickelten Industrieländer und um das Mehrfache höher als der Verbrauch des Mittleren Ostens. Viele Experten gehen davon aus, dass die Wasserressourcen die Bedürfnisse Zentralasiens durchaus befriedigen könnten, wäre eine effektive Nutzung gewährleistet. Verschiedene Schätzungen kommen zu dem Schluss, dass ungefähr die Hälfte allen Wassers aufgrund von schlechter Infrastruktur, ineffektiver Irrigation, veralteten oder funktionsunfähigen Anlagen, Evaporation etc. verloren geht. Um den Verlust auszugleichen, wird noch mehr Wasser konsumiert; auch die sich stetig ausweitende Landwirtschaft und die wachsenden Bevölkerungszahlen vergrößern den Konsumbedarf.

Eine nachhaltige Problemlösung müsste also zunächst auf nationaler Ebene ansetzen, und ein umfassendes Reformprogramm beschließen, das politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Komponenten enthält und Wassereinsparung zu ihrem Ziel erklärt. Eine solche Politik muss insbesondere die Agrarpolitik einschließen, die bisher aus allen Überlegungen ausgeschlossen wurde, obwohl sie der Hauptverursacher der Misere ist. Hier wären insbesondere Usbekistan und Turkmenistan gefordert, deren Wirtschaften einseitig von dem bewässerungsintensiven Baumwoll- und Reisanbau abhängig sind.

Um die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in punkto Wassermanagement zu verbessern, sollte als erster Schritt eine Einigung über den Status des Wassers erzielt werden. Wasser sollte von allen fünf Staaten als wirtschaftliches Gut anerkannt werden, um so eine gerechte Regelung über die Finanzierung von Wasserkraftwerken, Staudämmen, etc. zu erzielen, von denen alle Flussanlieger gleichsam profitieren. Würde Wasser als Ware behandelt, welche je nach Verbrauchsmenge bezahlt werden muss, könnte allmählich ein Umdenken in der bisherigen Verschwendungsmentalität stattfinden.

In einem wirksamen regionalen Wassermanagement System müssten nicht nur alle fünf zentralasiatischen Staaten gleichberechtigte Partner sein, auch Afghanistan müsste mit

⁵⁶⁰ Die ICG geht davon aus, dass die Region heute 150% mehr Wasser verbraucht, als eigentlich zur Verfügung stehen würde. ICG: Water and Conflict, 2002, a.a.O., S. 1

einbezogen werden, dessen Grenze zu Tadschikistan und Usbekistan durch den Amu Darja gebildet wird.

Abschließend ist festzuhalten, dass das Wassermanagement in Zentralasien zwar erhebliches Konfliktpotential beinhaltet, dass aber immerhin die Einsicht für die Notwendigkeit koordinierten Handelns existiert. Insbesondere die Tauschverträge (Wasser gegen Energie) machen die gegenseitige Abhängigkeit offensichtlich und da die gegebene Konstellation kein Machtübergewicht des einen oder anderen Akteurs zulässt, ist ein gewisses Einigungspotential zu erhoffen. So stand ein bewaffneter Konflikt bisher nicht zur Disposition, und er scheint auch für die absehbare Zukunft nicht wahrscheinlich. Auch die weltweiten Entwicklungen geben Hoffnung; so befindet der Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen: „Obwohl grenzübergreifende Wasservorkommen Feindseligkeiten heraufbeschwören können, gibt es bei weitem mehr Beispiele für Zusammenarbeit als für akuten Konflikt. Daraus folgt, dass Wasser viel eher die Zusammenarbeit fördert, als eine Ursache für Konflikte zu sein.“⁵⁶¹

4.2.3. Interne Faktoren

In den beiden vorangegangenen Abschnitten wurden Faktoren dargestellt, die von außen die Sicherheitslage der zentralasiatischen Staaten und der Gesamtregion bedrohen, bzw. aus zwischenstaatlichen Konfliktkonstellationen heraus eine Gefährdung darstellen. Auf beiden Ebenen stand ganz klar der Staat als Akteur im Vordergrund. Die Frage „Sicherheit für wen?“ konnte eindeutig beantwortet werden.

Bei den internen Sicherheitsfaktoren tritt der Staat zunächst in den Hintergrund, und dem Individuum, der Bevölkerung gilt das Hauptinteresse. Ich folge damit dem Konzept „menschlicher Sicherheit“ („human security“) der UNDP, das auf dem Wohlergehen der Menschen innerhalb eines Staates basiert. Es berücksichtigt, dass Gefahren nicht allein politischer oder militärischer, sondern auch sozialer, ökonomischer und ökologischer Natur sind (vgl. „erweiterter Sicherheitsbegriff“), und konzentriert sich auf die Auswirkungen für die Individuen und Gemeinschaften, aber auch für den Staat, und setzt primär auf Konfliktprävention.

⁵⁶¹ Deutsche UNESCO-Kommission: Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, 2003, a.a.O., S. 26

„Primary threats are internal and are manifested in conditions of economic failure, violation of basic rights and political marginalization. The guarantor of national security is no longer military power, but favourable social, political and economic conditions, promotion of human development, human rights and inclusive policies.“⁵⁶²

Die Liste der nationalen, also internen Unsicherheiten in Zentralasien ist lang, wobei zu betonen ist, dass diese in den fünf Ländern in unterschiedlicher Intensität zu beobachten sind. Ganz am Anfang stehen ökonomische Unsicherheiten, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, geringe Arbeitsplatzsicherheit, unangemessene Arbeitsbedingungen, mangelnde soziale Zuwendungen. Diese Faktoren, in Zusammenhang mit der Polarisierung der Einkommen haben zu einer stetig verschlimmerten Ungleichheit und Armut geführt. Es gibt eine „neue“ Armut in Zentralasien, die sich in bestimmten Gebirgsregionen Kirgisistans und Tadschikistans lokalisiert, in den überbevölkerten Gebieten des Ferghana Tals, in früheren Industriezentren vor allem in Kasachstan, die dem ökonomischen Wandel nicht stand hielten und nun verrotten, in ökologisch degradierten Landstrichen rund um den Aral See. Die „neue“ Armut macht auch vor den gut Ausgebildeten im öffentlichen Sektor nicht halt, deren Löhne unregelmäßig oder gar nicht gezahlt werden. Als Folge von Armut und Arbeitslosigkeit werden Prozesse der Migration und Urbanisierung beobachtet. Die persönliche Sicherheit der Menschen im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit wurde bedroht durch Verbrechen, Krieg, Drogenhandel, Drogenkonsum, Missachtung von Menschenrechten, Terrorismus, Gewalt und Diskriminierung gegenüber Frauen. Partizipations- und Freiheitsrechte wurden eingeschränkt, die Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen kaum gewährleistet, der Zugang zu Bildung verschlechterte sich dramatisch. Zusätzlich verschärft wurde die Krise für die Bevölkerung durch ökologische Krisen und teilweise sogar Mängel in der Versorgung mit Lebensmitteln.⁵⁶³

Wie bereits erwähnt, sind die zentralasiatischen Staaten von der ökonomischen Krise in unterschiedlicher Intensität konfrontiert. Die Armut eines Großteils der Bevölkerung hat zu sozialen Schieflagen geführt und die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen stark beschränkt. Der Human Development Index (HDI) des UNDP, der anhand von Indikatoren wie Lebenserwartung, Pro-Kopf-Einkommen, u.a., das Potential menschlicher Entwicklung in

⁵⁶² Tadjbakhsh, Shahrbanou: A Human Security Agenda for Central Asia, in: Sabahi, Farian/ Warner, Daniel (Ed.): The OSCE and the Multiple Challenges of Transition: the Caucasus and Central Asia, Aldershot 2004, S. 169-198, S. 172

⁵⁶³ Vgl. ebd., S. 176ff; sowie Kapitel 2.1.2. der vorliegenden Dissertation

den Ländern dieser Welt klassifiziert, nimmt für das Jahr 2004 folgende Rangfolge vor: Kasachstan auf Rang 78, Turkmenistan Rang 86, Usbekistan Rang 107, Kirgisistan Rang 110, Tadschikistan Rang 116 (von 175).⁵⁶⁴ Somit fallen die zentralasiatischen Staaten in die Kategorie der mittleren Entwicklung, und zählen für die UNDP nicht zu den „typischen“ Entwicklungsländern.

Die Weltbank hingegen klassifiziert die Länder dieser Welt anhand ihres Einkommens, wobei Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan in die unterste Kategorie der „low income countries“ fallen, und Kasachstan und Turkmenistan eine Kategorie höher, in der der „lower medium income countries“.⁵⁶⁵

Es ist zu konstatieren, dass die Länder nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen ungeahnten wirtschaftlichen Niedergang erlitten und ein Großteil der Bevölkerung dieses bitter zu spüren bekam. Ein Bericht der Weltbank aus dem Jahr 2000 nannte den Anstieg von Armut und Ungleichheit innerhalb der letzten Dekade in Zentralasien „as striking as it is unprecedented“.⁵⁶⁶

Im Bereich der politischen und gesellschaftlichen Transformation ist ebenso ein großes Defizit festzustellen. Die Länder werden autoritär regiert, vor allem Turkmenistan und Usbekistan weisen schwere Demokratiedefizite auf. Die starren politischen Strukturen haben erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung, deren Freiheiten und Rechte beschränkt werden, und die sich zum Teil Repressionen ausgesetzt sieht. Die Klagen über Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Usbekistan, seitens internationaler Organisationen und westlicher Staaten werden immer lauter. Die politische Entwicklung des Staats wird von einer kleinen Gruppe von Entscheidungsträgern bestimmt, ist stark nationalistisch und undynamisch.⁵⁶⁷

Die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Missstände führen zu großer Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, „menschliche Sicherheit“ ist nicht gewährleistet. Die Perspektivlosigkeit der Menschen ist einerseits ein Entwicklungsproblem der Staaten, wird aber gleichzeitig zum Sicherheitsrisiko, das die Stabilität der Staaten von innen heraus gefährdet. Denn es schwindet nicht nur der interne Rückhalt für die Regierungen, und die

⁵⁶⁴ United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2004, Cultural Liberty in Today's Diverse World, S. 139ff

⁵⁶⁵ The World Bank: World Development Indicators 2003

⁵⁶⁶ World Bank: Making Transition Work for Everyone: Poverty and Inequality in Europe and Central Asia, Washington DC, 2000, zitiert nach: Tadjbakhsh, Shahrbanou: A Human Security Agenda for Central Asia, 2004, a.a.O., S. 169

⁵⁶⁷ Vgl. Kapitel 2.1.2.2.

Gefahr für Aufstände oder einen Umsturz steigt, auch wirkt die beschriebene Lage als Verstärker für die externen Sicherheitsrisiken. Sowohl der Drogenhandel, als auch der Zuspruch für radikalislamische Gruppierungen, kann nur in einem Umfeld florieren, in welchem die Menschen keine Zukunftsperspektiven für sich erkennen, von Armut bedroht sind, und von den Autoritäten nicht respektiert und an Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Somit bleiben die nationalen Sicherheitsrisiken in ihren Auswirkungen nicht auf die persönliche, lokale oder nationale Ebene beschränkt, sondern sie werden regional und global. Drogen, Seuchen, Terrorismus, Armut, Umweltverschmutzung respektieren keine nationalen Grenzen. Die Gefährdungen der menschlichen Sicherheit und ihre Konsequenzen sind derart miteinander verbunden, dass ein regionales Herangehen an die „menschliche Sicherheit“ notwendig wird.⁵⁶⁸

4.2.4. Interdependenz der Sicherheitsrisiken

Sicherheit ist ein multidimensionaler Begriff, der sich in stetigem Wandel befindet und in unterschiedlichen Kontexten Anwendung findet. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, „stets zu fragen, um welche und wessen Sicherheit vor welcher durch wen verursachten Gefahr es geht und mit welchen Mitteln Sicherheit auf wessen Kosten, mit welchen Folgen erreicht werden soll und wer über ihren Einsatz entscheidet.“⁵⁶⁹ So wurde am Anfang des vorliegenden Kapitels Sicherheit umschrieben.

Welche Erkenntnisse haben nun die Untersuchungen der Sicherheitsrisiken in Zentralasien in Bezug auf dieses Postulat ergeben?

In Zentralasien geht es in erster Linie um die Sicherheit des Staates, und die Sicherung seiner Existenz in der heutigen Form. Das heißt es geht um Herrschaftssicherung einer kleinen, autoritären Führungselite. Zur Sicherung und Legitimation ihrer Herrschaft instrumentalisiert sie die externen Sicherheitsrisiken, deren Bedrohungspotential eine Rechtfertigung für autoritäres Vorgehen darstellt. Die Brisanz der zentralasiatischen Sicherheitssituation liegt in der Tatsache, dass die Regierungen die Ebene der „menschlichen Sicherheit“, und den Ursache-Wirkungszusammenhang zwischen externen und internen Sicherheitsrisiken

⁵⁶⁸ Tadjbakhsh, Shahrbanou: A Human Security Agenda for Central Asia, 2004, a.a.O., S. 173f

⁵⁶⁹ Birkenbach, Hanne-Margret: Sicherheit, 1997, a.a.O., S. 461

missachten. Die Grenzen zwischen extern und intern verschwimmen immer mehr und beide Faktoren verstärken einander.

Je weniger Zukunftsperspektiven und Mitbestimmungsmöglichkeiten die Menschen wahrnehmen, desto mehr wenden sie sich vom bestehenden System ab und öffnen sich gegenüber illegalen Möglichkeiten der Existenzsicherung und Sinnstiftung. Dies empfinden die Regierungen als Bedrohung, woraufhin sie repressive Maßnahmen ergreifen, welche wiederum die Menschen radikalieren. Ein Teufelskreis.

Da die gegenwärtigen Sicherheitsrisiken komplex und grenzüberschreitender Natur sind, geht es des Weiteren um regionale Sicherheit, und im erweiterten Sinne auch um internationale Sicherheit. Die Regierungen haben erkannt, dass die Stabilität der Region nur durch kooperatives Vorgehen sichergestellt werden kann, wie die Gründung der unterschiedlichen sicherheitspolitischen Regionalorganisationen bezeugt.

Andererseits ist es den Staaten bisher nicht gelungen, ein konstantes, vertrauensvolles, partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen. Im Gegenteil fördern unilaterale Maßnahmen, im Sinne eines Sicherheitsdilemmas, das Misstrauen und zwischenstaatliche Unstimmigkeiten. Nationalen Sicherheitserwägungen wird stets Vorrang eingeräumt, auch wenn der Sicherheitsgewinn nur kurzfristiger Natur ist, und sich auf das Gesamtsystem destabilisierend auswirkt. Dass damit wiederum die nationale Sicherheit eingeschränkt wird, scheint nicht hinreichend berücksichtigt zu werden.

Die Komplexität der unterschiedlichen Sicherheitsrisiken, und ihre Interdependenz haben gezeigt, dass es unmöglich ist, eine Gewichtung der einzelnen Faktoren vorzunehmen. Eine Prioritätenlisten der Sicherheitsrisiken, welches bevorzugt anzugehen sei, erscheint mir auch nicht sinnvoll, weil damit gewisse Ursache-Wirkungszusammenhänge in den Hintergrund gedrängt werden könnten. Würde ich beispielsweise zu der Aussage neigen, der internationale Terrorismus sei das entscheidende Sicherheitsrisiko in Zentralasien, würde ich vernachlässigen, dass er auf dem Nährboden von Armut und Unterdrückung am besten gedeihen kann, und dass zu seiner effektiven Bekämpfung ein vertrauensvolles, gutnachbarschaftliches interregionales Verhältnis notwendig ist.

4.3. Zentralasien: Sicherheitskomplex oder regionales Sicherheitssystem?

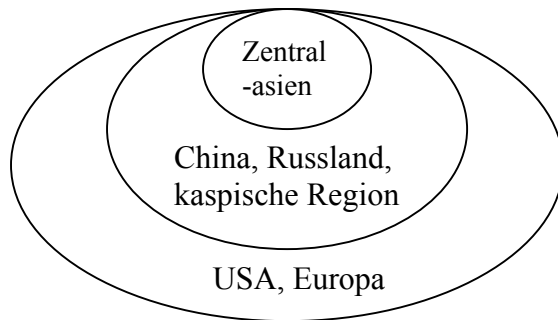
Die vorangegangenen Untersuchungen haben eines gezeigt: die Sicherheitsinteressen der zentralasiatischen Staaten weisen große Schnittmengen auf und sind zum Großteil interdependent, so dass sich die zentralasiatische Region als ein zusammenhängender Sicherheitskomplex fassen lässt.

Ein *Sicherheitskomplex* zeichnet sich dadurch aus, dass er quasi naturgegeben ist; eine objektive regionale Entität von Staaten, die ihre Sicherheitsbedürfnisse nicht isoliert voneinander betrachten können, da eine große Sicherheitsinterdependenz besteht. Unabhängig von den partikularen Interessen und dem Willen der Regierungen, teilen die Staaten, die einen Sicherheitskomplex bilden, gemeinsame Bedrohungen, Interessen und Sicherheitsbedingungen. Die Mitgliedschaft erfolgt nicht durch einen bewussten Beitritt, sondern aufgrund der Zuordnung durch geographische, kulturelle, ökonomische, etc. Faktoren. Somit ist ein Sicherheitskomplex eine Region in ihrer spezifischen sicherheitspolitischen Befindlichkeit. Im Gegensatz zu einem Sicherheitskomplex ist der Aufbau sicherheitspolitischer Kooperation - also ein *Sicherheitssystem* - ein sicherheitspolitisches Instrument, welches der bewussten Entscheidungen und Maßnahmen bedarf.⁵⁷⁰

Die Definition Zentralasiens als Sicherheitskomplex macht eines deutlich: die Staaten Zentralasiens können ihre Sicherheitsprobleme nicht losgelöst voneinander betrachten, regionale Kooperation wird zur Notwendigkeit. Nationale und regionale Sicherheit sind auf das engste miteinander verbunden. Da insbesondere die Sicherheitsrisiken, die der Kategorie der externen Faktoren zugerechnet wurden, ein ähnliches Bedrohungspotential für andere Nachbarstaaten, wie Russland, China und die kaspische Region, aufweisen, kann der Sicherheitskomplex um einen zweiten Kreis, um die zentralasiatischen Staaten herum, erweitert werden. Das Destabilisierungspotential durch externe Gefährdungen wie Drogenhandel und Terrorismus, ist so groß, dass auch weitere Staaten und Regionen, wie die USA und Europa mittel- und unmittelbar von ihnen betroffen sind. Somit schließt sich ein dritter Kreis um den erweiterten Sicherheitskomplex.

⁵⁷⁰ Vgl. Burnashev, Rustam: On a possibility of having a regional security system in Central Asia (Methodological Issues), in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), 2001, S. 13-23, S. 15; Strauß, Susanne Nicolette: Regionale militär-strategische Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum nach dem Ende des Kalten Krieges: Kontext, Konzepte und Instrumente der Sicherheit bei den USA und der Assoziation Südostasiatischer Staaten (ASEAN), Münster/Hamburg 1995, S. 18ff

Abbildung 14: Zentralasien als erweiterter Sicherheitskomplex



Mit den terroristischen Übergriffen im Sommer 1999 hatte ein Umdenken in Sicherheitsfragen in Zentralasien eingesetzt, denn es war offensichtlich geworden, dass Zentralasien über kein effektives Sicherheitssystem verfügte. Die Ereignisse 1999 können als Wendepunkt für die zentralasiatischen Staaten verstanden werden, so wie der 11.9.2001 einen Wendepunkt für die gesamte Welt darstellte. Weder nationale, noch regionale Mechanismen vermochten, den gut organisierten und ausgerüsteten religiösen Extremisten etwas entgegen zu setzen. Dieser Mangel ist verständlich, da die Elemente eines Sicherheitssystems, die 1999 existierten, auf traditionelle Sicherheitsrisiken, d.h. die Aggression durch andere Staaten, fokussiert waren.⁵⁷¹

Seit 1999 ist eine Neudefinition von Sicherheit in Zentralasien zu beobachten, die nichttraditionelle Sicherheitsrisiken in den Mittelpunkt stellt. Das sicherheitspolitische Umdenken spiegelt sich auch in den strukturellen Gegebenheiten wieder. Die meisten Regionalorganisationen passten ihre Agenden den neuen Bedrohungsszenarien an, und eine regionale Sicherheitsstruktur begann sich herauszubilden. Auch wenn die einzelnen Organisationen bisher kaum Erfolge erzielt haben, die sich auf das Sicherheitsumfeld stabilisierend ausgewirkt hätten, so ist allein die Existenz dieser Regionalorganisationen ein Indikator, dass Zentralasien weit mehr ist als nur ein Sicherheitskomplex. Auch Esenov argumentiert für die Existenz eines Sicherheitssystems: “The Western military presence in Central Asia, the institutionalisation in 2002 of the Collective Security Treaty (CST) via its transformation into the Collective Security Treaty Organisation, the strengthening of the military and political components of the Shanghai Cooperation Organisation (SCO) are all proof that a complex, multi-level regional security system is being formed, which should guarantee military-political and social-economic stability in Central Asia.”⁵⁷²

⁵⁷¹ Esenov, Murad: The Anti-Terrorist Campaign and the Regional Security System, ohne Datum, a.a.O.

⁵⁷² Ebd.

Ein in sich schlüssiges Sicherheitssystem ist derzeit nicht erkennbar. Bisher existieren zu viele Organisationen nebeneinander her, trotz identischer Zielsetzungen. Doch die Tatsache, dass SCO und CSTO beginnen, erste kooperative Elemente in ihre Beziehungen einzubringen, zeigt, dass ein Sicherheitssystem im Entstehungsprozess ist. Da jedoch nicht nur die zentralasiatischen Staaten und ihre Nachbarn von gemeinsamen Sicherheitsrisiken bedroht werden, sondern auch externe Akteure wie die USA in den Sicherheitskomplex involviert sind, gilt für ein regionales Sicherheitssystem, dass auch diese erweiterten Interessen und Möglichkeiten, insbesondere der USA, in die System-Formation einbezogen werden müssen.

Ob nun aber die Existenz eines Sicherheitskomplexes in Zentralasien, bzw. ein im Entstehungsprozess befindliches Sicherheitssystem auch nachhaltig zur kooperativen Regionalisierung Zentralasiens an sich beitragen wird, ist nicht leicht zu beantworten. Einerseits ist aufgrund der gemeinsamen Sicherheitsrisiken eine wichtige – aber bei weitem nicht die einzige - Voraussetzung für Kooperation erfüllt. Gemeinsame Interessen und Ziele zum gegenseitigen Vorteil sind vorhanden, wie Kapitel 3.1.3. als eine der wichtigsten Bedingungen herausgestellt hat. Allerdings handelt es sich bei dem Kampf gegen gemeinsame Bedrohungen nicht um ein „positives“, aus freien Stücken angestrebtes gemeinsames Ziel, sondern um ein Ziel, das aufgrund von Existenzängsten verfolgt wird. Wären diese ausschließlich aus negativen Assoziationen abgeleiteten gemeinsamen Interessen und Ziele die einzige Basis für ein kooperatives regionales Gesamtsystem, wären diesem keine guten Zukunftsperspektiven in Aussicht gestellt.

Wie ein solches Sicherheitssystem letztlich aussehen könnte, ist nicht absehbar. Es existieren weder Erfahrungen, noch Modelle, auf die angesichts der spezifischen zentralasiatischen Bedingungen zurückgegriffen werden könnte. Die zentralasiatischen Staaten sind also gefordert, selbst Strukturen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Sicherheit ist ein entscheidender Faktor, der die weiteren regionalen Entwicklungen erheblich beeinflussen wird, und mit den kooperativen und integrativen institutionellen Prozessen in Wechselwirkung steht. Hierzu der usbekische Präsident: „Um so mehr sind wir der Meinung, daß der Grad der Sicherheit der Nation und des Staates sich in direkter Abhängigkeit vom Grad ihrer Teilnahme an den Integrationsprozessen befindet. Die Formel ist hier überaus einfach: Die Bedrohung der Sicherheit verhält sich umgekehrt proportional zum Niveau der Integriertheit des Landes.“⁵⁷³

⁵⁷³ Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, 1997, a.a.O., S. 348f

5. Schlussbetrachtung: Bestandsaufnahme und Perspektiven regionaler Kooperation in Zentralasien

Die Beziehungen zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten vollziehen sich in einem breiten Spannungsfeld zwischen Kooperation einerseits, und nachbarschaftlichen Unstimmigkeiten und konfrontativen zwischenstaatlichen Tendenzen andererseits. Ziel der Dissertation war/ist es, einen wissenschaftlichen Beitrag zum Verständnis der regionalen Dynamiken zu leisten, und die Grenzen und Hindernisse, aber ebenso die Möglichkeiten und positiven Effekte regionaler Kooperation aufzuzeigen.

Dabei ist deutlich geworden, dass Prozesse regionaler Kooperation in Zentralasien keineswegs einer stringenten Strategie folgen, sondern im Gegenteil von schnell veränderlichen Rahmenbedingungen, sowie einer Reihe weiterer Faktoren beeinflusst werden und in Wechselwirkung mit ihnen stehen. Anspruch und Wirklichkeit von regionaler Kooperation weichen zum Teil erheblich voneinander ab.

Die vorliegende Schlussbetrachtung soll die grundlegenden Erkenntnisse bezüglich des Untersuchungsgegenstands zusammenfassen und somit eine „Bestandsaufnahme“ regionaler Kooperation in Zentralasien leisten. Darüber hinaus gilt es, die Nützlichkeit und Anwendbarkeit des Konzepts regionaler Kooperation für die zentralasiatische Region zu bewerten, und eine Einschätzung der Zukunftsperspektiven vorzunehmen.

Die vorliegende Dissertation hat sich mit einer Region auseinandergesetzt, welche in der internationalen Politik und in den politischen Wissenschaften bisher eine Außenseiterposition eingenommen hat. Daraus ergab sich für die Forscherin einerseits der Vorteil, relatives „Neuland“ zu betreten, und mehr oder weniger wissenschaftliche „Pionierarbeit“ zu leisten. Andererseits stellte der Mangel an Theorien, auf deren Grundlage die eigene wissenschaftliche Arbeit hätte aufgebaut und weiterentwickelt werden können, eine große Herausforderung dar. Geschuldet ist der Theoriemangel in erster Linie den Spezifika der zentralasiatischen Region, die von keiner der gegenwärtigen Theorien oder Theorieansätze internationaler Politik entsprechend aufgegriffen werden können.

Aus diesem Grund weist meine Arbeit einen gewissen „Patchwork“-Charakter auf, da an unterschiedlichen Schnittstellen Bezug auf unterschiedliche Theorieansätze genommen, jedoch kein umfassender theoretischer Bezugsrahmen gefunden wurde. Da im Mittelpunkt regionaler Kooperation in Zentralasien institutionelle Arrangements stehen, konnte jedoch auf einen institutionellen Ansatz zurückgegriffen werden. Für jede Institution/Organisation wurde eine eigenständige Analyse angefertigt, wodurch natürlich nur ein Bruchteil der regionalen

Entwicklungen erfasst werden konnte. Im Zusammenfügen der einzelnen Bruchteile ergab sich jedoch ein Muster, das gewisse Trends und Entwicklungen regionaler Kooperation in Zentralasien als solcher sichtbar werden ließ.

Die Autorin erhebt den Anspruch, mit der Dissertation einen Beitrag zum besseren Verständnis der zentralasiatischen Region und der regionsinternen Dynamiken geleistet zu haben. Zu kurz gekommen sind dabei die nationalen Ebenen, die die Basis für die regionalen Entwicklungen darstellen. Weitere Forschung sollte sich also darum bemühen, die nationalen Entwicklungen, Transformationen, Politikentwürfe, etc. zu beleuchten. Die vergangenen 13 Jahre haben gezeigt, dass die zentralasiatischen Staaten ganz eigene, „dritte“ Wege eingeschlagen haben, die mit westlichen Theorieansätzen nicht angemessen zu erfassen sind.

5.1. Regionalorganisationen als Gegenstand regionaler Kooperation in Zentralasien

Zentralasien ist eine Region, deren fünf Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan über eine große Schnittmenge kultureller, religiöser, historischer, linguistischer, etc. Wurzeln und Gemeinsamkeiten, sowie paralleler sicherheitspolitischer, ökonomischer, u.a. Interessen verfügen. All dies stellt eine solide Basis für regionale Kooperation dar. Andererseits tragen nationale Egoismen und gegenseitiges Misstrauen dazu bei, dass konfrontative Tendenzen ebenso zu einem bestimmenden Moment der zwischenstaatlichen Beziehungen geworden sind. Nichtsdestotrotz sind von der staatlichen Unabhängigkeit bis heute beachtliche Willensbekundungen und Maßnahmen zur regionalen Kooperation erfolgt. Letztere manifestiert sich in Zentralasien in der Existenz und Entwicklung zahlreicher institutioneller, multilateraler Arrangements, die sich vor allem im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich herausgebildet haben.

Bereits 1990, vor dem definitiven Zusammenbruch der Sowjetunion, hatten sich die Führungen der fünf zentralasiatischen Republiken getroffen, und den Wunsch zur (Wirtschafts-) Integration ihrer Region zum Ausdruck gebracht. Die parallelen Wurzeln und Interessen ließen eine gemeinsame Entwicklung als natürlichen Prozess erscheinen. Eine Reihe entsprechender Abkommen wurde in den Folgejahren unterzeichnet, u.a. 1994 die „Vereinbarung zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums“ zwischen Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan, aus dem sich schließlich eine Regionalorganisation, die Central

Asian Economic Community, seit 1998 mit Tadschikistan als viertem Mitglied, entwickelte (seit 2001 reorganisiert in Central Asian Cooperation Organisation – CACO).

Regionale Kooperation in Zentralasien jedoch ausschließlich als Prozess zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten zu verstehen, hätte eine erhebliche Einschränkung des Untersuchungsgegenstands zur Folge gehabt, und wäre den realen Entwicklungen in der Region nicht gerecht geworden. Die regionalen Entwicklungen befinden sich im Fluss, die gegenwärtigen Herausforderungen sind grenzübergreifender Natur, so dass insbesondere aus sicherheitspolitischer Sicht eine (geographische) Erweiterung des Regionsverständnisses im Kontext von Kooperation erfolgen muss. Der Großteil der Regionalorganisationen und Kooperations-Initiativen umfasst also nicht nur die fünf (bzw. einige der) zentralasiatischen Staaten, sondern weitere in der Nachbarschaft befindliche Staaten, wobei in erster Linie Russland und in zweiter Linie China zu nennen sind.

Anhand der multilateralen Zusammenarbeit und Bündnispräferenzen lassen sich gewisse Muster im zentralasiatischen System erkennen, die sich jedoch immer wieder, den äußeren Rahmenbedingungen und nationalen Interessenlagen entsprechend, im Wandel befinden.

Der Großteil der Regionalorganisationen, an denen zentralasiatische Staaten gegenwärtig beteiligt sind, können als „Unterorganisationen“ der GUS bezeichnet werden, die letztlich einer Revitalisierung und Reintegration der Gesamt-GUS dienen sollen. Zwei Entwicklungen sprechen für diese Annahme. Erstens, die Initiative von vier GUS-Staaten (Kasachstan als einzigem zentralasiatischen Mitglied), einen integrierten Wirtschaftsraum (CES) zu schaffen, um nicht nur die Wirtschaften der beteiligten Länder durch intensive Kooperation und schließlich Integration zu stärken, sondern quasi als „Lokomotive“ zu fungieren, um der Gesamt-GUS Auftrieb zu verschaffen. Zweitens, die Tatsache, dass Russland im Mai 2004 auf dem jüngsten Gipfeltreffen der Staatschefs der CACO um Mitgliedschaft ersuchte, und dem stattgegeben wurde. Die einzige „Gegenveranstaltung“ zur GUS-Reintegration ist GUUAM, die allerdings für die zentralasiatische Region von vergleichsweise geringer Bedeutung ist, und bis dato wenig von ihrem Potential entfalten konnte.

Das zweite relevante Muster der kooperativen Außenbeziehungen bildet die multilaterale Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten mit Russland und China, die sich im Rahmen der SCO institutionalisiert.

Die multilaterale, institutionelle Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich kann also als eine Architektur aus drei überlappenden Kreisen interpretiert werden. In dessen Zentrum steht die Kooperation zwischen den zentralasiatischen Staaten, die allerdings zunehmend an Dynamik und Durchschlagskraft verliert. Demgegenüber gewinnt die Zusammenarbeit im erweiterten regionalen Kontext mit Russland, im Rahmen der GUS, an Bedeutung. Ein dritter Kreis umfasst die Zusammenarbeit mit Russland und China.

Die Vielzahl der multilateralen Institutionen in Zentralasien schafft demzufolge keine Konstellation, die von Konkurrenz geprägt ist, wie auf den ersten Blick hätte vermutet werden können, sondern die sich im Großen und Ganzen in eine Richtung bewegt, bzw. sich sogar gegenseitig ergänzt.

Eine Erklärung für diese Entwicklung bieten vor allem sicherheitspolitische Erwägungen. Je größer die sicherheitspolitischen Herausforderungen für die zentralasiatischen Staaten werden, desto weniger fühlen sie sich in der Lage, diese im genuin zentralasiatischen Kontext zu bewältigen, und desto mehr orientieren sie sich an erweiterten Bündnissen. Russland erscheint als der natürliche Partner, angesichts der geographischen und historisch-kulturellen Nähe, vergleichbarer Sicherheitsinteressen, etc. Darüber hinaus verfügt Russland über viele Qualitäten, die für die zentralasiatischen Staaten kurz- und langfristig von Bedeutung sind: das Potential als langfristiger Sicherheitsgarant, Attraktivität als Wirtschaftspartner, ähnliche Einstellung gegenüber Menschenrechts- und Demokratisierungsfragen, etc. China erlangt derzeit keine strategisch entscheidende Rolle und bleibt in erster Linie Wirtschaftspartner.

5.2. Regionale Kooperation als ambivalenter, unvollendeter Prozess und Herausforderung

Die bloße Wahrnehmung regionaler Kooperation als Existenz von Regionalorganisationen, lässt regionale Kooperation als Faktum in Zentralasien erscheinen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regionalorganisationen sich nach wie vor im Prozess der Konstituierung befinden, der noch weit davon entfernt ist, als vollendet gelten zu können. Selbst die Integration Europas im Rahmen der EU wird wohl noch über viele Jahrzehnte nicht als unveränderliche Gegebenheit, sondern als Prozess verstanden werden müssen.

Darüber hinaus ist regionale Kooperation in Zentralasien ein sehr ambivalenter Prozess, der mitunter nicht nur stockend, sondern kontraproduktiv verläuft. Denn einerseits beteuern die Regierungen ihr Bekenntnis zu regionaler Kooperation, andererseits werden die regionalen

Erfordernisse als konkurrierend zu den nationalen Bedürfnissen und Interessen wahrgenommen (vgl. Kapitel 5.3.). Da die Staaten und ihr Engagement jedoch die grundlegenden „Bausteine“ sind, aus denen sich das „Gesamtkunstwerk regionale Kooperation“ zusammensetzt, ist hier der Hauptgrund für die stockend verlaufende Kooperation zu suchen.

Des Weiteren haben bereits kurz nach der Unabhängigkeit sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamiken in den einzelnen Ländern eingesetzt. Die mit dem Verständnis Zentralasiens als Region implizit einhergehende Annahme einer relativen Homogenität kann nicht bestätigt werden. Vielmehr entwickelten sich die Staaten bezüglich ihrer wirtschafts-, gesellschafts-, außenpolitischen, etc. Präferenzen, Modelle und Gegebenheiten immer weiter auseinander. Für die Zukunft ist eine fortschreitende Fragmentierung wahrscheinlich – was die Chancen für einen natürlich verlaufenden Annäherungs- und Kooperationsprozess zusätzlich erschweren würde.

Entscheidend ist darüber hinaus, dass es den zentralasiatischen Staaten bisher trotz aller Gemeinsamkeiten nicht gelungen ist, ein gutnachbarschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis zueinander aufzubauen. Alle auf dem Papier getroffenen Kooperationsvereinbarungen werden unterminiert, wenn statt dessen gegenseitiges Misstrauen die Beziehungen prägt. Die daraus resultierenden zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten haben sich derart verfestigt, dass ich es als angemessen betrachtet habe, sie in Kapitel 4 als eine Kategorie von Sicherheitsrisiken in Zentralasien zu fassen. Besonders zutreffend ist diese Kategorisierung im Falle von Grenzstreitigkeiten und Wassernutzungskonflikten. Dies sind zwar nur Teilbereiche, aber wichtige Elemente der zwischenstaatlichen Beziehungen. Wird in diesen Bereichen keine nachhaltige, für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden, so wird das gegenseitige Misstrauen weiterhin vorherrschen, und auch die Möglichkeiten regionaler Kooperation im Allgemeinen stark begrenzt bleiben, oder im schlimmsten Falle in einer offenen Konfrontation resultieren.

Eine weitere Beeinflussung erfahren die Prozesse regionaler Kooperation durch das Engagement internationaler Akteure. Die Entwicklungen der letzten 13 Jahre, aber insbesondere seit dem 11.9.2001 haben gezeigt, dass unterschiedliche internationale Akteure (vor allem die USA, Russland und China) ein Interesse daran haben, aufgrund sicherheits-

und wirtschaftspolitischer Erwägungen, Einfluss auf die Entwicklungen in Zentralasien zu nehmen (vgl. auch Kapitel 5.4.).

Die jungen zentralasiatischen Staaten sind mit einer solchen Vielzahl von Problemen und Herausforderungen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene konfrontiert, dass deren Komplexität und partielle Interdependenz einen kaum zu bewältigenden Anforderungskatalog darstellt. Regionalisierung in Zentralasien ist also kein Prozess, der losgelöst betrachtet werden kann; vielmehr sind die vielfältigen Einflussfaktoren und Interessen, sowie die im Fluss befindlichen Rahmenbedingungen, konstituierend für die Prozesse regionaler Kooperation.

Dementsprechend ist regionale Kooperation in Zentralasien nicht Zustand, sondern vielmehr ein dynamischer, vielen Herausforderungen und Hindernissen unterliegender Prozess, dessen Ausgang bisher nicht absehbar ist.

Betrachtet man die Regionalorganisationen als Gegenstand regionaler Kooperations-Prozesse, so sollte trotz aller Hindernisse, Probleme und organisationsinterner Unzulänglichkeiten, aber auch die Leistung jeder einzelnen Organisation und Initiative herausgestellt werden. Westliche Experten werden gerne ungeduldig ob der vielen Krisenszenarien und Probleme. Es sollte jedoch, trotz aller angebrachten Kritik, niemals die Komponente „Zeit“ vergessen werden. Die zentralasiatischen Staaten sind erst vor 13 Jahren in die Unabhängigkeit „katapultiert“ worden. Die Schwierigkeiten und Herausforderungen, die dies auf allen Ebenen mit sich brachte, sind hinlänglich beschrieben worden. Die Regionalorganisationen haben sich erst vor wenigen Jahren konstituiert, so dass die Kooperationsprozesse sich noch im frühen Anfangsstadium befinden. Keine der Organisationen kann als konsolidiert gelten, da sie sich bis heute in einem ständigen Entwicklungsprozess befinden, um auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Die internen Strukturen, Agenden und Ziele wurden entsprechend angepasst, und die Organisationen hatten noch keine Chance, als in sich gefestigte Akteure auf die gegenwärtigen Herausforderungen und Aufgaben zu reagieren und sich zu bewähren. Um über Erfolge und Misserfolge angemessen urteilen zu können, erscheint demzufolge der gegenwärtige Zeitpunkt verfrüht.

5.3. Regionale Kooperation in Konkurrenz zu nationalen Entwicklungswegen?

Auf nationaler Ebene finden in den einzelnen Staaten gleichzeitig Prozesse des Wandels und der Restauration statt, die in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht zumeist erhebliche negative Konsequenzen für einen Großteil der Bevölkerung mit sich gebracht haben. Im politischen Bereich ist eine zunehmende Autoritarisierung der Regime zu konstatieren, weit entfernt vom westlichen Ideal „guter Regierungsführung“. Stabilität, d.h. Regimesicherheit genießt oberste Priorität, kurzfristige Ziele, nicht langfristige Strategien bestimmen weitestgehend das politische Geschehen. Die Bevölkerungen sind kaum in die politischen Prozesse involviert, eine Zivilgesellschaft im westlichen Sinne konnte sich bisher nicht herausbilden. Die Wirtschaften erlebten mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen ungeahnten Niedergang, mit katastrophalen Folgen für einen Großteil der Menschen. Aufgrund der Komplexität der Probleme und der theoretischen Notwendigkeit, jedoch praktischen Unmöglichkeit, alle umgehend anzugehen, prägte Offe für diese Situation vieler Transformationsländer den Begriff „Dilemma der Gleichzeitigkeiten“⁵⁷⁴.

Aufgrund der Dringlichkeit und des Überforderungscharakters der nationalen Erfordernisse wird vielfach antizipiert, dass regionale Kooperation und nachhaltige nationale Entwicklung zwei einander ausschließende Prozesse seien. Angesichts der unbefriedigenden Ergebnisse auf nationaler Ebene wird die Forderung erhoben, die regionalen Bedürfnisse und Politiken zurückzustellen, und in erster Linie nationale Zielsetzungen zu verfolgen. Erst wenn die nationalen Politiken und Ökonomien konsolidiert seien, könne in einem zweiten Schritt mit regionaler Kooperation begonnen werden.

Diese Bedenken werden auch in der politischen Realität reflektiert. Die Haltung der zentralasiatischen Entscheidungsträger hinsichtlich regionaler Kooperation ist ambivalent. Einerseits wird sie aufgrund der vielen historischen, kulturellen, religiösen, etc. Gemeinsamkeiten, sowie sicherheits- und wirtschaftspolitischer Sachzwänge ausdrücklich begrüßt, andererseits orientiert sich das politische Handeln am nationalen, meist kurzfristigen Eigeninteresse. Offensichtlich ist man misstrauisch ob den Unwägbarkeiten der regionalen Handlungsoptionen. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung der nationalen Eigenbedürfnisse durch die Sowjetherrschaft war die Aussicht, in naher Zukunft wieder Abstriche aufgrund regionaler Absprachen und Vereinigungstendenzen zu machen, von großer Skepsis begleitet. So hat die Heterogenität zwischen den zentralasiatischen Staaten immer stärker zugenommen.

⁵⁷⁴ Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, 1994, a.a.O. S. 57

Ihre Modelle und Präferenzen bezüglich innen-, außen-, wirtschafts-, und gesellschaftspolitischer Fragen und Entwicklungen unterscheiden sich zum Teil fundamental. Je ausgeprägter jedoch das nationale Element des Weges werden wird, welchen die Staaten eingeschlagen haben, desto schwerer wird es werden, auf einen gemeinsamen regionalen Nenner zurückzufinden, und zukünftige Politiken anzugleichen.

Darüber hinaus verschließt die Argumentation, die nationale und regionale Entwicklungen als konkurrierende Konzepte begreift, die Augen vor den Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Der grenzübergreifende Charakter der Mehrzahl der Sicherheitsrisiken verdeutlicht letztere am eindringlichsten. Den zentralasiatischen Staaten plus ihren Nachbarn wird auf mittel- und langfristige Sicht keine Wahl bleiben, außer sich im Prozess der regionalen Kooperation allmählich anzunähern - zumindest in bestimmten Bereichen – um die grenzübergreifenden Sicherheitsprobleme effektiv bekämpfen zu können. Nur so wird nachhaltige Sicherheit und Entwicklung gewährleistet werden können.

Allerdings sind nicht nur die Risiken von Nicht-Kooperation erheblich; vielmehr ist auch das Potential, das eine erfolgreiche Kooperation insbesondere in Wirtschafts-, Handels-, Transport- und Energiefragen für die nationalen Entwicklungen birgt, von großem Gewicht. Die natürlichen und historischen Gegebenheiten haben für die Einzelstaaten eine Situation geschaffen, die ihre Entwicklungspotentiale zum Teil stark begrenzen. Um diese Hemmnisse zu überwinden, Anschluss zur Weltwirtschaft zu finden, etc., würde eine Abstimmung der nationalen Politiken auf regionaler Ebene die Rahmenbedingungen erheblich verbessern, und somit Vorteile für alle Beteiligten schaffen.

5.4. Die internationale Dimension regionaler Kooperation in Zentralasien

Seit dem 11.9.2001 ist Zentralasien im internationalen Maßstab von einer peripheren, zu einer geostrategisch bedeutsamen Region avanciert, deren Stabilität den vitalen Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten, sowie im Großen und Ganzen der internationalen Gemeinschaft entspricht. Vor allem Russland, die USA und China sind an der Architektur des zentralasiatischen Systems beteiligt, wobei nicht nur sicherheitspolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Interessen eine Rolle spielen. Um die Entwicklungen auf regionaler Ebene, also auch die Prozesse regionaler Kooperation, nachzuvollziehen, sind folglich nicht

nur die nationalen Interessen der fünf zentralasiatischen Staaten zu berücksichtigen; auch die Interessen der internationalen Akteure stellen einen wichtigen Einflussfaktor dar.

Die Entwicklungen in jüngster Zeit deuten darauf hin, dass insbesondere Russland zum konstituierenden Faktor wird. Der Bedeutungsgewinn kooperativer Modelle im Rahmen der GUS, mit Russland im Zentrum, geht mit einem Bedeutungsverlust genuin zentralasiatischer Kooperationsoptionen einher. Dies reflektiert das enorme Gestaltungspotential, das die angrenzenden Großmächte in Bezug auf die institutionellen Formationen im erweiterten regionalen Kontext haben.

Chinas Möglichkeiten und Interessen fallen vergleichsweise gering aus, wenngleich ein gewisser Spielraum aufgrund des Engagements in der SCO vorhanden ist.

Die USA können und wollen im Kontext der institutionellen Bündnisse keine unmittelbare Rolle einnehmen. Nichtsdestotrotz findet eine Einflussnahme statt, wenn die USA versuchen, durch finanzielle und technische Hilfen gezielt die Position von GUUAM im institutionellen Gesamtgefüge zu stärken. Des Weiteren konnte eine Beeinflussung der zentralasiatischen Architektur in Folge des 11.9.2001 und der Stationierung amerikanischer Truppen in Usbekistan und Kirgisistan und der Aufnahme strategischer Partnerschaften, beobachtet werden. Der plötzliche Bedeutungsgewinn, den die zentralasiatischen Staaten in den Planungen amerikanischer Strategen erhalten hatten, eröffnete den zentralasiatischen Staaten unverhoffte neue bilaterale Bündnisoptionen. Die finanziellen und sicherheitspolitischen Möglichkeiten, die eine enge Partnerschaft mit den USA offerierten, ließen die regionalen multilateralen Optionen im Verbund mit Russland und China vergleichsweise unattraktiv erscheinen. In diesem Sinne hätten die USA – ob gewollt oder ungewollt sei dahingestellt – die institutionellen Strukturen schwächen können, hätten sie die Aufmerksamkeit der zentralasiatischen Staaten nachhaltig auf sich ziehen können. Seit 2003/2004 ist jedoch der Trend auszumachen, dass sowohl seitens der USA, als auch seitens der zentralasiatischen Staaten eine Aufweichung der bilateralen Partnerschaften stattfindet. Die USA, die in Folge des 11.9. eine nachsichtige Position gegenüber den zentralasiatischen Regimen in Menschenrechts- und „good governance“ Fragen eingenommen hatten, werden zusehends kritischer, was zum Aussetzen bereits zugesagter Gelder an Usbekistan in 2004 führte. Und die zentralasiatischen Staaten wenden sich ihrerseits zusehends Russland zu, was beispielsweise der positive Befund des russischen Aufnahmegesuchs zur CACO im Frühjahr 2004 widerspiegelt.

Unabhängig von den Einflüssen der internationalen Akteure auf die Konfiguration der institutionellen Arrangements in Zentralasien, bedeutet das Engagement in Zentralasien für die drei Großmächte USA, Russland und China, auch eine Neuordnung der Beziehungen untereinander. Die traditionellen Rivalen finden sich in einem Spannungsfeld zwischen Konkurrenz und der Notwendigkeit zur Kooperation, aufgrund der vielen gemeinsamen Bedrohungen und Ziele (Kampf gegen Terrorismus, Drogenschmuggel, etc.), wieder.

Derzeit überwiegt das kooperative Element das Verhältnis der drei Großmächte untereinander. Sollte es sich wieder verschlechtern – egal ob aus Gründen, die Zentralasien oder die Entwicklungen in einem anderen Teil der Welt betreffen – könnte Zentralasien zum „Spielfeld“ werden, auf dem die Rivalitäten ausgetragen werden. Die Brisanz der Lage spiegelt sich am deutlichsten in Kirgisistan wider. Hier haben sowohl die USA, als auch Russland ihre militärische Präsenz in Form von zwei Luftstützpunkten aufgebaut, die sich in nur 30 km Entfernung voneinander befinden. China ist vergleichsweise zurückhaltend, hat aber bereits Militärübungen gemeinsam mit Kirgisistan durchgeführt. Sowohl China, als auch Russland fühlen sich durch die Militärpräsenz der USA in ihren regionalen Interessen bedroht, haben diese jedoch auf kurzfristige Sicht hingenommen. Sollte die Stationierung permanenten Charakter annehmen, worüber bis dato noch keine Klarheit herrscht, so ist von einer Verschlechterung der Beziehungen auszugehen. Dies würde auch für die zentralasiatischen Staaten unangenehme Folgen haben, u.a. indem sie gegebenenfalls dazu gezwungen wären, Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen. Eine Polarisierung und Fragmentierung der Region, sollten die Präferenzen nicht einheitlich ausfallen, wäre zu befürchten.

Die zentralasiatische Region ist in erster Linie aus sicherheitspolitischen Gründen zum Gegenstand internationalen Interesses geworden. Die Sicherstellung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien ist nicht nur für die Staaten selbst und ihre Nachbarn von Bedeutung, sondern auch für die internationale Gemeinschaft. Einerseits sind die in Zentralasien evidenten Sicherheitsrisiken grenzübergreifender Natur, so dass insbesondere die von mir als „extern“ klassifizierten Risiken – Drogenhandel und Terrorismus – auch die USA und Europa mittel- oder unmittelbar tangieren. Auf der anderen Seite geht von dem Szenario einer destabilisierten zentralasiatischen Region ein erhebliches Bedrohungspotential für die gesamte internationale Gemeinschaft aus. Im Namen der internationalen Sicherheit ist für die internationale Gemeinschaft also regionale Sicherheit in Zentralasien von großem Interesse,

welche zunehmend in Interdependenz mit regionaler Kooperation wahrgenommen wird (vgl. Kapitel 5.5.).

5.5. Regionale Kooperation in Interdependenz mit regionaler Sicherheit

Die Entwicklungen und Rahmenbedingungen in Zentralasien wurden innerhalb der letzten Jahre entscheidend von sicherheitspolitisch relevanten Ereignissen und Prozessen beeinflusst. Insbesondere seit den Übergriffen islamistischer Extremisten im Ferghana Tal 1999 dominieren sicherheitspolitische Fragen sowohl die nationalen Politiken, als auch die Agenden der Regionalorganisationen, und wirken als Katalysator für die institutionelle Kooperation. In jüngster Zeit wird auch die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit oft in einen sicherheitspolitischen Zusammenhang gebracht, da argumentiert wird, dass Sicherheit nur in einem ökonomisch stabilen Umfeld nachhaltig gewährleistet werden könne.

Die Sicherheitsrisiken in Zentralasien sind zahlreich, komplex, multidimensional und zum Teil interdependent. Sie lassen sich nur durch ein „erweitertes“ Sicherheitsverständnis fassen, welches neben militärischen auch soziale, ökonomische und ökologische Bedrohungen berücksichtigt. Man kann versuchen, zwischen internen und externen Faktoren wie Armut und Autoritarismus auf der einen, sowie Terrorismus und Drogenhandel auf der anderen Seite zu unterscheiden. Die Grenzen verschwimmen jedoch zunehmend. Des Weiteren charakterisiert die nichttraditionellen Sicherheitsrisiken in Zentralasien ihre grenzübergreifende Natur; d.h. sie stellen nicht nur für einen Staat eine Bedrohung dar; nachhaltige unilaterale Lösungsmöglichkeiten existieren nicht.

Der Schlüssel zur Bekämpfung der Sicherheitsrisiken liegt folglich in der Zusammenarbeit innerhalb der Region und darüber hinaus. Trotz der Einsicht in die Notwendigkeit von Sicherheitskooperation, tendieren die zentralasiatischen Staaten immer wieder zu unilateralen Maßnahmen, welche Misstrauen bei den Nachbarstaaten hervorrufen und im Sinne eines Sicherheitsdilemmas zu revanchistischem Verhalten veranlassen. Aus diesem Grund ist es den zentralasiatischen Staaten bisher nicht gelungen, ein dauerhaft gutnachbarschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis untereinander aufzubauen. Neben internen und externen Sicherheitsrisiken, stellen Probleme, die aus solchen zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten resultieren, eine weitere Bedrohung für die nationale und regionale Sicherheit dar. Dazu zählen Grenzstreitigkeiten und Wassernutzungskonflikte.

Sicherheit in Zentralasien heißt für die Staatsführungen in erster Linie Herrschaftssicherung. Die Bedrohung der Sicherheit durch Faktoren von außen wird instrumentalisiert und als Legitimationsmittel zur Herstellung von Stabilität nach innen durch autoritäre Maßnahmen missbraucht.

Aufgrund der Interdependenz der Sicherheitsbedürfnisse innerhalb der zentralasiatischen Region, kann diese als quasi naturgegebener Sicherheitskomplex gefasst werden. Dieses Verständnis unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit regionaler Kooperation. Die vielen Parallelen in der Bedrohungsperzeption mit China, Russland, und anderen Nachbarn, wie den Kaukasus-Staaten, lassen einen erweiterten Sicherheitskomplex erkennen. Im weitesten Sinne können auch die USA und Europa in einen noch weiter gefassten Sicherheitskomplex mit den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten, Russland und China einbezogen werden.

Die zentralasiatische Region ist jedoch mehr, als ein objektiv bestehender Sicherheitskomplex. Seit den terroristischen Übergriffen im Ferghana Tal 1999 musste ein Umdenken und eine Neudefinition von Sicherheit erfolgen, und der Prozess der Herausbildung eines regionalen Sicherheitssystems hat eingesetzt, als dessen Bausteine die auf Sicherheitsaspekte fokussierten Regionalorganisationen gesehen werden können. Zwar ist ein in sich schlüssiges Sicherheitssystem derzeit nicht evident, die kooperativen Tendenzen zwischen SCO und CSTO deuten jedoch an, dass ein Sicherheitssystem im Entstehen begriffen ist. Wie ein solches System letzten Endes aussehen könnte, ist nicht absehbar. Es existieren keine Erfahrungen oder theoretischen Modelle, auf die angesichts der spezifischen zentralasiatischen Bedingungen zurückgegriffen werden könnte. Die zentralasiatischen Staaten sind also gefordert, selbst Strukturen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen angemessen sind.

Gemeinsame Sicherheitsinteressen stellen eine (aber bei weitem nicht die einzige) Voraussetzung für regionale Kooperation im Allgemeinen dar und können, wie die Entwicklungen innerhalb der Regionalorganisationen zeigen, katalysierend wirken. Somit ist Sicherheit ein entscheidender Faktor für die regionalen Entwicklungen, mit enger Wechselwirkung auf die kooperativen, institutionellen Prozesse.

Auch das Engagement internationaler Geberorganisationen, wie der Asian Development Bank (ADB), die ihre Unterstützungspolitik gezielt an die Initiierung und Förderung regionaler Kooperation gebunden hat, unterstreicht die Bedeutung, die regionaler Kooperation von

internationaler Seite beigemessen wird, da sie zunehmend in Interdependenz mit regionaler Sicherheit betrachtet wird. Die Formel könnte lauten: regionale Kooperation ist Voraussetzung für regionale Sicherheit und umgekehrt. Ohne regionale Sicherheit in Zentralasien ist auch die internationale Sicherheit in Gefahr.

5.6. Perspektiven regionaler Kooperation in Zentralasien

Regionale Kooperation in Zentralasien ist ein ambivalenter Prozess, der viele Chancen in sich birgt, jedoch ebenso vielen Hindernissen unterliegt. Dieser Prozess ist „auf dem Papier“ bereits weit vorangeschritten, die Umsetzung erfolgt jedoch relativ schleppend, bzw. in einigen Fällen gar nicht.

Wo regionale Kooperation gegenwärtig zu beobachten ist, ist sie in erster Linie Sachzwängen geschuldet. Gleichzeitig ist der politische Alltag von nationalen Egoismen geprägt. Nicht zwangsläufig der politische Wille zur Kooperation fehlt – es fehlt das gegenseitige Vertrauen und die letztendliche Einsicht in den Vorteil von regionalen, gegenüber nationalen Lösungen, die dazu führen würde, entsprechende Umsetzungsmaßnahmen zu ergreifen.

Wie ist es unter diesen Gegebenheiten um die Zukunft regionaler Kooperation gestellt? Eindeutige politische Vorhersagen zu treffen ist stets schwierig, gestaltet sich für die zentralasiatische Region aber als fast unmöglich. Regionale Kooperation in Zentralasien wird von zu vielen schnell veränderlichen Faktoren beeinflusst, und ist äußerst sensibel gegenüber äußeren Einflüssen und unvorhersehbaren Ereignissen. Selbst wenn die Staaten heute das Einschlagen eines bestimmten Weges beschließen sollten, ist dies noch keine Garantie dafür, dass dieser auch beschritten wird, oder nicht plötzlich eine andere Richtung gewählt wird. Allein der Machtwechsel an der Spitze eines der zentralasiatischen Länder könnte völlig neue Konstellationen hervorbringen, da ein Großteil der Entscheidungen – auch über den außenpolitischen und regionalen Kurs – in der Hand der Präsidenten liegt.

Ausgehend von den Entwicklungen innerhalb und zwischen den Regionalorganisationen als Gegenstand regionaler Kooperation in Zentralasien, spiegeln folgende vier Szenarien die Bandbreite möglicher Entwicklungen wider:

Szenario A: Konzentration auf genuin zentralasiatische Kooperation

Szenario B: Fortsetzung des Trends zur Kooperation im erweiterten regionalen Kontext

Szenario C: Abkehr von der multilateralen Kooperation und Konzentration auf bilaterale Beziehungen

Szenario D: Gänzliche Abkehr von kooperativen Politiken

5.6.1. Szenario A: Konzentration auf genuin zentralasiatische Kooperation

Nach Zerfall der Sowjetunion hatten nicht nur Prozesse des Nation- und Statebuilding innerhalb der jungen Staaten eingesetzt. Gleichzeitig, bzw. bereits seit 1990 gaben die fünf zentralasiatischen Staatsführungen dem Wunsch zur (Wirtschafts-) Integration ihrer Region Ausdruck. Die vielen gemeinsamen Wurzeln und Interessen ließen eine gemeinsame Entwicklung natürlich erscheinen. Dieser Grundgedanke blieb zwar bis heute erhalten, nicht von ungefähr betonten die Staatschefs immer wieder ihren Willen zur Kooperation. Er wurde aber schnell gegenüber den nationalen Bedürfnissen, die größtenteils als gegensätzlich zu den regionalen Erfordernissen wahrgenommen wurden, marginalisiert.

Institutionalisiert hat sich die Kooperation im zentralasiatischen Rahmen innerhalb der CACO, die jedoch bereits mit ihrer Entstehung (als Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft) nicht alle zentralasiatischen Staaten umfasste, da Turkmenistan alsbald einen isolationistischen außenpolitischen Kurs einschlug. Bis heute ist es der CACO nicht gelungen, sich zu einem starken politischen Instrument zu entwickeln, und hat mit der Zustimmung zum Aufnahmeantrag Russlands im Mai 2004 ihr genuin zentralasiatisches Entscheidungs- und Handlungspotential verloren. Zwar hatte Russland schon seit 1996 Beobachterstatus und bereits mit ihren Anfängen hatten die Teilnehmerstaaten betont, dass ihr Zusammenschluss nicht gegen die Prinzipien der GUS gerichtet sei. Dennoch wird die formale Aufnahme Russlands als Mitglied eine neue Stufe der Beziehungen einleiten.

Es existieren des Weiteren Initiativen zur Zusammenarbeit in spezifischen Bereichen, wie der Versuch, ein gemeinsames Wassermanagement aufzubauen. Allerdings verweist dieses Beispiel eher auf die Unfähigkeit zur effektiven Zusammenarbeit und das zwischenstaatliche Konfliktpotential, als auf die Erfolge regionaler Kooperation.

Andere außenpolitische Möglichkeiten haben gegenüber der regionalen Option an Attraktivität gewonnen: bilaterale Partnerschaften mit mächtigen Staaten, insbesondere mit den USA; und in jüngster Zeit vor allem die multilaterale Kooperationsvariante auf regionaler Ebene im erweiterten regionalen Kontext im Rahmen der GUS, sowie SCO.

Eine (Rück-) Besinnung auf eine Kooperation ausschließlich im Rahmen der zentralasiatischen Staaten als *alleiniges* außenpolitisches Instrument ist weder realistisch, noch sinnvoll für die zentralasiatischen Staaten.

Diese Variante konnte zu keiner Zeit nachhaltige Problemlösungskompetenz beweisen. Das Misstrauen zwischen den zentralasiatischen Staaten hat sich zu sehr verfestigt, als dass in absehbarer Zeit große Energien in die Vitalisierung der zentralasiatischen Kooperation investiert werden würden. Andere Kooperationsmöglichkeiten sind attraktiver und versprechen größeren wirtschafts- und sicherheitspolitischen Zugewinn. Insbesondere aus sicherheitspolitischer Sicht wird der erweiterte regionale Kontext zur Kooperation immer bedeutender, da grenz- und regionsübergreifende Sicherheitsrisiken im entsprechenden Rahmen angegangen werden müssen, um nachhaltig Stabilität zu erzielen.

Nichtsdestotrotz bleibt die zentralasiatische Kooperation ein wichtiges „Projekt“ und ein Baustein, bzw. sogar das Fundament, der regionalen Architektur. Die Schaffung gutnachbarschaftlicher Beziehungen, der Ausbau gemeinsamer Transportwege und Infrastrukturnetzwerke, die Schaffung eines gemeinsamen Wassermanagementsystems, die gemeinschaftliche Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in der Region, gemeinsame Umweltschutzmaßnahmen, etc. all dies sind Aufgaben, die die zentralasiatischen Staaten miteinander bewältigen müssen. Im Interesse ihrer nationalen Entwicklungen, im Interesse der regionalen Stabilität und im Interesse der Weltgemeinschaft.

5.6.2. Szenario B: Fortsetzung des Trends zur Kooperation im erweiterten regionalen Kontext

Die regionale Kooperation im erweiterten regionalen Kontext im Rahmen der GUS scheint derzeit den stärksten Trend der Außenbeziehungen der zentralasiatischen Staaten darzustellen. Dies war nicht immer so, versuchten die Staaten (vor allem Usbekistan) mit Gewinn ihrer Unabhängigkeit doch, die Abhängigkeiten von Russland so weit wie möglich zu reduzieren. Heute erweist sich die Kooperation im Verbund mit Russland als attraktive Möglichkeit für die zentralasiatischen Staaten, da einerseits wichtige Voraussetzungen für Kooperation erfüllt sind, wie die gemeinsamen historischen Erfahrungen, geographische Nähe, kulturelle, ideologische und linguistische Parallelen, zusammenhängende Wirtschaftsstrukturen, ähnliche Sicherheitsinteressen, etc. Andererseits enthält eine vertiefte Partnerschaft mit Russland attraktive Aussichten für die Zukunft, wie Sicherheitsgarantien, intensiver Wirtschafts- und

Handelsaustausch, „freie Hand“ bezüglich Menschenrechts- und Demokratisierungsfragen, etc.

Eine einseitige Politik dieser Art könnte jedoch starke Abhängigkeit von Russland zur Folge haben, was nicht im Interesse der zentralasiatischen Staaten liegen kann. Die politisch und ökonomisch ungewisse Entwicklung Russlands würde zum gewichtigen Faktor, der auch die Zukunft der zentralasiatischen Staaten erheblich beeinflussen würde.

Eine andere Möglichkeit im Rahmen von Szenario B besteht in der Diversifizierung der Kooperationsstrukturen, d.h. das Engagement innerhalb unterschiedlicher Regionalorganisationen. Neben GUS und SCO könnte beispielsweise eine Revitalisierung der ECO eine interessante Bündnisalternative darstellen, zumal alle zentralasiatischen Staaten in sie involviert sind und ihr zu Beginn der Aufnahme der zentralasiatischen Staaten erhebliches Potential zugetraut wurde. Allerdings erscheint diese Alternative in absehbarer Zeit unrealistisch, da ECO keine attraktiven Ergebnisse und Entwicklungspotentiale aufzuweisen hat.

Darüber hinaus würde mit der ernsthaften Stärkung mehrerer multilateraler Bündnisstrukturen das Problem der Konkurrenz und Unvereinbarkeit von Zielen entstehen. Eine Diversifizierung der multilateralen Bündnisse wäre jedoch insbesondere bezüglich der Ausweitung von Transport- und Infrastrukturnetzen eine wichtige Maßnahme, die den zentralasiatischen Staaten einen Ausweg aus ihrer isolierten Lage, den Zugang zu Weltmeeren und Weltmärkten eröffnen könnte.

Der Trend zur Kooperation im erweiterten regionalen Kontext kann als eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen interpretiert werden. Vor allem sicherheitspolitische Bedrohungen und Herausforderungen von grenzübergreifendem Charakter lassen eine eingeschränkte regionale Kooperation wenig fruchtbar erscheinen. Die zentralasiatischen Staaten selbst verfügen nicht über ausreichende Mittel und Möglichkeiten, um auf diese Bedrohungen angemessen zu reagieren, und sind auf externe Hilfe angewiesen. Da Russland und auch China in ähnlicher Weise von den Sicherheitsrisiken betroffen sind, und eine instabile zentralasiatische Region direkte Konsequenzen für ihre nationale Sicherheitslage zur Folge hätte, erscheint die Entwicklung einer gemeinsamen Problemlösungsstrategie und Sicherheitsstruktur geboten.

5.6.3. Szenario C: Abkehr von der multilateralen Kooperation und Konzentration auf bilaterale Beziehungen

Ein drittes Szenario der regionalen Entwicklung stellt die Abkehr von allen multilateralen Kooperationsinitiativen und die Fokussierung auf bilaterale Beziehungen dar. Ein solcher Trend ist derzeit wenig wahrscheinlich, jedoch nicht auszuschließen. So zeigten die Entwicklungen der 90er Jahre, dass hinter den rhetorischen Bekenntnissen zu regionaler Kooperation wenig Substanz steckte, und dass im Alltag der politischen Außenbeziehungen den weniger verbindlichen bilateralen Beziehungen der Vorzug gegeben wurde. Erst die terroristischen Übergriffe im Ferghana Tal 1999 und die Entwicklung eines neuen Sicherheitsverständnisses machten deutlich, dass multilaterale Zusammenarbeit ein dringendes Erfordernis darstellte.

In Folge des 11.9.2001 bot sich wiederum für einige der zentralasiatischen Länder die attraktive Gelegenheit, eine strategische Partnerschaft mit den USA aufzubauen, die gerne wahrgenommen wurde, und die multilateralen Optionen erneut weniger interessant erscheinen ließ.

Die bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten stellt für jedes Land eine wichtige Komponente seiner Außenbeziehungen dar, die multilaterale Option ist nur von zusätzlicher Natur. Von daher ist es durchaus denkbar, dass die zentralasiatischen Staaten sich im Falle des Scheiterns oder der Verwässerung der multilateralen Initiativen auf bilaterale Beziehungen konzentrieren werden, und beispielsweise ihre Beziehungen mit den USA weiter ausbauen werden. Im Falle der konsequenten Abkehr von multilateralen Optionen ist jedoch ein drastischer Anstieg des Destabilisierungspotentials durch die grenzüberschreitenden Sicherheitsrisiken zu befürchten, da diese nur durch vereinte Strategien und Aktionen zu bekämpfen sind. Auf mittel- und langfristige Sicht scheint die multilaterale Kooperation der Schlüssel für regionale Stabilität zu sein.

5.6.4. Szenario D: Gänzliche Abkehr von kooperativen Politiken

Das Negativ-Szenario einer gänzlichen Abkehr von kooperativen Politiken ist die unwahrscheinlichste Entwicklung, die die zentralasiatische Region einschlagen wird. Ganz auszuschließen ist es jedoch nicht, da die zukünftigen politischen Präferenzen und nationalen Entwicklungen kaum vorhersagbar sind, und die zentralasiatischen Staaten noch weiter

voneinander entfernen könnten, plötzliche Ereignisse die Architektur und Stabilität der Region entscheidend beeinflussen könnten, etc. Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten stehen auf keinem soliden gutnachbarschaftlichen Fundament; Unstimmigkeiten und unilaterale Maßnahmen waren und sind von der Unabhängigkeit bis heute Teilaspekte der zwischenstaatlichen Beziehungen. Insbesondere zwischenstaatliche Unstimmigkeiten in Grenz- und Wasserfragen trüben das Verhältnis und können als ein Sicherheitsrisiko betrachtet werden. Die Destabilisierungsgefahr durch konfrontative Tendenzen zwischen den zentralasiatischen Staaten ist durchaus gegeben. Im Gegensatz dazu ist der Trend zu Unstimmigkeiten mit den Nachbarn im erweiterten regionalen Kontext derzeit vergleichsweise schwach ausgeprägt.

Nichtsdestotrotz schätze ich die Gefahr einer Eskalation konfrontativer Tendenzen zu einer bilateralen oder gar regionalen (militärischen) Konfrontation als relativ gering ein. Die Bedrohung, die von einer destabilisierten, chaotischen Lage in Zentralasien ausgehen würde, ist zu groß, als dass sie von den externen Akteuren hingenommen werden könnte. Sowohl für die Sicherheitslage der unmittelbaren Nachbarstaaten Russland und China, als auch für die Sicherheitsinteressen Amerikas und Europas, hätte ein destabilisiertes Zentralasien erhebliche negative Konsequenzen, so dass sie unter allen Umständen versuchen würden, diesem entgegenzuwirken.

5.6.5. Multilaterale Kooperation als Schlüssel für Sicherheit und Entwicklung

Wie bereits erwähnt wurde, sind die Möglichkeiten der politischen Wissenschaft, zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren, generell begrenzt. Dies gilt umso mehr für die zentralasiatische Region, wo die Entwicklungen seit dem unvorhergesehenen Zerfall der Sowjetunion vielfältigen Einflüssen ausgesetzt sind, und keiner stringenten Strategie folgen. Somit ist ein Szenarien-Modell die einzige Möglichkeit, um Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, da so unterschiedliche Entwicklungswege und die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens miteinander in Verbindung gebracht werden können. Somit ist die Abbildung von Trends möglich, Fehlprognosen werden vermieden und es werden Ansatzpunkte für die zukünftige Forschung und Beobachtung der Region gegeben.

In Zentralasien erscheint für die absehbare Zukunft eine Mischform der vier aufgezeigten Szenarien am wahrscheinlichsten. Die gegenwärtigen Entwicklungen weisen auf eine Stärkung des kooperativen Elements im erweiterten regionalen Kontext im Rahmen der GUS

hin. Das bedeutet allerdings nicht, dass dies ein ausschließlicher Prozess sei. Ideal wäre eine Entwicklung, in der regionale und bilaterale Kooperationsprozesse unter Einbeziehung aller relevanten Akteure in die selbe Richtung weisen, und zur Vertrauensbildung auf allen Ebenen und somit zur nachhaltigen Stabilisierung der Region im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich führen. Die vergangenen 13 Jahre haben gezeigt, dass dies kein stringenter Prozess sein kann; zu viele unterschiedliche nationale Interessen müssen in Einklang gebracht werden. Konfrontationen und Unstimmigkeiten werden auch in absehbarer Zukunft die zwischenstaatlichen Verhältnisse belasten. Nichtsdestotrotz erscheint die multilaterale Kooperation als der Schlüssel für die weitere Entwicklung und Stabilität der Region. Angesichts der Herausforderungen, denen die zentralasiatischen Staaten begegnen müssen, sind Vorgehensweisen, die unilaterale Lösungsmustern folgen, unzureichend. Vielleicht führen sie zu kurzfristigen Erfolgen; auf mittel- und langfristige Sicht werden die vielfältigen grenzübergreifenden Probleme jedoch nur durch multilaterale kooperative Strategien zu bewältigen sein.

Die Voraussetzungen hierfür sind ambivalent. Zwar liegen einem Kooperationsprozess viele schwere Steine im Weg. Die entsprechenden Instrumente (erfolgreich implementierte Kooperationsabkommen, funktionsfähige Regionalorganisationen, etc.), ein starker politischer Wille und Durchhaltevermögen, Unterstützung von außen, etc. könnten jedoch dazu beitragen, die Steine nach und nach aus dem Weg zu räumen.

Definitiv verabschieden sollten sich die zentralasiatischen Staaten und internationalen Experten von der Vorstellung regionaler Integration in Zentralasien. Zumindest auf kurz- und mittelfristige Sicht erscheint diese Vision als unangemessen gegenüber den realen Gegebenheiten. Die Erfahrungen der zentralasiatischen und weiterer GUS-Staaten in den ersten Jahren ihrer Unabhängigkeit mit den ambitionierten Integrationsvorhaben und der Zähigkeit ihrer Umsetzung verdeutlichen dies. Mit dem Unterzeichnen diverser Integrationsabkommen und der Orientierung an dem Integrationsprozess der EU, hatten sich die Staaten selbst einen ungeheuren Erwartungsdruck auferlegt, der so nicht erfüllt werden konnte. Dies führte zu Enttäuschungen und dem faktischen Rückzug aus den multilateralen Entwicklungen. Angemessen und erfolgsversprechender als das Setzen zu hoher Ziele, erscheint demgegenüber eine schrittweise Vorgehensweise. Das Abstecken bestimmter Kooperationsschritte oder die Fokussierung auf bestimmte Teilbereiche der Kooperation könnten Maßnahmen sein, die keinen der Akteure überfordern, auch kurzfristige Ziele und Erfolge sichtbar machen, und bei Erfolg weitere Kooperationsschritte nach sich ziehen.

Unabhängig davon, wie sich die Prozesse regionaler Kooperation in Zentralasien in Zukunft gestalten werden, inwiefern sie von konfrontativen Tendenzen behindert werden sollten, etc., sollte die Arbeit deutlich gemacht haben, dass davon nicht nur die zentralasiatischen Staaten selbst betroffen sein werden. Die Bedeutung des Untersuchungsgegenstands und insbesondere seine sicherheitspolitische Dimension ist weitreichender. In dem Moment, in dem regionale Kooperation in Interdependenz mit regionaler Sicherheit betrachtet wird, erfährt der Untersuchungsgegenstand eine Bedeutungszunahme. Denn angesichts des grenzübergreifenden Charakters der meisten Sicherheitsrisiken und der daraus resultierenden Notwendigkeit zur Zusammenarbeit, kann die regionale Dimension nicht als abgrenzbare Einheit betrachtet werden. Sicherheit und Stabilität Zentralasiens sind nicht mehr nur Ziele im Interesse der Länder selbst, sondern sind zum Gegenstand des nationalen Interesses der benachbarten Großmächte geworden, und darüber hinaus von Bedeutung für die internationale Sicherheit und Stabilität. Eine stabile zentralasiatische Region ist wichtiger Bestandteil eines stabilen internationalen Systems; eine destabilisierte zentralasiatische Region könnte zur Destabilisierung des gesamten internationalen Systems beitragen. Insofern wird das Ideal einer nachhaltigen regionalen Kooperation in Zentralasien zum Mitbestimmungsfaktor über die zukünftige Lage und Stabilität des internationalen Systems.

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asian Development Bank
ASBP	Aral Sea Basin Program
ATC	Anti-Terrorist-Center
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
BVO	basseynoe vodnoe obedinie, Flussbeckenbehörden
CAC	Central Asian Cooperation (Synonym für CACO)
CACO	Central Asian Cooperation Organisation
CAEA	Central Asian Economic Association (Synonym für CAEC)
CAEC	Central Asian Economic Community
CAEU	Central Asian Economic Union (Synonym für CAEC)
CANWFZ	Central Asian Nuclear Weapon Free Zone
CAREC	Central Asian Regional Economic Cooperation
CES	Common Economic Space
CIA	Central Intelligence Agency
CICA	Conference on Confidence-building Measures in Asia
CIS	Commonwealth of Independent States
CST	Collective Security Treaty
CSTO	Collective Security Treaty Organisation
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EC	Executive Committee
ECO	Economic Cooperation Organisation
ECOTA	ECO Trade Agreement
EEC	siehe EurAsEC
EU	Europäische Union
EurAsEC	Eurasian Economic Community
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbajdschan, Moldawien
HDI	Human Development Index
ICAS	Interstate Council for the Aral Sea Basin
ICG	International Crisis Group
ICWC	Interstate Commission for Water Co-ordination
IDB	Islamic Development Bank
IFAS	Internationale Fund for the Aral Sea
IMU	Islamic Movement of Uzbekistan
INOGATE	Interstate Oil and Gas to Europe
IO	International Organisation
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Non-Governmental Organisation
NWFZ	Nuclear Weapon Free Zone

NWS	Nuclear Weapon States
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace
RATS	Regional Antiterrorist Structure
RF	Russische Föderation
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SCO	Shanghai Cooperation Organisation
SDC	Sustainable Development Commission
TACIS	EU-Programm gegenüber den GUS-Staaten, 1991 gestartet als technical assistance programme
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organisation
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
UNODCCP	United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention
UNSPECA	United Nations Special Programme for Economies of Central Asia
US	United States
USA	United States of America
USAID	United States Agency for International Development
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
WTO	World Trade Organisation

Abbildungsübersicht

	Seite
Abbildung 1: Landkarte Usbekistan.....	29
Abbildung 2: Landkarte Kasachstan	30
Abbildung 3: Landkarte Kirgisistan.....	32
Abbildung 4: Landkarte Tadschikistan	34
Abbildung 5: Landkarte Turkmenistan	36
Abbildung 6: Demokratisierungsentwicklungen in Zentralasien 1997-2003	46
Abbildung 7: Ökonomische Transformation der zentralasiatischen Staaten 1995-2002.....	48
Abbildung 8: Wachstum reales BSP in den zentralasiatischen Staaten 1990-2002.....	49
Abbildung 9: Vergleich von Status und Management der Transformation zur marktwirtschaftlichen Demokratie in den zentralasiatischen Ländern	56
Abbildung 10: Mächtekonstellation in Zentralasien auf multilateraler, institutioneller Ebene	220
Abbildung 11: Mitgliederstruktur sicherheitspolitischer Organisationen.....	221
Abbildung 12: Mitgliederstruktur wirtschaftspolitischer Organisationen	223
Abbildung 13: Konfliktpotentiale im Sinne eines „erweiterten“ Sicherheitsbegriffs.....	230
Abbildung 14: Zentralasien als erweiterter Sicherheitskomplex	266

Appendix A: Wichtigste Daten und Fakten über Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan auf einen Blick

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Geographie					
Landesfläche	2,717,300 km ²	198,500 km ²	143,100 km ²	488,100 km ²	447,400 km ²
Landesgrenzen	China 1,533 km, Kirgisistan 1,051 km, Russland 6,846 km, Turkmenistan 379 km, Usbekistan 2,203 km	China 858 km, Kasachstan 1,051 km, Tadschikistan 870 km, Usbekistan 1,099 km	Afghanistan 1,206 km, China 414 km, Kirgisistan 870 km, Usbekistan 1,161 km	Afghanistan 744 km, Iran 992 km, Kasachstan 379 km, Usbekistan 1,621 km	Afghanistan 137 km, Kasachstan 2,203 km, Kirgisistan 1,099 km, Tadschikistan 1,161 km, Turkmenistan 1,621 km
Natürliche Ressourcen	Große Vorkommen von Erdöl und -gas, Kohle, Eisen, Erz, Mangan, Chrom, Nickel, Kobalt, Kupfer, Blei, Zink, Bauxit, Gold, Uran	Reichliche Hydroenergie; bedeutende Vorkommen von Gold und seltenen Bodenmetallen; Kohle, Öl und Gas zum lokalen Abbau; Quecksilber, Blei, Zink	Hydroenergie, kleine Vorkommen von Erdöl; Uran, Quecksilber, Braunkohle, Blei, Zink, Silber, Gold	Erdöl, Erdgas, Kohle, Schwefel, Salz	Erdgas, Erdöl, Kohle, Gold, Uran, Silber, Kupfer, Blei, Zink,
Bevölkerung					
Einwohnerzahl (Schätzung Juli 2004)	15,143,704	5,081,429	7,011,556	4,863,169	26,410,416
Ethnische Zusammensetzung	Kasachen 53.4%, Russen 30%, Ukrainer 3.7%, Usbeken 2.5%, Deutsche 2.4%, Uiguren 1.4%, andere 6.6% (Zensus 1999)	Kirgisen 64.9%, Usbeken 13.8%, Russen 12.5%, Dunganen 1.1%, Ukrainer 1%, Uiguren 1%, andere 5.7% (Zensus 1999)	Tadschiken 64.9%, Usbeken 25%, Russen 3.5% (weiter abnehmend aufgrund von Emigration), andere 6.6%	Turkmenen 85%, Usbeken 5%, Russen 4%, andere 6% (2003)	Usbeken 80%, Russen 5.5%, Tadschiken 5%, Kasachen 3%, Karakelpaken 2.5%, Tataren 1.5%, andere 2.5% (1996)
Religionszugehörigkeit	Muslime 47%, Russisch Orthodoxe 44%, Protestanten 2%, andere 7%	Muslime 75%, Russisch Orthodoxe 20%, andere 5%	Sunnitische Muslime 85%, Schiitische Muslime 5%, andere 10% (Schätzung von 2003)	Muslime 89%, Östlich Orthodoxe 9%, unbekannt 2%	Muslime 88% (mehrheitlich Sunniten), Östlich Orthodoxe 9%, andere 3%

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Regierung					
Hauptstadt	Astana (Anmerkung: die Regierung ist im Dezember 1998 von Almaty nach Astana umgezogen)	Bishkek	Dushanbe	Ashgabat	Tashkent
Unabhängigkeit	16.12.1991	31.8.2001	9.9.1991	27.10.1991	1.9.1991
Staatsoberhaupt	Präsident Nursultan A. NAZARBAYEV (Vorsitzender des Obersten Sowjet seit 22.2.1990, zum Präsident gewählt am 1.12.1991)	Präsident Askar AKAYEV (seit dem 28.10.1990)	Präsident Emomali RAHMONOV (seit dem 6.11.1994; Staatsoberhaupt und Vorsitzender der Obersten Versammlung seit dem 19.11.1992)	Präsident and Vorsitzender des Minister-Kabinetts Saparmurat NIYAZOV (seit dem 27.10.1990); Anmerkung: der Präsident ist beides, Staats- und Regierungsoberhaupt	Präsident Islam KARIMOV (seit dem 24.3.1990, als er vom Obersten Sowjet zum Präsidenten gewählt wurde)
Wirtschaft					
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) (Schätzung 2003)	105.3 Milliarden US\$	7.725 Milliarden US\$	6.996 Milliarden US\$	27.07 Milliarden US\$	44.11 Milliarden US\$
BIP Wachstumsrate (Schätzung 2003)	9%	6%	9.9%	20%	3.4%
Wirtschaftsstruktur (BIP-Anteile in %)	Landwirtschaft: 7.9% Industrie: 35.4% Dienstleistungen: 56.7% (Schätzung 2002)	Landwirtschaft: 35% Industrie: 25% Dienstleistungen: 40% (Schätzung 2002)	Landwirtschaft: 19% Industrie: 26% Dienstleistungen: 55% (Schätzung 2002)	Landwirtschaft: 27% Industrie: 50% Dienstleistungen: 23% (Schätzung 2001)	Landwirtschaft: 36% Industrie: 21% Dienstleistungen: 43% (Schätzung 2001)
Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze	26% (Schätzung 2001)	50% (Schätzung 2003)	60% (Schätzung 2003)	34.4% (Schätzung 2001)	nicht verfügbar
Arbeitskräfteverteilung nach Sektoren	Landwirtschaft: 20% Industrie: 30%	Landwirtschaft: 55% Industrie: 15%	Landwirtschaft: 67,2% Industrie: 7,5%	Landwirtschaft: 48% Industrie: 15%	Landwirtschaft: 44% Industrie: 20%
	Dienstleistungen: 50% (Schätzung 2002)	Dienstleistungen: 30% (Schätzung 2000)	Dienstleistungen: 25,3% (Schätzung 2000)	Dienstleistungen: 37% (Schätzung 1998)	Dienstleistungen: 36% (Schätzung 1995)
Arbeitslosenrate	8.6% (Schätzung 2003)	7.2% (Schätzung 1999)	40% (Schätzung 2002)	nicht verfügbar	10% plus weitere 20% Unterbeschäftigte (Schätzung 2001)

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Exporte (Schätzung 2003)	12.72 Milliarden US\$	548 Millionen US\$ (Schätzung 2003)	750 Millionen US\$ (Schätzung 2003)	3.355 Milliarden US\$ (Schätzung 2003)	2.83 Milliarden US\$ (Schätzung 2003)
Exportprodukte	Öl und Ölprodukte 58%, Eisenmetalle 24%, Chemikalien 5%, Maschinen 3%, Getreide, Wolle, Fleisch, Kohle (2001)	Baumwolle, Wolle, Fleisch, Tabak; Gold, Quecksilber, Uran, Gas, Hydroenergie; Maschinen; Schuhe	Aluminium, Elektrizität, Baumwolle, Obst, pflanzliches Öl, Textilien	Gas 57%, Öl 26%, Baumwollfasern 3%, Textilien 2% (2001)	Baumwolle 41.5%, Gold 9.6%, Energie-Produkte 9.6%, Mineraldünger, Eisenmetalle, Textilien, Nahrungsmittelprodukte, Autos (Schätzung 1998)
Exportländer	Bermudas 20.8%, Russland 15.5%, China 10.6%, Italien 9.3%, Schweiz 8.2%, VAE 4.9% (2002)	Schweiz 19.8%, Russland 16.5%, VAE 14.2%, China 8.4%, Kasachstan 7.6%, USA 7.4%, Usbekistan 5.8% (2002)	Niederlande 29.4%, Türkei 16.1%, Russland 11.9%, Usbekistan 9.9%, Schweiz 9.4%, Ungarn 5.4%, Lettland 4.2% (2002)	Ukraine 49.7%, Italien 18%, Iran 13.1%, Türkei 6.2% (2002)	Russland 19.9%, Italien 8.6%, Tadschikistan 7.7%, Süd Korea 5.6%, Kasachstan 5.1%, USA 4.7%, Türkei 4.4%, Japan 4.3% (2002)
Importe (Schätzung 2003)	8621 Milliarden US\$	601 Millionen US\$	890 Millionen US\$	2.472 Milliarden US\$	2.31 Milliarden US\$
Importprodukte	Maschinen und Equipment 41%, Metall-Produkte 28%, Nahrungsmittel 8% (2001)	Öl und Gas, Maschinen und Equipment, Chemikalien, Nahrungsmittel	Elektrizität, Erdölprodukte, Aluminium-Oxide, Maschinen und Equipment, Nahrungsmittel	Maschinen und Equipment 60%, Nahrungsmittel 15% (1999)	Maschinen und Equipment 49.8%, Nahrungsmittel 16.4%, Chemikalien, Metalle (Schätzung 1998)
Importländer	Russland 38.7%, Deutschland 8.9%, USA 7%, China 4.8% (2002)	Kasachstan 21.1%, Russland 19.9%, Usbekistan 10.2%, China 10.1%, USA 8%, Deutschland 5.3% (2002)	Russland 23.1%, Usbekistan 18.6%, Ukraine 11.4%, Kasachstan 10.1%, Turkmenistan 6.6%, Aserbaidshon 5.8%, Indien 4.5% (2002)	Russia 19.8%, Turkey 12.9%, Ukraine 11.7%, UAE 10%, US 7.5%, China 6%, Germany 5.7%, Iran 4.5% (2002)	Russia 24%, Germany 10.8%, South Korea 10%, US 7.3%, China 5.5%, Kazakhstan 5.3%, Turkey 4.9% (2002)

Quelle: Central Intelligence Agency (CIA): The World Fact Book 2004, <http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/index.html>

Es sei darauf hingewiesen, dass kein Anspruch auf Objektivität der dargestellten Daten erhoben wird, da die Datenlage je nach Quelle zum Teil erhebliche Unterschiede aufweist.

Appendix B: Mitgliedschaft in Organisationen der regionalen Zusammenarbeit

	Kas.	Kirg.	Tad.	Turk.	Usb.	RU	China	andere
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	X	X	X	X	X	X		Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Weißrussland, Ukraine
Collective Security Treaty Organisation (CSTO)	X	X	X			X		Weißrussland, Armenien
Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)	X	X	X			X		Weißrussland
Common Economic Space (CES)	X					X		Weißrussland, Ukraine
Central Asian Cooperation Organisation (CACO)	X	X	X		X	(X)*		
GUUAM					X			Georgien, Ukraine, Aserbaidshan, Moldawien
Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)	X	X	X		X	X	X	
Economic Cooperation Organisation (ECO)	X	X	X	X	X			Iran, Pakistan, Türkei, Afghanistan, Aserbaidshan
Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)	X	X	X		X	X	X	Afghanistan, Aserbaidshan, Ägypten, Indien, Israel, Iran, Mongolei, Pakistan, Palästina, Türkei

*Aufnahmegesuch im Mai 2004

Appendix C: Entwicklung und Charakterisierung der Organisationen der (über-) regionalen Zusammenarbeit

	ökon. Koop.	sicherheitspol. Koop.	Gründung und Entwicklung	Zielsetzungen, Bereiche der Kooperation, Charakteristika etc.
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	X	X	Gründung am 8.12.1991 zunächst von Russland, Weißrussland, Ukraine; Beitritt der 5 zentralasiatischen Staaten am 21.12.1991; seit 1994 Mitgliedschaft aller ehemaligen Sowjetrepubliken, außer den drei baltischen Staaten	Wurde charakterisiert als Instrument der "zivilisierten Scheidung"; Laut GUS-Charta gehören zu den Bereichen gemeinsamer Tätigkeit die Wahrung der Menschenrechte und –freiheiten, Koordination der außenpolitischen Aktivitäten, Kooperation in der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, Zollpolitik, Transport- und Fernmeldewesen, Gesundheits- und Umweltschutz, Sozial- und Migrationspolitik, Kampf gegen das organisierte Verbrechen, sowie Verteidigungspolitik und Schutz der äußeren Grenzen.
Collective Security Treaty Organisation (CSTO)		X	Der Taschkenter Vertrag über Kollektive Sicherheit trat am 31.7.1993 in Kraft. Zusammenarbeit in Fragen von Sicherheit und Verteidigung innerhalb der GUS. April 1999: Ausscheiden Aserbaidschans, Georgiens und Usbekistans aus dem Taschkenter Vertrag. Transformation in die CSTO im Mai 2002.	Vertiefte militärische und militärisch-technische Kooperation; Kampf gegen Terrorismus und Extremismus; Schaffung von Stabilität und Sicherheit in der Region; Schaffung einer gemeinsamen schnellen Eingreiftruppe als Reaktion auf terroristische Aktivitäten und Infiltration in Grenzgebieten
Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)	X		Vorgänger: „Vierervertrag“ zwischen Russland, Weißrussland (6.1.1995), Kasachstan (20.1.1996) und Kirgisistan (29.3.1996). Galt als "kleine Zollunion" im Rahmen der GUS. Als fünftes Mitglied wurde Tadschikistan am 1.3.1999 aufgenommen. Transformation in Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft im Okt. 2000	Abgestimmtes Handelsregelement für Güter und Dienstleistungen; Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken der Teilnehmerländer durch neues System der Zahlungs- und Währungskontrolle; ökonomische Integration. Die Euroasiatische Wirtschaftsgemeinschaft unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin, der Zollunion, insbesondere durch ihre verstärkte Durchsetzungskompetenz.
Common Economic Space (CES)	X		23.2.2003: erstes Treffen der 4 Präsidenten in Moskau; Abkommen zur Gründung eines einheitlichen Wirtschaftsraums im Sept. 2003	Geplant: Schaffung einer neuen Organisation zur regionalen ökonom. Integration im Rahmen der GUS. Ziel: Harmonisierung der makroökonomischen Politiken und nationalen Gesetzgebungen in den Bereichen internationaler Handel und Wettbewerb; schrittweise Formierung eines einheitlichen Wirtschaftsraums
Central Asian Cooperation Organisation (CACO)	X	X	Gründung 1994 durch Kirgisistan, Usbekistan und Kasachstan als Zentralasiatische Union; Beitritt Tadschikistans und Transformation zur Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft 1998; Transformation zur CACO im Dez. 2001; Aufnahmeantrag Russlands im Mai 2004	Ziele: Förderung des politischen Dialogs, regionale ökonomische Integration, Frieden und Stabilität in der Region; Bereiche der Zusammenarbeit: gemeinsamer Kampf gegen Terrorismus, politischen und religiösen Extremismus und transnationale Kriminalität und andere Sicherheitsrisiken; gemeinsame Wasser-, Energieressourcen und Irrigationssysteme; gemeinsame Transport und Energie-Infrastruktur zum Zugang zu externen Märkten; politische Regulierung des Afghanistan-Problems; kulturell-humanitäre Belange

GUUAM	X	X	10.10.1997: Beginn der formellen Zusammenarbeit ohne Usbekistan als GUAM; 24.4.1999: Erweiterung zu GUUAM um Usbekistan; Schaffung einer organisatorischen Struktur am 7.6.2001	Gründung als politische, ökonomische und strategische Allianz zur Stärkung der Souveränität; Bildung eines Euroasiatischen Transportkorridors (TRACECA); Förderung von sozialer und ökonomischer Entwicklung, Stärkung und Ausweitung von Handel und Wirtschaft, Entwicklung und effektive Nutzung der Transport- und Kommunikationsinfrastruktur, Stärkung der regionalen Sicherheit, Entwicklung von Beziehungen in der wissenschaftlichen, kulturellen und humanitären Sphäre, Interaktion im Rahmen internationaler Institutionen, Kampf gegen internationalen Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel.
Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO)	X	X	26.4.1996: „Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet in Grenzregionen“ zwischen China, Ru., Kas., Kirg., Tad.; ab 1998 regelmäßige Gipfeltreffen der "Shanghai Fünf"; 20.6.2001: Gründung der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ mit Usbekistan als sechstes Mitglied; Einrichtung eines permanenten Sekretariats in Peking (15.1.2004) und eines Antiterrorismus-Zentrums in Taschkent (3.3.2004)	Sicherheit und Stabilität in Grenzregionen; Kampf gegen internationalen Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Waffenschmuggel und Drogenhandel; nachhaltige Entwicklung der regionalen Wirtschaften, ökonomische und energiepolitische Kooperation, Ausbau der Infrastruktur, Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes
Economic Cooperation Organisation (ECO)	X		Gründung 1985 von Iran, Pakistan und der Türkei; 28.11.1992: Erweiterung um die fünf zentralasiatischen Staaten, Aserbaidschan und Afghanistan	Ziele: Multidimensionale regionale Kooperation, nachhaltige sozioökonomische Entwicklung in den Mitgliedstaaten, Integration in die Weltwirtschaft; Bereiche der Zusammenarbeit: Handel und Investitionen, Transport und Kommunikation, Energie, mineralische Rohstoffe, Umwelt, Landwirtschaft, Industrie und Drogenkontrolle; Unterstützung Afghanistans beim Wiederaufbau des Landes und Wiederherstellung von Frieden und Stabilität
Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)		X	Gründung von CICA wurde erstmals 1992 von Kasachstan während UN-Generalversammlung vorgeschlagen; erstes offizielles Dokument zur Regulierung der gegenseitigen Beziehungen wird im Sept. 1999 von den Außenministern unterzeichnet; offizielle Gründung von CICA im Juni 2002	Ziel: Zusammenführung der asiatischen Staaten, um gemeinsam Sicherheit und Stabilität des Kontinents zu gewährleisten; OSCE als Vorbild im Bereich der Abrüstung und präventiven Diplomatie; Kooperation in den Bereichen: nukleare Proliferation, Waffenkontrolle, Kampf gegen Terrorismus, Separatismus, Drogen- und Waffenschmuggel, transnationale Kriminalität

Literatur- und Quellenverzeichnis

Aufsätze und Berichte, Monographien und Sammelbände

- Ahrari, Ehsan*: The Strategic Future of Central Asia: A View from Washington, in: Journal of International Affairs, Volume 56 No. 2, Spring 2003, S. 157-166
- Akbarzadeh, Shahram*: The political shape of Central Asia, in: Central Asian Survey, 16(4), 1997, S. 517-542
- Akiner, Shirin*: Prospects for Regional Cooperation in Central Asia, in: Institute for Strategic and Regional Studies (ISRS) under the President of the Republik of Uzbekistan/ NATO/ Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Tsentralnaya Asia v XXI vekje: sotrudnitschestvo, partnerstvo i dialog. Materialy mjeschdunarodnoi konferenzi (Zentralasien im 21. Jahrhundert: Zusammenarbeit, Partnerschaft und Dialog. Materialien der internationalen Konferenz vom 13-15 Mai 2003 in Taschkent), Taschkent 2004, S. 166-182
- Albrecht, Ulrich/ Volger, Helmut* (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien 1997
- Alexandrova, Olga*: Rußland und sein zentralasiatisches "nahes Ausland". Russische Perzeptionen und Politikansätze, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 66/1994, 15. November 1994
- Arastou, Seyed Mojtaba*: Drug Trafficking along Silk Route, Conference on "Drug Routes from Central Asia to Europe", 21-22 May, 2003, Paris, http://www.diplomatie.gouv.fr/routesdeladrogue/textes/eco_coop.pdf
- Arenhövel, Marc*: Zivilgesellschaft, in: Drechsler, Hanno/ Hilligen, Wolfgang/ Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 9. neubearbeitete und erweiterte Auflage, München 1995, S. 907f
- Arman, Kambiz*: Tajikistan shuns United States, tilts towards Russia, in: Eurasia Insight, 14.6.2004, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav061404a.shtml>
- Artyukov, Oleg* (Translated by Dmitry Sudakov): One of them is out. Who is next?, in: Pravda.RU, 14.6.2002, <http://english.pravda.ru/main/2002/06/14/30397.html>
- Arunova, Mariam*: The CIS: Summing up the past decade and future prospects, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (15), 2002, S. 7-19
- Asian Development Bank (ADB)*: Status Report 2002. The Central Asia Regional Economic Cooperation Program. East and Central Asia Region, September 2002, http://www.adb.org/Documents/CSPs/ECRD/prc_in222_02.pdf
- Axelrod, Robert/ Keohane, Robert O.*: Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions, in: Baldwin, David A. (Ed.): Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate, New York 1993, S. 85-115
- Balassa, Bela*: The Theory of Economic Integration, London 1961
- Baldwin, David A.* (Ed.): Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate, New York 1993
- Barkovskiy, Antoli/ Islamova, Rivanna*: Where is GUUAM heading? In: Central Asia and the Caucasus, No. 2 (20), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-02/21.bareng.shtml
- Bertelsmann Stiftung*: Bertelsmann Transformation Index 2003, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2004, Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

- Bin, Xu*: China and Central Asia: A New Dimension of Partnership, in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004, S. 177-188
- Birkenbach, Hanne-Margret*: Sicherheit, in: Albrecht, Ulrich/ Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien 1997, S. 461-464
- Blagov, Sergei*: Russia seeking to strengthen regional organizations to counterbalance western influence, in: Eurasia Insight, February 25, 2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav120402a.shtml>
- Blagov, Sergei*: Russia: Yet another Central Asian state, in: Asia Times Online, June 3, 2004, http://www.atimes.com/atimes/Central_Asia/FF03Ag01.html
- Blagov, Sergei*: SCO continues to search for operational framework, in: Eurasia Insight, 11.6.2002, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav061102a.shtml>
- Blank, Stephen*: China's Defeat in Central Asia, in: Central Asia – Caucasus Analyst, August 14, 2002, http://www.cacianalyst.org/2002-0814/20020814CHINAS_DEFEAT_CENTRAL_ASIA.htm
- Blank, Stephen*: Russia's move in Central Asia, in: Central Asia Caucasus Analyst, May 7, 2003, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=1382
- Blank, Stephen*: The Shanghai Cooperation Organization and its future, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 22.5.2002, http://www.cacianalyst.org/2002-05-22/20020522_SHANGHAI_AWOL.htm
- Blank, Stephen*: U.S. Military Engagement with Transcaucasia and Central Asia, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, June 2000
- Blua, Antoine*: Central Asia: Shanghai Group Opens Secretariat In Beijing Tomorrow, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, 14 January 2004, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2004/01/54da009d-d0ae-48db-b68e-598c0474b23e.html>
- Blua, Antoine*: Rumsfeld Wraps Up Visit To Uzbekistan, Kazakhstan, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, Prague, 26 February 2004, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2004/02/0fdcdfff-fef7-4879-b86f-51ec52a54601.html>
- Brown, Bess*: Three Central Asian States form Economic Union, in: RFE/RL Research Report, Vol. 3, No. 13, 1.4.1994, S. 33-35
- Buchbender, Ortwin*: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, 3. Auflage, Herford/ Bonn 1992
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg 2001
- Bundesministerium für Verteidigung*: Weißbuch 1994, Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994
- Burnashev, Rustam*: On a possibility of having a regional security system in Central Asia (Methodological Issues), in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), 2001, S. 13-23
- Central Intelligence Agency (CIA)*: The World Fact Book 2004, <http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/index.html>
- Clement, Herrmann*: Integrationspolitik- und entwicklung im ehemaligen RGW-Raum, Osteuropa-Institut München, Working Paper Nr. 194, Dezember 1996
- Cohen, Ariel*: Have american officials identified a new threat in Central Asia? A EurAsia Net Commentary, 24.6.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav062403.shtml>

- Cutler, Robert*: Did Putin Shanghai Bush? In: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 4.7.2001,
http://www.cacianalyst.org/July_4_2001/July_4_2001_DID_PUTIN_SHANGHAI_BUSH.htm
- Cutler, Robert*: Redrawing the architecture of Central Asian Security, in: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 27.2.2002, http://www.cacianalyst.org/2002-02-27/20020227_SECURITY_ARCHITECTURE.htm
- Cutler, Robert*: The Shanghai Organization moves into first gear, in: Central Asia – Caucasus Analyst, March, 24, 2004,
http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=2226
- Daase, Christopher*: Regionalisierung der Sicherheitspolitik – Eine Einführung, in: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Moltmann, Bernhard/ Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993, S. 67-87
- Daase, Christopher*: Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung, in: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Moltmann, Bernhard/ Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993, S. 39-64
- Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Moltmann, Bernhard/ Schmid, Claudia* (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993
- Dahl, Robert A.*: Polyarchy, New Haven/Yale 1971
- Dawisha, Karen/ Parrott, Bruce* (eds.): The End of Empire? The Transformation of the USSR in Comparative Perspective, Armonk/ New York 1997
- Debiel, Thomas*: Wegweiser oder Irrlichter? Sicherheitspolitische Leitbilder für die 90er Jahre, in: Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Institut für Entwicklung und Frieden, Bonn 1996, S. 120-140
- De Cordier, Bruno*: The Economic Cooperation Organization: towards a new silk road on the ruins of Cold War?, in: Central Asian Survey, 15(1), 1996, S. 47-57
- DeTemple, James*: Central Asian Rapid Reaction Force Support Gathered, in: Eurasia Insight, 3.5.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav050301.shtml>
- Detke, Dieter*: Begriffe I: Der Sicherheitsbegriff, in: Rinke, Bernhard/ Woyke, Wichard (Hrsg.): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung, Opladen 2004, S. 9-24
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*: Jahrbuch Internationale Politik 1999/2000, München 2002
- Deutsche UNESCO-Kommission e.V.*: Wasser für Menschen, Wasser für Leben, Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, Bonn 2003
- Deutsch, Karl W.*: Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf 1972
- Dichtl, Erwin/ Issing, Otmar* (Hrsg.): Vahlens großes Wirtschaftslexikon in vier Bänden, 2. Auflage, München 1994
- Dieter, Heribert* (Hrsg.): Einleitung: Zur Notwendigkeit regionaler Integration in Zentralasien, in: Ders.: Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 13-20
- Dieter, Heribert*: Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996
- Dieter, Heribert*: Regionale Integration in Zentralasien: Ökonomische Ausgangslage und Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 145-164

- Dieter, Heribert*: Regional integration in Central Asia: current economic position and prospects, in: *Central Asian Survey*, Vol. 15, No. 3/4, December 1996, S. 369-386
- Drechsler, Hanno/ Hilligen, Wolfgang/ Neumann, Franz* (Hrsg.): *Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik*, 9. neubearbeitete und erweiterte Auflage, München 1995
- Duschanov, Ravshanbek*: Opportunities for using West European Integration Experience in Central Asia, in: *Central Asia and the Caucasus*, No. 5 (23), 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-05-2003/21.dusprimen.shtml>
- ECO News Bulletin*, Online abrufbar unter <http://www.ecosecretariat.org>, verschiedene Ausgaben, Präzisierung erfolgt im Text
- Esenov, Murad*: The Anti-Terrorist Campaign and the Regional Security System, in: *Russian Regional Perspectives, The new journal on Russian regional affairs from the International Institute of Strategic Studies*, Vol. 1, Issue 2: Russia's New Southern Border: Western Siberia–Central Asia, ohne Datum, <http://www.iiss.org/rrpfree.php?scID=43&PHPSESSID=5b0fdefe31a7a91cb39a281667fc3162>
- Eurasia Insight*: Artikel in verschiedenen Ausgaben 2001-2003 (Präzision erfolgt im Text), abzurufen im Internet unter, <http://www.eurasianet.org>
- European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)*: Transition report 1995, London 1995
- European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)*: Transition report 1999, London 1999
- European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)*: Transition report 2002, London 2002
- European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)*: Transition report update, May 2002, London 2002
- Executive Committee of the Commonwealth of the Independent States*: Meetings of the leaders of the CIS member states, Artikel auf der Homepage The Executive Committee of the Commonwealth of the Independent States, http://www.cis.minsk.by/english/meet_cis.htm
- Fairbanks, Charles/ Starr, Frederick S./ Nelson, Richard C./ Weisbrode, Kenneth*: Strategic Assessment of Central Eurasia, The Atlantic Council of the United States, Central Asia – Caucasus Institute, Washington D.C., January 2001, <http://www.acus.org/publications/policypapers/internationalsecurity/Central%20Eurasia.pdf>
- Falk, Richard A./ Black C. E.*: The Future of the International Legal Order. Volume I: Trends and Patterns. Princeton 1969
- Frank, Hans*: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg 2001, S. 15-28
- Freedom House*: Nations in Transit 2003, New York 2003, <http://www.freedomhouse.org/research/natransit.htm>
- Freitag-Wirminghaus, Rainer*: Das Ringen der Großmächte um Zentralasien, in: *Orient-Journal*, Aktuelle Analyse, Frühjahr 2002
- Freitag-Wirminghaus, Rainer*: Die Staatengemeinschaft GUUAM: Neuer Aufbruch oder langsamer Niedergang?, in: *Orient*, 2/2001, S. 267-294
- Freitag-Wirminghaus, Rainer*: Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. September: Geopolitische Interessen und der Kampf gegen den Terrorismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8/2002, S. 3-13

- Frey-Wouters, Ellen*: The Prospects for Regionalism in World Affairs, in: Falk, Richard A./ Black C. E.: The Future of the International Legal Order. Volume I: Trends and Patterns. Princeton 1969, S. 463-555
- Galtung, Johann*: A Structural Theory of Integration, in: Journal of Peace Research, No. 5, 1968, S. 375-394
- Giering, Claus*: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration, Bonn 1997
- Giese, Ernst*: Water shortage, water conflicts and water management in dry areas of Central Asia (East and West-Turkestan), in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004, S. 143-154
- Golunov, Sergey*: Security Issues in contemporary Central Asian Studies in Russia and USA: Political Conjuncture and Stereotypes, Center for Regional and Transboundary Studies at Volgograd State University, 2003, <http://www.transbound.narod.ru/annual2/sgolunov.html>
- Golunov, Sergei*: The Post-Soviet Borders of Central Asia: Security and Cooperation, in: Central Asia and the Caucasus, No. 5(11), 2001, S. 141-152
- Gomaa, Alaa*: The ECO and Prospects for Economic Cooperation in Asia, Al Siyassa – Al Dawliya, The international politics journal, Issue 151, January 2003, <http://www.siyassa.org.eg/esiyassa/AHRAM/2003/1/1/ECON2.HTM>
- Gorobets, Alexander* (Translated by Maria Gousseva): How GUUAM turned into GUAM, in: Pravda.RU, 17.6.2002, <http://english.pravda.ru/cis/2002/06/17/30486.html>
- Götz, Roland/ Halbach, Uwe*: Politisches Lexikon GUS, Dritte Auflage, München 1996
- Grieco, Joseph*: Cooperation among Nations, Ithaca/ New York 1990
- Grinberg, Ruslan/ Kosikova, Lidija*: Russland und die GUS. Auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 50/1997, 27.11.1997
- Grotzky, Johannes*: Konflikt im Vielvölkerstaat. Die Nationen der Sowjetunion im Aufbruch, München 1991
- Guang, Pan*: Shanghai Cooperation Organization in the context of international antiterrorist campaign, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (21), 2003, http://www.cac.org/online/2003/journal_eng/cac-03/06.guaeng.shtml
- Gumppenberg, Marie-Carin von*: Zentralasien – eine Krisenregion? In: Politische Studien, 54. Jahrgang, Januar/Februar 2003, S. 98-107
- GUUAM group (The)*: history and principles, Briefing paper, November 2000, <http://www.guam.org/general/browse.html>
- Haas, Ernst B.*: The uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950-1957, Stanford 1958
- Haas, Peter*: Saving the Mediterranean, New York 1990
- Halbach, Uwe*: Das nachsowjetische Zentralasien – eine Region mit politischer Sprengkraft, in: Jahrbuch Internationale Politik 1999-2000, München 2001, S. 277-289
- Halbach, Uwe*: Integrationsbemühungen in Zentralasien, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 21/1994, 14.4.1994
- Halbach, Uwe*: Kasachstans Entwicklung zwischen Armenhaus und Schatzkammer. Teil II: Soziale Probleme, politische Kultur, Nationsbildung, Bundesinstitut für

- ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 32/1998, 26. Juli 1998
- Halbach, Uwe*: Nasarbajews Eurasische Union, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 36/1994, 14.7.1994
- Halbach, Uwe*: Prekäre Transformation. Zentralasiatische und kaukasische Staaten zwischen Reform und Stabilitätswahrung, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 9/1997, 10. März 1997
- Halbach, Uwe*: Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/2003, 16.4.2003, S. 39-46
- Halbach, Uwe*: Sicherheit in Zentralasien. Teil I: Sicherheitsstrukturen und –politik auf nationaler und regionaler Ebene, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 24/ 2000, 5.9.2000
- Halbach, Uwe*: Sicherheit in Zentralasien, Teil II: Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der „neuen Sicherheitsrisiken“, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 25/2000, 5.9.2000
- Haydarov, Murodilla*: The Soviet Policy of Border Delimitation in Central Asia as a destabilizing Factor: A historical Overview, in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004, S. 22-30
- Hetmanchuk, Olena*: GUUAM: Carrot of Washington, Stick of Moscow? In: Zerkalo Nedeli No. 25 (450), 5 - 11 July 2003, <http://www.mirror-weekly.com/nn/show/450/39205/>
- Herz, John H.*: Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: World Politics, Vol. 2, 1950, No. 2, S. 157-180
- Hogan, Bea*: Central Asian States wrangle over water, Eurasianet, Environment, 5. April 2000, <http://www.eurasianet.org/departments/environment/articles/eav040500.shtml>
- Huber, Gerhard*: Zentralasiatische Integration: gegenwärtige Situation und Perspektiven, Deutsch-kasachisches Dialogforum, Integrationsmodelle in Zentralasien und Europa, Almaty / Kasachstan, 25. – 27. Mai 2000, <http://www.ifa.de/dialoge/download/huber.rtf>
- Human Rights Watch*: World Report 2003, Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.hrw.org/wr2k3>
- Hummel, Hartwig/ Menzel, Ulrich*: Regionalisierung/Regionalismus, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen 2000, S. 383-391
- Huntington, Samuel P.*: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Oklahoma 1991
- Ibrahim, Ferhad*: Islamismus, in: Albrecht, Ulrich/ Volger, Helmut: Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien 1997, S. 265-268
- Ilkhamov, Alisher*: Prospects for Regional Integration in Central Asia, in: Social Science Research Council, After September 11 Archive, ohne Datum, http://www.ssrc.org/sept11/essays/ilkhamov_text_only.htm
- Institute for Strategic and Regional Studies (ISRS) under the President of the Republik of Uzbekistan/ NATO/ Friedrich Ebert Stiftung* (Hrsg.): Tsentralnaya Asia v XXI vekje: sotrudnitschestvo, partnerstvo i dialog. Materialy mjeschdunarodnoi konferenzi (Zentralasien im 21. Jahrhundert: Zusammenarbeit, Partnerschaft und Dialog. Materialien der internationalen Konferenz vom 13-15 Mai 2003 in Taschkent), Taschkent 2004
- International Crisis Group (ICG)*: Central Asia: Border Disputes and Conflict Potential, ICG Asia Report No. 33, Osh/Brussels, 4.4.2002

- International Crisis Group (ICG):* Central Asia: Drugs and Conflict, ICG Asia Report No. 25, Osh/Brussels, 26. November 2001
- International Crisis Group (ICG):* Central Asia: Fault Lines in the New Security Map, ICG Asia Report No. 20, 4 July 2001
- International Crisis Group (ICG):* Central Asia: Water and Conflict, ICG Asia Report No. 34, Osh/Brussels, 30. May 2002
- International Crisis Group (ICG):* Radical Islam in Central Asia: Responding to Hizb-ut Tahrir, ICG Asia Report, No. 58, Osh/Brussels, 30.6.2003
- International Crisis Group (ICG):* Tadjikistan: A Roadmap for Development, ICG Asia Report No. 51, Osh/Brussels, 24. April 2003
- IRIN News.org:* Artikel in verschiedenen Ausgaben 2003-2004 (Präzision erfolgt im Text), im Internet unter <http://www.irinnews.org>
- Ishiguri, Tsutomu:* Agreement on a Central Asia Nuclear Weapon Free Zone Treaty Text - From Samarkand to Semipalatinsk, Council for Nuclear Fuel Cycle, Aug 8. 2003, <http://www.cnfc.or.jp/plutonium/pl42/e/letter.html>
- Islamov, Esmer:* Rumsfeld defend status quo on Central Asian tour, in: Eurasia Insight, 26.2.2004, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav022604.shtml>
- Islamova, Galina:* Eurasian Economic Community: Purposes, Challenges and Prospects, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), 2001, S. 126-136
- Ismagambetov, Talgat:* Structuring Central Asia's new geopolitical space: regional characteristics and prospects, in: Central Asia and the Caucasus, No. 2 (14), 2002, <http://www.ca-c.org/journal/eng-02-2002/01.ismprimen.shtml>
- Ismailova, Gulnara:* Uzbekistan's withdrawal from GUUAM causes shock in Baku, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 19.6.2002, http://www.cacianalyst.org/2002-06-19/20020619_Uzbekistan_GUUAM.htm
- Jellinek, Robert:* A Soviet Reunion. Toward a Single Economic Space, in: Harvard International Review, Winter 2004, S. 9-10
- Jones, Elizabeth A.:* Statement of the honorable A. Elizabeth Jones, Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs, U.S. Department of State, Hearing before the Subcommittee on the Middle East and Central Asia of the Committee on International Relations House of Representatives, Central Asia: Terrorism, Religious Extremism, and Regional Stability, one hundred eighth congress, first session, Serial No. 108-71, October 29, 2003, http://commdocs.house.gov/committees/intlrel/hfa90361.000/hfa90361_0f.htm
- Jones, Elizabeth A.:* U.S.-Central Asian Cooperation, Testimony Before the Senate Foreign Relations Committee, Subcommittee on Central Asia and the Caucasus, Washington, DC, U.S. Department of State, December 13, 2001, <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2001/11299pf.htm>
- Jones Luong, Pauline/ Weinthal, Erika:* New Friends, New Fears in Central Asia, in: Foreign Affairs, Volume 81 No. 2, March/April 2002, S. 61-70
- Kappeler, Andreas:* Russland als Vielvölkerreich: Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1992
- Karimow, Islam:* Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdungen der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, Taschkent/ Düsseldorf, ohne Jahr (englische Version 1997)
- Kassenow, Umirserik T.:* Zentralasien und Russland. Der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 14/1995, 28.2.1995

- Kellner, Thierry*: The People's Republic of China and the New Central Asia Ten Years after Independence, in: Sabahi, Farian/ Warner, Daniel (Ed.): The OSCE and the Multiple Challenges of Transition: the Caucasus and Central Asia, Aldershot, 2004, S. 37-67
- Kemoklidze, Dimitri*: Has the Commonwealth of Independent States collapsed? In: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, January 3, 2001, http://www.cacianalyst.org/Jan_3_2001/Commonwealth_of_Independent_States.htm
- Keohane, Robert O.*: Reciprocity in International Relations, in: International Organization, 40 (Winter 1986), S. 1-27
- Kim, Alexander*: Partnership for Peace – The triumph of an American idea in Central Asia, in: The Times of Central Asia, February 13, 2003, S. 1;5
- Kim, Alexander*: Russia to have air base in Central Asia, in: The times of Central Asia, April 24, 2003, S. 1;4
- Kolstø, Pål*: Anticipating Demographic Superiority: Thinking on Integration and Nation Building, in: Europe-Asia Studies, Vol. 50, No. 1, 1998, S. 51-69
- Krech, Hans*: Die Bildung regionaler Märkte in Mittelasien, in: Jahrbuch Dritte Welt 1993: Daten, Übersichten, Analysen, München 1992, S. 226-234
- Kubicek, Paul*: Regionalism, Nationalism and Realpolitik in Central Asia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 4, 1997, S. 637-655
- Kuzio, Taras*: CIS states confront questions concerning strategic alignment, A EurasiaNet Commentary, 01.07.2002, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav070102.shtml>
- Kuzio, Taras/ Blagov, Sergei*: GUUAM makes comeback bid with US support, in: Eurasia Insight, 7.7.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav070703.shtml>
- Lee, Ebon*: Central Asia's Balancing Act, in: Harvard International Review, Vol. 23 Issue 2, Summer 2001, S. 30-33
- Lerch, Wolfgang Günter*: Die Türkei als regionale „Großmacht“. Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39, 17.9.1993, S. 3-9
- Linotte, Daniel/Aune, Leif*: The GUUAM freetrade agreement: a concrete step forward, in: Central Asia – Caucasus Analyst, September 25, 2002, http://www.cacianalyst.org/2002-09-25/20020925_GUUAM_FREE_TRADE.htm
- Linotte, Daniel/ Aune, Leif-Erik*: The GUUAM juli 2002 free trade agreement. A preliminary assessment, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19), 2003, http://www.cac.org/online/2003/journal_eng/cac-01/06.lineng.shtml
- Linz, Juan J.*: Autoritäre Regime, in: Nohlen, Dieter: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1985, S. 62-65
- Linz, Juan J./ Stepan, Alfred*: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, London 1996
- List, Martin/ Behrens, Maria/ Reichhardt, Wolfgang/ Simonis, Georg*: Internationale Politik. Probleme und Grundbegriffe, Opladen 1995
- Lubin, Nancy*: Who's Watching the Watchdogs? In: Journal of International Affairs, Spring 2003, Vol. 56 Issue 2, S. 43-56
- Lutz, Ernst*: Lexikon zur Sicherheitspolitik. Mit einem Vorwort von Wolf Graf von Baudissin, München 1980
- MacKinnon, Marc*: Former Soviet republics poised to sign trade deal. Critics fear economic pact signals attempt to consolidate power in hands of Kremlin, September 18, 2003, in: CDI Russia Weekly, No. 274, 19 Sept. 2003, <http://www.cdi.org/russia/274-17.cfm>

- Malashenko, Aleksei*: Islam and Politics in Central Asian States, in: Central Asia and the Caucasus, Database 2002, <http://www.ca-c.org/dataeng/02.malash.shtml>
- Malek, Martin*: Geopolitische Veränderungen auf dem eurasischen Schachbrett: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/ 2002, S. 14-22
- Mangott, Gerhard* (Hrsg.): Bürden auferlegter Unabhängigkeit, Wien 1996
- Maynes, Charles William*: America Discovers Central Asia, in: Foreign Affairs, Volume 82 No. 2, March/April 2003, S. 120-132
- McDermott, Roger N.*: Border Security in Tajikistan: Countering the Narcotics Trade? In: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19), 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-01-2003/18.mcdprimen.shtml>
- Meier, Christian*: Russland, Informationen zur Politischen Bildung, Heft 281, 4. Quartal 2003, Bonn, 15.1.2004
- Merkel, Wolfgang*: Systemtransformation, Opladen 1999
- Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz* (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Institut für Entwicklung und Frieden, Bonn 1996
- Milner, Helen*: International Theories of Cooperation among Nations. Strengths and Weaknesses. Review Article, in: World Politics, 44, April 1992, S. 466-496
- Minasian, Sergey*: CIS: Building a collective security system, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-01/16.mineng.shtml
- Molchanov, Mikhail/Yevdokimov, Yuri*: The Political Economy of Free Trade Agreement in Post-Soviet Eurasia: The Case for the Regional Integration Organization, Paper auf der persönlichen Homepage von Yuri Yevdokimov, ohne Datum, http://v5o5jotqkgfu3btr91t7w5fhzedjaoaz8igl.unbf.ca/~yuri/Politial_Economy_RBUK.pdf
- Moldaliev, Orozbek*: Islamism and international terrorism: a threat of Islam or a threat to Islam? in: Central Asia and the Caucasus, No 3(15), 2002, S. 86-96
- Möller, Kay*: Chinas Außenpolitik: Selektive Multilateralität, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie, November 2003, Berlin
- Munzinger CD-Rom Archiv*, Infobase Land, Stand: Juni 2004
- Nazirov, Davlat*: Political Islam in Central Asia: Its Sources and Development Stages, in: Central Asia and the Caucasus, No. 4(22) 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-04-2003/21.nazprimen.shtml>
- “*News from Russia*”: Artikel in verschiedenen Ausgaben 2002-2004 (Präzision erfolgt im Text), abzurufen im Internet unter <http://www.india.mid.ru>
- Nohlen, Dieter*: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1985
- Offe, Claus*: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/ New York 1994
- Okhotnikov, Sergei*: China and Central Asia after the Beginning of the Antiterrorist Operation in Afghanistan, in: Central Asia and the Caucasus, No. 5(17), 2002, S. 19-29
- Oliker, Olga*: Conflict in Central Asia and South Caucasus: Implications of Foreign Interests and Involvement, in: Oliker, Olga/ Szayna, Thomas (eds.): Faultlines of Conflict in Central Asia and the South Caucasus: Implications for the U.S. Army, RAND 2003, S. 185-240
- Oliker, Olga/ Szayna, Thomas* (eds.): Faultlines of Conflict in Central Asia and the South Caucasus: Implications for the U.S. Army, RAND 2003
- Olcott, Martha Brill*: Revisiting the twelve myths of Central Asia, Carnegie Endowment for International Peace, Working Paper No. 23, September 2001

- Olcott, Martha Brill*: Taking Stock of Central Asia, in: Journal of International Affairs, Vol. 56 Issue 2, Spring 2003, S. 3-17
- Oresman, Matthew*: Central Asia in Play: The Russian Deployment at Kant Airbase, in: Central Asia – Caucasus Analyst, January 15, 2003, http://www.cacianalyst.org/2003-01-15/20030115_CENTRAL_ASIA_PLAY.htm
- Pankov, Vladimir*: Die GUS als Wirtschaftsraum: Weiterer Zerfall oder Reintegration? Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 2/ 1995, 24.11.1994
- Pannier, Bruce*: Central Asia: Leaders Aim For Free-Trade Zone, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, 15.6.2000, <http://www.rferl.org/nca/features/2000/06/F.RU.000615150043.html>
- Parrish, Scott*: Central Asian States Achieve Breakthrough on Nuclear Weapon-Free Zone Treaty, Center for Nonproliferation Studies, Monterey, September 30, 2002, <http://cns.miis.edu/pubs/week/020930.htm>
- Partridge, Ben*: Central Asia: Economist Says ASEAN Bloc A 'Good Model', Radio Free Europe/ Radio Liberty, London, 7.1.2000, <http://www.rferl.org/nca/features/2000/01/F.RU.000107151729.html>
- Partridge, Ben*: Central Asia: Lack Of Transport Links Hamper Trade, Radio Free Europe/ Radio Liberty, London, 11.1.2000, <http://www.rferl.org/nca/features/2000/01/F.RU.000111133611.html>
- Pikulina, Marina*: Russia in Central Asia: Third Invasion - An Uzbek View, Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre, February 2003, <http://da.mod.uk/CSRC/Home/CentralAsia/K38-MP.pdf>
- Pomfret, Richard*: The Economic Cooperation Organization: Current Status and Future Prospects, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 4, 1997, S. 657-667
- Pravda.RU*: Artikel in verschiedenen Ausgaben 2003-2004 (Präzision erfolgt im Text), im Internet unter <http://english.pravda.ru>
- Press Service of the President of the Republic of Uzbekistan*: Visits/ Official Tours, CIS Summit, 6-7 October 2002, Moldova, Kishinev, http://www.press-service.uz/eng/vizits_eng/ve07102002.htm
- Primbetov, S.*: Cooperation as a Key Factor to Security Ensuring in the Eurasian Space, in: Central Asia's Affairs, No. 2, 13.10.2003, S. 28-30, <http://www.kisi.kz/English/Economy/10-13-03Primbetov.pdf>
- Primbetov, Serik*: Regionale Integration der zentralasiatischen Staaten. Ergebnisse, Erfahrungen, Probleme und Perspektiven, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 125-144
- Radyuhin, Vladimir*: A New Big Game in Central Asia, in: The Hindu, July 18, 2003, <http://www.cdi.org/russia/268-12.cfm>
- Rahmani, Mansour*: Central Asian States: Balancing opportunities and challenges, in: Central Asia and the Caucasus, No. 2 (20), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-02/18.raheng.shtml
- Rahr, Alexander*: Russland nach der Machtübernahme Putins, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Jahrbuch Internationale Politik 1999/2000, München 2002, S. 149-160
- Rasizade, Alec*: Dictators, Islamists, Big Powers and Ordinary People. The New "Great Game" in Central Asia, in: Internationale Politik und Gesellschaft Online, 3/2002, http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG3_2002/ARTRASIZADE.HTM

- Razzakov, Olamgir*: Russia's attempt to undermine GUUAM unity, in: Central Asia - Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 14.2.2001, http://www.cacianalyst.org/Feb_14_2001/GUUAM_Unity.htm
- Rinke, Bernhard/ Woyke, Wichard* (Hrsg.): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung, Opladen 2004
- Rotar, Igor*: Uzbekistan: Authorities now behaving "as badly as usual" after post-bombing crackdown, in: F18News, 4 June 2004, http://www.forum18.org/Archive.php?article_id=334
- Sabahi, Farian/ Warner, Daniel* (Ed.): The OSCE and the Multiple Challenges of Transition: the Caucasus and Central Asia, Aldershot, 2004
- Sadri, Houman A.*: Integration in Central Asia: from theory to policy, in: Central Asian Survey, 16(4), 1997, S. 573-586
- Sakwa, Richard/ Webber, Mark*: The Commonwealth of Independent States, 1991-1998: Stagnation and Survival, in: Europe-Asia Studies, Vol. 51, No. 3, 1999, S. 379-415
- Saltmarshe, Douglas*: Civil Society and sustainable development in Central Asia, in: Central Asian Survey, 15(3-4), 1996, S. 387-398
- Salukvadze, Khatuna*: The GUUAM summit: toward a new Yalta order for the CIS? in: Central Asia - Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 20.6.2001, http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/THE_GUUAM_SUMMIT.htm
- Schiff, Maurice/ Winters, Alan L.*: Regional Cooperation, and the Role of International Organizations and Regional Integration, World Bank Policy Research Working Paper 2872, July 2002
- Sehring, Jenniver*: Kooperation bei Wasserkonflikten: Die Bemühungen um nachhaltiges Wassermanagement in Zentralasien, Dokumente und Materialien Nr. 30, Institut für Politikwissenschaft, Mainz, Februar 2002
- Sehring, Jenniver*: The role of international organisations in fostering regional cooperation on water management, in: Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Frankfurt am Main, 2004, S. 237-249
- Seidelmann, Reimund/ Giese, Ernst* (Eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Herausgegeben vom Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung, Band 10, Frankfurt am Main 2004
- Seidl-Hohenveldern, Ignaz* (Hrsg.): Lexikon des Rechts. Völkerrecht, Neuwied/ Darmstadt 1985
- Shalpykova, Gulnara*: Water Disputes in Central Asia: The Syr Darya River Basin, A thesis submitted in partial fulfilment of the requirements for the degree of Master of Arts in International Relations at the International University of Japan, 2002, <http://www.cac.org/dataeng/00.shalpykova.shtml>
- Simon, Gerhard*: Bricht die Sowjetunion auseinander? Perestrojka und die nationale Frage, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 18/ 1990
- Simon, Gerhard*: Die Desintegration der Sowjetunion durch die Nationen und Republiken, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 25/1991
- Small, Ian/ Bunce, Noah*: The Aral Sea Disaster and the Disaster of International Assistance, in: Journal of International Affairs, Spring 2003, Vol. 56 Issue 2, S. 58-73

- Socor, Vladimir*: CIS Antiterrorism Center: Marking Time in Moscow, Refocusing on Bishkek, Institute for Advanced Strategic & Political Studies, Washington, D.C., November 3, 2002, <http://www.israeleconomy.org/strategic/socor10.htm>
- Solovieva, Daria*: Hizb ut-Tahrir denies responsibility for uzbek bombings, in: EurasiaNet, Uzbekistan Daily Digest, 5.4.2004, <http://www.eurasianet.org/resource/uzbekistan/hypermail/200404/0008.shtml>
- Soltobaev, Aziz*: Collective Security Exercises in Central Asia: Wrong Medicine? In: Central Asia – Caucasus Analyst, May 19, 2004, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=2380
- Spechler, Martin C.*: Regional Cooperation in Central Asia: Promises and more Promises, in: Praxis, The Fletcher Journal of Development Studies Volume XVI – 2000
- Spillmann, Kurt R.*: Kriegsursache der kommenden Generation? Der Kampf um das Wasser, in: Internationale Politik, Nr. 12, Dezember 2000, S. 47-56
- Stalin, Josef Wissarionowitsch*: Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Russland (1920), in: Ders.: Werke, Band 4, November 1917-1920, Hamburg 1971
- Stalin, Josef Wissarionowitsch*: Werke, Band 4, November 1917-1920, Hamburg 1971
- Strauß, Susanne Nicolette*: Regionale militär-strategische Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum nach dem Ende des Kalten Krieges: Kontext, Konzepte und Instrumente der Sicherheit bei den USA und der Assoziation Südostasiatischer Staaten (ASEAN), Münster/Hamburg 1995
- Szporluk, Roman*: The Fall of the Tsarist Empire and the USSR: The Russian Question and Imperial Overextension, in: Dawisha, Karen/ Parrott, Bruce (eds.): The End of Empire? The Transformation of the USSR in Comparative Perspective, Armonk/ New York 1997, S. 65–95
- Tabyshalieva, Anara*: The Challenge of Regional Cooperation in Central Asia: Preventing Ethnic Conflict in the Ferghana Valley, Peaceworks No. 28, United States Institute of Peace, Washington DC, June 1999
- Tadjbakhsh, Shahrbanou*: A Human Security Agenda for Central Asia, in: Sabahi, Farian/ Warner, Daniel (Ed.): The OSCE and the Multiple Challenges of Transition: the Caucasus and Central Asia, Aldershot 2004, S. 169-198
- Talbott, Strobe*: A Farewell to Flashman: American Policy in the Caucasus and Central Asia, Address at the Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Baltimore, Maryland, July 21, 1997, <http://www.state.gov/www/regions/nis/970721talbott.html>
- Times of Central Asia (The)*: Artikel in verschiedenen Ausgaben 2002 (Präzision erfolgt im Text)
- Timmermann, Heinz*: Desintegrationsprozesse in der GUS, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 20/1998, 20.5.1998
- Torbakov, Igor*: GUUAM's loss is Russia's gain, in: Eurasia Insight, 18.4.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav041801.shtml>
- Torbakov, Igor*: GUUAM's potential to play role in anti-terrorism alliance appears limited, in: EurasiaNet Commentary, 7.11.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav110701.shtml>
- Torbakov, Igor*: Moscow seeks to take advantage of Iraq conflict to reassert its leadership in CIS, in: Eurasia Insight, 9.4.2003, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav040903.shtml>
- Transparency International*: Global Corruption Report 2003, [http://www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/16_CIS_\(Ledeneva\).pdf](http://www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/16_CIS_(Ledeneva).pdf)
- Trenin, Dmitri*: Southern Watch: Russia's Policy in Central Asia, in: Journal of International Affairs, Volume 56 No. 2, Spring 2003, S. 119-131

- Trofimov, Dmitriy*: Ethnic/Territorial and Border Problems in Central Asia, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(13), 2002, S. 52-63
- Ultanbaev, Rafael*: Eurasian Economic Community: Thorny path of development, in: Central Asia and the Caucasus, No 3 (21), 2003,
http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/17.ulteng.shtml
- United Nations Development Programme (UNDP)*: Human Development Report 2004, Cultural Liberty in Today's Diverse World
- United Nations Economic Division for Europe*: UNECE Weekly, Issue No. 4, 24-28 February 2003,
http://www.unece.org/highlights/unece_weekly/unece_weekly_2003/UNECE_weekly_2003-04.pdf
- United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UN ODCCP)*: Illicit Drugs Situation in the Region neighbouring Afghanistan and the Response of ODCCP, October 2002, http://www.unodc.org/pdf/afg/afg_drug-situation_2002-10-01_1.pdf
- United Nations Office on Drugs and Crime (UN ODC)*: Afghanistan Opium Survey 2003, http://www.unodc.org/pdf/afg/afghanistan_opium_survey_2003.pdf
- U.S. Department of State*: Country Reports on Human Rights Practices 2003, Uzbekistan, Released by the Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, February 25, 2004, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2003/27873.htm>
- Ushakova, Natalia*: Central Asian Cooperation: toward transformation, in: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (21), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/16.usaeng.shtml
- Usubaliev, Esenkul/ Usubaliev, Esen*: Problems of territorial regulation and distribution of water and energy resources in Central Asia, in: Central Asia and the Caucasus, No. 1(13), 2002, S. 64-71
- Utyaganova, Maria*: Fallout of the Collective Security Treaty Yerevan, in: Central Asia – Caucasus Analyst, Field Reports, 20.6.2001,
http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/June_20_2001_CST_Summit.htm
- Utyaganova, Maria*: Shanghai: Providing stability to Central Asia? In: Central Asia – Caucasus Analyst, Field Reports, July 4, 2001,
http://www.cacianalyst.org/July_4_2001/July_4_2001_Shanghay_Stability_to_CA.htm
- Varwick, Johannes*: Systemwechsel/Transformation, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen 2000, S. 397-407
- Vatikiotis, Michael/ Dolven, Ben/ Murphy, David*: China – U.S. Relations: Terror Throws Us Together, For Now, in: Far Eastern Economic Review, November 1, 2001, Shanghai, <http://www.mafhoum.com/press2/67feer4.htm>
- Wacker, Gudrun*: Gipfeltreffen der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“. Von Worten zu Taten? SWP-Aktuell 22, Berlin, Juni 2002
- Wacker, Gudrun*: Neue „Seidenstraße“ oder neues „Great Game“? Li Pengs Reise nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Kasachstan, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen Nr. 32/1994, Köln 15.6.1994
- Walker, Edward W.*: Islam, Islamism and Political Order in Central Asia, in: Journal of International Affairs, Vol. 56 Issue 2, Spring 2003, S. 21-41
- Weihman, Ted*: China making diplomatic push in Central Asia, in: Eurasianet, Business & Economics, 9.6.2003,
<http://www.eurasianet.org/departments/business/articles/eav060903.shtml>

Weinthal, Erika Sora: Making or Breaking the State? Building Institutions for Regional Cooperation in the Aral Sea Basin, PhD dissertation, Columbia University, 1998

Weitz, Richard: Terrorism in Uzbekistan: the IMU remains alive but not well, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 5.5.2004,
http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=2338

WeltTrends: Russland und die GUS, Sonderheft 1995, Dokument 1, Potsdam 1995

Westphal, Kirsten: Hegemon statt Partner – Russlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“, Münster 1995

World Bank (The): World Development Indicators 2003

Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen 2000

Wishnick, Elizabeth: Growing U.S. Security Interests in Central Asia, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, October 2002

Yi, Bao: China's Strategic Interests in Central Asia. Cooperation with Central Asian Countries, in: Central Asia and the Caucasus, No. 5(11), 2001, S. 97-103

Zhalimbetova, Roza/ Gleason, Gregory: Eurasian Economic Community (EEC) comes into being, in: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing, 20.6.2001,
http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/EURASIAN_ECONOMIC_COMMUNITY.htm

Dokumente, Reden, Abkommen

Abkommen zur Bildung des einheitlichen Wirtschaftsraums (Соглашение о формировании единого экономического пространства), Jalta, 19. September 2003,
<http://www.president.kremlin.ru/text/docs/2003/09/52478.shtml>

Address by H.E. Mr. Nursultan Nazarbaev, President of the Republic of Kazakhstan, General Assembly Forty-Seventh Session, Provisional Verbatim 24th meeting, U.N. Headquarters, New York, 5 October 1992, http://www.mfa.kz/english/st_051092.htm

Agreement Between the Republic of Kazakhstan, the Republic of Kirgystan, the Republic of Uzbekistan, the Republic of Tajikistan and Turkmenistan on Cooperation in the Field of Joint Management and Conservation of Interstate Sources, Alma-Ata, 18 February, 1992,
http://www.ce.utexas.edu/prof/mckinney/papers/aral/central_asia_regional_water.htm

Agreement on establishing common economic space between the Republic of Kazakhstan, Kyrgyz Republic and the Republic of Uzbekistan, Cholpon-Ata-city, April, 30, 1994,
http://www.president.kz/articles/state/state_container.asp?lng=en&art=dogovor

Agreement on Foundation of the Eurasian Economic Community, Astana, 10 October 2000,
<http://cib.tuck.dartmouth.edu>

Agreement on the Establishment of the Commonwealth of Independent States, Minsk, 8.12.1991, http://www.cis.minsk.by/russian/cis_doc4.htm

Alexander Yakovenko, the Official Spokesman of Russia's Ministry of Foreign Affairs, Answers Russian Media Questions Regarding an Upcoming EurAsEC Moscow Economic Forum, 19.2.2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
http://www.in.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/20795D05FFE757EF43256CD300296F88?OpenDocument

Almaty Act, Almaty, June 4, 2002, http://www.mfa.kz/english/cica_almact.htm

- Almaty Declaration*, Almaty, 21.12.1991,
http://www.president.kz/articles/state/state_container.asp?lng=en&art=deklaracia
- Almaty Declaration, adopted by the leaders of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan*, of 28 February 1997, Annex to Letter dated 14 March 1997 from the representatives of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, United Nations General Assembly, 52nd Session, A/52/112, 18 March 1997,
<http://www.un.org/documents/ga/docs/52/plenary/a52-112.htm>
- A National Security Strategy for a New Century*, The White House, Washington DC, December 1999, <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/nss/nssr-1299.pdf>
- Appeal by the Heads of State of States members of the Central Asian Economic Community on the situation in Afghanistan*, Dushanbe, 14 June 2000, Annex to the letter dated 19 June 2000 from the Permanent Representatives of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, United Nations, General Assembly, Security Council, A/55/86, S/2000/604,
<http://www.un.org/documents/ga/docs/55/a5586.pdf>
- Beschluß der Staatschefs der Republiken Kasachstan, Kyrgyzstan und Usbekistan*, Almaty, 8. Juli 1994, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): *Regionale Integration in Zentralasien*, Marburg 1996, S. 334-335
- Bishkek Statement*, 25.8.1999,
<http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/bishkek-19990825.html>
- Charter of the Shanghai Cooperation Organization*, 7.6.2002, <http://www.ln.mid.ru/Ns-rasia.nsf/arh/025AA08F9EB05BBE43256CCA00270AF6?OpenDocument>
- Charter of the Commonwealth of Independent States*, adopted on January 22, 1993 at the meeting of the Council of Heads of State in Minsk,
<http://www.cis.minsk.by/ENGLISH/charter.htm>
- CICA Declaration on Eliminating Terrorism and Promoting Dialogue among Civilizations*, Almaty, June 4, 2002, http://www.mfa.kz/english/cica_decl02.htm
- Communique of the Meeting of the Presidents of the GUUAM in the Framework of the Millennium Summit of the United Nations*, 6 September 2000, New York,
<http://www.guam.org/doc/browse.html>
- Conference on Interaction and Confidence building measures in Asia, Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States*, Signed on the meeting of CICA ministers for foreign affairs on September 14, 1999 in Almaty,
http://www.mfa.kz/english/cica_declaration.htm
- Declaration of the Heads of the States Participating in the Shanghai Cooperation Organization*, 30.05.2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
<http://www.ln.mid.ru/bl.nsf/0/13657b6c02e79dcf43256d3600488c72?OpenDocument>
- Declaration on Common Efforts to Ensure Stability and Security in the Region*, Yalta, 20.7.2002, <http://www.guam.org/doc/browse.html>
- Declaration on the Creation of the Shanghai Cooperation Organization*, Shanghai, June 15, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
<http://www.ln.mid.ru/Bl.nsf/arh/4255347F7E3D3DD643256A720052A1C8?OpenDocument>

- Declaration on the Strategic Partnership and Cooperation Framework Between the United States of America and the Republic of Uzbekistan*, U.S. Department of State, Washington, March 12, 2002, <http://www.state.gov/p/eur/rls/or/2002/11711pf.htm>
- ECO Trade Agreement (ECOTA)*, Islamabad, July 17th, 2003, <http://www.ecosecretariat.org>
- Erklärung der Staatschefs der Republiken Kasachstan, Kyrgyzstan und Usbekistan*, Almaty, 8. Juli 1994, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): *Regionale Integration in Zentralasien*, Marburg 1996, S. 331-333
- Establishment of a nuclear-weapon-free zone in Central Asia*, United Nations General Assembly, Fifty-seventh session, Resolution, A/RES/57/69, 22 November 2002, <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/542/62/PDF/N0254262.pdf?OpenElement>
- Final Communiqué of GUUAM Summit*, July 4, 2003, Yalta, Ukraine, <http://www.guam.org/doc/browse.html>
- Gespräch mit Karl Lamers: "Die Kernländer bestimmen die Richtung"*, in: *Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, 12/1994, S. 1080-1086
- GUUAM Joint Statement on Terrorism*, Joint Statement on Terrorism by United States, Georgia, Ukraine, Uzbekistan, Azerbaijan, and Moldova, Washington, DC, November 15, 2001, <http://www.state.gov/s/ct/rls/prsr/6162.htm>
- Istanbul Declaration 2002*, Economic Cooperation Organization Secretariat (Tehran), Istanbul/Turkey, October 14, 2002, http://www.ecosecretariat.org/ftproot/High_Level_Meetings/Summits/7th_summit/Istanbul_declaration_2002.htm
- Joint Communiqué Issued at Conclusion of Extraordinary Meeting of the Council of Foreign Ministers of Member States of the Shanghai Cooperation Organization*, Tashkent, September 5, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, http://www.in.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/4940D3104303902843256D9B002D118B?OpenDocument
- Joint Communiqué of the Heads of State of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan*, Dushanbe, 5 October 2002, Quelle: UN Security Council, Letter dated 12 November 2002 from the Permanent Representatives of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, <http://www.reliefweb.int/w/rwb.nsf/0/629ecae96873b80dc1256c7c00431cee?OpenDocument>
- Joint Communiqué on outcome of meeting of the foreign ministers council of the Shanghai Cooperation Organization*, Moscow, November 23, 2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.in.mid.ru/Bl.nsf/arh/4295631AAB51FC0343256C7C00357033?OpenDocument>
- Joint Declaration by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on the New Strategic Relationship Between the United States of America and the Russian Federation*, Moscow May 24, 2002, released by Office of the Press Secretary, White House, May 24, 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/20020524-2.html>

- Joint Statement Between The Government Of The United States Of America And The Government Of The Republic Of Uzbekistan*, U.S. Department of State, 12 October 2001, <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01101205.htm>
- Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on a New Relationship Between the United States and Russia*, November 13, 2001, released by Office of the Press Secretary, The White House, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/11/20011113-4.html>
- Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on Counterterrorism Cooperation*, May 24, 2002, U.S. Embassy in Moscow, http://moscow.usembassy.gov/bilateral/print_joint_statement.php?record_id=21
- Joint Statement of Kazakhstan, China, Kyrgyzstan, Russia and Tajikistan on the Almaty Meeting*, July 3, 1998, <http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/joint-statement980703.html>
- Joint Statement of the Presidents of the Republic of Kazakhstan, Russian Federation, Turkmenistan and the Republic of Uzbekistan*, Almaty, March 1, 2002, http://www.president.kz/articles/state/state_container.asp?lng=en&art=zayav010302
- Joint Statement United States – GUUAM*, Washington DC, 23.12.2002, <http://www.guam.org/doc/browse.html>
- Joint Statement United States – GUUAM*, Yalta, July 4, 2003, <http://www.guam.org/doc/browse.html>
- Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation*, Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 28. Juni 2000 (Nr. Pr-351), Quelle: Außenministerium der Russischen Föderation, <http://www.mid.ru/mid/vpcons.htm>, Übersetzung: Joachim Klopfer, Rolf Lehmann unter: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00061z.htm>
- Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation*, Bestätigt durch Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation, Nr. 24 vom 10. Januar 2000, Quelle: Nesawisimoje wojennoje obosrenije Nr. 1(174) vom 14.01.2000, Übersetzung: Rainer Böhme, Peter Freitag und Joachim Klopfer, <http://www.jokler.de/russ/offiziell/knsich00.htm>
- Main Characteristics of China's foreign policy*, Excerpts of Premier Li Peng's speech at the 96th Inter-Parliamentary Conference on September 19, 1996, <http://www.china-embassy.org/eng/zmgx/zgwjzc/t35077.htm>
- Paris Statement*, Summary of conclusions of the Ministerial Conference on the drug routes from Central Asia to Europe, Paris 21-22 May, 2003, <http://www.france.diplomatie.fr/routesdeladrogue/objectifs.gb.html>
- Piot, Peter*: Opening Plenary Speech “Breaking the Barriers – Partnership to Fight HIV/AIDS in Europe and Central Asia”, Ministerial Conference, Dublin, 23 February 2004, http://www.unaids.org/html/pub/media/speeches02/sp_piot_dublin_23feb04_en_pdf.pdf
- President of the Republic of Kazakhstan N. Nazarbayev*: Statement at the First CICA Summit, Almaty, 4 June 2002, <http://missions.itu.int/~kazaks/eng/cica/cica07.htm>
- Press Conference on Russian-American Partnership with Sergei Oznobishchev and other Russian Political Scientists*, Federal News Service, February 2, 2004, <http://www.fednews.ru>

- Redebeitrag des Verteidigungsministers Russlands Sergej B. Iwanow auf der 40. Münchener Sicherheitskonferenz vom 6.-8. Februar 2004 zum Thema „Fragen der internationalen Sicherheit im Kontext der Russland/NATO-Beziehungen“, 7.2.2004, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Department für Information und Presse,
http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/5298c903bfc92895c3256e370025084c?OpenDocument*
- Remarks by President of the Russian Federation Vladimir Putin Upon Conclusion of Collective Security Council Session, Moscow, May 14, 2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin,
<http://www.ln.mid.ru/bl.nsf/0/7b550870a478e9fc43256bbb00596e7e?OpenDocument>*
- Russian Federation, Republic of Kazakhstan, Kyrgyz Republic, Republic of Tajikistan and People's Republic of China on Confidence Building in the Military Field in the Border Area, Shanghai, 26.4.1996,
http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/shanghai_19960426.html*
- Russian President V. Putin: Concluding Speech at Plenary Session of Meeting of Heads of State and Government of Participating Countries of Conference for Interaction and Confidence Building Measures in Asia, Almaty, 4 June 2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin, Special Issue, 5.6.2002,
<http://www.ln.mid.ru/bl.nsf/900b2c3ac91734634325698f002d9dcf/8ed5673732153ee643256bd0002df3b0?OpenDocument>*
- Satzung des Exekutivkomitees des Zwischenstaatlichen Rates der Republiken Kasachstan, Kirgizstan und Usbekistan, Bestätigt durch Beschluß des Zwischenstaatlichen Rates der Republiken Kasachstan, Kirgizstan und Usbekistan vom 22. August 1994, in: Dieter, Heribert (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien, Marburg 1996, S. 336-344*
- Schlußerklärung des Gipfeltreffens der Staatsschefs Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans vom 26. März 1998 in Taschkent, Documents d'actualité internationale (La documentation Française, Paris), Nr. 11, 1.6.1998, S. 424 f.; Übersetzung aus dem Französischen: Internationale Politik,
<http://www.dgap.org/IP/ip9810/kaskirtad260398.htm>*
- Secretary Rumsfeld Press Conference with President of Uzbekistan, Joint press availability with Islam Karimov, president of Uzbekistan, U.S. Department of State, 5 October 2001, <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01100550.htm>*
- Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism, Shanghai, 15 June 2001, <http://www.ln.mid.ru/Ns-rasia.nsf/arh/4EE37CB1C49A34AB43256CCA00284D7C?OpenDocument>*
- Silk Road Strategy Act of 1999, 106th Congress, 1st Session, March 10, 1999,
<http://www.eurasianet.org/resource/regional/silkroad.html>*
- Speech by Secretary of the Russian Security Council Sergey Ivanov at the 37th International Security Conference on the Theme "Global and Regional Security at the Start of the 21st Century", Munich, 4 February, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin, 13.2.2001,
<http://www.ln.mid.ru/Bl.nsf/arh/011459053B12127E432569F30027365B?OpenDocument>*
- Statement by Minister of Foreign Affairs of the Republic of Azerbaijan, H.E. Dr. Vilayat Guliyev at the GUUAM-US meeting, New York, September 2002,
<http://www.guam.org/conf/browse.html>*

- Statement by Ministers of Foreign Affairs of Member States of the Collective Security Treaty Organization*, Bishkek, November 19, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
http://www.in.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/81471B707FC7570B43256DE40044F7C3?OpenDocument
- Statement by the Heads of State of the Republic of Armenia, the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, the Russian Federation and the Republic of Tajikistan*, Yerevan, May 25, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
<http://www.in.mid.ru/bl.nsf/8bc3c105f5d1c44843256a14004cad37/42e0ebed0654c79a43256a5c00317350?OpenDocument>
- Statement by the Presidents of the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan, the Russian Federation and Ukraine, Yalta*, September 19, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
<http://www.in.mid.ru/Bl.nsf/arh/BA864875C6BD6D3D43256DAA002A553F?OpenDocument>
- Statement by the States members of the Collective Security Treaty Organization: the Republic of Armenia, the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, the Russian Federation and the Republic of Tajikistan*, 27 November 2003, Annex to the letter dated 3 December 2003 from the Permanent Representative of Tajikistan to the United Nations addressed to the Secretary-General, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
<http://www.in.mid.ru/ns-rkonfl.nsf/0/ffae099febb7b6bdc3256e37002d7e8f?OpenDocument>
- Statement to the Press by Russian President Vladimir Putin Following Interstate Council Meeting of the Eurasian Economic Community*, Dushanbe, April 27, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,
<http://www.in.mid.ru/bl.nsf/0/4ae2daee11ee469043256d1600513b26?OpenDocument>
- Strategy Paper 2002-2006 & Indicative Programme 2002-2004 for Central Asia*, 30 October 2002, http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/rsp2/02_06_en.pdf
- Tashkent Declaration of Presidents of Kazakhstan, Kirgizstan, Tajikistan and Uzbekistan*, December 28, 2001, Press Service of the President of the Republic of Uzbekistan, Documents, http://www.press-service.uz/eng/documents_eng/documents_eng1.htm
- The Antiterrorist Center of the CIS Member States (Factsheet)*, December 8, 2000, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin,
<http://www.in.mid.ru/Bl.nsf/0/FE24016F51608684432569B40045BFDE?OpenDocument>
- The National Security Strategy Of The United States Of America*, The White House, Washington, September 2002, <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>
- Transcript of Russian Foreign Minister Igor Ivanov Remarks at Joint Press Conference of Participants in Shanghai Cooperation Organization Foreign Ministers Council Meeting*, Almaty, April 29, 2003, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Department of Information and Press,
http://russia.shaps.hawaii.edu/fp/russia/sco_fm_20030429.html
- Überlegungen zur europäischen Politik*. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994 (Wortlaut), in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10/1994, S. 1271-1280

Uzbekistan: Government's Decision to Withdraw from GUUAM, Question Taken at June 14, 2002 Daily Press Briefing, Washington, DC, June 14, 2002, <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2002/11127.htm>

Vertrag über kollektive Sicherheit, Taschkent, 15. Mai 1992, in: *WeltTrends: Russland und die GUS*, Sonderheft 1995, Dokument 1, Potsdam 1995, S. 136-139

Welcoming Remarks of Russian Security Council Secretary Igor Ivanov at Summit of Central Asian Cooperation Organization, Astana, May 28, 2004, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, <http://www.in.mid.ru/bl.nsf/062c2f5f5fa065d4c3256def0051fa1e/eb1b43300e13506bc3256ea50046b443?OpenDocument>

Yalta GUUAM Charter, Yalta, 7.6.2001, <http://www.guam.org/doc/browse.html>